

Otto von
Bismarck.
von
F. v. Koepen.

EXTRA
MATERIALS
extras.springer.com

Fürst Bismarck.





W. v. Schenk

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Fürst Bismarck

der Deutsche Reichskanzler.

~~~~~

Ein Zeit- und Lebensbild für das deutsche Volk

von

Fedor von Köppen.



Volksausgabe.

Mit 95 Illustrationen nach Originalen von H. Lüders, L. Burger und F. Baumgarten  
nebst 12 Holzbildern und einem Stahlstichportrat des Fürsten.

————— ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ —————

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

**Additional material to this book can be downloaded from <http://extras.springer.com>**

Das ausschließliche Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

ISBN 978-3-662-33587-1

DOI 10.1007/978-3-662-33985-5

ISBN 978-3-662-33985-5 (eBook)

## Vorwort zur Volksausgabe.

---

Die wohlwollende Aufnahme, welche unserm Buche: „Fürst Bismarck etc., Leipzig 1876“ seitens des Publikums zu teil geworden, hat den Verleger ermuntert, durch Veranstaltung einer wohlfeilen Volksausgabe, dasselbe auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Der Standpunkt des Verfassers ist derselbe geblieben, wie bei der früheren Ausgabe, und auch der Text ist zum großen Teil unverändert beibehalten worden. Die Einrichtung der Volksausgabe hat jedoch sowohl in illustrativer, als in räumlicher Beziehung einige Einschränkung notwendig gemacht.

Zu den im Vorworte zu der ursprünglichen Ausgabe angeführten, für unsre Lebensbeschreibung des Fürsten Bismarck benutzten Quellen ist seit jener Zeit noch eine reichhaltige Bismarck-Litteratur hinzugetreten, welche sich vorzugsweise auf die politische Thätigkeit des Fürsten Reichskanzlers bezieht und aus welcher die Werke des Ritter von Poschinger: „Bismarck am Bundestage zu Frankfurt am Main“ und „Bismarck als Volkswirt“ besonders hervorzuheben sind. Beide Werke sind in den betreffenden Kapiteln zu Rate gezogen worden. Dagegen haben wir geglaubt, von einer Besprechung derjenigen Gebiete der deutschen Reichspolitik des Fürsten Bismarck, für welche das Material sich vorläufig noch unserer Einsicht entzieht, Abstand nehmen zu

sollen, und deshalb die Kolonialpolitik des deutschen Reichskanzlers außer Betracht gelassen.

Dagegen sind seit dem ersten Erscheinen des Werkes noch manche charakteristische Züge aus dem Privatleben des Fürsten Bismarck bekannt geworden, deren episodische Einflechtung den Lesern hoffentlich willkommen sein wird. Die Lebensschilderung ist in der vorliegenden Ausgabe bis auf die neueste Zeit fortgeführt worden.

Möchte denn unser Buch in dieser neuen Gestalt, neben der ursprünglichen Ausgabe und neben dem gleichzeitig von dem Unterzeichneten herausgegebenen Prachtwerke „Fürst Bismarck und die Stätten seines Wirkens“, einen Platz in der Volkslitteratur behaupten und dazu beitragen, mit der Verehrung für unsern großen Staatsmann, unsern Reichskanzler Fürsten Bismarck, zugleich die Liebe zu unserm gemeinschaftlichen großen Vaterlande zu pflegen, das Vertrauen zu den Einrichtungen des Deutschen Reichs zu befestigen und zu verbreiten.

Leipzig, im November 1889.

Fedor von Köppen.

# Inhalt.

## Vorhalle.

Die Hohenstaufenzeit. Friedrich Barbarossa. Verfall des Reichs. Die Schöpfung des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Habsburg und Hohenzollern. Friedrich der Große. Der deutsche Fürstentum. Die Napoleonischen Kriege. Der Rheinbund. Auflösung des Reichs. Friedrich Wilhelm III. und Minister von Haugwitz. Preußens Erhebung. Die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung. Ausgang der Befreiungskriege. Errichtung des Deutschen Bundes. Preußens Beruf und innere Schwierigkeiten. Stillstand und Rückschritt. Wartburgfest und Karlsbader Beschlüsse. Der Zollverein. Stilles Warten der Einheitsidee.

## Erste Abteilung.

### Lehrjahre.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Seite     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Erstes Kapitel. Die Vorfahren . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <b>15</b> |
| Schönhäusen und die Altmark. Die Bismarck in Stendal. Rufe von Bismarck im Kirchenbann. Vertreibung der Bismarck aus Stendal. Klaus I. Die Bismarck auf Burgstall (1345 bis 1562). Klaus III. und Henning im Kirchenbann. Friedrich der Permutator. Die Bismarck auf Schönhäusen (seit 1562). August und Valentin Basso im schwedischen Heere. Brand und Verwüftung von Schönhäusen (1642). August Friedrich fällt bei Czastau (17. Mai 1742). Großeltern und Eltern. Rittmeister Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck und Luise Wilhelmine Meuten. Franzosen in der Altmark (1806). Die Nacht im Trübenwalde. Die Bismarck in den Befreiungskriegen. Die Litzower in Schönhäusen. Der 1. April 1815. |           |
| <b>Zweites Kapitel. Frohe Kindheit . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <b>33</b> |
| Otto von Bismarck in Kniephof. Das Bad im Karpfenteich. Die ersten Eindrücke von Eisen und Blut. Bei Blamanns. Jagd, der Telamonier. Erine Neumann. Die Eufonia. Auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium. Professor Bonnell. Ferien. Herkules und die Mufen. Übung im Pistolenschießen. Hoch zu Ross! Abiturient.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |           |
| <b>Drittes Kapitel. Studentenzeit . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>47</b> |
| Göttingen. Harzreise. Auf dem Konzilienhause. Achilleus der Unverwundbare. Jena und Sichtenhagen. Die Achilleusfeier. Professor Hugo. Die Frau Mutter.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |           |
| <b>Viertes Kapitel. Im Dienst . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>57</b> |
| Im Kolleg. Auskultator. Am Stadtgericht zu Berlin. Bei Hofe. Prinz Wilhelm von Preußen. Zur Verwaltung. „Schlagt den Kezer!“ Das erste Attentat. Über Klidesheim nach Potsdam. In des Königs Noth. Landwirtschaftliche Studien in Greifswald. Veränderungen in der Heimat.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |           |
| <b>Fünftes Kapitel. Durch Sturm und Drang . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>63</b> |
| Bei der Guldigungsfeier in Berlin. Der Lebensmüde auf Kniephof. Kniephof wird „Kniephof“. Wilde Pette. Unter den Wlanen. Damenbesuch in Kniephof. Bismarck rettet seinem Reitknecht das Leben. Wieder nach Potsdam. Expropriationsgutachten. Im Wohnzimmer des Regierungspräsidenten. Neue Veränderungen in Schönhäusen. Letzte Tage und Tod des Rittmeisters Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck.                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |           |

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Seite     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Sechstes Kapitel. Helle Tage . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <b>75</b> |
| Otto von Bismarck tritt den Besitz von Schönhausen an. Hochzeit in Triglaff. Wieder eine Harzreise. Johanna von Puttkamer. Haus Reinfeld. — Die neue Zeit. Auf dem Vereinigten Landtage. — Hochzeit in Reinfeld. Reise nach Italien. Zusammentreffen mit König Friedrich Wilhelm IV. in Benedig. Heimkehr.                                                                                                                                      |           |
| <b>Siebentes Kapitel. Daheim . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>83</b> |
| Der Reichshauptmann in Schönhausen. Schlimme Nachrichten aus der Hauptstadt. Der Landtag einberufen. „Mit Gott für König und Vaterland!“ Die Frauen in Schönhausen. Die Schönhausener Bürgerwehr. Umschwung in Berlin. Wahl in Rathenow.                                                                                                                                                                                                        |           |
| <b>Achtes Kapitel. Im Strom der Zeit . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>95</b> |
| In der Zweiten Kammer. Zwei kleine Abenteuer. Das Frankfurter Parlament und die Reichsverfassung. Die Kaiserkrone. Stürmische Sitzungen in der Zweiten Kammer. Bismarck vor seinen Wählern in Rathenow. Straßentumult in Rathenow. Wiedergewählt. Im Erfurter Parlament. General von Radowicz und die preußischen Einheitsbestrebungen. Bismarck über die Unionsverfassung. Bronzell und Dlmütz. Zur Bundesgeandtschaft nach Frankfurt am Main. |           |

## Zweite Abtheilung.

### Wanderjahre.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| <b>Neuntes Kapitel. Am Deutschen Bunde . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <b>117</b> |
| Frankfurt zur Zeit des alten Bundes. Der neue Bundestagsgesandte. Der Prinz von Preußen und Bismarck. Auf Schloß Johannisberg. Diplomatische Zigarren. Die Gedenheimer Gasse und die Bodenheimer Landstraße. Der Prinz von Preußen übernimmt Patentstelle. Preußen und Osterreich am Bunde. Die Zollfrage. Die orientalische Frage. Graf Buol in Frankfurt. Osterreichs Freundschaft in der Neuenburger Angelegenheit. Die Krankheit des Königs. Regentenschaft und neue Ara. Die italienische Frage. Ein Bismarcksches Schlagwort. Rückblick auf die Frankfurter Periode. An der Neua „tast gestellt“.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |            |
| <b>Behntes Kapitel. In weiter Welt . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <b>137</b> |
| Budapest. Ausflug nach den Oener Bergen. In den Puzken. Belgien und Holland. Vorstellung beim Kaiser Napoleon. Auf der Jagd in den skandinavischen Forsten.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |            |
| <b>Elftes Kapitel. An fremden Höfen . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <b>145</b> |
| Auf der Reise. Ankunft in Petersburg. Fürst Gortschakow. Der italienische Krieg. Bismarck über die Stellung Preußens am Bundestage und über die preußischen Rüstungen. Krankheit und langsame Genesung. Bei der Kaiserin-Mutter. Die Großfürstin Helene. Als Familienvater. Die Fürsten-Zusammenkünfte. Der Tod des Königs. Die Ministerkrisis. Nach Paris. Bismarck und Napoleon III. Im südwestlichen Frankreich. San Sebastian und Biarritz.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |            |
| <b>zwölftes Kapitel. Der Konflikt . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>157</b> |
| Die Armeereorganisation. Ministerwechsel und Auflösung des Abgeordnetenhauses. Ablehnung des Budgets. Bismarcks Berufung. Stimmen der Presse über Bismarck. Der neue Ministerpräsident. Im Abgeordnetenhause. In der Ausschubßitzung. Der Olgzweig von Abignon. „Blut und Eisen“. Die budgetlose Zeit. Napoleon über Bismarck. Loyalitätsdeputationen. Adresse des Abgeordnetenhauses und Antwort des Königs. Die Konvention mit Rußland. Szene im Abgeordnetenhause. Drohbriefe und Ehrenverweihungen. Ein vaterländischer Festtag. Das Abgeordnetenhaus lehnt seine Mitwirkung an der Politik der Regierung ab. Maßregeln gegen die Presse. Stimmung im Lande.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |            |
| <b>Dreizehntes Kapitel. Die deutsche Frage . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <b>177</b> |
| Bismarcks Vorgänger, Freiherr von Schleinitz und Graf Bernstorff. Der Freiherr von Beust. Die Ministerzusammenkunft in Würzburg (Nov. 1859). Der Nationalverein. Bismarcks Stellung zur deutschen Frage. Zusammenkunft des Prinzregenten mit Napoleon III. in Baden-Baden (15.—17. Juni 1860). Das Preussische Reformprojekt. Die Stellung Osterreichs und Preußens zu demselben. Die identischen Notizen an Preußen. Das Osterreichische Delegationsprojekt. Der großdeutsche Reformverein. Der Zollverein und der preußisch-französische Handelsvertrag. Die Schleswig-holsteinische Frage. Der hessische Verfassungsstreit. Bismarcks Unterredungen mit dem Grafen Karolyi. Scheitern des Osterreichischen Delegationsprojekts. Die Einladung zum Frankfurter Fürsten-Kongreß und die preußische Ablehnung. König Wilhelm und König Johann in Baden-Baden. Herr von Bismarck und Herr von Beust. Frankfurter Festlichkeiten. Die Osterreichische Reformakte und ihre Verurteilung durch Bismarck. |            |

**Vierzehntes Kapitel. Schleswig-Holsteinische Wirren . . . . . 201**

Der offene Brief (1846). Begeisterung und Krieg für Schleswig-Holstein (1848 und 1849). Das Londoner Protokoll (8. Mai 1852). Das Märzpatent (30. März 1863). Tod König Friedrichs VII. (15. Nov. 1863). Bundesexekution in Holstein. Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg. Bismarck und Graf Rechberg. Preußens und Oesterreichs gemeinsame Anträge am Bundesstage. Das preussische Abgeordnetenhaus verweigert die Mittel zur Kriegführung. „In Gottes Namen drauf!“ Königsparade in Sunde Witt. Die Londoner Konferenzen. Der Erbprinz von Augustenburg bei Bismarck. Über den Ulfen- und Ottenlund. Bismarck in Wien. Frieden. In den Pyrenäen. Schwenkung in Oesterreich. Noch einmal bei Bonnells. Der Traum. Die sächsische Mobilmachung. Heimkehr der Truppen aus Schleswig. Das Gutachten der preussischen Kronjuristen. Stellung des Abgeordnetenhauses zur schleswig-holsteinischen Frage. Die Augustenburgische Agitation. Preussischer Ministerrat in Regensburg. König Wilhelm und Bismarck in Gastein. Pauline Lucca. Beust, Pfordten und Barnbiller in München. Graf Blome in Gastein. Die Konvention von Gastein.

**Dritte Abtheilung.**

**Meisterjahre.**

**Fünfzehntes Kapitel. Von Gastein bis Nikolsburg . . . . . 235**

Volksstimmung und Volksstimme. Die Auslegung der Konvention von Gastein. Mantuffel und Gablentz. Der Erbprinz von Augustenburg in Eckenförde. Neue Entwicklungen. Bismarcks Note. Oesterreichs Rüstungen. Schluß des preussischen Abgeordnetenhauses. Preussische Note an die deutschen Regierungen. Bündnis mit Italien (8. April). Abrüstungsvorschläge. Bismarcks Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments (9. April). Die Friedensströmung in Preußen. Das Attentat. Die Mobilmachungsordre. Umschwung in der Volksstimmung. Die Breslauer Adresse. Herr von Beust und Genossen. Nationale Stimmen aus Süddeutschland. Das Ausland. Anträge Napoleons III. Oesterreichische Querszüge. Der Kongreß kommt nicht zustande. Oesterreich übergibt die schleswig-holsteinische Angelegenheit der Entscheidung des Bundesstags. Bismarcks erweitertes Programm für die Bundesreform (10. Juni). Der oesterreichische Mobilmachungsantrag am Bunde (11. Juni). Der Bruch der Gasteiner Konvention. Das Ende des Vorspiels. — Die ersten Siegesnachrichten in Berlin. Abreise nach dem kriegsschauplatz. Hauptquartier Gitschin. Der Vorabend vor der Entscheidungsschlacht. Königgrätz. Hauptquartier Horßitz. Venetien an Frankreich abgetreten. Napoleon III. als Friedensvermittler. Schloß Nikolsburg. Graf Benedetti. Die Friedenspräliminarien (26. Juli). Rückkehr nach Berlin. Die Kompensation. Die Friedensschlüsse. Zdemnität.

**Sechzehntes Kapitel. Der Norddeutsche Bund . . . . . 267**

Das Bündnis der norddeutschen Staaten. Der Verfassungsentwurf. Stellung der Parteien dazu. Der konstituierende Reichstag. Bismarck im Reichstag. Schwierige Punkte. Ausnahme der Verfassung. Die Luxemburger Frage. Veröffentlichung der Schuß- und Trugbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Besuch der Pariser Weltausstellung. Ernennung zum Bundeskanzler. Die Salzburger Zusammenkunft. Welfen und Anhang. Die Zollverträge und die Schuß- und Trugbündnisse in den süddeutschen Kammern. Mathy und Bismarck. Die Pöhytognomie des Zollparlamentes. Festsahrt nach Kiel. Bismarck über die Aufhebung der Todesstrafe. Die Vorboten des Sturmes.

**Siebzehntes Kapitel. Warzin . . . . . 298**

Land und Leute in Pommern. Station Schlawe. Die Warziner Forsten und ihre Bewohner. Das Schloß. Die Kamine. Bismarcks Arbeitszimmer. Willkommen in Warzin. Tageseinteilung. Die Hausfreunde. v. Keudell. Bismarck und Bucher. Die Dorfleute. Die Aukt. Trübe Tage. Im Part.

**Achtzehntes Kapitel. Von Warzin bis Sedan . . . . . 311**

Französische Rheingelüste von jeher. Die erste Veriuchung. Verfall des Napoleonischen Kaisertums. Der Plan der Ultramontanen. Die liberale Ära des Napoleonischen Kaisertums. Das deutsche und das französische Volk. Französische Urteile über Bismarck. Die Hohenzollernsche Thronkandidatur und die Vorgänge in Ems. Graf Bismarck in Berlin. Die Kriegsankündigung im Geheggebenden Körper zu Paris. König Wilhelm in Berlin. Das deutsche Volk. Der 19. Juli. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes. Die fremden Mächte. Entfällungen. Bei der Armees. Auf dem Schlachtfelde vor Metz. Im Lazarett zu Mariaville. Die Schlacht bei Gravelotte. In den Argonnen. Der Tag von Sedan. In Donchery. Napoleon bei Bismarck. Die Kapitulation. Des Königs Toast. Briefe aus Venbreffe.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Seite      |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| <b>Neunzehntes Kapitel. Von Sedan bis Versailles . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <b>341</b> |
| Die Folgen der Katastrophe von Sedan. Sturz des Napoleonischen Kaiserthums. Die Regierung der Nationalverteidigung. „Keinen Zoll unsers Gebietes, keinen Stein unfrer Festungen!“ Nach Paris. Bismarck über die Friedensblüthigkeiten. Thiers' Rundreise bei den Höfen. Jules Favre begibt sich ins Deutsche Hauptquartier (18. Sept.) Unterredungen Bismarcks mit Favre in La Haute Maison (19. Sept.) und in Ferrières (19. und 20. Sept.). Die Regierung der Nationalverteidigung lehnt den Waffenstillstand ab. Umrückung von Paris. Fall von Toul und Straßburg. Das Deutsche Hauptquartier in Versailles (seit 5. Okt.). Bei Madame de Jessé, Rue de Provence Nr. 10. Bismarck und der Maire von Versailles. Thiers' Rückkehr und Ankunft in Versailles (28. Okt.). Bismarck und Thiers. Der Fall von Metz. Straßenszene in Paris. Scheitern der Friedensverhandlungen. Weihnachten im Deutschen Hauptquartier. |            |
| <b>Zwanzigstes Kapitel. Versailles und der Friede . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <b>371</b> |
| Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über ihren Anschluß an den Norddeutschen Bund. Die Versailler Verträge. „Kaiser und Reich.“ Empfang der Reichstags-Deputation. Schriftwechsel Bismarcks mit dem Grafen Beust. Die Kaiser-Proklamation im Schlosse zu Versailles. Sieg auf Sieg. Ein Hoffnungsstimmer für die Regierung in Paris. Jules Favre geht nicht zur Londoner Konferenz. Trostlose Lage in Paris. Die Verböten der Kommune. Jules Favre an Gambetta (21. Jan. 1871). Jules Favre geht ins Deutsche Hauptquartier nach Versailles (28. Jan.). Gambettas letzte Anstrengungen und Abbanung. Thiers in Versailles. Unterzeichnung der Friedenspräliminarien (26. Febr.). Einmarsch in Paris (1. März). Heimkehr.                                                                                                                                                                                       |            |
| <b>Einundzwanzigstes Kapitel. Im neuen Reiche . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>399</b> |
| Der erste Deutsche Reichstag. Neue Fraktionsbildungen. Die neuen Reichslande. Die Zusammentunft Bismarcks mit Jules Favre in Frankfurt und der definitive Friede (10. Mai 1871). Siegeseinzug in Berlin (16. Juni). Eine Warnungsnote nach Paris. Die liberale Gesetzgebung. Der Kulturkampf. Nach Canossa gehen wir nicht. Die Maigesetze. Das Attentat in Kissingen. Der neue Papst. Friedensausichten.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |            |
| <b>Zweiundzwanzigstes Kapitel. Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck während des letzten Jahrzehnts der Regierung Kaiser Wilhelms I. . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <b>435</b> |
| Die soziale Frage. Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm. Die Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokraten im deutschen Reichstage. Die Steuerreform. Fürst Bismarck als Handelsminister. Der neue Zolltarif und die volkswirtschaftliche Politik des Fürsten Bismarck. Die soziale Reform. Die auswärtige Politik des Deutschen Reichs. Die Dreikaiserzusammentunft in Berlin (6.—11. Sept. 1872). Die orientalische Krisis. Der Kongreß in Berlin (1873) und der „ehrliebe Makler“. Bestimmung Rußlands. Der Dreibund. „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“. Der Tod Kaiser Wilhelms I.                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |            |
| <b>Dreiundzwanzigstes Kapitel. Bismarck in seiner Familie und im deutschen Volke . . . . .</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <b>453</b> |
| Schloß Friedrichruh und der Sachsenwald. Kaiser Wilhelm II. in Friedrichruh. Die Gesandtschaft von Sanßibar beim Fürsten Bismarck. Der populärste Mann in Deutschland. Der 70. Geburtstag. In der Altmark. Der alte und der neue Gutshof in Schönhausen. Soirée bei dem deutschen Reichskanzler in Berlin. Professor Bonnell. Die Söhne des Fürsten. Schluß.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |            |

### Verzeichnis der Tonbilder.

|                                                                           | Titelbild |
|---------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Porträt des Fürsten Bismarck, Stahlstich von A. Weyer.                    | Seite 15  |
| Abteilungsbild „Lehrjahre“ . . . . .                                      | 244       |
| Unter den Linden am 8. Mai 1866 . . . . .                                 | 302       |
| Am hohen Brunnen in Varzin . . . . .                                      | 308       |
| Arbeitszimmer des Fürsten Bismarck in Varzin . . . . .                    | 322       |
| Nach Verlesung der Kriegserklärung im Reichstage des Norddeutschen Bundes | 341       |
| Taschmille-Wiedergabe des Briefes vom 3. September 1870 . . . . .         | 448       |
| „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“ . . . . .       | 453       |
| Die Rollnower Turmjüngend in Varzin . . . . .                             | 462       |
| Feier des 70. Geburtstages . . . . .                                      |           |



Wenn es oben faul geworden,  
Wo die Krone blühen soll,  
Greift hinab die Weltgeschichte  
Zu die Erde tief und voll,  
Und sie formt im frischen Schachte,  
Wo der Geist des Volkes schafft,  
Aus dem Mark granitner Stüde  
Eine große Menschenkraft.

J. G. Fisher.



## Vorhalle.

„Ein jedes Reich, das in ihm selber  
ineins ist, muß zu Grunde gehen.“

Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

in Schwabenlande, unter den nörd-  
lichsten Vorbergen der Rauhen  
Alp, den vorgelagerten blühenden  
Thälern weithin sichtbar, ragt  
ein schlanker Bergkegel, der Hohe  
Staufen, dessen kahler Gipfel einst die Stamm-  
burg des mächtigsten deutschen  
Kaisergeschlechts trug. Die Burg ist längst zerstört, die letzten Steinrüm-  
mer bröckeln in Schutt und zerfallen in Staub. Auch von den Schöpfungen der  
hohenstaufischen Kaiser ist fast keine sichtbare Spur geblieben. Ihr Wirken  
und Walten war von der Idee getragen, ein großes christliches Welt-  
reich zu begründen und das „heilige römische Reich deutscher Nation“ un-  
abhängig von der Beeinflussung des Papsttums zu machen. Ihre hochsinnigen  
Bestrebungen scheiterten, weil es ihnen für die Durchführung derselben an

der Unterstützung durch eine geeinigte Volkskraft fehlte und weil übermüthige Lehnsfürsten ihnen oft im entscheidenden Augenblicke das Heergefolge verweigerten. Während die Kaiser jenseit der Alpen ihre besten Kräfte einsetzten, um den Traum eines Weltreichs zu verwirklichen, ward daheim das Band, welches die deutschen Stämme umschloß, immer lockerer.

Die großen Ziele der Hohenstaufenkaiser gingen unter ihren Nachfolgern verloren. Die Kaiser aus den Häusern Luxemburg und Habsburg trugen mehr Sorge für die Mehrung ihrer Hausmacht und für ihre Erbstaaten, als für das Wohl des Reiches. Neben der kaiserlichen stieg die Macht der Landesfürsten empor, und das Reich verwandelte sich allmählich in eine große Republik von Einzelgebieten, an deren Spitze der Kaiser nicht den höchsten Richter und Gebieter, sondern nur noch den Träger der höchsten Reichswürde bedeutete.

Noch mehr zur Lockerung des Reichsverbandes trug die große geistige Bewegung des 16. Jahrhunderts bei, welche von dem Herzen Deutschlands ausging und die Wiederherstellung des Christentums in seiner ursprünglichen Reinheit — d. h. frei von der Deutung, welche die römischen Priester den christlichen Lehren in eigennützigem, weltlichem Interesse gegeben hatten — zum Ziele nahm.

An das Auftreten des Wittenberger Mönches knüpfte sich eine Reihe von Kämpfen, welche — obgleich geistiger Natur — doch bald mit weltlichen Waffen geführt wurden und daher auch in ihren Folgen von ihren ursprünglichen Zielen weit verschieden waren. In dem mit Drangsal und Verheerung, mit Blutströmen und Brandfackel immer furchtbarer um sich greifenden Dreißigjährigen Kriege ging jede höhere Weihe verloren. Der Kaiser, zu schwach, um Frieden im Reiche zu gebieten, suchte durch Anschluß an die päpstliche Macht die eigne, habsburgische Hausmacht zu sichern, die Evangelischen aber riefen gegen diesen Bund des deutschen Kaisers mit dem römischen Papste das Ausland zu Hilfe. Nicht der Sieg der einen oder der andern Partei entschied den Kampf, sondern die Erschöpfung beider Teile nötigte sie, die Waffen niederzulegen.

Trostlos war der Zustand des Reiches nach dem Ende des unseligen Krieges. Ein Teil des Volkes hatte sich allerdings von der Beeinflussung des römischen Stuhles frei gemacht, aber die auch unter diesem Teile fort-dauernde Spaltung trübte diese Errungenschaft. Gegenüber der innigen Glaubenswärme des Gemüthes trat die starre Rechtgläubigkeit, welche den kirchlichen Lehrsatz über das lebendige Christentum des Herzens stellte. Auf diese Parteiungen gründete das Papsttum seine Hoffnung, früher oder später die alte Stellung in Deutschland wieder zu erlangen, und bemühte sich unablässig, durch jesuitische Sendlinge die verlorenen Seelen in den Schoß der

Kirche zurückzuführen. Die Folterwerkzeuge der Inquisition ließen sich nicht mehr anwenden, aber bis in das Heiligtum des Herdes und der Familie schlichen sich jene Peiniger des Gewissens und drohten mit den Qualen der Hölle für den Abfall vom Papsttum und der alleinseligmachenden Kirche.

Das Deutsche Reich, diese herrlichste Schöpfung des Mittelalters, überdauerte die Stürme des Dreißigjährigen Krieges nur noch als eine Ruine. Das habsburgische Kaiserhaus selbst erschien fast als eine fremde Macht im Reiche. Alte deutsche Reichslande schieden aus dem Reichsverbände oder fielen fremder Willkür zum Raube. Ja, der Herrscher Frankreichs durfte, der deutschen Ohnmacht spottend, die ehrwürdige Reichsstadt Straßburg, die Perle des Rheinthales, zu rauben wagen, ohne daß der Kaiser das flammende Reichsschwert gezückt hätte, ohne daß ein Schrei der Entrüstung in deutschen Landen gehört wurde. Die alte Anhänglichkeit an Kaiser und Reich war durch den langen Krieg und den fehlenden Reichsschutz im Volke gelockert, deutsche Art und Sitte von fremdem Wesen überwuchert.

In der Zeit, als unter den Nachwehen des Dreißigjährigen Krieges das deutsche Volkswesen am meisten danieder lag, schuf Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg — der erste in der Reihe der hochzollernschen Fürsten, die seit mehr denn zwei Jahrhunderten ruhmvoll und segensreich gewaltet hatten — aus den getrennten Gebietsteilen seiner Erblande Ostpreußen, Mark Brandenburg und Kleve-Mark-Ravensberg in Norddeutschland einen selbständigen deutschen Staat, der seine Grenzsteine gleichsam als Vorposten deutscher Bildung nach Osten und Westen über Weichsel und Rhein hinaus gegen Slaventum und Franzosentum vorschob, mit einem stattlichen stehenden Heere, das seinen Kriegsrühm auf den Feldern von Warschau und Fehrbellin gegen Polen und Schweden begründete, einen Staat, der vor allem den Schutz der Gewissensfreiheit aller seiner Bürger auf sein Panier schrieb.

Der Nachfolger des Großen Kurfürsten, Friedrich III., erhob den brandenburgisch-preussischen Staat zu einem Königreiche (18. Januar 1701) und führte ihn dadurch zugleich in die Reihe der europäischen Mächte ein. Seitdem nannten die Kurfürsten von Brandenburg sich „Könige in Preußen“.

Auf den prunkliebenden ersten König folgte mit Friedrich Wilhelm I. auf dem preussischen Throne ein Fürst, welcher — trotz aller Härten und Schroffheiten — doch das Bild eines kernigen, echt deutschen Mannes voll Gottesfurcht und Sittenstrenge, voll Treue und Wiederkeit und voll landesväterlicher Fürsorge bot, und dies zu einer Zeit, als die Nachahmung des üppigen Wohllebens und der leichtfertigen Sitten, die in Frankreich herrschten, auch im übrigen Deutschland sowohl an Fürstenhöfen als in bürgerlichen Kreisen immer mehr überhand nahm. Das Heer und der Staatschatz, auf

welche Friedrich Wilhelm seine besondere Fürsorge verwandte, dienten ihm nicht, wie den meisten der zeitgenössischen Fürsten, zur Erhöhung des äußeren Glanzes um seine Person, sondern zur Begründung einer wirklich reellen Macht und zum Schutze des Vaterlandes.

Das Emporwachsen des brandenburgisch-preußischen Staates war von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse im Deutschen Reiche; insbesondere aber ward durch diese Schöpfung der Hohenzollern die Stellung des Hauses Habsburg im Reiche verschoben. Das Haus Habsburg hatte die kaiserliche Macht nicht selten gemißbraucht, um deutschen Reichsgliedern ihre wohlervorbenen Rechte vorzuenthalten und auf Kosten derselben seine Hausmacht zu mehren; dem innersten geistigen Leben und Treiben des deutschen Volkes war es längst entfremdet. Aber noch war das Erzhaus, welches seit Jahrhunderten dem Reiche seine Kaiser gegeben, das erste in Deutschland, noch war die Ehrfurcht vor der geheiligten Würde des Reichsoberhauptes auch bei König Friedrich Wilhelm I. so groß, daß er manche Schädigung an Land und Gebiet, manche Unbill vom Hause Osterreich schweigend hinnahm.

Nach dem Tode Friedrich Wilhelms I. kam in Preußen ein König zur Regierung, dessen kühner Genius, unbekümmert um die althergebrachten toten Formen, neuen lebensfähigen Schöpfungen gewaltfam Bahn brach. Niemand hat die Macht des habsburgischen Kaisertums in Deutschland tiefer erschüttert als Friedrich der Große; niemand hat an den Grundsäulen der alten, hinsterbenden Reichsverfassung mächtiger gerüttelt als er, und dennoch war es gerade dieser König, welcher dem deutschen Volke in der Zeit seiner Erniedrigung wieder das Bild eines deutschen Helden vor die Seele führte und dem deutschen Nationalgefühl neuen Aufschwung lieh. Die unwiderstehliche Thatkraft des großen Königs, seine heldenmütige Ausdauer im Kampfe gegen die größten Mächte Europas weckte die deutsche Nation aus ihrer dumpfen Ruhe und riß sie — halb gegen ihren Willen — zur Bewunderung längst entbehrter Größe fort. Seine Waffenthaten gegen Osterreich machten zunächst mehr das preußische als das deutsche Nationalgefühl erstarken, aber Friedrichs Siege über die Franzosen wurden als deutsche Großthaten vom gesamten Volke gefeiert. Friedrich hatte die deutsche Nation nur in ihrer Zerfahrenheit kennen gelernt und setzte kein Vertrauen in die Kraft des deutschen Geistes, darum hat er mehr für die preußische Macht als für das Deutsche Reich gestritten; aber niemals zögerte er, sein Schwert zum Schutze der schwächeren Reichsglieder in die Wagsschale zu werfen, und noch in den letzten Jahren seines Lebens widmete er mit jugendlichem Eifer seine volle Kraft einem Werke, welches beweist, wie er den Grundtrieb der Geschichte nicht in der Zersekung, sondern in der Einigung der deutschen Stämme erkannte.

Die Vergrößerungspläne des Hauses Habsburg, welches auch Bayern für sich zu erwerben trachtete, gaben ihm den Anlaß zur Stiftung des Deutschen Fürstenbundes, welcher alle Reichsglieder zum gegenseitigen Schutze der Freiheit und Sicherheit und zur gemeinsamen Abwehr, „wo immer auch sonst in irgend einem Stücke für die allgemeine Reichsverfassung Schaden, Gefährde, Eingriffe, Neuerungen, Kränkungen, Bedrückungen und Störungen zu besorgen sein könnten“, vereinigen sollte. Der König von Preußen hatte sich durch diesen Bund zum Schirmherrn der Reichsordnung aufgeworfen. Um aber eine tiefer greifende Wirkung auf die deutschen Zustände erwarten zu lassen, hätte derselbe zugleich mit einer Umbildung der hinfälligen Reichsverfassung verbunden sein müssen. Dafür fehlte es aber in jener Zeit an vaterländischem Gemeinsinn. Dem Könige war es nicht vergönnt, dieses — sein letztes — Werk noch auszubauen und zu erweitern, und der große Gedanke Friedrichs ging mit ihm schlafen.

Aus der Zerfahrenheit Deutschlands und der Eifersucht der beiden Großmächte, welche in den durch die französische Revolution veranlaßten Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich offen hervortrat, trug Frankreich eine reiche Ernte davon. Um die Bedeutung ihrer kleinen Staaten zu heben und Titel und Würden oder einige Quadratmeilen Landes auf Kosten deutscher Stammesgenossen zu erlangen, suchten deutsche Reichsfürsten bei den Verhandlungen des Rastatter Kongresses den Beistand des deutschen Reichsfeindes Frankreich. So bildete sich in den durch Säkularisationen und Mediatisierungen künstlich vergrößerten deutschen Staaten, von den Regierungen kurzichtig gepflegt, von Frankreich weislich genährt, jener Sonderstaatsgeist, welcher den vaterländischen Gemeinsinn untergub. Es war eine Zeit der sittlichen Verarmung unsres Volkes, des Mangels an Charakterstärke, Thatkraft und männlicher Tugend.

Die alte Hauspolitik der Habsburger, welche oft die Hand nach dem schönen Lande an Inn und Donau ausgestreckt hatte, strafte sich jetzt durch das Auftreten der deutschen Mittelstaaten gegen Österreich in den Kriegen des ersten Napoleon. Es war nichts Auffallendes, als Bayern, Württemberg, Baden und andre Staaten ihre Heere mit denen des kaiserlichen Frankreichs vereinigten und gegen das Oberhaupt des Deutschen Reiches führen ließen, weil sie von der Gunst des französischen Imperators mehr hofften, als sie den Zorn des deutschen Kaisers fürchteten. Unter solchen Zuckungen ging das Reich seiner Auflösung entgegen.

Als unmittelbare Folge des unheilvollen Krieges trat der Rheinbund ins Leben, in welchem 16 deutsche Reichsstände, an der Spitze die neu geschaffenen Könige von Bayern und Württemberg und der Kurfürst-Erzkanzler von Mainz, sich unter die Schutzherrlichkeit des Kaisers der Franzosen

begaben, „um durch angemessene Anordnungen den inneren und äußeren Frieden des süblichen Deutschland zu sichern, da dasselbe in der alten Reichsverfassung keine Bürgschaft mehr finden könnte.“ Darauf ward am 6. August 1806 auf dem Reichstage zu Regensburg die Akte verlesen, kraft welcher Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserwürde niederlegte und alle Stände des Reiches aus den Pflichten gegen das Reichsoberhaupt entließ. Ein tausendjähriges Leben mit den herrlichsten Erinnerungen, mit einer geschichtlichen Vergangenheit ohnegleichen ging zu Ende. Das Deutsche Reich, schon längst nur noch ein siecher Körper, ward bestattet, ohne daß irgendwo ein Laut des Schmerzes oder der Klage gehört wurde.

Allerdings hatte Franz II. nur das Recht, die Krone für seine Person niederzulegen, nicht aber die kaiserliche Würde überhaupt für erloschen zu erklären. Wenn es gelang, auch nur die Trümmer des Reichs unter einer veränderten Verfassung zusammenzuhalten, so war damit das Recht gegeben, auch ohne die fernere Teilnahme Österreichs die Kaiserwürde zu erneuern. Aber schon war im Volke die Teilnahme für die Gemeinsamkeit deutscher Interessen nicht mehr erregbar. Auch fehlte es an einem mächtigen Fürsten, der stark und deutsch genug gewesen wäre, um die Volkskraft wieder zu wecken und zu einen, und der zugleich hochherzig genug gefühlt hätte, um in der Kaiserkrone den edelsten Schmuck des deutschen Hauptes zu erkennen; es fehlte an Staatsmännern von kühner Schöpfungskraft, um eine neue Reichsordnung und den Kaiserthron für den Würdigsten aufzurichten.

An Preußen wäre es jetzt gewesen, die staatliche Ordnung in Deutschland herzustellen. Aber die Pläne König Friedrich Wilhelms III. und seines Ministers von Haugwitz, welche auf die Bildung eines norddeutschen Reichsbundes unter Preußens Führung hienzielten, scheiterten teils an der Abneigung der deutschen Fürsten, teils an den Hänken Napoleons. Durch die Siege des französischen Heeres in den Jahren 1806 und 1807 ward auch die Macht des letzten noch unabhängig gebliebenen deutschen Staates gebrochen und die Hoffnungen auf Herstellung einer deutschen Reichsordnung auf lange hinaus vernichtet. Der Rheinbund aber und die neugestifteten napoleonischen Vasallenstaaten rückten immer näher gegen das Herz Deutschlands vor.

Gedemütigt, auf sich selbst angewiesen, auf die Hälfte seines früheren Gebietes beschränkt, begann jetzt der preußische Staat die Arbeit der inneren Sammlung und sittlichen Erhebung, welche seine Befreiung vorbereiten und nicht allein ihm, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande zu Nutzen und Heil gedeihen sollte. Die Männer, welche jetzt in Preußen gründend und waffnend, aufklärend und belehrend an die Spitze traten, waren zugleich Vorkämpfer der deutschen Freiheit und Einheit. Es war eine stille, fruchtbare Geistesarbeit, der sich die edelsten Männer des Volkes, Stein, Gneisenau,

Wincke, Niebuhr und ihre Genossen mit stolzem Freimuth und in vaterländischem Wetteifer hingaben; ihr Wirken war um so reiner und edler, als es, frei von allen Forderungen des Ehrgeizes, allein von dem schlichten deutschen Pflichtgefühl getragen war und kein andres Ziel verfolgte, als die Aufklärung des Volkes über seine wahren Bedürfnisse, die Förderung des Gemeinwohls und die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft. Die Leitung der bürgerlichen Gesetzgebung übernahm der freisinnige schöpferische Freiherr von Stein, „des Rechtes Grundstein, der Bösen Eckstein, der Deutschen Edelstein“. Es sind die Grundgedanken moderner germanischer Volksfreiheit, aus denen die Steinsche Gesetzgebung hervorstach, Gedanken, zu tief und zu groß, um einer Partei zum Stichwort zu dienen, aber eben deshalb einer allseitigen Entwicklung fähig. Jeder Fortschritt deutschen Lebens mußte auch in Zukunft auf dieselben zurückführen. Durch die Aufhebung der Erbunterthänigkeit wurde ein freier Bauernstand geschaffen, durch die neue Städteordnung der bürgerliche Gemein Sinn geweckt und gepflegt, durch die Anbahnung einer ständischen Verfassung auch dem Adel neben dem Waffendienste ein friedliches Feld zu öffentlicher Thätigkeit eröffnet. Die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes war allen als das höchste, durch das Zusammenwirken aller Kräfte zu erringende Ziel vor die Seele gestellt. Steins zuversichtlicher Mut richtete die Zweifelnden auf, seine schöpferische Thatkraft weckte die Gleichgültigen, sein männlicher deutscher Zorn trieb den deutschen Franzosenfreunden die Schamröthe in die Wangen.

Wohl erkannte Napoleon, welchen gefährlichen Gegner er in Stein hatte, und ließ ihn mit der Achtskerklärung in ganz Deutschland verfolgen, aber schon hatten die Grundgedanken der Steinschen Gesetzgebung sich so tief im Herzen des Volkes befestigt, daß sein Nachfolger, Graf Hardenberg, nur im gleichen Sinne fortzubauen brauchte. Ohne die sittliche Größe Steins zu erreichen, besaß Hardenberg doch staatsmännische Klugheit und einen hellen, vorurteilslosen Blick. Unter seinem Schutze entwickelte sich die neugegründete Hochschule zu Berlin zu einer wissenschaftlichen Leuchte und zu einem Orte vaterländisch-freimütiger Gesinnung. Hier forderte Fichte zur volkstümlichen Erziehung der Jugend auf, wies in seinen „Reden an die deutsche Nation“ wie die nationale Wiedergeburt durch sittliche Hebung bedingt und nur in Anspannung der eignen Kraft zugleich Gottes Hilfe zu erwarten sei.

Hier wirkte Wilhelm von Humboldt im Sinne reiner, edler Menschlichkeit. Hier vereinigten sich alle wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen der Zeit und erschlossen dem deutschen Volksleben die halb versiegten Quellen seiner Geschichte, Sprache und Litteratur zu neuem Verständnis. Auch die Werke der großen Dichter gewannen jetzt vom nationalen Gesichtspunkte eine andre Bedeutung für das wieder erwachende Volk. Die Worte

Schillers: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!“ hallten mächtig im deutschen Volke nach, und der Mahnruf des sterbenden Attinghaufen klang wie ein Vermächtnis des Dichters an die deutsche Nation: „Seid einig, einig, einig!“

Gleichen Schritt mit der geistigen Erhebung hielt die Neugestaltung des Kriegswesens unter Leitung des umsichtigen Scharnhorst, des „Waffen Schmiedes deutscher Freiheit“, und seiner wackeren Genossen, der Gneisenau, Srolman und Boyen. Wehrhaftmachung des ganzen Volkes und Veredelung des Waffendienstes durch allgemeine Wehrpflicht, damit das Heer eine Schule der Zucht und Mannheit für das Volk werde, sittliche und wissenschaftliche Hebung des Offizierstandes, Gleichheit der Rechte und Pflichten für alle ohne Rücksicht auf Geburtsrang, Begründung der Kriegszucht auf das Vaterlands- und Ehrgefühl unter Abschaffung unwürdiger Strafen — das waren die Grundzüge der Schöpfung des neuen Heeres, wie es „eine neue Pallas, waffen- und weisheitgerüstet“ aus Scharnhorsts Haupte hervorging.

Das Wagemutige des kühnen Schill und seiner todesmutigen Genossen, der Zug des heldenmütigen Welfenherzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig und seiner schwarzen Schar belebten von neuem den Thatendrang des Heeres und seinen Zorn gegen den Unterdrücker. Als nun auf den Schlachtfeldern der Befreiungskriege das preußische Volk in leuchtenden Thaten Zeugnis ablegte von dem neuen Geiste, der es erfüllte, als Preußens Führung die deutschen Stämme mit oder ohne Willen der Einzelregierungen in den Kampf für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands fortriß, als Blüchers mächtiges „Vorwärts!“ die Bahn zu bezeichnen schien, die Preußen in Zukunft zu schreiten entschlossen sei, da dämmerte in manchem Herzen die Ahnung, daß Preußen mit den Hohenzollern berufen sei, die Macht und Einheit des Deutschen Reiches wieder aufzurichten.

Der schwungvollen Begeisterung jener Tage folgte politische Ernüchterung. Nicht einmal die alten Reichslande, das Elsaß und Lothringen, welche Stein, Hardenberg, Gneisenau, Humboldt als Kampfpreis forderten, wurden zurückgegeben. Von dem Kongresse zu Wien, wo sich Fürsten und Staatsmänner zusammenfanden, erwartete Europa eine neue Ordnung, das deutsche Volk eine Neugestaltung des Reiches. Aber anstatt „eines einigen freien Reiches aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes“, wie Preußen in seinem Aufrufe bei Beginn der Befreiungskriege verheißen hatte, ging aus den Beratungen des Wiener Kongresses ein Deutscher Bund von 38 Staaten unter Oesterreichs Vorstoß hervor, „zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesglieder“, ohne einheitliche Spitze und Vertretung, ohne Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung, ohne die Grundbedingungen einer fortschreitenden Entwicklung.

Dieses traurige Ergebnis langer Beratungen war die Folge der Eifersucht zwischen den beiden deutschen Hauptmächten und der Mißgunst der europäischen Großmächte. Welche Früchte ließen sich noch von einem Baume erwarten, der in der Krone verstümmelt war, im Herzen des Volkes nie Wurzeln schlagen konnte?

Der Deutsche Bund bildete niemals eine Macht; bald sollte er nur noch eine Hemmung des deutschen Volkslebens bedeuten. Anstatt des Reiches gab es nur ein Österreich, ein Preußen und kleinere Einzelstaaten.

Österreich, das bei seiner abgerundeten Lage und seiner politischen Macht sich selbst genügte, entfremdete sich unter Metternichscher Staatsleitung dem deutschen Leben immer mehr. Eifersüchtig behütete es seine Grenzen vor dem „Gift der Aufklärung“ und beschränkte die Mittel derselben, Presse und Buchhandel, durch Polizeimaßregeln im Innern, während die Träger geistiger Verdummung, Mönchsorden, Klöster und Jesuiten, eifrig unterstützt wurden. Materielle Güter und sinnliche Lebensgenüsse sollten für den Verlust der Freiheit entschädigen. Bürgertugend und Manneswürde können aber nur in einem freien Volke, nicht in einem Polizeistaate gedeihen. Ohne eigne Lebenswärme vermochte der Metternichsche Polizeistaat auf die Entwicklung des deutschen Volkslebens keinen Einfluß zu üben und erblickte seine Aufgabe am Bunde und in Deutschland nur in der Niederhaltung aller freien Regungen des Volksgeistes, als deren gefährlicher Hort ihm damals Preußen erschien.

Preußen, das für seine ruhmvolle Führung im Befreiungskriege auf dem Wiener Kongresse am kümmerlichsten bedacht worden, mit seiner ungünstigen geographischen Gestaltung, seinen getrennten Gebietsmassen, seinen überall offenen Grenzen, konnte seinem geschichtlichen Berufe nur dann treu bleiben, wenn es, verbündet mit dem deutschen Volksgeiste auf der Bahn freier Entwicklung vorschreitend, die kleinen norddeutschen Staaten unter seinem Schutze sammelte und Deutschlands Schicksal zu seinem eignen, Deutschlands Größe zur Grundbedingung seiner eignen Macht erhob.

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war dem preußischen Volke ein Ehrenrecht gegeben, welches schwerer wog, als die von den süddeutschen Landesherren ihren Bevölkerungen zugestandenen Vertretungen in den Kammern mit karg zugemessenen Rechten; mit der entschlossenen Durchführung dieser Einrichtung trotz aller Anfechtungen und Schwierigkeiten in der nachfolgenden Friedensperiode stellte sich der preußische Staat unwiderstlich auf die Bahn des Fortschritts. Noch aber hartete man in Preußen auf die Erfüllung des Königsworts, welches dem Volke Teilnahme an der Gesetzgebung und ständische Vertretung verheißen hatte. Das Volk, das auf den Schlachtfeldern der Befreiungskriege die Blüte seiner Jugend geopfert hatte, blickte vertrauensvoll zur alten Krone auf, von ihr die Erfüllung

jener Verheißung erwartend, aber nur wenige erkannten die Schwierigkeiten, welche vor der Verleihung einer Verfassung mit gemeinschaftlicher Volksvertretung noch zu überwinden waren. Der Staat, welcher die Einheit Deutschlands begründen wollte, mußte vor allem ein geschlossenes Staatsganzes in sich bilden; aber die Elemente, welche nach dem Frieden zu den alten preußischen Landesteilen hinzugekommen waren — das Rheinland mit seiner französischen Aufklärung, das früher schwedische Vorpommern mit den überlieferten Rechten und Privilegien aus der Zeit unter den drei Kronen Scandinaviens, die ehemals polnischen Gebietssteile mit ihrem störrischen Adel und ihrem unwissenden Bauernstande, der Sachse mit dem getheilten Herzen halb für den Kautenkrantz, halb für den Adler — waren so eigenartig, daß es noch einer mehrjährigen Verwaltung bedurfte, um sie mit jenen zu einer Staatseinheit zu verschmelzen. Utmärker und Sachse, Westfale und Rheinländer, Schlesier und Pole wohnten damals ohne gemeinschaftliche nationale Überlieferungen und Interessen in demselben Staate nebeneinander. Für alle diese verschiedenen Staatsglieder gab es nur einen einigenden Mittelpunkt — das Königtum der Hohenzollern; eine gemeinsame Volksvertretung aber konnte an den großen Aufgaben des Staates erst dann mit Erfolg mitwirken, wenn durch eine einheitliche, geordnete Verwaltung der Weg gebahnt war.

Eine Kommission unter Vorsitz des Kronprinzen wurde mit den vorbereitenden Arbeiten beauftragt und glaubte mit der Einrichtung der Provinzialstände — nach dem Muster der alten Landstände in der dreifachen Gliederung nach Ritterschaft, Städten und Landgemeinden — dem Volke vollen Ersatz für die verheißene Verfassung zu bieten. Der Geist Steins lebte nicht mehr in der preußischen Gesetzgebung; der Staatskanzler Fürst Hardenberg hielt zwar an der Idee einer preußischen Verfassung bis an sein Ende fest; doch dem Altersmüden fehlte die Kraft, sich und sein Amt zu opfern für das anerkannte Recht. Andre bedeutende Männer, wie Humboldt, Beyme, Boyen, Grolman, zogen sich verstimmt aus dem Staatsdienste zurück und überließen ihre Plätze Männern von beschränkterem, einseitigem Gesichtskreise. Auch solche, die zur Zeit der Fremdherrschaft durch Wort und Beispiel kraftvoll und belebend auf die deutsche Jugend gewirkt hatten, auch der Dichter Arndt und der Vater der Turnkunst Jahn, empfanden den schwülen Druck der Zeit in den Maßregeln, welche von der preußischen Regierung gegen ihre Personen ergriffen wurden. Der König selbst, mild und wohlwollend, aber schüchtern und schwunglos, zögerte um so mehr, seine unter dem frischen Eindruck der Großthaten der Befreiungskriege gegebene Verheißung jetzt in einer nüchternen Zeit zur Wahrheit zu machen, als die fortwährenden Klagen der süddeutschen Fürsten über ihre

Kammern ihn mit Mißtrauen und Besorgniß erfüllten. So verblieb es nach langjährigen Verhandlungen bei der Einrichtung der Provinzialstände zur Beratung über die die einzelnen Provinzen betreffenden Gesetzentwürfe. Preußen blieb mitten in einer glänzenden Entwicklung stehen.

Nur auf einem Gebiete, nämlich auf dem der wirtschaftlichen Einheit, kannte die preußische Regierung, unbeirrt durch die Einreden Österreichs und die widerstrebenden Sonderinteressen, eine folgerichtige und glückliche Politik zum Heile und zur Wohlfahrt Deutschlands. Einsichtsvolle Männer, wie Karl Friedrich Nebenius aus Baden, der ausgezeichnete Nationalökonom und Patriot Friedrich List und der Buchhändler F. F. v. Cotta aus Württemberg, erkannten den Vorteil, welcher für das gesamte Deutschland aus einer Zollvereinigung mit Preußen hervorgehen müsse, und unterstützten die preußische Regierung in ihren mühevollen Bestrebungen, einen Zollverband innerhalb des Deutschen Bundes ins Leben zu rufen. Nur die Küstenländer und freien Städte der Ost- und Nordsee verschlossen sich noch gegen das gemeinsame Interesse und bildeten unter sich den sogenannten „Steuerverein“. Preußen aber schloß mit den übrigen deutschen Staaten (am 22. März 1833) den Deutschen Zollverein zur Hebung der gemeinsamen Industrie und zur Förderung der wirtschaftlichen Arbeit in ganz Deutschland. Waren es auch nur die materiellen Interessen, welche dadurch einander näher gebracht wurden, so fiel doch immerhin mit den Schlagbäumen eine von den Schranken, welche Deutsche von Deutschen schieden.

Die deutsche Einheitsidee ruhte zwar im Staatsleben; sie wirkte mächtig fort in jenem unsichtbaren Kreise, in dem das deutsche Wesen am reinsten und eigenartigsten sich kund gibt, in der Wissenschaft und Kunst, im Geist und im Gemüt. Sie drang immer tiefer und tiefer in das Herz des Volkes ein, und das deutsche Volk hielt trotz aller Täuschungen an ihr fest mit der Treue und Beständigkeit, in der es eher von Gütern und Wohlleben lassen mag, als von der für recht und heilbringend erkannten Idee. Der deutsche Geist flüchtete mit seinen Erinnerungen aus einer thatenarmen Zeit zurück in die Größe der Vergangenheit. Die Heldengestalten der Vorzeit, die Kaiserbilder des Mittelalters traten wieder lebendig vor die Seele des Deutschen, die herrliche Poesie des Hohenstaufenzeitalters deuchte ihn gleich einem neu entdeckten Zauberhorn. Die schwäbischen Dichter mit ihrer Vorliebe zur vaterländischen Geschichte und Sage, zu den Überlieferungen vom „alten Reich“, wurden die Lieblinge der ganzen Nation. Der Norddeutsche mit seiner kühlen, nüchternen Denkweise lernte durch sie die Eigenarten des süddeutschen Stammesbruders kennen und lieb gewinnen, und die Länder des deutschen Südens, die bisher mehr selbstgenügsam für sich gelebt hatten, begannen einen heilsamen und ergänzenden Einfluß auf die Entwicklung

in Norddeutschland zu üben. Auch die Fortschritte auf materiellem Gebiete mußten der Idee dienstbar werden. Die neuen Verkehrsstraßen, Schienenwege und Dampfschiffe, förderten die Verbreitung der Bildung, und mit der erhöhten Fabrikthätigkeit wuchs der Wert der Volksarbeit. An Stelle der früheren Vereinzelung trat das gemeinsame Streben Gleichgesinnter. In stiller Arbeit wirkten alle edleren Kräfte zusammen, um die Schranken zu zerstören, welche das Volk auf seinem Wege zur Einigung aufhielten.

Freilich hatte die deutsche Einheitsidee noch manche Wandlungen zu durchlaufen. Sie ward aus dem Gebiete der Staatskunst in die Dichtkunst hinübergetragen, sie suchte in der Presse und in den Parlamentssälen sich Bahn zu brechen, sie führte zu Volksaufständen und Bürgerkrieg. Unter allen diesen Kämpfen bildete sich aber im Volke ein klareres Verständniß darüber, was zunächst und auf welche Art es erreicht werden konnte. Man erkannte, daß für ein großes Ziel auch Opfer, sowohl von den Fürsten als von den Bevölkerungen der Einzelstaaten, gebracht werden mußten. Um das Einigungswerk durchzuführen, bedurfte es vor allem eines großen, festgegründeten, ganz deutschthümlichen Staatswesens, welches den kleineren Staaten Schutz und Anlehnung bieten konnte und dessen freiheitliche Entwicklung zugleich eine Bürgschaft für den Fortschritt des Ganzen bot; es bedurfte eines mächtigen Oberhauptes, welches im Vertrauen auf Gott und seines Volkes Kraft trotz aller widerstrebenden Elemente voll festen Mutes seine hohe Aufgabe antrat und dessen persönliche Würde und Hoheit die übrigen Fürsten zur freiwilligen Unterordnung fortriß; es bedurfte dazu auch eines kühnen, weitschauenden Staatsmannes, welcher das deutsche Volk in seiner Vielgegliedertheit und Einmütigkeit, in seinem Trutz und in seiner Treue, in seinem starken Sondertrieb und seinem Einheitsdrange begriff und liebte, eines Staatsmannes, dessen unabhängiger, ehrenfester Charakter zugleich dafür bürgte, daß er keinen Makel auf dem Schilde deutscher Ehre dulden, daß er weder der welschen Arglist noch der römischen Herrschsucht eine Spalte in dem Einheitsbaue offen lassen werde.

In den Geisteskämpfen der letzten Jahrzehnte, von deren Nachwirkung noch der Fortschritt unsrer Zeit getragen wird, tritt immer bestimmter das Bild eines rüstigen Mitstreiters hervor, der alle Wandlungen und Widersprüche der Zeit in seinem starken, vaterlandsliebenden Herzen durchkämpfen und überwinden lernte, der immer klarer und gereifter aus jeder neuen Bewegung hervorging und der endlich berufen war, als erster Rat des mächtigsten Königs der deutschen Einheitsidee zum Siege zu verhelfen.

Der Mann hieß Bismarck.



Wo des Staates Wiege stand, der so hoch gestiegen,  
Standen in der Altmark Land manche Bismarck-Wiegen,  
Aber Anno Fünfzehn war's, als im Frührottheine  
Jenes großen Siegesjahres dorten stand die Feine.

Hermann von Bismarck.



Schloß Schönhausen.

## Erstes Kapitel.

# Die Vorfahren.

Wo des Staates Wiege stand, der so hoch gestiegen,  
Standen in der Altmark Land manche Bismarck-Wiegen,  
Aber Anno Fünfzehn war's, als im Frührottscheine  
Jenes großen Siegesjahrs dorten stand die setne.

Hermann von Bismarck.

In der Altmark, dem ältesten Gebietsteile des preußischen Staates, liegt die Geburtsstätte des deutschen Reichskanzlers, der alte herrschaftliche Landsitz Schönhausen. Die Lehrter Eisenbahn, welche fast in gerader Linie die deutsche Kaiserstadt mit der alten Welfenstadt Hannover verbindet, führt unmittelbar an den Feldmarken und dem Schlosse von Schönhausen vorüber. Schönhausen ist Station.

Still und ernst breitet sich die märkische Landschaft bis zum rechten Elbufer gegen Westen vor uns aus — eine weite Fläche mit fargem, aber wohlangebautem Boden, hin und wieder von düsteren Waldstreifen durchzogen. Arm an landwirtschaftlichen Reizen, ist die Gegend um so reicher

an geschichtlichen Erinnerungen. Die Fläche, welche wir vom Schönhauser Kirchhügel überschauen, ruft uns zugleich im engen Rahmen ein Bild der mächtigen Entwicklung des preußischen Staates aus dem kleinen altmärkischen Kerne vor die Seele.

Hier, auf diesem Boden, fanden die ersten Kämpfe der über die Elbe vordringenden Christen mit den heidnischen Bewohnern statt; hier gründete deutsche Kraft und Ausdauer in langjährigen Kämpfen die deutsche „Nordmark“ als starke Vormauer des Reiches gegen die slawischen Wenden. Unmittelbar jenseit der Elbe ragt der hohe Stephanssturm der altmärkischen Stadt Tangermünde, in deren Burg die ältesten Markgrafen von Brandenburg ihren Wohnsitz aufschlugen; die mächtigen roten Backsteinmauern mit riesigen Strebepfeilern am hohen Elbufer trugen einst das prächtige Schloß des deutschen Kaisers Karl IV., in welchem er von der Gründung einer großen Lützelburgischen Hausmacht durch Erbeinigung seiner brandenburgischen und böhmisch-mährischen Lande träumte und welches in späterer Zeit die Wiege von zwei ruhmreichen hohenzollernschen Kurfürsten barg, Friedrichs des Eisernen und Albrechts, des deutschen Achilles. Dort, vielleicht an derselben Stelle, wo jetzt eine stattliche Dampffähre, die den Namen „Fürst Bismarck“ trägt, von Tangermünde nach dem rechten Elbufer hinüberführt, mag es gewesen sein, wo einst der junge Derfflinger, ein Vorfahr des deutschen Reichskanzlers von mütterlicher Seite, Schere und Bügelleisen in den Strom schleuderte, um sich den überfahrenden Kriegskleuten anzuschließen und das Schwert für die Elbe einzutauschen. Eine Stunde weiter in nordwestlicher Richtung blickt der Doppelturm der Marienkirche der altmärkischen Hauptstadt Stendal, in welcher einst das Geschlecht der Bismarck als Mitglieder der angesehensten Gilde, der Gewandschneider und Tuchhändler, eine hervorragende Rolle spielte; der mächtige Roland mit dem Richtschwerte vor dem Rathause der Stadt erinnert noch an die Vorrechte der alten Hansestadt, welche sie erst bei dem Aufstande wegen der „Bierziese“ an den kurfürstlichen Landesherrn Johann Cicero verlor. Auch die Überlieferungen aus der brandenburgischen Ruhmeszeit unter dem Großen Kurfürsten haben sich in diesen Gegenden der Altmark besonders lebendig erhalten. In dem früher Bismarckschen Dammeneck wird noch jetzt eine von jenen Fahnen aufbewahrt, unter welchen die altmärkischen Bauern (1675) sich zusammenscharten, um die während des Rheinfeldzuges des Kurfürsten in die Mark eingefallenen Schweden aus dem Lande zu vertreiben, mit der Inschrift: „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserm Kurfürsten mit unserm Blut.“ Auf dem Rathause zu Rathenow, drei Meilen von Schönhausen, sieht man die Fahne, welche Derfflinger mit seinen Dragonern bei dem kühnen Überfall und dem darauf

folgenden nächtlichen „Massacre“ in den Straßen der Stadt dem schwedischen Regiment Wangelin abnahm. Einige Meilen weiter nordwärts nach dem Havelländer Luche zu liegt das Schlachtfeld, wo der brandenburgische Adler zu so kühnem Sonnenfluge sich aufschwang und das junge brandenburgische Heer seinen Kriegsrühm für alle Zeiten begründete — das Schlachtfeld von Fehrbellin.

Unter solchen altbrandenburgischen Erinnerungen wuchsen die Vorfahren des Reichskanzlers auf, deren Wiege dort unter dem hohen roten Ziegeldache mit den drei aufragenden Schornsteinen stand, welches dicht neben der Dorfkirche zwischen mächtigen alten Lindenkronen hervorblickt. Breite, schöne Baumgänge führen von der Umgrenzung des Parkes, dem schilfigen Wassergraben, bis an die gemauerte Terrasse des Schloßgartens. Schattige Baumgruppen wechseln mit sonnigen Rasenplätzen im Parke; hin und wieder drängt sich auch ein Streifen Wegekraut oder eine Brennessel bis in die Gänge hinein. Alte, prächtige Linden senken ihre schweren Äste bis auf das Erdreich hinab, um von da mit frischen grünen Zweigen von neuem emporzustreben. Auf dem Rasenplatze zwischen der Hauptfront des Schlosses und den Baumgruppen zur Linken desselben stehen jetzt vier französische Geschütze, Trophäen aus dem letzten Kriege mit Frankreich. Zum Teil noch unter Ludwig XIV. zur Zeit der Erniedrigung Deutschlands gegossen und dann in den französischen Grenzfestungen aufgestellt, den drohenden Mund gegen Deutschland gerichtet, dienen sie jetzt als Schmuck dem Geburtshause des deutschen Reichskanzlers.

Das Herrenhaus selbst ist ein schlichter viereckiger Bau aus einem Erdgeschosse und zwei Stockwerken, ohne Säulen, ohne Vortreppe. Über dem Haupteingange erblickt man das Bismarcksche Wappen, das Kleeblatt, zwischen dessen drei rundlichen Blättern drei zackige Eichenblätter mit nach außen gefehrten Spitzen hervorragen, daneben das Rattische Wappen, die Raze mit der Maus im Mause. Auf den Seiten der Wappenschilder über dem Haupteingange liest man die Namen: Augustus von Bismarck und Dorothea Sophia Ratten (darunter die Jahreszahl: Anno 1700), der ersten Bewohner des jetzigen Schlosses, als dasselbe nach Brand und Verwüstung des Dreißigjährigen Krieges auf den alten Grundmauern von neuem erstand.

Erst seit der Mitte des 16. Jahrhunderts waren die Bismarck auf Schönhäusen heimisch. Ihre eigentliche Heimat haben wir — wie bereits erwähnt — eine Meile von Schönhäusen entfernt in der Stadt Stendal zu suchen. Sie hatten sich von ihrem früheren Sitze zu Bismarck — so genannt nach seiner Lage an dem Flüsschen Biese — in dieser Stadt niedergelassen und nach der damaligen Sitte den Namen ihres früheren

Burgmannsfiges als Geschlechtsnamen beibehalten. Der älteste Ahnherr des Geschlechts, der sich urkundlich nachweisen läßt, ist Herbord (Heribert, Herbert), um 1270. Mehrere des Namens Bismarck haben seitdem den Ratsstuhl in Stendal besetzt, meistens in Gemeinschaft mit der ausgestorbenen Familie von Schadewachten.

Rudolf oder Rule von Bismarck bekleidete im Anfang des 14. Jahrhunderts zu Stendal in der Gewandschneidergilde das Amt eines Altmeisters und war wiederholt Mitglied des Stadtrats. Selbst nach den wenigen Nachrichten, welche über sein Walten in Stendal aufbewahrt sind, erkennt man in ihm einen Mann, der sich zu Ansehen in und außerhalb seiner Stadt erhoben und um diese sowie um die ganze Altmark mehrfach verdient gemacht hat. Welches Vertrauen die Stadt zu seiner Einsicht und geistigen Gewandtheit besessen, ergibt sich auch daraus, daß sie ihn mehrmals an fürstliche Höfe gesandt, um im Namen der Stadt wichtige Verträge abzuschließen. Noch gegen das Ende seiner irdischen Laufbahn geriet Rule in Zerfall mit der Geistlichkeit und unter den Kirchenbann. Auf seine Anregung hatte die Stadt eine eigne Schule gegründet, um ihrer heranwachsenden Jugend eine höhere geistige Bildung angebeihen zu lassen, als sie bisher in der Domschule erhalten. Die Geistlichkeit aber beanspruchte die Gründung, Beaufsichtigung und Verwaltung der Schulen als ihr ausschließliches Vorrecht. Der Bischof von Halberstadt forderte die sofortige Auflösung der neuen Stadtschule, und als dieselbe nicht erfolgte, verhängte er über den sich auflehnen- den Stadtrat und die Bürgerschaft von Stendal Bann und Interdikt (1338).

Es spricht für den festen Sinn Rules und seiner Genossen im Stadtrat, daß sie unter allen Anfechtungen im Bewußtsein ihrer redlichen Absicht die neu gegründete Schule aufrecht erhielten. Erst nach Verlauf von drei Jahren ward der Streit des Rates mit dem Domstift und dem Bischof ausgetragen und zu gunsten der Stadt entschieden. Rule von Bismarck war unter diesen Streitigkeiten im Kirchenbann (1339) gestorben.

Die Geistlichkeit fuhr indessen auch in der Folge fort, den Stadtrat anzuseinden und die Mißstimmung der ärmeren Bürgerschaft gegen die angesehenen Bürgerfamilien zu nähren. Infolge dieser fortdauernden Aufregungen kam es einige Jahre später (1345) in Stendal zu einem Volksaufstande, durch welchen der patrizische Stadtrat gestürzt und viele der angesehensten Familien, darunter auch die Bismarck, aus der Stadt vertrieben wurden. Wer möchte nicht schon in dem festen Sinne, welchen die Urhnen unsrer Reichskanzlers bei diesen Streitigkeiten mit der Geistlichkeit bewahrten, die Züge des edlen, mannhaften Trubes erkennen, welcher in den Kämpfen unsrer Zeit ihm das geflügelte Wort eingab: „Nach Kanossa gehen wir nicht!“

Als in unsern Tagen der Magistrat und die Stadtverordneten zu

Stendal dem Reichskanzler den Ehrenbürgerbrief für ihre Stadt übersandten, sagte dieser in seinem Dankschreiben: „Wenn meine Väter durch Unruhen, deren damalige Ursachen mit den die jetzige Zeit bewegenden Gegensätzen in folgerechter Beziehung stehen, vor 500 Jahren aus der Stadt vertrieben wurden, so können diese geschichtlichen Erinnerungen den Dank des Entfels nur erhöhen, der jetzt durch den einstimmigen Beschluß der städtischen Behörden wiederum Aufnahme in den uralten landsmännischen Verband findet.“

Klaus von Bismarck, der Sohn Kules, vergalt seiner Vaterstadt nicht Gleiches mit Gleichem. Bald nachdem der Friede zwischen den Parteien in der Stadt geschlossen war, kehrte er zurück (1351) und trat als Hauptmann der Glevener (d. i. Speerreiter) in ihre Dienste. Er machte der Stadt erhebliche Vorschüsse und wird in den Urkunden als „ihr treuer Bürger“ bezeichnet.

In gleicher Treue diente Klaus von Bismarck unter den Wittelsbacher Markgrafen auch seinem Lande und gehört zu den bedeutendsten Staatsmännern, welche der brandenburgische Staat besaßen. Als der schlaue Luxemburger Kaiser Karl IV. durch Erwerbung der Mark Brandenburg seine Hausmacht zu erweitern trachtete, hielt Klaus von Bismarck als markgräflicher Rat treu zu dem Wittelsbacher Markgrafen und geriet dadurch gleichfalls unter den Bann des Papstes, welcher die Luxemburger begünstigte.

Noch auf der Schwelle des Grabes scheint er die Lösung vom Banne nachgesucht und erlangt zu haben. Der damals etwa 70jährige Greis wollte in Frieden mit der Kirche sterben und ließ es sich bedeutende Geldspenden kosten, um diesen noch mit ins Grab zu nehmen. Trotz Stadtbannes und Kirchenbannes hat Klaus von Bismarck sich in seiner Vaterstadt Stendal ein gesegnetes Andenken bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Straße, in der sein Haus stand (früher Viehthorstraße), hat neuerdings den Namen „Bismarckstraße“ erhalten.

Für seine Verdienste um den Staat hatte schon Markgraf Ludwig der Ältere (am 15. Juni 1345) ihm für ihn und seine Nachkommen das Schloß Burgstall, an der damaligen Südgrenze der Altmark gegen Magdeburg, als erbliches Lehen übertragen. Seitdem gehörten die Bismarck zu den „schloßgefeffenen“ Familien der Mark, welche unter dem ritterbürtigen Adel des Landes eine bevorzugte Stellung einnahmen.

Sie lebten gemeinschaftlich auf ihren reichen Besitzungen zu Burgstall, in deren weit ausgedehnten herrlichen Waldungen sie den Freuden des Weidwerks nach Herzenslust oblagen.

Klaus III. und Hennig von Bismarck gehörten zu den wenigen vom märkischen Adel, welche den Burggrafen Friedrich von Nürnberg als Statthalter der Mark (1411) mit Freuden begrüßten und in dem kraftvollen

Walten des ersten hohenzollernschen Kurfürsten den Aufgang einer besseren Zeit für die Mark Brandenburg erkannten. Die Beziehungen zwischen den kurfürstlichen Landesherrn und den Schloßgefeffenen auf Burgstall gestalteten sich in der folgenden Zeit noch wärmer. Oft kehrten die hohenzollernschen Prinzen mit Jagdgefolge und Rossen bei den Bismarcks ein, erfreuten sich mit ihnen in den weiten Waldungen des Tanger und der Ohre an Weidmannslust und Hörnerschall und ließen sich nach den Anstrengungen der Jagd gern mit einem edlen Trunk in den gastlichen Hallen von Burgstall erquicken. Aber die Treue der Bismarck sollte eine schwere Probe bestehen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wohnten auf Burgstall zwei Brüderpaare aus zwei Zweigen des Bismarckschen Stammes, Heinrich und Friedrich das ältere, Jobst und Georg das jüngere, einträchtiglich beisammen; da erhielten sie einen mächtigen Nachbar in dem Kurprinzen Hans Georg, dem damaligen Verweser des Havelberger Bischofsprengels, der in den Wäldern des Tanger zu jagen liebte und in Leßlingen ein eignes Jagdschloß erbaute. Die Jagdreviere von Leßlingen und Burgstall grenzten dicht aneinander, und oft kam es zu Grenzstreitigkeiten zwischen dem kurfürstlichen Gefolge und den Bismarckschen Jägern. Da fühlte der leidenschaftliche Jagdfreund Prinz Hans Georg sich versucht, auch Burgstall für sich zu gewinnen, um die herrlichen Waldungen des Tanger und der Ohre zu einem weiten fürstlichen Jagdreviere zu vereinigen, und ließ den Bismarckschen Brüderpaaren Anerbietungen zu einem Tausche machen. Das war eine harte Zumutung für die ehrenfesten Getreuen auf Burgstall, daß sie dem jagdlustigen Herrn zu Gefallen ihren väterlichen Herd verlassen sollten. Vergebens stellten sie vor, „daß ihre Vorfahren mit Gut und Blut willig ihre Dienste den Kurfürsten geleistet, daß sie lieber in dem althergebrachten zierlichen Stande bleiben, als leichtfertig denselben verrücken lassen wollten“; — Kurprinz Hans Georg hatte sich's einmal in den Kopf gesetzt, die Jagd zu Burgstall müsse ihm zu eigen gehören, und ließ ihnen nur die Wahl zwischen der fürstlichen Ungnade und der Einwilligung zu einem Tauschvertrage. Endlich nach langen Zweifeln und Bedenken entschlossen sich die Bismarck, dem Frieden mit ihrem Landesherrn zu Liebe, mit schwerem Herzen zu dem letzten Schritte und unterzeichneten (am 16. Dezember 1562) im Jagdschlosse zu Leßlingen mit Kurprinz Johann einen Vertrag, demzufolge sie für ihr altes liebes Burgstall das Amt und Dorf Schönhausen nebst dem früheren Tempelherrnhause, das Dorf Fischbeck und das Kloster Crevese in Tausch nahmen.

Jobst und Georg von Bismarck waren die ersten Besitzer von Schönhausen nach dem Tausche; ihr Vetter Friedrich aber, welcher die Tauschverhandlungen geleitet hatte und deshalb den Beinamen des „Permutator“

(Umtauscher) erhielt, erbte später ihre Besitzungen und setzte den Stamm allein fort.

Schmollend und unmutig freilich mögen die Bismarck (um Ostern 1563) ihren Besitz auf Schönhausen angetreten haben; aber die Zeit und ihr biederer Sinn lehrten sie Groll und Gram allmählich überwinden; sie dienten auf ihren Hufen nach wie vor in schlichter Treue ihren Landesherren.



Die Bismarck übersiedeln nach Schönhausen.

Waffen- und Weidwerk war ihre Lust, und wenn sie von ihren Jagden oder von Türkenzügen im fernen Ungarlande wohlbehalten an ihren Herd zurückkehrten, die Kofse im Stalle abgeschirrt und die Waffen in der Kustkammer aufgehängt waren, dann widerhallten die Wände des alten Tempelherrnhause zu Schönhausen von frohem Gelage und Becherklänge.

Der Dreißigjährige Krieg brachte schweres Unglück nicht allein über das Reich und die Mark Brandenburg, sondern über Schönhausen und das Bismarcksche Haus insbesondere. Die Nähe des Platzes Tangermünde mit der stark befestigten alten Kaiserburg, welche den Elbübergang beherrschte, führte es nach sich, daß gerade dieser Teil der Altmark wiederholentlich unter den Durchzügen der verschiedensten Kriegsvölker, Dänen, Kaiserliche, Schweden und Sachsen, zu leiden hatte.

Als Gustav Adolf, der in Tangermünde für einige Tage sein Hauptquartier aufschlug, der protestantischen Sache neuen Aufschwung gab, da befanden sich unter den Jünglingen, die im schwedischen Heere für ihre Glaubensfreiheit kämpfen wollten, auch zwei Brüder von Bismarck, August und Valentin Bussio, die Söhne des Schloßherrn auf Schönhausen. Im Regiment des Rheingrafen nahmen sie Anteil an der Schlacht auf dem Breiten Felde bei Leipzig, an Gustav Adolfs Siegeszuge durch Deutschland, endlich an der Entscheidungsschlacht bei Lützen, deren siegreicher Ausgang mit dem Leben des heldenmütigen Schwedenkönigs zu teuer erkauft wurde.

Mit einem schwedischen Streifkorps betrat Valentin Bussio nach zwölf Jahren den väterlichen Boden wieder. Wie verschieden war das Bild, welches er von seiner Heimat im Herzen trug, von demjenigen, welches sie jetzt nach einer langen Zeit von Kriegsleiden und Drangsalen bot! — Ringsum lagen verwüstete Felder, ausgebrannte Wohnstätten, rauchende Trümmerhaufen. Als die schwedischen Truppen die Waldung zwischen Rathenow und Schönhausen durchschritten hatten, lag die Gegend bis zur Elbe vor ihnen wie eine Einöde, auch von der hohen Warte an der Elbe, der alten Kaiserburg, ragten nur noch die rauchgeschwärzten Trümmer am Himmelsfaum. Von Schönhausen aber wehte es herüber wie Asche und Brandgeruch. Da lag das einst so freundliche Dorf jetzt niedergebrannt oder noch brennend vor Valentins Blicken, überall noch die frischen Spuren graufiger Verwüstung zeigend. Das väterliche Schloß, in dem er die Jahre froher Kindheit verlebt hatte, war in eine Brandstätte verwandelt, nur die öden Mauern und der hohe Schornstein ragten aus dem Schutt. Keine Glocke konnte mehr den Gruß durch die Felder rufen; denn die große Glocke des Kirchturms dicht neben dem Schloßhofe war von dem brennenden Gebälk in der Glockenstube hinabgestürzt und verstummt. Der Turm selbst zeigte jene klaffende Spalte, die ihm noch heute das Aussehen eines „verwundeten greisen Helden“ gibt. Als Valentin die Verwüstung seines väterlichen Erbgutes sah, da preßte ein namenloser Schmerz seine Brust. Thränen rollten über seine Wangen, so daß die schwedischen Kriegszuführten gerührt nach der Ursache seines Kummeres fragten. Der Befehlshaber ließ ihn zu sich kommen und suchte ihm mit freundlichen Worten Trost zuzusprechen.

Die Mutter Valentin Bussios, eine geborene von der Affenburg und seit mehreren Jahren Witwe, hatte mit ihrer Familie während des Schloßbrandes in einer Altenteilswohnung, in dem einzigen Hause von Schönhausen, das von den Flammen verschont geblieben war, ein dürftiges Unterkommen gefunden und zog nachher nach Stendal, wo sie sich in der Zeit der Not mit ihren vier Töchtern durch Spinnen ernährte.

Lange Zeit verging, ehe der Brandschutt aus dem eingäscherten Schlosse

hintweggeräumt war und zum Wiederausbau geschritten werden konnte. Die nächsten Besitzer von Schönhausen bewohnten daher ein Fachwerkgebäude, das mitten auf dem kleinen Wirtschaftshofe errichtet, aber seiner Baufähigkeit wegen später wieder abgerissen wurde.



Valentin von Bismarck als schwedischer Soldat auf dem verwüsteten väterlichen Gutshof.

Erst unter August von Bismarck und seiner Gemahlin Dorothea Sophia von Ratte, deren Namen wir über dem Haupteingange gelesen haben, wurde im Jahre 1700 der Neubau des Schlosses vollendet.

Sein ältester Sohn und Erbe, August Friedrich von Bismarck, war der Urgroßvater des Reichskanzlers und soll eine große Ähnlichkeit der Gesichtszüge auf ihn vererbt haben. Als Oberst und Kommandeur des

später so berühmt gewordenen Dragonerregiments Ansbach-Baireuth, damals Schulenburg-Dräger, zog er in König Friedrichs Heere nach Schlessien und Böhmen, um von dort nicht mehr zurückzukehren. In der Schlacht bei Gzasklau (17. Mai 1742) wurde er mit blutenden Wunden vom Schlachtfelde getragen und wenige Tage darauf (23. Mai) auf dem Wege nach Ruttenberg von österreichischen Husaren überfallen, seiner Habe beraubt und, nachdem sie ihm alles abgenommen, auf dem Wagen erschossen. Seine Leiche wurde nach Schweidnitz gebracht und daselbst auf dem evangelischen Friedhof bei der Dreifaltigkeitskirche bestattet.

Karl Alexander von Bismarck, der zweite Sohn des Vorigen und mütterlicherseits ein Enkel unsres berühmten Derfflinger, war der Großvater des Reichskanzlers (geb. den 26. August 1727, gest. 19. Sept. 1797). Er entsagte als Rittmeister dem Waffengewalt, zu dem ihn Friedrich der Große gegen seine Neigung bestimmt hatte, die ihn mehr zu den Künsten und zur schönen Litteratur hinzog. Aus seiner Ehe mit Charlotte von Schönfeld entsprossen ihm vier Söhne. Der jüngste von ihnen, Karl Wilhelm Ferdinand (geb. 13. Nov. 1771), war der Vater des Reichskanzlers.

Ferdinand von Bismarck trat schon in seinem zwölften Lebensjahre (1783) bei dem in dem benachbarten Rathenow garnisonierenden Leibkürassier-Regiment ein, welches seinen Oheim, den General von Bismarck, zum Chef hatte und aus dem Stamme der berühmten Derfflingerschen Dräger hervorgegangen war. Hier begann der Knabe von unten auf seine militärische Laufbahn, that Wachen und Stalldienst wie jeder andre Kürassier und ließ — wie er später mit Nachdruck seinen Söhnen zu erzählen pflegte — „jeden Morgen Schlag 4 Uhr die Kürassiers ihren Hafer zumessen.“ In jener Zeit bildete sich bei ihm der Sinn für strenge militärische Ordnung und Pünktlichkeit, die er später in demselben Grade von seinen Söhnen forderte. Gegen Ende des Jahres 1792 erhielt das Regiment Marschbefehl, um unter dem Herzog von Braunschweig den Feldzug in Französisch-Flandern und der Champagne mitzumachen. Der junge Ferdinand von Bismarck wurde bald darauf als Ordnungsoffizier in das Hauptquartier des Herzogs und zur Dienstleistung beim Prinzen Louis Ferdinand berufen. In dieser Eigenschaft sprengte er mit den Befehlen des Oberkommandierenden auf dem Schlachtfelde von Kaiserslautern zu den Truppen. Vorn hätte er wohl dem alternden Herzoge selbst etwas von seinem Jugendfeuer mitgeteilt, denn im Hauptquartier sah er so manches, das mit seinen Vorstellungen von Kriegführung in Friedrichs Geiste nicht übereinstimmte. Als nach dem unheilvollen Baseler Frieden das Regiment für kurze Zeit in seine Friedensgarnison zurückkehrte, da zog der junge märkische Centaur es vor, lieber auf seines Vaters Gute nach eigener Art Rosse zu tummeln,

als die Langeweile des Exzerzierplatzes von Rathenow zu atmen, und hat um seinen Abschied, den er (1796) als Rittmeister erhielt.

Im Winter pflegte der Rittmeister a. D. von Bismarck für einige Monate nach Berlin zu gehen und wurde der vertraute Umgang des ritterlich heißblütigen Prinzen Louis Ferdinand, des Neffen Friedrichs des Großen. In den dortigen Hofkreisen machte er die Bekanntschaft des schönen und anmutvollen Fräulein Luise Wilhelmine Menken, deren Vater, aus der Leipziger Gelehrtenfamilie dieses Namens stammend, als Kabinettsrat bei dem jungen Könige Friedrich Wilhelm III. eine angesehene und einflußreiche Stellung bekleidete.

Anastasius Ludwig Menken war, wie der Minister von Stein sich äußerte, „der einzige in der Umgebung des jungen Königs, welcher diesen selbst liebte und welchem dessen Größe und Bildung am Herzen lag, ein liberal denkender, gebildeter, feinführender und wohlwollender Mann von den edelsten Gefinnungen und Absichten, der das Wohl seines Vaterlandes wünschte und durch Verbreitung von Aufklärung, durch Verbesserung des Zustandes aller Klassen und Anwendung liberaler und menschenfreundlicher Grundsätze fördern wollte.“ Leider mußte Menken seiner schwächlichen, durch unausgesetzte Arbeit angegriffenen Gesundheit wegen schon früh seine Entlassung aus dem Staatsdienste nehmen. Bald nachher starb er (am 5. August 1801).

Mit dem hellen Verstande und dem vorurteilsfreien Blick ihres Vaters verband Luise Wilhelmine Menken die Vorzüge der äußeren Erscheinung und des feinen weiblichen Taktes, durch deren Vereinigung sie das Herz Ferdinands von Bismarck gewann. Am 7. Juli 1806 fand die Vermählung statt. Es mochte wohl an mancherlei Gerede und Kopfschütteln unter Nachbarn und Nachbarinnen nicht fehlen, als Bismarck mit seiner schönen siebzehnjährigen Gemahlin (sie war geboren den 24. Februar 1789) seinen Einzug in Schönhausen hielt. Die Ehe eines Grundherrn von altmärkischem Adel mit einer Bürgerlichen zu einer Zeit, als der Adel sich noch im Vollbewußtsein eines bevorrechteten Standes fühlte, war ein zu auffallendes Ereignis, als daß sie nicht einiges Befremden hätte erregen sollen. Ob die biedere Gefinnung des Besitzers von Schönhausen, ob die geistige Anmut seiner Gemahlin die Vorurteile besiegt, oder ob sie unter dem Eindruck der Zeitereignisse von selbst allmählich geschwunden — jedenfalls vermochten sie nicht einen Schatten auf das junge Glück des Paares in Schönhausen zu werfen.

Aber andre, ernstere Trübungen blieben nicht aus. Kaum war die roßige Zeit der Fliederwochen vorüber, so brausten die Kriegsstürme mächtig durch das Land. Die Nachricht von dem Tode des dem Rittmeister von Bismarck besonders zugeneigten heldenmütigen Hohenzollernprinzen Louis

Ferdinand bei Saalfeld war nur der Vorläufer noch unheilvollerer Vorfällen. Die beiden verhängnisvollen Namen „Jena“ und „Auerstädt“ gingen von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr; der Staat Friedrichs des Großen, das alte Preußen, war bei dem ersten gewaltigen Stoße des neuen Cäsar zusammengebrochen, und was man nicht denken, nicht glauben mochte, das mußte man jetzt mit eignen Augen sehen. Von der Saale her trieben die sturmverschlagenen Trümmer des Preußenheeres, dicht verfolgt von den napoleonischen Heerscharen, bis zur Elbe und über die Elbe.

Die treuen Altmärker sahen die Thränen der unglücklichen Königin Luise, welche in der Nacht vom 16. Oktober im Schlosse zu Tangermünde verweilte; sie fühlten den großen Schmerz ihres Königs, als dieser zwei Tage darauf unter ihnen war. Dann aber folgten in ununterbrochenem Zuge die geschlagenen Truppen unter dem Herzog von Weimar und dem General Rüdchel. Endlich (am 26. Oktober) schlug der französische Marschall Soult sein Hauptquartier im Schloß zu Tangermünde auf und begann mit seinem Korps den Elbübergang anzutreten. Am 28. Oktober nachmittags wurden die ersten Franzosen in der Nähe von Schönhausen gesehen.

Die Nachricht von der Annäherung des Feindes verbreitete Schrecken und Bestürzung unter den Einwohnern von Schönhausen. Der größte Teil der Einwohner flüchtete mit ihrer beweglichen Habe noch vor Nacht nach dem „Trübenwalde“, einem durch Abzugsgräben und Schleusen trocken gelegten Elsenbruche. Auch der Geistliche des Orts, Prediger Petri, mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern sowie der Gutsherr, Rittmeister von Bismarck, mit seinem jungen Weibe schlossen sich ihnen an, um den gefürchteten Mißhandlungen zu entgehen. Aber noch auf dem Wege dahin wurde der mit vier gelben Pferden bespannte Wagen des letzteren von einem Trupp Franzosen angehalten und durchsucht. Nur mit Mühe gelang es Bismarck, seine Gemahlin vor Noheiten zu schützen und die Fortsetzung der Fahrt zu bewerkstelligen.

Raum hatten die letzten Flüchtlinge das Dorf verlassen, so drangen französische Heerhaufen plündernd in dasselbe ein. Ein Teil derselben nahm den Weg nach dem Schlosse und durchsuchte alle Zimmer und Winkel nach verborgenen Schätzen. Unwillig, sich getäuscht zu sehen, ließen sie ihre Wut an dem Stammbaum des Bismarckschen Geschlechts aus, dessen Bild an einer langen Wand des Bibliothekzimmers hing, und zerfetzten dasselbe mit Säbelhieben und Bajonettstichen, deren Spuren noch heute sichtbar. Andre Plünderer durchstreiften den Park, drangen in das auf einer kleinen Insel gelegene Gartenhaus, ängstigten den Schullehrer, der dort in einem Winkel der Bodenkammer ein sicheres Versteck gefunden zu haben glaubte, und schnitten ihm die verräterischen, blinkenden Schuhspornen ab in dem

Irrtum, daß sie von Silber wären. Schwerlich ahnten sie, daß unter der Schwelle desselben Gartenhauses eine ziemlich große Zahl von Goldstücken lag, die Bismarck einige Tage zuvor dort vergraben hatte; wir werden später hören, wer sie fand.



Franzosen beschädigen den Stammbaum des Bismarckschen Geschlechts.

Auch auf dem andern Bismarckschen Gute in Schönhausen und auf dem Pfarrhofs ward geplündert, die Möbel zerschlagen und alles Wertvolle fortgeführt. In vielen Häusern des Dorfes geschah ein Gleiches. Einer von den wenigen Einwohnern, die im Dorfe zurückgeblieben waren, der 64jährige Schäfereipächter Peter Schulze, wurde von den Franzosen mit Säbelhieben so zugerichtet, daß er dieselbe Nacht an seinen Wunden starb. — Unterdessen verbrachten die geängsteten Einwohner, Bismarck mit seiner jungen Gattin und der Prediger Petri mit seiner Familie in ihrer Mitte, eine kalte, regnerische Herbstnacht unter freiem Himmel im Trübenwalde. Mit beklommenem Herzen richteten die Geflüchteten die Blicke immer und immer wieder nach dem lieben Heimatdorfe zurück, jeden Augenblick

befürchtend, daß ein aufgehender roter Feuerchein am Himmel ihnen den Brand ihrer Häuser verkünden werde. „Seit dem Dreißigjährigen Kriege hatte kein feindlicher Fuß“ — so bemerkt der Prediger Petri in seinem Tagebuche — „den ruhigen Winkel zwischen der Elbe und Havel betreten. Gott erhalte uns unsre Wohnungen, unsre Scheunen und unser Vieh, sonst wird das Elend grenzenlos! O goldener Friede, glückliche Ruhe, die wir so lange genossen, wann kehrt ihr wieder?“ Und ein befreundeter Amtsbruder fügt an derselben Stelle prophetisch als Antwort hinzu: „Dann, wann Preußens edle Krieger, mit Gott für König und Vaterland fechtend, in Paris einziehen werden.“ Beide Stimmen, ein Stoßfeuerzer und ein zuversichtliches Trostwort, vergegenwärtigen uns die allgemeine Stimmung in jener trübsten Zeit Preußens und Deutschlands.

Über Nacht hatten die französischen Plünderer das Dorf wieder verlassen und um Morgengrauen kehrten die Einwohner zaghaft in ihre leeren Häuser zurück. Aber auch in den nächstfolgenden Tagen wurden sie noch öfters von durchziehenden Trupps aufgeschreckt. Erst nachdem Bismarck, welcher seiner Gemahlin für die nächsten Wochen in Rathenow ein Unterkommen besorgt, von dem französischen Oberbefehlshaber in Tangermünde eine Schutzwache erwirkt hatte, wurde eine Wiederholung jener Plünderungszügen verhütet.

Als Bismarck, der nach dem Vorüberziehen der ersten Gefahr nach Schönhausen zurückgekehrt war, seine Schritte nach dem Gartenhause lenkte, wo er seinen baaren Bestand an Goldstücken vergraben hatte, fand er die Erde vor der Schwelle aufgewühlt, die Goldstücke weit umher verstreut; aber — es fehlte keins. Die treuen Hunde hatten hier die Spur ihres Herrn gesucht und das Gold verächtlich beiseite geschoben.

Der Tilsiter Friede, so tief ihn jedes preussische Herz beklagen mußte, ließ den Bewohnern von Schönhausen doch den Trost, daß ihre alte Zusammengehörigkeit mit dem preussischen Staate nicht gestört wurde, obgleich ganz in der Nähe ihrer Felder die Grenze des von Napoleon neu geschaffenen französischen Vasallenstaates, des Königreichs Westfalen, hinlief. Die Elbe, jener alte Grenzfluß zwischen Sachsen und Wenden, sollte jetzt die Grenze bilden zwischen einem französischen und einem nichtfranzösischen Deutschland. So wählte Napoleon.

Während sich in Preußen in der Stille jener große geschichtliche Umschwung vollzog, durch welchen die Siege der Befreiungskriege vorbereitet wurden, fand Bismarck in dem Frieden seiner stillen gesegneten Häuslichkeit Trost für den tiefen Schmerz, den er mit allen Vaterlandsfreunden teilte. Aber auch die Elternfreude sollte dem Paar auf Schönhausen noch öfters in Trauer sich wandeln. Noch zur Zeit des Franzosenkrieges hatte Frau

von Bismarck (am 13. April 1807) ihren Gemahl mit einem Knäblein beschenkt; aber der kleine Alexander Friedrich Ferdinand erreichte nur das dritte Lebensjahr; er starb schon am Tage vor Weihnachten 1809. Im Park von Schönhausen liegt sein kleines Grab, ganz von blühendem Gesträuch bedeckt, mitten im Grünen, mit einem gußeisernen Kreuz geschmückt. Seinen Lebenslauf enthält die rührende Grabchrift: „Er war die Freude und Hoffnung der Eltern, die er nur durch seinen Tod betrübt.“

Ein Töchterchen, Luise Johanne, welches das Jahr danach (den 3. November 1808) geboren ward, starb gleichfalls in der Kindheit (am 19. März 1813).

Am 24. Juli 1810 wurde dem Bismarckschen Paare abermals ein Sohn geboren, welcher in der Taufe den Namen Bernhard erhielt und nachmals Landrat des Kreises Raugard in Pommern sowie königlicher Kammerherr und Geheimer Regierungsrat wurde.

Als jener Völkerfrühling anbrach, in dem alle waffenfähigen vaterlandsliebenden Männer und Jünglinge sich für Preußens und Deutschlands Befreiung unter Preußens Banner „mit Gott für König und Vaterland“ scharten, da blieben die Bismarck nicht zurück.

Von den vier Brüdern von Bismarck übernahm der älteste, Hauptmann a. D. Ernst Friedrich Alexander (geb. den 14. Februar 1763), die Führung einer Kompanie beim altmärkischen Landwehrregiment. Er war Witwer, sein einziger Sohn, der nachherige Graf Bismarck-Wohlen auf Carlsburg (gest. 1873 als General a. D.), stand damals beim 1. Regiment Garde zu Fuß.

Der zweite, Friedrich Adolf Ludwig (geb. den 1. August 1766), der früher das 6. Kürassierregiment kommandiert und schon seit mehreren Jahren als General den Abschied genommen hatte, übernahm die Führung der brandenburgischen Landwehrcavallerie und kommandierte dieselbe in der Kolbenschlacht bei Hagelberg. Später wurde er zum Gouverneur von Leipzig ernannt.

Der dritte, Philipp Ludwig Leopold (geb. 21. Februar 1770), welcher als Rittmeister im Zieten'schen Husarenregiment nach dem Kriege den Abschied genommen hatte, zog jetzt als Major im mecklenburgischen Husarenregiment in den Krieg, aus dem er nicht mehr zurückkehren sollte.

Der Rittmeister a. D. Karl Wilhelm Ferdinand, als der jüngste der vier Brüder, mußte in der Heimat zurückbleiben, um die Verwaltung der Güter zu beaufsichtigen; er organisierte den Landsturm der Altmark.

Wohl that es not, daß in einer so stürmischen Zeit der väterliche Herd nicht unbeschützt blieb. Kaum hatten die Trümmer des stolzesten französischen Heeres die zugefrorene Elbe überschritten, so durchzogen Kosaken, Baschkiren und Kalmücken vom russischen Heere im bunten Gewoge die Altmark, und Freund und Feind gaben sich in ihren Forderungen nicht viel nach. Dann

erschieden, nachdem die ersten Freiheitskämpfe geschlagen waren, wieder andre Gäste, in schwarzer Kriegstracht, die Stirnen von herababwehenden schwarzen Haarbüscheln beschattet. Das war Lützows wilde, verwegene Jagd, die schwarze Schar, welche in Schönhausen und umliegenden Dörfern gegen Ende Mai Quartier erhielt, um die Elbübergänge zu bewachen und den Landsturm unter Bismarcks Leitung zu decken. Mächtig wirkte der Eindruck der todesmutigen, kampfglühenden Schar auf die Jugend der Altmark; von der linken Elbseite, aus Tangermünde und Umgegend, strömten begeistert die Jünglinge herbei, um sich den schwarzen Gefellen anzureihen. In der Kirche zu Schönhausen fand eine gottesdienstliche Feier statt, bei welcher die neu eingetretenen Freiwilligen den Kriegseid zu leisten hatten. In ihrer Mitte ragte das Haupt des biedereren Turnvaters Jahn, jetzt Bataillonskommandeurs im Lützowschen Freikorps, hervor, seine Augen leuchteten vor Freude, und ihm zur Seite bot der wackere Friesen in edelster Mannesblüte, das rechte Bild eines deutschen Helden; dort stand auch der begeisterte Sänger von „Leier und Schwert“, Theodor Körner, im Herzen die flammende Todesweih, an der Seite das blinkende Schwert. Mit einem Chorgesang wurde die Feier eröffnet. Über die Gräfte der Bismarckbahnen hin brauste der Choral:

|                                   |                                    |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| „Es bricht der freche Übermut     | Wir zieh'n in Kampfes Ungestüm,    |
| Der Tyrannei zusammen,            | Gott ist mit uns, und wir mit ihm, |
| Es soll der Freiheit heilige Blut | Dem Herrn allein die Ehre!“        |
| In allen Herzen flammen.          |                                    |

Es folgte eine kernige Ansprache des Predigers Petri, dann traten die altmärkischen Jünglinge an den Altar und schwuren auf die Schwerter der Offiziere den vorgeschprochenen Kriegseid. Unter Glockengeläute ward noch der Segen gesprochen und die Orgel stimmte an: „Ein' feste Burg ist unser Gott!“

Die Lützower brachen auf. Auch der Waffenstillstand mit den Befürchtungen, die er erregt hatte, ging vorüber. Wieder füllten Siegesfreude und bange Besorgnis im Wechsel die Herzen der Zurückgebliebenen. Hatten sie doch Söhne und Brüder unter den Reihen der Freiheitskrieger, und uner schöplich schienen die Hilfsquellen des Feindes. Immer neue Heeresmassen drangen gegen die preußische Hauptstadt. Da kamen die Nachrichten von den großen Siegen bei Großbeeren, der Rappbach, bei Dennewitz, endlich von der gewaltigen Völkerschlacht auf Leipzigs Ebenen. In dem Siegesjubel über das befreite Vaterland verhallte die Klage um die gefallenen Helden. Leopold von Bismarck, der Bruder des Rittmeisters, hatte (am 16. Oktober) bei Möckern die Todeswunde erhalten, welcher er wenige Tage darauf (am 25. Oktober) zu Halle an der Saale erlag.

Der Tritt der Heere hallte wieder ferner und ferner. Die deutschen Heere zogen wieder an den deutschen Rhein und über den Rhein, endlich die Marne und Seine hinab. Wenn die Heeresposten aus dem fernen Frankreich nach dem kleinen altmärkischen Schönhausen kamen, dann sammelten sich die Bewohner des Dorfes vor dem Schlosse, und mit gehobener Stimme las der Gutsherr von den kühnen Märschen des greisen Vorwärtstürmers Blücher, von dem eisernen York und seinen todesmutigen Scharen, von der Thatenlust des 16jährigen Prinzen Wilhelm, der bei Bar sur Aube mit dem russischen Regiment Kaluga zum Sturme vorgegangen, und die wackeren altmärkischen Bauern jubelten vor Freude, als sie hörten, was ihre Jungen unter solchen Führern zu leisten vermöchten. Endlich kam die Kunde von dem Siegeseinzug der Verbündeten in Paris und dem errungenen Frieden.

Der Kriegslärm war wieder verstummt. Statt von Heerzügen und Heldenthaten las man von dem Glanz und Prunk, den die besternten Gesandten und Minister auf dem Wiener Kongresse bei Hoffesten und Maskenbällen, bei Aufzügen und Schlittenfahrten entfalteten, aber auch von der aufgehenden Zwietracht zwischen den soeben verbündeten deutschen Hauptmächten, die Metternich gesäet, Talleyrand arglistig genährt hatte.

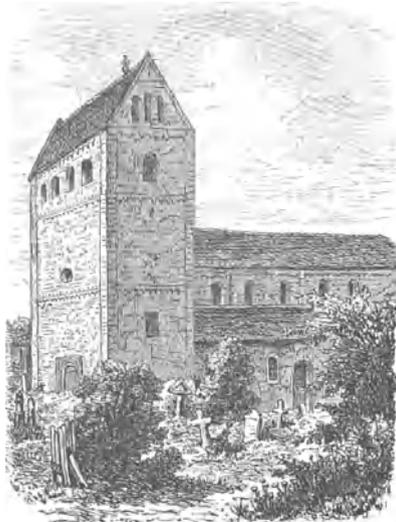
Und wieder war es Frühling geworden, ein fröhlicher, freier Frühling. Die Gräber der Helden aus dem Befreiungskriege fingen an, sich zum zweitenmale zu begrünen. Auf dem väterlichen Stammsitz freute sich der Schloßherr des errungenen Friedens und der in blutigen Kämpfen leuchtend bewährten Waffenehre. Nur am westlichen Himmel breitete sich von neuem eine Wolke aus, Kriegswetter im Schoße bergend.

In der Altmark spürte man noch wenig von den drohenden Kriegsstürmen. Auf Feld und Flur regte sich neu erwachendes Leben. Störche klapperten auf der Wiese, die alte Linde vor dem Schlosse zu Schönhausen trieb die ersten Keime, und in ihren Zweigen flüsterten und kicherten unsichtbare Hausgeisterchen. Der kleine, fünfjährige Bernd sprang fast unbeachtet im Park umher und konnte sich's nicht erklären, warum er sein Frühstück heute allein verzehren mußte und auch den gewohnten Morgenritt auf des Vaters Knien nicht gemacht hatte. Im Hause selbst herrschte jene heimliche Stille, jenes emsige, geräuschlose Treiben, wie es einzutreten pflegt, wann ein junges Menschenleben nach dem Dasein ringt. Bewährte Diener, kundige Frauen gingen geschäftig hin und wieder, und die Zugehenden blickten die Abgehenden mit fragenden Gesichtern an, bis ein bedeutungsvolles Nicken des Kopfes, ein erhobener Zeigefinger das glückliche Eintreten des erwarteten Familieneignisses bestätigte.

In dem oberen Eckzimmer, dessen träumerisches Halbdunkel durch den überragenden Flügel eines Wirtschaftsgebäudes bewirkt wird, unter dem halb

geöffneten roten Vorhänge mit den herabhängenden Quasten steht die Wiege des kleinen Weltbürgers. Freundliche Genien umschweben das Lager der glücklichen Mutter und lassen allerlei bunte Gebilde über der Wiege des Kleinen emporsteigen: schimmernde Bänder und Sterne, leuchtende Grafen- und Fürstenkronen. Um das junge Leben aber streiten noch die verschiedenen Mächte und legen ihre Morgengaben vor der Wiege nieder. Da naht der Geist der Hausahnen mit dem starken Rüstzeug und dem blanken Schwerte, der Geist der mütterlichen Ahnen mit der spitzen Feder und dem geflügelten Worte. „Er sei unser!“ ruft der gewappnete Genius des alten Preußentums mit dem Schildspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“ „Er ist mein!“ ruft der Schutzgeist Deutschlands, der an diesem ersten Apriltage des Jahres 1815 von dem Lärmen des Wiener Fürstentags in die lauschige Stille der Schönhauser Wochenstube geflüchtet ist. Segnend breitet er die Hände über dem Kleinen und bringt ihm einen hellen Mut und ein treues Herz als die Morgengaben Deutschlands.

Indessen erhebt auch der kleine Weltbürger selbst die Stimme; es ist die erste realistische Note an die Mutter Natur, in welcher er seinem Verlangen nach dem dringendsten Bedürfnis, nach der Milch des Lebens, verständlich Ausdruck gibt; es ist dieselbe Stimme, welche — jetzt allein innerhalb der Wände des Schlosses in Schönhausen vernehmbar — dereinst so mächtig in Kabinetten und Parlamentssälen, ja in der ganzen Welt gehört werden soll.





„Ist Er von einer Kanonentugel geschossen?“

## Zweites Kapitel. Frohe Kindheit.

Das Kind ist des Mannes Vater.  
Wordsworth.

Nicht Schönhausen sollte die Stätte der ersten Jugendspiele des kleinen Otto von Bismarck werden. Ein Jahr nach seiner Geburt war sein Vater durch Erbfolge und Vergleich in den Besitz der Lehnsgüter Kniephof, Külz und Tarchelin im Naugarder Kreise (Pommern) gekommen, und noch in demselben Jahre übersiedelten sie von Schönhausen nach Kniephof, ersteres Gut der Verwaltung des treuen Bellin überlassend. In Kniephof wuchs der kleine, muntere Bursche in ländlicher Freiheit auf, blickte aus klugen, blanken Augen in die Welt und tappte aus der Kinderstube in Hof und Garten hinaus. Hier fand er seine ersten Spiel- und Tummelplätze, tollte mit den Hunden, ließ sich auf den Rücken der Pferde heben und zuckelte mit ihnen nach der Zampel in die Schwemme. Auch für die Karpfen im Teiche empfand er eine gewisse Vorliebe und sah es gern, wenn sie nach den ihnen zugeworfenen Semmelbrocken haschten. Eines Morgens glitt er hierbei in den stellenweise ziemlich tiefen Teich, ohne daß jemand zur Hilfe sofort bereit gewesen. Wie er es angestellt, um gerettet zu werden, weiß man nicht;

Fürst Bismarck.

aber er kam triefend und mit Schilf bedeckt in das Haus gelaufen, um den Eltern mit der Nachricht von der Gefahr zugleich die Kunde seiner glücklichen Rettung zu bringen. Ein kurzer Fieberanfall war die einzige Folge dieses kalten Bades im Karpfenteiche.

Wenn der kleine Otto mittags an seinem besonderen Tischchen, die Serviette artig unter das Kinn gebunden, auf die Mittagssuppe warten mußte, kam dem beweglichen Knaben das Stillsitzen oft sauer genug vor. Da sehen wir ihn eines Tages, den Rücken halb dem Haupttische zugekehrt, die Kniee gegen die Tischplatte gestellt, mit den Beinchen hin und her baumeln; aber eine so unparlamentarische Haltung paßte wenig zu dem Ideal der Mutter, welche gern schon jetzt ihm anmutige Formen für den späteren staatsmännischen Beruf anerzogen hätte. Aber der glückliche Vater läßt sie nicht zu Worte kommen; mit einem entzückten Blick auf den herzigen Schlingel ruft er der Mama zu: „Minchen, sieh doch den Jungen, wie er da sitzt und mit den Beinchen baumelt!“ — Hätten die Eltern gewußt, in wie mancher langen Sitzung ihr Otto dereinst still sitzen und die Suppe warten lassen würde! — —

Zu den Hausfreunden, welche in Kniephof verkehrten, gehörten auch viele Offiziere der benachbarten Garnisonstädte. Eines Tages befand sich Major von Schmeling, Kommandeur des Landwehrbataillons in Naugard, welcher, in den Freiheitskriegen verwundet, noch den linken Arm in einer Binde trug, als Mittagsgast im Bismarckschen Hause. Lange betrachtete der Knabe über seinen Suppenteller hin mit fragenden Augen bald das Eiserne Kreuz auf der Brust, bald den verwundeten Arm des blanken Kriegers. Dann aber, als seine kindliche Fassungskraft die Wirkung von „Blut und Eisen“ an dem Bilde des tapferen Offiziers nicht zu begreifen vermochte, sprang er entschlossen von seinem Stühlchen empor, stellte sich in gerader Haltung, die Hände in die Seiten gestemmt, vor den Gast hin und redete ihn in fridericianischem Stile an: „Sist Er von einer Kanonenkugel geschossen?“

Allmählich kam die Zeit, da der kleine Otto etwas lernen sollte. Schon sprach er mit Ausdruck die Verse aus seinem Fabelbuche nach, mußte sich's aber noch eine ganze Zeitlang gefallen lassen, wenn der ältere Bernd ihn deshalb neckte, daß er mit dem L und R auf gespanntem Fuße stand und das R in der Aussprache vorzog. Das Bildchen im Fabelbuche, wo der Wär mit der gewaltigen Taube vergebens nach den umherschwärmenden Bienen schlägt, mußte besonderen Reiz für ihn haben, und mit kindlichem Pathos deklamierte er:

„Gonna, ihr Bienen, hummt der Wär,  
Gneich gebt mir euren Honig her!“ . . .

(statt „Golla, ihr Bienen, brummt der Wär“ u. s. w.).

Die Tage kindlicher Ungebundenheit gingen vorüber. Sei es, weil die Mutter den Verzug ihres kleinen Staatsmannes durch den nachsichtigen Gemahl fürchtete, sei es, weil der Aufenthalt der Eltern um jene Zeit zwischen Schönhausen, Kniephof und Berlin noch öfters wechselte. Im Familienrate beschloß man, den sechsjährigen Otto nach Berlin in die Plamannsche Erziehungsanstalt zu geben. Dieselbe lag in der Wilhelmsstraße Nr. 139, stand in besonderem Ansehen und zählte Söhne vieler adligen Familien vom Lande, namentlich aus Pommern und der Mark Brandenburg, zu ihren Zöglingen.



Ablieferung des jungen Otto von Bismarck durch des Vaters Kutscher an die Plamannsche Anstalt.

Gegründet zur Zeit der Erhebung Preußens nach den Grundsätzen der Pestalozzischen Methode, hatte sie unter Mitwirkung des Turnvaters Zahn und des edlen Friesen der Aufgabe nachgestrebt, dem Vaterlande eine sittlich reine, an Leib und Seele gesunde Jugend zu erziehen. Da wurden, außer dem wissenschaftlichen Unterricht, vollständige Turnerschlachten aufgeführt, flammende Kriegslieder und derbe Spottlieder auf Napoleon und die große

Nation gefungen, der Haß gegen das Franzosentum und die Begeisterung für die deutsche Freiheit genährt.

Die neu aufgenommenen Schüler hatten ihren älteren Mitschülern gegenüber anfänglich keinen leichten Stand. Im ganzen hatten die Knaben ein ziemlich rauhes Wesen gegeneinander; es war dies damalige Turnerart und wurde von den Lehrern nicht ungern gesehen, daher es mit einem tüchtigen Puff der Knaben untereinander nicht so genau genommen ward.

Auch abgesehen hiervon, konnte der neue Ankömmling anfänglich der Lebensweise in der Namannschen Anstalt keinen Geschmack abgewinnen, ja er fühlte sich durch manches derbe Wort aus dem Munde der Lehrer wie Mitschüler abgeschreckt. Mit dem natürlichen Zuge des Herzens liebte er seine Heimat, die ihm so viel Gutes erwiesen. Der Schulzwang, der ummauerte Spielhof, die Stadt mit ihren hohen Häuserreihen drückten auf ihn — da gab es nichts für Herz und Gemüt, keine Liebe, keine Herzensfreuden, keine Blüten! — Er empfand Heimweh nach seinen ländlichen Tummelplätzen, und wenn er beim Spaziergange außerhalb der Stadtmauern einen Pflüger sah, traten ihm Thränen in die Augen.

Ein großer Teil der sogenannten „Alten“ aber legte dem Knaben seine Zurückhaltung für Hochmut oder Unverträglichkeit aus, und als sie die herkömmlichen Einweihungsgebräuche an ihm vollziehen wollten, fanden sie bei ihm einen bis dahin unerhörten Widerstand. Man beschloß, Rache an dem hartnäckigen Knaben zu nehmen, wozu sich während des gemeinschaftlichen Badens in den Sommermonaten bald eine günstige Gelegenheit fand. Hier beim Baden hieß es vor allem Mut zeigen; wer sich nicht freiwillig Hals über Kopf ins Wasser stürzte und nur die geringste Furcht verriet, hatte es schwer zu büßen. Der Lehrer pflegte den Zaghaften kopfüber ins Wasser zu werfen, und die Knaben hatten die Erlaubnis, hierbei behilflich zu sein. Otto Bismarcks Feinde freuten sich auf den Augenblick, wann er seine Taufe im Schafgraben erhalten sollte; alle hatten sich vorgenommen, ihn tüchtig zu bearbeiten. Da trat der junge Bismarck mit der größten Kaltblütigkeit an den Rand des Grabens, stürzte sich hinein und kam an dem jenseitigen Ufer wieder empor. Ein allgemeines „Ah“ folgte dieser Überraschung; keiner wagte es noch, den kühnen Taucher nur zu berühren. Er hatte seine Fertigkeit im Tauchen ja schon aus dem Teiche von Kniephof mitgebracht, und nun bildete er sich an der Pfuhschen Schwimmanstalt vor dem Schleißchen Thore auch zum Spreegänger und Fahrtenschwimmer aus. Weiterhin lernte er bei Meister Eiselen mit besonderem Geschick die Anfangsgründe der Fechtkunst, in der er es später selbst zur Meisterschaft brachte.

Bismarcks Anhang unter den Mitschülern wuchs von Tag zu Tage. Bald hatte er einen bedeutenden Einfluß über seine kleinen Genossen gewonnen und

galt ihnen sowohl im kindlichen Spiele wie auch im Lernen als eine Art Autorität. Vornehmlich bewunderten sie seine Geschichtskentnis.

„Zu Weihnachten“ — erzählt Krigar — „hatte ein Mitschüler „Befers Erzählungen aus der Alten Welt“ von seinen Eltern zum Geschenk erhalten; dieses Buch wurde von uns so fleißig gelesen, daß das eine Exemplar lange nicht ausreichte, unsre Wißbegierde zu stillen. Bald hatte sich denn auch eine größere Zahl Schüler das Buch von ihren Eltern schicken lassen.



Otto von Bismarck liest seinen Mitschülern den Trojanischen Krieg vor.

Jetzt wurde der Trojanische Krieg vorgenommen; der erste, welcher diesen ganzen Teil des Buches auswendig konnte, war Otto Bismarck. Am Ende des Gartens der Anstalt — jetzt nach der Königgräber Straße zu — stand ein schön gewachsener Lindenbaum. Er bildete den Mittelpunkt des Gartens für uns und war so mit unsern Jugenderinnerungen verwachsen. Otto von Bismarck unternahm in der Regel das Vorlesen des Trojanischen Kriegeß

und wählte dazu sich häufig seinen Lieblingsſitz auf der Linde. Wir Zuhörer, ſoweit wir Platz hatten, beſtiegen ebenfalls den Baum, die übrigen lagerten ſich unter demſelben. Mit welcher Aufmerkſamkeit folgten wir dem Vorleſer, mit welcher Begeiſterung wurden die Heldenthaten der Griechen vor Troja aufgenommen; es dauerte auch nicht lange, ſo hatte jeder von uns den Namen eines Helden. Bismarck konnte kein anderer ſein als der Tela- monier Ujar!“

So wie jener Griechenheld in den Kämpfen um Troja den gewaltigen Felſtein in die Reihen der gegen die Schiffe anſtürmenden Troer warf, ſo ſchleuderte hier Bismarck einmal, als der Kampf zwiſchen den Knabenſcharen auf dem Spielhauſe lange entſcheidungslos getobt hatte, ſeinen Schultornifter zwiſchen die Streitenden und gebot mit mächtiger Stimme, vom Kampfe abzulaſſen.

Wenn der Winter kam mit ſeinen Flocken, dann bot ſich noch ſchönere Gelegenheit, den Heldennamen zu bewähren. Dann gab es herrliche Schneeballschlachten; die Plamaner teilten ſich in zwei Heerhaufen, „ein Teil beſetzte die am Hauſe nach dem Garten zu gelegene Terrasse und türmte hier mächtigen Vorrat von Schnee auf, während der andre Teil ſich zum Sturm anſchickte. Den Angriff zu befehligen verſtand niemand beſſer als Otto Bismarck, hierbei war er in ſeinem Element! Er wußte bald die Stellen ausfindig zu machen, wo die Terrasse nur ſchwach verteidigt wurde; ein allgemeines Bombardement ging dem Hauptangriff vorher, dann ſammelte Bismarck ſeine zum Sturmlaufen auserleſene Schar, und mit lautem Hurra unter einem dichten Schneeballregen drang er an der Spitze der Seinigen gegen die Terrasse vor.“

Während der Wintermonate pflegten auch wohl die Eltern ihren Aufenthalt nach Berlin zu verlegen und dort an den Hoſzirkeln teilzunehmen. Für dieſe Zeit wohnte dann Otto bei ihnen, aber es war ihm hier nicht wie zu Hauſe. Auch der Vater ſchien hier ein anderer als daheim in Wald und Feld. Es war ein ſtilles, ritterliches Opfer, welches er ſeiner Gemahlin brachte, die in ihrem mütterlichen Ehrgeiz ſich gern auf dem Boden bewegte, auf welchem ihr Otto einſt ſtaatsmänniſche Lorbeeren pflücken ſollte.

Mit ſeinem zwölften Lebensjahre wurde Otto der Plamanſchen Anſtalt entrückt und als Untertertianer im Friedrich-Wilhelms-Gymnaſium aufgenommen. Von dieſer Zeit an blieb er mit ſeinem älteren Bruder Bernhard ganz in der Berliner Wohnung der Eltern (Behrenſtraße 53), wo ein Genfer, Mr. Gallot, der nur franzöſiſch ſprach, die Aufſicht über die Knaben führte. Während dieſer die Nachhilfe im Unterricht gab, ſorgte die wackere Köchin Trina Neumann aus Schönhaufen mit Eierkuchen und Gänſebrüſten für ihren Pfllegebefohlenen, damit geiſtige und leibliche Nahrung einander das

Gleichgewicht hielten. Goldene Eierfuchzenzeit, wo ein Wort der guten Trina noch genügte, um den jungen, flüchtigen Gymnastasten zur rechten Zeit in das Haus zurückzuführen! — „Ick bac hüt abend uck wedder en Pannkaufen“, rief sie ihm beim Abgehen nach. „Klock Säben is hei fartig, latens em nich afbacken weren, Junker Otting!“ — und Junker Otto aß selten einen „afbackenen Pannkaufen“.

In der Schule ging es in allen Lehrgegenständen frisch vorwärts, ohne daß es bei seiner reichen Begabung und schnellen Fassungskraft großer Anstrengung seitens des Schülers oder besonderer Antriebe seitens der Lehrer bedurft hätte. Zu seinen Lieblingsstudien gehörte, wie schon erwähnt ist, die Geschichte; sie legte in des empfänglichen Knaben Herz den Grund zu jenem vaterländischen Stolze, welchen er dann in sich gepflegt und bei seinen Landsleuten später von neuem geweckt hat. Unter anderm hatte sich das vaterländische Stolzgefühl des Knaben besonders an einer Erzählung begeistert, welche in das damals beliebte deklamatorische Lesebuch „Eutonia“ von Dr. Seidenstücker (ehemaligem Rektor eines Soester Gymnasiums) aufgenommen war.

Die Überschrift dieser Erzählung lautet: „Deutsches Schauspiel in Venedig oder die gerettete Ehre der Deutschen“. Der Inhalt ist ungefähr folgender: Ein deutscher Prinz reiste in Gesellschaft seines einsichtsvollen Kammerherrn durch Italien und fand auch in Venedig bei den vornehmsten Familien gastliche Aufnahme. Nur an einem besonderen Umstande mußte er kränkenden Anstoß nehmen. Den Schluß der Festlichkeiten, zu welchen er von den Nobilität eingeladen ward, bildete in der Regel ein kleines italienisches Schauspiel, worin diese oder jene deutsche Sitte verspottet ward. Der Prinz ertrug dies mit stillem Unwillen, der Kammerherr aber beschloß, den Schimpf zu rächen. Am Tage vor der Abreise veranstaltete er zum Schlusse eines vom Prinzen gegebenen Abschiedsfestes eine deutsche theatrale Vorstellung. Mit spöttischem Lächeln folgte die eingeladene Gesellschaft dem Anfange des Stückes. Ein deutscher Reisender erscheint auf der Bühne, welche eine enge Gasse der Stadt Siena vorstellt. Wegen vorgerückter Nachtzeit findet er keinen Einlaß mehr in den Häusern. „Es ist wahr“, sagt er zu sich selbst, „wir Deutschen ertragen ziemlich viel, Hunger und Durst, Hitze und Kälte, Gefahren des Krieges und der Reise; nur etwas nicht, was doch sonst die Lust mancher weichlichen Völkerschaft ausmacht, ein Leben ohne Beschäftigung!“ — Da zieht er ein Buch aus der Tasche, tritt unter die nächste Lampe und beginnt zu lesen. Plötzlich gesellt sich, aus einem Quergäßchen auftauchend, zu ihm ein seltsames, gespensterhaftes Wesen: der Geist des alten Römers Cicero, des beredtesten Mannes seiner Zeit, des Vaters seines Vaterlandes. Mit Verwundern erblickt der Geist in den Händen des Fremden nacheinander drei ihm unbekannte Dinge: das gedruckte Buch, eine Taschenuhr und ein

Schießgewehr. Sein Erstaunen steigert sich, als er den Gebrauch dieser Gegenstände kennen lernt und erfährt, daß es Deutsche sind, von denen diese Erfindungen herrühren.

„Zu meiner Zeit“, spricht er, „waren deine Landsleute eines der ungebildetsten Völker, rauh, wild, ohne Ackerbau und Viehzucht, ganz den Wissenschaften und Künsten fremd, ewige Jäger, ewige Krieger, in Tierhäute eingewöhnt. Doch allem Ansehen nach müßt ihr euch indessen trefflich gebessert haben. Wenn ich mir nun vollends meine damaligen Mitbürger denke, nach dem großen Vorsprunge, den sie vor euch hatten, im Kriege und Frieden unerreichbar, Redner, Dichter, Geschichtschreiber, Herren der halben Welt, das erste Volk unter der Sonne — o gewiß, sie müssen jetzt nahe an die Gottheit grenzen!“

Da erscheint auf jeder Seite der Bühne ein Savoyardenknabe. „Kauft Secheln, kauft! Schön Schattenspiel an der Wand! Schöne Margarita! Wer schaut?“ — so schallt es aus beider Munde. „Siehe, Cicero“, spricht der Deutsche, „so sehen deine Nachkommen aus, so kommen sie zu uns. Gefallen sie dir?“ — Der Geist verstummte. Denn eben schlägt es 1 Uhr und er scheint mit Unwillen von dannen zu fliehen.

Beschämt verabschiedeten sich nach dieser Aufführung die Nobili von ihrem deutschen Wirte. Am folgenden Tage waren der Prinz und sein Kammerherr aus Venedig verschwunden.

An dieser Erzählung lernte der junge Bismarck erkennen, wie durch Müßiggang und Schlaraffenleben das tapferste Volk verkommen muß, wie aber ein Volk durch Arbeit und Anspannung seiner Kräfte fortschreitet und Achtung gewinnt unter den Völkern der Erde.

An Gallots Stelle übernahm im folgenden Jahre (1828) der Kammergerichtsreferendarius Hagens die Aufsicht und den Unterricht der Knaben in der französischen wie englischen Sprache. Im Jahre 1829 trat der Philolog Winkelmann an seine Stelle. Seit dem Herbst 1828 besuchte Bernhard von Bismarck die Universität, Otto blieb im elterlichen Hause und wohnte dort bis zum Frühjahr 1830 noch mit dem Bruder zusammen.

Die schönste Abwechslung in dieser Lernzeit der beiden Brüder boten die Ferien. Freie, fröhliche Ferienzeit! Die alltäglich gehörten Posthornklänge schallen dem frisch aufatmenden Knabenherzen wie ein Signal der Freiheit. Die Fahrt im engen Postwagen bei Tag und bei Nacht auf dem holperigen Landwege — Chaussee gab es damals nur streckenweise zwischen Berlin und Stettin — ist keineswegs bequem, aber das Herz klopft bei jedem Meilenstein, der erreicht wird, freier und freudiger. Von Stettin aus geht es mit den eignen lieben Pferden um so schneller der Heimat zu. Die Gegend neben der Straße nimmt allmählich ein bekannteres Aussehen an,

Dörfer und Büsche grüßen wie liebe Jugendfreunde. Da liegt schon Gollnow, wo der Großvater geboren ward und der Urgroßvater, der bei Gzaskau gefallene tapfere Reiteroberst, mit seinem Dragonerregiment in Garnison stand. Nun geht es durch Naugard mit dem alten Amte, daß der kühne Schill 1807 gegen die Franzosen verteidigte, bis die letzte Patrone verschossen war; noch eine kleine Stunde zwischen Gebüsch und Wiesen dahin, und der Wagen hält vor dem alten Fachwerkgebäude von Kniephof.

Nach der ersten frohen Begrüßung im Waterhause werden alle die alten und lieben Plätze wieder aufgesucht, auch die Pferde im Stall, die Hunde im Vorhof gestreichelt, selbst die Karpfen im Teiche erhalten ihre Brocken zugeworfen.

Manche kleine Veränderung hat sich daheim zugetragen. Ein jüngeres Brüderchen war leider schon im vierten Jahre gestorben (Franz, geboren den 20. Juni 1819, gestorben den 10. September 1822). Dafür fand Otto ein kleines Schwesterchen vor, seine Malwine oder Maldewine, seine Kreusa, wie er sie später in seinen Briefen liebevoll nannte; denn mit ihr unterhielt er in späteren Jahren jenes zärtliche geschwisterliche Verhältnis, das einem bräutlichen verglichen wird. Es war Franziska Angelika Malwine, geboren den 29. Juni 1827, vermählt am 30. Oktober 1844 mit dem königlichen Kammerherrn und Landrat a. D. von Arnim auf Kröchlendorff, Mitglied des Herrenhauses.

An einem der ersten Ferientage geht es gewiß zu Brandenburgs nach Zimmerhausen, um den lieben Spielfreund Moriz von Brandenburg (später Mitglied des Abgeordnetenhauses und Führer der Altconservativen) zu besuchen und den berühmten Käsekuchen wieder zu probieren, der in keinem Winkel der Erde so schön gebaden wird, wie zu Zimmerhausen in Hinterpommern.

Wenn er dann mit der Birschflinte über der Schulter die Felder und Fluren durchstreifte, dann fühlte sich der kleine König der Schöpfung ganz in seiner Macht und Wichtigkeit. So geschah es eines Tages — und zwar zu Schönhausen, in seiner altmärkischen Heimat — als er vom Felde zurückkehrte, daß ihm der steinerne Herkules an der hölzernen Brücke des Schilfgrabens, der Umgrenzung des väterlichen Parks, in seiner respektwidrigen Haltung und seinem mythologisch einfachen Kostüm störte. Oft hatte der mythische Herr ihn doch sonst mit derselben Lizenz von der Rehrseite angesehen, jetzt mochte sich Junker Otto das nicht mehr ungestrraft bieten lassen. Die Flinte von der Schulter genommen, angelegt, abgebrannt — war das Werk eines Augenblicks. Als einige Tage darauf der Vater mit Otto an dem verwundeten Herkules vorüberging und die Spuren des Schusses bemerkte, fragte er mit ernster Miene: „Otto, hast du dahin geschossen?“ — „Ja, Papa!“ — erwiderte dieser ohne Zögern, „aber ich dachte nicht, daß

es ihm so wehe thun würde, denn er hat gleich mit der Hand nach hinten gefaßt.“ Wirklich hält der Herkules die Hand noch heute an der getroffenen Stelle, wo man die Spuren der Schrotkörner von Junker Otto's Schusse deutlich erkennt.

Wie Otto von Bismarck in Berlin unter Bücherstaub und Wissensdunst sich nach Waldesfrische und Wiefengrün sehnte, so vergaß er auch daheim unter Herkulesabenteuern der Musen nicht. Eines Tages hatte sich die Familie bereits am Mittagstische niedergelassen, aber Frau von Bismarck zögerte noch, den silbernen Löffel in die Suppenterrine gleiten zu lassen, denn sie sah, wie ihr Gemahl zürnende Blicke auf den leer gebliebenen Platz ihres Otto sandte. „Wo steckt der Junge?“ rief er dieses Mal ärgerlicher, als man sonst an ihm gewohnt war, da er die Hausordnung mit militärischer Pünktlichkeit beobachtet sehen wollte. Die sorgliche Mutter gab unterdessen heimlich Befehl, ihn im Garten und Feld zu suchen, aber alle Boten kehrten zurück, ohne seine Spur entdeckt zu haben. Da plötzlich kam es ihr in den Sinn, daß sie vorhin die Thür zum Bibliothekzimmer, das sonst wenig besucht zu werden pflegte, angelehnt gesehen hatte. Sie ging selber dahin und siehe! — da saß ihr Otto, umgeben von den riesigen eichenen Bücher-schränken, die blonden Haare wild über die Stirn herabhängend, die beiden Ellbogen über einem mächtigen Solianten auf die schwere Tischplatte gestützt. Er merkte nicht einmal, daß die Thür aufgegangen und seine Mutter eingetreten war, die jetzt vielleicht mit ähnlichem Entzücken auf ihren kleinen Staatsmann schaute, wie der Vater damals auf den Knaben, als er in unruhiger Erwartung der Mittagssuppe mit den Venekens baumelte. Studierte er vielleicht in dem *Theatrum Europaeum* mit solchem Eifer schon jetzt die Rolle ein, die er dereinst mit so gewaltigem Erfolge auf der wirklichen Weltbühne geben sollte?

Dort in dem weiten Gemach der wohlauzugestatteten Bibliothek zu Schönhausen weilte er später oft und lange und sog aus den dickeibigen Solianten die Nahrung, um seinen gewaltigen Wissensdurst in der Geschichte zu befriedigen; dort saß er, bis in der Dämmerstunde die Buchstaben unter den Augen verschwammen und die Gestalten, mit denen er sich soeben beschäftigt hatte, immer lebendiger vor seine Seele traten; dort erwachte in ihm die Ahnung von Preußens, von Deutschlands Verufe.

Schon bei seiner Aufnahme in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium (Ostern 1827) hatte Otto von Bismarck die Aufmerksamkeit eines Lehrers auf sich gezogen, der von großem Einfluß auf die Bildung des Knaben werden sollte und dem wir auch auf dessen späteren Lebenswegen noch öfters begegnen werden. Die Eröffnung eines neuen Lehrkursus im Gymnasium fand stets durch einen besonderen Schulakt statt, bei welcher Gelegenheit die

neu aufgenommenen Schüler auf den vordersten Bänken den Lehrern gegenüber saßen. Da erregte der kleine, damals zwölfjährige Bismarck, der mit freundlichem Gesichte, mit blanken, klaren Knabenaugen um sich blickte und aufmerksam dem Vortrage zu folgen schien, das Wohlgefallen des Lehrers Bonnell, so daß dieser — wie er später erzählte — bei sich dachte: „Ei, das ist ja ein nettes Jungchen; den will ich doch im Auge behalten.“

Als Bismarck im folgenden Jahre (Ostern 1828) nach Obertertia versetzt wurde, ward Bonnell sein Lehrer im Lateinischen und fand als solcher seine gute Vormeinung von dem Knaben nur bestätigt. Von leichter Fassungs-gabe und hellem Verstande, lernte sein Schüler außerordentlich schnell und behielt das einmal Gelernte in gutem Gedächtnis.

Aufrichtige Frömmigkeit und strenge Wahrheitsliebe waren die Eigenschaften, welche im Gemüte des Knaben von frühester Kindheit an am meisten ausgeprägt erschienen und in denen er im Religionsunterricht durch Schleiermacher befestigt wurde; sie bildeten die Grundrichtung für die spätere Entwicklung seines Charakters.

Zu Ostern 1830 an seinem 16. Geburtstage wurde Otto von Bismarck in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin durch Schleiermacher eingesegnet. Um dieselbe Zeit verließ er die Berliner Wohnung der Eltern und kam in Pension zum Professor Prevoßt, der in der Königsstraße neben der Post wohnte. Auch im Schulunterricht trat eine Änderung ein; er schied vom Friedrich-Wilhelms-Gymnasium aus und ging an das für seine jetzige Wohnung bequemere gelegene Gymnasium zum Grauen Kloster über, welches damals unter Leitung des Direktors Köpke stand. Ein glücklicher Umstand war es, daß Bismarck hier wieder mit demjenigen unter seinen Lehrern zusammentraf, der ihm durch seine wohlwollende Milde das meiste Vertrauen eingeflößt hatte; denn auch Bonnell war (seit Michaelis 1829) als Professor an das Gymnasium zum Grauen Kloster versetzt worden. So geschah es, daß Bismarck im folgenden Jahre (Ostern 1831) ganz als Pensionär in das Haus des Professors aufgenommen wurde, der damals seine Wohnung am Königsgraben Nr. 18 hatte. Dort, in der anspruchlosen bürgerlichen Häuslichkeit, fühlte er sich wohl und zufrieden und erwiderte die ihm in der Familie des Professors zugewandte Liebe und Sorgfalt durch sein gemüthliches, vertrauliches Wesen. So bildete sich auf Grund der gegenseitigen Achtung und Zuneigung zwischen Lehrer und Schüler ein Band, welches unverändert noch bis auf den heutigen Tag fortbesteht. Auch als gereifter Mann und mächtiger Kanzler vergaß Bismarck die Dankbarkeit für seinen früheren Lehrer nie; dieser aber blickt mit Stolz zu einem ehemaligen Schüler auf, der es zu solcher Meisterschaft in Wissen und Können gebracht hat.

Noch vor einigen Jahren (1871), als die Stadt Berlin die zum erstenmale versammelten Abgeordneten des deutschen Reichstages bei einem Festmahl im Saale des neuen Rathhauses begrüßte, sah man den Fürsten seinem alten Lehrer in ehrerbietiger Haltung gegenüberstehen. „In dem großen Gedränge der Abgeordneten und Notabilitäten jeder Art“ — erzählt Bonnell — „zog natürlich Bismarck die Aufmerksamkeit am meisten auf sich. Plötzlich steht der große Mann vor mir und reicht mir in gewohnter Freundlichkeit beide Hände, indem er mir seine Freude darüber ausdrückte, mich so wohl aussehend zu finden. „Ich kann dies Euer Durchlaucht zurückgeben“, sagte ich, „und doch haben Sie einen bedeutenden Teil der Weltgeschichte nicht bloß durchgemacht, sondern gemacht.“ — „Nun“, erwiderte er, „ich habe so etwas an ihrem Faden gesponnen.“ In der kleinen Giebelstube im Hause des Professors, die jetzt leider durch einen Neubau verdeckt ist, führte Bismarck seine häuslichen Schularbeiten aus. Sie gingen ihm leicht und schnell von der Hand, so daß er sich nicht übertrieben anzustrengen brauchte und des Abends noch einige freie Stunden am Familientische des Professors und seiner Gattin zubringen konnte. Hier erschien er stets heiteren, frohen Gemüthes, ergöbte oft durch seine munteren Einfälle und nahm auch wohl hin und wieder an einer Partie Whist teil, wenn sich Bekannte zum Besuche einfanden. Zu seinen geschichtlichen Studien benutzte er die umfangreiche, 60 Bände zählende Weltgeschichte von Baumgarten und Semmler im Bücherschranke des Professors. In allen Lehrgegenständen erwarb er sich tüchtige Kenntnisse, aber nicht mit allen Lehrern des Gymnasiums stand er sich gut, insbesondere nicht mit dem französischen Lehrer Frings. Es widerstrebte nun dem Selbstgeföhle des Schülers, sich in dem bevorstehenden Examen von einem Lehrer beurteilen zu lassen, mit dem er auf gespanntem Fuße lebte, und da er die Wahl hatte, eine französische oder eine englische Prüfungsarbeit einzureichen, so legte er sich kurz vor dem Examen mit aller Energie auf das Englische. Hierdurch erreichte er den doppelten Vorteil, daß er in beiden Sprachen völlig bewandert ward und sich überzeugte, was für Schwierigkeiten ein kräftiger Wille in kurzer Zeit zu überwinden vermag.

Otto von Bismarck stand in seinem 17. Lebensjahre; er hatte Oberprima erreicht und näherte sich dem Zeitabschnitte, wo er im Abiturientenexamen seine wissenschaftliche Reife für die Hochschule darthun sollte. Von hoher, schlanker Gestalt und frischem Aussehen, war er zu einem stattlichen Junker herangewachsen, und sein offener, leuchtender Blick, die helle Stirn schienen zu bekunden, daß seine geistige Entwicklung mit der leiblichen gleichen Schritt gehalten habe. Je kräftiger er sich fühlte, desto weniger mochte ihm allmählich der Schulzwang behagen, und mancher kleine Jugendstreich läßt den sprudelnden Übermut des jungen Bakkalaureus erkennen.

Eines Tages kam Otto in die Berliner Wohnung seiner Eltern, damals (1830—31) am Dönhofsplatz in der Krausenstraße, um seinen älteren Bruder Bernhard, der als Landwehroffizier bei den Mänen Dienst that, zu besuchen. Die Eltern waren verreist und Bernhard zufällig nicht zu Hause, aber an der Wand neben dem Bücherschranke hingen seine langen Reiterpistolen, die Otto einstweilen die Zeit vertreiben mochten. Er langte sie herab, ließ den Hahn ein paarmal knacken, prüfte den Feuerstein und lud. Dann hängte er die Scheibe vor der Thür des Bücherschranks auf und begann nun eine Übung im Pistolenschießen auf immer weitere Entfernungen, wobei der Bücherschrank des Bruders als Kugelfang diente. Man denke sich das Erstaunen des Bruders, als dieser später zurückkehrte und die Verwüstung in seinem Zimmer, die Bresche in seinem Bücherschranke gewahrte.

Otto konnte die Zeit kaum erwarten, wann er den Schulstaub abgeschüttelt haben und in der Heimat wieder jagen und Kofse tummeln würde. Durften es nicht des Vaters Pferde sein, so mochte es einstweilen ein Mietsgaul thun. Aber die lammfrommen mageren Philister, welche täglich denselben gewohnheitsmäßigen Weg bis zu irgend einer Wirtshauskrippe zurücklegen, waren nicht nach seinem Geschmacke, er hielt es mit den wildesten und schwierigsten Koffen. Nerestan war das beste Pferd in Segers Stall, ein stattlicher dunkelbrauner Wallach, aber Nerestan hatte Mucken, er war kitzlig auf dem Rücken und hatte eine entschiedene Abneigung gegen alles militärische Getümmel. An ihm wollte Junker Otto seine Reiterkünste probieren. Schon das Aufsitzen machte Schwierigkeiten, Nerestan sprang und schlug, sobald er die Hand auf seinem Rücken fühlte, und der Stallmeister riet dringend zu einem andern Pferde. „Lassen Sie mich nur erst im Sattel sitzen“, entgegnete Bismarck, „reiten werd' ich schon können.“ Und er setzte es durch, er saß im Sattel und ritt wohlgemut von Segers Reitbahn die Linden hinauf, um sich nach Friedrichsfelde zu wenden, nach der Gegend, von wo er sehnsüchtig die Cholera erwartete; denn bei dem ersten Cholerafall in Berlin — so lautete die Weisung der Eltern — sollte er sogleich die Stadt verlassen und nach Kniephof kommen. Hoch zu Roß! — das ist ein ander Ding, als zu Fuße einherzuschlendern; es sieht sich viel besser auf die Leute herab, als zu ihnen hinauf; hoch zu Roß! — da kannst du die Blicke weiter werfen, brauchst nicht jedem schnurrbärtigen Gendarmen auszuweichen, nicht mit jedem unhöflichen Handlungslehrling zu streifen und kannst „auf das Gehudel unter dir stolz herabseh'n von deinem Tiere“ — so träumte vielleicht Junker Otto. Aber Nerestan hatte andre Gedanken, und während der Reiter, verständnisvoll wie zu einem alten Freunde, zu dem Standbilde des alten Blücher aufblickte, und im Galopp um die Ecke ritt, musterte Nerestan argwöhnisch die Wachmannschaften, welche auf der andern

Seite des Platzes ins Gewehr eilten, um einer vorübergehenden Exzellenz militärische Honneurs zu erweisen. Die Waffen klirren und blinken, Nereftan scheut, steigt und überschlägt, und der feste Reiter liegt mit gequetschtem Fuße nun unter dem Roß.

Die Frau Professor hatte einen nicht geringen Schreck, als ihr junger Schutzbefohler aus der Droschke die zwei Treppen hinauf in ihre Wohnung gebracht wurde; auch Bonnell geriet in Sorge. Als er aber den Burschen mit lächelndem Antlitz den Vorfall erzählen hörte, beruhigte er sich und bezeugte ihm seine herzlichste Teilnahme.

Otto hatte eine nicht unerhebliche Quetschung erhalten, und anstatt auf Aniephofs Feldern zu jagen und Rosse zu tummeln, mußte er jetzt einige Wochen still auf dem Schmerzenslager aushalten. Als er endlich nach Hause fahren durfte, da erlitten seine Ferien durch die auf den Gemütern lastende Cholerafurcht und durch die getroffenen Vorsichtsmaßregeln, welche ihm eine doppelte Quarantäne in Raugard und in der Heimat auferlegten, allerlei Beschränkung.

Ostern 1832 und der Prüfungstermin rückten heran. Otto von Bismarck war kein Wunderkind, als er im noch nicht vollendeten 17. Lebensjahre sein Abiturientenexamen ablegte, aber es war in allen Wissenschaften in guten Boden ein tüchtiger Kern gelegt. Französisch und Englisch waren ihm geläufig; das Urtheil unter seiner lateinischen Probearbeit lautete: *Oratio est lucida ac latina sed parum castigata* (die Sprache ist klar und lateinisch, aber zu wenig gefeilt). In der Geschichte glänzte er. Mit dem wohlverdienten Abiturientenzeugniß reiste Bismarck von der Schule zum Grauen Kloster und dem Hause am Königsgraben Nr. 18 frohgemut der Heimat zu.





Die erste Citation.

### Drittes Kapitel.

## Studentenzeit.

Frisk, frei, fröhlich und frum  
Ist der Studenten Reichthum.  
Reimspruch aus dem 16. Jahrh.

Die wichtige Frage, auf welcher Hochschule Junker Otto seine akademische Laufbahn beginnen sollte, stand im Familienrat zu Kniephof auf der Tagesordnung. Frau von Bismarck war dem Studentenleben nur wenig hold. Biertrinken, Tabakrauchen, geschwungene Schläger und verunzierende Schmarren sagten dem Geschmacke der vornehmen Frau wenig zu; sie hätte es am liebsten gesehen, wenn ihr Otto gar keine Universität zu besuchen brauchte, aber wie konnte denn die Rechtsgrundlage gelegt werden, auf welcher der Staatsmann sich erheben sollte! — Wohin also? — In Berlin, wo die Schmalz, Kämpf, Haller damals das Staatsrecht deuteten, herrschte noch eine schwüle Atmosphäre, es lag noch etwas vom Demagogenangstfieber in der Luft. Nach Jena?, das erinnerte wieder an Wartburgfest und Kogebuemord.

Nach Heidelberg zog den jungen Otto ein stiller, romantischer Zauber, dorthin, wo man vom alten, ephreumsponnenen Schloßgetrümmer auf belaubtem Hügel hinausschaut über die blühende Neckarlandschaft und Rheinebene bis an die blauen Wasgauer Berge, die alte Grenze Deutschlands. Aber dort gerade sollte das Biertrinken zur Tagesgewohnheit erhoben sein, und dann lag auch Heidelberg gar zu weit von Hinterpommern.

„Wie wär' es denn mit Göttingen?“ — fiel das bedeutungsvolle Wort; es war der Geheime Finanzrat Kerl, der es sprach, ein geschätzter Verwandter und stets von der Hausfrau gern zu Räte gezogen.

„Göttingen, Wiege des Dichterbundes!“ — wiederholte Frau von Bismarck wohlgefällig und sah im Geiste vielleicht schon ihren Otto ein grünes Reis von der Bundesseiche brechen.

„Göttingen ist göttlich, gnädige Frau Koufine! und in betreff des Rechtsstudiums erzielt die Georgia Augusta die besten Erfolge“, versicherte der Finanzrat; denn er hatte selbst in Göttingen studiert und schwärmte noch für die Mufenstadt an der Leine mit jugendlichem Feuer. „Schicken Sie Otto nach Göttingen!“

„Aber wie sieht es mit dem Biertrinken in Göttingen aus, Herr Wetter?“

„Ei, Frau Koufine, lassen Sie Otto Wein trinken, das Bier macht ohnehin das Blut schwer; zu meiner Zeit gab es vorzügliche Weine in Göttingen. Es gehört freilich der entsprechende Wechsel dazu“ — fügte der Finanzrat nachdenklich hinzu. Aber Frau von Bismarck war schon gewonnen, ehe sie die letzten Worte gehört hatte, und der ritterliche Gemahl, das „Gemüt des Hauses“, stimmte in manchen Dingen, wo er ihres klaren Urteils gewiß war, gern mit der einsichtsvollen Gattin.

Göttingen! war die ausgegebene Parole und der Geheime Finanzrat schrieb noch denselben Abend einen Brief an den Professor Hugo an der Georgia Augusta-Universität zu Göttingen, um den jungen Otto der Aufmerksamkeit und Obhut des berühmten Rechtslehrers zu empfehlen.

„Abgeschüttelt von den Sohlen  
Ist der Schulkstaub, hohe Wogen  
Tragen jetzt das Schiff des Jünglings.  
Alle Anker sind gelichtet,  
Alle Segel aufgezozen,  
Und der Burschenfreiheit Flagge  
Luftig flatternd zeigt die Inschrift:  
Nitimur in vetitum!“

Ehe sich Junker Otto ganz der alma mater hingab, unternahm er mit einigen lustigen mecklenburgischen Edelkenten, die er durch einen früheren Bekannten, von Dewitz, kennen gelernt hatte, eine Fußreise durch den Harz.

Da wurden Wälder und Schluchten durchstreift, die alten Burgen der sächsischen Kaiser besichtigt, Berge und Felsen erstiegen. Ob ihm auch in stiller Mondnacht Prinzessin Ilse begegnet sein mag in ihrem strahlenden Kristallgewande und ihn in den Ilfenstein geführt hat, wo sie die Zauberpferde tränkt, die Knappen speist und den Kaiser mit Wein labt? — Fort ging es im wilden Thale der Bode aufwärts, vorüber an den langen Felsennasen „wie sie schnarphen, wie sie blasen“, bis auf den Hochgipfel des Harzes, den Brocken.



Flotte Tage.

Sprachen die Bergwanderer mit müden Gliedern abends im Wirtshause vor, dann stärkte sie ein kühler Trunk und der alte Trinkspruch des Harzers: „Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott gebe uns allen ein frohliches Herz!“ — Noch ein kurzer Besuch in der alten Kaiserstadt Goslar, ein wehmütiger Blick auf die Kaiserpfalz, und dann ging es nach der Musenstadt an der Leine.

Etwas Walpurgisnachtspuk rumorte dem jungen Musensohne wohl noch  
Fürst Bismarck.

in den Gliedern, als er, in der „Goldenen Krone“ zu Göttingen eingekehrt, seine mecklenburgischen Reisegefährten zum Abschiedsſchmauſe geladen hatte. Der entſprechende Wechſel war ihm ja mitgegeben, was aber ein „mecklenbörgiſch Edelmann ſüpen kann“, weiß die Welt, und der Utmärker mochte nicht nachſtehen. Da wurde eine Flaſche nach der andern geleert und im Feuer der Unterhaltung auch eine Flaſche zum Fenſter hinaus auf die Straße geworfen.

Am andern Morgen lehnte Bismarck in Morgentoilette aus dem Fenſter ſeines Gaſthofzimmers und blies aus ſeiner langen Pfeife blaue Ringelwölkchen in die Sonnenluft. Unten auf der breiten Beender Straße zogen die Kommilitonen Arm in Arm, in Kanonen und in Morgenschuhen, mit Ziegenhainern und langen Pfeifen, lachend, plaudernd und ſingend vorüber. Da klopf es an die Zimmerthür, der Univerſitätsdiener tritt ein mit einem Papier in der Hand.

Ahnungslos nimmt der junge Student dem Diener das Blatt ab und lieſt mit Verwunderung: „Dominus de Bismarek citatus est..“ Gehorſam der Obrigkeit, macht er ſich ſogleich auf den Weg, im flatternden bunten Schlafrock, in weißen Lederhosen und hohen Kanonenſtiefeln, die Studentenmütze auf dem Haupte, die lange, buntbetroddele Pfeife in der Hand, begleitet von ſeiner mächtigen englischen Dogge. So tritt der citierte Dominus in die Thür des Konzilienhauſes; voran ſpringt die ſtämmige Dogge, ſtellt ſich in breiter, kampfluſtiger Poſitur dem Univerſitätsrichter gegenüber und loſt denſelben mit funkelnden Augen an.

Entſetzt ſpringt dieſer auf, verſchanzt ſich hinter dem nächſten Schreibſeſſel und greift mutig nach dem längſten erreichbaren Lineal: „Herr, was wollen Sie von mir?“

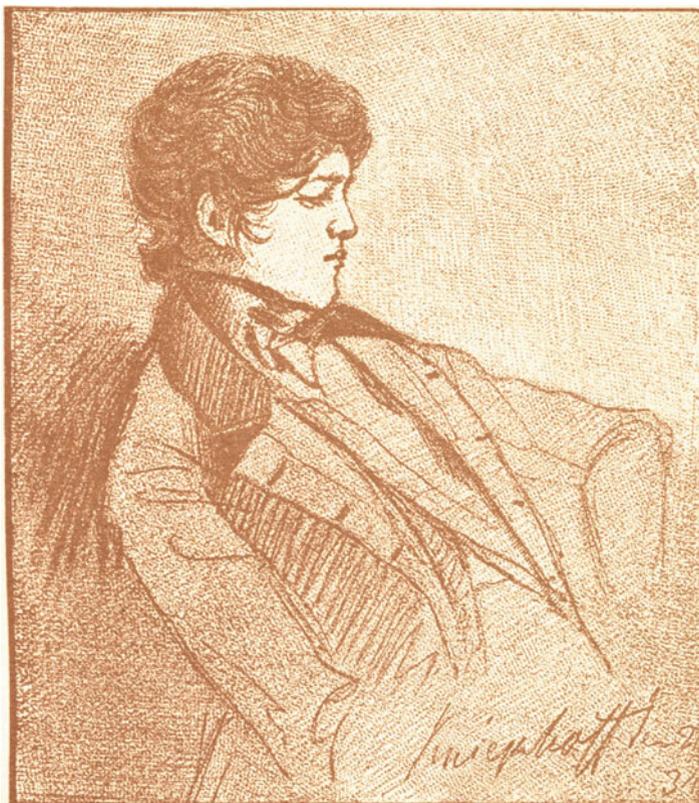
„Ich, nicht das Mindeste“, erwiderte kaltblütig der junge Muſenjohn, „aber hier, was wollen Sie von mir? Citatus est Dominus!“ er hielt ihm das Blatt unter die Brille.

Das Erſte, was der Richter verlangte, war eine Ordnungsſtrafe von fünf Thalern wegen des geſegwidrigen Hundes. Nachdem ſodann der ſtörrische Geſell ſich auf ſeines Herrn Ruf knurrend an die Thür zurückgezogen hatte, begann ein peinliches Verhör über den Raſus mit der Flaſche.

„Item“, hob der gründliche Richter nach einer Reihe verſänglicher Kreuz- und Querfragen von neuem an, „item bleibt noch zu konſtatieren, wie es zugegangen, daß beſagte Flaſche mitten auf den Straßdamm zu liegen gekommen.“

„Je nun, das Fenſter ſtand offen, da iſt die Flaſche hinausgeſlogen.“

„Das Hinausfliegen der Flaſche ſcheint demnach die Wirkung einer vorausgegangenen Urfache geweſen zu ſein; es iſt wichtig, darüber das Nähere feſtzustellen. Worin beſtand die treibende Veranlaſſung?“



**Bismarck im 19. Lebensjahre.**

Nach einer im Familienbesitz befindlichen Zeichnung.

„Ei, in der Anspannung der Muskeln, in der Schwungkraft des Armes. Sehen Sie, Herr Univeritätsrichter, gesetzt den Fall, das Tintenfaß hier stelle die Flasche vor, dort ist das Fenster — —“

„Halten Sie ein, ich weiß alles“, fiel der bestürzte Richter ein, der sich gerade in der Schußlinie zwischen Bismarck und dem Fenster befand und das unheilsschwarze Geschloß in dem ausgestreckten Arm erblickte. Er stürzte die Streusandbüchse über seinen Aktbogen und entließ ihn. „Ich empfehle mich Ihnen, Herr von Bismarck!“

Die rosenfarbene Laune des jungen Musensohnes war durch dieses lange Verhör schon getrübt, als er in Schlafrock und Kanonen durch die belebte Straße nach seiner Wohnung zurückging. Da begegneten ihm vier flotte Burschen vom Korps der Hannoveraner, die schlugen beim Anblick des Phantasielostüms ein helles Gelächter auf.

„Über wen lachen Sie?“ herrschte Bismarck den nächsten an.

„Natur, das sehen Sie doch!“

Der junge Fuchs hatte zwar noch keine kommentmäßigen Erfahrungen, aber das fühlte er, daß jetzt der Augenblick für ihn gekommen sei, aufzubrechen. „Güt' dich, Junge!“ rief er mit seiner langen Pfeife drohend.

„Was, ‚dummer Junge‘? — wer ist damit gemeint?“

„Natur, das hören Sie doch!“

Da hatte der kaum angekommene Fuchs vier Duelle auf einmal am Halse. Sogleich that er die nötigen Schritte, er belegte die Waffen beim Korps der Braunschweiger und schickte sich an, seinen Mann oder vielmehr seine vier Mann zu stehen. Aber die Sache sollte noch anders kommen. Die Hannoveraner besannen sich mittlerweile, daß der kühne junge Fuchs ein wackerer Kumpan sein müsse, mit dem man sich besser auf guten Fuß stelle. Durch die Vermittelung eines Chargierten ließen sie sich bewegen, ihr Gelächter zu revozieren, und dafür sprang der Fuchs als Korpsbruder bei den Hannoveranern ein.

Das aber durfte sich wieder die Brunonia nicht bieten lassen. Bei dem einen Korps die Waffen zu belegen, bei dem andern einzuspringen, das war eine zu schwere Beleidigung für das erstere, als daß sie ungeahndet hätte hingehen dürfen. Die Brunonia stellte ihren berühmtesten Paukanten, um Bismarck zu fordern. Nun gab es ein Duell in aller Form. Die Schläger kreuzten sich und klirrten, Hieb um Hieb, Schlag um Schlag; aber die blauäugige Pallas Athene schützte den jugendlichen Streiter bei seinem ersten Waffengange; sie ließ alle gegnerischen Hiebe flach niederfallen, und der gewaltige Paukant der Brunonia mußte, mit einem „Blutigen“ im Gesichte gezeichnet, den Fechtboden verlassen.

Seitdem sehen wir Bismarck oft Proben seiner Kraft und Geschicklichkeit

in den Waffen ablegen und ein roter Faden von „Blut und Eisen“ zog sich schon durch seine Burschenzeit. Fama berichtet von nicht weniger als 27 Duellen, die er in den drei Semestern zu Göttingen ausfochten, und fast überall verließ er siegreich den Kampfplatz. Der Name des streitbaren Max, den er einst in der Plamannschen Anstalt geführt hatte, genügte nicht mehr für den gewaltigen Kämpfen, man nannte ihn jetzt „Achilleus, den Unverwundbaren“. Nur in einem Duell ward er von einem abspringenden Splitter der gegnerischen Klinge verletzt und trägt noch heute auf der Wange die Narbe von diesem „Blutigen“.

Auch die politischen Zeitfragen wurden oft auf das Feld der Waffen übertragen. Schon in Göttingen traf Bismarck mit manchem auf der Mensur zusammen, mit dem er sich später auf der Tribüne und Ministerbank in noch ernsterem Kampfe messen sollte; dahin gehörte unter andern der spätere Abgeordnete im Reichstage von Windthorst-Meppen.

Es war die Zeit, als man unter dem Eindruck der französischen Juli-revolution und der polnischen Schilderhebung auch in Deutschland wieder von politischen Idealen zu träumen und zu schwärmen begann, als von der Hambacher Burgruine zum erstenmale die deutsche Fahne wehte und die Freudenfeuer auf den Höhen der Haardt verkünden sollten, daß der Tag der „Wiedergeburt Deutschlands“, der „Mai der Deutschen“, gekommen sei. Die feurigen Reden der Hambacher Freiheitsmänner von dem „Sturze der Tyrannen“, der „Bekämpfung des Adels“ und der „männlichen Toga des freien Bürgertums“ blühten in den Ideenkreis der Göttinger Jugend hinein. Auf Bismarck machten die hochtönenden Phrasen keinen Eindruck, aber er mochte andererseits auch keinen Spott über die Ohnmacht Deutschlands hören, und als ein kühler Amerikaner, der lange, schwächliche Coffin, einmal „den deutschen Michel mit der Schlafmütze über den Ohren und dem bunten Schlafrock aus 36 Lappen“ bewitzelte, da brauste Bismarck im Zorn auf: „Umgürte dich mit dem ganzen Stolz deines Landes, ich verachte dich, ein deutscher Jüngling!“ Von beiden Seiten ward an die Waffen appelliert; es war der erste Waffengang des jungen von Bismarck für Deutschlands Ehre.

„Deutschland wird einig werden“, sagte Bismarck, als er nachher wieder in friedlicher Unterhaltung mit dem langen Amerikaner in der Korpskneipe zum „Deutschen Hause“ zusammensaß. „Deutschland wird einig werden, aber nicht jetzt und weder durch die Schläger der Korpsburschen noch durch die Tinte der Schreiber.“

„Niemals, niemals!“ versetzte der Amerikaner.

„In 20 Jahren ist Deutschland einig“, rief Bismarck, „ich biete 20 Flaschen Sekt zur Wette.“

Die Wette ward gemacht, aber nicht getrunken. Wir wissen jetzt, daß Bismarck sie verloren hätte, die Uhr des heißblütigen Jünglings ging um 20 Jahre vor, aber auch Coffin sollte sie nicht gewinnen. Über dem Grabe des Amerikaners wuchs schon seit langen Jahren Gras, als stolz und mächtig der deutsche Einheitsbau emporstieg.

Der Ruf von Achilleus, dem Unverwundbaren, drang bald von den Ufern der Leine bis zu den Musenstädten der Pleiße und Saale, bis in das Herz des Thüringer Landes. Eine Botschaft der Jenenser lud den flotten Korpsburschen zu einer Gastfahrt, und so sehen wir den Unverwundbaren mit seinem Universitätsfreunde von Trotha, genannt Lux, jubelnd begrüßt von der Thuringia, feierlichen Einzug in die Musenstadt Jena halten, wo von alters her brausende Jugendlust den feststen Ausdruck fand. Da wechselten blutige Paukereien im Paradiese und in der Rasenmühle mit Besuchen in den benachbarten Bierstaaten. Der Kaiser Uk von Kospeda, die Herzöge von Ziegenhain und Lichtenhain nebst Bischöfen und Äbten beeilten sich, den gefeierten Gästen ihre Huldigung darzubringen; ja der ruhmvolle Bierherzog Tus der Neunundneunzigste hielt ihnen zu Ehren einen solennen Hofstag in Lichtenhain. „Doch mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten.“ Noch ruht der junge Held von den Anstrengungen so vieler Festlichkeiten in süßem Morgenschlummer, da erschallen Tritte an seinem Lager und die halb geöffneten Augen blicken in das nüchterne Antlitz des Pedells Kahle, welcher im Namen des akademischen Senats die beiden Studiosen auffordert, „binnen zwei Stunden Weichbild und Umgegend von Jena in Begleitung der abgesandten Pedelle und Unterpedelle zu verlassen, allbiweil sich herausgestellt, daß sie Jenas akademische Jugend zu allerlei Unfug verführen.“

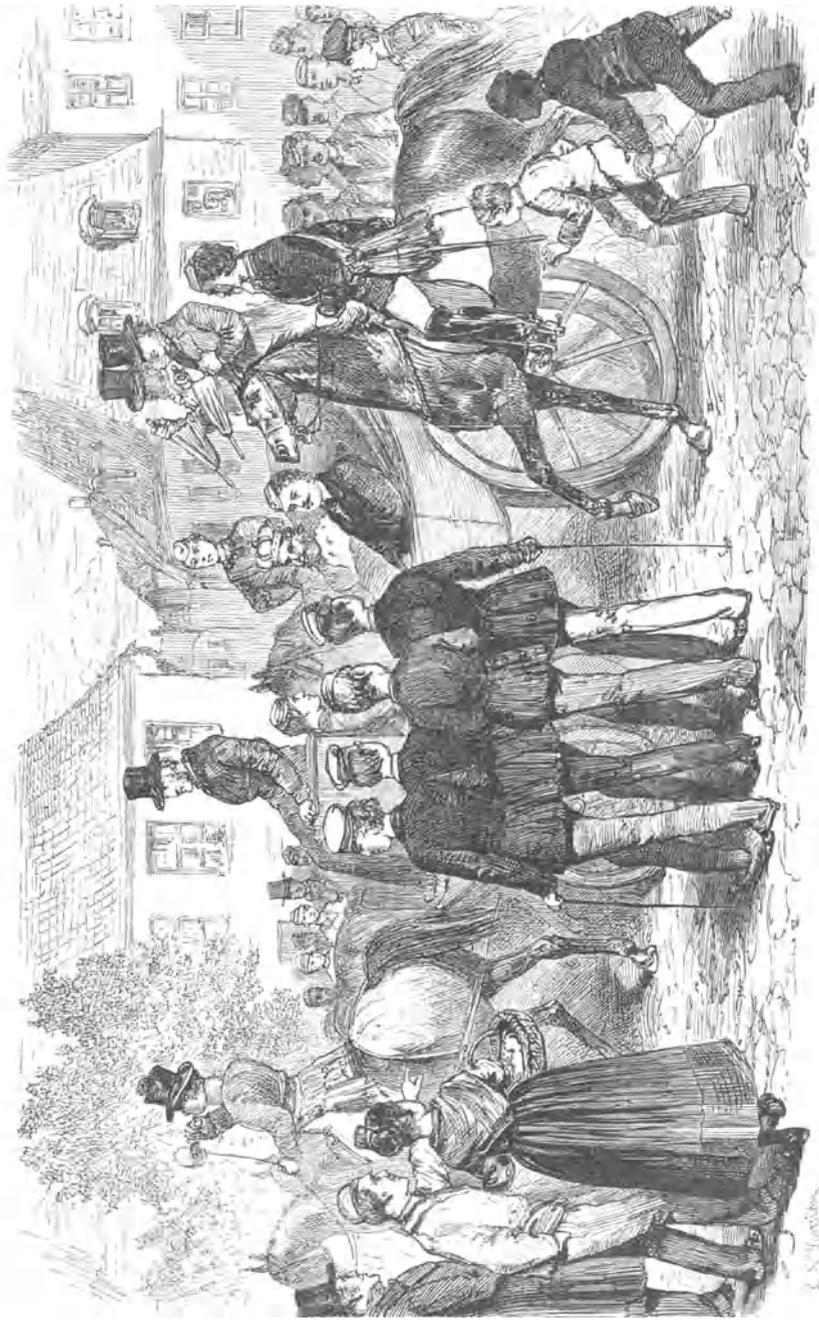
Zwei Stunden sind eine lange Frist für den, der sie zu nutzen weiß. Im Augenblick ist das ganze Korps der Thuringia mobil gemacht, ein sechs-spänniger offener Wagen hält vor der Wohnung der gemäßregelten Göttinger, und unter dem Geleite der Jenenser Studentenschaft geht es auf den Marktplatz der Stadt. Dort sind schon unter freiem Himmel die Altäre errichtet, an denen noch einmal dem Gambrinus geopfert werden soll. „Vivat libertas academica!“ — braust der Jubelruf um die sieben Mirakel Jenas. „Gaudemus igitur juvenes dum sumus“ erschallt der Chorgesang aus vierhundert Kehlen, und die Herren Professoren schauen verwundert, mit dem Morgenkäppchen auf dem Haupte, der Pfeife im Munde, aus den Marktfenstern auf das bunte Getümmel der akademischen Jugend hinab. Im Hintergrunde aber stehen mit gerunzelten Stirnen die Pedelle und sehen mit nüchternen Blicken nach den vorrückenden Zeigern der Turmuhr mit dem Schnapphahn und der verbotenen Frucht, die der Engel ihm vorhält, hinauf. Die Zeit

ist edel, aber das Lichtenhainer Bier ist auch nicht von schlechten Eltern, und was ein richtiger Pedell ist, muß auch zur rechten Zeit zu trinken verstehen. Ergo bibamus!

Es ist die höchste Zeit zur Abfahrt. Festlich ordnet sich der Zug, die Randalierfuchse thun ihre Schuldigkeit. Vorauf reitet ein improvisirtes Trompeterkorps, dann folgt, von zwei Chargierten in vollem Wicks begleitet, die große weiße Fahne mit der Inschrift: „Libertas academica“, von langen Trauerflöten umflattert. In dem sechsspännigen Wagen thronen lachend die beiden Gemäßregelten, ihnen gegenüber auf dem Rücksitze der Herzog Tusz von Lichtenhain in Hermelin und Krone und der Senior der Thuringia; andre Fürsten der benachbarten Vierstaaten reiten neben den Wagen schlägen. Auf dem Bocke sitzt der Pedell Kahle, hintenauf stehen die berühmtesten Stiefelfuchse der Thuringia „Lederstrumpf“ und „Klingsohr“, die struppigen Häupter mit Schellenkappen bedeckt, und blasen aus mächtigen Bälgen „im Namen des Akademischen“ den Gemäßregelten in den Nacken. Auf so viel Rossen, als in den Marställen der Senenser Pferdewhilarister und vor den Pflügen der Nachbarstaaten aufzutreiben waren, gibt die Studentenschaft singend und jubelnd das Geleit. Verwundert blicken die Bürger und manches neugierige Mädchenauge zwischen Rosen und Kefeden aus den Fenstern der Straße, durch welche der Zug geht — „Bruder, deine Schönste heißt? — \*\*\* sie lebe!“ . . . . In Apolda wird Abschied genommen, dann folgt auf dem Rückwege noch ein kurzer Besuch in Leipzig, wie in Halle, dann wieder begrüßt die Heimgekehrten die Musenstadt an der Leine.

In jeder Hinsicht galt Achilleus als flottester Korpsstudent; er war der kühnste Reiter, der gewandteste Schwimmer, der beliebteste Tänzer, aber auch er hatte seine Ferse, das waren die Kollegia. Wie sollt' er bei so vielen Anforderungen des studentischen Lebens die Muße finden, um Kollegia zu hören? — Demungeachtet erhielt er, als er am Schlusse des ersten Semesters pflichtschuldigst seinen Testierbogen vorlegte, von allen Seiten die erwünschten Zeugnisse. Nur einer der Herren stuzte, es war Professor Hugo, welchem der junge Student durch seinen Gönner, den Geheimen Finanzrat Kerl, besonders empfohlen war; er hatte unter seinen Zuhörern den jungen Bismarck nicht erblickt und schrieb deshalb auch ehrlich und grämlich in den Testierbogen: „Ich habe Studiosum niemals in meinem Auditorio gesehen.“ Diese Aufrichtigkeit verfehlte ihren Eindruck nicht, der junge Student grüßte den würdigen Professor seitdem stets mit besonderer Hochachtung, aber seine Kollegia besuchte er trotzdem nicht.

Auf dem Sechtboden hatte Bismarck alle Gegner siegreich bestanden, jetzt aber nahte ihm ein schleichender, heimtückischer Feind, welchem er mit Terzen und Quartan nichts anzuhaben vermochte.



Auffahrt in Sena.

Dieser Gegner nahm ihm die Luft an Bier und Wein, verdarb ihm den Geschmack der Pfeife, raubte ihm nachts den Schlaf und warf ihn endlich auf das Lager nieder. „Ein kaltes Fieber“, hatte der Arzt gesagt und Chininpulver verordnet, aber der Kranke mochte keine Medizin leiden. Da lag er auf dem Sofa gestreckt, vor ihm auf dem Tische die verhassten Pulver, vor ihm auch eine Sendung aus der Heimat, Schlackwurst und pommerische Gänsebrüste, welche die fürsorgende Mutter ohne eine Ahnung der Krankheit eingepackt hatte. Es wäre doch schade, wenn die schöne Wurst unberührt bleiben müßte. Er kostete eine Scheibe davon und sie schmeckte vortrefflich. Er genoß mehr und mehr von der Sendung, und er merkte, daß sie ihm wohl bekam. Als am andern Morgen der Arzt bei ihm eintrat, lachte Bismarck ihn mit hellen Augen an: „Nun, Herr Doktor, Gott sei Dank! das Fieber ist heute zum erstenmal ausgeblieben.“

„Dacht' ich's doch! ein vortrefflich Mittel, das Chinin!“

„Nicht doch, Herr Doktor! das Chinin ist dieses Mal unschuldig, aber zwei Pfund Schlackwurst haben es bewirkt; das übrige mag nun die Natur selbst thun. Vielleicht etwas Spickgans gefällig, Herr Doktor?“

Trotzdem hatte Otto von Bismarck wenig Beifall bei der Mutter, als er zu den Ferien, noch etwas bleich und abgezehrt vom Fieber, mit langen Haaren im schwarzen Samtrock in Kniephof zum Besuch erschien. Der flotte Studio in seiner Ungebundenheit entsprach dem Bilde nicht, welches die feine Welt dame von dem zukünftigen Staatsmann in Gedanken trug. So fand Frau von Bismarck ihn eines Tages mit Kanonenstiefeln und Cerevis, die lange Pfeife im Munde, behaglich im Lehnstuhl ausgestreckt, neben ihm die gewaltige Bulldoge, das Zimmer, in welchem sie des Nachmittags eine Partie Schach zu spielen pflegte, mit undurchdringlichen Rauchwolken gefüllt. Arme Mutter, was ist aus deinem Sohne geworden! — Aber nur Geduld, aus dem Mooste, der am stärksten gärt, soll der edelste Wein hervorgehen.





Auf der Terrasse von Sanssouci.

## Viertes Kapitel. I m D i e n s t.

Also war ich ein Juriste,  
Kaufte mir ein großes Tintfaß,  
Kauft' mir eine Ledermappe  
Und ein schweres Corpus juris  
Und saß eifrig in dem Hörsaal.  
Viktor Scheffel.

Wie ein bunter, berausgender Traum flogen die drei Semester in Göttingen dahin — noch drei Semester in Berlin und der Student von Bismarck stand vor seinem ersten Staatsexamen. Er hatte dem fröhlichen Studentenleben in Göttingen zu viel Geschmac abgewonnen, um ihm in Berlin so schnell entsagen zu können; erst als der Examentern näher rückte, fühlte er die Notwendigkeit, das Kolleg zu besuchen und römisches Recht bei Savigny zu hören. Aber schon nach der zweiten Vorlesung ward ihm klar, daß er in so kurzer Zeit das nicht mehr erlernen könne, was er zum Examen wissen mußte. Er nahm daher zum Privatlehrer einen geschickten Privatdozenten und suchte durch energischen häuslichen Fleiß die versäumten Kollegien von

sechs Semestern möglichst rasch nachzuholen. In dieser Zeit angestrebter Arbeitsthätigkeit war es ihm die liebste Erholung in den Mußestunden, wenn er seinen Hausgenossen Graf Kayserlingk, später Kurator der Universität Dorpat in Kurland, Beethoven'sche Symphonien vortragen hörte, für die ihm hier das Verständnis aufging, oder wenn er sich mit dem amerikanischen Geschichtschreiber John Lothrop Motley, der nach Kayserlingk dessen Wohnung bezog, über geschichtliche Gegenstände unterhalten konnte.

Zu Ostern 1835 legte Bismarck sein Auskultatorexamen ab. Von dieser Zeit an wohnte er auch wieder in der Behrenstraße mit seinem Bruder Bernhard zusammen, der schon seit vier Jahren im Gardedragonerregiment stand und jetzt als Offizier Kollegien besuchte, um zur Verwaltung umzufatteln. Das fröhliche Studentenleben war geschlossen, das Philisterium angetreten. Als vereidigter Auskultator und Protokollführer arbeitete Bismarck am Berliner Stadtgericht, und daß auch für ausreichende häusliche Beschäftigung gesorgt war, davon zeugten die gewaltigen Aktenstöße, welche die Diener der Gerechtigkeit auf seinem Schreibtisch abzuladen pfl egten. Jeden Morgen um 10 Uhr saß der Auskultator in einem Zimmer der Abteilung für Bagatellsachen am grünen Tisch hinter dem schwarzen Tintenfaß, und die dort vor ihm erschienen, konnten mitunter eine grimmitige Büroakutenlaune an ihm wahrnehmen. Von dem schlagfertigen Wiß, den er auch in die Amtsstube mitbrachte, gibt uns eine viel erzählte Überlieferung Kunde.

Vor dem Bismarck'schen Protokolltische steht ein Mensch, welcher sein richtiges Berliner Mundwerk zur Geltung bringt, bis der Protokollführer in Ungeduld ausbricht: „Herr, mäßigen Sie sich oder ich lasse Sie hinauswerfen!“ Der sanfte Stadtgerichtsrat legte sich beruhigend ins Mittel: „Herr Auskultator, das Hinauswerfen ist meine Sache.“ Das Verhör nimmt seinen Fortgang, der Berliner fährt im unverschämten Tone fort, da springt plötzlich Bismarck von seinem Sitze auf und herrscht ihn noch zorniger an: „Herr, mäßigen Sie sich oder ich lasse Sie — durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen.“

Für die Langeweile der Amtsstubensitzungen entschädigte mancher gemütlich heitere Familienabend bei Frau Generalin von Kessel, der Stieffchwester der Frau von Bismarck, gewürzt durch die lebenswürdigen Neckereien mit den Koufines. Auch im Hause seines Vetter's, des Grafen von Bismarck-Bohlen, verkehrte der Auskultator von Bismarck viel und gern. Daneben lag es aber auch im Wunsche der Mutter, ihn recht bald in den Berliner Hofzirkeln eingeführt zu sehen, damit er auf dem glatten Boden die Eigenschaften für seinen weltmännischen Beruf ausbilden lerne.

Um diese Zeit wurde Bismarck zum erstenmal dem damaligen Prinzen Wilhelm, unserm späteren ersten Kaiser, vorgestellt, und zwar gleichzeitig

mit einem Herrn von Schenk, der ihm an Zollmaß nicht nachstand. Der Prinz, als kommandierender General des III. (brandenburgischen) Armeekorps, betrachtete mit Wohlgefallen die beiden hohen Jünglingsgestalten und sagte scherzend: „Nun, die Justiz scheint sich wohl ihre jungen Rekruten nach dem Gardemaß auszusuchen?“ — Er ahnte hierbei wohl nicht, welche andre Größe in dem jungen Juristen noch verborgen war.

In demselben Jahre (1836) trat Bismarck von der Justiz zur Verwaltung über und wurde an der königlichen Regierung zu Aachen unter dem Präsidenten von Arnim-Boitzenburg beschäftigt. Dort begann er sich durch fleißige Arbeit für seine diplomatische Laufbahn vorzubereiten.

Für die alte Kaiserstadt Aachen hatte seit dem Pariser Frieden unter hohenzollernischem Zepter eine neue Epoche begonnen. Über den Trümmern einer herrlichen geschichtlichen Vergangenheit entfaltete sich hier ein neuer blühender Weltverkehr mit allem modernen Luxus und Komfort, aber auch mit einigen Nachklängen aus den Zeiten des Krummstabes und der französischen Zwischenregierung.

Schon in der ersten Zeit seines Aufenthalts in Aachen geriet Bismarck in einen Konflikt mit der Volksstimmung auf offener Straße, an einem katholischen Feiertage, als eine Prozession mit fliegenden Fahnen unter Glockengeläute und Böllersalven durch die Straßen zog. Der Anblick des kirchlichen Schaugepräges war ihm so neu, daß er an einer Ecke des Marktes stehen blieb. Da bemerkte er nicht, wie vor dem Allerheiligsten die Umstehenden sämtlich in die Knie sanken, so daß seine hohe Gestalt mit dem Cylinderhut weit über die barhäuptige Menge emporragte. Jedenfalls war nicht Mangel an Achtung vor den religiösen Gebräuchen, sondern Unkenntnis derselben die Ursache dieser Versäumnis. Plötzlich fühlte er von hinten einen kräftigen Schlag auf seinen Cylinderhut, und vor ihm stand ein stämmiger, breitschulteriger Bursche in blauer Bluse mit drohender Faust, während laute Rufe: „Hut ab!“ — „Schlagt den Keßer!“ — „Preußischer Junker!“ ertönten. Bismarck war aber durchaus nicht willens, eine Belehrung in dieser Form anzunehmen; er versetzte dem Burschen mit seinem leichten spanischen Rohr einen Schlag über das Gesicht und sprang hinter die den Zug begleitende militärische Chaine. Niemand wagte nachzudringen, und nachdem er eine Weile dem Zuge gefolgt war, ging er dann allein unangefochten in seine Wohnung zurück.

Alle, die mit Bismarck in dieser Periode zusammentrafen, waren entzückt von dem natürlichen Takte, den ungezwungenen und eleganten Manieren des jungen pommerischen Edelmannes, der im lebhaften Verkehr mit Badegästen aus England, Belgien, Frankreich dieselbe vornehme Liebenswürdigkeit bewahrte, wie im Umgange mit dem zarten Geschlechte. Es muß etwas

Respektvolles schon in seinem Auftreten gelegen haben, wodurch jeder Ausbruch niedriger Gesinnung in seiner Nähe zurückgehalten wurde. Ein Kellner, der von ihm für irgend eine Unverschämtheit mit einem Backenstreich gezüchtigt worden, hatte ihm dafür furchtbare Rache geschworen und lauerte ihm an verschiedenen Orten mit einem geladenen Pistol auf. Aber so oft auch Bismarck auf der Promenade oder am Kuriaal vorüberschritt, vertagte der Kellner die Ausführung seiner Rachegeübde auf ein andres Mal, bis er zuletzt wohl Schwüre und Haß im Nethe ertränkt haben mag.

Ein so leichtes, bewegtes Leben, wie Bismarck in Aachen führte, mußte wohl auch seine Schattenseiten haben; gewisse Verlegenheiten blieben nicht aus und verleiteten ihm allmählich den Aufenthalt in dem kostspieligen Badeort.

Er erkannte die Notwendigkeit, sich von dem verführerischen Aachener Leben loszufagen, um sich in ruhigeren, geordneten Verhältnissen von neuem der Verwaltungsthätigkeit zu widmen. Sein nächstes Ziel war Potsdam, wo er demnächst auch in des Königs Rock als freiwilliger Gardejäger seiner Wehrpflicht zu genügen wünschte.

Im Herbst 1837 trat Bismarck zunächst bei der königlichen Regierung in Potsdam ein, wo der Regierungsrat Wilke, der nach dem Befreiungskriege längere Zeit in Kniephof zum Besuche gewesen, als Abteilungsdirigent sein nächster Vorgesetzter ward. Aber die bürokratische Atmosphäre scheint unserm Bismarck nicht sonderlich behagt zu haben. Das akademische Viertel wurde von ihm in die Länge gezogen, mitunter auch über den ganzen Vormittag ausgedehnt. Dafür war ein besonderer Kanzleidienst von ihm mit der Weisung versehen, sobald er vermißt würde, ihn spornstracks aus seiner Wohnung herbeizurufen. Natürlich konnte der Chef, der übrigens Bismarcks Arbeiten sehr anerkennend beurteilte, doch mit seinem Gange des Bürodienstes sich nicht einverstanden erklären; er war ernsthaft bemüht, zu größerer Pünktlichkeit zu mahnen. Aber die wirkliche Pünktlichkeit des Dienstes lernte Bismarck sehr bald in einem andern Rocke, indem er zu Ostern 1838 als einjähriger Freiwilliger bei den Gardejägern in Potsdam eintrat.

Die strenge militärische Gewöhnung nach des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr mochte ihm bei seiner früheren ungebundenen Lebensweise anfangs schwer genug ankommen, aber auch sein Selbstgefühl erstarkte, als er im Dienste des Königs und Vaterlandes die Büchse führen lernte. Welche Gedanken mochten dem stattlichen jungen Krieger wohl aufsteigen, wenn er in stiller Mondnacht auf der Terrasse von Sanssouci als Posten vor dem Königsschlosse auf und nieder schritt, wo jede Stufe, jeder Stein durch die Erinnerung an den großen König geweiht war? — Hier am Ausgange des Parks ragte der Obelisk, vor dem Friedrich einst seinen Großneffen, der nun König war, ermahnt hatte: „Sieh' ihn an, schlank, aufstrebend und

hoch, und doch fest im Ungewitter. Die Pyramide spricht: *Ma force est ma droiture!* Der Gipfelpunkt hoch oben krönt das Ganze, aber trägt nicht, sondern wird getragen von allem, was unter ihr liegt, vorzüglich vom unsichtbaren Fundament. Es ist das Volk in seiner Einheit. Halte es stets mit ihm, daß es dich liebe und dir vertraue; darin nur allein kannst du glücklich sein!" Alle jene Geister, die Friedrichs Geist in seinen Zauberkreis gebannt, zogen wie Schatten vor der Seele der Schildwache vorüber, als wollten sie dem reisenden jungen Manne zurufen: „Auch für dich ist ein Platz bereit, zu wirken und zu schaffen für das Vaterland!"

In Potsdam brachte Bismarck nur die erste Hälfte seiner militärischen Dienstzeit zu. Die Verhältnisse auf den pommerschen Gütern seiner Eltern hatten eine Wendung genommen, die es wünschenswert machte, daß er sich schon jetzt zur Übernahme derselben vorbereitete. Zum Studium der Landwirtschaft schien die Akademie zu Eldena bei Greifswald für ihn um so mehr geeignet, als er an letzterem Orte beim pommerschen Jägerbataillon zugleich seiner Dienstpflicht vollends Genüge leisten konnte. Er beantragte daher seine Versetzung und erhielt dieselbe. Ob Mars und die Musen mit dieser Verbindung des Waffenwerkes und der Wissenspflege einverstanden gewesen, ob der nunmehrige Flügelmann der dritten Kompanie der pommerschen Jäger auch stets als Flügelmann den Musensöhnen in die Akademie vorangeschritten, darüber haben wir keine Nachrichten. Wohl aber erfahren wir, daß er mit jugendlicher Frische auch eine große geistige Reise und überlegene Sicherheit verband, die sich schon im oberflächlichen Verkehr fühlbar machte. „Es kam dazu“ — so schreibt uns ein damaliger Waffengenosse Bismarcks, der mit ihm in demselben Hause wohnte — „daß Herr von Bismarck seine Gründe zu haben schien, eine etwas reservierte Haltung zu bewahren, die nur hin und wieder durch einigen Verkehr mit älteren Korpsstudenten, seltener durch gesellschaftliche Berührung mit einer oder der andern der geachteten Familien in Greifswald unterbrochen wurde. Die vom Scheitel bis zur Sohle noble Erscheinung war gleichsam von einem unsichtbaren Kreise, einer schwer zu beschreibenden geistigen Atmosphäre umgeben, welche alle Elemente, die Herr von Bismarck nicht selbst heranzog, ohne äußeren Zwang von sich fern hielt und alles, was von niederer Denkart zeugte, mit Widerwillen von sich wies.“

Zu Ostern 1839 hatte Bismarck seine Dienstpflicht erfüllt, als die Verhältnisse seiner Heimat ihn dahin zurückriefen. Es hatte sich manches geändert. Durch Neuerungen und Versuche, die sich nicht bewährten, waren die Bismarckschen Güter in Pommern sehr herabgekommen und verschuldet. Auch das gesellschaftliche Leben der Eltern mit der beständigen Wohnung in Berlin hatte großen Aufwand von Mitteln erfordert. Frau von Bismarck

kränkelte bereits seit längerer Zeit; sie hatte vergebens die Hilfe der Bäder gesucht und nahm jetzt die Behandlung eines erfahrenen Arztes zu Berlin in Anspruch. Unter solchen Verhältnissen war dem alten Herrn von Bismarck die Leitung der Wirtschaft verleidet; er beschloß deshalb, die Verwaltung der pommerschen Güter schon jetzt seinen Söhnen zu übertragen und seinen Aufenthalt nach der alten Bismarckschen Heimat Schönhausen zu verlegen.

Frau von Bismarck fand in Berlin keine Genesung mehr. Ihre Augen schlossen sich, ohne daß sie ihren Lieblingsstraum von den staatsmännischen Vorbeeren ihres Otto in Erfüllung hatte gehen sehen. Sie starb zu Berlin am 1. Januar 1839. Noch ruhte auf dem schönen Antlitz mit der hellen hohen Stirn geistige Anmut und Hoheit. Sie hatte ein klares, freies Urteil besessen auch in politischen Dingen, einen hellen Verstand und einen aufrichtig religiösen Sinn. Neben anregender Lektüre bildete das Schachspiel ihre Lieblingsbeschäftigung; sie mußte demselben indessen in den letzten Jahren entsagen, weil sie beim Spiel kalte Hände und Füße bekam. Sie führte einen sehr lebhaften Briefwechsel, besonders mit ihren Söhnen und über dieselben.

Herr von Bismarck hatte für seine Gemahlin bis an ihr Ende stets dieselbe ritterliche Liebenswürdigkeit, auch da, wo ihre Neigung zu einem glänzenden Außenleben mit manchen Opfern für ihn verbunden war. Von ihrem Tode war er tief erschüttert; er wurde von einem Schlaganfall betroffen, von dessen Folgen er sich nie ganz erholte. Nach dieser Zeit lebte er mit wenig Unterbrechung in stiller Zurückgezogenheit auf seinem Landsitz Schönhausen, wo die Jagd seine liebste Zerstreuung war. Otto von Bismarck aber trat in Gemeinschaft mit seinem älteren Bruder Bernhard die Verwaltung der väterlichen Güter in Pommern an.

---



Ritt durch die Heide.

## Fünftes Kapitel. Durch Sturm und Drang.

„Noch lange nicht genug!“ sagt Bismarck.  
Altmärktisches Bauernsprichwort.

Während Bismarck in Kniephof die ersten Erfolge seiner landwirtschaftlichen Thätigkeit aufgehen sah, traten auch in seinem großen Vaterhause Preußen Ereignisse ein, deren Schwingungen bis an die fernsten Grenzen der Monarchie zu spüren waren.

An dem ersten Pfingstfeiertage (7. Juni) des für die hohenzollernschen Fürsten so oft verhängnisvollen Jahres 1840 hatte König Friedrich Wilhelm III. das Zeitliche gesegnet. Die letzte Hälfte seiner dreiundvierzigjährigen Regierungszeit war friedlicher und stiller dahingegangen als die erste. Das große Werk der Stein, Hardenberg und ihrer Genossen war

von ihren Nachfolgern nicht fortgesetzt worden. Die Masse des Volkes hatte geschwiegen, als die Erfüllung des königlichen Wortes, das eine freie Verfassung verhieß, noch immer auf sich warten ließ; es wollte den stillen Lebensabend des greisen Fürsten nicht durch Mahnungen stören. Aber die Wünsche wurden wieder laut, als der hochsinnige Fürst, der schon als Kronprinz die Liebe und das Vertrauen des Volkes genossen, den Thron der Hohenzollern bestieg. Schon die ersten Regierungshandlungen Friedrich Wilhelms IV., sein freimütiges Auftreten, der hinreißende Schwung seiner Beredsamkeit belebten von neuem die Hoffnungen auf den Anfang einer freisinnigen Entwicklung.

Am 15. Oktober, dem Geburtstage des Königs, fand die Huldigung in Berlin statt. Aus den entferntesten Gegenden des Landes waren die Abgesandten des Volkes zu dieser Feier zusammengeströmt. Auch Herr Ferdinand von Bismarck aus Schönhausen mit seinen beiden Söhnen befand sich unter den Huldigungszeugen in der preussischen Hauptstadt. Sie sahen den neuen König auf der Throntribüne vor dem königlichen Schlosse und hörten die Gelübde, welche er, die Rechte zum Himmel emporhebend, vor der unabsehbaren Volksmenge ablegte; sie stimmten mit gehobenem Herzen ein in das begeisterte, laute „Ja“, mit welchem das versammelte Volk sein Gelübde bekräftigte, dem Könige beizustehen „mit Herz und Geist, mit Wort und That und ganzem Streben und treu mit ihm auszuhalten durch gute wie durch böse Tage.“

Das preussische Volk war stolz darauf, sich eins zu wissen mit seinem hochherzigen Könige, und hoffte, daß dieser, unmittelbar anknüpfend an die Verheißung der Siegestage von 1815, eine freie Verfassung verleihen und für das gesamte Deutschland eine neue glückliche Zukunft herbeiführen werde. Man über sah damals, welche Verschiedenheit zwischen den Grundanschauungen des Königs und den treibenden Ideen im Volke herrschte.

Aufgeklärt und hochherzig, ausgestattet mit den glänzendsten Eigenschaften eines Fürsten und Menschen, war Friedrich Wilhelm IV. dennoch nicht berufen, die großen Aufgaben der Zeit ihrer Lösung entgegenzuführen. Er liebte sein Volk aus vollem königlichen Herzen und erwartete dafür von seinen Unterthanen kindlichen Gehorsam und Ehrfurcht für sein angestammtes Königtum von Gottes Gnaden, während diese sich immer mehr als freie unabhängige Staatsbürger behandeln sehen wollten.

Auf die kühnen Hoffnungen, welche des Königs herrliche Reden erweckt hatten, folgte eine Zeit peinlichen Zuwartens, dann der Täuschungen und Verstimmungen. Es ging ein tiefer Mißton durch das innerste deutsche Leben. Hier höhrender Übermut, dort schmerzvolles Entfagen; hier rastloses Vorwärtsdrängen, dort verzweifelnder Welterschmerz; hier ohnmächtiges

Ankämpfen gegen festgegründete Ordnungen, dort Schwärmen in unerreichbaren Idealen — so äußerte sich die Sturm- und Drangperiode des jungen Deutschlands. Manche, die es müde waren, ihre Kräfte einem so fernen Ziele zuzuwenden, kehrten dem Vaterlande den Rücken und trugen ihren Weltschmerz über den Ozean; aber ein starkes Herz hofft weiter, ob auch Jugendträume verrinnen und Hoffnungen scheitern, und sucht unter den Irrungen der Zeit den Weg der Wahrheit.

Mächtig angeregt von der Berliner Feier, war Bismarck auf seine Landscholle in Pommern zurückgekehrt. Auch er fühlte, daß eine neue Zeit für sein Vaterland im Anzuge sei, die an jeden ihre Aufgabe stellen werde, und wog die Worte des Königs, die Wünsche des Volkes in seinem Herzen. Wohinaus die Bewegung ging, welche die Gemüter ergriffen hatte, darüber war Bismarck zu jener Zeit nicht klarer als die andern. Auch in ihm lag etwas von dem dunklen, ruhelosen Drange der Zeit. Sein rastloser Geist fand nur Befriedigung im Schaffen, und es ließ sich auf Bismarcks unermüdliches Streben das von seinen Vorfahren überkommene altmärkische Bauernsprichwort anwenden: „Noch lange nicht genug, sagt Bismarck!“ Als er das Jahr vorher die Verwaltung der schwer verschuldeten Güter angetreten, da hatte diese seine volle Thätigkeit erfordert, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Oft war er von morgens bis abends im Sattel und besichtigte die Felder, oder er saß am Schreibtisch und kontrollierte die Bücher, oder er ritt auf Besuch zu den Nachbarn im weiten Umkreis, um zu sehen, wie dort die Landwirtschaft betrieben würde. Da gab es zu thun in Ställen und Wirtschaftsgebäuden, auf Acker und Feld, in Wald und Wiese — aber „noch lange nicht genug!“ sagte Bismarck. Jetzt waren die Güter im besten Stande, gesundes Vieh stand in den Ställen, der Kaps gedieh vorzüglich, prächtige Wolle wurde zu Markte gefahren und die Wirtschaft war in stetigem Fortschritt — aber „noch lange nicht genug!“ sagte Bismarck. Er fühlte, daß diese Scholle nicht seine Welt, das stille ländliche Tagewerk nach „der Ernten ruhigem Kreislauf“ nicht sein Lebensberuf sein könne. Bald schweifte er in Waldeinsamkeit unter den Wipfeln schwermütiger Ulmen, bald stürmte er auf wildem Renner ziellos ins Weite, bald wieder kamen lebensfrohe Junker, durstige Leutnants aus der Nachbarschaft, um dem Lebensmüden auf Kniephof bei Porter und Sekt bis tief in die Nacht Gesellschaft zu leisten. „Kniephof ist Kneiphof geworden!“ kalauerten die Pommern; „in Kneiphof geht's toll her!“ schmähten die Tanten; „noch lange nicht genug!“ sagte Bismarck.

Im Sommer 1841 fand die Landratswahl in Rugard statt. Die Wahl der Kreisstände fiel auf den älteren Bruder, Bernhard von Bismarck, welcher darauf in die Kreisstadt zog. Gleichzeitig teilten beide Brüder den

Besitz der pommerſchen Güter in der Weiſe, daß der ältere, Bernhard, Külz, der jüngere, Otto, Kniephof und Jarſchelin übernahm.

Angezogen durch die Sagen von dem tollen Better auf Kniephof, beſchloſſen zu jener Zeit die liebenswürdigen Kouſinen in Berlin mit ihrer Mutter, der Frau Generalin von Keſſel, ihn bei einem Sommerausflug zu überraschen. Wie ſchnell war da der Kniephof in eine anmutige Villa verwandelt! Duftige Blumenſträuße prangten in Florentiner Vaſen; wo man ſonſt wildes Getöſe hörte, da klangen jetzt die weichen Melodien Mozarts und Beethovens durch den Saal; heiterer Scherz und liebenswürdige Neckereien würzten die Unterhaltung. Da öffnete ſich plötzlich eine Seitenthür und hinein ſprangen vier muntere kleine Füchſchen auf Sefſel und Sofa, zerrten an den Franſen der Teppiche und Vorhänge und verbreiteten Schrecken unter den Damen. Erſt als man in den unerwarteten Gäſten die greinenden Sprößlinge von der Sippe Keinekes erkannte, ging der Schrecken in helles Gelächter über.

Schon 1841 war Bismarck unter Verſetzung zur Kavallerie zum Landwehroffizier befördert worden. Im Frühjahr 1842 trat er zu einer mehrmonatlichen Dienſtleiſtung beim 4. (pommerſchen) Manenregiment in Treptow ein. Wenn er auf ſeinem Kaleb, den ſtarrenden Lanzen mit flatternden Fähnlein ſeines Manenzuges weit voraus, in ſauſender Attacke über das Feld flog, dann klopfte ſein Herz in heller Freude unter dem Manenkleide. Aber das Reiterleben im Frieden bietet auch manche Stunde der Langweile, und die rechte Zeit für die „Manenſtückchen“ war noch nicht gekommen; nur Bismarck eilte mit ſolchen zuweilen der Zeit voraus. Der Regimentskommandeur, Oberſt v. Pehwe, ein in vieler Beziehung ſehr ausgezeichnete Offizier, der in ſpäterer Zeit im Duell fiel, gehörte noch zu der alten Schule und beurteilte ſeine Untergebenen ſtreng nach dem Exerzierreglement. Ein ſolcher Maßſtab reichte für Bismarck nicht aus, der zwar mit großem Intereſſe den Dienſtbetrieb aus eigener Erfahrung kennen lernte, aber denſelben doch nicht zu ſeinem Lebensberuf machte.

Alle Sonnabende bewirtete Bismarck ſeine Kameraden in Kniephof. Er ſelbſt pflegte bei ſolchen ſpäten Ritten von ſeiner Garniſon aus nach Kniephof auf ſeinem weit ausgreifenden Renner die Führung zu nehmen. Oft auch jagte er ganz allein durch die nächtliche Heide dahin; liegt doch ein eigener Reiz in ſolchem Nachtritt durch die Heide, die Stämme und Wipfel mit dem tanzenden Mondlicht fliegen vorüber und bleiben zurück; es iſt, als ob der Geiſt mit dem jagenden Roſſe einen freieren Raum vor ſich gewänne.

Nicht immer ging's auf den gebahnten Wegen, ſondern oft auf Fußſteigen, über Stoß und Stein, über Wurzeln und Gräben in wildem Ritte dahin, „daß Roß und Reiter ſchnoben und Kies und Funken ſtoben.“ Bei

solchem einsamen Nachtritt auf dem Waldstege bei Regenwalde geschah es denn auch einmal, daß Kaleb in eiligem Laufe die Spur des Weges verfehlte und statt auf dem Fußsteg zu bleiben, der beim Austritt aus dem Walde noch eine Strecke am Waldsaum auf dem Rande eines Hohlweges weiter lief, in den Hohlweg hinabglitt; der Reiter lag, völlig betäubt von dem plötzlichen Sturz, unter einer Buche. Wie lange er dort gelegen, wer weiß es? Das Frührot spielte um die Buchenwipfel, es regte sich im Moose, die geflügelten Tageweder erhoben ihre Stimmen; der Kuckuck sah aus seinem Häuschen hervor, „Qui vive, qui vive!“ rief der Riebiß, „Michel, Michel, ſteh' auf, 's is heller lichter Tag!“ sang die Schwalbe oben in den Zweigen, und der Schläfer unter der Buche erwachte, faßte mit der Hand nach dem Kopfe, der noch etwas schwer war von der Erschütterung des Falles, und blickte um sich; — unten im Hohlwege stand der treue Kaleb und rupfte die frischen grünen Halme von der Böschung des verhängnisvollen Hohlweges zum Morgenimbiß.

In Kniephof selbst ging es bei Porter und Sekt in der bekannnten gafffreien Weise zu, und die ländlichen Kaffeekränzchen, in welchen vermöge der lebhaften Einbildungsgabe des schönen Geschlechts die Sagenbildung vom „tollen Bismarck und seinen Genossen auf Kniephof“ am fruchtbarsten war, erhielten neue Stoffe zugetragen. Man erzählte von einem dumpfen nächtlichen Getöse, welches den alten Fachwerkbau von Kniephof erdbebenartig erdröhnen mache. Es hieß, der Geist des Erbauers von Kniephof, der bei Czaslau gefallene tapfere Reiteroberst und Urahn des Besitzers, der ihm auch in den Gesichtszügen so ähnlich war, gehe um im Hause und feiere dort nächtlich seine Feste, wie ehedem in dem benachbarten Garnisonstädtchen Gollnow, wo er beim Gastmahl jedes Bivat mit dem Schmettern der Fanfare und dem Gefrach der Karabinersalven seiner dazu im Hintergrund aufgestellten Dragoner begleiten ließ. Und wirklich waren es nicht allein Champagnerpfropfen, die man jetzt des Nachts hier knallen hörte, sondern oft wurden die schlaftrunkenen Geister durch Pistolenschüsse wieder geweckt. Dazwischen knüpfte Bismarck indessen auch ernstere Gespräche über die Zeitfragen mit seinen Freunden an, und mitten in die schläfernde Unterhaltung fiel zuweilen ein geflügeltes Wort, so daß die pommerischen Herren, für die das Feld der Politik damals noch eine wenig behaute Gegend war, verduzt sich ansahen ob des „tollen Bismarck“, nicht wissend, „ob Wahnsinn, ob ein Gott aus ihm gesprochen.“ Wenn aber in Kniephof alles wieder still geworden, dann machte Bismarck noch über seinen Büchern, studierte Machiavellis Buch vom Fürsten oder vertiefte sich in Spinozas Rätsel von Sein und Denken, von All-Einheit und Allgemeinheit, von Zufall und Notwendigkeit.

Bismarcks Ansichten, die er in jenen vertrauten Gesprächen mit seinen Freunden entwickelte, waren damals durchaus frei und vorurteilslos; sie würden vielleicht sogar eine etwas liberale Färbung angenommen haben, wenn nicht die liberalen Elemente, welche damals ihre Stimmen am lauteſten erhoben, für ihn etwas Abstoßendes gehabt hätten.

Trotz ſeines ſtürmiſchen, tollen Jugenddranges beſaß Bismarck den ſittlichen Ernſt und die Sicherheit des reifen Mannes. Vielfach wechſelten in dieſem Zeitabſchnitte ſeine Schickſale, wie Irrtum und Wahrheit im Leben; was aber nicht wechſelte, das waren Mut und Treue in ſeinem Herzen, die ihn ſchon damals nie ſchwancken ließen, wo es galt, für höhere Zwecke den ganzen Mann und das Leben einzusetzen.

Zu der Zeit, als Bismarck bei der Stargarder Landwehr-Manenestadron eine Übung mitmachte (1842), ſtand er an einem Sommernachmittage mit mehreren Kameraden zuſammen an der Brücke des Sees zu Lippehne und ſah zu, wie ſein Reitknecht Hildebrand daſelbſt das Pferd in die Schwemme ritt. Der unkundige Reiter geriet an eine tiefe Stelle des Sees und gab in der Angſt nicht die nötigen Hilfen; das Pferd wurde unruhig und überſchlug ſich beim Schwimmen, der Reiter verſchwand unter der Flut. Im Augenblick warf Bismarck Säbel und Uniform von ſich und ſprang ihm nach. In ſeiner Todesangſt klammerte ſich aber der Diener an ſeinen Herrn feſt und zog dieſen mit ſich. Es ſchien, als ob beide verloren wären. Da gelang es dem mutigen Retter, ſich unter dem Waſſer von der gefährlichen Umarmung loſzuringen. Seinen Schützling im Arme, ruderte er dann kräftig an das Ufer und zog den Diener ans Land.

Dieſer edlen That verdankte Bismarck das ſchlichte Denkzeichen mit der Inſchrift: „Für Rettung aus Gefahr“, welches er lange als einzigen Schmuck auf der Bruſt trug. Als in ſpäterer Zeit einmal ein reichlich dekorierter Staatsmann aus Öſterreich ihn nach dem Sinn jener Münze fragte, konnte er mit berechtigtem Selbſtgeföhle antworten: „Ich habe die Neigung, mitunter einem Menſchen das Leben zu retten.“ Und derſelbe entſchloffene Mut, mit welchem er hier das Leben für den Nächſten einſetzte, begleitete ihn auch ſpäter in alle Kämpfe für ſeinen König und ſein Vaterland.

Die Tage der militäriſchen Dienſtleiſtung gingen vorüber, Bismarck vertauſchte den bunten Manenrock wieder mit dem bürgerlichen Kleide, um ſich zu dem Staatsdienſte vorzubereiten, für den ſeine näheren Bekannten ihn beſonders befähigt hielten. Er arbeitete einige Zeit bei der Regierung in Potsdam. Aus dieſer Periode ſchreibt ſich ein Gutachten, welches damals bedeutenden Eindruck machte und noch lange nachher oft citiert wurde. Gefordert war ein „Gutachtlicher Bericht, betreffend die Entſchädigung der durch die bei den projektierten Verbeſſerungsarbeiten in der Provinz Preußen

notwendig werdenden Expropriationen beschädigten Eigentümer.“ — „Wie?“ dachte der Referendar, „soll man diesem Schalksnarren von Zeitgeist, der heute als Junker Dampf mit Höllelärm durch die Länder braust, morgen als bebrillter Philister in Schreibärmeln und Pantoffeln daherschleicht, einen Freipaß geben durch alle Gefilde, damit er alle ‚Spuren lieber Erinnerungen‘ unter seine Füße trete? — Nein, meine Herren!“ — und er schrieb in seinen Bericht die klassischen Worte: „Sie können es mir gar nicht in Gold bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich oder das Grab meiner seligen Tante in einen Altsumpf verwandeln.“



Bismarck rettet seinen Reitknecht Hildebrand vom Ertrinken.

Ein eigentümlicher Vorfall verleidete Bismarck darauf völlig die Schreibstube. Die Gemahlin seines Bruders, des Landrats Bernhard von Bismarck auf Külz bei Naugard, lag hoffnungslos krank. Dieser wandte sich an ihn mit der Bitte, ihn in den landrätlichen Geschäften zu vertreten, wozu auch Bismarck, der damals zugleich Kreisdeputierter des Naugardey Kreises war, sogleich bereit war. Er begab sich zum Präsidenten, um Urlaub nachzusuchen; aber nicht willens, sich dessen bürokratischen Launen zu fügen, änderte er im Vorzimmer seinen Entschluß — und bat um seinen Abschied.

Nachdem der Präsident ihn nämlich eine Weile im geöffneten Nebenzimmer hatte warten lassen, gelang es Bismarck erst, die Aufmerksamkeit

des hohen Herrn dadurch zu erregen, daß er zuerst ganz sanft, dann crescendo, endlich fortissimo den Dessauer Marsch mit den Fingern an der Fensterscheibe trommelte.

„Was wünschen Sie?“ ließ der Präsident ihn ziemlich kühl an.

„Was ich wünschte“, lautete die Antwort kurz, „das war, mir Urlaub zu erbitten; jetzt wünsche ich, mich Ihnen für immer zu empfehlen.“

Damit überließ er den verwunderten Präsidenten sich selbst und wanderte kaltblütig nach Hause, um seinen Koffer zu packen.

In der pommerschen Heimat waren schon allerlei Mutmaßungen über die Abwesenheit des Besitzers von Kniephof aufgetaucht. Das alte Herrenhaus stand verwaist, da kam plötzlich der Befehl, es zu scheuern und zu putzen vom Giebel bis zum Grunde. „Es wird eine Herrin einziehen!“ flüsterten die Damen, aber Kniephof wartete lange darauf, dann ward wieder alles still davon, und es hieß: „Bismarck geht nach Indien!“

Vielleicht lag Indien dem Fluge seiner Phantasie nicht ferner als Kniephof. Es war die Zeit, da Freiligrath sang:

„Ich irr' auf mitternächt'ger Küste,  
Der Norden, ach! ist kalt und klug;  
Ich wollt', ich säng' im Sand der Wüste,  
Gelehnt an eines Hengstes Bug!“ — —

Auch Bismarck stand (Herbst 1844) an mitternächtiger Küste im Seebade Nordrøney. Er sah von der weißen Düne hinab auf das weite, unendliche Meer, er forderte badend die Wogen zum frischen, stärkenden Kampfe heraus, er fuhr mit Tomke Hams, dem Fischer, in die offene See hinaus, ließ sich von leichtem Boote 24 Stunden lang von Stürmen und Wogen schaukeln, bis er keinen trockenen Faden mehr an den Kleidern hatte — aber es war Schinken und Portwein an Bord — oder er segelte zwischen den Inseln auf Seehundsjagd, und als er einen erlegt hatte, da sah er ein so gutmütiges Hundsgesicht mit großen, schönen Augen, daß es ihm ordentlich leid that, ihn getroffen zu haben.

Eine sehr anschauliche Schilderung des Babelbens in Nordrøney gibt Bismarck in einem Briefe an seine Schwester Malwine (9. Sept. 1844):

„Teure Kleine! Seit 14 Tagen hatte ich mir vorgenommen, Dir zu schreiben, ohne bisher in dem Drange der Geschäfte und Vergnügungen dazu gelangen zu können. Wenn Du neugierig bist, welches diese Geschäfte sein möchten, so bin ich wirklich bei der Beschränktheit meiner Zeit und dieses Papiers außer stande, Dir ein vollständiges Bild zu entwerfen, da ihre Reihenfolge und Beschaffenheit, je nach dem Wechsel der Ebbe und Flut,

täglich die mannigfaltigsten Abänderungen erleidet. Man badet nämlich nur zur Zeit des höchsten Wassers, weil dann der stärkste Wellenschlag ist, eine Zeit, die zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends täglich um eine Stunde später eintritt — und in angenehmer Abwechslung die Vorzüge eines windkalten, regnickten Sommermorgens bald in Gottes herrlicher Natur unter den erhabenen Eindrücken von Sand und Seewasser genießen läßt, bald in meines Wirtes Mousse Omne Fimmen fünf Fuß langem Bett unter den behaglichen Empfindungen, die das Liegen auf einer Seegrasmatratze in mir zu erwecken pflegt. Ebenso wechselt die *table d'hôte* ihrer Zeit nach zwischen 1 und 5 Uhr, ihren Bestandteilen nach zwischen Schellfischen, Bohnen und Hammel an den ungeraden, und Seezungen, Erbsen und Kalb an den geraden Tagen des Monats, woran sich im ersten Falle süßer Gries mit Fruchtsauce, im zweiten Pudding mit Rosinen anschließt. Damit das Auge den Gaumen nicht beneide, sitzt neben mir eine Dame aus Dänemark, deren Anblick mich mit Wehmut und Heimweh erfüllt, denn sie erinnert mich an Pfeffer in Kniephof, wenn er sehr mager war; sie muß ein herrliches Gemüt haben, aber das Schicksal war ungerecht gegen sie, auch ist ihre Stimme sanft, und sie bietet mir zweimal von jeder Schüssel an, die vor ihr steht. Mir gegenüber sitzt der alte Minister \*\*, eine jener sonderbaren Gestalten, die uns im Traume erscheinen, wenn wir schlafend übel werden, ein dicker Frosch ohne Beine, der vor jedem Wiffen den Mund wie einen Nachtsack bis an die Schultern aufreißt, so daß ich mich schwindelnd am Rande des Tisches festhalte. Mein anderer Nachbar ist ein russischer Offizier; ein guter Junge, gebaut wie ein Stiefelknecht, langer, schlanker Leib und kurze, krumme Beine. Die meisten Leute sind schon abgereist, und unsre Tischgesellschaft ist von 200 bis 300 auf 12 bis 15 geschmolzen. Ich selbst habe mein Deputat an Bädern nun auch weg und werde mit dem nächsten Dampfschiff, welches übermorgen den 11. erwartet wird, nach Helgoland abgehen und von dort über Hamburg nach Schönhausen kommen.“ . . .

In Schönhausen kam Bismarck gerade zur rechten Zeit an, um (am 30. Oktober) der Vermählungsfeier seiner Schwester mit seinem Jugendfreunde, dem Landrat Oskar von Arnim-Bröckendorf, beizuwohnen. Mit wehmütigem Herzen sah er die geliebte Schwester aus dem Vaterhause scheiden, und noch oft saß er während der Dämmerstunde in dem grünledernen Stuhle in der lauschigen Ecke des Wohnzimmers, wo sonst seine Malwine mit ihrem Bräutigam zu flüstern pflegte; da stellte er wohl auch Betrachtungen darüber an, „wie unnatürlich und selbstüchtig es ist, wenn Mädchen, die Brüder haben und obenein unverehelichte, sich rücksichtslos verheiraten und thun, als wenn sie nur in der Welt wären, um ihren fabelhaften Neigungen zu folgen — eine Selbstsucht“ — fügt er in dem

Briefe an Frau von Arnim (November 1844) neckend hinzu — „von der ich unser Geschlecht und mich persönlich glücklich frei weiß.“

Es waren die letzten Tage, welche Bismarck mit seinem Vater gemeinschaftlich in Schönhausen verlebte. Die Harthörigkeit des alten Herrn hatte mit den Jahren zugenommen und erschwerte auch den Umgang mit den Nachbarn. Sein Hauptvergnügen aber blieb die Jagd, von der er sich weder durch Wind und Wetter noch durch den Mangel an Wild abhalten ließ. Bismarck entwirft in dem Briefe an seine Schwester (November 1844) eine Schilderung von einer Komödie, welche er seinem Vater damals aufführen half und die es diesem gefiel „Fuchsjagd“ zu nennen.

„Wir gehen nämlich“ — so schreibt er — „bei starkem Regen oder jetzt 6 Grad Frost, mit Ihle, Belling und Karl hinaus, umstellen mit aller jägermäßigen Vorsicht, lautlos, unter sorgfältiger Beachtung des Windes, einen Kiefernbusch, von dem wir alle, und vielleicht auch der Vater, unumstößlich überzeugt sind, daß außer einigen Holz suchenden Weibern kein lebendiges Geschöpf darin ist. Darauf gehen Ihle, Karl und zwei Hunde unter Ausstoßung der seltsamsten und schrecklichsten Töne, besonders von seiten Ihles, durch den Busch, der Vater steht regungslos und aufmerksam mit schußfertigen Gewehr, genau, als ob er wirklich ein Tier erwartete, bis Ihle dicht vor ihm schreit: „Hu, la, la, he, he, faß, häh, häh!“ in den sonderbarsten Kehllauten. Dann fragt mich der Vater ganz unbefangen, ob ich nichts gesehen habe, und ich sage mit einem möglichst natürlich gegebenen Anflug von Verwunderung im Tone: „Nein, nicht das Mindeste!“ Dann gehen wir, auf das Wetter schimpfend, zu einem andern Busch, dessen vermutliche Ergiebigkeit an Wild Ihle mit einer recht natürlich gespielten Zuversicht zu rühmen pflegt, und spielen dal segno. So geht es drei bis vier Stunden lang, ohne daß in Vater, Ihle und Fingal die Passion einen Augenblick zu erkalten scheint.“

Der Winter (1844—45) traf Bismarck wieder auf seiner Scholle zu Kniephof, er vertrat eine Zeitlang seinen Bruder in den Landratsgeschäften des Naugarder Kreises, erschien auch vorübergehend als Abgeordneter zum pommerischen Provinziallandtage und war in der Landwirtschaft thätig. Er sah ein mageres Jahr kommen und gehen. „Nur mit Mühe widerstehe ich der Neigung“ — schreibt er an seine Schwester (9. April 1845) — „einen ganzen Brief mit landwirtschaftlichen Klagen anzufüllen, über Nachfröste, krankes Vieh, schlechten Raps und schlechte Wege, tote Lämmer, hungrige Schafe, Mangel an Stroh, Futter, Geld, Kartoffeln und Dünger; dazu pfeift Johann draußen, ebenso konsequent wie falsch, einen ganz insamen Schottischen, und ich habe nicht die Grausamkeit, es ihm zu unterzagen, da er ohne Zweifel seinen heftigen Liebeskummer durch Musik zu beschwichtigen

fucht. Das Ideal seiner Träume hat vor kurzem auf Zureden der Eltern ihm abgesagt und einen Stellmacher geheiratet. Ganz mein Fall, bis auf den Stellmacher, der noch im Schoße der Zukunft raspelt . . .“

In Schönhausen ward es in diesem Jahre stiller und stiller. Eines Sonntagsmorgens stand die kleine Frau Inspektor Bellin in ihrem Sonntagstaat, mit dem schwarzen Faltenrocke, das Samtmützchen auf dem Haupte, das Gesangbuch in der Hand, vor der Thür zum Zimmer des alten gnädigen Herrn.



Bismarck tritt den Besitz von Schönhausen an.

Sie wartete, daß er zum Kirchgange hinaustreten solle, aber lange vergeblich. Endlich faßte sich die fromme Frau ein Herz; sie trat hinein, um ihr Anliegen im Zimmer anzubringen. Als sie ihn aber noch im Morgenanzuge bei seiner gewöhnlichen Beschäftigung fand, da konnte sie es nicht über ihr christliches Herz bringen, die Bemerkung zu unterdrücken, daß es doch Sonntag sei und daß die Glocken schon geläutet hätten. „Ja, liebe Bellin“, sagte der alte Herr mit wohlwollendem Tone, „da muß man wohl freilich schon recht schlecht hören, wenn man die Kirchenglocken nicht mehr hört!“ Sogleich darauf machte er sich bereit und saß noch zur rechten Zeit auf dem gewohnten Platz in der Kirche.

Im Frühjahr 1845 hatte die mächtig angeschwollene Elbe die Deiche durchbrochen und unter großen Verheerungen die ganze Umgegend von

Schönhausen weithin überschwemmt, so daß man von Tangermünde bis fast nach Rathenow zu Wasser fahren konnte. Als der alte Herr von Bismarck nach dem Zurücktreten der Flut zum erstenmal wieder den Park besichtigte, gewährte er mit Wehmut, daß der Strom sechs von den schönen alten Linden am Ende der großen Allee zerstört hatte. „Die Linden sind eingegangen“, sagte er zu dem ihn begleitenden Inspektor, „nun werde ich auch bald eingehen.“

Und er ging ein zum ewigen Frieden. Ein Fehler in der Speiseröhre, noch die Folge jenes Schlaganfalls, der ihn beim Tode seiner Gemahlin betroffen, hatte ihm in der letzten Zeit das Essen fast unmöglich gemacht, so daß ihm der Tod (22. November 1845) die Erlösung von schweren Leiden brachte. Bismarck wohnte in demselben Jahre als Offizier der Landwehrcavallerie einer Übung bei und erhielt im Bivak die Nachricht von der gefährlichen Erkrankung seines Vaters. Er brach sogleich nach Schönhausen auf und blieb bis ans Ende an seinem Krankenlager.

Das ganze Dorf trauerte um Bismarcks Vater. Sein wohlwollendes, heiteres Gemüt, seine lebhafteste Teilnahme für alle Dorfbewohner hatten ihm auch alle Herzen gewonnen. „Er war unser ganzer Stolz“, sagen die Bauern in Schönhausen; „aber was der Vater für unser Dorf war, das ist der Sohn für das Reich geworden.“





Einzug des jungen Bismarck'schen Ehepaars  
in Schönhausen.

## Sechstes Kapitel. Helle Tage.

Die That allein beweist der Liebe Kraft.  
Goethe.

solange Bismarck seinen eigentlichen Aufenthalt in Kniephof und mehrfache Beziehungen in Pommern hatte, durften ihn die Pommern mit demselben Recht wie die Altmärker als ihren Landsmann betrachten. Hatte er doch seine Heimat schon in zartester Kindheit verlassen und seitdem nur besuchsweise wiedergesehen. Als er aber nach des Vaters Tode auch das väterliche Stammgut Schönhausen übernahm, änderte sich dieses Verhältnis. Bald darauf wurde Bismarck zum Deichhauptmann für die Uferstrecke der Elbe von Zerichow bis Sandau gewählt und zum Abgeordneten der Ritterschaft des Kreises Zerichow für den sächsischen Provinziallandtag in Merseburg vorgeschlagen. Die Annahme der ersteren Stelle war entscheidend für

die Wahl seines Wohnsitzes in Schönhausen, während sein älterer Bruder Bernhard, der zu seinem bisherigen Gute Kütz noch Tarchelin geerbt hatte, in Pommern verblieb. Seitdem fügte Otto von Bismarck seinem eignen Namen auch den seines väterlichen Gutes hinzu, zur Unterscheidung von den andern Zweigen desselben Stammes, und veränderte seinen Wohnort nicht eher, als bis das Vaterland und der Staat höhere Ansprüche an ihn stellten. Die Schönhausener waren sich ihres Vorzugs wohl bewußt und übertrugen die Liebe und Verehrung, welche sie für den Vater gehegt hatten, auf den Sohn. „Aber wir haben verloren“, sagen sie jetzt; „früher hatten wir ihn für uns allein, jetzt hat ihn das ganze Reich!“

Am Johannistage (1846) gab Bismarck in seinem Hause den Bauern das Austrittsfest. Es ging nicht gerade sehr üppig, vielmehr nach märkischer Sitte schlicht und einfach zu; Bier, Musik und Tanz waren die einzigen Genüsse. Gleichwohl erinnert sich mancher biedere Schönhauser, der heute im Dorfe seine Altenteilswohnung hat, noch gern des vergnügten Tages, an dem er im fröhlichen Reigen sein Mädchen im Arme wiegte. Es war ein heißer Tag, die Burschen hatten ihre Röcke abgelegt und tanzten in Hemdsärmeln, die Mägde in ihren bauschigen Faltenröcken, die meisten mit einem Johannisröslein am Nieder. Bismarck war selbst mitten unter den Landleuten und ermunterte sie zur Fröhlichkeit. Als ihm ein kräftiges Bivat gebracht wurde, dankte er mit kernigen herzlichen Worten; er werde jedem, der redlich arbeite und seine Pflicht thue, nach besten Kräften beistehen.

In einer Beziehung sollte aber die pommersche Landsmannschaft Bismarcks doch den Vorrang vor der altmärkischen behaupten. Noch immer wartete man darauf, daß der Besitzer von Schönhausen durch die Wahl einer treuen Gattin seinen Herd noch fester gründen werde. Niemand indessen ahnte, daß goldene Sonnenfäden sich durch sein Gemüt spannen, die von dem stillen, friedlichen Hause hinter den Nadelwäldern an der Stolpe ihren Ausgang nahmen. In demselben Jahre, als Bismarck zu Schönhausen die Vermählung seiner Schwester feierte, hatte er auch zu Triglaff der Hochzeitsfeier seines liebsten Jugendfreundes Moriz von Brandenburg mit Fräulein von Thadden-Triglaff beigewohnt. Hier war es, wo eine der Brautjungfern, Fräulein Johanna von Puttkamer, in ihrer einfachen, lieblichen Erscheinung einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck auf ihn machte.

Im Sommer 1846 machte das Brandenburgische Paar in Begleitung von Fräulein Johanna von Puttkamer — sie war die einzige Tochter des Herrn Heinrich von Puttkamer auf Biartlum und der Frau Luitgarde geb. von Glasenapp auf Reinfeld, geb. den 11. April 1824 — eine Reise nach dem Harz, der sich auch Bismarck angeschlossen. Es ging durch dieselben Gegenden, die er 14 Jahre vorher als angehender Göttinger Student mit

seinen mecklenburgischen Freunden durchstreift hatte. Aber wie anders sah er heute auf dieselben herab! Die Schlacken der Sturm- und Drangzeit waren abgestreift; mit klaren, geläuterten Sinnen blickte der Mann an der Seite seiner Reisegefährten auf die Welt unter sich, auf die dunklen Schluchten und gewundenen Thäler zu seinen Füßen. Und immer höher ging's, die Buchen und Eichen blieben zurück — das ist der Felsenpfad, auf dem der Riese die fliehende Prinzessin verfolgte; das ist die Stelle, wo sie mit ihrem Zauberrosse den gewaltigen Sprung über die gähnende Schlucht wagte, daß die Spur des Rosses noch heute der Felsfläche eingedrückt ist; — dort auf einsamer Höhe des Harzes fand Bismarck die Blume, die fortan Duft und Licht über sein Leben verbreiten sollte, und die er nicht mehr vom Herzen ließ.

In dem frommen, christlichen Hause des Herrn von Puttkamer auf Reinfeld gab es Verwunderung, als plötzlich ein Brief einlief, worin Bismarck kurz und bündig um die Hand der Tochter warb. Die Märchen vom „tollen Bismarck“ waren noch zu sehr in aller Munde, als daß die Eltern ohne Besorgniß ihr liebstes Gut, das einzige Kind, ihm anvertrauen mochten, selbst als die Tochter ihre Neigung bekannte. Da erschien auf Einladung der Eltern Bismarck plötzlich selbst in Reinfeld und schloß unter den Augen der erstaunten Eltern die Braut in seine Arme; denn „was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden!“ — das hatte er in seiner Bibel gelesen. Die Eltern gaben aber aus vollem, treuem Herzen ihren Segen zum Bunde, und sie haben es nie bereut.

Die Vermählung Bismarcks mit Fräulein Johanna von Puttkamer wurde auf den Sommer des nächsten Jahres (1847) festgesetzt. Ehe dieselbe indessen stattfand, wurde Bismarck zu einer andern Wirksamkeit berufen, welche mit den großen Ereignissen im Vaterlande in engem Zusammenhange stand.

Überall in Deutschland regten sich mächtig die Schwingen einer neuen Zeit. Im Privatleben wie in der Öffentlichkeit, auf dem Ratheder, der Bühne, selbst in der Presse erhoben sich immer lauter die Stimmen für ein freies Verfassungsleben und für die Einigung der ganzen Nation. Aller Augen richteten sich auf Preußen, wo Friedrich Wilhelm IV. durch sein persönliches Auftreten die kühnsten Erwartungen geweckt hatte. Der König selbst fühlte die Notwendigkeit, die Hand an das preussische Verfassungswerk zu legen. So wie er es jedoch gewesen, unter dessen Leitung als Kronprinz die ständische Einrichtung der Provinziallandtage ins Leben gerufen wurde, so glaubte er auch jetzt, nur auf diesem Grunde fortbauen zu sollen.

Am 3. Februar 1847 erließ der König das Patent, welches die Provinzialstände sämtlicher acht Provinzen unter dem Namen des „Vereinigten Landtags der Monarchie“ nach der königlichen Hauptstadt Berlin berief. Am 11. April sollte die erste ständische Versammlung in Preußen eröffnet werden.

Jede Provinz stellte eine Anzahl freisinniger vaterlandsliebender Männer, welche auch in den politischen Kämpfen der Folgezeit noch oft einen hervorragenden Platz auf Tribüne und Ministerbank einnahmen. Besonders glänzten die Rheinlande durch ausgezeichnete Redner, wie Beckerath, Camphausen, Hansemann; für Westfalen gehörten der Freiherr von Vincke, für Pommern Graf Schwerin, von Auerwald, für Preußen von Sauten-Larpuitschen, für Schlesien Wilde zu den mutigsten Vorkämpfern der Liberalen. Die Bedeutung dieser Männer zeigte sich indessen mehr in der Entwicklung einer glänzenden Beredsamkeit als in praktischer Rathgebung. Licht, Freiheit, Fortschritt! so hieß die allgemeine Losung der Zeit, aber über die nächsten praktischen Ziele und über die Wege, auf welchen dieselben zu erreichen waren, herrschte noch viele Verschiedenheit und Unklarheit der Ansichten.

Unter den Abgeordneten der Provinz Sachsen wurde als Vertreter der Ritterschaft des Kreises Jerichow in der Altmark für den erkrankten Abgeordneten von Brauchitsch auf Scharteute dessen Stellvertreter, der Reichshauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen, einberufen. In blühendem Mannesalter, voll rüstiger Thatkraft und klaren Blicks trat Bismarck hier zum erstenmal in eine große politische Versammlung ein. Auch er würdigte die Wichtigkeit des königlichen Schrittes und erkannte, daß der preußische Staat an der Vorstufe einer neuen Entwicklung angekommen sei. Indessen für ihn galt als der Kern und Ausgang jeder neuen Entwicklung ein starkes, an Haupt und Gliedern einiges Preußen, an dessen Neugründung mitzuarbeiten er für seine edelste Aufgabe betrachtete. Er stand nicht feindselig zu den freieren Regungen seiner Zeit, aber sein Herz schlug wärmer für das alte Vaterland Preußen, in welchem seine Vorfahren seit Jahrhunderten ihre heimatliche Stätte hatten, als für die Ideen einer neuen Zeit, deren Segnungen ihm noch zweifelhaft schienen.

Schon die Wahl des Raumes, der für die Beratungen bestimmt war, und die äußere Einrichtung des Weißen Saales ließen auf den Geist schließen, in welchem der König die Teilnahme der Stände an den Regierungsangelegenheiten erwartete. Dem Throne gegenüber, dem zunächst der vom König ernannte Landtagsmarschall Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich seinen Platz hatte, befanden sich die Sitze für die Herrenkurie, dahinter diejenigen für die Kurie der drei Stände — Ritterschaft, Städte und Landgemeinden — durch Zwischengänge wieder nach den acht Provinzen, jede unter dem Voritze ihres Provinziallandtagsmarschalls, geschieden.

Die Eröffnung (am 11. April 1847) erfolgte nach vorangegangenem Gottesdienst mit allem Glanze des alten Königtums. Unter Vorantragung des Reichspaniers durch den General von Boyen, jenen tapferen Vorkämpfer der Erhebung von 1813, und der übrigen Reichsinignien, Krone, Zepter,

Reichsapfel und Schwert, beschritt der König den Thron und begrüßte in hochherzigen Worten die Versammlung. Aber er hob schon in der Eröffnungsrede hervor, daß er mit diesem Tage den Bau ständischer Freiheiten als vollendet betrachte; er zog scharf die Grenzen, innerhalb deren der Landtag von den ihm aus königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Rechten der Steuerbewilligung, des Beirats in der Gesetzgebung und dem Petitionsrechte Gebrauch zu machen habe, und er erklärte feierlich, wie er sich als den Erben einer ungeschwächten Krone betrachte, die er seinen Nachfolgern wiederum ungeschwächt bewahren müsse und wolle; daß es aber keiner Macht der Erde gelingen solle, ihn zu bewegen, das natürliche, durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln.

Gegenüber dieser so bestimmt ausgesprochenen Willensmeinung hatten die Liberalen auf dem Landtage einen schweren Stand. „Zwischen uns sei Wahrheit!“ hatte der König den Ständen zugerufen, und „Vertrauen weckt Vertrauen“, das, sagte er, sei seine königliche Hoffnung, aber schwer erschien es, jene notwendige Grundlage eines gedeihlichen Zusammenwirkens der Krone und der Stände bei den verschiedenen beiderseitigen Zielen zu finden. Die Bedeutung der Verhandlungen und Reden lag daher weniger in der Erreichung praktischer Ziele, als in dem Eindrucke, den sie außerhalb des Hauses machten.

Mit Vorliebe pfl egten die liberalen Redner auf den Boden der großen nationalen Erinnerungen von 1813 hinzuweisen, als auf „die ewig grünende Erde, umweht von der Luft der Vaterlandsliebe, die zu den edelsten Bestrebungen Kraft gibt“; aber es schien Bismarck weder folgerichtig noch patriotisch, wenn dabei von ihnen die Erlangung ständischer Freiheiten und verfassungsmäßiger Rechte als das eigentliche Ziel der Volkserhebung jener Zeit dargestellt wurde. Auch der Abgeordnete von Saucken gedachte in einer schwungvollen Ansprache jener großen Zeit, als „das Volk den Thron auf seine Schultern genommen und ihn durch Ströme Bluts von Sieg zu Sieg auf nie gekannte Ruhmeshöhen getragen.“

Während noch die Zurufe der Versammlung im Saale klangen, bestieg Bismarck zum erstenmal die Rednerbühne; es galt ihm, die Beweggründe der Volksbewegung von 1813 in ihrem wahren Zielpunkte hochzuhalten. Denn er konnte mit seiner Vaterlandsliebe die Annahme nicht vereinigen, daß jene begeisterte Erhebung noch eines andern Anlasses als der Schmach fremder Gewaltherrschaft bedurft hätte. Mit vornehmer Ruhe fügte er hinzu: „Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß Mißhandlung und Erniedrigung, welche die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend

gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle andern Gefühle übertäubt werden zu lassen.“

Diese einfachen Worte riefen einen Sturm der Entrüstung hervor. Mehrere Redner bestiegen nacheinander die Tribüne, um Verwahrung gegen Bismarcks Rede einzulegen; einer bestritt ihm überhaupt das Recht mitzureden, da er zu der Zeit der Befreiungskriege noch nicht gelebt habe. Trotz des allgemeinen Unwillens erschien Bismarck noch einmal auf der Tribüne. „Ich kann es allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit noch nicht gelebt habe“, sagte er, „und es that mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an jener Erhebung teilzunehmen. Mein Bedauern wird freilich vermindert durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals angekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben aber bin ich belehrt worden, daß sie im Innern gelegen hat; ich bin gar nicht dankbar für diese Aufklärung.“

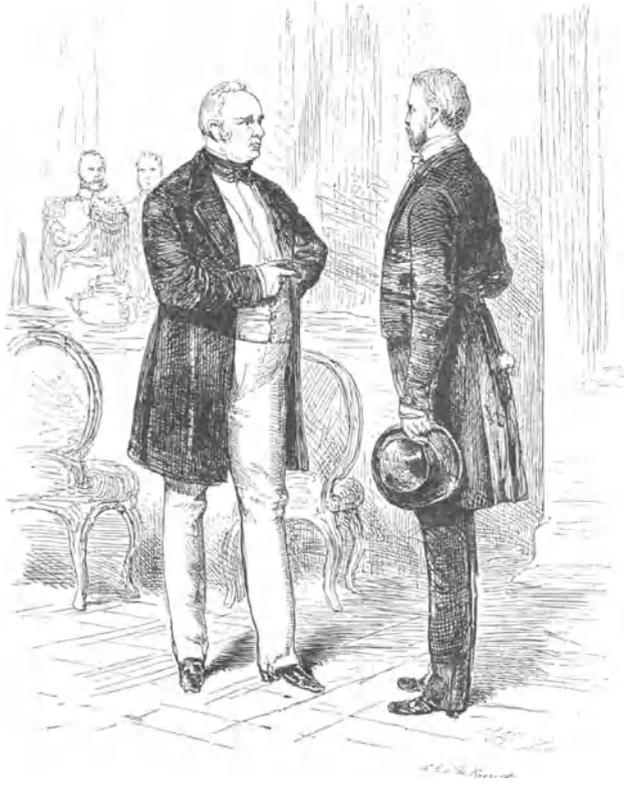
Einzelne Bravorufe aus der Versammlung bewiesen, daß man den Redner wohl verstanden hatte, noch aber hatte keiner gewagt, den liberalen Anschauungen, welche damals im Schwange waren, so offen und rückwärtslos entgegenzutreten.

Bismarck stand auf dem Boden der geschichtlichen Überlieferung gegenüber der liberalen Doktrin, welche für die Verfassung des stolzen, aufstrebenden Staates der Hohenzollern kein höheres Ideal kannte, als die konstitutionellen Rechtsformen des aristokratischen Englands oder des kleinen neutralen Belgien.

„Ich möchte“ — sagte er bei einer späteren Veranlassung — „den Herren, die so gern ihre Ideale jenseit der Vogesen suchen, doch eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet. Das ist das stolze Gefühl der Nationallehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmungswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.“

Der preußische Liberalismus war infolge der langen nüchternen Periode der Enthaltung und der Thatlosigkeit angesteckt von einem Kleinbürgerlichen Geiste, der, ebenso wie die Kammern der Kleinstaaten, mehr nach den Scheinformen des konstitutionellen Staatswesens als nach der inneren Lebensfülle fragte. Er war voll Mißtrauens gegen diejenigen, welche die nationale Entwicklung in Preußen mehr nach den Überlieferungen der Vergangenheit als nach den treibenden Ideen der Zeit geleitet sehen wollten, zumal wenn ihre Ansichten ihnen in so starrer Form entgegentraten und mit so rückwärtsloser Offenheit vorgetragen wurden, wie dies bei Bismarck der Fall war. Die öffentliche Meinung, seit lange niedergehalten und mißachtet, rächte sich

jetzt, indem sie Bismarck als den Schildträger einer mittelalterlich-feudalen Zeit behandelte, dem zwar die milderen Sitten der Zeit nicht mehr gestatteten, auf Wegeraub und Stegreif zu reiten, der aber doch auf seiner Landscholle den finsternen, verrotteten Vorurteilen einer längst vergangenen Zeit nachginge. Bismarck aber wehrte sich gegen die Keulenschläge seiner Gegner mit den spitzigen Pfeilen des Witzes und des Spottes.



Bismarck bei König Friedrich Wilhelm IV. in Venedig 1847.

Am 26. Juni wurde der erste Vereinigte Landtag durch den königlichen Kommissar, Staatsminister von Bodelschwingh, geschlossen; die Schlußrede drückte das Bedauern der Regierung darüber aus, daß die Sitzungen nicht so fruchtbringend gewesen wären, als sie hätten werden können. Das Bedauern war vielleicht beiderseitig; auch die Abgeordneten kehrten größtenteils verstimmt über das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen auf einen Umbau des Staates im liberalen Sinne in ihre Heimat zurück. Im Lande freute man sich der glänzenden Redner, die sich hervorgethan, und der Fülle von Talent, die sie an den Tag gelegt; der König soll zu seiner Umgebung geäußert

Hürst Bismarck.

haben, von seinen Ministern habe Bodelschwingh sein mündliches Examen vortrefflich bestanden; doch gab es auch Stimmen, welche behaupteten, es wäre für das Ansehen Preußens besser gewesen, wenn ein preußischer General sein Examen auf dem Schlachtfelde bestanden hätte.

Ernstere Zeichen der Zeit blieben nicht aus. Hungerstot und Elend, die traurigen Folgen einer zweijährigen Mißernte in vielen Gegenden Deutschlands, mehrten die Unzufriedenheit unter den ärmeren Volksklassen. Eine aufregende Proletarierlitteratur, die trotz der Zensur heimlich Verbreitung fand, schrieb die Ursache alles Übels den unhaltbaren politischen Zuständen zu. In der Tagespresse wie in der Litteratur, in der Kirche, dem Staate und der Gesellschaft regte sich immer mehr ein verneinender Geist und weckte in allen Kreisen ein gewisses Unbehagen, das bange Vorgefühl drohender Gefahren.

Es war dies die Zeit, zu welcher Bismarck seinen Herd gründete. Am 26. Juli 1847 feierte er zu Meinfeld seine Vermählung mit Fräulein Johanna von Puttkamer und trat nach der Hochzeit mit der jungen Gemahlin eine Reise nach dem Süden an, über Wien, durch Tirol und die Schweiz bis nach Italien hinein, in das Land, wo „die Myrte still und hoch der Lorbeer steht.“

In Venedig wurde ihm die Ehre einer Begegnung mit seinem gerade dort weilenden Könige Friedrich Wilhelm IV. zu teil. Dieser fand an Bismarcks mannhaftem Auftreten und seinen Ansichten über die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse in Preußen ein besonderes Wohlgefallen.

Es war Herbst geworden, als das junge Bismarcksche Ehepaar in seine altmärkische Heimat zurückkehrte, um sich dort dem stillen Zauber eines jungen glücklichen Daheim's ganz zu überlassen. Zwar waren während der Reise die nordischen Felder kahl und reizlos geworden; dennoch erfreute die heimkehrenden Reisenden der Anblick der grünen Heide; es umfing sie der Wald so traulich mit seinem wehenden Gruße von Tannenreis und Harzduft. Es war spät abends, als der Bismarcksche Kutschwagen sich Schönhausen näherte; ein heller Lichtschein lag über dem Schönhäuser Schlosse, als ob dort Christnacht gefeiert würde und lichtschimmernde Tannenbäumchen durch die Fenster blinkten. Die gute Frau Inspektor Bellin hatte es nicht unterlassen können, das Herrenhaus mit allen Fenstern in helles Lichtgefunkel zu setzen. Vor dem Eingange standen die Hausdiener und zogen ehrerbietig die Mützen ab, als der Wagen anhielt und das junge Paar ausstieg. Es war kein feierlicher Empfang, aber auf den ehrlichen Gesichtern war ein so treuherziges „Willkommen!“ zu lesen, daß die junge Herrin wohl fühlen mußte, hier wäre sie daheim. Bismarck aber empfand den Segen, der mit einer treuen, lieben Gattin in sein Haus einzog.

---



Spazierritt in Schönhausen.

## Siebentes Kapitel.

# Daheim.

Mein Haus ist meine Burg.

Englisches Sprichwort.

Wenn der Wald sich entlaubt, die Felder veröden, dann wohnt sich's gar traulich unter sicherem Dache, wo die wärmende Kienflamme im Kamin knistert und der Theekessel auf dem Herde brummt. Das empfand das junge Paar in Schönhausen, wo Frau von Bismarck ihrem Gemahl die Häuslichkeit höchst angenehm einrichtete. So behaglich anmutend hatte es seit lange nicht innerhalb der Wände des alten Herrenhauses ausgesehen wie jetzt. „Es ist wieder eine Herrin da!“ das fühlte das ganze Hauspersonal, ja bald das ganze Dorf; das fühlte besonders auch mancher Arme, der wieder Trost und Frieden an seinem Herde einkehren sah; er ahnte nur, durch weissen Hand. Wenn aber Bismarck mit seiner jungen Gemahlin zu den ersten Besuchen in der Nachbarschaft ausfuhr oder wenn er an ihrer Seite durch die breite Dorfstraße ritt, dann standen die wackeren Schönhauser ehrerbietig grüßend am Wege, blickten ihnen auch wohl etwas neugierig nach. Die wohlwollende Herzensgüte, die aus den dunklen Augen der jungen Frau sprach, machte ihr die Herzen unwillkürlich geneigt. „So schön, wie ich sie mir gedacht habe, ist sie nicht“, sagte der Schulz Cunow, „aber so gefällt sie mir besser!“

Der Herbst ließ die Jagd aufgehen und mit Leidenschaft ging Bismarck dem alten Weidmannsbergnügen nach. In dem Forste zwischen Rathenow und dem Schönhaufer Vorwerk gab es noch guten Wildstand. Da ging er auf den Anstand nach Damhirschen und Rehen, oft mit einigen Nachbarn, öfter bloß in Begleitung seines Försters Mahnke, und das Weidmannsglück war immer mit ihm. Der Weih' in den Lüften und das Reh im Busche waren nicht sicher vor seinem Schuß; „er hält hin und trifft“, sagte der alte Mahnke. So oft er von der Jagd heimkehrte, brachte er seiner Gemahlin ein Stück Wild in die Küche mit; dafür bereitete ihm diese wieder mit eigner Hand eine Lieblingsspeise und erfreute ihn, wenn er, müde von der Jagd und weitem Reiten, am Kamin im Sessel lehnte, durch ihr seelenvolles Spiel auf dem Flügel.

Aber auch seines Amts als Deichhauptmann hatte Bismarck zu warten. Still und bedächtig fließt die Elbe in ihrem Bette daher, sobald aber der Schnee geschmolzen oder wenn starke Regengüsse im Gebirge gefallen, dann tritt sie plötzlich als reißender Strom über die Ufer, entwurzelt die mächtigsten Bäume und unterwühlt die ältesten Mauern. Da gilt es, beizeiten auf der Hut zu sein, die Dämme und Deiche zu bewachen, die Risse wieder mit Erde zu füllen oder an gefährdeten Stellen die Felder durch Notdeiche zu schirmen. Oft ritt der Deichhauptmann in Regenmantel und Sturmcappe meilenweit hinaus auf Deichschau und prüfte nach Wind und Wetter, ob Gefahr im Anzuge sei. Zuweilen auch ging er, leicht gekleidet, um die Dämme in unmittelbarer Nähe der Schönhaufer Feldmark zu besichtigen und die Säumigen, die ihre Deichstrecke nicht in Ordnung hielten, zur Verantwortung zu ziehen. Da sah er einmal zwei Bauern aus dem Dorfe an einer Stelle zwischen Damm und Ufer, wo die Elbe sich bei Regengüssen eine Mulde gewühlt hatte, ihre Angeln hinabtauchen, um die unvorsichtigen Fischchen für den heimischen Kochtopf zu fangen. Bismarck war durch das übergetretene Wasser verhindert, weiter zu gehen, aber alsbald erbot sich einer von den beiden angelnden Bauern, ihn auf dem Rücken hinüberzutragen. „Aber ich wiege 182 Pfund, lieber Bietsch!“ wandte Bismarck ein. „Schadet nichts, Herr“, versetzte der ehrliche Altmärker, „Ihnen tragen wir alle mit Freuden.“

Dafür half auch Bismarck wieder den Bauern ihr Sorgenpäckchen tragen, stand ihnen mit Rat und That bei, und sein Rat war immer der bündigste, seine Hilfe die schnellste, weil er stets den nächsten Weg zum Ziele wählte. Als einmal in Fischbeck, eine Viertelstunde von Schönhausen, im Hause des Bauers Schernebeck Feuer ausgebrochen war und die Flammen den Eingang zum Wohnzimmer versperrten, wo es noch vieles zu retten gab, sprang Bismarck, der soeben angekommen war, vom Pferde und sprengte mit einem

wichtigen Fußtritt das niedrig gelegene Fensterkreuz von außen, um auf diese Weise einen Eingang zu öffnen.

Wie zufrieden und glücklich auch Bismarck in seiner Häuslichkeit war, eine Sorge legte sich immer schwerer auf sein Herz, sie begleitete ihn daheim wie auf seinen einsamen Ritten und auf der Jagd. Wer mochte sich noch verhehlen, daß im lieben deutschen Vaterlande seltsame Dinge sich vorbereiteten? Düstere Wolken standen unheildrohend am Horizont, und wer war dessen sicher, ob alle Dämme und Deiche noch fest genug wären, um Widerstand zu leisten, wenn die Wetter sich entluden und die Sturmflut ins



Der Deichhauptmann von Schönhausen.

Land drang? — Jedes Zeitungsblatt brachte Nachrichten von bedenklichen Anträgen in den süddeutschen Kammern, von stürmischen Volksversammlungen, von Unruhen in den größeren Städten. Es war Zeit, daß Preußens König Stellung nahm zu der Bewegung, welche die Geister in Deutschland ergriffen hatte.

Im Februar 1848 kamen die aufregenden Zeitungen aus Frankreich; der Thron des Bürgerkönigs Ludwig Philipp war auf dem Bastillenplatz zertrümmert, die Republik verkündigt worden. Immer höher gingen die Wogen auch in Deutschland. In stürmischen Bittschriften forderte das Volk von den Regierungen die Gewährung freisinniger Einrichtungen. Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Versammlungsrecht, Schwurgerichte, das waren die

Hauptgegenstände der Petitionen, welche von der aufgeregten Menge meistens unter Drohungen und Gewaltthaten in die Paläste getragen wurden. Die Revolution nahm ihren siegreichen Zug durch Deutschland von einer Hauptstadt zur andern, immer mächtiger, je geringer der Widerstand, welchen die kleinen Staatsgewalten ihr entgegenzusetzen wagten. Bei dem ersten Anlauf der Volksbewegung in Wien (13. März) brach der Metternichsche Polizeistaat zusammen, die ganze sittliche Hohlheit des Systems noch in seinem Sturze offenbarend. Ein gesetzloser Zustand mit Straßenszenen und Barrikadenkämpfen in der Hauptstadt nahm damit seinen Anfang, während die fremden Nationalitäten in den Kronländern die österreichische Herrschaft abzuschütteln und sich von dem Kaiserstaat loszusagen drohten. Mit Spannung blickte man auf Berlin, wo jetzt die Hauptelemente der Bewegung zusammenströmten.

Es trafen dort Deputationen aus allen Landesteilen ein und legten ihre Bittschriften vor dem Königsthron nieder, hinter ihnen aber erhob die Revolution drohend ihre schwielen Fäuste. Lange zögerte Friedrich Wilhelm, dem stürmischen Andringen des Volkes zu gewähren, was er kurz vorher dem Vereinigten Landtag im Vollgefühl seiner königlichen Macht verweigert hatte. Als er sich endlich dazu entschloß, da war es zu spät, um noch aus freier königlicher Machtvollkommenheit die erwarteten Zugeständnisse dem Volke als Geschenk darzubringen. Ein unseliges Mißverständnis genügte, um das Bild einer freudig bewegten, dankbaren Bevölkerung, welches Berlin um die Mittagsstunde des 18. März nach Verkündung der königlichen Gewährung bot, in das eines grauenvollen Barrikadenkampfes zu verwandeln, der erst am folgenden Tage damit sein Ende erreichte, daß die siegreichen Truppen auf Befehl des Königs die Hauptstadt verließen und der Revolution das Feld räumten. Als der König einige Tage darauf (21. März) unter Vorantragung des Reichsbanners hoch zu Roß in den Straßen der Hauptstadt aus eignem Munde verkündete, daß er sich an die Spitze der Bewegung stelle, und alle guten Deutschen aufforderte, sich um ihn zu scharen, um die deutsche Einheit und Freiheit durch deutsche Treue zu schirmen, da war er nicht mehr der starke Held, zu dem das Volk in der Stunde der Gefahr bewundernd ausblicken konnte. Das alte Vertrauen war gemichen, andre Geister waren entseßelt und der Schatten der Märznacht stand zwischen dem Könige und seinem Volke.

Für den 2. April wurde der vereinigte Landtag nach Berlin berufen, um mit der Regierung die nächsten weiteren Schritte zu beraten und das Wahlgesetz für die demnächst zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung nach Berlin zu berufende Nationalversammlung zu prüfen. Dadurch wurde auch Bismarck wieder nach Berlin geführt. Schon das veränderte

Aussehen der Hauptstadt, das Treiben in den Straßen, das Gebaren der sogenannten Volkshelden machten einen widerwärtigen Eindruck auf ihn. Die sonst so nüchterne Bevölkerung schien von einem wahren Taumel befallen. Mächtige schwarzrotgoldene Fahnen wehten aus den Fenstern der Häuser und von den Dächern der öffentlichen Gebäude herab; über dem Eingange zum Palaste des in der Ferne weilenden ersten königlichen Prinzen las man mit mächtigen Buchstaben die Inschrift „Nationaleigentum“, durch welche das Gebäude in der Märznacht vor der Zerstörung durch die Volkswut geschützt werden mußte; riesengroße Anschläge bedeckten die Straßenecken, die meistens anfangend mit den Worten: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ oder „Mitbürger, man will uns verraten!“ Der bescheidene bürgerliche Rock war eine seltene Tracht geworden, statt dessen sah man die Gestalten in der Bluse und mit dem Kalabreserhut mit roter Hahnenfeder säbelkrassend auf den Trottoirs einherschreiten. Wo sonst die Berliner Wachtparade mit klingendem Spiel in strenger militärischer Haltung aufzog, da schlenderte jetzt die neugebildete Bürgerwehr rauchend, plaudernd, scherzend die Straße entlang. Wo ein Haufen Müßiggänger zusammenlief, da schlugen Volksredner auf Bänken und Schenkstischen die fliegenden Tribünen auf und belehrten das Volk über seine Errungenschaften und Freiheiten; sie waren des Beifalls der Masse sicher, wenn ihre Reden nur mit den üblichen Ausfällen gegen die Tyrannei der Fürsten, das rohe Militär und die adligen Junker gewürzt waren.

Mit Schmerz und Unwillen wandte sich Bismarck von diesem widerwärtigen Treiben ab; war dies das neue Deutschland, in dem Preußen aufgehen sollte, dann wollte er lieber auf die Einigung Deutschlands verzichten, um das alte Preußen, wie es unter den Vätern war, zu erhalten. In seinem Blute wallte die alte Mannentreue seiner Vorfahren; was auch die Zukunft bringen möge, hell und leuchtend stand vor seiner Seele die Losung: „Mit Gott für König und Vaterland!“

Auch im Weißen Saale des Königsschlosses, unter den einst so gefeierten Rednern der Liberalen im Vereinigten Landtage, herrschte bereits die blaße Furcht vor der Revolution. Der Landtag beschloß in seiner ersten Sitzung eine Adresse, um dem Könige für die freien Gewährungen zu danken und der Regierung mit dem Ministerium Camphausen sein Vertrauen auszusprechen. Mit festem Schritt betrat Bismarck die Tribüne, in seinen Mienen las man den tiefsten Schmerz, der sein Innerstes durchzuckte. Nur mit Mühe gelang es ihm, zu Worte zu kommen, weil schon sein bloßes Erscheinen an dieser Stelle das Mißfallen der Versammlung erregte.

„Was mich veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen“, sagte er, „sind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen

gesehen ist; die Vergangenheit ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher, als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptiere, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur einen gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich.“

Die Thätigkeit des Vereinigten Landtags war eine kurze und hastige. Nachdem er durch ein Wahlgesetz auf den breitesten Grundlagen, nämlich allgemeine und direkte Wahlen, der Nationalversammlung die Wege gebahnt hatte, trat er für immer vom Schauplatz zurück. Bismarck nannte in einer späteren Rede diese Sitzung des zweiten Vereinigten Landtags „das Jena des preussischen Adels.“

Der Weg, welchen der preussische Staat unter dem Vorherrschen der revolutionären Strömung nehmen mußte, war vorgezeichnet. Im raschen Wechsel folgten einander die Ministerien, je nach den Schwankungen der Volksgunst. Auf die Camphausen und Auerwald folgten die Hansemann, Milde, Rodbertus, sämtlich wohlgesinnte, ehrenwerte Männer, aber ohne Entschlossenheit und Thatkraft und unfähig, das Staatsschiff durch die Brandung in den sicheren Hafen zu führen; dann kam ein vorzugsweise aus Beamtenkreisen gebildetes Ministerium unter Vorsitz des Generals von Pfuel, welches durch Nachgiebigkeit und Zugeständnisse die früheren noch überbot. Immer noch suchten die Liberalen mit streichelnden Samthänden den wilden Knaben, das Volk, zu besänftigen, während dieser ihnen trübselig die geballte Faust vor das Antlitz hielt. In der Nationalversammlung war der Standpunkt der freisinnigen Vaterlandsfreunde bereits überholt durch die vorgeschrittene Demokratie, und die Straßenszenen bildeten die Illustrationen zu ihren Beratungen. In der Versammlung wurde beantragt, anzuerkennen, daß die Volkskämpfer der Märznacht sich um das Vaterland verdient gemacht hätten; dort wurde der Bruch mit den altpreussischen Überlieferungen immer mehr zur Thatfache, und draußen plünderten die aufrehrerischen Volkshaufen das Zeughaus und vergriffen sich an den Trophäen aus alten Siegestagen; hier wurde die Gleichberechtigung aller Stände, die Aufhebung des Adels, der Orden und Titel sowie die Streichung der Worte „von Gottes Gnaden“

im königlichen Titel beschlossen und der Antrag gestellt, daß die Regierung zum Schutze der gefährdeten Volksfreiheit in Wien einschreiten solle, und draußen belagerte der Pöbel den Sitzungssaal; unheimliche Gestalten lauerten mit Messern und Stricken vor dem Eingange, schlangen rote Fackeln und drohten, das Haus in Brand zu stecken, wenn die Abgeordneten nicht so stimmten, wie sie forderten.

Alle sogenannten „Errungenschaften“ blieben indessen theoretischer Natur, solange die Krone in der Armee noch eine zuverlässige reale Macht hatte, auf die sie sich stützen konnte. Im Jahre 1789 war der französische Revolution nichts so sehr zu statten gekommen, als daß ein Teil der Armee sich zu den revolutionären Grundsätzen bekannte und die Sache des Königs verließ. Das war in Preußen anders. Daß die Armee von der Beeinflussung durch die revolutionäre Strömung der Zeit sich rein gehalten hatte, rettete den Staat und rettete das Königtum. Die radikale Partei bot alles auf, um der Krone dieses Machtmittel zu entziehen. Sie forderte in der Nationalversammlung von der Regierung den Erlaß von Bestimmungen, durch welche der Anschluß an die revolutionären Ideen den Offizieren nicht allein empfohlen, sondern zur Bedingung ihres Verbleibens im Dienste gemacht werden sollte. Gerade hier aber trat der königliche Wille den radikalen Bestrebungen mit einer Entschiedenheit und Festigkeit entgegen, wie man sie nicht erwartet hatte. An dem Felsen, auf welchem das ganze historische Dasein des Staates beruhte, brachen sich die Wogen der Revolution.

In dieser schweren Zeit erkannte Bismarck es für seine wichtigste Aufgabe, alle Wohlgefinnten in den ihm erreichbaren Kreisen zur Rettung des Königtums und des Staates aufzubieten und zu vereinigen. Er entwickelte dabei eine bewundernswerte Mührigkeit sowohl auf Reisen als daheim. Je mehr andre verzagten, desto eifriger trieb er an; er suchte die Schwachen zu ermutigen und das Vertrauen zur Thatkraft der Regierung wieder zu beleben. Es lag in seiner urkräftigen Ausdrucksweise, daß er auch von den revolutionären Erscheinungen der Zeit oft in gewaltigen Hyperbeln sprach, und der Zorn über die Pöbelszenen in der Hauptstadt entriß ihm den reckenhaften Ausspruch, „die großen Städte müßten sämtlich vom Erdboden vertilgt werden, weil sie die Herde der Revolutionen seien“ — ein Wort, welches von seinen Gegnern vielfach verbreitet und ausgebeutet wurde, um dem Volke zu zeigen, was es zu erwarten hätte, wenn die Junker einmal ans Ruder kämen, und durch welches er sich für längere Zeit den Weinamen des „Städtevertilgers“ zuzog. So manche Kundgebung aus Pommern und den Marken wurde auf seine Anregung vor dem Throne niedergelegt, um dem Könige zu zeigen, daß die alte Treue in den preußischen Landen noch nicht erloschen sei, und daß man nur seinen Ruf erwarte, um sich von neuem

um das Banner des Königtums gegen seine Feinde zu scharen. Als der Prinz von Preußen nach seiner Rückkehr aus England als Statthalter der Provinz die alte Hauptstadt Pommerns besuchte, half Bismarck in Verbindung mit den pommerschen Ständen dem schwer gekränkten Prinzen dort einen so herzlichen Empfang bereiten, daß dieser in den ihm dargebrachten Beweisen der Treue und Anhänglichkeit Trost für die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Zeit fand.

Auch in der eignen Heimat galt es ein wachsameres Auge zu haben. Eine Partei des Umsturzes, die auch in der Berliner Nationalversammlung vertreten war, versuchte Mißtrauen zwischen den Grundbesitzern und den Ackerbauern zu säen und das Landvolk in die revolutionäre Bewegung hineinzuziehen. Die lockenden Verheißungen der sogenannten Volksbeglucker fanden auch bei der Menge hier und da Glauben. In Schönhausen blieb das Verhältnis zwischen dem Gutsherrn und den Dorfbewohnern ungetrübt. Um eine schwarzrotgoldene Fahne zu sehen, mußte man schon einen weiten Weg in der Umgegend nicht scheuen. Nur einmal, bei der Rückkehr der Truppen aus Schleswig-Holstein, hatte sich an einer Ehrenpforte zwischen die vielen preußischen auch eine schwarzrotgoldene Fahne hineingestohlen, aber noch ehe die Trommeln der heimkehrenden Soldaten in der Nähe des Dorfes ertönten, war sie schon wieder verschwunden.

Eine Bürgerwehr nach dem Muster der großen Städte gab es in Schönhausen auch. Die drei Dörfer Schönhausen, Fischbeck und Cabelitz stellten zusammen eine Heerschar von 200 Mann zu Fuß und 60—70 zu Pferde, die auf dem Platze bei den Sandbergen von Schönhausen unter Bismarcks Leitung ihre gemeinschaftlichen Übungen hatten. Dabei ging es ganz munter her; wenn die Bürgerwehr von Cabelitz auf dem Platze erschien, wurde sie von den Kontingenten der beiden andern Dörfern gewöhnlich mit ihrem alten Spruch empfangen: „Das sind die Herren von Cabelitz, sie haben viel und geben nix!“ — Bunt genug sah es freilich aus, wenn das kleine Korps unter Trommelschlag und Hörnergeschall zu den Übungen ausrückte; die alten verrosteten Flinten waren aus allen Winkeln zusammengeführt und hatten seit der Zeit der Befreiungskriege, da Bismarcks Vater den Landsturm in der Altmark bewaffnete, keine Dienste mehr geleistet, und in der berittenen Bürgerwehr, wo die friedlichen Ackerpferde jetzt zu kriegerischen Leistungen herangezogen wurden, ritt der eine auf einem ausrangierten Kavalleriesattel, der andre auf der Decke ohne Steigbügel, der dritte auch wohl auf dem nackten Pferde; da wurde auch in der ersten Zeit ebensoviel unter den Pferden als auf den Pferden exerziert. Bismarck hielt auf seinem großen Goldsack auf der Mitte des Platzes und tummelte in der Erinnerung an seine alte Dienstzeit bei den Schützen und den Manen lustig

sein Völkchen in Waffen. Wie die Schönhausener Bürgertwehr ihren Beruf zur Verteidigung der Volksfreiheit auffaßte, das drückte der Ackerbürger Schilling aus, als er in einer Pause während des Exercierens aus der Front vorritt und den Befehlshaber salutierend anredete: „Herr Deichhauptmann, nu führen Sie uns man druf, wir wollen mal ein Ende machen mit dem Berliner Schwindel!“

In Berlin trat allmählich der erwartete Umschwung ein. Als das Ministerium Pfuel sich den Forderungen der Nationalversammlung immer nachgiebiger zeigte, wurde dasselbe zum Rücktritt veranlaßt und dem General Grafen Brandenburg, einem nahen Verwandten des königlichen Hauses, die Bildung eines neuen Ministeriums übertragen, dessen bedeutendstes Mitglied der Minister des Innern Freiherr Otto von Manteuffel wurde. Gleichzeitig wurde die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg verfügt, um sie dem Einflusse des Berliner Volkstreibens zu entziehen. Nur eine geringe Anzahl von Mitgliedern fügte sich der Anordnung, die Mehrzahl setzte im Widerspruch mit dem königlichen Willen ihre Beratungen fort, wurde aus verschiedenen Lokalen durch Einschreiten des Militärs vertrieben und vermaß sich endlich zu dem Versuche, mit dem Beschluß der Steuerverweigerung die Brandfackel in das Land zu schleudern. Die Nationalversammlung hatte aber längst den Boden im Volke verloren; der Beschluß der Steuerverweigerung wurde im Lande gleichgültig aufgenommen und hatte keine Folgen. In Berlin rückte Wrangel mit den aus Schleswig zurückgekehrten Garden ein und schreckte die Berliner durch seine bekannten Reden: „Die Kugeln sind im Lauf, die Schwerter haarscharf geschliffen; — wie gefällt euch das, Berliner?“ — Die Erklärung des Belagerungszustandes und die Entwaffnung der Bürgerwehr machte den Straßenszenen ein Ende. Da sich in Brandenburg eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten nicht zusammenfand, so wurde die Nationalversammlung aufgelöst und von der Regierung selbst eine Verfassung verkündigt, welche einer neu zu wählenden Volksvertretung von zwei Kammern zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden sollte. Die Verfassung lehnte sich in allen Hauptpunkten an den in der Nationalversammlung vorherberatene Entwurf an und hatte auch die wichtigsten Bestimmungen des deutschen Volksparlamentes zu Frankfurt a. M. über die Grundrechte mit aufgenommen. Durch die Einführung der Wahlen mittels Wahlmänner anstatt der früheren Urwahlen war zwar der unmittelbare Einfluß der Demokratie auf die Massen gebrochen; dennoch war die demokratische Partei damals noch die einzige, welche geschlossen im Felde stand, während die andern teils, wie die Liberalen, beiseite geschoben, teils, wie die Konservativen, noch in der Bildung begriffen waren. Von allen Seiten rüstete man sich zu ernstern Wahlkämpfen.

Bismarck glaubte der Regierung jetzt am meisten nützen zu können, wenn es ihm gelang, als Abgeordneter in die Zweite Kammer gewählt zu werden. Die meisten Aussichten für eine Wahl boten sich ihm in dem Wahlbezirke des Westhavellandes (Zauche-Welzig-Brandenburg), wo er durch den Rittergutsbesitzer von Stechow auf Kozen bei Rathenow empfohlen war. Bismarck erschien selbst in verschiedenen Wahlversammlungen, um seine Ansichten darzulegen.

Eine solche Versammlung von 32 Wahlmännern fand zu Rathenow in dem Gewächshause des Bölkeschen Gartens vor dem Thore statt. Dort unter den heimischen und tropischen Pflanzen, welche die Wände des Gartenhauses schmückten, saßen die Rathenower Wahlmänner an dem langen, mit einigen Öllampen besetzten Tische und pflogen Rat, wem sie ihre Stimmen bei der bevorstehenden Abgeordnetenwahl in Brandenburg geben sollten, ob „Hochhammer“ oder „Bismarck“ ihre Lösung in dem Wahlkampfe heißen sollte. Bismarck selbst hatte mitten unter ihnen an der langen Seite des Tisches Platz genommen und erhob sich auf die an ihn gerichtete Aufforderung, um die Gesichtspunkte, unter denen er die Aufgabe des Abgeordneten betrachtete, darzulegen. Er sprach nicht ganz fließend, sondern setzte öfters an, als suche er nach dem treffendsten Ausdruck für die ihn bewegenden Gedanken, aber man fühlte, daß er aus seiner innersten Überzeugung sprach. Seine Rede war frei von allen blumenreichen Wendungen und allein auf den Eindruck berechnet, welchen die Wahrheit auf jeden unbefangenen Hörer macht.

Wer während Bismarcks Rede seine Aufmerksamkeit auf das Glasfenster in einer Seitenthür des Gartenhauses gerichtet hätte, der würde bemerkt haben, wie ein kleiner Vorhang dort vor- und zurückgeschoben wurde und zwei neugierige Gesichter aus dem Nebenzimmer guckten. Es war das ehrliche Gesicht des Wirtes und Gärtners Karl Bölke und das eines gewissen Heidepriem aus Schollehne. Letzterer war im Genthiner Bezirk Wahlmann und hatte hier eigentlich nichts zu schaffen, er handelte mit Holz und Stroh und verstand sich gut auf das Geschäft; jetzt reiste er in der höheren Politik und sein gerötetes Gesicht leuchtete zwischen den Zweigen der hohen Topfgewächse hindurch wie der Vollmond zwischen Blütensträuchern.

„Wat, Bölke!“ redete er seinen Nachbar am Glasfenster an, „den Bismarck wollt Ihr wählen? Der steckt ja so tief in Schulden, ich sage Ihnen, er kann kaum jappen!“

„Lassen S' gut sind, Heidepriem“, sagte Bölke, „der Mann ist nicht schlecht.“

„Bölke“, sagte Heidepriem, „Ihr laßt Euch von dem Junker den Kopf verkeilen; ich sage Ihnen, der will sich durch sein Schwadronieren man bloß retten.“

„Schweigen S' still!“ sagte Bölke; „ich will hören, was er red't.“

„Meine Herren“, sagte Bismarck, in seiner Rede fortfahrend, „jeder, der es aufrichtig mit dem Vaterlande meint, der muß jetzt die Regierung auf dem von ihr eingeschlagenen Wege unterstützen, um die Revolution, die uns alle bedroht, zu bekämpfen. Sie würden vielleicht besser thun, wenn Sie einen aus Ihrer Mitte wählten, etwa einen von den Herren Fabrikanten oder Kaufleuten, der Ihre Verhältnisse kennt und das Interesse seiner Vaterstadt besser vertreten würde, als ich es vermag. Wenn Sie einen solchen finden, der zugleich unabhängig und unparteiisch genug ist, um die



Bismarck als Wahlkandidat.

Sache des Landes über jedes andre Interesse zu stellen, und dem seine Privatverhältnisse erlauben, ihr in diesem Augenblicke seine ganze Thätigkeit zu widmen, dann trete ich zurück.“ — —

„Glauben Sie's ihm nicht, Völke!“ sagte Heidepriem; „es ist nicht sein Ernst, damit will er Ihnen bloß fangen.“

„Schweigen S' still!“ sagte Völke; „ich will hören, was er red't.“

„Wenn Sie aber in der Kammer einen Vertreter wünschen“, fuhr Bismarck fort, „der fest entschlossen ist, die Sache des Vaterlandes zu seiner eignen zu machen, ihr mit redlichem Willen, vollem Herzen und ganzen Kräften zu dienen, und dessen nächstes Streben darauf gerichtet sein wird, die alten Bande des Vertrauens zwischen der Krone und dem Volke wieder

feſter zu knüpfen, damit Geſetz und Ordnung walten, der Wohlſtand und daß gemeinſchaftliche Intereſſe aller friedlichen Bürger gefördert werden, dann richten Sie Ihr Auge auf mich. Das ſind meine Anſichten; wenn Sie mit mir einverſtanden ſind, bitte ich um Ihre Stimme.“

„Haben Sie's nu gehört, was es vor 'n Feudaler iſt?“ ſagte Heidepriem.

„Laſſen S' gut ſind“, ſagte Bölke, „der Poſchhammer iſt mir viel fataler.“

„Ihr verſteht Euch nicht auf die Politik, Bölke“, ſagte Heidepriem und wollte fortfahren, ſie ihm klar zu machen, da öffnete ſich plötzlich die Thür und vor dem kleinen Strohhändler aus Schollehne ſtand die mächtige Geſtalt des Deichhauptmanns von Schönhaufen. Biſmarck war, nachdem er geendet hatte, auf dem nächſten Wege — d. h. über den Tiſch fortſteigend, weil der ſchmale Seitengang durch Blumen und Wahlmänner geſperrt war — auf die Thür zugeſchritten, um aus dem Nebenzimmer Hut und Überrock zu holen, und ſtand beim Anblick des ihm wohlbekanntes Händlers ebenſo verwundert wie die beiden andern über das plötzliche Dazwiſchentreten Biſmarcks.

„Poß Wetter, Heidepriem, wo kommt Ihr her? ſeid Ihr etwa auch Wahlmann?“ fragte Biſmarck.

„Ja, warum ſoll ich denn nicht, (Herr von) Biſmarck? Ich bin Wahlmann im Genthiner Bezirk“, erwiderte jener; dabei verſchluckte er das „Herr von“ zur Hälfte, ſo daß nur Biſmarck es hören konnte, Bölke nicht.

„Nun, wen werdet Ihr dort wählen?“

„Ja, det will ich Ihnen genau ſeggen, keinen Biſmarck wählen wir nicht; denn wenn ich von Biſmarcken höre, denn gruſelt mir die Gut.“

„Heidepriem, Ihr ſeid nicht klug!“

„Ja, wer weiß, wer von uns beide der klügſte iſt, (Herr von) Biſmarck!“

„Freilich, das ſoll ſich noch zeigen“, lachte Biſmarck; — „was koſtet der Zentner Stroh bei Euch, Heidepriem?“ Er hörte aber nicht mehr die Antwort, denn Bölke hatte mittlerweile Biſmarcks gelben Überzieher vom Wandnagel gelaugt und war beim Anziehen behilflich geweſen. Mit verbindlichem Gruße empfahl ſich Biſmarck den Wahlmännern und beſtieg ſeinen draußen haltenden Kutfchwagen zur Rückfahrt nach Schönhaufen.

„Das iſt unſer Mann“, ſagten die Rathenower, und Heidepriem konnte noch denſelben Abend nach Genthin berichten, daß von den 32 Rathenower Wahlmännern 31 Stimmen für Biſmarck, eine für Poſchhammer wären.

Die Stimmen der 31 Rathenower fielen bei der in Brandenburg ſtattfindenden Abgeordnetenwahl ſchwer ins Gewicht. Mit geringer Majorität wurde Biſmarck für den Wahlbezirk Weſthavelland als Abgeordneter zur Zweiten Kammer gewählt, welche am 26. Februar 1849 zu Berlin eröffnet wurde.



Auf der Tribüne.

### Achtes Kapitel. Im Strom der Zeit.

Dampf in dir, o Kaiserwiege!  
Gärt der Keim der Bürgerkriege,  
Tausend Jungen  
Sind gedungen,  
Tausend Speere sind geschwungen,  
Fieberträumend liegst du da,  
Schüttle dich, Germania!  
Moriz Graf Strachwitz.

Die Zusammensetzung der neu gewählten beiden Kammern, welche am 26. Februar 1849 im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin eröffnet wurden, zeigte noch die Schwankungen der Volksstimmung nach der vorherrschenden Zeitströmung. Während in der Ersten Kammer in Folge des eingeführten Wahlverfahrens hauptsächlich der ansässige Grundadel, die wohlhabenden Industriellen und die höhere Beamtenwelt vertreten waren, hatten an der Bildung der Zweiten alle Parteien Anteil, von den Schildträgern des alten Preußentums, Graf Arnim-Bohlenburg, von Bodelschwingh, Graf Renard, von Kleist-Regow und dem Abgeordneten für Brandenburg, von Bismarck-Schönhausen, bis zu den Steuerverweigerern auf der äußersten Linken, von Unruh, Waldeck, Temme, d'Estér, Jakobi u. s. w., die bei ihrem Eintritt in das Schloß von den Volkshäufen auf dem Platze mit Zurufen begrüßt wurden. Zur Zeit aber führte die ernste Lage des Vaterlandes Konservative und Liberale noch auf eine Seite zusammen zur Bekämpfung

der noch immer drohenden Revolution. Beide Parteien erklärten, die Verfassung vom 5. Dezember als rechtsgültiges Grundgesetz anzuerkennen und an dem Grundsatz der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern festzuhalten. Die demokratische Linke dagegen betrachtete mit Mißtrauen die verliehene Verfassung und bezeichnete dieselbe als ein Danaergefchenk. Bismarck fand als Führer der Konservativen wieder oft Gelegenheit zu mutigem Hervortreten, und er that es in seiner tapferen angreifenden Kampfweise, durch die er oft den Zorn der Gegner herausforderte.

Einen stürmischen Ausbruch der Entrüstung rief er hervor, als er bei der Verhandlung über den Antrag auf eine neue Amnestie die Barrikadenkämpfer der Märznacht „Rebellen“ nannte und vor einer zu häufigen Wiederholung des Begnadigungsaktes warnte, weil sie der Regierung als Schwäche ausgelegt würde und die Rechtsbegriffe im Volke verwirre. Alle seine Reden hatten etwas Geharnischtes und ließen als letzten Beweisgrund den Appell an das Schwert durchklingen. Er bezeichnete auch die Kämpfe der Zeit als einen Prinzipienstreit, der sich nicht vermitteln ließe. „Über diese Prinzipien“ — sagte er — „wird nicht durch parlamentarische Debatten entschieden; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen.“

Als die demokratische Linke für die Aufhebung des Belagerungszustandes wirkte, der sie in der Ausführung ihrer Pläne hindern mochte, erinnerte Bismarck auf der Tribüne an die Kundgebungen, welche erst kurz vorher bei einem Bankett zur Feier des 18. März stattgefunden, und bezeichnete ziemlich deutlich gewisse Abgeordnete, welche dabei die deutsche Marschallaise angestimmt hätten: „Wir färben echt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut!“ — Trotz der heftigen Erbitterung, welche diese rücksichtslosen Angriffe des „freiheitsfeindlichen Junkers“ hervorriefen, konnten seine Gegner doch nicht umhin, seine vornehme und überlegene Kampfweise anzuerkennen. Wo Bismarck mit ihnen auf neutralem Boden zusammentraf, beobachtete er stets die höflichsten gefälligen Formen, und der Abgeordnete d'Estier, welcher sich durch jene Anspielung besonders getroffen fühlte, bot ihm einst im Foyer der Zweiten Kammer zum Dank für seine Höflichkeit einen Kartellvertrag an; wenn die Linke ans Ruder käme, so wolle sie Bismarck das Leben lassen, dagegen möge auch Bismarck einen von der Linken bezeichnen, den er schonen würde, wenn er zur Herrschaft käme. Bismarck entgegnete: „Nein, höflich bis zur letzten Sprosse der Leiter — aber gehenkt wird doch! Auf das Kartell kann ich mich übrigens nicht einlassen, weil es ungleich ist, denn es ist unwahrscheinlich, daß Ihre Partei jemals ans Ruder kommt. Sollte dies dennoch eintreten, so wird es so unerträglich auf der Welt zugehen, daß ich

keinen Wert darauf legen werde, weiter zu leben.“ D’Ester gab ihm darauf die Versicherung, daß er wenigstens ein aufrichtiger Aristokrat sei und daß er nicht mittels eines plebejischen hanfenen Strickes, sondern mittels einer seidenen Schnur gehenkt werden solle.

Bismarcks Thätigkeit war in jener Zeit sehr angespannt und sein Leben fast ganz von Politik erfüllt. Während er an den Kammeritzungen teilnahm und aufmerksam den Reden der Vincke, Parisius, Waldeck u. a. folgte, entwarf er mit leichter Hand auf einem Papierstreifen irgend einen kurzen Artikel, der haarscharf den Standpunkt der Parteien oder die augenblickliche Lage kennzeichnete und den er beim Vorübergehen im Redaktionsbüro der Kreuzzeitung abgab, vielleicht noch mit einem kurzen ironischen Zusatz, der ihm unterwegs eingefallen war. Er stand in Verbindung mit den hervorragendsten Mitgliedern der Regierung, arbeitete in den Kommissionen der Kammer, erschien regelmäßig in den Fraktionsitzungen und verkehrte auch des Abends gern in dem Lokale, wo die Konservativen und einzelne Mitglieder des Vaterländischen Vereins beim Grünthaler Bier ihren Stammsitz hatten und Politik trieben (Schwarz, später Lamm, Ecke der Leipziger und Friedrichstraße).

Wenn er spät abends in seine Wohnung zurückkehrte, dann besorgte er noch bis tief in die Nacht seinen ausgedehnten Briefwechsel, teils mit seinen Freunden über Staatsangelegenheiten, teils mit Gemahlin und Schwester über die harmlosesten Dinge, als ob es in der Welt kein höheres Interesse für ihn gäbe außer den Fragen, wie der Kaps in Schönhäusen stünde oder z. B. wie die „dicken Hänse“ der Frau von Arnim heranwüchsen.

Die Demokraten einer gewissen Richtung machten sich’s damals zur Aufgabe, mißliebige Abgeordnete von der Rechten auf allen Wegen und Schritten durch Leute von niedriger Gesinnung beobachten zu lassen, um dann gelegentlich in einer Kammerrede Nutzenwendung davon zu ziehen. Schon im Sommer 1848 ward Bismarck auf seinem Nachhausewege von solchem Nachtgespenste verfolgt. Es entging ihm nicht, daß ihm mehrere Abende nacheinander ein hagerer, schlecht gekleideter Bursche Schritt für Schritt auf der Straße folgte. Bismarck war allein, es war spät in der Nacht und die Straße leer. Auf dem Gendarmenmarkt, nahe der Französischen Kirche, angekommen, blieb Bismarck plötzlich stehen, griff in seine Brusttasche, zog ein Instrument hervor, das im Schein der Laterne wie eine Waffe blinkte, und hielt es zielend dem Unheimlichen entgegen. Man weiß, daß dergleichen Nachtgestalten den Knall von Schußwaffen nicht hören können; was Bismarck in der Hand hielt, war indessen kein Pistol, sondern ein gewöhnlicher Genickfänger, den er als Taschenmesser bei sich trug. Kaum aber hatte der Unheimliche die Handbewegung bemerkt und noch dazu

ein verdächtiges Knacken, so verschwand er schleunigst hinter einer Straßenecke und — ward nicht mehr gesehen.

Noch ein andres kleines Abenteuer wird uns ungefähr aus derselben Zeit berichtet. Aus einer Abendgesellschaft zurückkehrend, trat Bismarck in ein sonst weniger von ihm besuchtes Bierlokal ein, um den Rest seines Durstes zu löschen, und nahm an einem Tische Platz, wo bereits mehrere Gäste aus verschiedenen Ständen saßen. Während er ein Zeitungsblatt durchflog, drang eine sehr ungezogene und unehrerbietige Äußerung zu seinen Ohren, die einer der Anwesenden über ein Mitglied des königlichen Hauses zu machen wagte. Als bald richtete er sich am Tische auf, sah den unverschämten Sprecher scharf an und rief ihm mit fester Stimme zu: „Herr, wenn Sie nicht hinaus sind, bevor ich dieses Seidel Bier ausgetrunken habe, so schlage ich's auf Ihrem Kopf entzwei!“ — Ein allgemeiner Tumult entstand; Bismarck aber trank ruhig sein Bier aus und stieß dann das leere Glas so kräftig auf den harten Schädel des Menschen, daß es klirrend zerprang. Nun nahmen auch die übrigen Gäste Partei gegen den letzteren, und dieser sah plötzlich unter den fortwährenden Rufen: „Hinaus mit ihm! hinaus!“ seinen Kopf von so vielen Bierseideln bedroht, daß er es für geraten hielt, schleunigst die Flucht zu ergreifen. Bismarck bezahlte gelassen das zererschlagene Glas und dessen gegossenen Inhalt und begab sich unbehelligt nach Hause.

Wenden wir uns von diesen kleinen Erlebnissen, die in diese Zeit hinein spielten, zu den ernstern Kämpfen zurück, welche Bismarcks volle Mitwirkung in Anspruch nahmen. Immer dringender wurden die Aufgaben, welche für Preußen aus der deutschen Volksbewegung erwachsen. Schon im Frühjahr 1848 war zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche das aus unbeschränkten Volkswahlen hervorgegangene erste deutsche Parlament eröffnet, welches aus freien Beratungen durch Vereinbarung mit den Regierungen die künftigen Rechtszustände und die Verfassung Deutschlands auf volkstümlicher Grundlage feststellen sollte. Es waren hochbegabte Männer aus allen Gauen Deutschlands erschienen, zum Teil solche, die bereits ihre ganze Vergangenheit dem jetzt von allen angestrebten Ziele gewidmet und den Traum ihrer Jugend jetzt mit männlicher Begeisterung in das Leben zu übertragen hofften. Unter ihnen fanden sich Männer, welche bereits als Geschichtsschreiber, Staatsgelehrte und Dichter, oder als freimütige Vorkämpfer deutscher Volksrechte einen guten Klang hatten, wie Dahlmann, Drohsen, Raumer, Gervinus, Welcker, Arndt, Uhland, Jakob Grimm, Heinrich von Gagern, Beckerath, Mathy, von Radowiz, Fürst Lychnowski. Daneben freilich auch solche, deren Wahl die aufgeregte Zeitstimmung erkennen ließ, Männer der Verneinung und des Umsturzes aller gesellschaftlichen Ordnung. Während ein freies und einiges Deutschland allen als Ziel vorschwebte, gingen die

Ansichten über dessen Lebensgestaltung weit auseinander. Über die erste Schwierigkeit, die Einsetzung einer provisorischen Vollziehungsgewalt, kam man auf den Vorschlag des Präsidenten von Gagern durch Berufung eines Reichsverwesers in der Person des volksbeliebten Erzherzogs Johann von Österreich mit einem verantwortlichen Reichsministerium schnell hinweg. Unter Glockengeläute und Kanonendonner zog der Schattenkaiser in die alte Kur- und Reichsstadt ein, und die Bundesversammlung schied aus dem Turn und Taxisschen Palaste. Aber nur zu bald erwies sich der „kühne Griff“ des Präsidenten als ein Mißgriff. Über die Landesherren mit souveräner Gewalt, die ohnehin nur mit Widerstreben einen Teil ihrer Hoheitsrechte zum Opfer brachten, über den Beherrscher einer Großmacht von 20 Millionen hatte man einen Fürsten gesetzt ohne Land und ohne Heer, dessen Volksbeliebtheit sich allein auf einen Toast bei einem Festmahle gründete, von dem es zweifelhaft bleibt, ob er ihn jemals gesprochen. Es war in der That eine gewagte Forderung des Frankfurter Parlaments, eine Forderung, die wie Hohn klang, daß die Armee, an deren Schöpfung die größten Regenten Preußens ihre ganze Kraft gewandt hatten und auf welcher die Größe des Staates beruhte, einem Reichsverweser, der ein habsburgischer Erzherzog war, hulldigen solle. So sehr hatte man alle historischen Überlieferungen, alle praktischen Gesichtspunkte aus dem Auge verloren.

Anstatt rüstige Hand an das Verfassungswerk zu legen, ging nun das Parlament mit deutscher Gründlichkeit an eine langwierige Beratung der Grundrechte aller Deutschen. Das Volk, welches sich bereits im thatfächlichen Besitze ausgedehnter Freiheiten befand, fühlte sich dadurch in Langeweile und Ungeduld versetzt. Als endlich das Parlament an seine schwerste Aufgabe, das deutsche Verfassungswerk, herantrat, war unter dem Eindrucke der blutigen Straßenkämpfe in Frankfurt und Wien der Rausch der ersten Begeisterung geschwunden und nüchterne Parteibestrebungen traten in den Vordergrund.

Die Frage über die Stellung Österreichs zum neuen Reiche vermehrte die Zersplitterung. Es war gewiß ein schmerzlicher Gedanke für die Männer, welche das Reich in seiner alten Größe wieder aufzurichten wünschten, daß das mächtige Österreich, „an Siegen und an Ehren reich“, in dem neuen Deutschland keinen Platz finden sollte. Aber Österreich zögerte, sich über seine Stellung zur deutschen Frage klar auszusprechen, und der Ausspruch Besseraths, daß „das Warten auf Österreich das Sterben der deutschen Einheit“ sei, brach der Überzeugung Bahn, daß ein gesundes, freies Volksleben in dem neuen deutschen Bundesstaate nur erblühen könne, wenn Österreich mit seinen vielfach nichtdeutschen Interessen ausgeschlossen würde. Die einsichtsvollsten Mitglieder unter Leitung des an die Spitze des Reichsministeriums berufenen Heinrich von Gagern wirkten daher für die Bildung

eines engeren Bundesstaates unter einem erblichen deutschen Kaisertum und im unauflösliehen Bunde mit Österreich. Die Partei der „Großdeutschen“ unter v. Schmerlings Führung wollte dagegen von einem Ausscheiden der Deutsch-Österreicher aus dem Deutschen Reiche selbst nichts hören und sah den dargebotenen weiteren Bund nur als „die Bruderhand zum Abschied“ an. Auch der größte Teil der Süddeutschen sträubte sich gegen die Unterordnung unter ein Kaisertum der Hohenzollern, und die Ultramontanen erblickten darin eine Gefahr für die katholische Kirche in Deutschland. Die vorgeschrittene Linke endlich verwarf ganz die Idee eines erblichen Kaisertums, weil sie dem von ihr verkündeten Grundsatz von der Volksoberhoheit widersprach; sie hoffte, daß die Fürsten vor der Revolution das Feld räumen würden und daß die Idee der Republik den Sieg davontragen würde.

So standen die verschiedensten Ansichten einander unvermittelt gegenüber, und als endlich nach langen Beratungen dennoch eine Reichsverfassung in der Paulskirche zustande kam, war sie nicht mehr die gesunde Frucht des schöpferischen Volksgeistes, sondern das Ergebnis langwieriger Parteiverhandlungen, gleichsam ein weiter Mantel, in dessen Falten jede Partei ihre Lieblingsideen zu bergen suchte.

An den Beratungen über den Verfassungsentwurf im Parlament hatte man den deutschen Regierungen keine Teilnahme gestattet. Die deutsche Nationalversammlung beriet die Verfassung selbständig, auf dem ausgesprochenen Grundsätze der Volkssouveränität fußend, und erwartete demnächst von den Regierungen die rückhaltlose Annahme. Sie unterschätzte die Macht, welche diese bestehenden Obrigkeiten noch in ihren Ländern besaßen, und überzeugte sich zu spät von dem begangenen Fehler. Die Welfen und Wittelsbacher wollten ebensowenig von einer Unterordnung unter das Kaisertum der Hohenzollern wissen, als der sächsische und fränkische Stamm dem preußischen Volke den Vorrang zuerkennen mochten.

Die österreichische Regierung hing noch an der nebelhaften Idee eines großen mitteleuropäischen Reichs, in welchem die verschiedenen Nationen des Kaiserstaats gleichberechtigt neben den deutschen Volksstämmen Platz finden sollten, und widersezte sich lebhaft der Bildung eines einheitlichen Zentralstaats innerhalb der Grenzen des alten Bundes.

Preußen hatte schon im Februar namens 28 deutscher Regierungen an die Frankfurter Nationalversammlung eine Denkschrift gerichtet, worin es sich zwar beifällig zu dem Entwurf äußerte, jedoch seine Bedenken gegen die Beschränkung der fürstlichen Hoheitsrechte in den Einzelstaaten und insbesondere gegen das nur aufschiebende Einspruchsrecht des Reichsoberhauptes betonte. Auf diese Bedenken war indessen bei der Fortsetzung der Beratungen keinerlei Rücksicht genommen worden. In bezug auf die ihm zugedachte

Kaiserkrone hatte Friedrich Wilhelm IV. sich mehrmals abwehrend ausgesprochen. So sagte er z. B. (am 27. November 1848) in einer längeren Audienz zum Präsidenten Heinrich von Gagern: „Das Haus Habsburg steht voran, und ich bin persönlich nicht geeignet, bin kein Friedrich I. noch ein Friedrich II. Wenn Österreich ausschiede, so würde Deutschland ein geteiltes und gemindertes sein, und ich mag nicht nach Herstellung des Kaisertums der erste Kaiser sein, der eine verstümmelte Krone trüge.“

Vergebens beschwor (9. März 1849) der alte Arndt in der Weise eines alttestamentlichen Propheten den König: „Ja, erhabenster König und Herr, groß ist die Gefahr des Augenblicks, aber herrlich ist auch der Preis, der dem Mute winkt. Dir bleibt kein Mittel mehr; wage, voll und ganz deutsch zu sein; wage, Retter und Halter des deutschen Vaterlandes zu werden; wage, alle seine Gefahren zu teilen, zu nehmen und zu übernehmen; wage, ganz mit dem Vaterlande zu stehen, und Du wirst stehen und bestehen.“

In herzlichster Sprache erwiderte ihm der König, bestritt in seinem Antwortschreiben aber der Nationalversammlung das Recht, eine Krone zu geben. „Wo ist der Antrag“, fragte er, „der diese Männer berechtigt, über die rechtmäßigen Obrigkeiten, denen sie geschworen, einen Kaiser und König zu setzen? Wo ist der Rat der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach tausendjährigem Herkommen dem heiligen Reiche seinen König kürt und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt?“

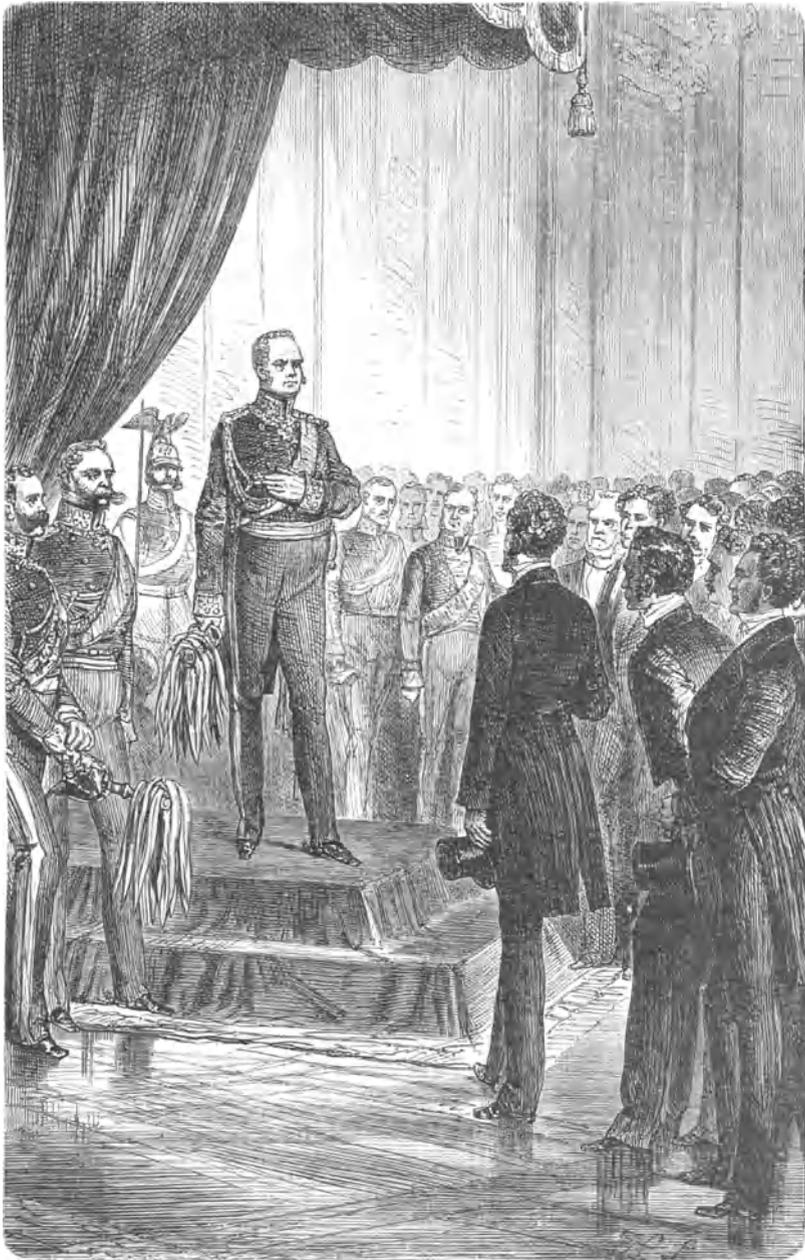
Unterdessen nahmen die Beratungen in Frankfurt ihren Fortgang, und Österreich verkündete seinerseits eine Verfassung am 4. März 1849, durch welche alle seine Kronlande zu einem einzigen Gesamtstaate vereinigt wurden. Diese That machte Österreichs Eintritt in das neue Deutsche Reich geradezu unmöglich, und auf Welkers Antrieb einigten sich die liberalen Parteien zu dem Beschlusse, die Reichsverfassung anzunehmen und die erbliche deutsche Kaiserwürde an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zu übertragen. Die Österreicher sowie ein großer Teil der bayrischen Abgeordneten und die Ultramontanen enthielten sich der Abstimmung.

Eine Gesandtschaft von 34 Abgeordneten, welche den Präsidenten Simson und unter andern Arndt, Dahlmann, Friedrich von Raumer zu ihren Mitgliedern zählte, begab sich nach Berlin, um Friedrich Wilhelm IV. im Namen der Volksvertretung der deutschen Nation zur Annahme der Kaiserkrone, des Sinnbildes der wieder erstandenen Macht Deutschlands einzuladen. Sie hofften, daß der Ehrgeiz des preußischen Volkes, eine warme patriotische Kundgebung seitens der in Berlin versammelten beiden Kammern und die allgemeine Begeisterung des Augenblicks auf des Königs Entschließung von Einfluß sein würden. Deputationen aus verschiedenen Landesteilen, aus Braunschweig, Schleswig-Holstein und den Rheinlanden, langten gleichzeitig

mit den Kaiserboten zur Beglückwünschung in der Hauptstadt an. Wohl mögen auch in des Königs Seele bis zum letzten Augenblick die verschiedensten Strömungen gewechselt haben, aber sie vermochten seine Bedenken nicht zu beschwichtigen und ihn nicht in dem Entschlusse wankend zu machen, den er im Glauben an den göttlichen Beruf der Könige und in gewissenhafter Achtung der Rechte seiner deutschen Mitfürsten gefaßt hatte.

Am 3. April wurden die Botschafter aus Frankfurt von König Friedrich Wilhelm IV. im Beisein der sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses, der Minister und des Hofstaates, im Rittersaale des Schlosses empfangen. Der König hieß sie mit der ihm natürlichen Herzlichkeit willkommen, hörte aufmerksam die bewegte Ansprache ihres Führers, des Präsidenten Simson, und erwiderte dann mit klarer, fester Stimme: „Ich erkenne in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, meine Treue und Liebe zum gemeinsamen Vaterlande stützen. Aber ich würde ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und Freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugebachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkünden Sie in allen seinen Gauen: bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue.“

Die Antwort des Königs war somit keine unbedingte Ablehnung, sie machte die Annahme nur von der freien Zustimmung der deutschen Regierungen und von weiteren Verhandlungen mit der Frankfurter Nationalversammlung abhängig. Aber bei den stolzen Hoffnungen, mit denen die Kaiserboten gekommen, war der Eindruck nicht viel anders, als der einer unbedingten Ablehnung hätte sein können. Mit beklommenem Herzen trat die Gesandtschaft ihre Rückreise an, um in Frankfurt Bericht zu erstatten.



Abfehnung der Kaiferkrone am 3. April 1849.

Auch in preußischen Kreisen zeigte sich eine gewisse Verstimmung, welche in bewegten Sitzungen der Kammern lebhaften Ausdruck fand. Am schmerzlichsten war die Enttäuschung auf Seite der Liberalen, welche besorgten, daß Preußen eine glänzende Rolle verscherzt und daß der Strom der deutschen Bewegung abermals für lange Zeit ins Stocken gekommen sein möchte. Nur die Altpreußen auf der Rechten schienen sich zu der größten Frage der Zeit kühl und teilnahmslos zu verhalten. Sie waren offene Gegner der Reichsverfassung, deren wesentlichste Bestimmungen sich nur durch den Bruch mit den altpreußischen Überlieferungen hätten ausführen lassen. Sie kamen hierdurch freilich in den Ruf, als kämpften sie gegen eine übermächtige Zeitströmung, und setzten sich dem Verdachte aus, daß sie kein Herz für die Ehre und Größe des Vaterlandes hätten.

Bismarck gehörte zu den wenigen, die sich offen und rückhaltlos für die Ablehnung der Kaiserkrone aussprachen, „deren Gold — so glänzend sie auch scheinen möchte — erst durch das Einschmelzen der preußischen Königskrone Wahrheit erhalten würde.“ Er nannte die deutschen Kaiserträume einen „phaëthonischen Flug der Politik“, kaum ahnend, daß er selbst berufen war, dereinst mit Fridericianischen Sonnenrossen den Wagen auf der Sonnenbahn zu lenken.

Die preußischen Liberalen machten noch einmal alle Anstrengungen, um die Regierung zu einem erwünschten Entschluß in betreff der Reichsverfassung, den König zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. In der Zweiten Kammer war (am 21. April) von Rodbertus und Genossen ein dringender Antrag auf Anerkennung der Reichsverfassung gestellt worden. Es gab eine stürmische Sitzung. In begeisterter Rede forderte Binde die Minister auf, den Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, in dem die Geschicke ganz Deutschlands in Preußens Hand gelegt wären. Sogleich darauf gab Graf Brandenburg die Erklärung ab, die Einwendungen der Regierung gegen die Verfassung seien in Frankfurt unberücksichtigt geblieben, und deshalb sähe man sich außer Stande, dem Könige die Annahme der Reichsverfassung anzuraten. „Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an“, so schloß er seine denkwürdige Rede, „aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und Strömungen überlassen, sonst wird es niemals den sicheren Hafen erreichen — niemals, niemals, niemals!“ — Es entspann sich noch ein heftiger Kampf über den Antrag, daß die Kammer die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgültig anerkennen möge. Zu den entschiedensten Gegnern dieses Antrags gehörte Bismarck. Er erklärte, daß die Anerkennung durch 28 deutsche Regierungen von keinem Einfluß auf die Entschlüsse Preußens sein dürfte, welches mit seinen 16 Millionen Einwohnern sich nicht durch die fünf Millionen der Kleinstaaten bestimmen

lassen dürfe. Die Verfassung lasse der Krone kaum den dürftigsten Bestand, sie stelle das Prinzip der Volkssouveränität auf und räume dem Könige nur ein suspensives Veto ein. „Glauben Sie nicht, meine Herren“, fragte Bismarck, „daß die Männer des Umsturzes bald mit dem Reichswappen vor den neuen Kaiser treten und zu ihm sagen werden: ‚Glaubst Du, daß Dir der Adler geschenkt sei?‘..... Die Einheit, welche 28 terrorisierte Regierungen wollen, scheint mir nicht diejenige zu sein, welche Preußen anstreben muß. Preußen ist im Stande, dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen Vasall der Herren Simon werde, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibt.“ —

Schließlich wurde doch die Rechtsgültigkeit der Verfassung mit 175 gegen 159 Stimmen beschlossen. Die Gegner der Regierung hofften, mit der Durchsetzung dieses Antrags das Ministerium zum Sturze zu bringen, aber das Ministerium blieb am Ruder, und die Zweite Kammer, welche auf Waldeck's Antrag die Fortdauer des Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärte, wurde (am 27. April) aufgelöst.

Mit dem brandenburgischen „Niemals“ und der unbedingten Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten Preußens war der entscheidende Würfel in der deutschen Frage gefallen. Die Demokratie erklärte offen, daß das Werk, welches mit den Fürsten nicht gelungen sei, jetzt ohne und gegen dieselben durchgesetzt werden müsse. Auch das Frankfurter Parlament machte einen Versuch, das Volk zur bewaffneten Erhebung für die Reichsverfassung aufzurufen, verlor aber dadurch gerade die Teilnahme aller besonnenen Vaterlandsfreunde. Nachdem Preußen seine Abgeordneten abberufen und eine große Anzahl ehrenwerter Mitglieder voll Schmerz über das Scheitern ihrer Hoffnungen ihre Vollmachten niedergelegt hatten, ging das Rumpfparlament nach Stuttgart, um dem Herde der revolutionären Bewegung näher zu sein. Es wurde aber dort infolge seiner revolutionären Beschlüsse durch den freisinnigen württembergischen Minister Römer ausgewiesen. Die letzten Mitglieder jener glänzenden Versammlung, auf der einst die stolzen Hoffnungen des ganzen Deutschland ruhten, endeten in offenem Aufruhr auf den Barrikaden oder als irrende Flüchtlinge auf fremdem Gebiet.

In Dresden, der Pfalz und Baden brachen Aufruhr und Bürgerkrieg aus. Auf verschiedenen Straßen marschierten die preußischen Truppen zur Unterdrückung der Revolution.

Auch in der kleinen Stadt an der Havel, deren 32 Wahlmännerstimmen von so entscheidendem Einfluß auf die Wahl Bismarck's gewesen waren, herrschte ein gewisses Mißvergnügen. Viele ehrliche Männer, welche für die Beurteilung der deutschen Frage eben nur den Gesichtskreis des Rathenower Kirchturmknopfes hatten, verdachten es ihrem Vertreter in

der Zweiten Kammer, daß er gegen die Annahme der Reichsverfassung mit der glänzenden Kaiserkrone gesprochen; andre ließen sich von den demokratischen Tonangebern leiten. Schon auf die falsche Nachricht, daß Bismarck in einer Versammlung in dem Völkischen Lokal, wo er damals seine Wahlrede gehalten hatte, zugegen sei, wurde das Haus von angestifteten Volkshäufen belagert und mit Steinen bombardiert. Einige Tage darauf erschien Bismarck wirklich in Rathenow und legte vor einer größeren Versammlung im Wirtshausjaale von Rose vor dem Berliner Thore (wo sich nachher die Brillenfabrik von Picht befand) in bündiger Rede die Beweggründe für seine Abstimmungen dar. Die meisten Anwesenden fühlten sich auch durch seine Rede überzeugt und spendeten ihm Beifall. Mehrere Bürger näherten sich ihm, um ihm Dank und Anerkennung auszusprechen.

„Nicht wahr, Herr von Bismarck“, fragte der alte Ackerbürger Gärtner, indem er, die Hand militärisch an seine preußische Soldatenmütze legend, mit auswärtiger Beinsetzung an ihn herantrat, „mit die Berliner Demokraten ist wohl schlecht Kirschen essen? Wir haben schon unsre Not, daß wir mit unsre Rathenower fertig werden.“

„Besser Hammer als Amboß!“ versetzte Bismarck, ihm auf die Schulter klopfend; „nur mutig angegriffen, sie werden schon weichen.“

Er ergriff die Thürklinke, da kam der Schornsteinfegermeister Wolf aufgeregt von der Straße und flüsterte ihm ins Ohr: „Herr von Bismarck, gehen Sie nicht hinaus! Sie wollen Ihnen draußen zu Leide gehen.“

„Ei, glauben Sie doch den Bläffern nicht!“ sagte Bismarck und schritt kaltblütig hinaus.

Wirklich hatten sich einige neugierige und böswillige Volkshäufen versammelt und empfingen den Hinausstretenden mit Zischen. Aber Meister Wolf und der Stadtschreiber Noack wichen nicht von seiner Seite und bahnten ihm eine Gasse nach dem „Deutschen Hause“ in der Berliner Straße, wo er sein Absteigequartier genommen hatte. Als aber Bismarck bald darauf wieder hinaustrat und an der Seite des Rittergutsbesizers von Stechow im Wagen Platz nahm, um nach dessen Gute Koken hinauszufahren, hatte der Andrang stark zugenommen. Mehrere Steine flogen über seinen Kopf hinweg, einer auch in den Wagen hinein und verwundete ihn am linken Arm. Im ersten Schmerz und voll Unwillens hob Bismarck den Stein auf, richtete sich in seiner ganzen Gestalt empor und schleuderte das demokratische Geschloß verächtlich unter die Menge zurück, die alsbald nach beiden Seiten Bahn machte.

Bei den Neuwahlen zur Zweiten Kammer wurde Bismarck in demselben Kreise wieder gewählt. In dieser Kammer, für welche die Regierung ein neues Wahlgesetz unter Einteilung der Wähler in drei Steuerklassen

veröffentlicht hatte, behaupteten die Konservativen entschieden das Übergewicht; ihre Hauptaufgabe bestand in der Revision der preußischen Verfassung; auch wendete man die Aufmerksamkeit der deutschen Frage zu.



Volkszene in Rathenow.

An Preußen war es, dem deutschen Volke für das Scheitern der vom Frankfurter Parlament beratenen Reichsverfassung Ersatz zu bieten. Durch Niederwerfung der revolutionären Bewegung in vielen Gegenden Deutschlands suchte Preußen das Vertrauen der Regierungen zu gewinnen; gleichzeitig knüpfte die preußische Regierung Verhandlungen mit den deutschen Mittelstaaten an, um unter Anlehnung an die Frankfurter Beratungen die Grundzüge für die Verfassung eines deutschen Bundesstaats unter preußischer Führung festzustellen. Ein „Dreikönigsbund“ zwischen Preußen, Hannover und Sachsen sollte den Weg dazu bahnen.

Die Bestrebungen Preußens, auf diese Weise den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, fanden auch den Beifall derjenigen Männer, welche früher zu den Gemäßigten im Frankfurter Parlament gehörten. Mehrere frühere Mitglieder des Parlaments fanden sich auf Antrieb Gagerns, Dahlmanns und Mathys im Juni in Gotha zusammen und beschloßen, für die Durchführung der von Preußen dargebotenen Verfassung, welche sie als eine unverbrüchliche Zusage der preußischen Regierung an die deutsche Nation betrachteten, nach Kräften mitzuwirken.

Als Vertreter der preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen legte der geistvolle General von Radowiz den Standpunkt der Regierung vor der Zweiten Kammer in einer glänzenden Rede dar. „Preußen“, so sagte er am Schlusse derselben, „hegt keine selbstsüchtigen Pläne, sondern es erfüllt schwere Pflichten; es will nicht nehmen, sondern geben; es bedarf keiner Hilfe, keiner Stärkung. Preußen will das gute Recht des kleinsten deutschen Staates wahren, aber auch das gute Recht der großen deutschen Nation.“

Der Enthusiasmus, welchen diese Rede in der Kammer erregte, ging weit über die von dem Ministerium gewünschte Wirkung hinaus, da dieses durch die vielen Vorbehalte der sächsischen und hannoverschen Regierung schon schwankend geworden war und das Vertrauen zu seinem eignen Werke verloren hatte.

Bismarck gehörte in der Zweiten Kammer zu den wenigen Gegnern der durch Radowiz vertretenen Einheitsbestrebungen, hauptsächlich weil er besorgte, daß dieselben nur eine Schwächung der preußischen Macht zu gunsten der deutschen Kleinstaaten und des Reichstags zur Folge haben würden. Auch zweifelte er an dem ernstern Willen der Regierung, ihre Pläne gegen den offenen Widerspruch Oesterreichs durchzuführen. Deshalb sprach er sich auch gegen den Camphaufenschen Antrag aus. Wider die Behauptung, daß schon Friedrich der Große mit seinem Fürstebunde ähnliche Zwecke verfolgt habe wie die gegenwärtige Unionsverfassung, sagte Bismarck (6. September): „Ich glaube vielmehr, Friedrich II. hätte sich an die hervorragendsten Eigentümlichkeiten preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr gewandt, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unsrer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seine Reize für ein preußisches Ohr nicht verloren hat. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Oesterreich, anzuschließen, um den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten, oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Rechte, womit er Schlesien eroberte, den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Eine solche Politik hätte Preußen

in Gemeinschaft mit Osterreich oder für sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt“ . . . . . „Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben“, so schloß Bismarck seine Rede; „ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier verweht sein wird wie ein dürres Herbstblatt.“

Es ist erklärlich, daß der kriegerische Klang dieser Rede den sanftmütigen Gothaern ein gewisses Grauen verursachte. Bismarck saß wieder auf dem Schlachtrosse. In seinen Reden klangen bereits, wie das Schmettern der Kriegstrommete, die Thaten voraus, mit welchen er selbst die Einheitsbewegung später zum Ziele führen sollte. Die Liberalen aber hörten nur eine gründliche Mißachtung der treibenden Ideen im Volke heraus; sie sahen in Bismarck nur die unbildsame, heißspornige Natur eines im beschränkten Ideenkreise aufgewachsenen märkischen Junkers und gaben ihn für das deutsche Volk verloren; ja der Abgeordnete Beckerath sagte am folgenden Tage in der Kammer mit Anspielung auf Bismarck unter dem heiteren Beifall der Linken: „Wo viel Licht ist, da ist viel Schatten; das große deutsche Vaterland muß auch einen verlorenen Sohn haben.“ Bismarck aber erklärte, der Vergleich passe nicht auf ihn, denn der verlorene Sohn habe sein Vaterhaus verlassen, um anderswo sein Glück zu suchen, er aber wolle sein Vaterhaus, Preußen, gerade nicht verlassen.

Bald mußte die preußische Regierung die Erfahrung machen, daß die Regierungen der andern Staaten sich nur so lange ihrer Führung anvertrauen wollten, als sie ihres Schutzes gegen die revolutionäre Bewegung bedurften. Schon am 4. Oktober schrieb Bismarck (an den Stadtverordnetenvorsteher Meus zu Rathenow): „In der deutschen Sache sagen sich Sachsen und namentlich Hannover mit wachsender Entschiedenheit von dem Dreikönigsbunde los, und unsre Regierung steht noch zögernd mitten inne zwischen dem Wunsche, den einmal durch Herrn von Radowitschen Einfluß betretenen Weg ohne offenen Widerspruch zu verlassen, und zwischen dem Bedürfnis, eine neue Centralgewalt für die Angelegenheiten von ganz Deutschland hergestellt zu sehen“ . . . . . Ehe noch die Wahlen zu dem ersten Reichstage angeordnet werden konnten, hatten Hannover und Sachsen unter Vorwänden ihren Rücktritt vom Dreikönigsbunde erklärt. Nur mit einer Anzahl kleiner Staaten hielt Preußen die Union aufrecht.

Für den 31. Januar 1850 wurden die Wahlen zum Volkshause anberaumt, als dessen Versammlungsort Erfurt bestimmt war. Auf eine Anfrage aus Rathenow erklärte sich Bismarck sehr gern bereit, eine Wahl

anzunehmen; „denn es scheint mir gerade dort sehr notwendig“, schrieb er, „daß Preußen, welches die einzige gesunde und kräftige Grundlage einer engeren Einigung Deutschlands bilden kann, dort gegen die auflösenden Angriffe der sogenannten Großdeutschen und Frankfurter verteidigt werde. Wir laufen dort Gefahr, die erheblichsten Opfer an unsrer Macht und namentlich an unsrer Steuerkraft zu bringen, ohne etwas andres als eine Verminderung unsrer Selbständigkeit zu gunsten der kleinen Staaten zu erreichen.“

Am 20. März wurde das Unionsparlament in Erfurt eröffnet. Das war ein sehr verschiedenes Bild von dem in der Paulskirche, welches die Herren auf den schwarzrotgoldenen Sitzen im Schiffe der Augustinerkirche boten. Die Partei der ehemaligen Linken in Frankfurt, der Vogt, Simon u. s. w., fehlte ganz; dafür sah man jetzt auf der äußersten Rechten auch die Männer der preußischen Kreuzzeitung, die Stahl, von Gerlach und neben diesen die Kleist-Regow, Bismarck-Schönhausen u. s. w. tagen. Den Hauptsaß des Programms dieser Partei sprach der Abgeordnete Stahl (am 8. April) im Volkshause am treffendsten mit den Worten aus: „Darum ist unsre Lösung nicht: Bundesstaat um jeden Preis, sondern: Unversehrtheit der preußischen Krone um jeden Preis!“ Wie sehr auch der Abgeordnete für Brandenburg von diesem Grundsatz ausging, geht daraus hervor, daß er am 24. April dieselben Worte auf ein Albumblatt für Professor Stahl schrieb. Die überwiegende Mehrheit in der Versammlung hatte jene kleine Schar freimütiger Vaterlandsfreunde unter Führung von Gagern, Beckerath, Simson, Mathy u. a., welche trotz aller Trübungen des Einigungswerks dennoch die mühevollen Bestrebungen der preußischen Regierung unterstützten, um aus den Stürmen der Bewegungsjahre wenigstens einen Keim zu künftiger Entwicklung zu retten. Aber was war es für ein deutscher Reichstag, an welchem außer Preußen nur eine Anzahl deutscher Kleinstaaten teilnahmen, und in dem der große bayrische, der schwäbische und sächsische Volksstamm fast gar nicht vertreten waren!

Die Eröffnung erfolgte mit einer begeisterungsvollen Rede des preußischen Regierungsbevollmächtigten von Radowiz. „Deutschland“, sagte er, „darf und muß fordern, daß ein wahrhaftes Gesamtwesen seine einzelnen Staaten umschließe, seine einzelnen Glieder zu einem lebendigen Körper verbinde. — Einmal erweckt, ist der Geist nicht wieder zu bannen, er kann zeitweise schlummern, aber er wird immer wieder erwachen. Die nationale Bewegung kann rückläufig werden, aber, die rückläufige Bewegung ist nur scheinbar, sie gehört einer geschlossenen Kurve an, sie muß wieder rechtläufig werden, sie muß ihre Bahn von der Sonnenferne wieder hinlenken zur Sonnennähe, so gewiß es ein höheres Gesetz im Leben der Nationen gibt!“

Was mochte bei solchen Worten des geistreichen Vertreters der Unionsidee wohl der künftige Schöpfer der wirklichen Einheit Deutschlands empfinden? — Alle Einheitsbestrebungen des Generals Radowiz und seiner Anhänger im Unionsparlament ohne den Nachdruck einer reellen Macht deuteten ihm ein leeres Schattengreifen. Er behauptete, daß die Parteien zu dieser Verfassung bald stehen würden wie in einer Lafontaineschen Fabel zwei Ärzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen; der eine sagt: „Er ist tot, ich habe es gleich gesagt“; der andre: „Hätte er meinen Rat befolgt, so würde er noch leben.“

Die preußische Regierung zögerte selbst, den Verfassungsentwurf in seiner ursprünglichen Vorlage durchzuführen, und erwartete vom Reichstage Abänderungen. Dennoch wurden die Vorlagen fast unverändert angenommen, und am 29. April wurde der Reichstag, der damit seine Arbeiten beendet hatte, geschlossen.

Schon bei dem nachher in Berlin tagenden Fürstenkongresse zeigte sich die Abneigung mehrerer Regierungen, der preußischen Führung bei dem Unionswerke bis an die äußerste Grenze zu folgen. Dann aber trat auch Österreich, nachdem es die aufgestandenen Nationalitäten im eignen Reiche mit russischer Hilfe gewaltsam unterworfen hatte, unter Zustimmung der deutschen Mittelstaaten, immer feindseliger gegen die preußischen Unionspläne auf. Der Minister Fürst Schwarzenberg erließ in Gemeinschaft mit andern deutschen Regierungen eine Einladung zur Wiedereröffnung des Bundestags auf den 1. September 1849.

Wieder hatte die deutsche Nation zwei Häupter, ein Fürstenkollegium zu Erfurt unter Preußens, einen Bundestag zu Frankfurt unter Österreichs Leitung. Die deutsche Frage drohte zu einer Machtfrage zwischen Preußen und Österreich anzuwachsen, aber die begeisterte Teilnahme des Volkes war weder im österreichischen Heerlager, wo man für die verrotteten Satzungen des unvolkstümlichen Deutschen Bundes stritt, noch im preußischen, welches statt Deutschlands Einheit und Freiheit nur die Union auf seine Fahnen schrieb.

Der Gegensatz der beiden Mächte schärfte sich durch ihre verschiedene Stellung in den kurhessischen Verfassungswirren und in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. König Friedrich Wilhelm IV., der an den Überlieferungen der heiligen Allianz festhielt und einem Kriege mit Österreich abgeneigt war, rief den Kaiser Nikolaus von Rußland zum Schiedsrichter an. Dieser aber sah in den preußischen Unionsbestrebungen nur eine Nachwirkung der Revolution, zu deren Bekämpfung er sich in ganz Europa berufen glaubte. Von Kaiser Nikolaus berichtete man damals den Ausspruch: „Auf dem Schlachtfelde, wo sich Österreicher und Preußen gegenüberstehen, erscheine ich mit meiner Armee und stelle sie zwischen beide. Ich will doch einmal

sehen, ob ich nicht im stande bin, eine veritable ‚querelle allemande‘ zu verhindern.“ Ähnlich mag sich der Kaiser zu Warschau gegen den Leiter der preußischen Politik, Grafen Brandenburg, ausgesprochen haben; denn dieser kehrte erschüttert und krank nach Berlin zurück, wo er wenige Tage darauf (6. November) starb, noch in seinen Fieberphantasien zur Verteidigung des Vaterlandes rüstend. Sein Nachfolger, der neue Ministerpräsident Freiherr von Manteuffel, übernahm zugleich das auswärtige Ministerium und trat die verhängnisvolle Reise nach Olmütz zur Begegnung mit dem österreichischen Minister Fürsten Schwarzenberg an. Die ganze preußische Armee wurde aufgeboten, um den Rückzug der preußischen Politik zu decken. Am 21. November schloß man die Übereinkunft zu Olmütz, nach welcher Preußen der Bundesexekution in Hessen und Holstein teils freien Lauf ließ, teils sich anschloß, die Union aufgab und die Ordnung der deutschen Verfassungsangelegenheit den noch vor Ablauf des Jahres in Dresden zusammentretenden Konferenzen von Bevollmächtigten aller deutschen Staaten unter Österreichs Vorsitz anheimgab. Das Ergebnis dieser Ministerberatungen war die Wiedererweckung des Deutschen Bundes.

Was Bismarck vorhergesehen, war eingetroffen. Die Etappe von Erfurt mußte entweder nach Olmütz oder auf das Schlachtfeld führen. Aber der Name „Olmütz“ wurde seitdem das gemeinschaftliche Stichwort für alle Gegner des Ministeriums Manteuffel. Nichts ist diesem „Ministerium der rettenden That“ so schwer verdacht worden, als jene Übereinkunft, durch welche das vaterländische Ehrgefühl sich auf das tiefste gekränkt fühlte.

Während der Krisis, kurz vor Eröffnung der Kammern, die am 21. November erfolgte, wurde Bismarck nach Berlin berufen und zu einer Unterredung mit dem Kriegsminister von Strotha eingeladen. Letzterer bat ihn, dort zu bleiben, um die regierungsfreundlichen Abgeordneten zu empfangen und ihnen auseinander zu setzen, daß die militärische Lage Preußens einen Aufschub der Feindseligkeiten erfordere, da man den Österreichern, die seit Jahr und Tag vorbereitet gewesen, nur zwischen Elbe und Oder eine unzulängliche Macht entgegenstellen könnte, so daß Berlin wahrscheinlich im ersten Anlauf genommen würde. In diesem Sinne sprach sich Bismarck gegen den damaligen Leiter der Regierungspartei, Justizrat Geppert, und später gegen mehrere andre Abgeordnete aus. Ohne jenen Auftrag würde seine Thätigkeit, auch auf der Tribüne, vielleicht eine andre gewesen sein.

Es war eine schwere Aufgabe für Bismarck, das Ministerium gegen die Angriffe in der Zweiten Kammer in Schutz zu nehmen. Er übernahm sie in dem Gefühl, daß die Regierung gerade jetzt, nachdem der verhängnisvolle Schritt gethan war, der Unterstützung gegen ihre Feinde bedürfe, um das Ansehen des Staates nach außen wieder zu heben. Die Rede, welche

Bismarck in dieser Sache (3. Dezember 1850) in der Zweiten Kammer hielt, hob die Gemeinsamkeit der österreichischen und preußischen Interessen zur Bekämpfung der Revolution hervor; sie wurde aber vielfach so gedeutet, als ob er die Olmücker Punktationen gebilligt und der Unterordnung Preußens unter Österreich sowie der Herstellung des Bundestags das Wort geredet habe. In dieser Eindrücke war noch nicht vermischt, als Bismarck sich zwölf Jahre später an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen sah.

Drei Jahre vergeblicher Hoffnungen für die Wiederbelebung deutscher Macht und Einheit waren seit den Märztagen des Jahres 1848 im Strome der Zeit dahingegangen, und für Bismarck war diese Zeit reich an Lehren gewesen. Er hatte auf verschiedenen parlamentarischen Fechtböden alle Parteien kennen gelernt, mit denen er später zu rechnen haben sollte, von den Altliberalen und den sogenannten Revolutionären in Glacehandschuhen bis zu den roten Sozialdemokraten, den Männern mit der schwierigen Faust; von den aufklärungslüsternen Freigeistern bis zu den Aposteln der neu-preußischen Doktrin und den starren Ultramontanen in der Knechtschaft Roms. Und mitten unter allen stand er, der preußische Junker, „ein verlorener Sohn des großen Vaterlandes“, wie Beckerath ihn genannt, von allen Seiten verfeimt, aber nicht zuwartend und leidend, sondern trutzig, wehrkräftig und schlagfertig. Alle Mißgriffe der preußischen Politik seit dem Zusammentreten des ersten Vereinigten Landtags, das Scheitern der deutschen Einheitsbestrebungen, die Schmach von Olmütz, die Kläglichkeit der nun beginnenden Reaktionsperiode wurden der sogenannten Junkerpartei zugeschoben, aber mit unerschrockenem Mute erwiderte Bismarck auf die immer wiederkehrenden Angriffe in der Zweiten Kammer: „Ich bin stolz darauf, ein preußischer Junker zu sein, und fühle mich durch diese Benennung geehrt. Die Whigs und Tories waren auch Ausdrücke, die ursprünglich etwas Geringschätziges bedeuteten, und seien Sie versichert, wir werden unsrerseits auch noch den Namen des Junkertums zu Ehren und Ansehen bringen.“

Bismarck hatte unter den Kämpfen der Zeit auch in der deutschen Einheitsidee das edle Metall von den Schlacken unterscheiden gelernt; er hatte erkannt, daß ein großes vaterländisches Ziel nicht mit glänzenden Reden und Kammermajoritäten erreicht werden könne, sondern daß dazu vor allem der thatkräftige Wille und der Nachdruck einer reellen Macht nötig sei. Darum wünschte er, zuerst sein engeres Vaterland groß und mächtig zu wissen durch die Eintracht zwischen König und Volk und durch ein starkes, waffenberechtigtes Heer, um durch Preußen das gesamte Deutschland zu Macht und Ansehen erhoben zu sehen.

Zu der Zeit, als über dem Grabe deutscher Hoffnungen der alte Bund wieder aufgerichtet wurde, brauchte König Friedrich Wilhelm IV. als Vertreter

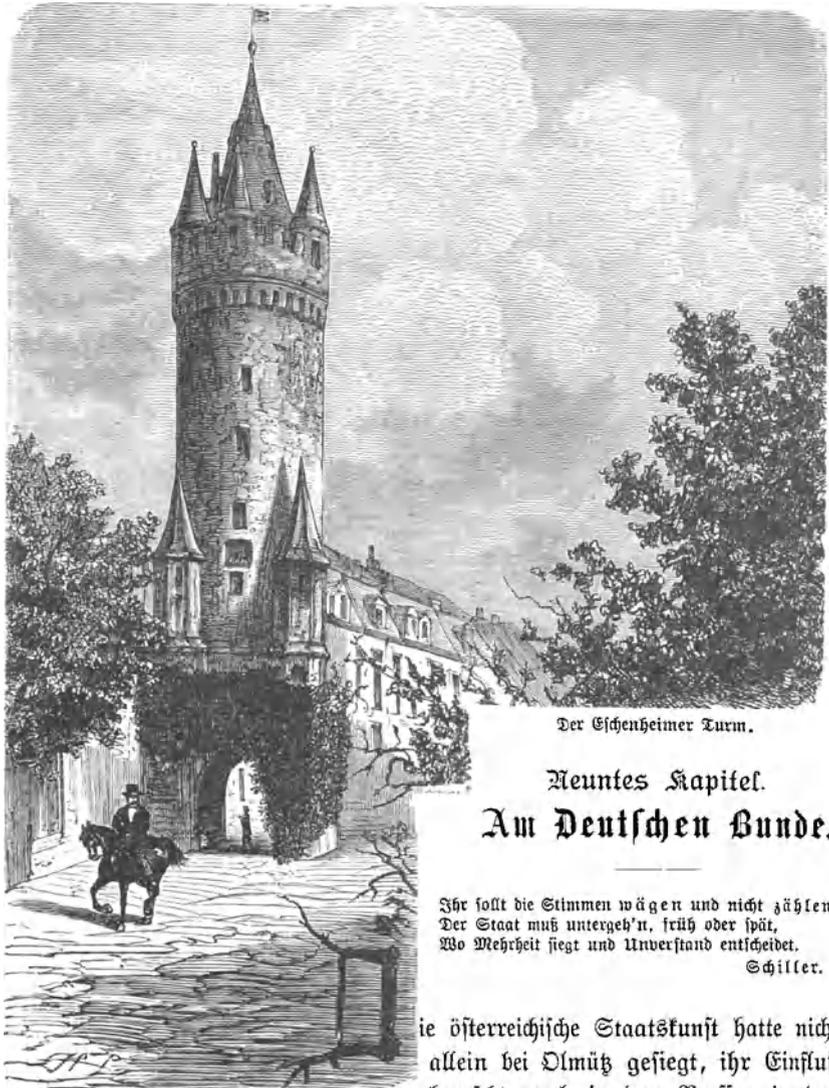
Preußens am Bundestage zu Frankfurt a. M. einen Mann, der vor dem Gefährhute, den auf dem hinfalligen Baugerüste des Deutschen Bundes Habsburg von neuem gepflanzt hatte, bedeckten Hauptes und mutigen Herzens vorüberschreiten konnte, ohne den Zorn des Hauses Osterreich gegen Preußen von neuem auslodern zu machen. Der König hatte in letzter Zeit öfters das Auge auf Bismarck geworfen und ihn mit politischen Aufträgen betraut, durch deren geschickte Ausführung er sein besonderes Vertrauen erworben. So kam Friedrich Wilhelm IV. jetzt zu dem Entschlusse, Bismarck den wichtigsten Gesandtschaftsposten in Frankfurt a. M. zu übergeben.

Die Nachricht davon traf Bismarck völlig unerwartet, als er sich während der Vertagung des Landtags in den Osterferien zu Reinfeld aufhielt. Er erwog die großen Schwierigkeiten, welche diese Stellung für ihn haben mußte, aber je mehr er überlegte, desto mehr reizte ihn die Rolle. Zum erstenmal konnte er dort an hervorragender Stelle seinem Throne und Vaterlande in einem größeren Wirkungskreise seine Dienste widmen, zum erstenmal der schlichte Landadelmann mit keinem andern Orden, als dem einfachen Zeichen der Rettungsmedaille auf der Brust, unter all den besternten und behänderten Exzellenzen im Thurn und Taxisschen Palaste den Namen des preußischen Junkers in der That zu Ehren bringen. Er ging zum Landtage nach Berlin zurück, besuchte den Minister von Manteuffel und erfuhr von diesem, daß der König ihn zu sprechen wünsche.

In Sanssouci war der König in seinem Arbeitszimmer; die sorglose Heiterkeit, die er stets seiner Umgebung im geselligen Zirkel zeigte, war verschwunden, wenn der Ernst seines königlichen Berufs an ihn herantrat. Wie hatte seine Regierung seit ihrem glänzenden Sonnenaufgange doch so schmerzliche Trübungen erfahren. Es war dem Könige daher wie eine wahre Erquickung, als er in das offene männliche Gesicht des treuen Vorkämpfers seiner Krone, von Bismarck, sah. Auf den ersten Bericht Manteuffels, daß Bismarck bereit sei, die Ernennung anzunehmen, hatte der König den Eindruck empfungen, daß letzterer sich doch sehr rasch entschlossen habe. Er fragte ihn daher, ob er auch die große Wichtigkeit dieser Stellung gehörig erwogen habe; er bewundere seinen Mut. Bismarck erwiderte, des Königs Mut, ihn zu ernennen, sei größer als der seinige anzunehmen. „Euer Majestät können es ja mit mir versuchen“, fügte er mit freimütiger Bescheidenheit hinzu; „geht es nicht, so ist es ja leicht, die Ernennung rückgängig zu machen.“

Es lag in dem Tone dieser Worte ein so entschlossener Mut, eine so feste Zuversicht, daß der König fast erstaut war. Mit wohlwollender Miene sagte er: „Versuchen Sie es mit Gott!“





Der Eschenheimer Turm.

Neuntes Kapitel.  
**Am Deutschen Bunde.**

Ihr sollt die Stimmen wägen und nicht zählen,  
 Der Staat muß untergeh'n, früh oder spät,  
 Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.  
 Schiller.

Die österreichische Staatskunst hatte nicht allein bei Olmütz gesiegt, ihr Einfluß herrschte auch in der Presse, in den Kabinetten der kleinen Fürsten und vorzugsweise an dem neubelebten Bundestage vor. In allen tonangebenden Zirkeln der deutschen Bundeshauptstadt — in den Salons der Diplomatie wie in den Kreisen der Frankfurter Geldaristokratie — war Osterreich durch die angenehmsten Persönlichkeiten vertreten und der österreichische Hock im allgemeinen lieber gesehen als der preußische. Daß lebenslustige Frankfurt zollte Beifall und Bewunderung dem österreichischen Feldmarschalleutnant, der mit seinen ungarischen Suckern in

offener Chaise, einen Mohren vorn auf dem Bocke, einen Groom hinten auf dem Bedientenbrette, durch die Gassen fuhr und zutrauliche Grüße nach den Erkerfenstern rechts und links hinauffandte; es sah jedoch vornehm auf den preußischen General herab, der kein höheres Interesse kannte, als den Dienst seines Königs und Herrn, und nannte ihn achselzuckend einen „ehrenwerten Mann“. Ganz Frankfurt war schwarzgelb, von dem Wappen über dem Bundespalais bis zu den Kotillonschleifen der Damen.

In dieses Frankfurt trat (Mai 1851) Otto von Bismarck, zunächst als Rat bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft, mit nur wenigen dürftigen Instruktionen, die er von dem bisherigen Gesandten, Generalleutnant von Rochow, empfing. Bismarck bewohnte während der ersten Zeit seines Frankfurter Aufenthalts (seit 23. Mai 1851) gemeinschaftlich mit dem Gesandtschaftsattaché Grafen zu Lynar die Wohnung im ersten Stocke des Hauses Hochstraße 45, welches dem landgräflich hessischen Hofrat Dr. F. W. Pauli gehörte. Nachdem seine Anstellung als Bundestagsgesandter definitiv geworden, nahm er eine größere Wohnung in dem Hause des Herrn Seufferheld (Große Gallusstraße 19), die er zu Ende September mit seiner inzwischen nachgekommenen Gemahlin zunächst bezog.

Bismarck benutzte die Zeit sehr bis zu seiner wirklichen Ernennung, um aus eigener Anschauung den Boden für seine künftige Thätigkeit kennen zu lernen. Er wohnte den offiziellen Vorträgen im Hause seines Vorgesetzten, des Herrn von Rochow, bei und arbeitete in dessen Auftrage viele umfangreiche Schriftstücke aus, auch vertrat er öfters den preußischen Gesandten am Hofe zu Darmstadt und in Wiesbaden. Zugleich knüpfte er auf Anweisung des Ministers von Manteuffel, der ihn mit Leitung der neugebildeten Pressestation in Frankfurt betraute, Beziehungen zu dortigen Zeitungsorganen an, um sie für die Erörterung politischer Handelsfragen zu benutzen. Auch nahm er an diplomatischen Gesellschaften und Festlichkeiten teil, z. B. an dem Galadiner zum Geburtstage des Kaisers von Oesterreich, „wo für 20 000 Thaler Uniformen goldbeladen am Tische saßen.“

Mit einem „Gemisch von Wehmut und altkluger Weisheit“ sah Bismarck von Frankfurt aus die Stätten wieder, wo er in den Tagen ungebundener, gärender Jugendzeit geweilt hatte. „Möchte es doch Gott gefallen“, schrieb er (3. Juli 1851) an seine Gemahlin, „mit Seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner 21jähriger Jugend nutzlos verbrauchte und schale Reigen zurückließ. Wo und wie mögen † und Miß †† jetzt leben? wie viele sind begraben, mit denen ich damals liebte, bedachte und würfelte; wie hat meine Weltanschauung in den 14 Jahren seitdem doch so viele Wandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die richtige Gestaltung hielt, und

wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien; wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserm inneren Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und wertlos welken, bis wieder 14 Jahre vorüber sind, bis 1866, wenn wir's erleben! Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt, und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann“ ....



Eintritt in das Bundespalais.

Um diese Zeit trat Bismarck auch in nähere Berührung mit dem Prinzen von Preußen, welcher als Militärgouverneur zu Truppenbesichtigungen öfters an den Rhein durch Frankfurt kam. Am 11. Juli 1851 empfing der Prinz auf dem Bahnhofe zu Frankfurt die Bundestagsgesandtschaft sowie die höheren Offiziere. Da erregte seine Aufmerksamkeit der junge Legationsrat in der Uniform eines Landwehrlieutnants, welcher ihm vom General von Rochow als dessen mutmaßlicher Nachfolger vorgestellt wurde. Der Prinz unterhielt sich sehr wohlwollend mit Bismarck, zeichnete ihn auch später durch Einladungen zu Soireen und zum Theater aus. In vertrauten Gesprächen äußerte er gegen Bismarck seine Ansichten über die Wege der preussischen Politik und die Stärkung der preussischen Wehrkraft; Preußen müsse der Zukunft besser gerüstet entgegengehen, als es in den Tagen von

Ulmüz der Fall gewesen, damit es im Räte der Großmächte wieder seine Stimme mit Nachdruck geltend machen könne. Wir wissen, wie sehr diese Gedanken aus Bismarcks Seele gesprochen waren und wie ernstlich bestrebt er war, denselben auch praktische Geltung zu verschaffen. Als der Prinz später nach Frankfurt kam, pflegte er auch gern die Einladung des preußischen Bundestagsgesandten zum Diner in dessen Hause anzunehmen. Einmal geriet Herr von Bismarck aus solcher Veranlassung in Rivalität mit dem Baron von Rothschild, welcher gleichfalls nach der Ehre verlangte, den Prinzen an seiner Tafel bewirten zu dürfen. Der Prinz hatte ihm auf seine Einladung erwidert, das möge er mit Bismarck abmachen: er äße ebenso gern bei ihm als bei diesem. Rothschild verlangte nun, Bismarck solle ihm Seine Königliche Hoheit abtreten, er könne ja dann bei ihm mitessen, eine Zumutung, auf die Bismarck natürlich nicht einging. Da hatte Rothschild die Naivität, ihm ein Kompromiß vorzuschlagen: sein (Rothschilds) Diner solle zu Bismarck ins Haus gebracht werden, er (Rothschild) äße ja doch nicht mit — er aß nämlich nur Kosheres. Auch hierauf erklärte Bismarck, nicht eingehen zu können, und der Frankfurter Geldfürst sah sich genötigt, vor dem jungen Diplomaten den Rückzug anzutreten.

Einer der ersten Besuche des neu ernannten Bundestagsgesandten galt dem ehemaligen leitenden Minister Osterreichs, dem Fürsten Metternich auf Schloß Johannisberg. Es war eine denkwürdige Begegnung: dort der Altmeister einer hinfällig gewordenen Staatskunst, welcher durch sein künstliches System länger als 30 Jahre hindurch einen Zustand des Friedens in den österreichischen Staaten erhalten hatte, hier ein hoffnungsvoller Anfänger, der, frei von aller systematischen Staatsweisheit, sich nur auf seine eignen Anschauungen stützte und die alleinige Richtschnur für sein Handeln aus seiner Vaterlandsliebe entnahm; dort der unter Jahren, Erfahrungen und Täuschungen gebeugte Greis — hier der rüstige märkische Mann voll Zuversicht, Schöpfungsdrang und Thatkraft. Die beiden standen sich gegenüber wie Vergangenheit und Zukunft. Zwischen ihnen in hohen Römern perlte der Wein, der vor langen Jahren an diesen Berghängen gereift war, klar wie der Nibelungen Gold, und die Erdfeuergeister, die mit Äther und Sonne den edlen Saft gebraut, horchten heimlich, wenn die Römer zusammenklangen: noch eine solche Reihe von Jahren und welche Reden werden dann hier schallen, wenn derselbe Wein die Herzen labt! —

Bei dem ersten Besuche brachte Bismarck drei Tage auf Schloß Johannisberg zu. Einige Zeit nachher fragte ihn Graf Thun: „Was haben Sie mit dem alten Herrn angestellt? er ist ganz entzückt von Ihnen.“ Bismarck antwortete: „Das Geheimnis ist sehr einfach; ich habe drei Tage

lang mit dem Ausdruck der Intelligenz zugehört.“ Fürst Metternich erzählte nämlich sehr gern, am liebsten seine Erinnerungen aus der französischen Revolution, während welcher er in Straßburg studierte und seinen Hofmeister daselbst zu den Jakobinern übergehen sah.

Wenn Metternich, der gegen Preußen stets rücksichtsvoll aufgetreten war, noch das österreichische Staatswesen geleitet hätte, dann wäre ein freundschaftliches Zusammengehen Preußens mit Österreich, wie Friedrich Wilhelm IV. es wünschte und wie es auch Bismarcks Neigungen entsprach, wohl denkbar gewesen. Der Mann aber, welcher jetzt die österreichischen Staatsgeschäfte leitete, Fürst Schwarzenberg, hatte es unverhohlen als sein Programm ausgesprochen, Preußen erst zu erniedrigen, dann zu vernichten.

Den Regierungen der kleinen Staaten lebte die Rolle, welche Preußen in den Bewegungsjahren zugebracht war, noch in frischem Gedächtnis. Mit Mißtrauen betrachteten die Vertreter der kleinen Staaten den preußischen Bundestagsgesandten. Bismarck dachte es nach den ersten Eindrücken, die er im Thurn und Taxisschen Palaste empfing, als ob er in das Haus der Capulet getreten und überall von einer geheimen Verschwörung umgeben sei, deren Fäden in dem Bureau des österreichischen Bundespräsidialgesandten, des Grafen Thun-Hohenstein, zusammenliefen. Aber er war mit scharfem Auge gekommen, um zu erkennen, woher durch offenes oder heimliches Ubelwollen etwa seiner Regierung und seinem Lande Gefahr drohe. Niemals duldete er eine Zurücksetzung, am wenigsten da, wo er als Vertreter seines Staates handelte. Schon in den ersten Sitzungen des Militärausschusses befandete Bismarck seinen ernstlichen Willen, sich keinerlei, wenn auch nur formelle Zurücksetzungen irgend welcher Art gefallen zu lassen. Der österreichische Gesandte, welcher im Bundespalais selbst wohnte, pflegte mit brennender Zigarre aus seiner Wohnung in das zu ebener Erde gelegene Vortragszimmer herabzukommen, während der frühere preußische Gesandte, General von Rochow, sich in der Sitzung den Genuß des Rauchens verweigerte. Nachdem Bismarck erkundet hatte, daß das alles gewohnheitsrechtens sei, brachte auch er eine Zigarre mit, und es rauchten nun die beiden Präsidialmächte. Sei es, daß er über diese Frage der Würde nach München berichtet, sei es, daß er sich mit Graf Thun benommen hatte — genug, der bayrische Gesandte, obgleich des Rauchens unkundig, zog in der nächsten Sitzung eine ungewöhnlich blonde Zigarre hervor, schlug sich klirrend Feuer und rauchte, jedoch nur so lange, bis eine bemerkenswerte Veränderung seiner Gesichtsfarbe unüberwindlich hervortrat. In der nächsten Sitzung folgte Hannover seinem Beispiel, nach und nach die andern Königreiche, so daß zuletzt der ganze Ausschuß sich der Havana erfreute.

„Viel Rauch und wenig Feuer!“ — das wäre die passende Devise für die meisten Verhandlungen am Bundestage gewesen. Unter den Kleinstaatsmännern der alten Schule übte man noch die treue Befolgung des Talleyrandschen Ausspruchs, daß die Sprache den Diplomaten gegeben sei, um ihre Gedanken zu verbergen; es galt für Staatsweisheit, unklare Ziele in vieldeutige Worte zu verhüllen oder mit vielen Worten nichts zu sagen. Bismarck dagegen faßte stets feste Gesichtspunkte ins Auge, er wußte für die rechte Sache das rechte Wort in die Welt zu schicken und betrachtete das Wort nur als den sicheren Vorboten der energischen That. Er rechnete nicht bloß mit Zahlen, sondern mit wirklichen Größen, und warf die Stimme Preußens mit einem solchen Gewicht in die Waagschale, daß den kleinen Größen am Bundestage gewisse Bedenken in betreff ihrer eignen Wichtigkeit aufsteigen mußten.

„Es ist“, schrieb Bismarck während einer Bundestagsitzung an seine Schwester, Frau von Arnim, „eine sehr achtungswürdige, aber wenig unterhaltende Tafelrunde, die mich hier an einem grün behangenen, etwa 20 Fuß im Durchmesser haltenden, kreisrunden Tische, im Parterre des Taxisschen Palais, mit Aussicht auf Garten, umgibt. Der durchschnittliche Schlag ist etwa von \* und \*\* in Berlin, die haben ganz bundestäglichen pli!“ . . . und während er an dieser Tafelrunde dem „ganz unglaublich langweiligen Vortrage eines hochgeschätzten Kollegen über die anarchistischen Zustände von Ober-Lippe“ folgte, ließ er seinem Humor auf dem Briefbogen freien Zügel, bis der Redner seinen Vortrag geendet und Bismarck seinen Brief mit den Worten schloß: „Endlich hat Darmstadt zu lesen aufgehört und ich stürze gerührt in Deine Arme und wünsche Dir ein frohes Fest.“

Während Bismarck im Thurn und Taxisschen Hause die ersten kleinen Scharmützel bestand, richtete seine Gemahlin ihm die eigne Häuslichkeit so angenehm wie möglich ein. Er hatte eine an der Bockenheimer Landstraße gelegene Villa von Rothschild gemietet, welche einst dem Reichsverweser Erzherzog Johann als Residenz gedient hatte. Mitten unter blühenden Gärten schien dieses Heim, das die liebenswürdige Gattin so angenehm als möglich zu gestalten wußte, wohl geeignet, die schweren Berufsorgen zeitweilig zu zerstreuen. Hier empfing Bismarck die Besuche näherer Bekannter aus den Kreisen der Gesandtschaft, auch die höheren Offiziere der Frankfurter Garnison, und hier entfaltete er jene ihm so eigne Liebenswürdigkeit, deren Zauber um so mächtiger, je weniger berechnet sie erscheint, und je unmittelbarer sie der innersten Natur als Eingebung des Augenblicks entfließt. Wer nach einem Gesellschaftsabend das Bismarcksche Haus verließ, nahm etwas von jenem heiteren Frieden mit, der an einem gesegneten Herde waltet. Aber auch der Hausherr selbst empfand den Segen, der auf

seinem Hause lag. Seine Familie bestand damals aus einer Tochter, Marie Elisabeth Johanne, geboren am 21. August 1848 zu Schönhäusen, und einem Sohne, Nikolaus Heinrich Ferdinand Herbert, geboren am 28. Dezember 1849 zu Berlin. Im zweiten Jahre seines Frankfurter Aufenthaltes beschenkte ihn seine Gemahlin mit einem zweiten Sohne, am 1. August 1852, der nach seinem Vaten, unserm vereinigten großen Kaiser,



Gesellschaftsabend bei Bismarcks.

den Namen Wilhelm Otto Albrecht erhielt. In diesem Familienkreise fand Bismarck von den schweren Mühen und Sorgen seines Amtes die ihm nötige Erholung, oft gewürzt durch anregende Zerstreuung bunter Gesellschaft, wie sie nur ein gastfreies Haus zu schaffen vermag.

Wenn aber die Gäste sich verabschiedet hatten, dann zog sich der Hausherr in sein Arbeitskabinett zurück und arbeitete noch stundenlang an der

Abfassung von Berichten mit einer Klarheit, als ob er während des ganzen Abends sich mit nichts anderm beschäftigt hätte. So zog der Morgen über den nächtlichen Anstrengungen herauf. Halb angekleidet, suchte er auf seinem Lager kurze Ruhe, und oft, wenn ihm die Glieder noch schwer waren, ließ er satteln, um einen meilenweiten Erholungsrüttel in die Umgebung der Stadt zu unternehmen oder seine Bekannten zu einer Jagdpartie abzuholen.

Es wird für alle Zeiten bewundernswert bleiben, mit welcher unerschöpflichen Arbeitskraft und Pflichtliebe sich Bismarck von Anfang der staatsmännischen Laufbahn in Frankfurt an den schweren Anforderungen seines hohen Berufs hingegeben hat. Die vor einigen Jahren durch Ritter von Poschinger veröffentlichten schriftlichen Leistungen aus Bismarcks Frankfurter Thätigkeit regen bei jedem unbefangenen Leser die Frage an, ob wir mehr die unermüdbliche Arbeitsstüchtigkeit, mehr die feine Beobachtungsgabe für Menschen und Dinge, mehr die geschickte Darstellung und meisterhafte Bewältigung des Stoffes, mehr die folgerichtige Schlußziehung rühmen sollen. Überall aber treffen wir denselben Grundzug begeisterter Liebe zum preussischen Vaterlande und wahrhaft deutscher Gesinnung, verhätigt durch jene meisterhafte Staatskunst, welche, je nach Umständen, bald mit kluger Mäßigung, bald mit entschiedener Haltung ihre Sache zum Siege führt. Es sind viele Hundert Dokumente, welche vier starke Bände füllen, meist eigenhändige Berichte, teils unmittelbare Eingaben an den König, teils und in der Hauptsache Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten.

Die Gesamtheit dieser zahlreichen Schriftstücke gibt uns ein treues Bild fast der ganzen europäischen Politik während des sechsten Jahrzehnts. In lebendigen Zügen entrollt sich hier das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen am Bundestage vor unsern Blicken, und wir erkennen deutlich die Antriebe, aus welchen Bismarck, der in der Verehrung vor der oesterreichischen Staatskunst auferzogen war, nach kurzer Frist sich gedrängt sah, seine Jugendillusionen aufzugeben.

Er mußte bereits in der ersten Zeit seines Frankfurter Aufenthalts tief empfinden, wie die Staatslenker des oesterreichischen Kaiserreichs das frühere Einnehmen mit Preußen während der Zeit des Bundestags, je mehr sie es noch im Munde führten, doch thatsächlich um so ärger niedertraten. Mit der scharfen Beobachtung und unerschütterlichen Ruhe eines Naturforschers lernte Bismarck die weitverschlungenen Fäden des Intrigenspiels kennen, womit sich Oesterreich in der Beherrschung des gesamten nichtpreussischen Deutschlands zu behaupten wußte.

Er nahm alsbald wahr, daß die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, im Schreck vor der Revolution und vor der Gefahr, einen Teil

ihrer Oberherrlichkeit an Preußen zu verlieren, sich an Österreich anlehnten. Die Familienbeziehungen der angesehensten Geschlechter in Süd- und Mitteldeutschland fand er mit Österreichs Interesse eng verknüpft. Die Söhne standen im kaiserlichen Dienste, welcher für ein mäßiges Fortkommen nur ein geringes Maß von Anstrengungen und Kenntnissen voraussetzte.

Wo aber Beziehungen solcher Art fehlten, setzte Österreich alle Mittel in Bewegung, um sie zu schaffen; es belohnte seine Freunde mit derselben Konsequenz, womit es denen, die ihm im Interesse ihres eignen Landes widerstanden, zu schaden suchte. So wurde z. B. der nassauische Gesandte durch schlechte Behandlung seiner in Österreich dienenden Söhne, später der württembergische Gesandte durch nachhaltige Beschwerden in Stuttgart zur Unterwerfung gebracht.

Dem Wiener Kabinette standen alle jene Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche verfügen, unter anderm auch die Presse der Ultramontanen, welche lediglich für Österreich kämpfte. Fast noch bedeutender war der Einfluß, den sich dieser Staat für Geld bei den sonstigen Zeitungsorganen geschaffen hatte. Es galt dieser Presse, Österreich als den ausschließlichen Vertreter deutscher Einheit und deutscher Interessen darzustellen. In allen Tonarten suchte sie auszuführen, wie nur Österreich allein die Macht und die Berufung habe, den gesunden und besseren Teil der Gedanken, die während der Revolutionszeit das Volk bewegten, ins Leben zu führen, wozu sich Österreich lediglich des Bundes als verfassungsmäßigen Werkzeuges bediene.

Weiterhin stand den Bestrebungen Österreichs in ganz Deutschland, besonders aber im Süden und Westen, die Stimmung der Mehrheit unter den Geldmännern zur Seite, welche vielfach Vorteil von Österreich zogen oder von dessen Zollpolitik erwarteten. Aus der Bekanntschaft mit Frankfurter Geldinstituten, welchen die österreichischen Zinszahlungen anvertraut waren, erlah Wismarck, wie weit diese Grundlage österreichischer Sympathien reichte, da insbesondere die Verwalter so mancher fürstlichen Privatvermögen aus dem hohen österreichischen Zinsfuß einen Beweggrund zu Geldanlagen in Metalliques oder in der österreichischen Nationalanleihe entnommen hatten.

Des hier, nach Wismarcks eignen Andeutungen, geschilderten weitreichenden Einflusses sich wohl bewußt, suchte denn Österreich die Gesetze des Bundes nach den Bedürfnissen seiner eignen Politik auszulegen, und die Regierungen der kleinen Staaten, deren Vertrauen auf die Thatkraft Preußens seit dem Vertrage von Olmütz bedeutend abgenommen hatte, folgten aus ehrfurchtsvoller Überlieferung, oft gegen Neigung und Interesse ihrer Länder, der österreichischen Führung.

Hierauf fußend, hatte nun Oesterreichs Vertreter, Graf Thun-Hohenstein, sein Auftreten am Bundestage eingerichtet. Ihm entgegen trat Bismarck allein, gestützt auf seine warme und wahre Liebe zu Deutschland, aber fest entschlossen, dem preußischen Ansehen in keinem Punkte etwas zu vergeben.

Es war zunächst die geschäftliche Behandlung der Sachen, bei welcher Bismarck allen im österreichischen Interesse versuchten Übergriffen des Präsidiums schonungslos entgegentrat. Leider mußte er von vornherein die Erfahrung machen, daß der österreichische Vertreter nicht mehr der früher im alten Bundestag gepflogenen Sitte folgen mochte, nach welcher die beiden Großmächte etwaige Keime der Uneinigkeit jemalig vor einer öffentlichen Verhandlung am Bundestage durch Verständigung untereinander thunlichst beseitigt hatten. Allerdings gab es einzelne Fragen, worin beide Hauptstaaten dasselbe Ziel verfolgten, z. B. die Regelung der Verhältnisse in Schleswig-Holstein, welche im Jahre 1852 durch den bekannten Londoner Vertrag ihren vorläufigen Abschluß fand. Im allgemeinen wurde aber das Zusammenwirken Preußens und Oesterreichs seitens des Bundespräsidiums absichtlich immer mehr erschwert.

Unabweisbar brach sich bei Bismarck die schmerzliche Erkenntnis Bahn, daß sein aufrichtiger Wunsch eines redlichen Zusammengehens mit Oesterreich am Bunde unausführbar, daß bei der preußenfeindlichen Politik Schwarzenbergs der Ausbruch eines ernsthaften Konflikts beider Mächte mit der Zeit unvermeidlich sei, wenn Preußen nicht den Boden einer vielhundertjährigen ruhm- und thatenreichen Geschichte verlassen und zu einer untergeordneten Macht herabsinken wollte.

Der Wechsel der Personen änderte an dem österreichischen System nichts. Fürst Schwarzenberg, der es noch bis an sein Ende bedauert haben soll, daß er Preußen den Vertrag von Olmütz zugestanden, anstatt dessen Macht völlig zu brechen, war (3. April 1852) plötzlich am Schlagfluß gestorben. Sein Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein, erbte zwar nicht den Geist, aber die Ziele der Schwarzenbergischen Politik. An Stelle des Grafen Thun wurde, nach einer kurzen Amtsführung des durch seinen Preußenhaß bekannten Herrn von Prokesch-Osten, Graf Rechberg zum österreichischen Bundestagsgesandten ernannt, welcher zwar die glatten Formen des geselligen Verkehrs bewahrte, aber weit davon entfernt war, Preußens Berechtigung am Bunde anzuerkennen.

Fast ununterbrochen währte der kleine Krieg über die Befugnisse des Präsidialgesandten. Zwar kam es in erster Zeit, solange Graf Thun den Vorsitz führte, nur zu einzelnen Reibungen, welche, dank einer gegenseitigen Hochachtung von Person zu Person, sich in angemessenen Schranken bewegten. Minder erträglich stellte sich der Zustand unter Graf Thuns Nachfolger, dem

ebenso anmaßend als unzuverlässig auftretenden Freiherrn von Prokesch-Osten. Ihm gegenüber griff denn auch Bismarck nachdrücklicher in die formelle Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten ein. Er setzte eine gründliche Revision der Geschäftsordnung durch und er mühte sich, den Übelstand, daß die Beamten der Bundeskanzlei lediglich als österreichische Behörden handelten, thunlichst abzuschwächen. Bei alledem mußte er mit großem Geschick sein Auftreten so einzurichten, daß er weniger die Interessen Preußens gegenüber Österreich als vielmehr die Rechte des ganzen Bundes gegenüber dem Präsidium zu verfechten schien. Vermied er dadurch nun auch den Anschein einer streitsüchtigen Kleinkrämerei, so mußte er doch oft genug erfahren, daß seine Kollegen ihm zwar für sein kräftiges Auftreten im stillen die Hand drückten, bei den Beschlüssen selbst ihn jedoch im Stiche ließen, um sich und ihre Staaten nicht der sicher treffenden Vergeltung Österreichs auszusetzen.

Über die einzelnen Präsidialgesandten, mit denen Bismarck zu verkehren und zu kämpfen hatte, sprach er selbst sich einmal später in Versailles während der Belagerung von Paris aus:

„Mit Thun war auszukommen; der war ein anständiger Mensch. Graf Rechberg war im ganzen gleichfalls nicht übel, wenigstens persönlich ehrlich, wenn auch sehr heftig und aufbrausend, einer von den hitzigen Hochblonden. — Doch durfte auch er es als österreichischer Diplomat damaliger Schule mit der Wahrheit nicht genau nehmen. Der dritte aber, von Prokesch-Osten, war gar nicht mein Mann; der hatte aus dem Orient die ärgsten Intrigen mitgebracht. Die Wahrheit war ihm ganz gleichgültig. Ich entsinne mich, einmal in einer großen Gesellschaft wurde von irgend einer österreichischen Behauptung gesprochen, die nicht mit der Wahrheit stimmte. Da sagte er, daß ich es hören sollte, mit gehobener Stimme: „Wenn das nicht wahr wäre, da hätte ich im Namen der kaiserlich königlichen Regierung (er betonte das Wort stark) gelogen!““ Hierbei sah er mich an. Ich sah ihn wieder an und sagte gelassen: „Allerdings, Excellenz.““ Er war offenbar erschrocken, und als er sich umblickte und lauter niedergeschlagenen Augen begegnete und einem tiefen Schweigen, das mir Recht gab, wendete er sich still ab und ging ins Speisezimmer, wo gedeckt war. Nach Tische aber hatte er sich erholt. Da kam er auf mich zu — mit einem gefüllten Glase — sonst hätte ich gedacht, er wolle mich fordern — und sagte: „Na, lassen Sie uns Frieden machen!““ — „Warum denn nicht?““ erwiderte ich. „Aber das Protokoll muß doch geändert werden!““ — „Sie sind unverbesserlich!““, erwiderte er lächelnd, und damit war es gut. Das Protokoll wurde geändert und damit anerkannt, daß es die Unwahrheit enthalten hatte.“

So verstand es auch bei rein persönlichen und mehr vertraulichen Begegnungen mit den Diplomaten Frankfurts unser Bismarck wie kein anderer,

alle Zumutungen und Übergriffe ebenso fein als bestimmt, immer aber schneidig zurückzuweisen.

Gelegentlich einer Unterredung mit dem Präsidialgesandten Graf Thun über die Stellung Österreichs zum Zollverein betonte der österreichische Diplomat den überwiegenden Einfluß Österreichs in Deutschland, welcher sichtlich in der Natur der Dinge liege; er bedauerte unter anderm, daß Preußen durch seine Weigerung, den Zollverein als eine Bundessache zu behandeln, sich selbst gegenüber Österreich schade. Unter solchen Umständen könne das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. Mit schlagfertiger Ironie ging auf solchen Gedankengang Bismarck ein, indem er hinzufügte, daß danach die Existenz Preußens und noch weiter die der Reformation ein dauerliches Faktum wäre. Es sei aber nun einmal nicht zu ändern, und man müsse nach Thatfachen, nicht nach Idealen rechnen. Denn ein Preußen, welches nach Österreichs eignem Wunsche der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagen möge, um sich seiner „wahren providentiellen Bestimmung als Reichserzkämmerer“ hinzugeben, bestehe in Europa nicht. Gehe er selbst zu einer solchen Politik seinem Könige raten könne, würde eine Entscheidung durch den Degen vorhergehen müssen. Als darauf Graf Thun Preußen mit einem Manne verglich, der einmal das große Los gewonnen habe und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr solchen Glücksfalles einrichte, erwiderte Bismarck schneidig, daß in dem Falle, wenn man in Wien selbst ebenso dächte, Preußen nochmals in der fraglichen Lotterie werde setzen und es Gott überlassen müsse, ob es gewinnen werde.

Das Übergewicht, welches Österreich in Anspruch nahm, sollte auch durch das persönliche Auftreten seiner Gesandten am Bunde gekennzeichnet werden. Bismarck machte die Erfahrung, daß der österreichische Präsidialgesandte als solcher keine Besuche abstattete, nicht einmal erwiderte. Beim Zusammentreffen mit andern Gesandten, z. B. an benachbarten Höfen, nahm der Präsidialgesandte, welcher allein sich den höchsten Gesandtenrang als Botschafter zuerkannte, den Vortritt in Anspruch, und die Zeremonienmeister hatten stets die schwierige Aufgabe, die Etikettenfragen zu gunsten Österreichs, oft durch künstliche und ungewöhnliche Verteilung der Plätze, zu lösen.

„Ich habe in solchen Fällen immer auf eine gleiche Berücksichtigung gehalten, und wo sie mir, wie gelegentlich in Darmstadt, einmal nicht gewährt wurde, bin ich der Möglichkeit einer Wiederholung des Vorgangs nachher aus dem Wege gegangen.“

Abgesehen von den Formfragen innerer wie äußerer Art, suchte Bismarck auch den von ihm vertretenen Standpunkt überall zu wahren, wo ein folgenreicheres Interesse Preußens in materieller und geistiger Richtung oder auf

dem Gebiete der auswärtigen Politik in Frage kam. Zu solchen Angelegenheiten gehörte unter andern die wichtige Frage der Zolleinigung Deutschlands, bei welcher die österreichische Staatskunst sich um so mehr bemühte, die verdienstlichen Erfolge Preußens zu hintertreiben, als Preußen den Eintritt des damals finanziell zerrütteten Österreichs in den Zollverein nicht zulassen durfte.

Um in dieser Sache schließlich ein Einverständnis mit Österreich herbeizuführen, erhielt Bismarck von der preußischen Regierung einen Auftrag nach Wien. Aber bei aller Zuborkommenheit, mit der man ihm persönlich entgegenkam, überzeugte sich Bismarck doch von der in Wien herrschenden Abneigung gegen Preußen. „Die Leute haben entweder nicht das Bedürfnis, sich mit uns zu arrangieren“, schrieb er (11. Juni 1852) an seine Gemahlin, „oder setzen es bei uns in höherem Grade voraus, als es vorhanden ist. Ich fürchte, die Gelegenheit der Verständigung geht ungenützt vorüber; das wird bei uns einen bösen Rückschlag üben, denn man glaubt, einen sehr versöhnlichen Schritt durch meine Sendung gethan zu haben, und sie werden sobald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen und dabei so freie Hand hat wie ich.“

Die preußische Regierung blieb in der Zollfrage fest, und als die von Österreich beeinflussten Staaten sich überzeugten, daß Preußen eher den Zollverein opfern als zum Eintritt Österreichs seine Zustimmung geben werde, versuchten sie nicht länger, ihren Widerstand gegen ihren eignen Vorteil im alleinigen Interesse Österreichs auf die Spitze zu treiben. Nunmehr bequeme sich Österreich zu einem besonderen Handelsvertrag mit Preußen unter gegenseitigen Zollerleichterungen. Die Schwierigkeiten aber, welche Preußen hierbei im allgemeinen deutschen Interesse zu überwinden hatte, regten in Bismarck schon zu jener Zeit die Idee an, für die Ausübung des ständischen Zustimmungswerts in Zollvereinsachen eine Art „Zollparlament“ eingeführt zu sehen.

Die Verschiedenheit der preußischen und österreichischen Auffassung deutscher Interessen trat in Fragen der auswärtigen Politik noch bestimmter zu Tage.

Nicht wenige solcher Fragen wußte Bismarck, im Widerstreite mit dem Präsidium, schon damals durch beharrliche Festigkeit bis zur siegreichen Erledigung zu führen. Es mag zunächst die im November 1858 erreichte Beugung Dänemarks unter die Bundesbeschlüsse erwähnt sein, welche zu gunsten der Verfassung und eines geordneten Rechtszustandes in Holstein-Lauenburg ergangen waren. Sodann ist in der Rastadter Besatzungsfrage Bismarcks wohlberednetes Verfahren hervorzuheben, durch welches er die Gegenpartei am Bunde zu einer geradezu ungerechtfertigten Überstimmung Preußens trieb, um ihre Ränke offen zu legen.

„Die Versammlung war in einer gedrückten Stimmung“, berichtete Bismarck, „und vielleicht keiner unter den Anwesenden, dem es jetzt nicht lieber gewesen wäre, wenn man unsern Antrag auf Verweisung an die Militärkommission von Hause aus acceptiert hätte, anstatt sich auf österreichische Zirkulardepeſchen durch Zusagen für das Gegenteil zu binden. Namentlich bei dem Grafen Rechberg war das Gefühl offenbar lebendig, daß er seine Regierung zu einem politischen Fehler induciert hat.“

In der Sache selbst wurde dank der weiteren Energie Bismarcks schließlich eine unmittelbare Verständigung zwischen Wien und Berlin erreicht, und die Bundesversammlung veranlaßt, den Antrag Österreichs auf Genehmigung seines Abkommens mit Baden ruhen zu lassen. Weit größer noch als in diesem kleinen Kriege am Bundestage erscheint indessen Bismarck, der inzwischen zu Österreichs entschiedenem Widersacher herangewachsen war, bei der Würdigung aller großen politischen Fragen, wie sie hauptsächlich während des Krimkrieges 1854 und später angeſichts des italienischen Krieges 1859 an den Deutschen Bund herantraten.

Gegen den zu jener Zeit allgewaltigen Kaiser Nikolaus von Rußland, welcher die russische Herrschaft am Bosporus begründen wollte, warf sich Napoleon III. zum Schutzherrn der ottomanischen Pforte auf und zog England, den alten Feind Rußlands, in seine Bundesgenossenschaft. Die Kriegszlotte der beiden europäischen Westmächte kreuzte vor dem Bosporus, und auch die öffentliche Meinung in Deutschland, welche das feindliche Auftreten des Zaren wider die deutschen Fortschrittsbestrebungen noch im frischen Gedächtnis hatte, glaubte den Augenblick gekommen, um Rußlands europäischen Einfluß zu vernichten und den sogenannten „Koloß auf thönernen Füßen“ zu zertrümmern.

Die Stellung der beiden deutschen Hauptmächte zur orientalischen Frage war zwar insofern nicht gleich, als Österreich für diese Frage im Hinblick auf seine Länder an der Donau ein unmittelbares Interesse hatte, welches für Preußen nicht bestand. Aber beide Mächte fühlten doch angeſichts der drohenden Weltlage die Notwendigkeit des Zusammengehens und schlossen deshalb am 20. April 1854 zu gunsten Deutschlands wie ihrer eignen Interessen ein Bündnis, zu welchem sie den Beitritt allen andern deutschen Staaten offen hielten. Während aber Österreich das Bündnis zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland verwerten wollte, hielt Preußen den Kriegsfall gegen Rußland erst dann gegeben, wenn dessen Heere den Balkan überschreiten und die türkische Hauptstadt bedrohen, hierdurch aber für Rußland einen übermächtigen Einfluß in Europa herbeiführen würden. Die Mehrzahl der deutschen Regierungen erachtete allerdings die friedliche Haltung Preußens dem eigentlichen Bundeszwecke Deutschlands angemessener als die österreichischen Kriegsgelüste. Gleichwohl ließen die deutschen Ge-

sandten gegen Bismarck durchblicken, daß ihre Regierungen kaum im stande sein würden, dem Andrängen Österreichs auf die Dauer zu widerstehen. Trotzdem hielt Bismarck mit weitem Vorausblick die Stimmung der preussischen Regierung für Rußland aufrecht, gegenüber allen anderweitigen Bestrebungen, insbesondere Österreichs, welches sich, für die einst genossene Hilfe Rußlands undankbar, mit den Westmächten einlassen und auch den Deutschen Bund in seine Bahn ziehen wollte. „Es würde mich ängstigen“, schrieb Bismarck in einem Berichte vom 15. Februar 1854, „wenn wir vor dem möglichen Sturme dadurch Schutz suchten, daß wir unsre schmucke und seefeste Fregatte an das wurmfressige, alte Drlogschiff (Kriegsschiff) von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden und jedem ein willkommener Bundesgenosse, sobald wir unsre etwaige Isolierung und strenge Neutralität aufgeben wollen; während wir später Bedingungen für unsern Beistand stellen können, würde es jetzt schwer fallen, den Schein einer ängstlich von uns gesuchten Anlehnung zu vermeiden.“ — Noch drastischer spricht Bismarck seine Anschauung in einem Privatschreiben an Generalleutnant von Gerlach (Februar 1855) mit den Worten aus: „Ergreifen wir jetzt das Steuer der deutschen Politik, so treibt das Schiff mit dem Winde österreichischer Einschüchterung und westmächtllicher Strömung in den französischen Hafen, und wir in der Rolle eines widerhaarigen Schiffszungen auf ihm.“

Als Bismarck einige Zeit darauf in Berlin verkehrte, traf er mit dem französischen Gesandten Marquis de Moustier zusammen. Sie sprachen über die Haltung Preußens in der orientalischen Frage, und der Franzose bemerkte, daß die preussische Politik vermutlich nach Jena steuern werde. Schlagfertig erwiderte Bismarck: „Warum nicht nach Leipzig oder Waterloo?“ — Dieser Antwort gedachte, sich beschwerend, der französische Gesandte gegen König Friedrich Wilhelm. Der König aber sah sich bewogen, seinem Bundestagsgesandten recht zu geben. — Alles in allem schwebte dem preussischen Staatsmanne als Schreckbild der Gedanke vor, daß sein Staat Gefahren und Anstrengungen im Dienste Österreichs übernehmen könnte, während er seinerseits schon damals für die selbständige Stellung Preußens, als europäische Großmacht, eine Politik der freien Hand, also die je nach Umständen beliebige Verbindung mit irgend einem andern Lande Europas, ins Auge gefaßt hatte.

Seiner festen Überzeugung nach war übrigens der Rahmen des Deutschen Bundes für beide Großmächte, Österreich und Preußen, zu eng. In einer ausführlichen Denkschrift vom April 1856, welche später in eingeweihten Kreisen den Namen des „Prachtberichtes“ erhalten hat, sprach er sich dahin aus, daß Preußen in nicht zu langer Zeit für seine Existenz

gegen Österreich werde fechten müssen; dies sei um so mehr unvermeidlich, als der ganze Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg böte.

Die Donner von Sebastopol waren verrollt und die Bevollmächtigten der Großmächte begaben sich nach Paris zum Friedenswerke. In Frankfurt aber dauerte der kleine Krieg zwischen Preußen und Österreich fort. Die Durchreise des österreichischen Ministers Grafen Buol durch Frankfurt zur Pariser Konferenz bot den Vertretern der Österreich anhängenden Kleinstaaten Anlaß, dem Minister ihre Ergebenheit für Österreich zu bezeugen. Sie hatten von Graf Rechberg, dem österreichischen Bundestagsgesandten, die Andeutung empfangen, daß er den Grafen Buol zu einer gewissen Stunde bei sich im Hause erwarte, und daß sich hier die günstigste Gelegenheit zu einer „zufälligen Begegnung“ bieten werde. Auch Herr von Bismarck erhielt ohne sein Anfragen den gleichen Wink, versetzte indessen, daß er, weit entfernt, den ermüdeten Reisenden stören zu wollen, vielmehr erwarte, daß Graf Buol, falls er ihm etwas mitzuteilen habe, ihn von selbst aufsuchen werde. Die Gesandten fanden sich denn auch sämtlich bei der „zufälligen Begegnung“ im Vorzimmer des Grafen Rechberg zusammen, nur Herr von Bismarck glänzte durch seine Abwesenheit, hatte dafür aber die Genugthuung, den Besuch des Grafen Buol, trotz der Erschöpfung desselben, in seiner eignen Wohnung zu empfangen.

Welche geringe Rücksicht die österreichische Staatskunst auf preußische Angelegenheiten nahm, sollte sich bei keiner Gelegenheit deutlicher als in der sogenannten Neuenburger Frage offenbaren. Der Kanton Neuenburg in der Schweiz, seit 1707 zu Preußen gehörig gewesen, hatte während der Revolutionszeit seit 1848 sich vom preußischen Königshause abgewendet und war der schweizerischen Eidgenossenschaft beigetreten. Da unternahmen später, im September 1856, mehrere altadlige Familien in Neuenburg, die Grafen Pourtalès, de Meuron u. a., auf eigne Hand eine Wiederaufrichtung der preußischen Oberherrschaft. Das Unternehmen mißglückte jedoch, und die Urheber sollten abgeurteilt werden. Der ritterliche König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war zwar geneigt, auf den Landbesitz zu verzichten, mochte aber nicht die ihm ergebenden königstreuen Unterthanen im Stich lassen. Er forderte entschieden die Freilassung der Gefangenen und die Anerkennung seines klaren Rechts auf Neuenburg. In der Schweiz war große Aufregung. General Dufour, der Besieger des Sonderbundes, besetzte die Grenze; man rüstete sich, dem Hause Hohenzollern einen Tag von Morgarten und Sempach zu bereiten, und in Preußen traf man Vorkehrungen zu einer „bewaffneten Schweizerreise“ mit 30 000 Mann. Von beiden Seiten traf man Kriegsvorbereitungen. Da geschah das Unerwartete. Österreich

bestritt Preußen das Recht, einseitig gegen die Schweiz vorzugehen, und wollte auch diese Angelegenheit vor das Forum des Bundes gebracht sehen; gleichzeitig bestimmte es die süddeutschen Staaten am Bunde, Preußen den Durchzug für seine Truppen zu verweigern. Mit schwerem Herzen rief damals König Friedrich Wilhelm die Vermittelung des Kaisers Napoleon an und sandte zu diesem Zwecke Herrn von Bismarck in besonderem Auftrage nach Paris (Ostern 1857). Napoleon zeigte bei dieser Veranlassung ein wenn auch wohlberechnetes großes Entgegenkommen und erwies sich gefälliger gegen Preußen als die verbündete deutsche Großmacht. Es kam ein leidliches Abkommen zustande, wonach die gefangenen Neuenburger ihre Freiheit wieder erhielten und der König auf seine Hoheitsrechte über Neuenburg verzichtete. Eine Geldentschädigung wies Friedrich Wilhelm IV. unwillig zurück.

Es war dies die letzte bittere Erfahrung, welche König Friedrich Wilhelm IV. in der Politik machte, aber nicht die am wenigsten schmerzliche. Noch in der schweren Krankheit, die ihn bald darauf (Oktober 1857) befiel, dachte er an seine Neuenburger, und als seine Erinnerungen schon sehr verblaßten, erwiderte er einmal auf den Vorschlag, sich nach dem Schweizerhäuschen im Park fahren zu lassen: „Ja, ja, nach Neuenburg!“

Mit der Einsetzung der Regentschaft in Preußen, im Jahre 1858, traten wichtige Veränderungen auch in der Stellung Preußens am Bunde ein. Als einfacher Stellvertreter seines königlichen Bruders hatte der Prinz von Preußen im Regierungssystem und an dessen Beratern sich jeden Wechsels enthalten. Nachdem aber die Hoffnung auf Heilung des Königs geschwunden und letzterer dann die königliche Gewalt „in der alleinigen Verantwortlichkeit gegen Gott“ dem Prinzen übertrug, da säumte dieser nicht länger, sich mit solchen Ratgebern zu umgeben, von denen er ein Eingehen auf seine Regierungsgrundsätze erwarten durfte. Gewiß ist, daß er schon damals mit an Bismarck dachte, doch wünschte er zunächst durch die Wahl der Minister zu bekunden, daß er die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes nicht als ein in revolutionären Zeiten abgerungenes Zugeständnis, sondern als übereinstimmend mit seiner freien Überzeugung und mit seinen Wünschen für das Wohl des Vaterlandes anerkannt sehen wollte. Bei dem Namen Bismarck aber hatte man damals im Volke nur seine Reden in der Zweiten Kammer und im Erfurter Parlament in Erinnerung; über seine politische Thätigkeit und sein Auftreten am Bunde war man nur oberflächlich unterrichtet.

Die Ernennung des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen zum vorsitzenden Minister deutete darauf hin, in welchem Sinne der Prinzregent von dem angesehenen Adel des Landes eine thätige Beteiligung am Staatsleben erwartete. Die Zusammensetzung des Ministeriums aus Männern,

welche sämtlich der liberalen Richtung angehörten, erregte im Lande die verschiedensten Erwartungen. Auf Bismarck wirkte die neue Erscheinung am politischen Himmel weder angenehm noch beunruhigend. Er begnügte sich, die Bahn des „neuen politischen Siebengestirns“, wie er das Ministerium der neuen Ära — Auerwald, Schleinitz, Flottwell (später Schwerin), Patow, Bethmann-Hollweg, Bonin und Bücker — nannte, in den Kreis seiner Beobachtung zu ziehen. „Wenn die Herren die Fühlung der konservativen Partei beibehalten“, schrieb er (12. November 1858), „sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unsern auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel wert; denn wir waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie.“

Was seine Person betraf, so hielt Bismarck für wahrscheinlich, daß er unter den veränderten Verhältnissen in eine andre Stellung versetzt werden würde, weil er den neuen Ministern möglichenfalls nicht eine persona grata als Bundestagsbevollmächtigter in Frankfurt wäre. Ehe er indessen aus freien Stücken um seinen Abschied bat, wollte er doch abwarten, daß die Minister Farbe zeigten. „Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr miteinander verträglich finde“, schrieb er in demselben Briefe, „so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand zu deponieren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält, wie bisher, so sage ich: ‚vogue la galère!‘ in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele...“

Nicht so kaltblütig dachten Bismarcks Kollegen am Bundestage über die neue Ära in Preußen. Das Gefühl, daß Preußen mit dem Regierungswechsel in eine neue Bahn thatkräftiger Politik eintreten und daß diese sich bald auch in der deutschen Sache geltend machen werde, drängte sich ihnen mit einem gewissen Unbehagen auf, und hierzu traten noch die drohenden Kriegsgefahren von außen. Während die kurzsichtigen Staatsmänner in Deutschland die Einheitsbestrebungen der deutschen Nation einzuschläfern sich bemühten, wirkte jenseit der Alpen ein genialer Minister, Cavour, im Bunde mit den Führern der nationalen Partei für die Befreiung Oberitaliens von der österreichischen Fremdherrschaft und für die Einigung des ganzen Italiens unter dem Hause Savoyen. Napoleon III. hatte mit der nationalen Partei in Italien schon in seinen Jugendjahren in geheimer Verbindung gestanden. Der Mordversuch und das Testament Orsini's erinnerten ihn an seine damals für Italien übernommenen Verpflichtungen.

Am Neujahrstage 1859 erhielt der österreichische Gesandte Baron von Hübner auf seine Glückwünsche in den Tuileries die raue Antwort Napoleons, welche der Welt ankündigte, daß er die nationale Sache in Italien unter seinen Schutz nähme. Er rechnete dabei auf die Isolierung Österreichs, welches seine beiden alten Bundesgenossen, Rußland und Preußen, den einen durch seine Haltung während des orientalischen Krieges gekränkt, den andern durch sein Ränkespiel am Bunde erbittert hatte.

Bismarck hielt den Augenblick für günstig, um gerade jetzt auf eine Änderung der lähmenden Bundeseinrichtung zu dringen, welche die preußische Regierung in ruhigen Zeiten vergeblich angestrebt hatte; er konnte sich nicht für den Gedanken erwärmen, daß Preußen dem Kaiserstaate die Last des Krieges abnehmen solle, ohne irgend welche Verbesserung in Deutschland zu erreichen. Er bekannte sich in Frankfurt laut und offen zu dieser Ansicht, ja man sah ihn damals in vertraulicher Unterhaltung mit dem sardinischen Gesandten Grafen Barral auf den Frankfurter Spaziergängen sich zeigen.

Um diese Zeit machte in den Frankfurter Kreisen ein Schlagwort die Runde, mit welchem Bismarck einmal im Frühjahr 1854 bei einem Besuche in München die naive Frage eines österreichischen Generals abgefertigt hatte. Letzterer war mit einem glänzenden Gefolge von Offizieren, sämtlich im Schmucke ihrer Kriegsorten, zu einer Heerschau erschienen. Unter den Zuschauern befand sich auch Bismarck, er hatte seine preußische Landwehroleutnantsuniform und sämtliche Orden angelegt, mit denen die deutschen Höfe während seiner Bundestagsgesandtschaft ihn bedacht hatten. Der General begrüßte ihn und erlaubte sich, auf Bismarcks Orden weisend, mit seiner Anspielung auf die passive Rolle, die Preußen während der Kriegsergebnisse des letzten Jahrzehnts gespielt, die unvorsichtige Frage: „Schaun's, Exzellenz! alle vor'm Feinde erworben?“ — „Jawohl, Exzellenz!“ lautete die blitzschnelle Antwort, „alle vor'm Feinde, alle in Frankfurt am Main.“

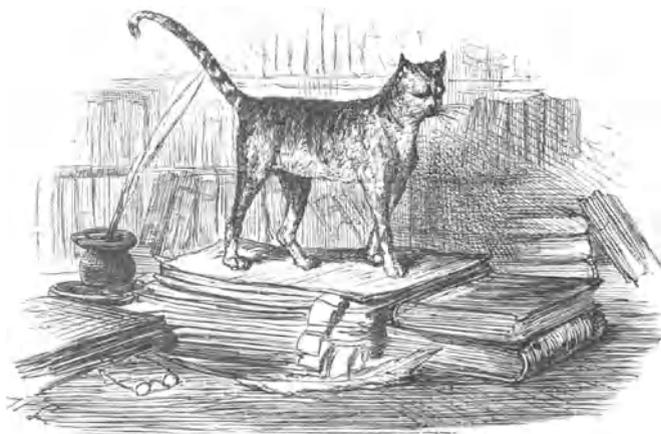
Die preußische Regierung mochte besorgen, daß die Haltung ihres Gesandten am Bundestage den bevorstehenden Verhandlungen von Österreich vorgreifen könne; anderseits erschien ihr Herr von Bismarck als das geeignetste Organ, um ihre Ansichten bei dem Petersburger Kabinett zu vertreten. So geschah, was Bismarck schon im November vorausgesehen: er wurde von seinem Posten am Bundestage abberufen und zum Gesandten am Petersburger Hofe ernannt.

Ein Zeitraum der Vorbereitung von hoher Wichtigkeit für die Folgezeit lag abgeschlossen hinter ihm. Reich an Erfahrungen und mit erweiterter Gesichtskreise verließ Bismarck das Frankfurt, in dessen Mauern er acht Jahre hindurch lernend, wachsend, endlich gewaltig werdend geweltet hatte.

„Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt“, erklärte er nach abermals acht Jahren vor dem konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, „daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existierten, daß das Zusammengehen mit Österreich, wie es mir aus den Erinnerungen an die Heilige Allianz vorschwebte, nicht möglich war, weil das Österreich, mit dem wir rechneten, überhaupt eben nicht existierte.“

„Kalt gestellt!“ sagte Bismarck zu seinen Freunden, als er ihnen die Nachricht von seiner Versetzung nach Petersburg mitteilte. So teilte er das Schicksal des edlen Gewächses aus der Champagne, dessen Saft erst in den silbernen Eiskübeln friert, eh' er die Herzen mit seinem Feuer labt. Er nahm Abschied von den Frankfurter Zirkeln, begab sich zur Meldung nach Berlin und von dort nach den winterlichen Gefilden Rußlands.

Die Mainstadt hatte den bedeutendsten Mann verloren, welcher jemals an der grünen Tafelrunde des Bundestagspalastes einen Platz eingenommen; sie ahnte nicht, unter welchen veränderten Verhältnissen sie ihn, er sie wiedersehen würde. In der Frankfurter Gesellschaft machte sich eine bedeutende Lücke fühlbar, seitdem ein mächtig anregendes Element daraus geschieden war. Während Napoleon III. im Sommer 1859 auf den lombardischen Schlachtfeldern bei Magenta und Solferino Lorbeeren brach, betrachteten die Diplomaten des Bundestags mit höherer Langeweile den antiquarischen Schatz der aufgehäuften Protokolle und die Staubsäulen, welche der Wind um die Dreimännergruppe auf dem Roßplatz aufwirbelte.





Fahrt in den Puszten.

## Behtes Kapitel. In weiter Welt.

Deutsche Zucht geht über alles.  
Walter von der Vogelweide.

Bismarcks Amtsantritt in der deutschen Bundesstadt bezeichnet zugleich in des Wortes wahrster Bedeutung den Beginn seiner Wanderjahre. Kaum ein Jahr verging, in welchem er nicht eine größere Reise — sei es im Auftrage seiner Regierung, sei es zu seiner Erholung — unternahm. In bunten, wechselvollen Bildern sah er Welt und Menschen an sich vorüberziehen; er sah das eigne Vaterland aus der Ferne und kehrte dann mit neuen Eindrücken und mit der alten Liebe im Herzen wieder in die Heimat zurück. Bald sehen wir ihn im leicht gezimmerten Leiterwagen mit den eifenden Gzifospferden durch das Grasmeer der ungarischen Puszten fliegen, bald am Ufer des Genfer Sees ein idyllisches Stillleben mit den Seinigen führen, als ob eine Gschenheimer Gasse und Bamberger Staatsweisheit, der kranke Mann am Bosporus und der Heilkünstler an der Seine für ihn nicht vorhanden wären. Bald wieder jagte er den Hirsch und das Gien in den Waldungen Aurlands, bald nahm er in den alten Forsten seiner Ahnen an dem königlichen Weidwerk teil.

In einem bereits von anderer Hand ans Licht gebrachten Brieffchaze wird uns eine Fülle lebensvoller Naturschilderungen von seiner Hand geboten, welche ebenso den feinen Blick wie die eigentümliche Darstellungsgabe des Verfassers zeigen. Bismarck versteht es, die empfangenen Natureindrücke in ihrer vollen Frische dem Leser mitzuteilen und was uns Deutsche in diesen

Briefen noch besonders anheimelt, ist der überall durchklingende Gemütsston, der Zug zur Heimat und zu seinen Lieben, die auch in der Ferne seinem Herzen am nächsten bleiben. Das Rauschen der Linde, unter deren Schatten er in der Puzta sein Frühstück einnimmt, ruft ihm die heimatischen alten Linden von Schönhausen in die Vorstellung; die kahle nordische Steppe erinnert ihn an eine liebe Gegend Pommerns, wo die Güter seiner Schwiegereltern liegen, und in einem späteren Briefe aus Biarritz an seine Gemahlin findet sich die schöne Stelle: „Ich habe ein böses Gewissen, daß ich so viel Schönes ohne dich sehe.“ Während in seinen staatsmännischen Schriften sich sein scharfes Urteil selten ohne eine starke Beimischung von Ironie ausdrückt, haben jene Briefe den Vorzug, daß sie ihn als Menschen „auch unserm Herzen menschlich näher führen“, und es ist ein Trost zu erfahren, wie er bei der vollen Hingebung an den Staatsdienst sich doch eine Höhe des allgemeinen menschlichen Standpunktes wahrte, für den auch solche weitgreifende Thätigkeit nur vergänglichen Wert hat.

Im Sommer 1852 hatte Bismarck, wie bereits erwähnt, eine Sendung nach Wien. Die Anwesenheit der kaiserlichen Familie in Ofen veranlaßte ihn, sein Reiseziel noch weiter zu stecken. Unter der preußischen Flagge fuhr das Gesandtschaftschiff von Wien die Donau hinab nach der ungarischen Doppelstadt, wo die Gastfreiheit des Kaisers ihm Quartier im Ofener Schlosse bereitet hatte. Aus den Fenstern der auf einem stumpfen Bergkegel ragenden Burg genoß Bismarck die weite Aussicht über den blauen Donauspiegel mit der Kettenbrücke und der waldigen Insel inmitten des Stromes, über die Stadt mit dem Prachtgebäuden an seinen Ufern und über die breite Pester Ebene, die in den Türkenkriegen so oft mit dem Blute der Gläubigen und Ungläubigen, auch mit brandenburgischem Blute, getränkt ward. Von denselben Fenstern aus sah drei Jahre früher der österreichische Befehlshaber der Burg, General Henzi, die grünweißroten Banner der Ungarn unter Görgey von den Ofener Bergen herabziehen; damals blitzten von hier die österreichischen Feuereschlünde gegen das jenseits liegende Pest, um die Stadt für den Jubel zu strafen, mit dem sie dem einziehenden Ungarnheere entgegenjauchzte. Noch gewahrte Bismarck auf der Diele seines Wohnzimmers die Brandspuren jener Schreckensnacht, in welcher Görgey mit Feuer und Schwert die Burg erstürmte, trotz der heldenmütigen Verteidigung des wackeren Henzi, „der treu für seinen Kaiser mit all den Seinen starb.“

Als der Hof in jener Zeit einen Ausflug nach den Ofener Bergen unternahm, erhielt Bismarck hierzu eine Einladung. Da ergötzte ihn unter anderen ein Volksfest der Ungarn, die zu Tausenden den jungen Kaiser mit tobenden Elfen umwogten, Tschardas tanzten, sangen und in die Bäume kletterten. Auf einem Rasenabhange war der Abendtisch für den Kaiser und seine Gäste

— etwa 20 Personen — angerichtet, aber nur auf einer Seite besetzt, die andre war für die Aussicht auf Wald, Berg, Stadt und Land frei gelassen. Bismarck saß zwischen dem weißhaarigen Erzbischof von Gran, der als Primas von Ungarn im schwarzseidenen Talar mit rotem Überwurf angethan war, und einem liebenswürdigen, feinen Kavalleriegeneral. Über ihnen schatteten hohe Buchen mit kletternden Ungarn in den Zweigen, dahinter dicht gedrängtes



Volkfest in den Djener Bergen.

und drängendes Volk. Aus dem Walde schallten Hörnermusik und Gesang, wechselnd mit wilden Zigeunermelodien. Abendrot und Mondschein beleuchteten die Szene, und im Walde glommen Fackeln auf, welche den Gästen auf dem Heimwege leuchten sollten.

Einige Tage später sehen wir Bismarck, im niedrigen Leiterwagen auf einem Strohsack sitzend, auf der Fahrt durch die ungarischen Pustten zwischen Donau und Theiß — von Alberti-Josa nach Ketskemet — begriffen. Lesen

wir die Schilderung, welche Bismarck selbst von dieser Fahrt in dem Briefe an seine Gemahlin (Szolnok, den 27. Juni 1852) entwirft:

„In den vorhandenen Atlanten wirst Du eine Karte von Ungarn finden, auf dieser einen Fluß Theiß und, wenn Du dann über Szegedin hinauf nach der Quelle suchst, einen Ort Szolnok. Ich bin gestern mit Eisenbahn von Pest nach Alberti-Josa gefahren, wo ein Fürst W. im Quartier liegt, der mit der Prinzessin v. M. verheiratet ist. Dieser machte ich meine Aufwartung, um \*\*\* Nachricht von ihrem Ergehen bringen zu können. Der Ort liegt am Rande der ungarischen Steppen zwischen Donau und Theiß, welche ich gern ansehen wollte. Man ließ mich nicht ohne Eskorte reisen, da die Gegend durch berittene Räuberbanden unsicher gemacht wird. Ich bestieg einen sehr niedrigen Leiterwagen mit Strohsäcken und drei Steppenpferden davor; die Mannen luden ihre Karabiner, saßen auf, und fort ging's in tausendem Galopp. Hildebrand und ein ungarischer Lohndiener auf dem Vorderack, und ein Kutscher, ein dunkelbrauner Bauer mit Schnurrbart, breitrandigem Hut, langen glänzend schwarzen Haaren, einem Hemd, das über dem Magen aufhört, und einen handbreiten, dunkelbraunen Gurt eigener Haut sichtbar läßt, bis die weißen Hosen anfangen, von denen jedes Bein weit genug zu einem Weiberrock ist, und die bis an die Knie reichen, wo die bespornten Stiefel anfangen. Denke Dir festen Rasengrund, eben wie der Tisch, auf dem man bis an den Horizont meilenweit nichts sieht, als die hohen kahlen Bäume der für die halbwilden Pferde und Ochsen gegrabenen Ziehbrunnen (Püttschwengel); Tausende von weißbraunen Ochsen mit armlangen Hörnern, flüchtig wie Wild, von zottigen, unansehnlichen Pferden, gehütet von berittenen, halbnackten Hirten mit lanzenartigen Stöcken, unendliche Schweineherden, unter denen jederzeit ein Esel, der den Pelz des Hirten trägt, und gelegentlich ihn selbst; dann große Scharen von Trappen, Hasen, hamsterartige Zeisel, gelegentlich an einem Weiher mit salzhaltigem Wasser wilde Gänse, Enten, Ribiße, das waren die Gegenstände, die an uns und wir an ihnen vorüberflogen während der drei Stunden, die wir auf sieben Meilen bis Ketskemet fuhren, mit etwas Aufenthalt in einer Tscharda (einsames Wirtshaus). Ketskemet ist ein Dorf, dessen Straßen an das kleine Ende von Schönhausen erinnern, nur hat es 45 000 Einwohner, niedrige, gegen die Sonne geschlossene Häuser mit großen Viehhöfen. Ein fremder Gesandter war hier eine so ungewöhnliche Erscheinung, und mein magyarischer Diener ließ die Erzellenz so rasseln, daß man mir sofort eine Ehrenwache gab, die Behörden sich meldeten und Vorspann requiriert wurde. Ich brachte den Abend in Gesellschaft eines lebenswürdigen Offizierskorps zu, und man erzählte mir, daß gerade in der Gegend, nach der ich reiste, die übelsten Raubnester lagen, an der Theiß, wo die Sümpfe und Wüsten ihre Ausrottung fast unmöglich machen. Sie sind vortrefflich beritten und bewaffnet, überfallen in

Wanden von Fünfzehn bis Zwanzig die Reisenden und sind am andern Tage 20 Meilen davon. Gegen anständige Leute sind sie höflich. Ich hatte den größten Teil meiner Barschaft bei Fürst W. gelassen, nur etwas Wäsche bei mir, und wollte gern diese Räuber zu Pferde, in großen Pelzen, mit Doppelflinten in der Hand und Pistolen im Gurt, deren Anführer schwarze Masken tragen und zuweilen dem kleinen Landadel angehören sollen, näher kennen lernen. Vor einigen Tagen waren mehrere Gendarmen im Gefecht mit ihnen geblieben, dafür aber zwei Räuber gefangen und in Kettskemet standrechtlich erschossen worden. Dergleichen erlebt man in unsern langweiligen Gegenden gar nicht.

„Um die Zeit, wo Du heut morgen aufwachtest, hast Du schwerlich gedacht, daß ich in dem Augenblick in Rumanien in der Gegend von Zelegyhaza und Esnygrad mit Hildebrand im gestreckten Galopp über die Steppe flog, einen lebenswürdigen, sonnverbrannten Ulanenoffizier, jeder die geladenen Pistolen im Heu vor sich liegend, und ein Kommando Ulanen, die gespannten Karabiner in der Faust, hinterher jagend. — Die Räuber ließen sich nicht sehen; wie mir mein netter brauner Lieutenant sagte, würden sie schon vor Tagesanbruch gewußt haben, daß ich unter Bedeckung reiste; gewiß aber seien mehrere von ihnen auch unter den würdig aussehenden, stattlichen Bauern, die uns auf den Stationen aus den gestickten, bis zur Erde gehenden Schafpelzmänteln ohne Ärmel ernsthaft betrachteten, und mit einem ehrenfesten „Istem adiamek!“ (gelobt sei Gott!) begrüßten. Die Sonnenhitze war glühend den ganzen Tag, ich bin im Gesichte wie ein Krebs so rot. Ich habe 18 Meilen in 12 Stunden gemacht, wobei noch 2 bis 3 Stunden, wenn nicht mehr, auf Anspannen und Warten zu rechnen sind, da die 12 Pferde, die ich brauchte für uns und die Bedeckung, erst gefangen werden mußten. Dabei war vielleicht ein Drittel des Weges tiefster Mählsand und Dünen, wie bei Stolpmünde. Um Fünf kam ich hier an, wo ein buntes Gewühl von Ungarn, Slowaken, Walachen die Straßen füllt und mir die wildesten Zigeunermelodien ins Zimmer schallen. Dazwischen singen sie durch die Nase mit weit aufgerissenem Munde, in kranker, klagender Mollbissonanz, Geschichten von schwarzen Augen und von dem tapfern Tod eines Räubers, in Tönen, die an den Wind erinnern, wenn er im Schornstein lettische Lieder heult. Die Weiber sind im ganzen gut gewachsen, einige ausgezeichnet schön; alle haben pechschwarzes Haar, nach hinten in Zöpfe geflochten, mit roten Bändern darin. Die Frauen haben entweder lebhaft grünrote Tücher oder rotsamtnete Häubchen mit Gold auf dem Kopf, ein sehr schönes gelbes, seidenes Tuch um Schulter und Brust, schwarze, auch urblaue kurze Röcke und rote Saffianstiefel, die bis unter das Kleid gehen, lebhafteste Farben, meist ein gelbliches Braun im Gesicht und große, brennend schwarze Augen. Im ganzen gemährt so ein Trupp Weiber ein Farbenspiel, das Dir

gefallen würde; jede Farbe am Anzug so energisch, wie sie sein kann. Ich habe nach meiner Ankunft, in Erwartung des Diners, in der Theiß geschwommen, Tschardas tanzen sehen, bedauert, daß ich nicht zeichnen konnte, um die fabelhaften Gestalten für Dich zu Papier zu bringen; dann Paprika-Schmandel, Stürl (Fisch) und Tüd gegessen, viel Ungar getrunken, geschrieben und will nun zu Bett geh'n, wenn die Zigeunermusik mich schlafen läßt. Gutnacht. „Istem adiamek!“

Den nächstfolgenden Tag war Bismarck wieder in Pest und trat von hier über Wien und Berlin die Rückreise nach Frankfurt an.

Der Sommer 1853 führte ihn nach einer andern Richtung. Er sah in Nordsee und Ostsee seine „alte Geliebte“, die See, wieder und warf sich mit Ungeduld an ihre wogende Brust. Die Hauptstadt Belgiens, das regelmäßig und einformig gebaute Brüssel, hatte sich trotz „Stiergefechte, Waterloo und pomphafter Aufzüge“ keiner besonderen Sympathien seinerseits zu freuen. Dagegen machte Amsterdam mit seinen merkwürdigen Straßenanlagen — in der Mitte der Kanal als Fahrweg, vor den Häuserreihen die lindenbesetzten Fußwege — mit der seltsamen Bauart der Häuser, den phantastisch geformten Giebeln mit Schornsteinen, „als ob ein Mann auf dem Kopfe stünde und die Beine breit auseinander spreizte“, mit dem rührigen Volkstreiben und den ergößlichen Straßenbildern, den Eindruck eines „sonderbaren Ortes“ auf Bismarck. „Wenn ich das Glockenspiel höre“ — schrieb er — „und, mit einer langen Thonpfeife im Munde, durch den Mastenwald über die Kanäle auf die in der Dämmerung noch abenteuerlicheren, verwirrten Giebel und Schornsteine im Hintergrunde sehe, dann fallen mir alle holländischen Gespenstergeschichten aus der Kinderzeit ein, von Dolph Heylinger und Rip van Winkel und dem fliegenden Holländer.“ Auch das flache Land mit den buschigen grünen Wiesen und weidenden Herden, hier und da ein reinliches Städtchen, „wie aus alten Bilderbüchern ausgeschnitten“, erregte sein Wohlgefallen, besonders Westfriesland, wo das nette Bauernhaus unter grünen Büschen so friedlich hervorblickt, jedes für sich von einem Wäldchen umgeben, „daß man sich nach der stillen Unabhängigkeit sehnt, die dort zu wohnen scheint.“

Das folgende Jahr (1854) blieb Bismarck in Deutschland, seine Reisen beschränkten sich auf Ausflüge nach den süddeutschen Hauptstädten und auf kleinere Jagdpartien. Zu den letzteren gehörten besonders die Besuche in Soonwalde im Hunsrück bei dem alten Förster Schmiedebach, welcher lange Jahre hindurch Jäger und Diener im Hause von Bismarcks Eltern gewesen war und die beiden Brüder, Bernhard und Otto, bei ihren ersten Jagdausflügen während der Schulferien begleitet und angelehrt hatte. Nun war die Freude des Alten groß, wenn Bismarck bei ihm zu Besuch erschien, weniger weil dieser eine so hohe Stellung in der Welt erreicht hatte und er ihn mit dem Prädikat „Ergzellenz“ anreden durfte, als weil sein ehemaliger Schüler

es selbst zu solcher Meisterschaft im Weidwerk gebracht hatte. Es war ihm das größte Vergnügen, Bismarck in seinem Revier herumzuführen und ihm den trefflichen Rotwildstand daselbst zu zeigen.

Im Jahre 1855 wurde Bismarck bei seiner Anwesenheit in Paris durch den preußischen Gesandten Grafen Hatzfeld dem Kaiser Napoleon vorgestellt, der, noch mit den frischen Lorbeeren des Krimkrieges prangend, soeben ein großes Friedenswerk, die erste Pariser Industrieausstellung, in Szene gesetzt hatte. Fast zu derselben Zeit waren auch die Minister zweier deutscher Mittelstaaten, mit denen die Bismarcksche Politik später oft zu rechnen hatte, die Herren von Beust und von der Pfordten, in Paris und ließen im Privatkabinett von St. Cloud bei den schwebenden Friedensverhandlungen mit Rußland ihre Stimmen hören. Als Herr von Beust das Kabinett des Kaisers verließ, soll dieser zu seinem Minister des Auswärtigen, Grafen Walewski, gesagt haben: „C'est un génie profond et pénétrant!“ Über Bismarck schwieg er.

Nachdem Bismarck das Jahr 1856 größtenteils in Frankfurt zugebracht und nur während der Sommerferien des Bundestags Erholung in Reinsfeld gesucht hatte, finden wir ihn im Frühjahr 1857 abermals in Paris. Diesmal hatte er hier nach Beilegung der Neuenburger Angelegenheit eine eingehende politische Unterredung mit Napoleon, über deren Inhalt wir an anderer Stelle ausführlich berichten werden.

Im Sommer desselben Jahres unternahm Bismarck eine größere Jagdreise nach dem Norden. Von Kopenhagen, wo er sich zwei Tage mit „Museen und Politik“ beschäftigte, setzte er nach Malmoe über, pirschte in den prächtigen skandinavischen Buchenwäldern nach Rehböcken und Hirschen, fuhr zurück nach Kopenhagen und von da wieder über Helsingborg mehr als 100 Kilometer weit zu den Freuden der Jagd in das Innere Schwedens hinein. Weithin umgaben ihn Wildnis und Einöde — eine unfruchtbare Bodenfläche, darauf dürres Heidekraut, mit kurzem Gras und Moor wechselnd, mit zahllosen Steinen bis zur Größe von hausdicken Felsblöcken besät, und bald mit undurchdringlichen Wachholderwäldungen bedeckt, bald spärlich mit einzelnen Birken und Ellern oder mit heimatischen Tannen bestanden; dazwischen wunderlich gestaltete Seen, von Heidehügeln und Wald umgeben oder von Granitufeln mit Tannen und grauen Felsmassen umragt. So schildert Bismarck die Nordlandsgegenden, in welchen er das Wirk- und Auerhuhn jagte. „Eigentlich das Land meiner Träume“, fügt er hinzu, „unerreichbar für Depeschen und Kollegen. Ich möchte wohl an einem dieser stillen Seen ein Jagdschloßchen haben und es mit allen Lieben, die ich mir gegenwärtig in Reinsfeld versammelt denke, auf einige Monate bevölkern.“

Bei solchen Jagdzügen in den nordischen Steppen zog sich Bismarck

durch einen Fall eine Verletzung des Schienbeins zu, welche auch noch in späterer Zeit üble Nachwirkungen hatte. Bismarck war ein zu leidenschaftlicher Jäger, um sich Ruhe zur Pflege der Wunden zu gönnen; er füllte selbst die Zeit, wann der aus Dänemark mitgenommene Arzt ihm Umschläge machte, damit aus, daß er von diesem in aller Eile Dänisch lernte. Nach einer nur sehr oberflächlichen Heilung reizte ihn die Jagdlust, das Lager zu verlassen und in den Waldungen Kurlands den Dammhirsch und das Elen zu jagen. In mancher Beziehung waren diese Jagden nicht gefahrlos. So erzählte Bismarck später, wie er eines Tages in Finnland in Gefahr gewesen sei, von einem großen Bären, den er nicht gut sehen gekonnt, da er ganz mit Schnee bedeckt war, angegriffen zu werden. „Ich schoß endlich“ — so berichtete er — „und der Bär fiel etwa sechs Schritt vor mir nieder. Er war aber nicht tot und konnte wieder aufstehen. Ich wußte aber, was mir dann bevorstand und was ich zu thun hatte. Ich rührte mich kaum, lud aber ganz leise wieder die Flinte, und als er sich dann wieder aufrichten wollte, schoß ich ihn nieder.“

Erinnern wir uns, daß Bismarck von Frankfurt aus alljährlich mehrmals nach Berlin und Potsdam berufen wurde, um Bericht zu erstatten und Instruktionen zu empfangen, daß er oft auch mit Sendungen an die kleinen deutschen Höfe betraut wurde, daß er endlich auch ungerne eine Hossjagd in Lehlingen versäumte, so sehen wir, wie bewegt sein Leben in dieser Zeit war und wie er allen Ansprüchen nur mit Hilfe der ihm eignen Spannkraft und kernigen Gesundheit zu genügen vermochte. In der Gunst König Friedrich Wilhelms IV. war Bismarck während seiner Amtsführung noch höher gestiegen, und selten ward in einer wichtigen Frage der Politik eine Entscheidung getroffen, ohne daß auch er gehört ward.

Unter der Regentschaft blieb Bismarck den leitenden Kreisen ebenfalls nahe. Das Bewußtsein, über die Grundanschauungen der preußisch-deutschen Politik mit dem regierenden Herrn eines Sinnes zu sein, gab ihm jene Selbständigkeit und Sicherheit, die er später als Vertreter Preußens an den Höfen der ersten Mächte Europas bekundete. Es war für Bismarck persönlich eine schmerzliche Empfindung, als er von dem Frankfurter Gesandtschaftsposten abberufen und nach Petersburg versetzt wurde zu einer Zeit, als am Bundestage bedeutungsvolle Fragen ihrer Lösung harreten. Dennoch war es wichtig für ihn, an der Nawa und Seine neue Erfahrungen zu sammeln und gleichsam von der Warte aus mit freiem Blicke das Feld der Staatskunst zu überschauen, bevor er selbstleitend an die Erfüllung der ihm beschiedenen weltgeschichtlichen Aufgabe, zu der er berufen, herantrat.

---



Auf der Grenze

## Elftes Kapitel. An fremden Höfen.

Regieren ist nicht so leicht als man glaubt,  
Es versuchen's viele und treffen's nie;  
Regieren ist nicht so schwer als man glaubt,  
Es treffen's viele und versuchen's nie.

Ed. v. Bauernfeld.

Die Frühjahrsstürme von 1859 brausten durch die Welt. König Viktor Emanuel von Sardinien hatte laut verkündet, daß er gegen den Schmerzensschrei des unterjochten Italiens nicht länger unempfindlich sein könne. Der Vorkämpfer aller italienischen Revolutionen, Garibaldi, sammelte in den Bergschluchten seine Alpenjäger zum Einfall in das österreichisch-lombardische Gebiet, und Napoleon III. rüstete sich, Italien die versprochene Hilfe zu leisten. In Deutschland erkannten damals nur wenige den verwandten Zug, der durch die italienischen wie durch die deutschen Einheitsbestrebungen ging. Man fürchtete vielmehr, daß Napoleon nach der Befestigung Oesterreichs alsbald die Unterwerfung Deutschlands und die Erwerbung der Rheingrenze zum Ziele nehmen werde. Die öffentliche Meinung nahm daher Partei für Oesterreich, und die Regierungen der kleinen Staaten drängten am Bunde zu Rüstungen für den bedrohten Kaiserstaat. — In dieser Zeit der Aufregung und Spannung verließ Bismarck Deutschland, um seinen neuen Gesandtschaftsposten in der Newastadt anzutreten. Was Napoleon in den Tuileries plante, was der kühne Cavour erstrebte und was der „Bamberger Diplomat“ flüsterete, das schien für jetzt immer weiter aus seinem Gesichtskreise zu rücken, und dennoch war auch

diese Zeit seiner Amtsführung in Petersburg eine wichtige Vorstufe für sein späteres politisches Wirken.

Sechs Tage dauerte damals die Reise. Am siebenten Reisetage morgens (29. März) erreichte Bismarck das Ziel seiner Reise. Die Nawa strahlte von Eise, aber heller Sonnenschein vergoldete die Kuppeln der Paläste und fiel in die breiten, belebten Straßen der schöngebauten Stadt, wo der neu angekommene Gesandte im Hotel Demidow Quartier nahm.

Es war gerade an seinem Geburtstage (1. April 1859), als Bismarck vom Kaiser Alexander empfangen wurde und ihm seine Weglaubigungsschreiben überreichte.

Die ersten Eindrücke, welche Bismarck in Petersburg empfing, waren sehr angenehmer Art. Mit dem russischen Kanzler stand er schon seit der Zeit, als dieser Bevollmächtigter am Bundestage zu Frankfurt war (1850—54), in freundlicher Beziehung. Die brennende Tagesfrage führte bald eine noch größere Annäherung zwischen beiden herbei. Fürst Gortschakow, welcher mit seinen aristokratischen Neigungen ein feines Verständnis für die nationalen Bedürfnisse und die liberalen Ideen seiner Zeit verband, hatte als russischer Gesandter am Wiener Hofe während der orientalischen Verwicklung (1854—56) ähnliche Erfahrungen mit Österreich gemacht, wie Bismarck in Frankfurt. Er hatte nach dem Krimkriege bessere Beziehungen Rußlands zu Frankreich angebahnt, die in der Zusammenkunft des Kaisers Alexander mit Napoleon in Stuttgart (1856) ihre Bethätigung fanden; ja er neigte zu einem Bündnis mit Frankreich, um für Rußland die verlorene Stellung am Schwarzen Meere wiederzugewinnen und den undankbaren ehemaligen Schützling Österreich für seinen Abfall von der Heiligen Alliance zu strafen. Gortschakow besorgte deshalb, daß Preußen sich zu einer bewaffneten Hilfsleistung für Österreich fortreißen lassen könnte. Diese Besorgnis wurde von dem preussischen Gesandten in Petersburg — wie wir wissen, aus andern Gründen — geteilt.

Bismarck bekannte sich offen zu der Überzeugung, daß die Befreiung Italiens von der österreichischen Herrschaft eine geschichtliche Notwendigkeit und daß ebenso die Loslösung Deutschlands von dem österreichischen Einfluß ein Erfordernis für seine nationale Entwicklung sei. Diese freimütige Aussprache erregte in Petersburg um so mehr Staunen, als man dort nur an die Zurückhaltung der deutschen Diplomaten gewöhnt war. Bismarck bahnte dadurch in den russischen Kreisen allmählich ein Verständnis für die Wege an, welche der preussischen auswärtigen Politik in nächster Zukunft vorgezeichnet waren.

In entgegengesetztem Sinne arbeiteten daheim in Deutschland die leitenden Staatsmänner der meisten Mittelstaaten, indem sie sich zu Wortführern

der öffentlichen Meinung aufwarfen und Preußen durch einen Bundesbeschluß für Oesterreichs nichtdeutsche Lande in den Krieg schicken wollten, der inzwischen durch das einseitige Vorgehen des Wiener Hofes gegen Sardinien über die gesegneten Fluren Oberitaliens hereingebrochen war.

Bismarck beurteilte die Lage der Dinge, aus der Ferne am Ufer der Nawa, „kühl bis ans Herz hinan“. Von dort schrieb er an den preußischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Schleinitz (12. Mai) einen vielbesprochenen Brief, der über seine damaligen Anschauungen den besten Aufschluß gibt. „Seine königliche Hoheit der Prinzregent“, heißt es darin, „haben eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über preußische Politik beizubringen kann und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Teil unsrer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreies der urtheillosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Falle der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich dabei aber der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken, wenn uns zugemutet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existieren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen, als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen... Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen.“

Während die österreichische Staatskunst sich weigerte, Preußen das zuzugestehen, was ihm nach Lage der Sachen nicht verweigert werden konnte, verloren die österreichischen Heerführer auf den lombardischen Ebenen die Schlachten von Magenta und Solferino; Napoleon III. hielt seinen Siegeszug in Mailand und die francosardinischen Heere näherten sich dem berühmten Festungsviereck am Mincio, dem letzten Bollwerk der Oesterreicher auf italienischem Boden.

Preußen hatte unterdessen beinahe sein ganzes Heer auf den Kriegsfuß

gesetzt und verlangte am 4. Juli vom Deutschen Bunde die Übertragung des Oberbefehls über die Rheinarmee an den Prinzregenten.

Bismarck wurde durch dieses eilige Vorgehen Preußens mit Besorgnis erfüllt. „Wir haben zu früh und zu stark gerüstet“, schrieb er aus Petersburg (1. Juli) an einen preußischen Diplomaten, „und die Schwere der Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt loschlagen, um die Landwehr zu beschäftigen, weil man sich geniert, sie einfach wieder nach Hause zu schicken. Wir werden dann nicht einmal Österreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradeswegs für Österreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg Hauptsache, weil er Paris bedroht, Österreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? Wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unsrer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem spezifisch österreichischen Interesse entspricht?“

Die übertriebene Eifersucht Österreichs verfiel jedoch noch auf einen andern Ausweg. Um Preußen die eigenmächtige Leitung zu entziehen, stellte Österreich am Bunde den Antrag auf Ernennung des Prinzregenten zum Bundesfeldherrn (7. Juli), in welcher Eigenschaft der Regent von der Bundesversammlung, in der Österreich den Vorsitz führte, Befehle anzunehmen gehabt haben würde. Preußen ging indessen seinen eignen Weg weiter, entschlossen, mit oder trotz seinen Bundesgenossen als selbständige Macht in den Kampf einzutreten. Da überraschte Österreich die Welt durch den plötzlichen Friedensschluß von Villafranca (11. Juli), durch welchen es eine seiner blühendsten Provinzen, das lombardische Königreich, opferte, um sich nicht durch seinen Nebenbuhler retten zu lassen.

Bismarck konnte dem Ausgange des italienischen Krieges nur vom Krankenlager aus folgen. Die Verletzung, welche er sich auf der Jagd in Schweden zugezogen, hatte sich durch anfängliche Nichtbeachtung verschlimmert. Bald nach Rückkehr von einer Reise nach Moskau (Juni 1859) erkrankte er in Petersburg und mußte dort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Rheumatische Schmerzen kamen zu dem ursprünglichen Leiden, und es zeigte sich, daß der „achtjährige ununterbrochene Ärger“ am Bundestage seine Nerven stark angegriffen hatte. Bismarck erbat sich deshalb Urlaub nach Berlin, wo als hilfreiche Fee Frau Johanna aus Reinfeld an seinem Krankenlager erschien, und unter ihrer pflegenden Hand erholte sich der Gemahl sichtlich, so daß er das Krankenlager verlassen und im August völlige Wiederherstellung in den Bädern Nauheim und Wiesbaden suchen konnte.

Raum genesen wurde Bismarck, im September 1859, zum Prinzregenten nach Berlin berufen, um dort wichtigen Verhandlungen im Mini-

sterium beizuwohnen. Demnächst sollte er zum Kaiser von Rußland nach Warschau reisen und diesen zur Zusammenkunft mit dem Prinzregenten nach Breslau begleiten. Als er sich aber, im November 1859, zu dieser Reise anschickte, erkrankte er unterwegs von neuem bei einem Freunde, Herrn von Below auf Hohendorf bei Elbing, an einer Lungenentzündung; er sah sich genötigt, längere Zeit hindurch seine Genesung abzuwarten und die Rückkehr auf den Gesandtschaftsposten zu verschieben. Während dieser Krankheit ward ihm wenigstens der Trost, in dem gastfreien Hause des Freundes seine ganze Familie um sich zu haben.

Erst gegen Ende Mai 1860 setzte Bismarck, nachdem er inzwischen wieder in Berlin gewesen und an den Sitzungen im Herrenhause teilgenommen hatte, mit seiner Familie von Hohendorf die Reise nach Petersburg fort, wo er am 5. Juni morgens ankam und das schon im vorigen Jahre von ihm gemietete Haus der Gräfin Stenbock am Englischen Quai bezog.

Mit seiner Rückkehr nach Petersburg beginnt für Bismarck eine kurze Zeit der Erholung, welche sich durch die angenehmen geselligen Beziehungen noch freundlicher gestaltete. Der preußische Gesandte nahm infolge der verwandtschaftlichen Verbindung der beiden Höfe von Petersburg und Berlin herkömmlich eine bevorzugte Stellung vor seinen Kollegen ein. Trotz der aufrichtigen Freundschaft König Friedrich Wilhelms IV. für seinen Schwager, den Kaiser Nikolaus, hatte es indessen auch an Verstimmungen der russischen Hofpartei gegen Preußen nicht gefehlt. Durch die Zurückhaltung Preußens und die zweideutige Rolle Oesterreichs während des orientalischen Kriegs hatten sich die Beziehungen zu gunsten Preußens geändert. Von Herrn von Bismarck war es bekannt, daß er ein aufrichtiger Verehrer des verstorbenen Kaisers Nikolaus gewesen, und dazu kam seine offene Abneigung gegen Oesterreich. Kaiser Alexander fand bald besonderes Wohlgefallen an der ungezwungenen Haltung und dem vornehmen Takte des deutschen Edelmanns, den er gleichsam unter die Hausfreunde der kaiserlichen Familie aufnahm. Bismarck war es, der durch sein persönliches Verhalten und seine kundgegebenen Gesinnungen den Kaiser Alexander mit dem Gedanken vertraut machte, daß gerade ein mächtiges, selbständiges Preußen ein zuverlässiger Verbündeter für Rußland sein werde.

Dit weilte Bismarck in Peterhof zum Besuch bei der Kaiserin-Mutter Charlotte, der Schwester des Prinzregenten, für die er gleichsam einen Zug kindlicher Pietät hegte und deren „tiefer Stimme, ihrem ehrlichen Lachen und Schelten“ er gern stundenlang zuhören mochte.

In den gastlichen Salons der geistvollen Großfürstin Helene aber, welche Herrn von Bismarck schon seit der Frankfurter Zeit gewogen war,

traf er mit den angesehensten Staatsmännern, Künstlern und Gelehrten, nicht allein aus der Newarefidenz, sondern auch aus andern Hauptstädten, welche die hohe Frau in ihren Zauberkreis zog, zusammen und knüpfte freundschaftliche Beziehungen an. In der gesamten Petersburger Gesellschaft war nur eine Stimme darüber, wie angenehm sich das offene, sichere Wesen des neuen Gesandten von der berechneten Abgemessenheit und nichts-sagenden Wichtigthuerei mancher andrer Staatsmänner des Auslandes unterschied. Dem spezifischen Ruffentum schmeichelte das Interesse, welches der deutsche Freiherr für die soeben in der russischen Presse erwachte liberale Bewegung an den Tag legte. Man hörte mit innerlicher Befriedigung, daß er sich Mühe gab, die schwierige russische Sprache zu erlernen, um sie statt des Französischen in der Unterhaltung anzuwenden.

Ohne daß er es seinen englischen, französischen und österreichischen Kollegen an Aufwand gleichzuthun suchte, gehörten doch die Salons im Stenbockschen Hotel zu den gesuchtesten Gesellschaftsräumen in Petersburg. Die unverwüftliche Laune des Wirts, die anmutige Weise der Hausfrau verliehen den offenen Abenden im Hause des deutschen Freiherrn einen Reiz, um welchen die blendenden Feste seiner Kollegen mit ihrer glänzenden Langeweise sie hätten beneiden können.

Das Weidwerk pflegte Bismarck in Rußland mit alter Leidenschaft und mit gewohntem Glück. Nie fühlte er sich gesunder, als wenn er, in seinen schweren russischen Pelz gehüllt, die Flinte unter dem Arme, auf den beschneiten Feldern der Fährte des Wolfes und Bären nachging. Oft fuhr er wohl mehrere Hundert Werst weit ins Land hinein auf die Güter seiner Jagdfreunde in Esth- und Kurland, um den Hirsch und das Gien zu jagen, deren mächtige Geweihe als Jagdtrophäen später den Eingang seines Hauses zierten.

Hohes Ansehen genoß Bismarck bei seinen Landsleuten in Petersburg, nicht allein bei den Preußen, sondern bei allen dort lebenden Deutschen, die in dem preussischen Gesandten ihren „Advokaten, Richter, Landrat“, ihre „Polizei und Aushebungsbehörde“ erblickten. Ohne es zu Bemühen mit den schwerfälligen russischen Behörden kommen zu lassen, mußte doch Bismarck es dahin zu bringen, daß seinen Reklamationen zu gunsten seiner Schutzbefohlenen stets volle Berücksichtigung zu teil wurde und daß die Deutschen in Petersburg eine nicht minder geachtete Stellung hatten, als die Briten oder Franzosen. So geschah es, daß Bismarck unter den Deutschen in Rußland früher populär wurde, als in Deutschland selbst.

Die Erziehung und den Unterricht seiner Söhne ließ Bismarck sich in Petersburg lebhaft angelegen sein. Schon vor ihrer Abreise dahin hatte Frau von Bismarck den alten Lehrer ihres Gemahls, Professor Bonnell,

bei der Wahl eines Hauslehrers zu Rate gezogen: „Sie haben für meinen Otto so gut gesorgt, Sie werden es auch für meine Kinder thun!“ sagte sie, und in der That gelang es Bonnell, in einem seiner früheren Schüler, dem Predigtamtskandidaten Braune (später Prediger zu Straußberg), den Hauslehrer zu finden, der sich mit Erfolg der Aufgabe unterzog, die Knaben ordnungsmäßig nach dem Lehrplan eines deutschen Gymnasiums zu unterrichten. Alle Sonnabende erschienen Herbert und Bill (Wilhelm), damals im Alter von zehn und acht Jahren, mit ihren Heften vor dem Vater und wurden von diesem in Gegenwart des Lehrers nach Kenntnissen und Fortschritten streng geprüft.



Bismarck unterrichtet seine Söhne.

Aber auch im Lernen ging ihnen der Vater mit trefflichem Beispiel voran. Er hatte seinen eignen Lehrer für sich angenommen, von dem er in seinen Freistunden unermüdlich das Russische lernte, und er machte so bedeutende Fortschritte darin, daß er eines Tages den Kaiser Alexander mit einer russischen Rede zu überraschen vermochte.

Seine Zufriedenheit mit den Petersburger Verhältnissen spricht Bismarck in einem Briefe an seine Schwester, Frau von Arnim, 1. Juli 1860, aus. „Mir ist zu Mute“ — schreibt er — „wie einem alten Pensionär, der mit den Händeln dieser Welt abgeschlossen hat, oder doch wie einem früher

ehrzeigigen Militär, der den Hafen einer guten Kommandantur erreicht hat, und mir ist, als könnte ich hier lange zufriedene Jahre hindurch meinem Ende entgegenreisen. Bis zwölf habe ich jeden morgen mit Karlsbader, Spazieren, Frühstück, Anziehen zu thun, von da bis fünf gibt mir der Dienst gerade genug regelmäßige Arbeit, um mich nicht überflüssig in der Welt zu fühlen. Das Mittag schmeckt mir vortrefflich, am besten das, was ich nicht essen darf; von acht bis zehn reite ich und lese dann bis zwölf, mit dem begleitenden Genuße der gemeinen Lazarett-pflaume, die eingegangenen Zeitungen und Depeschen. So halte ich's noch lange aus, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, den Standpunkt des beobachtenden Naturforschers unsrer Politik gegenüber festzuhalten...."

Diese friedliche Zurückgezogenheit war ihm jedoch nicht für lange vergönnt. Nicht allein diese äußeren Lebensverhältnisse hinderten ihn daran, sondern auch seine eigne innerste Natur, welche den Kampf suchte und die Ruhe verschmähte, hob ihn immer von neuem auf den Wogendrang der Zeit.

Es war das Jahr der Fürstenzusammenkünfte, 1860. Eine neue Staatenordnung war im Werden, aber noch nirgends etwas Fertiges geschaffen. Die Fürstenbesuche hatten mehr den Zweck, die gegenseitigen Absichten zu erforschen, so z. B. die Begegnung des Prinzregenten von Preußen mit Kaiser Napoleon III. in Baden-Baden (15. bis 17. Juni), auf welche wir später zurückkommen. Der durch Vermittelung des Königs von Bayern veranstalteten Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser von Oesterreich zu Teplitz (23. bis 26. Juli) lag der Wunsch zu Grunde, die aus dem Italienischen Kriege herrührende Spannung zwischen beiden Höfen auszugleichen. Im Spätherbst (21. und 22. Oktober) fand noch eine Zusammenkunft der Regenten von Rußland, Oesterreich und Preußen zu Warschau statt, wohin auch Bismarck zufolge einer Aufforderung des Prinzregenten sich begab.

Mehr noch als in der Thätigkeit der Kabinette ließ sich in einer erhöhten Regsamkeit der Völker mit dem Ringen nach neuen Staatsformen der Gang der Weltgeschichte beim Beginn des neuen Jahrzehnts erkennen. Während in Italien das Einigungswerk durch die kluge Staatsleitung Cavour's schnelle Fortschritte machte, wartete man in Deutschland mit Ungeduld, daß die Regierung der „neuen Ara“ endlich an die Lösung der deutschen Frage herantreten möchte.

Am 2. Januar 1861 trug der Telegraph die Kunde von dem Tode des Königs Friedrich Wilhelms IV. aus der preussischen Hauptstadt in die Provinzen und an die auswärtigen Höfe. Der Schmerz über das Scheitern seiner hochherzigsten Pläne hatte des geistvollen Königs Gemüt niedergedrückt und seinen Blick getrübt, so daß er sich im Widerspruche mit den lebens-

vollsten Regungen der Zeit fühlte und in der Zeitrichtung nur einen Abfall von göttlicher Ordnung und Sägung erblicken konnte. Bismarck hatte die Gunst dieses Königs zu oft erfahren, als daß ihn nicht tiefe Trauer über dessen Hinscheiden erfüllt hätte, und er wollte nunmehr mit derselben Treue dem Nachfolger dienen, der schon als Regent den festen Willen bekundet hatte, Preußen wieder eine würdige, mächtige Rolle spielen zu lassen.

König Wilhelm besaß einen hellen Blick in die Zeit, womit er überall auf den Kern der Dinge ging und den Schein vom Wesen trennte. Ohne daß er sich mit weitschauenden Plänen trug, mußten seine einfachen Regierungsgrundsätze bei seinem warmen Herzen für des Vaterlandes Ehre und bei seiner ritterlichen Thatkraft doch dahin führen, Preußens Größe in Deutschland und Deutschlands Macht durch Preußen zu begründen.

Vor allem verstand es König Wilhelm, für die großen Aufgaben des Staats die rechten Männer zu finden, und für Bismarck hegte er schon als Prinzregent eine besondere Zuneigung, wenn er auch bei der Wahl seiner ersten Räte zunächst noch durch andre Rücksichten bestimmt wurde.

Als der König im Sommer 1861 zu Baden-Baden verweilte, traf auch Bismarck daselbst ein und hatte mit ihm eingehende Unterredungen bezüglich der deutschen Frage. Bismarck legte seine Grundanschauungen darüber in einer Denkschrift nieder, mit deren Ausarbeitung er vom Könige beauftragt worden.

Zu jener Zeit wurde das Leben König Wilhelms durch einen Mordversuch bedroht, dessen Gelingen die Entwicklung der deutschen Macht und Einheit vielleicht noch lange hätte aufhalten können. In der Lichtenthaler Allee schoß ein junger überspannter Mensch, Oskar Becker aus Odeßja, ein Taschenpistol auf den König ab (14. Juli); er führte als Beweggrund seiner That an, daß der König die Einheit Deutschlands nicht herbeiführen und deren Hindernisse nicht bewältigen könne. Tief bestürzt eilte Bismarck sogleich nach Lichtenthal, wohin sich der König unterdessen begeben hatte, und begleitete denselben von dort auf seinem Rückwege nach Baden-Baden.

Das dankbare Gefühl, daß Gottes schützende Hand in ernstester Gefahr über ihm gewaltet, hatte sich dem Herzen des Königs tief eingepägt und ihn in dem Bewußtsein seines königlichen Berufs gestärkt. Von diesem Gefühle waren noch wenige Monate darauf (Oktober 1861) seine Reden beim Krönungsakte in Königsberg getragen. Auch Bismarck wohnte den Feierlichkeiten daselbst bei und begab sich nach denselben wieder auf seinen Posten in Petersburg zurück, aber nur für kurze Zeit.

Die Hoffnungen, mit welchen die Liberalen den Beginn der neuen Ära begrüßten, gingen nicht in Erfüllung, weil ihre Wünsche das Maß der freisinnigen Einrichtungen, die König Wilhelm zu gewähren Willens war, weit

überstiegen, und weil der König die Durchführung der von ihm beschlossenen neuen Heeresorganisation allen Reformen im Innern des Staates mit Recht voranstellte. Das Ministerium Auerswald-Schwerin, welches weder den Forderungen der Fortschrittspartei gerecht zu werden vermochte, noch die Heeresorganisation energisch genug vor dem Landtage vertrat, nahm seine Entlassung, nachdem es vorher die Auflösung des Abgeordnetenhauses auf königlichen Befehl vollzogen hatte (11. März 1862). Dem neuen Ministerium fiel die schwere Aufgabe zu, die hervorgetretenen Widersprüche zu vermitteln.

Während die Ministerkrisis noch schwebte, wurde Bismarck von Petersburg nach Berlin berufen, um dem Könige mit seinem Räte zur Seite zu stehen. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten schien damals fast beschlossene Thatsache. Bismarck that nichts dazu und nichts dagegen und gönnte einem andern den Ruhm, die schwierige Lage ins Gleiche zu bringen; aber „den König unter Krankheitsvorwänden im Stiche zu lassen“ würde er für „Feigheit und Untreue“ gehalten haben. „Soll es sein, dann voran! wie unsre Kutscher sagen, wenn sie die Leine nehmen“, schrieb er an seine Gemahlin.

Die Ungewißheit über seine demnächstige Verwendung erreichte bald ihr Ende. Als Bismarck eines Vormittags (24. Mai) in Majoruniform auf seiner dunklen Fuchsstute der Parade auf dem Kreuzberge beimohnte, erhielt er seine Ernennung zum Gesandten in Paris „aus dem Sattel“. Die Wolke mit dem „Ministerpräsidenten“ war also für jetzt vorübergezogen. Schon in den nächsten Tagen ging Bismarck an seinen neuen Bestimmungsort ab und am 1. Juni fand seine feierliche Einführung in den Tuilerien statt.

Bismarck sah noch das französische Kaisertum auf dem Höhepunkt seiner Macht, aber auch die inneren Schäden, an welchen dasselbe litt. Welche Verschiedenheit zwischen der Regierung des mächtigen Selbstherrschers im Osten, der aus eigener Entschliebung in seinem großen Reiche überall der Aufklärung und Volksbildung Wege zu bahnen suchte und sein großes Werk, die Befreiung des Bauernstandes von der Leibeigenschaft, soeben begonnen hatte, von derjenigen des Verschwörers auf dem Throne, des Mannes der Attentate von Straßburg, Boulogne und des 2. Dezember, der die Mittel der Staatskunst nur benutzte, um seine Dynastie zu erhalten und der Eitelkeit der „großen Nation“ zu schmeicheln! Nur durch glänzende Erfolge der auswärtigen Politik vermochte Napoleon III. der großen Masse der französischen Nation das System erträglich zu machen, das seinen Namen führte. Gerade um jene Zeit beschäftigte ihn lebhaft der Plan zu jenem weitgehenden, abenteuerlichen Unternehmen in Mexiko, dessen tragischer Ausgang jedoch seinem Namen einen unauslöschlichen Flecken aufprägen sollte.

Bismarcks kurzer Aufenthalt als Gesandter in Paris diente ihm dazu, die Ideen des Kaisers Napoleon für den Fall einer kühnen aggressiven

Politik Preußens kennen zu lernen. Wir erfahren nichts von bedeutungsvollen Unterredungen, von tief angelegten Plänen der beiden Staatsmänner. Die einzige Bemerkung, die wir in Bismarcks Briefen an seine Gemahlin aus dieser Zeit finden, ist die, daß er „Napoleon etwas stärker geworden“ und „die Kaiserin Eugenie schöner wie je und immer sehr liebenswürdig und lustig“ findet. Dennoch wird es ihm an Wahrnehmungen ernsterer Art nicht gefehlt haben, wie denn Bismarck schon einige Jahre zuvor (Ostern 1857) gelegentlich seiner Sendung nach Paris in der Neuchâtelcr Angelegenheit einige verständliche Winke über Napoleons Absichten in gewisser Richtung erhalten hatte.

Der Kaiser hatte in dem Neuchâtelcr Handel ein gewisses Wohlwollen für Preußen an den Tag gelegt und die zum Teil hierdurch erreichte Verständigung mit der Schweiz hatte die Aufträge Bismarcks damals erledigt. In der Voraussetzung, daß er für jene Vermittlung bei der Schweiz seinerseits auf ein Entgegenkommen Preußens rechnen können, ließ Kaiser Napoleon, der wohl wußte, daß Bismarck schon damals einen großen Einfluß an preußischen Hofe übte, ihn zu sich in die Tuileries bitten und setzte hier seinem Gaste auseinander, wie ungerecht die Beschuldigung sei, daß er (Napoleon) nach der Rheingrenze strebe; denn das linksrheinische deutsche Ufer würde für Frankreich immer nur eine unbequeme, kaum haltbare Grenze bilden. Bismarck hatte damals keinen Grund, solche und noch weitergehende Eröffnungen des französischen Kaisers, da sie ihm als eine persönliche Gedankenaussprache erschienen, zum Gegenstande politischer Erörterungen zu machen und den Kaiser durch entschiedene Bekämpfung seiner Lieblingsideen von vornherein zum Gegner Preußens zu stimmen. Er ging vielmehr im Tone der Unterhaltung darüber hinweg, ließ aber nicht unerwähnt, daß die deutsche Frage zu kriegerischen Verwickelungen führen könne, wenn Osterreich fortfahre, Preußen die von ihm beanspruchte Machtstellung streitig zu machen. Aus der Erwiderung des Kaisers erkannte er, daß dieser es nur begünstigen würde, wenn Preußen selbst Schritte zur Beseitigung der Verträge von 1815 thäte, welche den Kaiser an die Niederlage seines Hauses erinnerten. Napoleon hoffte, daß die Zwietracht zwischen Preußen und Osterreich ihm die Erlangung seines wichtigsten Zieles, der Rheingrenze für Frankreich, erleichtern würde. Die Möglichkeit, daß Preußen seine Macht erweitern könne, ohne daß Frankreich seinerseits dabei etwas gewinnen könnte, lag außerhalb Napoleons Gesichtskreis und dieser begegnete deshalb dem preußischen Gesandten stets mit besonderem Wohlwollen.

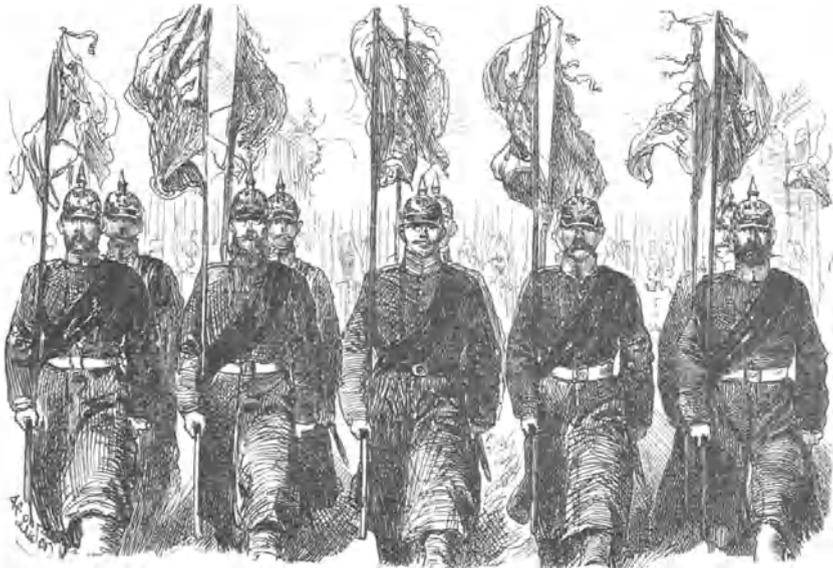
Bismarck aber, dem die Pariser Hof- und Stadtlust wenig behagte, unternahm noch im Juni einen Auszug zur Industrieausstellung nach London und begab sich dann auf eine längere Reise, um die milderen Lüfte des

südwestlichen Frankreichs zu atmen. Er verließ (am 25. Juli) Paris und fuhr über Orleans und Tours nach Bordeaux, machte von hier einen kleinen Streifzug durch das Medoc und die gepriesenen Weinlande der Garonne und begab sich dann über Bayonne in das Seebad San Sebastian.

Mit wonnigem Behagen gab er sich hier und später (August) in Biarritz dem stärkenden Genuß der Seebäder hin. Im September erstieg er „auf des Saumtiers schwindelndem Pfade“ die Berggipfel der Pyrenäen und sah durch die Felsenpforte, die sich im scharfen Klamme des Col de Venasque öffnet, auf Spanien hinab.

„Das Land der Kastanien und Palmen“ — so schrieb er aus Luchon (9. Sept. 1862) an seine Gemahlin — „zeigt sich hier als Felsenkessel, ringsum eingefaßt von der Maladetta; rechts fließen die Gewässer zum Ebro, links zur Garonne, und bis zum Horizonte starrt ein Gletscher und Schneegipfel hinter dem andern, weit nach Katalonien und Aragon hinein. Dort frühstückten wir, etwas schräg an die Felsen gedrückt, rote Rebhühner ohne Salz und ohne Wasser, und ritten dann auf schwindelnden Stegen, aber in herrlichem Wetter, wieder abwärts. Unter 6 bis 8 Stunden zu Pferde geht es keinen Tag. Morgen hat der Scherz ein Ende, und „Ach, wie so bald verhallt“ war heute an der Tagesordnung ... Von Berlin weiß ich gar nichts, habe seit 14 Tagen keine Zeitung gelesen, und mein Urlaub ist um . . . .“

Während Bismarck „im glücklichen Vergessen der Welt“ Berge und Wälder durchstreifte, bald an Seesalz und Sonne, bald an Weinduft und Wonne sich labend, den Dlzweig von Avignon brach und aus der Quelle von Baucuse schöpfte, ward die Luft in seinem Vaterlande schwül und drückend. Der Konflikt, jener hartnäckige und trübselige Streit zwischen der Regierung und Landesvertretung Preußens über die Förderung der Wehrkraft, über Bewilligung der Geldmittel dazu, über Rechte der Krone und Rechte der Volksvertretung, war ausgebrochen und hatte eine drohende Gestalt angenommen. Es bedurfte einer vollen, ungebrochenen Kraft am Steuer, um das Staatsschiff zwischen Klippen hindurch wieder in klare See zu lenken. Jetzt erging des Königs Ruf an Bismarck, und Bismarck stellte sich mit dem Pflichtgefühl, in welchem der Mann voll Vaterlandsliebe und deutscher Treue seine Dienste um so mutiger darbringt, je schwerer die Aufgabe, die seiner wartet.



Die Fahnenparade.

## Zwölftes Kapitel. Der Konflikt.

Das ist ein trostlos Silberstechen,  
Misträuen hier, Verstimmung dort;  
Sie möchten wohl von Sühnung sprechen,  
Doch keiner trifft das rechte Wort.

Erhört belämpfen sich die Reih'n  
Zur rechten und zur linken Hand,  
Und über'm Hader der Parteien  
Denkt keiner mehr ans Vaterland.

E. Geibel.

Viel' Feind', viel' Ehr'!  
Brund'sberg.

Der Konflikt, welchen Bismarck bei Übernahme des Ministeriums in Berlin vorfand, bildete eine der eigentümlichsten Erscheinungen in der konstitutionellen Entwicklung des preussischen Staatslebens. Regierung und Landesvertretung, beide einig über die nationalen Ziele der preussischen Politik, geraten aus Anlaß der vom Könige beabsichtigten Heeresreform über innere Fragen in einen Streit, der so an Schärfe zunimmt, daß die hohen Aufgaben Preußens in den Hintergrund treten und nur noch über die Deutung von Verfassungsparagraphen ein erbitterter Kampf geführt wird.

König Wilhelm hatte von frühester Jugend an seine größte Aufmerksamkeit dem Heere zugewendet; er kannte wie wenige die Vorzüge, aber auch

die Mängel des preußischen Heerwesens. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Landwehrordnung war es einst möglich geworden, daß ein kleiner herabgedrückter Staat zur rechten Stunde plötzlich wohlgerüstete Heerscharen in unerwarteter Zahl und Stärke für Deutschlands Unabhängigkeit ins Feld senden konnte. Der Geist, welcher das Heer in den Befreiungskriegen befeelte, war auch in der nachfolgenden langen Friedenszeit nicht aus demselben gewichen; aber schon bei den Mobilmachungen vor Einsetzung der Regentschaft war es kundigen Männern nicht entgangen, daß die preußischen Heereseinrichtungen den Fortschritten der Volkswirtschaft und der Bevölkerung nicht mehr entsprachen. Die allgemeine Wehrpflicht bestand zwar dem Namen, aber nicht mehr der That nach, da bei der großen Zunahme der Einwohnerzahl in den letzten Jahrzehnten mehr als der dritte Teil der wehrhaften Mannschaften vom Heerdienste frei kam. Bei der ungenügenden Zahl der Feldtruppen war in letzter Zeit auch die Landwehr häufig als solche verwendet worden, abweichend von ihrer ursprünglichen Bestimmung, nach welcher sie nur zur Besatzung der Festungen und als Reserve für die Feldtruppen in Gebrauch treten sollte. Es lag eine gewisse Unbilligkeit darin, daß rüstige, wehrhafte Bursche daheim blieben, während der Wehrmann von Weib und Kind sich trennen mußte, um ins Feld zu ziehen. Je stärker das Heer unter den Fahnen war, desto mehr konnte die Landwehr geschont und den volkswirtschaftlichen Interessen Rechnung getragen werden. Endlich schien auch die allmählich angenommene zweijährige Dienstzeit nicht mehr zu genügen, um die Mannschaften den Fortschritten der Kriegskunst entsprechend im Waffenwerke auszubilden.

Es kam hiernach darauf an, das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht wieder zur Wahrheit zu machen und das Werk der Scharnhorst, Gneisenau, Boyen in deren ureignem Geiste fortzusetzen, damit König und Vaterland in der Stunde der Gefahr sich wieder auf die Wehrkraft des ganzen Volkes stützen könnten. Dieser wichtigen Aufgabe hatte sich der Prinzregent mit voller Wärme gewidmet und dazu vaterlandsliebende Männer von Einsicht und Erfahrung in sein Vertrauen berufen. Während General von Bonin als Kriegsminister schon im Jahre 58 den ersten Reorganisationsplan ausarbeitete, sorgte General Edwin von Manteuffel als Chef des Militärkabinetts für die Besetzung der höheren Offizierstellen durch frische, jugendliche Kräfte; General Helmut Freiherr von Moltke, als Chef des Generalstabs der Armee, förderte das wissenschaftliche Element und brachte Männer von besonderer Begabung an den rechten Platz; General Albrecht von Koon endlich war es, der im Sommer 1858 dem Prinzregenten eine Denkschrift einsandte, welche als der erste Baustein zu dem Werke der Reorganisation angesehen werden kann. In dieser stillen Vorarbeit schaffender Geister lag

der Keim zu den großen Ereignissen der Zukunft. Daß auch Bismarck, obgleich nicht unmittelbar an derselben beteiligt, auf eine Stärkung der Wehrkraft, welche er für „so nötig wie das liebe Brot“ hielt, hinarbeitete, steht für uns außer allen Zweifel.

Die nach dem Frieden von Villafranca gebotene Fortdauer der Kriegsbereitschaft schien der geeignete Anlaß, um in die neue Heeresorganisation hinüberzuleiten. Auf Befehl des Prinzregenten wurde zu Berlin eine Kommission unter dem Vorsitz des Generals von Wrangel niedergesetzt, an welcher der Kriegsminister von Bonin, welchen bald nachher General von Koon ablöste, ferner die Generale von Manteuffel, von Moltke und andre teilnahmen. Der Prinzregent aber brachte durch sein persönliches Eingreifen erhöhte Regsamkeit in die Beratungen; er übernahm selbst den Vorsitz, gab den Antrieb zu den bedeutsamsten Maßregeln und entschied die wichtigsten Fragen. Auf diese Weise entstand unter seiner unmittelbaren Einwirkung der Reorganisationsplan, demgemäß die allgemeine Wehrpflicht wiederhergestellt, die Zahl der Bataillone, Schwadronen und Batterien des stehenden Heeres beinahe auf das Doppelte gebracht, die Landwehr ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben und die Dienstzeit bei der Fahne gesetzlich auf drei Jahre festgestellt wurde. Es war des Prinzregenten fester Wille, auf diesen Grundlagen die Reorganisation, welche er zum Heile Preußens und Deutschlands für notwendig erachtete, ins Leben treten zu lassen. Da dieselbe aber auch neue Geldmittel erforderte, so war es die nächste wichtige Aufgabe der Regierung, die Zustimmung der Kammern dafür zu gewinnen.

Am 12. Januar 1860 eröffnete der Prinzregent in Person die Sitzung des Landtags und kündete in der Thronrede die Vorlage der Heeresreform an. „Der Vertretung des Landes“, sagte er, „ist eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Schutz, für die Größe und Macht des Vaterlandes noch nicht vorgelegt worden. Es gilt, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen.“

Trotz dieses eindringlichen Mahnrufs erregte die Vorlage, welche der neue Kriegsminister von Koon im Abgeordnetenhaus (10. Februar) mit einer ausführlichen Rede begleitete, in den Kreisen der Abgeordneten Befremden. Die Männer des entschiedenen Fortschritts, welche von dem Gedanken ausgingen, daß große Kriege in unserem Zeitalter überhaupt nicht mehr zu erwarten seien, hielten die Unterhaltung großer stehender Heere für eine überflüssige Liebhaberei der Fürsten, durch welche dem Lande unnötig eine drückende Steuerlast aufgebürdet würde; ja sie erblickten in der Vermehrung des stehenden Heeres zugleich eine Stärkung der königlichen Macht, welche einer Erweiterung der Volksrechte widerstrebte. Den Altliberalen aber stand es in Erinnerung, wie der preußische Staat trotz seines Heeres im letzten Jahr-

zehnt nicht die Rolle gespielt habe, die sie ihm zugebracht hatten. Das Wort des Prinzregenten, Preußen müsse in Deutschland moralische Eroberungen machen, wurde von ihnen vielfach so gedeutet, als ob dem preussischen Staate die Führung in Deutschland von selbst zufallen werde, wenn nur mit freisinnigen Einrichtungen Ernst gemacht werde. Die kleine Minderheit konservativer Männer endlich, welche der Reorganisation das Wort redeten, waren doch Gegner der liberalen Minister, die mit der Durchführung beauftragt waren. So fand die Maßregel nirgends die rechte Unterstützung. Dennoch richtete sich der Widerstand zunächst weniger gegen die Reorganisation überhaupt, als gegen einzelne Punkte derselben, namentlich die Trennung der Landwehr von dem übrigen Heere und gegen die dreijährige Dienstzeit. Die liberalen Parteien hüteten sich noch, mit dem Ministerium der neuen Ära zu brechen, und als die Regierung, den Umständen Rechnung tragend, die Vorlage für diese Sitzung (1860) zurückzog und vom Landtage nur die Mittel für die erhöhte Streitbarkeit des Heeres auf ein Jahr (im Betrage von neun Millionen) forderte, wurden diese fast mit Einstimmigkeit gewährt.

Damit war die Streitfrage vertagt, aber nicht gelöst. Die Regierung schritt im besten Vertrauen zur Ausführung des Reorganisationsplans. Die Kammer dagegen dachte, ihre Zustimmung auch künftig an gewisse Bedingungen knüpfen zu können; sie übersah, daß die Reorganisation, nachdem sie einmal ins Werk gesetzt, nicht wieder rückgängig gemacht werden könne. In dieser beiderseitigen Täuschung lag der Keim zu dem späteren Konflikte.

Um 2. Januar 1861 starb König Friedrich Wilhelm IV. Bei der Wiedereröffnung des Landtags (14. Januar) sprach König Wilhelm die zuverlässige Hoffnung aus, die Landesvertretung werde sich gegenüber der gegenwärtigen Lage Preußens in Deutschland der Aufgabe nicht entziehen, das Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwicklung zu fördern. Durch die Verleihung von Fahnen an die neugeschaffenen Regimenter, deren feierliche Einweihung (am 17. und 18. Januar) zu Berlin stattfand, bekundete er zugleich seinen festen Willen, die Reorganisation unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Auch jetzt wählte die Kammer den Ausweg, daß sie die geforderten Geldmittel unter Abzug einiger Posten als außerordentliche Bewilligung auf ein Jahr genehmigte. Sie umging damit abermals die eigentliche Streitfrage und überließ die Lösung derselben, da ihre Sitzungsperiode mit diesem Jahre abließ, ihren Nachfolgern. Als diese aber (1862) zusammentraten, war die Lage eine wesentlich andre.

Bisher war in der Kammer das Streben nicht zu verkennen gewesen, einen Bruch mit dem liberalen Ministerium zu vermeiden. Aber nunmehr befand sich das Ministerium der neuen Ära länger als drei Jahre am Ruder, ohne daß ein wesentlicher Fortschritt bemerkbar, insbesondere die Deutsche

Frage ihrer Lösung näher geführt worden wäre. Die Partei des Fortschritts, welche bisher eine zuwartende Haltung beobachtet hatte, trat jetzt jetzt mit ihren Forderungen entschieden hervor.

Sie nährte im Lande die Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung, namentlich mit der Armeeorganisation, durch welche, wie man verbreitete, der Bevölkerung eine unerträgliche Steuerlast aufgebürdet würde. Dieselbe Partei trug bei den neuen Wahlen fast überall den Sieg davon und verkündete für ihr weiteres Vorgehen ein Programm, welches der Regierung ein Zusammengehen mit ihr unmöglich machte. Ihr Streben war auf Erweiterung der parlamentarischen Rechte und auf den Sturz des gemäßigten Ministeriums gerichtet, das sie durch Männer aus ihrer Mitte ersetzt zu sehen wünschte. So traten die Gegensätze zwischen Regierung und Landesvertretung immer schroffer hervor, und der Punkt, in welchem sie zunächst aufeinander stießen, war die von dem alten Abgeordnetenhaufe ungelöst gebliebene Militärfrage.

Beim Eintritt in die Beratung des Budgets beantragte der Abgeordnete Hagen, die Regierung zu einer solchen Spezialisierung des vorgelegten Staatshaushalts aufzufordern, daß eine peinliche Kontrolle jedes einzelnen Postens seitens der Kammer erfolgen könnte. Trotz der bestimmten Erklärung des Finanzministers, daß er diesem Verlangen für das laufende Jahr keine Folge mehr zu geben vermöchte, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Das Ministerium, welches sich auf keine Partei mehr stützen konnte, reichte seine Entlassung ein, vollzog aber noch vor Annahme derselben auf königlichen Befehl die Auflösung des Abgeordnetenhauses (11. März). Es war um die Zeit, als wir Bismarck kurz vor dem Wechsel des Gesandtschaftspostens in Berlin verweilen sahen, und als der König bereits ernsthaft damit umging, ihm den Vorsitz im neuen Ministerium zu übertragen.

Die neuen Minister — von Jagow, Graf Lippe, von Mühler, Graf Hzenplich — gehörten keiner extremen politischen Richtung an; indessen bürgte das Verbleiben Roon's im Ministerium dafür, daß der König in der Frage der Heeresreorganisation nicht nachzugeben Willens war. Außer Roon traten noch der Finanzminister von der Heydt und der Minister des auswärtigen Graf Bernstorff, welcher dem Freiherrn von Schleinitz (bereits den 10. Oktober 1861) gefolgt war, aus dem alten in das neue Ministerium über. Den Vorsitz erhielt der bisherige Präsident des Herrenhauses, Fürst zu Hohenlohe-Ingelfingen, doch lag die schwerste Verantwortung nächst Roon auf dem früheren Handels- und neuen Finanzminister von der Heydt. Der wahre Mann der Situation aber stand bereits im Hintergrunde, Otto von Bismarck-Schönhausen.

Die in das Land zurückgekehrten Abgeordneten gaben in Reden und Festoakten ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung lauten Ausdruck. Für

die Neuwahlen wurde allgemein die Lösung „Wiederwahl der alten Abgeordneten“ ausgegeben. So sehen wir in dem (19. Mai 1862) wiederberufenen Abgeordnetenhaufe den Kampf gegen die Regierung in noch schärferen Formen sich erneuern. Die Sitzungen erreichten ihren Höhepunkt in den Verhandlungen über das Militärbudget (11. bis 23. September).

Dem Könige persönlich lag die Ausgleichung des Konflikts dringend am Herzen. Er berief eine Kommission von Generalen, welche vorurteilslos prüfen sollte, ob und bis zu welchen Grenzen den Wünschen der Kammer auf Herabsetzung des Budgets ohne Schaden für das Ganze nachgegeben werden könne. Die Kommission entschied in allen Hauptpunkten für den ursprünglichen Reorganisationsplan. Nur mit einigen nebensächlichen Abänderungen suchte die Regierung der Kammer entgegenzukommen. Allen weitergehenden Forderungen, z. B. Kürzung der Dienstzeit, Verminderung der Stärke der Truppenkörper, stand als unbezwinglicher Damm der Wille des Königs selbst entgegen, der die Reorganisation für sein eigenstes Werk erklärte. Das Abgeordnetenhaus aber wollte durch seinen Widerspruch der königlichen Gewalt bestimmte Schranken setzen. So schärfte sich der Militärkonflikt zu der Frage, ob königliche oder parlamentarische Gewalt in Preußen künftig vorgehen solle.

Das ganze Land war in tiefer Erregung. Dem Könige selbst schien keine andre Wahl zu bleiben, als entweder seinen königlichen Willen den Beschlüssen der Kammermajorität unterzuordnen, die Hälfte seiner Regimenter zu entlassen, die Fahnen, in deren Schacht er selbst den ersten Nagel geschlagen, wieder in den Rüstkammern niederlegen zu lassen — oder die Reorganisation trotz des Widerspruches im Abgeordnetenhaufe aufrecht zu erhalten. In ersterem schien eine Beschränkung der königlichen Macht, in letzterem eine Verfassungsverletzung zu liegen. In dieser bedenklichen Lage des Staats berief König Wilhelm an die erste Stelle seiner Ratgeber den Mann, welchem es in der That gelang, mit brandenburgischer Zähigkeit den Konflikt in allen seinen Wandlungen bis zur endlichen Lösung durchzukämpfen.

Der Name Bismarck war damals bei der großen Masse des Volkes wenig bekannt und noch weniger beliebt. Man erinnerte sich, wie Bismarck vor 15 Jahren in seinen Reden auf dem Vereinigten Landtage die Liberalen bekämpft, wie er die Barrikadenkämpfer der Berliner Märznacht Rebellen genannt, wie er im Erfurter Parlament in Gemeinschaft mit Stahl und Gerlach den Radowitschen Unionsbestrebungen entgegengetreten war und den Rückzug der Manteuffelschen Politik nach Olmütz gedeckt hatte. Aber man ahnte nicht, was Bismarck als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. während der „acht Kriegsjahre vor dem Feinde“, was er als Gesandter am Petersburger Hofe, gleichsam „kalt gestellt“ und auf der Warte stehend, was

er endlich in der Nähe des geheimnisvollen Dezembermanns in den Tuileries gelernt und erfahren hatte.

In den Augen der Presse und der öffentlichen Meinung freilich galt Bismarck zu jener Zeit als der Hauptanführer der Feudalen, als der verstockteste aller Junker, als „der Typus eines die Uniform unter dem Frack verbergenden preussischen Staatsmannes.“

Es war um die Mitte des September (1862), als Bismarcks Aufenthalt in den Pyrenäenbädern durch seine telegraphische Berufung nach Berlin unterbrochen ward. Unverzüglich trat er die Reise an. Die Zeitungen, welche ihm hier und da an den Stationen angeboten wurden, waren voll Betrachtungen über den Konflikt; sie sprachen von der gefährvollen Lage des Staates



Besprechung mit Roon im Eisenbahnwagen.

und knüpften an die Gerüchte von Bismarcks Ernennung zum Ministerpräsidenten ihre Mutmaßungen von einem bevorstehenden Staatsstreich. Er las auch die Beinamen, unter welchen die öffentlichen Blätter ihn bei ihrem Publikum einzuführen suchten; sie nannten ihn einen „burschikosen Junker“, einen „hohlen Renommisten“, den „Napoleonvergötterer“, „Städtevertilger“ u. s. w.

Unterwegs traf Bismarck mit dem Kriegsminister von Roon zusammen, der ihm entgegengereist war, um ihn zu begrüßen und ihm nähere Nachrichten über die letzten erbitterten Kämpfe in der preussischen Zweiten Kammer zu bringen. Als Knabe hatte Bismarck den damaligen Leutnant von Roon oft mit seiner kleinen Virschflinte ins Feld begleitet, wenn dieser in der Nähe der Bismarckschen Güter in Pommern Feldmessungen ausführte; jetzt schickten

sich die beiden Männer an, gemeinschaftlich einen ernsteren Gang zu unternehmen.

Bald nach seiner Ankunft in Berlin (19. Sept.) hatte Bismarck Audienz beim Könige. Die Unterredung, welche zur Übernahme des Ministeriums führte, fand im Park von Babelsberg statt. Der König hegte die Besorgnis, daß Bismarck in der inneren Politik zu konservativ sei, insbesondere auch, daß er den damals noch vorliegenden Schwerinschen Entwurf der Kreisordnung nicht annehmen werde, und hatte deshalb ein Programm zu Papier gebracht. Bismarck sprach sich über dasselbe in dem Sinne aus: „Bei der Sachlage müsse er es für seine Aufgabe betrachten, die für das Wohl des Staates unentbehrlichen Rechte des Königtums zu erhalten; neben dieser Aufgabe sei es von untergeordneter Bedeutung, ob einige Rittergutsbesitzer mehr oder weniger auf den Kreistagen Stimme hätten.“ Der König, das Blatt zusammenvollend, sagte: „Dann brauchen wir dies nicht!“ und reichte Bismarck die Hand.

Am 24. September brachte der preußische Staatsanzeiger die königliche Kabinettsordre: „Nachdem der Prinz Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen auf sein wiederholtes Gesuch von dem Vorsitz im Staatsministerium entbunden, habe ich den Wirklichen Geheimen Rat von Bismarck-Schönhausen zum Staatsminister ernannt und ihm den interimistischen Vorsitz des Staatsministeriums übertragen.  
Wilhelm.“

Am demselben Tage (23. Sept.), als diese Kabinettsordre in Babelsberg ausgefertigt wurde, hatte das Abgeordnetenhaus in der Schlußabstimmung sämtliche Mehrausgaben für das reorganisierte Heer aus dem Staatshaushaltsgesetz für 1862 gestrichen.

Was Bismarck in dieser schwierigen Lage den zuversichtlichen Mut gab, das Staatsschiff zwischen den Klippen hindurch zu steuern, war das Vertrauen in den Genius seines Vaterlandes. Bismarcks Ehrgeiz ist nicht ein persönlicher, wie bei manchen bedeutenden Staatsmännern vor und zu seiner Zeit, sondern er wurzelt in der Liebe zu seinem angestammten Vaterlande. Der Glaube an den geschichtlichen Beruf Preußens in Deutschland ist bei ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Setzt an die erste und einflußreichste Stelle im Staate berufen, war er fest entschlossen und erkannte es für seine Aufgabe, Preußen zur ersten Macht in und über Deutschland zu erheben, den „Unfinn des alten Bundestags“ unter Österreichs Führung zu beseitigen und Preußen die politische und militärische Führung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten — zunächst der in der preußischen Machtsphäre gelegenen Norddeutschlands — sei es selbst um den Preis von Fürstentronen, zu verschaffen. Sein Streben ging weiter, als danach, in Preußen eine Parteidregierung zu errichten; für ihn hatte der Verfassungskonflikt lediglich die

Bedeutung, mit Durchsetzung des königlichen Willens die für seine politischen Pläne notwendigen Mittel zu erhalten.

Aber er täuschte sich, wenn er annahm, daß der Appell an die Vaterlandsiebe allein schon genügen werde, um dem Konflikte seinen Stachel zu nehmen. Er übersah, wie die mehrjährigen Meinungskämpfe um Deutung von staatsrechtlichen Grundsätzen selbst den Gesichtskreis der Vaterlandsfreunde verengert hatten. Ja, wenn selbst Bismarck seine Pläne damals noch deutlicher dargelegt hätte, als es unter den politischen Verhältnissen geschehen konnte, man würde ihm dennoch die Mitwirkung verweigert haben, weil es eben Bismarck, der Junker, war, der ihre Verwirklichung anstrebte.

Am 29. September wohnte Bismarck zum erstenmal als Ministerpräsident der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei, und sein erster Schritt bekundete versöhnliche Absichten. Er zog im königlichen Auftrage den Gesetzentwurf über das Budget zurück, „um die Hindernisse der Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin seien“, und versprach, beim Beginn der nächsten Sitzungsperiode den Haushaltsplan für 1863 „in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der eingetretenen Heeresreform aufrecht erhaltenden Gesetzentwurfe zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht“ vorzulegen. Inzwischen waren die meisten Ausgaben für das laufende Jahr in der That bereits geleistet, ohne daß eine gesetzliche Feststellung des Staatshaushaltes möglich gewesen. Bismarck bemühte sich deshalb, nachträglich eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus herbeizuführen. Er gab bei dieser Gelegenheit seine Ansicht über die Verfassungsbestimmungen betreffend des Budgets kund, welches als Gesetz nur in gemeinsamer Übereinstimmung von Krone, Herrenhaus und Abgeordnetenhause festzustellen sei. In diesem Sinne bezeichnet er den Konflikt als einen Streit über die Grenze zwischen der Macht der Krone und derjenigen des Parlaments, und er sprach die Hoffnung aus, daß die Krisis, wie sie auch verlaufen möge, zum Wohle des Vaterlandes ausschlagen werde. „Der Konflikt“ — sagte er — „so ernst er auch werden kann, wird doch zu tragisch aufgefaßt, von der Presse zu tragisch dargestellt. Wir sind Kinder desselben Landes. Die Regierung sucht keinen Kampf. Kann die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so bietet sie gern die Hand dazu; — das ist kein Programm, sondern eine persönliche Äußerung, die „aus gutem Herzen“ kommt; man möge sie hinnehmen als die Worte eines Mannes, der mit den Abgeordneten an einem gemeinsamen Werke zu arbeiten berufen ist.“

Die Mitglieder der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gingen indes auf diese versöhnliche Aufforderung nicht ein, betonten vielmehr ein parlamentarisches Vorrecht des Abgeordnetenhauses bei der Feststellung des Budgets. Bismarck aber zog während ihrer Reden einen Ölzweig aus seiner

Brieftasche und legte ihn vor sich auf dem Tische nieder. „Ich habe ihn in Avignon gepflückt“, sagte er leise zu dem ihm zunächst sitzenden fortschrittlichen Abgeordneten, „um ihn hier meinen früheren Gegnern als Friedenszeichen zu bieten; doch ich sehe wohl, daß die Zeit dazu noch nicht gekommen ist.“ Wir werden weiter unten hören, wie Bismarck vier Jahre später, vom Ministertische abermals den Abgeordneten der Fortschrittspartei einen Zweig als Friedenszeichen darbot; er hieß „Indemnität“ und wurde angenommen.

Nochmals auf die Notwendigkeit der Heeresreorganisation eingehend, fuhr Bismarck fort: „— Preußens geographische und politische Lage nötigt es, die Haltung einer verhältnismäßig starken Armee fortzusetzen, und man darf nicht mit Reid auf die verhältnismäßig geringeren Kriegslasten der deutschen Nachbarstaaten blicken. Preußen muß aber seine Rüstung auch nützen und sich stärken, damit es nach und nach hineinwache. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht. Denn unsre Grenzen, wie sie die Wiener Verträge geschaffen haben, sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Irrtum in den Jahren 1848 und 1849 gewesen — sondern durch **Eisen und Blut!**“ —

Diese Erklärungen gingen wie ein Lauffeuer durch ganz Deutschland, ja durch ganz Europa. An der Donau wie an der Seine widmete man ihnen die höchste Beachtung; nur dort, wo dieselben einen unmittelbaren Eindruck üben sollten, verfehlten sie denselben gänzlich. Man spöttelte über die heißspornigen Auslassungen des brandenburgischen Junkers und hielt ihm vor, daß die Landesvertretung zu seiner wagehalsigen Blut- und Eisenpolitik nie die Mittel gewähren würde.

Die Budgetkommission beantragte auf den Vorschlag ihres Vorsitzenden, von Forckenbeck, das Abgeordnetenhaus möge an das Staatsministerium die Aufforderung richten, das Staatshaushaltsgesetz noch vor Schluß des Jahres 1863 zur verfassungsmäßigen Feststellung vorzulegen, und zugleich die Verfügung von Ausgaben, die vom Abgeordnetenhause abgelehnt worden, für verfassungswidrig erklären.

Am 6. Oktober lag dieser Antrag dem Hause zur Beratung vor. Es kam zu einer sehr erregten Sitzung. „Wenn die Minister in Ermangelung eines verfassungsmäßig zustande gekommenen Budgets ohne Budget regieren wollten“, sagte der berühmte Staatsrechtslehrer Gneist, „so würden sie die Axt an die Wurzeln der Verfassung und des Staates selber legen; wir würden dann in Preußen einen Polignac als leitenden Minister haben, auf dessen berüchtigte Ordonnanzen in Frankreich (1830) die Julirevolution und die Vertreibung der Bourbons folgte.“ Die Altliberalen im Abgeordnetenhause

wollten die Versöhnung nicht ganz zurückweisen, und der Abgeordnete v. Vincke beantragte, daß die königliche Staatsregierung, falls sich die Feststellung des Staatshaushaltes für das nächste Jahr (1863) nicht vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen lasse, zur Nachsuchung eines vorläufigen außerordentlichen Kredits noch vor Ablauf des Jahres 1862 verpflichtet sei. Dieser Antrag an sich konnte zwar als praktischer Vermittlungsvorschlag die Zustimmung der Regierung finden, nicht aber dessen Beweggründe, bei deren Entwicklung der Antragsteller (v. Vincke) ausdrücklich von der unverfälschten Budgetbemilligung des Abgeordnetenhauses ausging. Die Abgeordneten selbst aber erblickten in der Erklärung Bismarcks, daß er sich auf den Boden des Vinckeschen Amendements stelle, ohne sich zugleich die Motive desselben anzueignen, nur eine Kriegslift und beschuldigten ihn, daß er die goldene Brücke, die man ihm zum Rückzuge schlagen wolle, als eine Brücke zum Angriff benutzen werde. Selbst die Partei, aus deren Mitte der Antrag hervorgegangen, verhielt sich kühl dazu. Vergebens machte Bismarck geltend, daß man doch nur über die Anträge selbst, nicht über die Motive abstimme — der Antrag der Budgetkommission wurde in seiner ursprünglichen Fassung angenommen und das Vinckesche Amendement verworfen.

Einige Tage darauf (11. Okt.) versagte das Herrenhaus dem Budget für 1862, welches ihm mit den im Abgeordnetenhaus vorgenommenen Herabsetzungen zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung — d. h. zur Annahme oder Ablehnung im ganzen (en bloc) — vorlag, seine Zustimmung und stellte die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder her. Das Abgeordnetenhaus aber erklärte seinerseits den letzteren Beschluß des Herrenhauses, weil über dessen Befugnisse hinausgehend, für „null und nichtig“.

Der Konflikt war vollständig. Von den drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt beschuldigte einer den andern des Verfassungsbruches. Unter solchen Umständen glaubte Bismarck von der Fortsetzung seines Vermittlungsverfahrens einen Erfolg sich nicht versprechen zu können, und am 13. Oktober 1862 erfolgte der Schluß des Landtags. Bei dieser Gelegenheit betonte Bismarck die Notwendigkeit, daß nunmehr die Regierung einstweilen den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Grundlage führen müsse, daß sie aber die Zuversicht hege, für ihre verantwortungsvolle Verwaltung später die nachträgliche Genehmigung des Landtages zu erhalten.

Das war die Einleitung der sogenannten „budgetlosen Zeit“, die erste Verfassungskrise in Preußen. Es ist bis in die neueste Zeit vielfach darüber gestritten worden, was hätte zu Recht geschehen sollen, als die notwendige Übereinstimmung der drei gesetzgebenden Faktoren für das Budgetgesetz nicht erreicht werden konnte. Während die Minister ihre Verpflichtung behaupteten, die Regierung, da die Staatsmaschine nicht stille stehen könne, auch ohne

Budget weiter zu führen und die nötigen Ausgaben zu leisten, erklärten die liberalen Abgeordneten, daß die Minister zu zaghaft, um dem Könige die Aufhebung der Verfassung mittels eines Staatsstreichs anzuraten, ihren angestrebten Erfolg durch Umgehung der wichtigsten Verfassungsätze zu erreichen suchten. König Wilhelm und seine Minister handelten indessen, eingedenk ihres Eides, nach ihrer gewissenhaften Überzeugung, indem sie das Wohl des Staates höher stellten als jedes theoretische Recht.

Bismarck war unterdessen vom Könige (8. Oktober) endgültig mit dem Vorsitz im Staatsministerium betraut und zugleich — an Stelle des Grafen Bernstorff — zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Durch die Berufung von Bodelschwinghs zum Finanzminister an v. d. Heydts Stelle und des Grafen Eulenburg zum Minister des Innern als Nachfolger von v. Jagow, hatte das Staatsministerium an innerer Einheit gewonnen. Trotz allen Schwierigkeiten verlor Bismarck doch nicht einen Augenblick seine freudige Zuversicht, ja auch der Humor leuchtet in den Briefen an seine Gemahlin oft hindurch. So sehen wir ihn mitten in der stürmischen Sitzung vom 7. Oktober, während der Diener mit der inhaltschweren Depeschmappe ab- und zugeht, mit schneller Hand einige Zeilen an die noch in Pommern weilende Gemahlin auf das vor ihm liegende Blättchen werfen: „Am Kammer-tisch, mit einem Redner, der mir Sottisen sagt, auf der Tribüne vor mir, zwischen einer abgegebenen und abzugebenden Erklärung, gebe ich Dir Nachricht von meinem Wohlbefinden. Arbeit ist viel, etwas müde; nicht genug Schlaf, aller Anfang ist schwer; mit Gottes Hilfe wird es besser werden....“

Gegen Ende des Oktober reiste Bismarck noch einmal nach Paris, um sich beim Kaiser Napoleon zu verabschieden. Im Schlosse St. Cloud, in denselben Räumen, wo einst Karl X. die bekannten Juli-Ordonnanzen unterzeichnet hatte, überreichte er dem Kaiser sein Abberufungsschreiben. Napoleon war mit Aufmerksamkeit den Vorgängen in den preußischen Kammern und den ersten Schritten des neuen Ministerpräsidenten gefolgt. Es war bezeichnend für seine Beurteilung der preußischen Zustände, daß auch er in dieser Abschiedsaudienz eine Anspielung auf das Schicksal des Ministers Karls X., Polignac, machte.

Das Zerwürfniß zwischen Regierung und Landesvertretung begann unterdessen seine Rückwirkung auf das Land zu äußern. Die heimgekehrten Abgeordneten der Fortschrittspartei wurden von ihren Wählern bei Banketten und Festlichkeiten gefeiert. Den heftigen Angriffen der Presse gegen die Regierung antwortete diese mit Preßprozessen und Beschlagnahme von Zeitungen. Um dem Anspruche der Fortschrittspartei entgegen zu treten, daß sie allein die Stimme des Landes vertrete, erschienen in der Hauptstadt zahlreiche sogenannte Loyalitätsdeputationen und versicherten dem Könige ihre unverbrüchliche

Treue und ihr Aussharren auf Seite der Regierung im Kampfe mit dem Parlamente.

Nach dreimonatlicher Pause fand die Wiedereröffnung des Landtags durch den Ministerpräsidenten im Auftrage des Königs statt (14. Januar 1863). Bismarck sprach den lebhaften Wunsch aus, daß es diesmal gelingen möchte, über die ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen; er verhiess eine Vorlage über die Staatseinnahmen und =Ausgaben des abgelaufenen Jahres zur nachträglichen Genehmigung des Landtags, sowie die Vorlage eines neuen Staatshaushaltes für 1863 in Verbindung mit einem Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Aber das Abgeordnetenhaus zeigte sich weniger denn je zur Nachgiebigkeit geneigt. Der Präsident Grabow eröffnete die Sitzung, indem er der Regierung ein wahres Sündenregister vorhielt. Bald darauf führte die Adreßdebatte zu den leidenschaftlichsten Angriffen gegen die Minister. Ein von dem Abgeordneten Birchow verfaßter Entwurf der dem Könige einzureichenden Adreß enthielt in scharfen Ausdrücken eine Anklage des Ministeriums, obgleich dessen sämtliche Regierungsakte im Namen des Königs vollzogen und von diesem gutgeheißen waren. Bismarck bekämpfte in der Kammer mit scharfen Worten diese Adreß, durch welche „dem königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Rechte abgefordert würden, um sie der Majorität des Abgeordnetenhauses zu übertragen“ . . . . „Das preußische Königtum“ — so schloß er — „hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.“

Auf den eigentlichen Kern der Bismarckschen Darlegung gingen die nachfolgenden Redner nicht mehr ein; dagegen bot die Berufung auf die tatsächliche Macht dem Abgeordneten Grafen von Schwerin Anlaß zu der Deutung, als ob jener Hinweis in dem Satze gipfelte: „Macht geht vor Recht“, während doch die Macht des preußischen Königtums gerade auf dem umgekehrten Grundsatz: „Recht geht vor Macht!“ stets beruht habe. Andre Abgeordnete griffen den Ministerpräsidenten persönlich an; aber dieser blieb unerschüttert. Dem Abgeordneten Birchow antwortete er auf den Vorwurf, daß die Minister eine „preußische Sprache“ redeten, mit dem Einwurf: „Meine Herren, ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden diese Sprache noch oft von mir hören.“

Da der König es ablehnte, die Adreßdeputation zu empfangen, so wurde die Adreß ihm schriftlich, ohne Vermittelung der Minister, eingereicht. Unter dem 3. Februar erfolgte die königliche Antwort, und zwar, um über die persönliche Willensmeinung des Königs keinen Zweifel zu lassen, ohne die

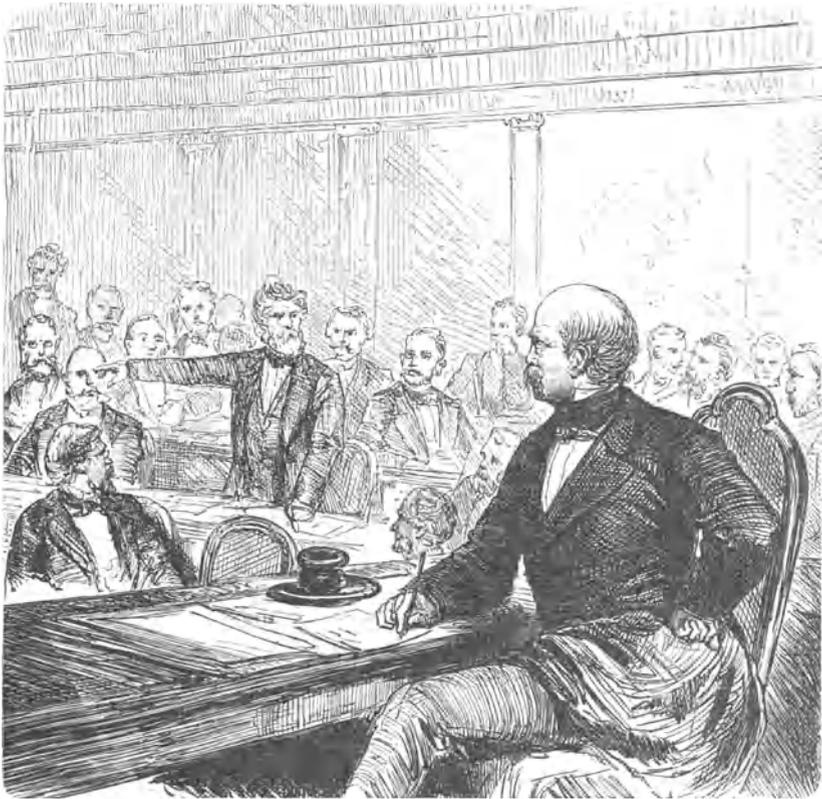
Gegenzeichnung eines Ministers. Er wies die in der Adresse enthaltenen Anklagen als unbegründet zurück und stellte die Regierungshandlungen der Minister, welche von ihm gebilligt wären, unter seinen Schutz. Nachdem er ferner die versöhnlichen Absichten seiner Regierung hervorgehoben, schloß er: „Ich erwarte, daß das Abgeordnetenhaus diese Weise des Entgegenkommens nicht ferner unbeachtet lassen wird, und fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits meinen landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, daß das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches meinem Herzen Bedürfnis ist — meinem Herzen, dessen einziges Verlangen darauf gerichtet ist, das Wohl des preußischen Volkes zu fördern und dem Lande die Stellung zu erhalten, die eine glorreiche Geschichte durch treues Zusammengehen von König und Volk demselben angewiesen haben.“

Der Konflikt war hier an einer Grenze angekommen, welche von dem Abgeordnetenhaus nicht überschritten werden konnte, ohne die Ehrfurcht gegen den König persönlich zu verletzen. Es kam darauf an, denselben auf ein anderes Gebiet zu übertragen, wozu sich bald Gelegenheit darbot.

Bei einer Militäraushebung in Polen (Jan. 1863) war nämlich der dort längst vorbereitete Aufstand gegen die russische Regierung ausgebrochen, welcher geschürt von den Geistlichen und Adel — sich schnell über das ganze unglückliche Land verbreitete. Preußen war durch die Vorgänge an der Weichsel sehr nahe berührt. Die preußische Regierung hatte Vorkehrungen zu treffen, damit die Ausbreitung des Aufstandes über preußisches Gebiet verhindert würde. Zu diesem Zwecke wurden militärische Maßregeln an der Grenze angeordnet und mit der russischen Regierung eine Übereinkunft abgeschlossen, derzufolge den russischen Heeresabteilungen in gewissen Fällen eine bewaffnete Grenzüberschreitung gestattet war.

Die Teilnahme für das unglückliche Volk, die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland, vor allem der Wunsch, dem Ministerium eine Verlegenheit zu bereiten, riefen wegen jener Konvention im Abgeordnetenhaus heftige Angriffe auf die Regierung hervor. Hierbei ging unter anderm der Abgeordnete Waldeck soweit, daß er dem Ministerpräsidenten das richtige Gefühl für die Ehre Preußens absprach, er bezeichnete die Konvention als eine Hilfsleistung an die russischen Hängengedarmen und verglich sie mit dem Verkauf der hessischen Landesfinder nach Amerika. „Wem darüber nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, der ist nicht wert ein Preuße zu sein, der versteht die Mission Preußens nicht.“ Der Ministerpräsident bekämpfte seine innere Aufregung über diese rauhen Worte; er verließ während der Rede den Saal, kehrte aber bald zurück und gab seine Antwort in Ausdrücken vornehmer Ruhe. „Ich glaube für die Ehre Preußens mindestens so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, und glaube dies durch

mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maße bekundet zu haben. Mir fiel bei dieser Äußerung ein Vorgang im englischen Parlamente ein, auf das Sie, meine Herren, sich so gern berufen. Es handelte sich um Abschaffung von Monopolen, und einer der englischen Staatsmänner bemerkte dabei nicht mit Unrecht, das gehässigste aller Monopole sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugend, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegen.“



Im Abgeordnetenhaus (1863).

Auch im Auslande wirbelte die Konvention viel Staub auf. An der Themse wie an der Seine wurde dieselbe zum Gegenstande diplomatischer Rundgebungen gemacht. Die Fortschrittspartei frohlockte; sie glaubte, daß das Ministerium dem gemeinschaftlichen Andrang des In- und Auslandes nicht gewachsen sei und daß es nur noch eines parlamentarischen Sturmes bedürfe, um dasselbe zum Rücktritt zu nötigen. Diesen Zweck hatte ein Antrag von Gerverbeck und von Carlowitz, welcher dahin ging, das Haus möge erklären,

das Interesse Preußens erfordere die strengste Neutralität zwischen den beiden kämpfenden Teilen, den russischen Truppen und den polnischen Insurgenten. In den dreitägigen Verhandlungen über diesen Gegenstand (26. bis 28. Febr.) hatten sich die Minister einer wahren Flut von Vorwürfen zu erwehren. Die Redner der Fortschrittspartei bezeichneten die Februarconvention als eine „Verletzung des Gesetzes“, als eine „Mitschuld an russischen Verbrechen“, als ein „Brandmal preußischer Ehre“; sie sprachen aus, die Ehre dieses Ministeriums könne nicht mehr als die Ehre des Landes angesehen werden, und da die jetzige Regierung Preußens in keiner auswärtigen Frage Vorbeeren ernten könne, so müsse in allen auswärtigen Fragen das Wort des Hauses auf „Gewehr bei Fuß“ lauten, so lange die Krone ihre jetzigen Ratgeber behalte. Den Hauptsturm hatte der Ministerpräsident selbst auszuhalten. Man las ihm Stellen aus seinen Kammerreden von 1849 vor und beschuldigte ihn, daß er einen studentischen Ton in die parlamentarischen Beratungen tragen wolle. Der Präsident des Hauses überließ es dem Ministerpräsidenten, sich selbst gegen solche Ausfälle zu wehren. Dies geschah denn auch von ihm mit Ruhe und Festigkeit, aber nicht ohne bittere Ironie, so daß mitunter heftiger Wortwechsel vorkam, in welchem selbst die Zuständigkeit des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, für die Hausordnung einzutreten, in Frage gestellt wurde.

Die Convention, diese „politische Seeschlange“, welche in der Presse, in den Kammern und in den Kabinetten soviel Redens von sich gemacht hatte, verschwand endlich wieder von der Tagesordnung, ohne eine andre tatsächliche Folge gehabt zu haben, als daß an einzelnen Stellen bei Verfolgung von Insurgentenhaufen Grenzüberschreitungen durch russische Truppen stattfanden und daß an den preußischen Grenzstationen die Post einige Male mit einer Eskorte von Kosaken ankam. Bismarck hatte wohl Grund, durch den Abschluß der Übereinkunft sich Rußland gefällig zu zeigen, zumal sie die Sicherung preußischen Gebietes bezweckte; er sah voraus, daß die Freundschaft Rußlands ihm bald in einer andern Angelegenheit gute Dienste leisten würde.

In dem Hause der Abgeordneten war inzwischen die Verhandlung über das Budget und über das Militärgesetz von neuem aufgenommen worden. Es erschien für Bismarck in jener Zeit eine schwere Aufgabe, immer wieder mit frischem Mute das Haus zu betreten, wo er sich in seiner Person und in seiner Stellung den heftigsten Anfechtungen ausgesetzt mußte. Es blieb ihm aber keine andre Wahl, als den Kampf mit seinen bisherigen Gegnern weiter zu kämpfen oder — zurückzutreten. Ein minder kraftvoller Charakter hätte bei so vielen Schwierigkeiten und bei der scheinbaren Hoffnungslosigkeit der Regierungssache das letztere gewählt, aber das ist der Vorzug groß

angelegter Naturen, daß ihre Kräfte an der Aufgabe selbst wachsen und daß sie ein durch schwere Kämpfe errungenes Ziel nur als eine Vorstufe betrachten, um ein anderes, höheres zu erstreben. Das ist auch die treibende Kraft, das „Noch lange nicht genug!“ in der Bismarckschen Natur, welche ihn auf jedem neuen Kampfplatz in neuer Rüstung wieder auftreten läßt. Bismarck fühlte, daß mit seinem Rücktritt die Gegner einen Sieg nicht allein über seine Person errungen haben würden — der wäre ihm leichter zu verschmerzen gewesen, aber die Sache des preussischen Königtums durfte nicht unterliegen; darum galt es tapfer auszuharren auf seinem Posten, bis mit Gottes Hilfe bessere Zeiten kommen würden.

Es bedurfte freilich eines eisernen Willens und einer unerschütterlichen Festigkeit, um alle die Schwierigkeiten, die sich ihm in der Ausübung seiner Berufspflichten entgegenstellten, zu überwinden. Seine Nerven litten durch die ununterbrochene Aufregung in den Kammerverhandlungen und Schmähschriften wie Drohbriefe liefen eine Zeit hindurch fast täglich bei ihm ein; sie wurden von ihm größtenteils unberücksichtigt der verzehrenden Raminflamme übergeben, damit sie nicht der sorgenden Gemahlin in die Hände fielen.

Neben den Versuchen, ihn einzuschüchtern, fehlte es aber auch an solchen Kundgebungen nicht, welche dem kraftvollen Auftreten des Ministers in seinem Kampfe für die Rechte des Königtums aus warmen Herzen Dank und Beifall zollten. Aus vielen Gegenden des Landes liefen Dankadressen bei ihm ein, patriotische Frauen schmückten sein Zimmer mit ihrer Hände Arbeit, so die Frauen des Rheinlandes mit einem kostbaren Teppich; die praktischen Damen von Kottbus verehrten ihm einen selbstgebackenen riesenhaften Baumkuchen, der an Königs Geburtstag auf der häuslichen Tafel prangte. Eine Schar von Männern, aus allen Teilen des Vaterlandes an den grünen Gestaden des Rheins zusammengeführt, übersandte dem Ministerpräsidenten von dort einen Ehrendegen, dessen Klinge auf der einen Seite den Spruch „Viel Feind, viel Ehre!“ trug — mit welchem Rufe der alte Trundsborg an der Spitze seiner frommen Landsknechte sich in der Schlacht bei Creazzo, als schon alles verloren schien, durch die zehnfache Übermacht seiner Gegner hindurch schlug — während die andre Seite der Klinge unter dem Bismarckschen Wappen den Wahrspruch zeigte:

Das Wegefraut soll stehen la'n;

Hüt' Dich Junge! 's sind Nesseln dran!“

welcher sich auf eine vielfach verbreitete, aber irrtümliche Deutung des Bismarckschen Wappens bezieht.

Die Geber dieses Ehrendegens hatten zugleich die Bitte ausgesprochen, daß Bismarck denselben an dem auf den 17. März fallenden vaterländischen Festtage zuerst anlegen möchte. Dieses Fest war die fünfzigjährige Jubelfeier

des königlichen Aufrufs „An mein Volk!“ in Verbindung mit der Grundsteinlegung zum Denkmal für den König Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten zu Berlin. König Wilhelm hatte die sämtlichen noch lebenden Ritter des Eisernen Kreuzes, sowie die in Berlin gegenwärtigen Veteranen des Freiheitskrieges zu dieser Feier und zum Festmahl an seine Tafel entboten. Gegen 4000 Ehrengäste, darunter mehr als die Hälfte mit dem Eisernen Kreuze geschmückt, fanden sich ein. Von den Appellplätzen, wo sie sich nach ihren früheren Korps und Waffengattungen ordneten, traten sie den Marsch nach dem Lustgarten an. Es war ein rührender und erhebender Anblick, als der Zug der alten Freiheitskämpfer „mit weißem Haar und dem verblichenen Band“ sich in Bewegung setzte, die einen noch rüstige Greise, wie der allen als Führer voranschreitende Feldmarschall „Papa Wrangel“, die andern gebeugt am Stabe oder von ihren Frauen geführt; die einen in ihren Uniformen aus der damaligen Zeit mit dem altmodischen Tschako, die andern in schlichter bürgerlicher Kleidung. Es waren „die letzten jener licht gewordenen Scharen“, die zur „letzten Parade“ vor dem Könige antraten. Im Lustgarten hatten die Truppen der Berliner Garnison im Biereck Stellung genommen, so zwar daß die Seite nach dem königlichen Schloß zu offen blieb; in dieser Umrahmung nahmen die Veteranen ihre Plätze ein, die Ritter des Eisernen Kreuzes in den vordersten Reihen; zu ihren Häupten rauschten die 67 Fahnen und Standarten, welche das Eiserne Kreuz in ihren Spitzen trugen und ihnen so oft auf der Bahn des Ruhms vorangeleuchtet hatten.

Der König stand ihnen gegenüber, vor der Baugrube, ihm zur Seite der Ministerpräsident von Bismarck in seiner Kürassieruniform, das Schwert an der Linken, vor sich ein lebendes Bild der eisernen Zeit, das Preußen vor einem halben Jahrhundert — welches Bild wird das Preußen nach einem halben Jahrhundert bieten? — —

Das war ein Sonntag in der trüben Konfliktzeit und zugleich auch ein Erholungstag für Bismarck. Einen freudigen Nachklang von demselben empfand er noch, als eine Anzahl der alten Herren vor ihrem Abschiede von der Hauptstadt eine Adresse an ihn richteten, in welcher sie ihm ihren Dank aussprachen für sein kraftvolles Auftreten zum Schutze des preussischen Königtums und des alten Preußen.

Unterdessen nahm die Werkeltagsarbeit im Abgeordnetenhause ihren gewohnten Fortgang. Die Kammer bestimmte die Summe der Ausgaben, für welche, als verfassungswidrig, die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen zu haften hätten. Dem Gesekentwurf der Regierung über die Verpflichtung zum Kriegsdienst stellte der Abgeordnete von Forckenbeck einen andern entgegen, welcher die zweijährige Dienstzeit und eine bedeutende Herabsetzung der Stärke des Heeres forderte. Der Kriegsminister von Roon

empfahl dagegen dringend die Annahme des Regierungsentwurfs, indem er an den Patriotismus des Hauses appellierte; aber seine eindringlichen Ermahnungen verhallten bei der aufgeregten Stimmung des Hauses und der vorhandenen Abneigung gegen das Militärgesetz. In einer eignen Botschaft vom 20. Mai 1863 ermahnte König Wilhelm das Haus der Abgeordneten zu einem nachgiebigeren Verhalten gegen die Räte der Krone. Das Haus antwortete mit einer Adresse, welche die früheren Anklagen gegen die Minister in schärferen Ausdrücken wiederholte, die tiefe Kluft zwischen den Ministern und dem Lande betonte, ja dieselbe durch einen Wechsel der Personen wie des ganzen Regierungssystems ausgefüllt wünschte.

Die Antwort des Königs ließ den tiefen Anmut erkennen, welchen das Verhalten des Hauses in ihm erregt hatte. Er hob ausdrücklich seine genaue Kenntniß der Lage und der Stimmung des Landes hervor, er bemerkte, daß Preußens Könige in und mit ihrem Volke leben und daß sie ein klares Auge und ein warmes Herz für die wahren Bedürfnisse des Landes haben. Insbesondere aber tadelte der König die ihm angekommene Zumutung, seine Räte lediglich nach dem Belieben der Volksvertretung zu wählen, welche Zumutung nur auf das Streben, eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Hauses der Abgeordneten anzubahnen, hinausliefe.

Nach Verlesung der königlichen Botschaft wurde die Session des Hauses abermals geschlossen, ohne daß es zu einer Verständigung in der Militärfrage und in betreff des Staatshaushaltes gekommen wäre. Ein heißer Kampf entbrannte nun mit der öffentlichen Meinung, da die Presse wahrhaft Sturm gegen die Regierung läutete.

Die liberale Presse verlangte nicht nur, daß die Minister mit ihrem Privatvermögen für die streitigen Millionen verantwortlich gemacht würden, sondern in einzelnen noch vorhandenen Zeitungsartikeln wurde ihnen sogar mit Zuchthausstrafe und mit Wollspinnen gedroht. Wenn Bismarck auch solchen Drohungen gegenüber kalt blieb, so erachtete er es doch als Pflicht gegen seine Kinder, ihnen sein Vermögen zu erhalten. Er traf entsprechende Verfügungen über sein Mobilienvermögen; ja, er trat etwas später in Unterhandlungen über die Veräußerung seines Grundbesitzes.

Um andererseits den Einwirkungen der aufregenden Presse auf die große Masse des Volkes entgegen zu treten, entschied sich Bismarck für Maßregeln, welche er bei regelmäßigen Zuständen niemals angeraten haben würde. Mit Hilfe von Preßverordnungen hoffte er den Strom der öffentlichen Meinung allmählich wieder in sein natürliches Bett zurückzuleiten und eine ruhigere Stimmung im Volke herbeizuführen, was freilich so bald noch nicht erreicht werden sollte.

Trotz der Erbitterung, mit welcher diese inneren Verfassungskämpfe geführt wurden, dürfen sie doch zugleich als ein Zeugnis für das im Volke

lebende Rechtsgefühl gelten, und zeigt von der Gesundheit und Tüchtigkeit des preußischen Volksgenies, daß er auch diese Krisis glücklich überwunden hat.

Vor den Augen des Publikums nahm der Konflikt sogar mitunter einen humoristischen Anflug. Wir erinnern uns, daß das Abgeordnetenhaus auch bei geringen Anlässen die Anwesenheit der Minister verlangte. Diese hatten dann in den mehrstündigen Sitzungen oft nichts zu thun, als die aus dem Redestrom der Abgeordneten sich ergießende Flut von Angriffen über sich ergehen zu lassen. Bismarck suchte auch diese Zeit nützlich auszufüllen, indem er sich während der langen Vorträge mitunter in das nebenan gelegene Ministerzimmer begab und die eilenden Amtsgeschäfte besorgte. Während er dort Unterschriften vollzog und Aufträge erteilte, versäumte er aber auch nicht, auf das zu achten, was im Nebensaal gesprochen wurde, um im rechten Augenblicke auf dem Platze sein können. Als einer der Redner soeben seinem Unwillen darüber Ausdruck gab, daß er den Mann, an dessen Adresse vorzugsweise seine Rede gerichtet sein sollte, nicht am Ministertische erblickte, trat Bismarck plötzlich zur Seitenthüre hinein mit den Worten: „Es ist nicht nötig mich zu rufen; ich höre auch im Nebenzimmer eine so laute Stimme wie diese.“

Vor Revolution und Staatsstreich, welche Napoleon einst gegenüber Bismarck geweissagt hatte, schützte Preußen der gesetzliche Sinn seines Volkes, sowie die Gewissenhaftigkeit des Königs und seiner Räte in der Aufrechterhaltung der beschwornen Verfassung. Wo aber diese Grundlagen vorhanden waren, da konnte auch der Konflikt — so drohende Gestalt er zeitweise annehmen mochte — nur dahin führen, den Verfassungsstaat auf dem Boden der altpreußischen Überlieferung noch fester zu begründen. Das war Bismarcks Überzeugung; Preußens Wege hatten noch immer „durch Nacht zum Licht“ geführt; darum vertraute er auch jetzt auf den Genius des preußischen Volkes und auf den Stern der Hohenzollern.





„Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer.“

## Dreizehntes Kapitel. Die deutsche Frage.



Deutschland, Deutschland über alles,  
Schönes altgesprochenes Wort!  
Tief im Herzen widerhall' es,  
Tön' in Thaten fort und fort:  
Greift zur Wehr und laut erschall' es:  
Deutschland, Deutschland über alles!  
Selbst der Freiheit bleicht der Glanz,  
Darben wir des Vaterlands!  
Karl Simrock.

Die Erbschaft, welche Bismarck als Minister des Auswärtigen seit dem 8. Oktober 1862 angetreten hatte, war nicht verlockend. Preußens Ansehen war nach innen und außen gesunken; es hatte oft gerüstet und gewaffnet, aber stets gezögert, das Schwert zu gebrauchen. Infolgedessen waltete jetzt an den meisten deutschen Höfen der österreichische Einfluß vor; im deutschen Volke war der Glaube an Preußens deutschen Beruf tief erschüttert. In der Zeit, „als anderswo große Thaten geschahen, sah man das deutsche Volk auf der eignen Erde dahin jagen, um wie die Schatten der Fabelwelt nach seiner leiblichen Hülle, seinem Staat, zu suchen.“

Zwei große Kriege, im Orient und in Italien, hatten die öffentlichen Verhältnisse in Europa verschoben. Das alte Österreich, „an Siegen und an Ehren reich“, war in Italien dem französischen Waffenglück erlegen; es suchte sich in Deutschland auf Kosten seines alten Nebenbuhlers Preußen zu entschädigen. An Stelle des Grafen Buol-Schauenstein wurde Graf Rechberg,

Fürst Bismarck.

welcher sich als Bismarcks Kollege am Bundestage den preußischen Bestrebungen nicht freundlich gezeigt hatte, in das Ministerium des Auswärtigen zu Wien berufen. Der italienische Krieg hatte aber auch viele innere Gebrechen des Kaiserstaates, namentlich die völlige Zerrüttung des Staatshaushaltes, in erschreckender Weise aufgedeckt. Deshalb wurde der ehemalige Reichsminister und Führer der sogenannten Großdeutschen im Frankfurter Parlament, Ritter von Schmerling, nach einer zehnjährigen politischen Vergessenheit, an die Spitze der inneren Verwaltung gestellt (Dez. 1860), um die Umwandlung Österreichs in einen liberalen Verfassungsstaat zu vollziehen. Das neue Ministerium Rechberg-Schmerling stimmte in dem Ziele überein: Erweiterung der Machtstellung und des Einflusses Österreichs in Deutschland durch Herabsetzung Preußens.

In Preußen aber hatte man seit der Einsetzung der Regentschaft mit der Politik des Zuwartens und der Nachgiebigkeit abgeschlossen. Die Idee eines engeren Bundesstaates mit preußischer Spitze trat schon unter den Ministern Freiherrn von Schleinitz und Grafen Bernstorff (seit 10. Okt. 1861) als Ziel der preußisch-deutschen Politik immer klarer hervor, wenn auch diese Minister noch nicht berufen waren, dieselbe zu verwirklichen.

Bald nach dem Italienischen Kriege bildete sich in Deutschland nach dem Muster der „Società nazionale“ unter Leitung Rudolf von Bennigsen, des Führers der Opposition in der hannoverschen Ständekammer, der deutsche Nationalverein, welcher den Zweck verfolgte, eine möglichste Übereinstimmung aller freisinnigen Elemente in Deutschland über die nationalen Ziele anzustreben. Aber während die italienische Verbindung klare Ziele im Auge und wirkliche Machtmittel zur Verfügung hatte, trat in dem deutschen Nationalverein aus dem Nebel der verschiedensten Ansichten die Idee einer preußischen Zentralgewalt an der Spitze Deutschlands und einer allgemeinen Volksvertretung aus direkten Wahlen noch sehr unbestimmt hervor. Der Verein gelangte nicht über Beschlüsse hinaus, zu deren Durchführung es ihm an dem nötigen Einfluß auf die Regierungen gebrach.

Trotz der beschränkten Wirksamkeit des Nationalvereins glaubte doch eine große Zahl der deutschen Regierungen den Bestrebungen desselben mit aller Energie entgetreten zu sollen. In Mecklenburg und Kurhessen wurde der Beitritt zum Verein verboten, in Hessen-Darmstadt gegen die Urheber desselben Untersuchung eingeleitet; der König von Hannover ließ die Namen der Teilnehmer in eine Liste eintragen, um sie bei der Anstellung, Beförderung, Gehaltsverbesserung oder sonstigen Gunstbezeugungen zu übergehen. Ähnliches geschah in Sachsen, Bayern und Württemberg; selbst die Freie Stadt Frankfurt untersagte es dem Verein, in ihren Mauern zu tagen. Die Verfolgungen und polizeilichen Verbote hatten indessen nur die Folge, daß der Verein in

den Augen des Volkes eine weit größere Bedeutung erlangte, als ihm wirklich innewohnte.

Zu denjenigen, welche gegenüber den nationalen Einheitsbestrebungen am lebhaftesten für die Sonderrechte der Einzelstaaten eintraten, gehörten die Staatsmänner dreier deutscher Mittel- oder Kleinstaaten, Sachsens, Bayerns und des Großherzogtums Hessen, die Herren von Beust, von der Pfordten und von Dalwigk, und unter diesen unstreitig der bedeutendste war der sächsische Staatsminister Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust. Auf seinen Antrieb hatte die sächsische Regierung (2. März 1849) die von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen deutschen Grundrechte verkündigt, und ebenfalls auf seinen Antrieb versagte sie wenige Wochen darauf (12. April) der von derselben Versammlung geschaffenen Reichsverfassung die Anerkennung. Er hatte als sächsischer Bevollmächtigter den Beitritt Sachsens zu dem Dreikönigsbündnis und der Unionsverfassung erklärt (17. Mai 1849), um unter Preußens Schutz den aus der Revolution drohenden Gefahren für Sachsen zu entgehen, und er zögerte nicht, seinen König zum Abfall von dem Bündnis zu veranlassen (20. Okt. 1849), sobald er diese Gefahren für beseitigt hielt. In allen großen Fragen der Zeit, in der orientalischen Entwicklung wie aus Anlaß des Italienischen Krieges, erhob Herr von Beust seine Stimme und entwickelte in diplomatischen Schriftstücken eine bewundernswerte Fertigkeit. Er fühlte sich zum Minister eines Großstaates geboren und das Vaterland war seinem Ideal zu klein. Anstatt nun mit ganzer Kraft für die Verwirklichung eines großen deutschen Vaterlandes zu arbeiten, suchte Beust Großstaatspolitik im kleinen zu treiben — nicht eben zum Vorteil seines Landes.

Auf des Herrn von Beust Anregung versammelten sich nun im November 1859 die oben genannten drei Staatsmänner sowie die Minister mehrerer Kleinstaaten in der Stadt Würzburg, um über die gemeinschaftlichen Schritte zu beraten, welche gegenüber der nationalen Bewegung in Deutschland zu thun seien. Man einigte sich über verschiedene Verbesserungen, z. B. die Errichtung eines Bundesgerichts, die Einführung eines allgemeinen deutschen Gerichtsverfahrens, die Befestigung der Nord- und Ostseeküsten, Bestimmungen über das Heimatsrecht u. dgl. Im Gegensatz hierzu erachtete die preußische Regierung eine ganz andre Bundesreform für weit dringlicher; es war die Kriegsverfassung in betreff deren Preußen auch alsbald mit Anträgen am Bunde hervortrat. Die Verhandlungen hierüber zogen sich jedoch in die Länge, da Preußen u. a. eine Teilung des Oberbefehls (in Norddeutschland für sich selbst, in Süddeutschland für Österreich) in Anspruch nahm; schließlich verliefen sie ebenso wie der Antrag der Würzburger Staatsmänner im Sande.

Es war das erste Mal seit dem Beginn der neuen Ära, daß die preußische

Regierung mit Ansprüchen an den Bund herantrat, und die entschiedene Sprache, welche sie bei dieser Gelegenheit führte, ließ erkennen, daß in der deutschen Politik eine Wendung eingetreten. Der Mann, der Preußen bis vor kurzem am Bundestage so kräftig vertreten hatte, weilte jetzt zwar nicht mehr dort, aber auch in der Ferne nahm Bismarck den lebhaftesten Anteil an der Entwicklung der deutschen Frage. Es war dies die Zeit, als er bei seinem Freunde von Below in Hohendorf ernstlich krank daniederlag. Vom Krankenbette aus schrieb er an einen preußischen Diplomaten (3. Febr. 1860):

„Ich höre noch immer mit Vergnügen und mit einem Anfluge von Heimweh alle Nachrichten über Frankfurter Zustände und Personen, und beim Zeitungslernen befällt mich oft der Trieb, kampflustig in die Sitzungen zu eilen. Der Zug mit der Kriegsverfassung war vortrefflich, nur weiter so, offen und dreist mit unsern Ansprüchen herausgetreten; sie sind zu berechtigt, um nicht schließlich, wenn auch langsam, sich Anerkennung zu verschaffen, und die von des Rheinbundes und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten können ihren Partikularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten.“

Bei Regierungen und Landesvertretungen, bei Staatsmännern und Parteiführern, in Volksversammlungen und Vereinen ward die Notwendigkeit einer Bundesreform oder einer völligen Neugestaltung Deutschlands Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen. Die Besorgnis, daß Frankreich nach seinen Erfolgen in Italien die Zerrahrenheit Deutschlands sich zu nuzen machen werde, steigerte das Bedürfnis der nationalen Einigung. Andererseits beschuldigte man die Regierung des Prinzregenten von Preußen, daß sie auf gleichem Wege, wie Viktor Emanuel in Italien, die Einheit in Deutschland herstellen und die Zustimmung Napoleons zu dieser Politik durch das Opfer der linken Rheinlande erkaufen wolle, und man verdächtigte Bismarck, als damaligen preußischen Gesandten in Petersburg, daß er auf Grund eines russisch-französischen Einverständnisses derartige Anerbietungen seiner Regierung übermittelt habe. So wenig kannte man damals die wahre Gesinnung und das deutsche Herz Bismarcks, welcher mit Bezug darauf aus Petersburg (16. Juni 1860) an einen preußischen Diplomaten schrieb: „Übrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Ministern so genau gestiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer.“ Und mit Bezug auf die vielfach in der Presse verbreiteten Gerüchte schrieb er 22. Aug. 1860): „Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben! — Ich zahle demjenigen 1000 Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbie-

tungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntniß gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines dortigen Aufenthaltes nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigne und auf die im Fall eines Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen."

Von Napoleon ging die Anregung zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Prinzregenten aus. Er hoffte, ihn durch dieselbe für seine Pläne zu gewinnen oder doch wenigstens die preußische Regierung bei den deutschen Bundesgenossen zu verbächtigen. Diese Absicht wurde indessen von vornherein durch die freimütige und entschiedene Erklärung des Prinzen, daß er die Unantastbarkeit Deutschlands außer Frage gestellt sehen wolle, sowie durch seine Aufforderung an die deutschen Fürsten zur Beteiligung an der Zusammenkunft vereitelt. Die Begegnung fand (15. bis 17. Juni 1860) zu Baden-Baden statt. Dort in der Villa Stefaniabad eröffnete Napoleon III. in geheimer Unterredung dem Prinzregenten, wie er eine feste Stellung Preußens an der Nord- und Ostsee für seine weitere Entwicklung als europäische Großmacht unentbehrlich halte und eine selbständige nationale Politik Preußens in der schleswig-holsteinschen Frage deshalb nicht hindern werde, wie er dagegen für Frankreich eine Schutzherrschaft über den belgischen Nachbarstaat in Aussicht nehmen müsse. Bei dem Prinzregenten fanden diese Andeutungen nicht die von Napoleon gewünschte Aufnahme. Der Kaiser reiste ab mit dem Stachel einer Ablehnung im Herzen, der Prinz mit dem Gefühl, daß man einem solchen Nachbar gegenüber gerüstet und auf der Hut bleiben müsse. Dem deutschen Volke war mit dem ritterlichen Auftreten des Prinzregenten in der glänzenden Umgebung deutscher Fürsten das halbvergeffene Bild seiner alten Kaiser mit ihren Paladinen und Reichswürdenträgern wieder vor die Seele gerufen worden.

Nachdem der Prinzregent seinem königlichen Bruder auf dem Throne gefolgt war, wuchs die Hoffnung, daß er nun in der deutschen Frage ein entschiedenes Wort sprechen werde. „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen“, hatte er in seiner Proklamation bei der Thronbesteigung erklärt, aber König Wilhelm ging von der Grundanschauung aus, daß die deutsche Frage in jedem Moment ihrer Entwicklung sich zur Machtfrage gestalten könne, zu deren Lösung es vor allem eines starken, wohlgerüsteten Heeres bedürfe. Deshalb stellte er die Ausbildung der Wehrverfassung allen übrigen Aufgaben Preußens voran und erkannte in der Wehrhaftigkeit die sicherste Grundlage für die Macht und Unabhängigkeit Preußens und Deutschlands. Wie sehr der König in diesen leitenden Gedanken seiner Regierung mit Bismarck zusammentraf, wissen wir aus dem Vorangegangenen.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als der Mordversuch jenes wahnwitzigen

Menschen auf den König in Baden-Baden stattfand (Juli 1861), hatte Bismarck Gelegenheit, dem Könige seine Ansichten über die politische Lage offen und eingehend darzulegen und ihm den Entwurf einer Denkschrift in der deutschen Frage zu überreichen. Der Inhalt kann nur dieselben Gesichtspunkte für die preußische Politik entwickelt haben, welche Bismarck bald nachher (im September 1861) brieflich an einen politischen Freund darlegte. Es heißt darin unter anderm: „Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot, wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. — Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen!“ — An einer andern Stelle desselben Briefes heißt es: „Unsre Regierung ist in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eignen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen die Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen.“

Aber gerade diese Eigenschaft war es, welche den Fortbestand der alten Bundesverfassung gewissen Staatsmännern so wünschenswert machte. Die Erfolglosigkeit der Würzburger Zusammenkunft schreckte den unermüdlchen Freiherrn von Beust nicht ab, mit einem neuen Entwurfe vor die Welt zu treten (Okt. 1861), welcher den Zweck hatte, die nationalen Einheitsbestrebungen zu kreuzen. Das Neue an diesem Reformprojekt war zunächst eine Abgeordnetenversammlung am Bundestage, zu welcher Österreich und Preußen je 30, die übrigen Bundesstaaten zusammen 68 Abgeordnete aus den Kreisen ihrer Volksvertretungen zu stellen hatten. Diese Versammlung sollte nicht regelmäßig, sondern nach dem Ermessen der Bundesversammlung einberufen werden und das Recht zu einer bescheidenen Mitwirkung an der Gesetzgebung erhalten. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten der Regierungen bestehend, sollte nur zweimal des Jahres (am 1. Mai und 1. November) — und zwar nicht mehr in Frankfurt, sondern abwechselnd in einer Stadt des Südens

(Regensburg) und einer Stadt des Nordens (Hamburg) — auf die Zeit von längstens vier Wochen zusammentreten. In Regensburg sollte Österreich, in Hamburg Preußen den Vorsitz führen. In der Zwischenzeit von einem Bundestage zum andern sollte eine Bundesexekutivgewalt in Wirksamkeit treten, welche Weust in die Hände des Kaisers von Österreich, des Königs von Preußen und eines dritten durch Wahl oder wechselnde Reihenfolge zu bestimmenden Bundesfürsten gelegt wissen wollte.

Der Entwurf hatte in der That auf den ersten Anblick Verlockendes; er schien den verschiedenen Herzenswünschen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes gleichzeitig Rechnung zu tragen. Bei näherer Betrachtung zeigte es sich aber, daß das Weustsche Projekt nichts anderes war als ein gleißender Mantel von Flitterstaat, über die Strohpuppe des alten Bundestags gehängt. Es wären hierdurch nur die Sonderinteressen der Einzelstaaten, niemals aber die Gesamtinteressen der Nation zur Vertretung gekommen. Dazu kam, daß sehr leicht die beiden Großmächte (zusammen nur 60 Stimmen) durch die Gesamtheit der Mittel- und Kleinstaaten (68 Stimmen) überstimmt werden konnten. Statt der einheitlichen Spitze war für den Bund eine dreiköpfige Exekutivgewalt in Aussicht genommen, und da Preußen und Österreich erfahrungsmäßig oft entgegengesetzter Ansicht waren, so war dem Souverän desjenigen Kleinstaates, welcher in solchen Fällen als Dritter im Bunde die Entscheidung zu geben hatte, eine hochwichtige Rolle zugeeignet.

Die öffentliche Meinung zeigte sich durch das Weustsche Projekt keineswegs befriedigt. Nicht einmal in den Regierungskreisen fand dasselbe allseitigen Anklang. Am schwersten fiel die Beurteilung ins Gewicht, welche den Weustschen Vorschlägen von seiten der beiden Großstaaten zu teil wurde.

Der österreichische Minister Graf Rechberg hatte entscheidende Bedenken in der Neuerung, daß Österreich den bleibenden Vorsitz am Bundestage, also eine seit je von den deutschen Fürsten anerkannte Vorzugsstellung, opfern sollte. Der preussische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, erkannte in dem Umstande, daß mehrere Bundesstaaten — Österreich mit Ungarn, Galizien und Venetien, Dänemark mit Holstein, Holland mit Luxemburg und Preußen mit seinen nicht zum Bunde gehörigen Provinzen ihren Schwerpunkt außerhalb des Bundesverhältnisses hatten, ein unüberwindliches Hindernis und folgerte daraus, daß die Vereinigung der Staaten von ganz oder doch weit überwiegend deutscher Bevölkerung zu einem engeren Bundesstaate unter Preußens Führung innerhalb des Bundes der Weg sein würde, welcher allein zur Befriedigung des nationalen Bedürfnisses führen könne.

Raum aber hatte Graf Bernstorff sein Wort gesprochen, als Aufregung und Schrecken im mittelstaatlichen Lager entstand. Die Regierungen ahnten die Gefahren, von welchen ihre Sonderinteressen bedroht waren, wenn Preußen

mit dem neu erwachten, sich mächtig regenden Geiste des deutschen Volkes ein Bündnis einginge.

Österreich, Bayern, Hannover, Württemberg, Hessen=Darmstadt und Nassau richteten identische Noten an Preußen (2. Febr. 1862), in welchen sie die Sicherheit und den Frieden Deutschlands für bedroht erklärten, wenn Preußen seine früheren Unionsbestrebungen wieder aufnehmen wollte. Der sächsische Minister von Beust hatte schon vorher (11. Jan.) geantwortet, daß er „bei der Entfernung der gegenüberstehenden Standpunkte“ eine Verständigung mit Preußen über sein Werk aufgäbe; jetzt schloß er sich nachträglich auch dem Proteste der andern Staaten an.

Noch im Juli desselben Jahres (1862) versammelten sich zu Wien Bevollmächtigte der genannten Staaten, um über die wünschenswertesten Verbesserungen der Bundesverfassung zu beraten. Preußen lehnte seine Teilnahme ab, weil es keinen ersprißlichen Erfolg von den Beratungen voraussah. Das Ergebnis der letzteren war der (am 14. Aug.) beim Bunde eingebrachte Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses, der, aus den Ständekammern der einzelnen Staaten (Delegationen) gebildet, die Gesetzentwürfe einer allgemeinen deutschen Zivilprozeßordnung und eines deutschen Obligationenrechtes beraten sollte.

Die Urheber und Verteidiger des Projekts der Delegationen fühlten wohl, daß sie zu seiner Durchführung einer allgemeinen Unterstützung seitens der Nation bedurften, und sie schrieben deshalb eine Hauptversammlung aller sogenannten Großdeutschen nach Frankfurt a. M. aus (28. und 29. Okt.); sie schritten dort zur Gründung des sogenannten Reformvereins unter Leitung des Freiherrn von Lerchensfeld. Dieser Verein sollte den Bestrebungen des Nationalvereins entgegen und für das Delegationenprojekt wirken; er schlug jedoch im Volke keine rechten Wurzeln und brachte es, obgleich von den Regierungen begünstigt, kaum auf tausend Mitglieder.

Noch auf einem andern Gebiete versuchte es die österreichische Staatskunst Preußen zu überflügeln, nämlich in der Handelspolitik. Im Auftrage der Zollvereinsstaaten hatte Preußen mit Frankreich einen Zoll- und Handelsvertrag zum Abschluß gebracht (29. März 1862). Hierbei hatte naturgemäß die preußische Regierung manche Schwierigkeiten zu überwinden, um ihre Bundesgenossen im Zollverein zu einzelnen Opfern im Interesse der Gesamtwohlfahrt zu vermögen. Da trat Österreich seinerseits mit dem Plane eines Handelsvertrages hervor, welcher nur den Zweck hatte, einen Keil zur Sprengung des von Preußen geschaffenen Zollvereins zu bilden. Anfänglich schienen auch mehrere Staaten geneigt, sich dem österreichischen Plane zuneigen und ihren Anschluß an den von Preußen mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrag aufzugeben. Die preußische Regierung aber hielt den Vertrag

trog aller Anfechtungen aufrecht und bedeutete den widerstrebenden Staaten, daß sie es eher auf ihren Rücktritt vom Zollverein ankommen lassen, als den im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich fallen lassen werde. Diese Festigkeit trug ihre Früchte, denn die Staaten vermochten trotz aller politischen Abneigung gegen Preußen nicht länger den materiellen Interessen ihrer Länder zu widerstreben und erklärten, einer nach der andern, ihre Zustimmung (Okt. 1864). Dieser letzte Erfolg wurde erst nach dem zweiten Jahre der Bismarckschen Amtsführung als Ministerpräsident errungen; bei seinem Amtsantritt fand er die Verhandlungen noch schwebend und die preußenfeindliche Bewegung in vollem Gange.

Dem sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust muß zur Ehre der Wahrheit nachgesagt werden, daß er in richtiger Erkenntnis der materiellen Interessen seines Landes der erste war, der für Sachsen den Beitritt zum Handelsvertrag erklärte, und daß er auf die widerstrebenden Staaten vermittelnd eingewirkt hat.

Wir müssen, ehe wir auf Bismarcks thatkräftiges Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten kommen, noch zwei andre damals schwebende Fragen berühren, welche die deutsche Geduld Jahre hindurch auf eine harte Probe gestellt hatten. Es galt noch die Sünden zu sühnen, welche der Bund nach seiner Wiedererweckung an Schleswig-Holstein und an Kurhessen begangen hatte. — In der schleswig-holsteinischen Sache hatte Bismarck bereits als Bundestagsgesandter die Erfahrung gemacht, daß Oesterreich das kleine Dänemark gern unter seinen Schutz nahm, weil es in den deutschen Nordmarken lieber den Fremden schalten, als den Einfluß seines Nebenbuhlers Preußen wachsen sah. Gestützt auf diese Eifersucht und im Vertrauen auf die Ohnmacht des Deutschen Bundes, wagte Dänemark fortgesetzt, unter Mißachtung aller Rechte und Verträge, das deutsche Volkstum in den Herzogtümern zu unterdrücken. Die Verhältnisse Schleswig-Holsteins waren eine offene Wunde Deutschlands, welche erst durch Bismarck ihre Heilung finden sollte.

Eine andre Angelegenheit, welche die öffentliche Meinung in fortwährender Aufregung erhielt, betraf Kurhessen. Der Kurfürst hatte (schon 1851), gestützt auf einen Bundesbeschluß, die seit 20 Jahren zu Recht bestehende Verfassung aufgehoben und sein Volk eigenmächtig mit einer andern Verfassung beglückt, in welcher alle Rechte der Bevölkerung beiseite geschoben und durch Bestimmungen fürstlicher Willkür ersetzt waren. Vergebens suchte er zu diesem Gewaltakte die Zustimmung der Stände zu erlangen; trotz aller Mißhandlungen, mit welchen die kurfürstliche Regierung das biedere Hessenvolk bedrohte, wollte dieses von seinem alten guten Rechte nicht lassen. Endlich konnte selbst die österreichische Regierung sich der Überzeugung nicht länger verschließen, daß durch seine Willkürherrschaft das fürstliche Ansehen

überhaupt litte und der Revolution Vorschub geleistet würde. Preußen und Österreich brachten bei dem Bunde einen entsprechenden Antrag ein, dessen Behandlung sich jedoch allzulange hinzog. Da schickte König Wilhelm mit einem eigenhändigen Schreiben den General von Willisen nach Kassel, welcher indes vom Kurfürsten in verletzender Weise empfangen wurde. Preußen forderte Genugthuung und stellte zwei Armeen zum Einmarsch in Hessen bereit. Inzwischen ging auch der preußisch-österreichische Antrag am Bunde durch und der Kurfürst mußte sich nunmehr dem gerechten Verlangen fügen; er entließ das Ministerium, verkündigte die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und sandte an den König von Preußen ein eigenhändiges Entschuldigungsschreiben. Damit war der langwierige kurhessische Verfassungsstreit, jener „Sturm im Glase Wasser“, wie Bismarck ihn nannte, beigelegt, aber die Folge zeigte, daß der Kurfürst nur mit Widerstreben der Notwendigkeit gehorcht und nicht das Bedürfnis hatte, in Frieden zu leben mit seinem Volke. Bismarck mußte später noch seinen Feldjäger bereit halten, um den widerstrebenden Kleinherrscher an seine Verpflichtungen zu erinnern, bis sich das Mittel fand, um das Ürgernis vollständig zu beseitigen.

Als Bismarck das Ministerium des Auswärtigen übernahm, hatte Preußen keinen zuverlässigen Bundesgenossen. Mit Rußland und Frankreich hatte er selbst als Gesandter freundnachbarliche Beziehungen für Preußen angeknüpft, jedoch war von der Freundschaft des einen dieser beiden mächtigen Nachbarn fast zu viel zu erwarten, auf die des andern wenig zu bauen; es galt, vor beiden Freunden auf der Hut zu sein. Preußen hatte einen kleinen, offenen Feind im Norden an Dänemark, welches seinen Rückhalt an dem zur See mächtigen England fand; es hatte einen großen heimlichen Feind im Süden an dem grollenden Österreich, welches jedem selbständigen Machtsstreben Preußens die Bundesfesseln anzulegen und Preußens Einfluß auf die deutschen Bundesgenossen überall zu kreuzen suchte. Bismarck erkannte es als seine nächste Aufgabe, sich mit Österreich auseinander zu setzen, um Klarheit in die sehr gespannte Lage zu bringen. Er wählte dafür die Form von Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, deren erste kaum zwei Monate nach seinem Amtsantritt (4. Dez. 1862) stattfand. Der Bericht, welchen Bismarck darüber in seinem Rundschreiben an die auswärtigen Höfe vom 24. Januar 1863 entwirft, vergegenwärtigt uns lebhaft das Bild jener Zusammenkunft: auf der einen Seite der Mann, der mit selbstbewußter Klarheit und Sicherheit geradeswegs auf sein Ziel zu steuert; auf der andern der Gesandte einer Macht, welche gewohnt war, auf die Nachgiebigkeit ihres alten Bundesgenossen zu rechnen. Man kann sich daher die Überraschung des österreichischen Gesandten vorstellen, als ihm der neue preußische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen bei seinem

Besuche kurz und bündig eröffnete: „Unsre Beziehungen zu Oesterreich müssen nach meiner Überzeugung unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der Regierung Seiner Majestät des Königs, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nötige Entgegenkommen des kaiserlichen Kabinetts nachhaltig vermißten, so würde es für uns notwendig sein, die andre ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten.“ —

Graf Karolvi berief sich auf die bekannten wohlwollenden Gesinnungen, welche das Kaiserhaus stets für Preußen gehegt habe, und stellte im weiteren Verlaufe der Unterredung die Frage, worin Oesterreich seinen Ersatz finden solle, wenn es seine alte, aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangene und durch Verträge geheiligte Machtstellung in Deutschland aufgeben?

„Oesterreich soll“ — erwiderte Bismarck gelassen — „seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen.“

Der Gesandte glaubte sich verhöhrt zu haben, aber er las in den ernsten Mienen des Ministers, daß dieser seinen Rat vollständig ehrlich meine. „Das ist unmöglich“, rief er, „das Kaiserhaus wird nimmermehr seinen alt-herkömmlichen Einflüssen auf die deutschen Regierungen entsagen.“

„Eine solche Tradition muß ich in Abrede stellen“, versetzte Bismarck; „gerade diejenigen Staaten, in welchen jetzt der österreichische Einfluß am erfolgreichsten thätig ist, Hannover und Hessen, sind seit 100 Jahren, vom Anbeginn des Siebenjährigen Krieges, vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt und sind in der Epoche des Fürsten Metternich auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden. Diese Tradition des österreichischen Kaiserhauses geht daher nur bis auf den Fürsten Schwarzenberg zurück, und das System, welchem sie entstammt, hat sich der Festigung des deutschen Bündnisses nicht eben förderlich erwiesen.“

Bismarck hob weiter hervor, daß er bei seiner Ankunft in Frankfurt im Jahre 1851 nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg weilenden Fürsten Metternich gehofft habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, Preußen im Deutschen Bunde eine Stellung zu schaffen, welche es ihm der Mühe wert mache, seine gesamte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen. Statt dessen habe Oesterreich dahin gestrebt, Preußen seine Stellung im Bunde zu erschweren und es thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen. „Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinetts scheint auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt seien, gegen welche wir fremde Hilfe

bedürften, und daß wir uns deshalb von Seiten der Staaten, von welchen wir solche Hilfe erwarten könnten, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten. Die Aufgabe einer preussischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eignen Landes am Herzen liegen, wird es daher sein, das Irrtümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenkt.“

Hierauf wandte sich Bismarck noch zu dem Delegationsprojekte, mit welchem Oesterreich und seine Würzburger Verbündeten damals trotz des preussischen Einspruchs am Bunde vorgingen. „Vor 1848“ — sagte er — „wäre es unerhört gewesen, daß man im Bunde Fragen von irgend welcher Erheblichkeit eingebracht hätte, ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern. Heutzutage wird dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwertter Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich in entschlossenem Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren läßt.“

Graf Karolyi unterließ nicht, wie Bismarck ihn gebeten hatte, „mit möglichster Genauigkeit“ über den Inhalt der Unterredung nach Wien zu berichten. Aber auch hier hatte schon der preussische Gesandte Freiherr von Werther im Auftrage seiner Regierung eine ähnliche Rücksprache mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Rechberg, gehabt. Dieser glaubte, daß es jetzt um so mehr an der Zeit sei, den preussischen Ministerpräsidenten durch einen Beschluß des Bundestages zur Ordnung zu rufen, und betrieb um so eifriger mit seinen Würzburger Koalitierten das Delegationenprojekt in Frankfurt. Da begab sich Bismarck abermals in das Hotel des österreichischen Gesandten Grafen Karolyi und erklärte diesem, daß die preussische Regierung in der Annahme des Delegationenprojekts eine Überschreitung der Befugnisse des Bundes, welcher Abänderungen an der Bundesverfassung vertragsmäßig nur mit Stimmeneinhelligkeit beschließen könne, und somit einen Bruch der Bundesverträge erblicken würde; sie würde daher in solchem Falle ihren Gesandten von Frankfurt ohne Ersatz abberufen, die Wirksamkeit der Bundesversammlung nicht weiter anerkennen und auch die preussischen Garnisonen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen.

Graf Rechberg kannte die Entschlossenheit seines ehemaligen Kollegen am Bundestage und war des österreichischen Einflusses auf die Abstimmung der Regierungen ohnehin nicht völlig sicher. Er schien eine kurze Zeit zur Verständigung geneigt und beauftragte den österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Thun, bei seiner Rückkehr von Wien über Berlin auf seinen Posten die schwebende Streitfrage mit Bismarck zu besprechen. Herr von Bismarck ließ er andeuten, daß er bereit sei, seinen Rückzug in der

Delegationenfrage anzutreten, wenn auch die preußische Regierung jene Note (vom 20. Dez. 1861) zurücknehmen wolle, in welcher sie die bundesstaatliche Einigung der deutschen Staaten unter Preußens Leitung als Ziel ihrer Politik hingestellt hatte. Inzwischen ging am Bunde (22. Jan. 1863) die fragliche Abstimmung vor sich, und es zeigte sich diesmal, daß das entschiedene Auftreten Preußens seine Wirkung nicht verfehlte. Denn das Projekt, welches so lange die Würzburger Staatsmänner beschäftigt hatte, wurde mit neun gegen sieben Stimmen verworfen. Preußen begründete sein ablehnendes Votum, indem es hervorhob, daß nicht allein die formelle Behandlung, welche dieser Antrag am Bunde erfahren habe, dem Geiste der Bundesverträge fremd sei, sondern daß auch der Inhalt der Vorschläge an Untauglichkeit litte. „Nur in einer Vertretung“, hieß es in der preußischen Begründung, „welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden.“

Bismarck sandte dem preußischen Votum zwei Tage nach der Abstimmung — am Geburtstage Friedrichs des Großen — ein Rundschreiben an die auswärtigen Höfe nach, in welchem er den Inhalt seiner vorhergegangenen Gespräche mit dem Grafen Karolyi unumwunden zur Kenntnis der Mächte brachte. Graf Rechberg versuchte seine Verteidigung gleichfalls in einer Zirkulardepesche, welche zwar im Tone der Überlegenheit abgefaßt war, sich aber etwas vorzeitig auf den Erfolg berief. „Wenn man uns von Berlin aus die Alternative stellt“, hieß es am Schlusse des Schriftstücks, „entweder uns aus Deutschland zurückzuziehen, den Schwerpunkt unserer Monarchie — wie der preußische Minister meinte — nach Osn zu verlegen, oder in dem nächsten europäischen Konflikte Preußen auf der Seite unserer Gegner zu finden, so wird die öffentliche Meinung Deutschlands über solche Gefinnung urteilen, die Ereignisse werden sie richten, wenn sie je zur That werden sollte. Uns aber kommt es zu, den Vorwand, welchen man sich in Berlin zurecht legen zu wollen scheint, rechtzeitig als einen solchen zu kennzeichnen.“

Der österreichische Ministerpräsident hatte in der That nicht Unrecht, wenn er sich auf das Urteil der öffentlichen Meinung berief. Dieselbe war damals nicht bloß in Deutschland und in Preußen selbst, sondern auch in einem großen Teile des Auslandes gegen die preußische Regierung eingenommen. Im Innern Preußens war der Konflikt zwischen Regierung und Landesvertretung aufs äußerste gespannt. Der Nationalverein hatte sich infolge der inneren Politik Preußens durch eine feierliche Erklärung (25. Mai) von ihr losgesagt. In Süddeutschland war die Agitation gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag im besten Gange. Die preußisch-russische

Konvention endlich, aus Anlaß des polnischen Aufstandes, schien der preussischen Regierung auch im Auslande zwei mächtige Gegner, Frankreich und England, geweckt zu haben. Diese Lage mochte den österreichischen Staatsmännern günstig erscheinen, um mit einer „großen deutschen That“ dem Hause Habsburg seine alte Kaisermacht in Deutschland zurückzuerobern.

Die Anregung dazu ging diesmal nicht vom Grafen Rechberg, sondern vom Lager der Großdeutschen aus, und der österreichische Minister des Innern, Ritter von Schmerling, war zuerst dafür gewonnen. Kaiser Franz Joseph sollte angegangen werden, einen deutschen Fürstentag nach der alten Kur- und Krönungsstadt Frankfurt auszuschreiben und mit einem fertigen Bundesreformplan vor seine deutschen Mitfürsten zu treten. Man hoffte, daß der Zauber der Idee, der Glanz, mit welchem sie in Szene gesetzt werden sollte, endlich ein Aufruf an die Hochherzigkeit der deutschen Fürsten über alle Schwierigkeiten schnell hinweghelfen würden. Deutschland sollte die lang ersehnte Einheit als Morgengabe aus den Händen seiner Fürsten empfangen.

Den Widerspruch Preußens fürchtete man nicht; man glaubte, daß der König von Preußen sich dem Rufe nach Frankfurt nicht würde entziehen können und daß die preussische Regierung durch den Druck der öffentlichen Meinung genötigt sein würde, an dem österreichischen Reformwerke teil zu nehmen. Es war eine eigentümliche Fügung, daß die Nachfolger Metternichs selbst die Art an den dürren Baum legten, den jener gepflanzt hatte. Nur wenige Auserlesene, wie die Herren von Beust, von der Pfordten, der hannoversche Minister Graf Platen und die Regenten einiger Mittelstaaten, gehörten zu den Eingeweihten.

Im Sommer (1863) hielt sich der König zum Gebrauch der Badekur in Gastein auf, Ministerpräsident von Bismarck befand sich in seiner Begleitung. Hier in dem friedlichen Bergthal, wo König Wilhelm von den Sorgen seiner Regierung Erholung suchte, überraschte Kaiser Franz Joseph ihn bei seinem persönlichen Besuche (2. August) mit der Einladung zum Fürstentag, welcher 14 Tage darauf (16. August) zu Frankfurt a. M. eröffnet werden sollte. König Wilhelm sah in der Sache selbst nichts Urges, jedoch befremdete ihn die Weise, wie sie ihm hier plötzlich vorgetragen wurde, und die Eile, mit welcher sie betrieben werden sollte. Er versprach indeß, sich die Angelegenheit zu überlegen und dann seine Antwort zu erteilen.

Am folgenden Tage fand sich Franz Joseph bereits um 10 Uhr morgens bei seinem königlichen Oheim ein und erneuerte seine Einladung. Der König, welcher unterdessen auch mit Bismarck Rat gepflogen hatte, sprach seine Bedenken aus; er gab zu, daß er einen Fürstentag wohl für geeignet halte, um das Werk zu krönen und zu vollenden, hob aber hervor,

daß es nötig sein würde, vorher die Grundlagen der im Wiener Kabinett beratenen Verbesserungsorschläge auf Ministerkonferenzen prüfen zu lassen, und daß dieser Vorarbeiten wegen der Kongreß wohl schwerlich vor dem Oktober würde zusammentreten können. Wenn es von österreichischer Seite darauf abgesehen war, den König durch Überraschung fortzureißen, so mußte ein solcher Versuch an der Besonnenheit und Geradheit desselben scheitern, und wo König Wilhelm mit seinem ritterlichen Vertrauen in die Absichten seines Bundesgenossen und Thronverwandten zu weit ging, da stand ihm sein erster Minister mit prüfendem Scharfblick zur Seite.

Der Kaiser erkannte, wie wichtig es war, Herrn von Bismarck für seine Pläne zu gewinnen, und beschied denselben zu einer Audienz (3. Aug. nachmittags), aber er überzeugte sich bald von der Unmöglichkeit, in den Anschauungen des unbeugbaren Staatsmannes eine Änderung hervorzurufen, und brach nach kurzer Zeit die Audienz ab.

Bald darauf verabschiedeten sich die beiden Monarchen voneinander. Noch hatte König Wilhelm seinem kaiserlichen Neffen eine bestimmte Ablehnung nicht erteilt; vielmehr erwartete er, daß dieser ihm demnächst neue Eröffnungen machen würde, um gemeinschaftlich die Einladung an die übrigen deutschen Fürsten zu erlassen. Statt dessen erhielt König Wilhelm eine Stunde nach der Abreise des Kaisers durch Vermittelung der Flügeladjutanten ein versiegeltes Schreiben, welches die bereits vom 31. Juli datierte Einladung zum Kongreß in Frankfurt auf den 16. August enthielt. Dasselbe Datum trugen auch die Einladungsschreiben, welche tags darauf vom Wiener Kabinett an die sämtlichen deutschen Fürsten und Bürgermeister der Freien Städte zur Beschickung des Kongresses erlassen wurden.

In der nächsten Umgebung des Königs machten sich gewisse Einflüsse geltend, welche ihn zur Annahme der Einladung zu bestimmen suchten. Mußte nicht Preußen beim deutschen Volke alles Vertrauen verlieren, wenn es sich zu allen Reformbestrebungen nur abwehrend verhielt? Und wenn durch das österreichische Reformwerk an Preußen wirklich Anfinnen gestellt wurden, die mit seiner Machtstellung unverträglich waren, konnte König Wilhelm nicht auch dann auf dem Kongreß erscheinen, um angesichts seiner deutschen Mitfürsten feierlich zu protestieren? — So hörte man wohl auch in der Nähe des Königs reden, anders aber dachte Bismarck. Er sah schon in der Art, wie die Angelegenheit bisher behandelt und die Einladung erfolgt war, eine Zurücksetzung Preußens und eine Kränkung seines königlichen Herrn, der mehr zu sein beanspruchen konnte, als ein Vasall des Hauses Habsburg. Er durfte dem Könige nicht zumuten, an Beratungen über ein Reformwerk teil zu nehmen, über dessen Inhalt und Tragweite er erst in Frankfurt selbst, gleich den Fürsten zweiten und dritten Ranges, Aufklärung

erhalten sollte. Je mehr man sich daher von anderer Seite bemühte, den König zur Teilnahme am Kongresse zu bewegen, desto mehr hielt es jetzt Bismarck für seine Pflicht, mit seinem Räte nicht von des Königs Seite zu weichen und jenen Einflüssen zu begegnen. In diesem Gefühle mochten wohl die Zeilen geschrieben sein, welche er von Gastein (12. Aug.) an seine Gemahlin richtete. „Mir geht es wohl, aber Kurierangst in allen Richtungen.... Ich kann wegen der Frankfurter Windbeutelereien nicht vom Könige fort“, und einige Zeit später (28. Aug.) aus Baden: „Der König ist wohl, aber von Intriguen umlagert....“

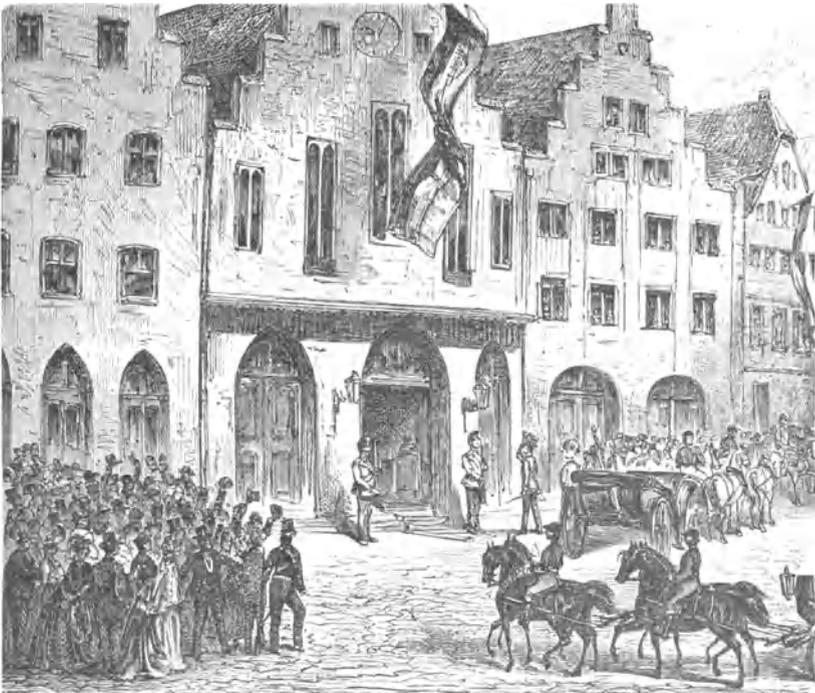
In der That sprach denn auch schon unter dem 5. August der König in einem eigenhändigen Schreiben seine Ablehnung aus, indem er auf seine mündlich dargelegten Bedenken hinwies und hinzufügte, daß es ihm nicht ratsam erscheine, sich unmittelbar nach der Badekur an den anstrengenden Verhandlungen zu beteiligen. Obgleich der Kaiser schriftlich noch einen Versuch machte, den König für seinen Plan zu gewinnen, und ihm vorschlug, einen Prinzen seines Hauses mit seiner Vertretung zu beauftragen, beharrte der König doch bei seiner Weigerung und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß beide Souveräne in einer so wichtigen Angelegenheit abweichender Meinung blieben und daß dieselbe amtlich eingeleitet wäre, bevor ein Einverständnis beider Fürsten bewirkt worden.

Während König Wilhelm in Gastein seine Badekur vollendete, beeilten sich die deutschen Fürsten, der Einladung des Kaisers Franz Joseph nach Frankfurt Folge zu leisten; außer Preußen hatte nur Lippe-Deimold, Anhalt-Bernburg und Holstein (Dänemark) ihre Teilnahme abgelehnt. Die heitere Mainstadt legte ihr festlichstes Gewand an zum Empfange so vieler edler Gäste. Sie prunkte im Schmucke der Fahnen und Laubgewinde; neben mächtigen schwarzrotgoldenen Fahnen, welche die Straßen überschatteten, sah man die Regenbogenfarbenpracht von 34 Vaterländern an den Hotels der verschiedenen Fürsten und ihrer Gesandten entfaltet. Selbst über dem Portale des Bundespalais, das zur Residenz des Kaisers bestimmt war, gewährte man an hohem Flaggenstocke die drei Farben, welche vor nicht langer Zeit als revolutionär verfolgt wurden.

An den Erkern und Fenstern wartete die Frankfurter Damenwelt in lustigen Sommertoiletten mit duftigen Blumensträußen, auf der Straße wogte eine unabsehbare Volksmenge. Es war gegen 6 Uhr nachmittags (15. August), als der Kaiser auf dem Main-Neckar-Bahnhof in Frankfurt ankam und von dem Bürgermeister und Senat der Freien Stadt feierlich empfangen ward.

Der folgende Tag (16. August), der „goldene Sonntag“, wie die Frankfurter ihn nannten, war der Etikette gewidmet: gegenseitige Besuche der

Fürsten, Diner beim Kaiser von Österreich, Besprechungen der Minister. Unaufhörlich rollten die Karossen durch die belebten Straßen, begleitet von den lauten Hoch- und Hurruufen der Menge. Die Frankfurter freuten sich über die Einfachheit und Leutseligkeit der hohen Herren, sie staunten über die Pracht der Wagen und Koffe, über das Isabellen-Biergespann des Kurfürsten von Hessen, wie über die mäusefarbenen Pferde des Welfenkönigs und den riesengroßen Kutscher des Fürsten von Liechtenstein. In der Volksgunst standen Österreich, Bayern, Baden und Koburg wegen ihrer liberalen Neigungen am höchsten; dafür eroberte Liechtenstein durch Schönheit und Jugend die Herzen der Damen.



Röm. Römer zu Frankfurt a. M.

Bei alledem drehte sich das Tagesgespräch doch weniger um die 26 Fürsten, welche unter den Augen der Frankfurter in glänzenden Karossen vorüberfuhren, als um den Einen, der um diese Zeit von Bad Gastein aufgebrochen war und über München und Stuttgart an Frankfurt vorüberfuhr, um in Wildbad und Baden-Baden einige Zeit in der Stille seiner Familie zu leben. Man achtete weniger auf die Reden im Turn- und Taxischen Palaste, wo der Kaiser seine durchlauchtigsten Brüder und Vettern an fürstlicher Tafel bewirtete, als auf den schweigenden Protest, den das mächtige

Oberhaupt von 17 Millionen Deutschen gegen alle ihre Beschlüsse im voraus einlegte.

Dieses Gefühl des Mißbehagens theilte sich auch den Fürsten mit, und als der Kaiser (am 17. Aug.) den Kongreß eröffnete, trat der Großherzog von Mecklenburg alsbald mit dem Antrage hervor, noch einen Versuch zu machen, um den König durch eine gemeinsame Einladung der sämtlichen Fürsten zur Teilnahme an den Beratungen zu bewegen. Die Großherzoge von Baden und Sachsen-Weimar unterstützten den Antrag aufs wärmste, und der Kaiser selbst empfahl die Annahme unter der Bedingung, daß der von ihm vorgelegte Plan als Grundlage der Beratungen angenommen und daß diese auch dann fortgesetzt würden, wenn Preußen bei seiner Ablehnung bliebe. Sämtliche Fürsten erklärten ihre Zustimmung, und der König von Sachsen erbot sich, die Einladung persönlich zu überbringen.

Die Beratungen wurden inzwischen ausgesetzt. Bankette, Festlichkeiten, Besuche am Hofe zu Darmstadt füllten die Tage bis zur Wiederkehr des Königs Johann. Die Stadt Frankfurt feierte ihre hohen Gäste mit einem glänzenden Bankett auf dem Römer (17. Aug.). Dort in dem alten Saale, wo ehemals das festliche Krönungsmahl gehalten ward, wo die Bilder der Kaisererhnen und mit ihnen eine tausendjährige Geschichte von den hohen Wänden auf die Epigonen niederblickten, saßen jetzt die gekrönten Häupter der Nation und die Väter der Freien Städte. Franz Joseph hatte seinen Platz unter dem Bilde seines Ahnherrn Josephs II., des „Menschenfreundes auf dem Throne“. Da wurde manche große Erinnerung wach, manches stolze Wort gesprochen. Unten aber auf dem Römerplatze und am Mainufer wogte die Menge zu Tausenden, wie ehemals bei der Kaiserkrönung, und in den Abendstunden leuchteten glänzende Buntfeuer auf, welche den Platz in zauberhaftem Lichte strahlen ließen, dazu aufsteigende Raketenfarben an der Mainluft, ein farbenreiches Brillantfeuerwerk, ähnlich dem Kongresse selbst, zu dessen Ehren es veranstaltet ward, in Pracht und Wirkung.

Unterdessen weilte der König Wilhelm bei der Durchreise von Gastein nach Baden-Baden noch einige Tage zum Besuche bei der Königin-Witwe Elisabeth zu Wildbad, und so kam es, daß der erlauchte Träger der Fürstenbotschaft bereits früher (20. August) in Baden-Baden ankam, als der König selbst. Der gastliche Empfang, welcher ihm von der Königin Augusta bereitet ward, ermutigte den König Johann in der Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg seiner Botschaft. König Wilhelm traf erst am Abend, von Wildbad mit Postpferden über das Gebirge kommend, in Baden-Baden ein; Minister von Bismarck befand sich in seiner Begleitung. Am folgenden Morgen fand die Übergabe der Einladung statt.

Gewiß war es für König Wilhelms Herz schwer, abgekehrt von den Genossen bleiben und der warmen, aufrichtigen Fürsprache des Königs Johann widerstehen zu sollen. Einige Augenblicke mochte der Letztere auf einen günstigen Erfolg seiner Sendung hoffen, aber seine Beredbarkeit scheiterte an der Festigkeit König Wilhelms. Man hatte in Frankfurt vergessen, daß die Könige von Preußen ihre Entschlüsse nicht allein nach den Eingebungen des Herzens, nicht unter den Eindrücken wechselnder Stimmungen fassen, sondern nach weiser Prüfung dessen, was sich für die Ehre und Würde des Königtums und für das Wohl ihres Landes ziemt.

Während die Unterredung der beiden Fürsten im großherzoglichen Schlosse stattfand, gingen in den Anlagen desselben die beiden ersten Minister von Preußen und von Sachsen, von Bismarck und von Beust, in lebhafter Unterhaltung spazieren. Man sah, wie der sächsische Ministerpräsident sich wiederholt in eindringlicher Rede an Herrn von Bismarck wandte. Herr von Bismarck hörte mit freundlich heiterer Miene zu, aber er blieb „kühl bis ans Herz hinan“. Es war kein Zweifel, die öffentliche Meinung war fast einstimmig in der Beurteilung Preußens, welches die in dem österreichischen Reformplan ihm eingeräumte Stellung in Deutschland verschmähte und auf die Teilnahme an der „großen That“ in Frankfurt verzichtete; sie ergoß den ganzen Strom ihres Unwillens über den kurzsichtigen Staatsmann, der seinem Könige so gegen das wahre Interesse des Landes riete und Preußen in eine vereinzelte Stellung zu Deutschland, ja zu ganz Europa brächte. Möglich, daß Herr von Beust auch eine Andeutung in dieser Richtung machte, Bismarck blieb jedoch unbewegt und lächelte still vor sich hin: „Vielleicht werde ich noch einmal der populärste Mann in Deutschland!“ —

Der erlauchte Botschafter kehrte mit einem Ablehnungsschreiben des Königs von Preußen an die Ufer des Mains zurück. Bismarck schickte dem Ablehnungsschreiben eine Depesche an den preussischen Gesandten in Frankfurt nach, in welcher er erklärte, daß „die österreichischen Reformpläne weder der berechtigten Stellung der preussischen Monarchie, noch den Interessen des deutschen Volkes“ entsprächen. „Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatensystem geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrolle fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben.“

Diese Bedenken erschienen um so einleuchtender, da die sogenannte österreichische Reformakte im ganzen eine vorteilhafte Stellung Österreichs be-

zweckte, während darin Preußen auf die Reihe der kleinen Königreiche herabgesetzt war. Die ausführende Gewalt war einem fünfköpfigen „Direktorium“ übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, den Königen von Preußen und Bayern und zwei andern Königen, also Sachsen, Württemberg oder Hannover, unter dem beständigen Voritze Österreichs bestehen sollte. Alle Beschlüsse des Direktoriums sollten mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden. Zu den Obliegenheiten desselben gehörte die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Leitung des Heerwesens und der auswärtigen Angelegenheiten, die Oberleitung über das Innere, Justiz, Finanzen, Zoll- und Handelswesen. Neben dem Direktorium sollte der engere Rat der Bundesversammlung aus den Bevollmächtigten der Regierungen ebenfalls unter Österreichs Voritz als „Staatenhaus“ fortbestehen. Die Volksvertretung sollte wieder aus Delegationen der Einzellandtage zusammengesetzt werden und im ganzen 300 Bundesabgeordnete zählen, zu welchen Österreich und Preußen die eine, die Mittel- und Kleinstaaten die andre Hälfte zu stellen hätten. Dieselbe sollte nur alle drei Jahre zusammenberufen werden und eigentlich nur bei Abänderung der Bundesverfassung ein bescheidenes Maß der Mitwirkung haben.

Nachdem das Oberhaupt des mächtigsten deutschen Staates seine Mitwirkung an diesem Reformplan entschieden versagt hatte, konnten alle weiteren Beratungen nur den Zweck haben, den Schein zu retten. Die einzelnen Artikel der Reformakte wurden im Fürstenparlament besprochen und mit geringen Änderungen angenommen. Die wichtigste Veränderung betraf das Direktorium. Dasselbe wurde auf Antrag Deußts und einiger Kleinstaaten, die gleichfalls in demselben mitzusprechen wünschten, von fünf Mitgliedern auf sechs erweitert. Schließlich wurde der Entwurf im ganzen von der großen Mehrzahl der Fürsten angenommen; nur Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und Waldeck stimmten dagegen. Die Großherzoge von Baden und Mecklenburg standen im Rate der Fürsten bis zuletzt am entschiedensten für die Rechte der preußischen Macht und Krone ein.

Die Teilnahme des Frankfurter Publikums wandte sich weniger dem Kerne des Kongresses, dem österreichischen Reformplan, als den äußeren Vorgängen zu. Man sprach von dem bewundernswürdigen Geschehe, mit welchem Kaiser Franz Joseph die Verhandlungen leiten sollte, von dem parlamentarischen Geschehe der fürstlichen Parlamentsmitglieder, und tausend interessante Einzelzüge drangen trotz der geschlossenen Pforten des Sitzungs-saales im Bundespalaste zu den Ohren der wißbegierigen Frankfurter.

Österreich, Bayern, Baden und Koburg blieben nach wie vor die Lieblinge des Publikums, aber die Volksgunst gab sich ihnen mitunter auf eigentüm-

liche Art zu erkennen; so, wenn der eine dieser Fürsten vor dem Übermaß von Liebe, das ihm bei einem Gang auf der Zeil entgegengebracht wurde, Zuflucht zur Hauptwache nehmen mußte, oder wenn der hiedere Sachsenhäuser den in bürgerlicher Kleidung am Ufer des Mains luftwandelnden Wittelsbacher treuherzig ansprach: „Komm her, Max, du sollst ein ordentlicher Kerl sein, dafür will ich dir auch die Hand drücken.“ Und er soll die königliche Rechte kräftig geschüttelt haben.

Die Kongreßberatungen wurden geschlossen, die schwarzrotgoldenen Fahnen eingezogen, die prächtigen Karossen und die versilberten Lakaien verschwanden vom Straßenpflaster und das Frankfurter Leben bewegte sich wieder um seine alten Pole — den Bundestag und die Börse.

Bismarck hatte durch seine feste, zuversichtliche Haltung vorzugsweise den König Wilhelm in seinem weisen Entschlusse der Zurückhaltung vom Fürstenkongresse bestärkt. Er hat dadurch verhindert, daß die nationale Entwicklung zum Stillstand gekommen wäre oder in falsche Bahnen abgelenkt würde.

Durch den Fürstentag war es noch klarer hervorgetreten, daß die deutsche Frage bei der verschiedenen Stellung Preußens und Oesterreichs zu derselben auf friedlichem Wege nicht ausgetragen werden könne, daß vielmehr jeder Versuch einer Bundesreform nur die Kluft zwischen den beiden Mächten erweitern und die Entscheidung durch Waffengewalt beschleunigen müsse. Bismarck fühlte, wie sehr er für einen solchen Ausgang des Beistandes des preußischen Volkes bedürfe, darum riet er dem Könige jetzt (2. September) die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung neuer Wahlen an. Er begründete seinen Antrag, indem er anführte: „Auf dem Gebiete der deutschen Bundesverfassung sind Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Absicht es ist, dem preußischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verkümmern, welche das wohlervorbene Erbteil der ruhmvollen Geschichte unsrer Väter bildet und welche das preußische Volk sich nicht streitig zu machen jederzeit entschlossen gewesen ist. Unter diesen Umständen wird es für Ew. Majestät Unterthanen zugleich ein Bedürfnis sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Thatfache Ausdruck zu geben, daß keine politische Meinungsverschiedenheit in unserm Lande tief genug greift, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens die Einigkeit des Volkes in sich und die unverbrüchliche Treue zu gefährden, mit welcher dasselbe seinem angestammten Herrscherhause anhängt.“

Die Reformakte unterwarf Bismarck in einer ausführlichen Denkschrift an den König (15. September) einer scharfen Beurteilung. In derselben

wurde als Vorbedingung der Zustimmung Preußens zu einer Reform der Bundesverträge die Verständigung über drei Punkte gefordert, nämlich einmal das Veto Preußens und Österreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffs auf das Bundesgebiet unternommen werde, sodann die volle Gleichberechtigung Preußens mit Österreich zum Vorsitz und zur Leitung der Bundesangelegenheiten, endlich eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegationen der Landtage, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgehe, und deren Befugnisse jedenfalls ausgedehnter zu bemessen seien als in der österreichischen Reformakte.

Zu derselben Zeit, als Bismarck die erwähnten wichtigen Schriftstücke verfaßte, begleitete er den König zu den Feldmanövern des Gardekorps in das anmutige Hügelland der märkischen Schweiz, wo die Berge „bestreut mit Fichtenäpfeln“, die stillen Landseen umkränzen und die Heide ihre „heimlich trauten Schauerstellen“ hegt. Dort fand er eine bessere Erholung von des Tages Mühen, als sie ihm in Gastein und Baden-Baden vergönnt gewesen; auch erübrigte er zwischen dem Manöverritt und der königlichen Tafel in Buckow noch so viel Zeit, in einigen Zeilen seiner Gemahlin Nachricht zu geben (Buckow, 21. September 1863): „Ich wollte Dir heut, am letzten Sommertage, einen recht bequemen und verständigen Brief schreiben und legte mich in diesem Gedanken vor drei Stunden auf das Sofa, schlief aber ein und erwachte erst eben, wo ich nur eine Viertelstunde bis zur Tafel habe, die um sechs Uhr ist. Ich war um sieben ausgerückt, bis  $\frac{1}{2}$  unterbrochen geritten als »Herr Oberstwachmeister«, um unsre braven Soldaten Pulver verbrennen und Attacken reiten zu sehen. Ich schloß mich zuerst Fritz an, der drei Regimente Kavallerie kommandierte, ging dann zur Garde du Corps über, jagte wie unsinnig über Stock und Block und habe lange keinen so behaglichen Tag verlebt. Hier wohne ich neben dem Könige und zwei Adjutanten in einem netten alten Hause bei Graf Flemming; hübsche Gegend mit Hügeln, Seen und Wäldern, und vor allem nichts zu thun, nachdem ich gestern meine Geschäfte mit \*\* beendet habe. Morgen früh muß ich leider wieder in die Tretmühle, und jetzt zum Essen, nachdem ich mich ganz dumm geschlafen habe, und dabei das Genick verbogen an dem steilen Sofa. Wir haben 80 Personen zu Tisch, allerhand fremde Offiziere, Engländer, Russen und den ganzen Bund im Haus. Ich habe gar kein Zivil mit, bin auf 48 Stunden also ganz Major.“

Wie gern atmete er den Riechenduft der Heide, den Pulverdampf der preussischen Patronen; wie freudig hörte er das Gefrach der Salven und den Surraruf der Grenadiere! Wenn er an den Sturmkolonnen vorüberritt,

dann schien das buschige Auge, das trüzig und scharf unter dem blanken Stahlhelm hervorblickte, zu fragen: „Ob sie's wohl noch können?“ und der Herzschlag unter seinem „eisernen Wams“ gab die Antwort: „Gott sei Dank, sie können's noch!“



Bei den Feldmanövern des Gardekorps (im Herbst 1863).

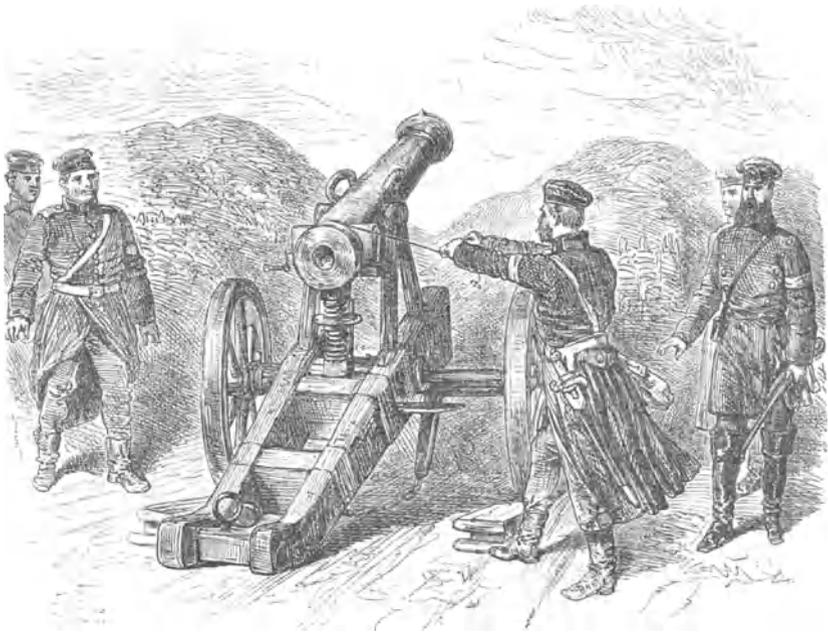
In Graf Rechbergs Staatsaktion war seit dem Frankfurter Fürstentag ein gewisses Zögern und Schwanken nicht zu verkennen. Er veranstaltete zwar eine Konferenz der Minister mehrerer Mittel- und Kleinstaaten, welche (23. und 24. Oktober) im Bayerischen Hofe in Nürnberg stattfand; dieselbe hatte indessen nur das negative Ergebnis, daß man die drei preussischen Forderungen ablehnte und dem Grafen Rechberg die Antwort an Preußen übertrug. Die Begeisterung für das unfruchtbare Reformwerk

war offenbar im Erlöschen. Herr von Beust warb indessen bereits um die Zustimmung der Mittelstaaten zu einem neuen Plane. Er wünschte die Einberufung eines Delegationenparlamentes der Mittel und Kleinstaaten, um mit Hilfe desselben innerhalb des Bundes einen Sonderbund mit dreiköpfigem Direktorium — Sachsen, Bayern und Württemberg oder Hannover — zu errichten. Diese sogenannte Triasidee war seitdem ein Lieblingsgedanke des sächsischen Ministers, auf den er bei späteren Veranlassungen öfters zurückkam. Er hoffte durch Verwirklichung desselben die Bedeutung Sachsens neben den Großstaaten heben und seine Wirkungssphäre erweitern zu können. Ein kurzes diplomatisches Intriguenpiel folgte dem Gelegenheitspiel des Fürstentages, und eine langschweifige Note des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten in Berlin (30. Oktober) war das letzte Schriftstück in dieser Angelegenheit, welches mit der Frankfurter Reformakte „zu dem Übrigen“ gelegt ward.

Österreich hatte seinen letzten Trumpf ausgespielt; jetzt kam die Reihe an Preußen.



Ende des Fürstentages.



Das Danewirke.

### Vierzehntes Kapitel.

## Schleswig-Holsteinische Wirren.



In Gottes Namen drauf!  
Wangel.

Schleswig-Holstein, Doppelzweig der deutschen Eiche! wie viele Lieder sind dir erklungen, wie viele Reden sind für dich gesprochen, wie vieles Blut ist für dich vergossen worden! — Als König Christian VIII. jenen „offenen Brief“ erließ, in welchem er die dauernde Vereinigung der beiden Herzogtümer mit den dänischen Erbstaaten als ein Recht der dänischen Krone in Anspruch nahm (8. Juli 1846), da scholl es einmütig von einer Küste zur andern der meerumschlungenen Lande: „Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben!“ — Der mutige Widerstand des kleinen Völkchens gegen fremde Anmaßung und Willkür weckte die Teilnahme der Deutschen für die deutsche Sache. Zwei Jahre später, als die Wogen der Bewegung in ganz Deutschland hoch gingen, brachen auf den Hilferuf des „verlassenen Bruderstammes“ Jünglinge aus

allen deutschen Gauen nach Norden auf, um für die Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Willkürherrschaft zu kämpfen. Ihr Mut und ihre Begeisterung vermochten nicht, den Mangel an kriegerischer Ausbildung zu ersetzen; im ungleichen Kampfe erlagen die deutschen Freischaren den geordneten Truppen der dänischen Landsoldaten. Preußen und mehrere deutsche Bundesstaaten nahmen den Kampf für Schleswig-Holstein gegen Dänemark auf. Über das Getrümmer der alten Danewirke hinweg drangen an jenem stürmischen Ostermorgen (23. April 1848) die preußischen Garden in Schleswig ein, und in kurzem Kriegszuge vollendete Wrangel mit den Bundestruppen die Befreiung des ganzen Landes. Aber neben den Kämpfen auf offenem Felde ging der Federfeldzug der Diplomatie. Waffenruhe und schleichende Friedensverhandlungen hemmten den Fortgang des Krieges. Ermutigt durch die Zusprache anderer Mächte, insbesondere Rußland, England und Schweden, weigerte sich das kleine Dänemark hartnäckig, die deutschen Forderungen zu erfüllen und die Rechte der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins anzuerkennen. Trüßig warf Dänemark den Handschuh zu einem zweiten Waffengange hin; ungern nahm Preußen im Namen seiner deutschen Bundesgenossen ihn auf, ohne den ernststen Willen, den begonnenen Krieg bis zu seinen letzten Folgen durchzukämpfen. Die Siegesnachrichten von Eckernförde, Düppel, Kolbing, Gudsoe (April und Mai 1849) erregten noch einmal die Begeisterung der deutschen Herzen, aber die Staatskunst wußte nicht die Errungenschaften des Schwertes zu wahren. Eine neue lange Waffenruhe bildete den Übergang zum Frieden, nach welchem Preußen seine Truppen von den deutschen Nordmarken zurückzog und die Herzogtümer ihrem Schicksal überließ (2. Juli 1850).

Zürnend verließen die preußischen Krieger das Land, für das ihre Brüder umsonst geblutet hatten und gefallen waren; kampfesfreudig zogen die jungen Söhne Schleswig-Holsteins an ihnen vorüber nach Norden, um selbständig und allein den Kampf für ihr Recht aufzunehmen. Auf der Idstedter Heide wurden die Schlachtenlose geworfen — sie fielen für Dänemark (25. Juli). Besiegt, aber nicht bezwungen, setzten die Schleswig-Holsteiner auch nach der schweren Niederlage den Kampf fort und gaben bei Missunde und Friedrichstadt Zeugnis von dem Mute, der sie alle befehlte. Sie wollten „Deutsche bleiben oder sterben, treu aneinander bis zum Tod geschart.“

Dies war die Zeit, als Preußen in der Übereinkunft von Olmütz (November 1850) auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten verzichtete, so daß die österreichische Staatskunst auch im Norden die Oberhand gewann. Österreich gebot für Schleswig-Holstein die Einstellung der Feindseligkeiten; Preußen stimmte ihm bei. Österreichische Truppen zogen nach

der Niederelbe, um dem kleinen schleswig-holsteinischen Meer die Waffen abzufordern.

Es war den Schleswig-Holsteinern ein Stoß in ihr deutsches Herz. Jeder Widerstand wäre nutzlos gewesen. Sie legten die Waffen nieder, die sie für ihr Recht und ihre Unabhängigkeit mit Ehren geführt hatten, und unterwarfen sich dem Willen der Mächte.

Eine Zeit der Drangsale begann nun für Schleswig-Holstein, worin der Däne nach Willkür schaltete wie in einer eroberten Provinz. Deutsche Zucht und Sitte wurden mißachtet, die deutsche Sprache verdrängt, der deutsche Name verhöhnt. Die Hoffnung, daß mit dem Tode König Friedrichs VII., des letzten Sprossen der männlichen Linie des dänischen Königshauses, infolge des verschiedenen Erbrechts in Dänemark und in Schleswig-Holstein, eine Trennung dieser Lande und damit bessere Zeiten eintreten möchten, wurde durch das Londoner Protokoll (8. Mai 1852) herabgestimmt. Hierin verpflichteten sich die Hauptmächte, England, Österreich, Frankreich, Rußland, Schweden und nach einigem Widerstreben auch Preußen, den Prinzen Christian von Holstein-Sonderburg-Glücksburg als berechtigten Erbfolger im ganzen Umfange Dänemarks sowie der Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg anzuerkennen. Mehrere deutsche Bundesstaaten, Kurhessen, Hannover, Sachsen und Württemberg erklärten ihren Beitritt. Der meistberechtigte Erbe in Holstein, Herzog Christian August von Holstein-Augustenburg, ließ sich bereit finden, gegen eine Entschädigungssumme (2 $\frac{1}{4}$  Millionen Thaler) auf sein Erbrecht für sich und seine Nachkommen zu gunsten dieser neuen Erbfolgeordnung zu entsagen. Die Rücksicht für die Erhaltung der dänischen Gesamtstaaten unter einer Krone wurde somit höher gestellt als das nationale Interesse Deutschlands an den Herzogtümern.

Zwar hatte Dänemark in den Vorbedingungen für jenen Vertrag sich gegen Österreich und Preußen ausdrücklich verpflichtet, das Bundesrecht der deutschen Herzogtümer Holstein und Lauenburg sowie die Rechte der deutschen Bevölkerung Schlesiwsigs zu achten. Indessen die in Kopenhagen herrschende Partei der sogenannten „Eiderdänen“ kümmerte sich um keinerlei Versprechungen, noch um das altverbriefte, von jedem Könige bestätigte Recht der Lande Schleswig-Holstein, „up ewig tosamende“ zu bleiben. Die dänische Regierung arbeitete vielmehr geradezu auf die Einverleibung Schlesiwsigs hin, und der Deutsche Bund ließ sich in schleppende Verhandlungen ein, vermochte es aber nicht, die nationale Würde gegenüber dem kleinen Dänemark zu vertreten.

Eine Reihe von Jahren hindurch hatte Dänemark den Deutschen Bund durch Vorspiegelungen hingehalten und getäuscht. Ermutigt durch die Spannung

zwischen Preußen und Österreich und durch den inneren Konflikt in Preußen, trat es immer offener mit seinen wahren Zielen hervor. Am 30. März 1863 erließ die dänische Regierung ein Gesetz, demzufolge die uralte Verbindung Holsteins mit Schleswig gelöst werden und Holstein eine scheinbar selbständige Verwaltung erhalten, dagegen zu allen Abgaben des Königreichs herangezogen werden sollte, ohne an den Rechten der dänischen Staatsbürger teil zu nehmen. Auch sollten die holsteinischen Truppen von dänischen Offizieren befehligt werden. Dadurch wäre das deutsche Bundesland Holstein in das Verhältnis einer tributpflichtigen Provinz zu Dänemark herabgedrückt worden.

Dieses sogenannte „Märzpatent“ war nur ein Schritt, welcher die Einführung einer Gesamtstaatsverfassung für Dänemark-Schleswig oder die Einverleibung Schlesiws in Dänemark, entgegen den Voraussetzungen des Londoner Protokolls, einleiten sollte. Die neue Verfassung wurde dem dänischen Reichsrat vorgelegt (29. Sept.) und angenommen (13. Nov.). Es bedurfte nur noch der Unterschrift des Königs, um ihr Gesetzeskraft zu geben und den Treubruch offenkundig zu machen. König Friedrich VII. war bereits dazu entschlossen, fand aber nicht mehr so viel Lebenszeit, um sie vollziehen zu können.

Durch das Märzpatent hatte Dänemark die Rechte des Deutschen Bundes, durch die Gesamtstaatsverfassung seine Verpflichtungen gegen Preußen und Österreich als Unterzeichner des Londoner Protokolls verletzt. Nur gegen das erstere durfte der Bund Einspruch erheben; die Verhältnisse des Herzogtums Schleswig, welches nicht zum Bundesgebiet gehörte, entzogen sich seiner unmittelbaren Einwirkung. Nach wiederholten vergeblichen Aufforderungen an Dänemark, das Märzpatent zurückzunehmen, hatte sich der Bund endlich zu dem Beschluß ermannt, die Rücknahme durch Exekution gegen den König-Herzog zu erzwingen (1. Okt.). Schon waren die Truppen bestimmt und in Bereitschaft gesetzt, welche in Holstein einrücken sollten, da trat ein Ereignis ein, welches plötzlich die ganze Sachlage zu verändern schien.

Am 15. November 1863 starb der letzte König von Dänemark, welcher zugleich unbestrittener Herzog von Schleswig-Holstein war. Am folgenden Tage kündigte Prinz Christian von Glücksburg, welchem die Protokollmächte die Erbfolge zuerkannt hatten, als König Christian IX. seinen Regierungsantritt in den Gesamtstaaten an. Aber in Schleswig-Holstein und im deutschen Volke wollte man von dem „Protokollprinzen“ nichts hören. Das Londoner Protokoll, welches die Erbfolge für die Herzogtümer ohne Befragen der schleswig-holsteinischen Stände und mehr im dänischen Interesse geregelt hatte, erinnerte an trübe Tage der Vergangenheit, an den Akt von Ulmütz, an die Wiederherstellung des unvolkstümlichen Bundes, an die

Schuld, welche dieser bei Auslieferung der Herzogtümer an Dänemark auf sich geladen hatte. Alle Kränkungen, welche Deutschland seitdem von dem kleinen Dänemark geduldig hingenommen, traten lebendig vor die Seele des Deutschen und trieben ihm die Bohnröte ins Antlitz. Die deutsche Bewegung wandte sich jetzt einem bestimmten Ziele zu; es galt die Losstremung Schleswig-Holsteins von Dänemark. Durch ganz Deutschland gingen die Rufe: „Nichts von Protokollen — ein deutscher Herzog für das deutsche Land!“ —

Der Herzog ließ nicht auf sich warten. Unbekümmert um die (1852 erfolgte) Verzichtleistung seines Vaters erließ Erbprinz Friedrich von Augustenburg von seinem Landfize zu Dolzig in der Niederlausitz eine Proklamation an die Schleswig-Holsteiner, in welcher er sich als ihren rechtmäßigen Herzog Friedrich VII. ankündigte. Wohl kam er nicht, wie sonst ein deutscher Herzog, Besitz zu ergreifen von seinem Lande, an den Heerschild zu schlagen und sein Volk für sein Recht in den Kampf zu rufen, sondern er ließ sich in Göttha nieder und umgab sich dort mit einem kleinen Hofstaat. Er stellte auch nicht sein Recht unter den Schutz einer deutschen Vormacht, sondern er wandte sich an Kaiser Napoleon III. (2. Dez.) und bat ihn um die „mächtige Unterstützung der Stimme Frankreichs“. Trotzdem sahen die Führer der Bewegungspartei in seinen Ansprüchen das einzige Mittel, um die Losreißung der Herzogtümer von Dänemark zu betreiben. In Klubs und Volksversammlungen, bei Festbanketten und in Ständekammern hörte man nur noch von dem Erbrechte des Augustenburger's reden.

Die Regierungen der kleineren Staaten mochten nicht dem Drucke der öffentlichen Meinung widerstehen. Sachsen und Württemberg stellten am Bunde den Antrag, statt der früher beschlossenen „Exekution“ jetzt eine „Okkupation“, d. h. anstatt der Zwangsmaßregeln gegen den König-Herzog eine militärische Besetzung Holsteins bis zur Beschlußfassung des Bundes in der Erbfolgefrage eintreten zu lassen. Die meisten Regierungen aber zeigten große Neigung, die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog durch einen einfachen Bundesbeschluß zu bewirken und ihn dann mit einem Bundesheere zu unterstützen.

Ander's beurteilte der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen, von Bismarck, die Lage der Dinge. Ihm war es in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nicht um das Erbrecht eines einzelnen Dynasten zu thun, sondern um das höhere geschichtliche Recht der deutschen Nation, und er wollte diesem Rechte vor allem Anerkennung schaffen. Auch Bismarck beklagte die unter dem Ministerium Manteuffel erfolgte Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch Preußen; da sie aber geschehen war, so hielt er es „für ein Gebot der Ehre und Klugheit, an der Vertragstreue Preußens

keinen Zweifel haften zu lassen.“ Dagegen verstand er es, das vorhandene Altstück nun selbst als eine Waffe zu gebrauchen, um die gerechten Ansprüche Deutschlands gegen Dänemark zur Geltung zu erheben. Er sah in König Christian IX. den „Erben des Rechts und Unrechts seiner Vorgänger“ und forderte von ihm auf Grund des Londoner Protokolls die Erfüllung derjenigen Zusagen, welche dem Abschlusse desselben vorangegangen waren, nämlich die Achtung des deutschen Bundesrechts in Holstein und die Nichtinverleibung Schlesiwigs in Dänemark. Hätte Dänemark sich ohne Vorbehalt dazu verstanden, dann würde Preußen infolge seiner Mitunterzeichnung des Londoner Protokolls keinen Grund gehabt haben, die Erbfolgeberechtigung Christians IX. in Schleswig-Holstein zu bestreiten. Es war indessen vorherzusehen, daß der von dem Einfluß der Siderdänen beherrschte neue König seine Regierung nicht mit einem Akte der Nachgiebigkeit gegen Deutschland beginnen würde, und in diesem Falle gab es nach Bismarcks Ansicht und Rat für Preußen keine andre Wahl als — den Krieg.

Durch den Krieg erlangte der siegreiche Teil die Macht, eine Abänderung oder Aufhebung der unerfüllt gebliebenen Verträge durchzusetzen. Der erste Kanonenschuß mußte das Londoner Protokoll zerreißen und der letzte durfte nicht eher fallen, als bis dem Willen Preußens genügt und das Recht der deutschen Nation in Schleswig-Holstein für die Zukunft auf neuen Grundlagen fest begründet und sichergestellt war. Für die Art, wie dies letztere geschehen konnte, ließen sich verschiedene Formen denken, z. B. die sogenannte Personalunion oder auch die Bildung eines neuen deutschen Kleinstaats unter einem eignen Herzog, also in erster Reihe unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, endlich die Aufnahme der Herzogtümer in den preußischen Staatsverband. Letztere Form einer Lösung der schleswig-holsteinischen Frage sah Bismarck zwar „nicht als den obersten und notwendigen Zweck, wohl aber als das angenehmste Resultat“ an. Hätte er sie indessen schon vor Ausbruch des Krieges als das Ziel seiner Politik erklärt, so würde er nicht allein die Zahl der Gegner Preußens im Auslande vermehrt und die Bundesgenossenschaft Österreichs verwirkt, sondern auch in der eignen Nation nicht die ausreichende Unterstützung gefunden haben. Um die Annexion möglich zu machen, mußte Bismarck erst die Unausführbarkeit der andern Kombinationen vor der Welt darthun. Im Volke aber täuschte man sich über Bismarcks Pläne und Absichten; denn weil er zunächst am Londoner Protokoll festhielt, so besorgte man, daß er nichts andres im Sinne habe, als die deutsche Bewegung für Schleswig-Holstein niederzuhalten und die deutschen Herzogtümer unter irgend einer neuen Form an Dänemark auszuliefern.

Auch die österreichische Regierung hielt sich im Gegensatze zur Auffassung

der Mittel- und Kleinstaaten durch das Londoner Protokoll, dessen Abmachungen dem österreichischen Interesse durchaus zusagten, dem übrigen Europa gegenüber gebunden. Sie sah aber eine Gefahr in der allgemeinen Aufregung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit und erkannte die Notwendigkeit, etwas in dieser Sache zu thun, wenn sie nicht ihren Einfluß in Deutschland einbüßen wollte. Sie hielt es für politische Klugheit, Preußen bei seinem Vorgehen in dieser Sache zu überwachen und zu zügeln. Der Minister Graf Rechberg wußte daher wohl, was er alles verhüten, nicht aber, was er erreichen wollte. Bismarck dagegen steuerte mit festem, klarem Blicke geradezu auf sein Ziel los. So geriet Graf Rechberg, ohne es zu wollen, mehr und mehr in das Bismarcksche Fahrwasser hinein und mußte jeden Schritt, den Bismarck that, mit ihm gemeinschaftlich thun. Erst als es galt, die Schlußfolgerung aus der preußischen Politik in Schleswig-Holstein zu ziehen, da erschrak Österreich und nahm seine Zuflucht wieder zum Bunde.

Preußen und Österreich erklärten sich am Bunde gegen die von Sachsen und Württemberg beantragte „Okkupation“ Holsteins und beharrten auf Vollziehung der früher beschlossenen „Exekution“ gegen den König-Herzog. Das Gewicht der beiden Großmächte fiel auch bei der Abstimmung am Bundestage (7. Dezember) so bedeutsam in die Waagschale, daß jener Antrag (mit 8 gegen 7 Stimmen) abgelehnt und auf den früheren Exekutionsbeschluß zurückgegangen wurde. Um die Weihnachtszeit rückten die sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen in Holstein ein; Preußen und Österreich hielten ihre Reserven bereit. Die Dänen wichen schrittweise ohne Widerstand über die Eider nach Schleswig zurück.

Den Bundestruppen folgte der Erbprinz Friedrich von Augustenburg und erschien (30. Dezember) unerwartet in Kiel. Die biederen Holsten in ihrer Freude, von den dänischen Drängern befreit zu sein, gelobten sich sogleich mit Hand und Herzen dem neuen Herzoge an, nicht ahnend, daß die Ereignisse bald über den ersten Freudenrausch der Bevölkerung wie über den Fürstentraum des Augustenburger's hinweggehen würden.

Mit der exekutorischen Besetzung Holsteins bis zur Eider waren zunächst die Zwangsmittel des Bundes gegen Dänemark erschöpft. Bismarck leitete für Preußen aus seiner europäischen Machtstellung und aus seiner Mitunterzeichnung des Londoner Protokolls die Berechtigung zu weiterem Einschreiten her.

Drei Tage nach seinem Regierungsantritt (18. November) hatte König Christian IX. seinen Namen unter jene Akte gesetzt, welche die Gesamtstaatsverfassung für Dänemark-Schleswig verkündigte. Er that es zögernd und widerwillig, aber die Dinge in Kopenhagen ließen ihm kaum eine andre

Wahl. Er zog es vor, lieber infolge eines Krieges einen Herzogshut, als infolge eines Aufstandes eine Königskrone zu verlieren. Mit dem 1. Januar 1864 sollte die Verfassung in Kraft treten und die widerrechtliche Einverleibung Schleswigs zur Thatsache werden.

Jetzt glaubte Bismarck den Zeitpunkt gekommen, wo es Preußens Aufgabe war, zum Schutze Schleswigs nötigenfalls mit den Waffen gegen Dänemark vorzugehen. Am 28. Dezember stellte Preußen in Gemeinschaft mit Österreich in der Bundesversammlung einen Antrag, welcher weit über die früheren Anträge der Mittelstaaten hinausging. Er lautete dahin, der Bund wolle die dänische Regierung zur Rücknahme des Grundgesetzes vom 18. November auffordern und im Falle der Weigerung sofort die militärische Besitznahme Schleswigs als eines Pfandes für die Erfüllung der gerechten Forderungen Deutschlands beschließen.

Die meisten Regierungen waren indes gegen den Antrag, weil sie in der Aufforderung an Dänemark zur Rücknahme der Novemberverfassung eine mittelbare Anerkennung König Christians IX. als Herzog von Schleswig-Holstein erblickten und die Erbfolgefrage vor allem übrigen entschieden wissen wollten. So geschah es, daß der Antrag der Großmächte in der entscheidenden Sitzung (mit 11 gegen 5 Stimmen) abgelehnt wurde (14. Jan.). Unmittelbar nach der Abstimmung erklärten Preußen und Österreich, daß sie nun ihrerseits selbständig als europäische Mächte zur Ausführung der beantragten Maßregeln schreiten würden. Zwei Tage darauf (16. Jan.) übergaben ihre Gesandten in Kopenhagen eine letzte Aufforderung zur Rücknahme der Novemberverfassung, dann schritten beide Mächte zur Besitznahme Schleswigs. — Dieses selbständige Vorgehen der beiden Großstaaten erregte im Volke, wie bei den Regierungen Mißtrauen und Besorgnisse. Die meisten deutschen Regierungen — Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und die sächsischen Häuser — erhoben feierlich Protest dagegen. Mehrere Bundesstaaten verweigerten den Truppen Preußens und Österreichs geradezu den Durchmarsch.

Bismarck sah die Ablehnung der Mitwirkung des Bundes vom spezifisch-preußischen Standpunkte aus nicht ungerne; das in mancher Beziehung hemmende Bündnis mit Österreich wußte er für bestimmte Zwecke auszunutzen. Was ihn als preußischen Staatsmann tief schmerzte, war die Haltung des Abgeordnetenhauses gegenüber einer Politik, die er nach seiner gewissenhaftesten Überzeugung im preußischen und deutschen Interesse seinem Könige angeraten hatte. Es war nicht sowohl politische Kurzsichtigkeit, welche viele hinderte, ihm in seine Pläne zu folgen, als vielmehr ein tief eingewurzeltes, durch die lange Konfliktzeit genährtes Mißtrauen. Nicht allein Männer von einer bestimmten Parteirichtung, sondern auch solche, mit denen er sich

über die großen Ziele der Nation im Grunde eines Sinnes fühlte, traten der Bismarckschen Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit entgegen und stellten in ihren Anträgen und Beschlüssen das Erbrecht des Augustenburger's dem wahren Interesse der Nation voran. Vergeblich suchte Bismarck die Landesvertretung in die Bahnen seiner Politik mit fortzureißen; überall kämpfte er gegen eine geschlossene Opposition an, überall türmten sich ihm Hindernisse und Schwierigkeiten entgegen, zu deren Überwindung es eines eisernen Willens und eiserner Nerven bedurfte.

Als die Regierung mit einer Geldforderung vor das Abgeordnetenhaus trat, suchte dieses durch eine Adresse an den König der Bewilligung auszuweichen, und obgleich König Wilhelm in seiner Antwort die bestimmte Erklärung gab: „Meine Gesinnung und mein Wort bürgen dafür, daß die Mittel, welche ich zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend verwandt werden“ — zögerte das Haus, die Gelder zu bewilligen. — Schon hatten Preußen und Oesterreich ihr Ultimatum an Dänemark gerichtet, schon standen die streitbaren Söhne der brandenburgischen Mark und der roten Erde kriegsbereit unter den Waffen, und das Abgeordnetenhaus beriet noch über Genehmigung oder Ablehnung der Anleihe.

Mit tiefer Verstimmung ging Bismarck in die entscheidende Sitzung (21. Januar). Er forderte noch einmal das Haus auf, sich der Teilnahme an einer nationalen Politik nicht durch die Versagung von Mitteln zu entziehen, die der Staat so notwendig bedürfe, daß er — wenn sie verweigert werden sollten — sie nehmen müsse, woher er sie bekomme. „Sie widersprechen durch Ihr Verhalten“, sagte er, „nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte, Sie widersprechen dem Volksgeiste Preußens. Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, indem Sie die Großmachtstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkauft wurde, verleugnen. Sie kommen mir vor, wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war.“

Das Haus lehnte die geforderte Anleihe ab und erklärte, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln der Regierungspolitik entgegentreten werde. Drei Tage darauf, am 25. Januar, wurde das Haus abermals geschlossen, ohne daß die Mittel zum Kriege bewilligt waren. Bismarck fand sie dennoch im Staatschatz und in den wohlgeordneten Finanzen.

Unterdessen wandte sich die Teilnahme der Berliner Bevölkerung bereits mehr und mehr den Kriegsscharen zu, die in rasch aufeinander folgenden Dampfzügen nach dem deutschen Norden aufbrachen. Für sie gab es

keine Augustenburger und Glücksburger Erbfolgefrage, keinen Streit über Exekution oder Okkupation. Sie zogen auf den Ruf des Königs in den Kampf für ihre alte Fahnenehre und sie thaten es um so freudiger in dem Bewußtsein, daß jetzt keine mattherzige Politik den Flug der Adlerfahnen hemmen würde.

Der König und seine Minister von Roon und von Bismarck fuhren oft hinaus, um ihre Grüße den scheidenden Kriegern mitzugeben, die wenige Tage darauf in Eis und Schnee dem alten Dänentrübe, dem Danewirke, gegenüberstanden. Dort gab der greise Feldmarschall von Wrangel seine kurze und kernige Feldzugsdisposition: „In Gottes Namen drauf!“ und „donnernd gegen Missunde fiel der erste Schlag.“

Die Kammerreden waren verhallt und vergessen, als der Kanonendonner um die Danewirke rollte, aber Schwierigkeiten anderer Art stellten sich Bismarck bei der bewaffneten Durchführung seiner Politik entgegen. Das kleine Dänemark würde seinen Widerstand den beiden Großmächten gegenüber nicht bis zum Kriege getrieben haben, wenn es nicht auf den Beistand der andern Protokollmächte gerechnet hätte. Vornehmlich glaubte es seinen Rückhalt an England zu finden, in dessen Politik es lag, Deutschland nicht zu einer starken, die Einfahrt der Ostsee beherrschenden Macht werden zu lassen. Die englische Regierung hatte daher ein besonderes Interesse daran, daß das Londoner Protokoll aufrecht erhalten würde und Schleswig unter dänischem Zepter bliebe. Sie hatte mit Noten und Protesten bei den Großmächten, dem Bunde und den deutschen Mittelstaaten alles aufgeboten, um den Krieg zu verhindern; jetzt war ihr Streben darauf gerichtet, die Protokollmächte zu einem gemeinschaftlichen Einschreiten für Dänemark zu veranlassen. Diese zeigten indessen wenig Neigung, über eine diplomatische Aktion hinauszugehen.

Die guten Beziehungen, welche Bismarck als Gesandter mit dem Petersburger Hofe und dem Kabinett der Tuileries gepflogen hatte, kamen ihm jetzt zu statten. Rußland hatte er sich in der polnischen Angelegenheit durch die Konvention zu Dank verpflichtet; Napoleon III. aber konnte nicht hier im Norden eine nationale Sache bekämpfen, während er in Italien noch als Beschützer des Nationalitätsprinzips gelten wollte.

Seinem ehemaligen Bundesgenossen England gönnte Napoleon außerdem eine diplomatische Niederlage; er konnte es nicht vergessen, daß es England gewesen, an dessen Weigerung seine Lieblingsidee, ein europäischer Kongreß, gescheitert war. Napoleon zeigte sich daher in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durchaus zurückhaltend und lehnte die Aufforderung Englands zu einem aktiven Vorgehen gegen Deutschland ab.

England stand daher mit seinen Einmischungsgelüsten allein und half sich nun mit dem Vorschlage von freien Konferenzen der Protokollmächte

zur Beilegung der Streitfrage. Einer solchen Aufforderung vermochte sich Bismarck nicht zu entziehen, ohne Preußen in eine schiefe Stellung zu den übrigen Staaten zu bringen, obgleich er ein für die deutsche Sache günstiges Ergebnis erst dann erwarten konnte, wenn der Trotz Dänemarks mit den Waffen gebrochen und ihm die Aussicht auf Unterstützung des Auslandes



Aufbruch nach Schleswig.

genommen war. Er rechnete aber darauf, daß die englischen Konferenzvorschläge in Kopenhagen, wo die Kriegspartei nach dem Verlust der für unüberwindlich gehaltenen Danewirke noch gewachsen war, auf die meisten Schwierigkeiten stoßen würden.

Jeder Schritt auf dem Kriegsschauplatz führte zu neuen diplomatischen Verwickelungen. Die Überschreitung der jütischen Grenze durch die preussische Vorhut rief im englischen Parlamente einen Sturm der Entrüstung

hervor. Bismarck suchte die Lords Palmerston und Russell mit politischen Gründen zu trösten, indem er anführte, daß durch die Besetzung eines Teiles von Sütland, das Kopenhagener Kabinett um so geneigter für die englischen Konferenzvorschläge gestimmt werden würde. Inzwischen öffneten sich bei Fredericia und Veile die preußischen und österreichischen Truppen mit siegreichen Kämpfen (1. März) den weiteren Weg nach Sütland hinein.

Endlich gab Dänemark seinen Widerspruch gegen die Konferenzen auf, so daß die Eröffnung derselben zu London im April stattfinden konnte; aber noch vorher hatten die preußischen Waffen ihren Ehrentag von Düppel (18. April). Dem Herzen des Königs Wilhelm war es Bedürfnis, den Truppen für die glänzende Waffenthat, die Erstürmung der zehn Schanzen, welche in ganz Deutschland Begeisterung weckte, seinen Dank selbst auszusprechen. Auch Bismarck wohnte im Gefolge des Königs jener denkwürdigen Königsparade in Sundewitt bei, wo die Düppelstürmer in ihrem Feldanzuge mit den eroberten, lustig flatternden Danebrogfähnlein leuchtenden Auges und festen Schrittes an ihrem Kriegsherrn vorüberzogen.

Die Beforgnis, daß die Federn der Diplomaten auf den Londoner Konferenzen wieder verderben könnten, was mit dem Schwert errungen worden, war damals in Deutschland viel verbreitet. Für die preußischen Bevollmächtigten — den Grafen Bernstorff und Herrn von Balan — waren die Schwierigkeiten um so größer, da sie nicht allein den Widerspruch des Auslandes zu bekämpfen, sondern auch das Einvernehmen mit Österreich und dem Bunde zu unterhalten hatten, ohne mit diesen über die zu erreichenden Ziele eines Sinnes zu sein. Sie mußten deshalb eine vorsichtige Haltung beobachten, um mit jeder veränderten Position auch die Benützungsart wechseln zu können, ohne das Ziel aus dem Auge zu lassen.

Nachdem in drei Sitzungen die Bedingungen einer Waffenruhe verhandelt waren, die endlich auch auf vier Wochen (12. Mai bis 12. Juni) verlängert zustande kam, und später um weitere 14 Tage (bis 26. Juni), ging die Konferenz an ihre eigentliche Aufgabe, die Friedensverhandlungen. Nun trat Bismarck mit der Erklärung hervor, daß die preußische Regierung sich durch das Londoner Protokoll fortan nicht mehr gebunden erachte, da Dänemark die Erfüllung der Vorbedingungen dieses Traktats beharrlich verweigert und dadurch den Krieg herbeigeführt habe. Zugleich forderte Preußen in Übereinstimmung mit Österreich die vollständige Unabhängigkeit der Herzogtümer von Dänemark als Grundlage der Friedensbedingungen und erklärte infolge der Hinfälligkeit des Londoner Protokolls die Erbfolgefrage in den Herzogtümern wieder für eine offene, mit der Wirkung, daß der König von Dänemark nur in Form der Personalunion die Herzogtümer mit Dänemark verbinden könne. Als hierauf die dänischen Bevollmächtigten

nicht eingehen mochten, vielmehr die Gesamtstaatsidee noch jetzt aufrecht erhielten, so verlangten nun die deutschen Mächte (28. Mai) die vollständige Trennung der Herzogtümer Schleswig und Holstein vom Königreich Dänemark sowie ihre Vereinigung in einen Staat unter der Landeshoheit des Erbprinzen von Augustenburg, der nicht allein in den Augen Deutschlands die begründetsten Rechte auf die Erbfolge, sondern auch die Bevölkerung der Länder für sich hätte.

Indessen der Erbprinz Friedrich von Augustenburg selbst überschätzte bei weitem die Tragweite dieses Antrags, wie er sich auch über die Beweggründe desselben täuschte. Kaum hatte sich ihm eine schwache Aussicht geboten, unter dem Schutze der preußischen Bajonnete einen Herzogshut im deutschen Norden zu tragen, so regte sich auch schon in ihm das dynastische Selbstgefühl eines kleinen deutschen Fürsten. Er zog es vor, sich auf die schwankende Gunst der öffentlichen Meinung, welche aus verschiedenen partikularistischen Bedenken sich nicht an einen größeren deutschen Staat anlehnen mochte, zu stützen, anstatt sich an die reale Macht eines festgegründeten Staates anzuschließen. Bismarck bezeichnete diesen Partikularismus, der aus der trägen Abneigung, Lasten und Leistungen zu gunsten eines großen Ganzen zu übernehmen, hervorgeht, als das Staatsprinzip auf der Basis der Phäaken, die nur essen, trinken und geschützt sein wollen und allerdings eine bequemere Existenz führen als solche, die auf der Basis der Spartaner stehen.

In einer Unterredung, welche zu jener Zeit (1. Juni 1864) der Erbprinz mit Bismarck in Berlin hatte, bemerkte letzterer, daß das Hauptinteresse Preußens in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das deutsche, nicht das dynastische sei, daß die preußische Regierung zwar bereit sei, die Ansprüche des Prinzen zu unterstützen, jedoch unter den Bedingungen, welche die Rücksicht auf das eigne Volk erheische, vor das sie nach einem blutigen Feldzuge nicht mit leeren Händen hintreten könne. Insbesondere bezeichnete Bismarck die Anlage eines Nord-Ostsee Kanals mit befestigten Endpunkten an beiden Meeren auf dem Schleswiger Gebiet — etwa von Eckernförde nach Brunsbüttel — für welchen Zweck einige Landabtretungen an Preußen zu machen seien, nebst dem preußischen Aufsichtsrecht über den Kanal, sowie eine engere Militär- und Marinekonvention als die wesentlichsten Erfordernisse.

Der Erbprinz erhob Einwendungen; ja er gab Bismarck den Rat, Preußen möge mehr darauf hinwirken, sein Herz zu gewinnen, als ihn durch feste Abmachungen zu binden, und als jener entgegnete, er hätte gehofft, daß das Herz des Prinzen bereits durch die Befreiung seines Heimatlandes für Preußen gewonnen sei, versetzte der Erbprinz, die Herzogtümer hätten Preußen nicht gerufen; ohne Preußen würde der Bund die Befreiung mit

mehr Leichtigkeit unter weniger lästigen Bedingungen bewirkt haben. Kurz, die ganze Unterredung, obgleich sie der Erbprinz selbst gesucht hatte, hinterließ bei Bismarck den Eindruck, daß der Prinz Preußen nicht mit dankbarem Gefühle, sondern nur als unwillkommenen Mahner betrachte und bereit sei, den Beistand der schleswig-holsteinischen Stände und auch Österreichs gegen die lästigen Ansprüche Preußens in Bewegung zu setzen. Was Wunder, daß Bismarcks Interesse für den Prinzen sich minderte und daß er als preußischer Staatsmann nicht die Hand dazu bieten mochte, im Norden eine neue kleinstaatliche Regierung einzusetzen, welche bei Abstimmungen am Bundestage ihre Stimme gegen Preußen in die Waagschale würde. Seiner Haltung gegenüber den Ansprüchen des Augustenburger entsprach das Wort Heinrichs von Treitschke: „Feinden erobert man keine Throne!“

Das einmütige Zusammengehen der deutschen Bevollmächtigten auf der Konferenz hatte die Wirkung, daß Lord Russell ihnen mit dem Vorschlage entgegenkam, die Länder Holstein, Lauenburg und den südlichen Teil von Schleswig mit seiner rein deutschen Bevölkerung von der dänischen Monarchie zu trennen und an Deutschland abzutreten. Indessen konnte man sich über die neue Grenzlinie nicht einigen, als welche in späteren Sitzungen die österreichischen Bevollmächtigten die Linie Flensburg-Tondern, die preußischen aber die Linie Apenrade-Tondern befürworteten, während Englands Vertreter eine weit südlicher laufende Grenzlinie in Vorschlag brachten.

Eine besondere Beachtung verdiente die Haltung des französischen Bevollmächtigten, Fürsten Latour d'Auvergne, auf der Konferenz. Napoleon III. war weit entfernt, ohne gleichzeitige Erlangung eigener Vorteile Preußen einen Machtzuwachs im deutschen Norden zu gönnen und rechnete im stillen darauf, daß Preußen ihm aus Dankbarkeit für seine wohlwollende Neutralität in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zur Erlangung der Schutzherrschaft über Belgien beistehen werde. Es gehörte aber auch zur herkömmlichen Napoleonischen Politik, das gute Einvernehmen mit den deutschen Mittelstaaten zu unterhalten, um sich nach Umständen ihrer als eines Gegengewichts gegen Preußen oder Österreich zu bedienen. Dem entsprach die zuvorkommende Aufnahme, welche der deutsche Bundesbevollmächtigte, Freiherr von Beust, bei seinem Besuch in Paris, während einer elftägigen Pause zwischen den Konferenzsitzungen, im Kabinett des Kaisers wie in den Zirkeln der schönen Kaiserin Eugenie fand. Napoleon III. ließ auf den Konferenzen ein Befragen der Bevölkerung über die Teilungslinie in Anregung bringen. Die Bevollmächtigten Preußens und des Deutschen Bundes stimmten im allgemeinen bei.

Obgleich somit die Wege einer Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gefunden schienen, zeigten sich doch bei den Beratungen der Einzelheiten so

auseinander gehende Ansichten, daß unter den Eingeweihten kein Zweifel über die Erfolglosigkeit der Friedensverhandlungen mehr vorwalten konnte. Bei der beiderseitigen Abneigung vor einem halben Frieden war es zuletzt nur noch ein unfruchtbarer Streit, der auf den Konferenzen darüber geführt wurde, in welcher Form eine etwaige Volksabstimmung in Schleswig vor sich gehen sollte, welche Ausdehnung derselben zu geben, ob die Teilungslinie mehr nördlich oder südlich zu legen sei. Die Konferenz löste sich schließlich auf (25. Juni), und die Entscheidung war wieder den Waffen anheim gegeben.

Trotz ihres scheinbar ziellosen Verlaufes hatten die Konferenzen doch ein bestimmtes Ergebnis geliefert. Das Londoner Protokoll, jenes ohnmächtige Machwerk der Kabinettspolitik, war ein für allemal beseitigt und der Widerspruch der fremden Mächte gebrochen. Schon zwei Tage nach dem Schlusse der Konferenz gab Carl Ruffel vor dem Oberhause die kleinlautere Erklärung ab, Englands Ehre fordere nicht die Teilnahme am Kriege, und sein Interesse gebiete, daß es auch ferner in der Neutralität verharre, umsomehr da Dänemark von ihm keine Zusage bewaffneten Beistandes erhalten habe. Das stolze England mußte vor der festen Haltung der deutschen Mächte seinen Rückzug antreten. Eines größeren politischen Erfolges hatte sich Deutschland dem Auslande gegenüber in der neueren Geschichte nicht zu rühmen gehabt. Es verdankte denselben vorzüglich der Einsicht und dem energischen Willen des preußischen Ministerpräsidenten, der sich zur Wahrung des geschichtlichen Rechts und der nationalen Würde Deutschlands über kleinliche, formelle Bedenken mit kühnem Entschlusse hinwegsetzte.

Als bald nach dem Ablaufe der Waffenruhe begannen die Truppen der Verbündeten auch die trennenden Meersarme zu überschreiten und den Feind aus seinen letzten Stellungen zu vertreiben. Sie drangen über den Allensund nach Allsen, über den Viimfjord und Ottenfjord bis nach der äußersten Nordspitze des dänischen Festlandes, nach Skagens Horn, und über die friesische See nach den Inseln der schleswigschen Westküste Sylt und Föhr vor; ja sie richteten sich zum Übergange nach Fünen und zu einem entscheidenden Schlage gegen die dänische Hauptstadt, der unter Mitwirkung der österreichischen Flotte geführt werden sollte.

Da trat endlich in Kopenhagen der erwartete Umschwung in der Stimmung ein. König Christian IX. gab dem Ministerium Monrad die Entlassung (8. Juli), das neue Ministerium Bluhme sollte den Frieden nachsuchen. Der Entschlusse kam aber zu spät, um Dänemark vor schweren Opfern schützen zu können.

Bismarck befand sich zu jener Zeit mit dem Könige zusammen in Karlsbad, wo auch Kaiser Franz Joseph mit dem Grafen Rechberg zur

Begrüßung eingetroffen war. Hier erhielten die beiden Minister gleichlautende Schreiben des Ministers Bluhme, in welchen um Einstellung der Feindseligkeiten behufs Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten wurde (15. Juli). Die Waffenruhe wurde darauf von den Heerführern im Auftrage der Regierungen auf zehn Tage (20. bis 30. Juli) abgeschlossen und später um drei Tage (bis 2. August) verlängert. Schon am 21. Juli ging Bismarck nach Wien ab, wo sich auch die andern Friedensunterhändler — Graf Rechberg für Osterreich und Herr von Quaade für Dänemark — einfanden. —

In der heiteren Kaiserstadt erwachten in Bismarck die Erinnerungen an jene glückliche Zeit vor 17 Jahren, als er auf der Hochzeitsreise an der Seite seiner jungen Gemahlin die Stadt und ihre Umgebungen zum erstenmal besucht, an die stillen Mondscheinwanderungen im hohen Buchenheckengang und an das lauschige Plätzchen im Garten zu Schönbrunn. Damals war er noch der schlichte Landadelmann von Schönhausen und der Welt wenig bekannt; jetzt war es vorüber mit jenem „Inkognito“ und überall folgte ihm die Neugier des Wiener Publikums, sei es, daß er sich allein nach dem Volksgarten zurückzog, um — wie er an seine Gemahlin schrieb — „in Ruhe ein Bier zu trinken“, sei es, daß er in ernstem politischen Gespräche mit dem Grafen Rechberg in der Schönbrunner Allee wandelte.

„Bis Sonntag muß es entschieden sein, ob Krieg oder Frieden“, hieß es in dem erwähnten Briefe (27. Juli). Die Entscheidung fiel zu gunsten des Friedens aus und am Montag den 1. August unterzeichnete der preußische Ministerpräsident im Auftrage des Königs die Friedenspräliminarien mit Dänemark, deren erster Artikel lautete:

„Seine Majestät der König von Dänemark entsagt allen seinen Rechten auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu gunsten Ihrer Majestäten des Kaisers von Osterreich und des Königs von Preußen, indem er sich verpflichtet, die Dispositionen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten in betreff dieser Herzogtümer treffen werden.“

Nach Feststellung dieser Grundlage überließ Bismarck die preußische Vertretung bei den Friedensunterhandlungen dem Gesandten am Wiener Hofe, Freiherrn von Werther, und begab sich selbst (2. Aug.) zum Könige nach Gastein. Von dort folgte er dem Könige, auf eine Einladung des Kaisers Franz Joseph, für einige Tage (20. bis 25. August) nach Wien und Schönbrunn, wo er sich der besonderen Auszeichnung durch den Kaiser zu erfreuen hatte und den hohen ungarischen Orden des heiligen Stephan empfing. Dann begleitete Bismarck den König nach Baden-Baden und ging nach einem Besuche in seinem „stillen Pommern“ noch für kurze Zeit (7. bis 24. Oktober) in das Seebad Biarritz.

Eine wirkliche Erholung boten dem vielbeschäftigten Staatsmann diese Reisen freilich nicht. „Feldjäger, Tintenfaß, Audienzen und Besuche umschwirren mich ohne Unterlaß“, schrieb er an seine Gemahlin aus Baden (1. September); „auf der Promenade mag ich mich gar nicht zeigen, kein Mensch läßt mich in Ruhe.“ Erst in Biarritz konnte er sich mit Behagen dem Genuße der stärkenden Seebäder und der herrlichen Natur hingeben.



Bismarck und Graf Rechberg in Schönbrunn.

Dort wandelte er im leichten Sommeranzuge am Strande der See, oder er streifte im Gebirge und suchte die Rolands Spuren in den Pyrenäenthälern, die Stätte, wo der starke Held mit seinem Schwerte Durandart wider die Heiden Wunder that und mit seinem elfenbeinernen Heerhorn Orlifant Karl den Großen aus Aachen zu seiner Hilfe herbeirief.

Gegen Ende des October kehrte Bismarck von Biarritz über Paris, wo er mit Napoleon III. und Drouyn de Lhuys Besprechungen hatte, nach der Wilhelmstraße in Berlin zurück. Schon begannen die Erfolge der Bismarckschen Politik sichtbar zu Tage zu treten. Der Zollverein mit dem

preußisch=französischen Handelsverträge, gegen welchen die Mittelstaaten aus politischer Abneigung gegen Preußen sich ablehnend verhalten hatten, war dank der entschiedenen Haltung Preußens kurz vor dem entscheidenden Termine (1. Oktober 1864) mit sämtlichen Staaten auf weitere zwölf Jahre erneuert worden. Am 30. Oktober war endlich der definitive Frieden mit Dänemark zum Abschluß gekommen. Glänzendere Erfolge hatte die preußische Staatskunst seit langer Zeit nicht aufzuweisen gehabt, und König Wilhelm erkannte die Verdienste seines ersten Ministers durch Verleihung des höchsten Ehrenzeichens Preußens, des Schwarzen Adlerordens, an.

Aber auch seine ersten Trübungen hatte das Friedenswerk und das preußisch=österreichische Bündnis bereits erfahren. In Österreich fühlte man sich durch die überlegene Rolle, welche Preußen während des Krieges gespielt hatte, zurückgesetzt und schien nicht Willens, das Bündnis mit Preußen auf Kosten der freundschaftlichen Beziehungen zu den Mittelstaaten fortzusetzen. Als Zeichen, daß Österreich wieder freie Hand zu haben wünsche, konnte es angesehen werden, daß der Minister Graf Rechberg aus dem Amte schied (27. Oktober). An seiner Stelle wurde der Feldmarschallleutnant Graf Mensdorff-Pouilly zum leitenden Minister ernannt. Bismarck aber wußte wohl, daß Preußen mit der glücklichen Beendigung des schleswig=holsteinischen Krieges eine Bahn betreten hatte, auf der es nicht mehr zurückweichen konnte, sondern zu immer neuen folgenreichen Entschließungen gedrängt wurde. Er sah voraus, daß die endgültige Lösung der schleswig=holsteinischen Frage nur gemeinschaftlich mit der Entscheidung der deutschen Machtfrage erfolgen könne, und daß die große Stunde des Kampfes, den Preußen um Sein oder Nichtsein zu führen habe, näher rücke. Er scheute sich nicht, die Verantwortung für diesen Kampf zu tragen; denn er glaubte zu fest an den geschichtlichen Beruf Preußens, er baute zu sehr auf die Tüchtigkeit des preußischen Heeres, um wegen des Ausgangs besorgt zu sein; aber das Bewußtsein, daß er in demselben nicht von vornherein das ganze Volk auf seiner Seite hatte, daß er es allein war, der seinen König und Herrn trotz dessen persönlicher Abneigung gegen einen Bruch mit Österreich zu dem entscheidenden Entschlusse bewegen sollte, das bereitete ihm schwere Stunden und ließ Zweifel in seiner Seele aufsteigen.

Nicht allein auf den Höhen der Weltgeschichte, in den Kämpfen und Wirren der Zeit dürfen wir den Staatsmann aufsuchen; zuweilen gestattet auch ein unbefangenes Wort, ein einfacher, gemütvoller Zug aus dem Privatleben einen Blick in der Seele, in deren geheimnisvoller Werkstatt sich Entschlüsse von weltgeschichtlicher Bedeutung vorbereiten.

Zu den ersten, welche Bismarck bei seiner Rückkehr von Biarritz (im Spätherbst 1864) zu der hohen Auszeichnung, der Verleihung des Schwarzen

Ablerordens, schriftlich ihre Glückwünsche darbrachten, gehörte der Professor Bonnell. Dem treuen Lehrer, welcher so wesentlichen Anteil an Bismarcks Jugendbildung gehabt hatte, war es Herzensbedürfnis, ihm die Empfindungen lebhafter persönlicher Teilnahme auszusprechen.

Wir versetzen uns in die stille Häuslichkeit zurück, aus welcher Otto von Bismarck, ein stattlicher Primaner, vor 32 Jahren Abschied genommen hatte, finden aber ihren Herd jetzt nicht mehr in der wohlbekannten Wohnung am Kupfergraben Nr. 18, sondern in dem Eckhause der Kurstraße und des Friedrichswerderschen Marktes, wo Bonnell seit seiner Ernennung zum Direktor des Friedrichswerderschen Gymnasiums seine Amtswohnung hatte. Der Professor saß mit seiner Gattin und einem Pensionär, dem jungen Grafen Hermann Dohna, noch am Sonntagsabend (20. November) zusammen, als gegen 9 Uhr ein Besuch sich meldete. Man kann sich Bonnells Erstaunen vorstellen, als er in dem Eintretenden seinen ehemaligen Zögling, den Ministerpräsidenten von Bismarck, erkannte, der selbst gekommen war, um für die empfangenen Glückwünsche Dank zu sagen. Bismarck ließ sich neben der Frau Professor auf einen Lehnstuhl nieder und gedachte harmlos plaudernd der vergangenen Zeiten. Er sah wieder im Bücherschrank dort das bändereiche Werk der Weltgeschichte von Baumgarten und Semmler, worin er einst seine geschichtlichen Studien gemacht hatte, dort die Büste Schleiermachers, bei dem er Religions- und Konfirmandenunterricht genossen; er sah in das offene, frohe Gesicht des alten Lehrers ihm gegenüber, von dem sein jugendliches Gemüt so manche Anregung für die spätere Lebenszeit empfangen. Von den Ereignissen der neuesten Zeit, an denen Bismarck einen so mächtigen Anteil hatte, war natürlich die Rede. Dann erzählte er in seiner freimütigen Weise von seinem Aufenthalt in Biarritz, das ihm mit seinen erquickenden Seebädern so vortrefflich bekommen sei, und erwähnte beiläufig auch der Drohbriefe und Mordanschläge, die gegen seine Person gerichtet wurden. „Ich fürchte sie nicht“, setzte er hinzu; „die Weltgeschichte nimmt ihren Weg nach ewigen Gesetzen, und durch einen Mord wird nichts in der Politik geändert.“

Endlich erwähnte Bismarck auch eines Traumes, den er in Biarritz gehabt hatte. „Mir träumte“ — sagte er — „ich stiege auf einem steilen Gebirgspfade; an einer Seite ragten mächtige Felswände, auf der andern gähnte ein tiefer Abgrund. Immer näher traten die Felsen, immer enger wurde der Pfad, je höher ich stieg. Plötzlich sah ich den Weg mir durch eine jähe, unübersteigliche Felswand gesperrt. Einen Augenblick stand ich zögernd, was zu thun sei — umkehren wollte ich nicht. Ich hob meine kleine Reitgerte und that einen Schlag gegen die Wand. Augenblicklich verschwand sie und der Weg war frei“ — —.

Nachdem Bismarck behaglich anderthalb Stunden verplaudert, brach er auf mit den Worten: „Jetzt aber wird es für mich Zeit zu gehen, sonst beunruhigt sich meine Frau; sie ist besorgter um mein Leben als ich selbst.“

In herzlicher Weise verabschiedete er sich von der Familie seines alten Lehrers. Die Deutung des Traumes sollte die Zukunft bringen.

Das preußisch-österreichische Bündnis wurde schon bald auf die Probe gestellt. Durch den Wiener Frieden hatten Preußen und Österreich den gemeinschaftlichen Besitz der Erbherzogtümer angetreten. Beide Mächte beschloffen zunächst, die Herzogtümer durch zwei Kommissare — für Preußen Freiherr von Zedlig, für Österreich Freiherr von Lederer, später ersetzt durch von Halbhuber — gemeinschaftlich verwalten zu lassen und mit der erforderlichen Truppenzahl besetzt zu halten. Die Exekution, welche der Bund gegen den König=Herzog Christian IX. verfügt hatte, war nach dem Übergange des Besitzes an Preußen und Österreich nach Ansicht der preußischen Regierung gegenstandslos und jedes längere Verweilen der sächsisch-hannöverschen Exekutionstruppen in Holstein überflüssig geworden. Anders war jedoch die Ansicht, welche der Leiter der Würzburger Mittel- und Kleinstaatspolitik, Freiherr von Beust, den Großmächten gegenüber zur Geltung zu bringen dachte. Durch den Friedensschluß, ließ Beust verkündigen, hätten die verbündeten Mächte gerade so viel Recht gewonnen, als König Christian IX. auf Schleswig-Holstein besessen — nämlich gar keins, da der Bund das Londoner Protokoll und die darauf beruhenden Rechtsansprüche des Königs niemals anerkannt habe. Die Bundesexekution sei daher noch unerledigt und die Bundesgewalt sowie die Besetzung durch die sächsisch-hannöverschen Exekutionstruppen in Holstein habe fortzudauern, bis dieses Land dem rechtmäßigen Besitzer, nämlich dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, übergeben werden könne.

Die preußische Regierung antwortete (24. November) mit dem Befehl an ihre sämtlichen im Rückmarsch aus Norden begriffenen Truppen, sofort in Holstein Halt zu machen. Aus Schleswig rückten die andern Staffeln nach und nahmen mit den ersteren zusammen solche Stellungen ein, daß die sächsisch-hannöverschen Truppen in ihren Winterquartieren fast umstellt schienen. Auch die bereits in der Gegend von Minden und an der brandenburgischen Grenze angelangten Truppen blieben als Reserven zusammengezogen. Unmittelbar darauf (29. November) richtete Bismarck an die Regierungen Sachsens und Hannovers unter Berufung auf die Bundesexekutionsordnung die bestimmte Aufforderung, ihre Truppen schleunigst aus Holstein zurückzuziehen und ihre Verwaltungskommissare abzurufen.

Aber weit entfernt, den preußischen Forderungen Folge zu geben, berief sich Herr von Beust auf den Antrag des Bundestags und erwirkte von seinem

Könige den Befehl zur Kriegsbereitschaft für die ganze sächsische Armee. Sämtliche Beurlaubte wurden zu den Fahnen versammelt, Pferdeankäufe im ganzen Lande bewerkstelligt, die öffentlichen Kassen nach Dresden abgeliefert, die Kostbarkeiten der Krone eingepackt und die Überführung sämtlicher Schätze nach der Bergfeste Königstein eingeleitet. Alle Vorbereitungen waren so getroffen, als ob der Einfall einer feindlichen Heeresmacht unmittelbar zu erwarten sei.

Es ist schwer zu sagen, was Herr von Beust mit diesen gewaltigen Rüstungen, die dem Lande viel unnützes Geld kosteten, bezweckte. Wollte er durch kriegerische Drohungen die preußische Regierung zu Gewaltschritten herausfordern? Aber Preußen, in vernünftiger Erwägung der Sachlage vermied, zu gunsten des deutschen Volkes, jedes einseitige oder gar blutige Vorgehen und stellte in Gemeinschaft mit seinem Verbündeten, Oesterreich, am Bunde den Antrag, die Exekution für beendet zu erklären; Bismarck fügte hinzu, daß er sich zu diesem Antrage nur entschlossen habe, „um der hohen Bundesversammlung Gelegenheit zur Verhütung von Verwickelungen zu geben“; er ließ durchblicken, was für Folgen sich ergeben müßten, wenn den preußischen Forderungen nicht ungesäumt entsprochen würde. Noch einmal bewährte sich das preußisch-österreichische Bündnis, denn die Abstimmung des Bundestages (5. Dezember) fiel mit 9 gegen 6 Stimmen für den Antrag der Großmächte aus, obgleich die Würzburger geltend machen wollten, daß die „Exekution“ keine Exekution im gewöhnlichen Sinne gewesen sei, sondern den Sinn einer „Okkupation“ gehabt habe, die erst mit der Einsetzung des rechtmäßigen Landesherrn aufhören dürfe.

Die engherzige Politik der Mittelstaaten hatte durch die Annahme des großmächtlichen Antrags am Bundestage eine empfindliche Niederlage erlitten. Herr von Beust bereitete sich indessen eine sonderliche Genugthuung, indem er veranlaßte, daß die braven sächsischen Truppen aus Holstein nicht auf dem geraden Wege, sondern mitten in rauher Winterzeit auf dem weiten Umwege über Hannover, Kassel, Eisenach, Lichtenfels und Hof in die Heimat zurückkehrten, um — das preußische Gebiet zu vermeiden.

Die preußischen Truppen setzten nun auch ihren Rückmarsch fort und die Hauptstadt rüstete sich zu ihrem festlichen Empfange. Die Nation Friedrichs des Großen ist allerdings stets empfänglicher gewesen für die Beweiszührung mit Geschützen und Bajonetten, als für theoretische Auseinandersetzungen. Berlin hatte seinen Hundertkanonentag (4. Mai), als die eroberten Düppeler Geschütze in langem Zuge durch das Brandenburger Thor in die Hauptstadt geführt wurden; jetzt sah es den festlichen Einzug der Sieger (7. und 17. Dezember), wie sie, mit Sträußchen, Kränzen und Ehrenzeichen geschmückt, unter dem wehenden Gruße der Flaggen und dem jubelnden

Zuruf des Volkes die breite Straße „Unter den Linden“ hinabzogen, welche in den folgenden Jahren noch so oft zur Siegestraße für die heimkehrenden Heere werden sollte, bis zum Denkmal des großen Königs. Dort scholl es —

„Halt! — Der ganze Waffenblitz  
Präsentiert vor König Fritz.  
Alles still, kein Pferdegeschmuck,  
Zehntausend blicken zu ihm auf;  
Der neigt sich leise und lüpf den Hut:  
„„Konzediere, es war gut!““ —

Je kraftvoller die preußische Politik sich unter Bismarcks Leitung entwickelte, desto eifriger blieben die Minister der Mittelstaaten bemüht, derselben entgegen zu wirken. Herr von Beust konnte den Schmerz über die am Bundestag ihm bereitete Niederlage nicht überwinden und beklagte sich bitter über die Vergewaltigung der Bismarckschen Großmachtspolitik und so laut, daß Napoleon III. in den Tuilerien es hörte und sich durch seine Gesandten in Dresden und München erkundigen ließ, was die Ursache der mittelstaatlichen Beschwerden wäre. Beust und Pfordten einigten sich zu Bamberg über die Einbringung eines Antrags am Bundestage, demgemäß Preußen und Oesterreich aufgefordert werden sollten, die Herzogtümer sofort zu räumen und die Regierung dem Erbprinzen von Augustenburg zu übergeben. Letzteren wollten sie zugleich veranlassen, an den fremden Höfen Verufung auf sein Recht einzulegen. Mit besonderer Freude begrüßten sie es, daß auch Oesterreich endlich Miene machte, das Bündnis mit Preußen aufzugeben und sich wieder den Mittelstaaten zu nähern.

Zwar hatte Graf Mensdorff (5. Dezember) Preußen den Vorschlag gemacht, die Herzogtümer dem Erbprinzen zu übergeben; als indessen Bismarck eine ausweichende Antwort gab (13. Dezember) und zugleich Andeutungen auf eine preußische Annexion machte, erinnerte der Graf daran (21. Dezember), „daß schon der österreichische Gesandte, Graf Karolvi, ermächtigt gewesen sei, dem König Wilhelm selbst zu erklären, daß Oesterreich in diese Einverleibung nur gegen das Äquivalent einer ihm selber zu gewährenden Vergrößerung seines deutschen Gebietes willigen könne.“ —

Es waren also nicht Rechtsbedenken, die Oesterreich gegen die preußische Aneignung der Herzogtümer hatte, und Bismarck würde dieselbe, im Einverständnis mit Oesterreich, schon damals durchzuführen vermocht haben, wenn er sich hätte entschließen können, deutsches Gebiet — etwa die Grafschaft Glatz — an Oesterreich abzutreten. Ein solcher Länderhandel lag aber durchaus nicht in seinem Plan. Er hatte im deutschnationalen Interesse für die Befreiung der Herzogtümer von Dänemark gewirkt und er förderte die Erwerbung derselben für Preußen, weil er durch dieselbe das Interesse der

deutschen Nation und der Herzogtümer am besten gewahrt sah. Um aber auch in der Rechtsfrage eine bestimmte Stellung zu gewinnen, bewog Bismarck den König (14. Dezember) das Gutachten der ersten Rechtskundigen des Königreichs, der Kronsyndici, über die Erbfolge in Schleswig-Holstein zu hören. Es kamen hierbei nicht allein die Erbansprüche des Augustenburger in Betracht, sondern auch diejenigen des Großherzogs von Oldenburg, dem der Kaiser von Rußland zugleich die seinigen schon früher übertragen hatte, endlich auch die Ansprüche, welche das Haus Hohenzollern selbst aus alten Erbverträgen auf einzelne Teile der Herzogtümer herleitete.

Wir greifen der Zeit vor, indem wir aus dem Gutachten der Kronjuristen, welches erst im Spätommer 1865 veröffentlicht wurde, schon hier hervorheben, daß dasselbe diejenigen Rechte, welche durch den Wiener Friedensschluß vom König Christian IX. an den König von Preußen und Kaiser von Oesterreich übergegangen waren, als vollbegründet erklärte, weil die dänische Thronfolge durch das Londoner Protokoll und das Gesetz von 1853 rechtsgültig geordnet und König Christian daher vollständig befugt gewesen sei, seine Rechte an Preußen und Oesterreich abzutreten. Die Kronjuristen erkannten dem Bunde kein Recht der Entscheidung oder der Mitwirkung bei den Verfügungen dieser Mächte über die Herzogtümer zu, weil Preußen und Oesterreich für sich und auf eigne Gefahr in den Krieg gegen Dänemark eingetreten waren. Sie räumten endlich den Erbansprüchen des Prinzen von Augustenburg keinen Vorrang vor den übrigen ein, weil sein Vater (30. Dezember 1852) förmlich und feierlich Verzicht geleistet und für die von Dänemark empfangene Abfindungssumme mit Zustimmung seiner Söhne das Rittergut Dolzig als Familiengut angekauft habe.

Daß die schleswig-holsteinische Frage auf dem Rechtswege allein nicht zu lösen sei, erkannte Bismarck und teilte daher der Wiener Regierung auf ihr weiteres Andrängen die Bedingungen mit (22. Februar 1865), unter welchen Preußen zu sofortiger Anerkennung des Prinzen von Augustenburg bereit wäre. Zu diesen Bedingungen gehörte insbesondere eine engere Militärkonvention zwischen Preußen und den Herzogtümern, das Recht der unbeschränkten Verfügung des Königs über die schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege, der Eintritt in den Zollverein und einige kleinere Gebietsabtretungen.

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Staatskunst Bismarcks, daß er den Widerspruch seiner Gegner stets als eine Waffe gegen sie selbst zu benutzen versteht, daß er seine Forderungen, falls sie abgelehnt werden, nicht herabstimmt, sondern steigert, und daß er seine Gegner auf diese Weise nötigt, ihm gegen ihren Willen zur Erreichung seiner Ziele zu dienen. Die Hartnäckigkeit Dänemarks hatte ihm bei der Befreiung der Herzogtümer

geholfen; die Einwendungen des Augustenburger gegen die Februarbedingungen sollten ihm die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen erleichtern.

Auch Österreich sah ein, daß es auf dem von ihm angedeuteten Wege zu einer Verständigung mit Preußen nicht gelangen würde, und bestärkte den Erbprinzen in seiner ablehnenden Haltung. Gleichzeitig knüpfte Österreich neue Verbindungen mit den Mittelstaaten an und ermunterte die Minister Sachsens und Bayerns, ihren zu Bamberg beratenen Antrag nunmehr beim Bunde einzubringen. Derselbe erhielt indessen eine sehr abgeschwächte Fassung und sprach nicht mehr eine dringende Aufforderung, sondern nur die „vertrauensvolle Erwartung“ aus, es möge den Regierungen von Österreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogtum Holstein in eigne Verwaltung zu übergeben. Obgleich dieser Antrag in der Bundesversammlung mit neun Stimmen — darunter die österreichische — gegen sechs angenommen wurde (6. April), zeigte sich derselbe doch von vornherein als wirkungslos, da der preußische Gesandte sogleich nach der Abstimmung die gewisse Überzeugung aussprach, daß eine Erfüllung nicht in Aussicht stünde.

Während Bismarck immer deutlicher auf die Annexion hinarbeitete, blieben die Wünsche und Pläne des preußischen Abgeordnetenhauses in derselben Sache noch immer verschleiert. Den Abgeordneten entging es, welcher Umschwung in der Volksstimmung zu gunsten der nun zum erstenmal im Kriege bewährten Heeresverbesserung und der auswärtigen Politik Preußens sich vollzog, und während die Herzogtümer bereits zur Hälfte für Preußen erobert waren, saßen sie noch immer in Beratung über die Deutung des Budgetrechts, über die „Lücke in der Verfassung“ und über die nachträgliche Genehmigung der zum Kriege verwendeten Geldmittel, wie „Archimedes in seinen Zirkeln.“

Das Militärgesetz und das Armeebudget mit den Kosten der Reorganisation wurden abermals abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr eine Vorlage, in welcher der Kriegs- und Marineminister die Bewilligung von Geldmitteln zum Ausbau und zur Befestigung des Kieler Kriegshafens forderte, obgleich er hervorhob, daß Preußen entschlossen sei, im Besitz dieses Hafens zu bleiben. Das Abgeordnetenhaus erklärte, für derartige Anlagen „auf fremdem Gebiete“ keine Verpflichtung übernehmen zu können. Auch die erfolgte Verwendung von Mitteln des Staatsschatzes zu dem ruhmreichen Kriege, für welche die Regierung die nachträgliche Genehmigung nachsuchte, wurde für verfassungswidrig erklärt.

Die Abgeordneten der Fortschrittspartei, denen die staatsmännische Überlegenheit Bismarcks immer unbequemer wurde, wollten lieber auf eine Machterhebung Preußens verzichten, als dem Ministerium Bismarck Erfolge gönnen;

ja, einer von ihnen, der Abgeordnete Birchow, ging so weit, die Wahrheitsliebe Bismarcks in Zweifel zu ziehen. „Ich frage Sie, meine Herren“, rief Bismarck, „wohin soll es mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuriatier erlebigen? — Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist.“

In der That ließ Bismarck eine Herausforderung zum Zweikampf an Birchow ergehen. Es war nicht persönliche Vereiztheit, welche ihn zu diesem Schritte bewog; wohl aber mochte der erste Diener des Staates gegenüber einem so schweren Vorwurfe, der im Hause selbst ungerügt geblieben war, mit dem Beweise eintreten wollen, daß er jedes seiner Worte mit seiner Person zu decken bereit stand. Die Herausforderung blieb indessen ohne Folgen. Einem seiner Anhänger, dem Prediger André, erwiderte Bismarck: „Was die Birchowsche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rat annimmt; wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt.“

Wie schmerzlich es auch für Bismarck sein mochte, daß er sich für seine in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit befolgte Politik nicht auf eine Mehrheit im Abgeordnetenhause stützen konnte, so entschlossen war er, diesen Widerspruch durch die folgerichtige Durchführung derselben zu überwinden. Die Beziehungen der beiden gemeinschaftlichen Besitzer von Schleswig-Holstein zu einander wurden immer verwickelter. Schon die Vorbereitungen zur dauernden Festsetzung in Kiel hatten Gegenvorstellungen seitens des österreichischen Mitbesizers zur Folge gehabt. Die preußische Regierung zeigte sich auch hier nachgiebig in der Form, aber fest in der Sache, und seit dem Sommer 1865 war die Errichtung einer preußischen Flottenstation in Kiel vollzogene Thatfache. Die Hauptverwickelungen ergaben sich aus dem Fortbestande der Augustenburger Nebenregierung in Kiel. Obgleich der Erbprinz versprochen hatte, nur als Privatmann in Kiel leben zu wollen, fuhren doch seine Agenten fort, die Bewegung in Schleswig-Holstein für ihn zu betreiben und sowohl in der Presse als in den „schleswig-holsteinischen Vereinen“ einen Einfluß zu üben, der den durch Preußen vertretenen Grundsätzen geradezu feindlich war. Osterreich aber duldete nicht allein diese Agitation, sondern es nahm dieselbe sogar unter seinen Schutz. Der österreichische Zivilkommisfar von Halbhuber ließ es geschehen, daß in den von österreichischen Truppen besetzten Ortschaften der Geburtstag des Augustenburger wie der eines Landesherrn gefeiert wurde. Der Antrag Preußens, den Augustenburger zur Entfernung aus Schleswig-Holstein zu veranlassen, wurde jetzt

von Österreich, das denselben Antrag anderthalb Jahre früher am Bunde eingereicht hatte, abgelehnt. Die augustenburgische Agitation in Schleswig-Holstein aber hatte sich unter Begünstigung des Herrn von Halbhuber solcher Fortschritte zu erfreuen, daß man bei dem mit preußischen Blute von dänischem Drucke befreiten Bruderstamm jetzt das Stichwort hören konnte: „Lieber dänisch als preußisch!“ —

Weiter durfte Preußen die Dinge nicht kommen lassen, wenn es nicht auf seine wohl erworbenen Rechte in Schleswig-Holstein Verzicht leisten wollte. Der preußische Zivilkommissar, Freiherr von Zedlitz, erhielt daher die Weisung, unbekümmert um die Einsprache seines österreichischen Kollegen, gegen die augustenburgische Agitation einzuschreiten, und die preußische Regierung faßte die Möglichkeit ins Auge, daß die Fervürfnisse in Schleswig-Holstein zum baldigen Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Österreich führen könnten.

Das war ein schwüler diplomatischer Sommer im Jahre 1865. Depeschen regneten ohne Unterlaß, die kleinen diplomatischen Sommervögel flatterten ängstlich hin und her und die große deutsche Frage wetterleuchtete am Horizont. „Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden“, schrieb Bismarck (13. Juli) aus Karlsbad, wohin er sich als Begleiter des Königs begeben hatte. Bald darauf (21. Juli) fand zu Regensburg in Gegenwart des Königs, der auf der Durchreise von Karlsbad nach Gastein daselbst eintraf, ein preußischer Ministerrat statt, in welchem der Beschluß gefaßt zu sein scheint, die preußischen Hoheits- und Besitzrechte zu wahren und sich auf den Bruch mit Österreich und den Krieg vorzubereiten.

Die Wirkung der Regensburger Zusammenkunft zeigte sich bald an energischen Maßregeln des preußischen Zivilkommissars in Schleswig-Holstein. Sie richteten sich zunächst gegen zwei geborne Preußen, die als Leiter der Presse und als Volksredner von der augustenburgischen Agitation vorgeschoben waren, gegen den Zeitungsredakteur May aus Schlesien und den preußischen Abgeordneten Dr. Frese aus Westfalen. Herr von Zedlitz ließ auf eigne Hand den ersteren in seiner Wohnung verhaften, den letzteren ausweisen (25. Juli). Dieses einseitige Vorgehen war ein Eingriff in die Rechte des österreichischen Mitbesizers, und Herr von Halbhuber unterließ es nicht, im Namen seiner Regierung sofort Einspruch dagegen zu erheben; die preußische Regierung aber wollte in den von ihr mit Österreich gemeinschaftlich besessenen Ländern nicht eine Agitation dulden, deren Spitze gegen sie selbst gerichtet war — ein Beweis, daß die Zustände in Schleswig-Holstein unhaltbar geworden.

Kurze Zeit, nachdem König Wilhelm in Begleitung Bismarcks in Gastein eingetroffen war, fand sich auch daselbst der österreichische Gesandte am

Münchener Hofe, Graf Blome, in besonderer Sendung seiner Regierung ein (28. Juli), um über die Gründung dauernder Rechtszustände, d. h. über die Einsetzung des Augustenburger in Schleswig-Holstein zu verhandeln. In dessen Bismarck, gestützt auf das Gutachten der preußischen Kronjuristen sowie auf die Stimmen einsichtsvoller und patriotischer Männer der deutschen Nation (Heinrich von Treitschke, Theodor Mommsen u. a.) und des schleswig-holsteinischen Adels (Baron Karl von Scheel-Blessen, früher Vorstehender der



In Gastein beim Kaltenhäuser Bier.

holsteinischen Ständeversammlung) war jetzt weniger als je geneigt, von den Februarforderungen herabzugehen. Er betrachtete dieselben als das Mindeste, was der preußischen Regierung unbedingt gewährt werden müsse, wenn sie in die Gründung eines schleswig-holsteinischen Kleinstaates willigen solle. Seine Abneigung, den Erbprinzen in die Herzogtümer einzusetzen, stieg in dem Grade, wie dieser sich auf die preußenfeindliche Agitation stützte. Graf Blome mußte daher Gastein wieder verlassen, ohne eine Verständigung erreicht zu haben.

Auch Kaiser Franz Joseph, der unterdessen im nahen Fjchl geweilt und sich bereit gehalten hatte, falls die Sendung des Grafen Blome einen günstigen Erfolg erwarten ließe, sich zur Begrüßung seines königlichen Oheims nach Gastein zu begeben, fuhr nach Wien zurück. Die Verhandlungen stockten.

Bismarck's Stimmung in diesen Tagen der politischen Spannung lassen uns Briefe an seine Gemahlin erkennen: „Ich fange an, die Tage zu zählen“, schrieb er aus Gastein (4. August 1865), „die ich in dieser Nebelkammer abzusitzen habe. Wie die Sonne ausfieht, davon haben wir nur noch dunkle Erinnerungen aus einer besseren Vergangenheit. Seit heute ist es wenigstens kalt, bis dahin schwüle, feuchte Wärme, Abwechslung nur in der Form des Regens und immer Ungewißheit, ob man von Regen oder Schweiß naß wird, wenn man die Promenadentreppen auf- oder abwärts im Schmutze patstcht. Wie Leute ohne Geschäfte es hier aushalten, verstehe ich nicht. Mir bleibt mit Baden, Arbeiten, Diner, Vortrag und Thee bei Sr. Majestät kaum Zeit, mir die Scheußlichkeiten der Situation klar zu machen. Ich befinde mich bei dem Allen sehr wohl, besonders seitdem wir Kaltenhäuser Bier hier haben. Sonst läßt sich nichts Merkwürdiges aus dieser Dampfwäschküche melden, wenn ich nicht in Politik verfallen will.“

Um diese Zeit spielte auch jene kleine Salonepisode, die, so harmlos sie war, von manchen Blättern und bösen Zungen ebenso eifrig besprochen wurde wie eine Haupt- und Staatsaktion.

Bismarck begegnete auf der Promenade in Gastein eines Morgens der Künstlerin, welche bei den Hofkuren im Weißen Saale oder auf den Brettern, so die Welt bedeuten, ihn oft durch den lieblichen Klang ihrer Stimme erfreut hatte, der königlichen Kammerfängerin Pauline Lucca, und begrüßte sie mit ungezwungener Heiterkeit. Sie bat ihn um eine Gunst, welche er heiter im voraus zusagte, und nahm ihn dann mit folgendem Ansuchen beim Wort: „Wir sind hier gerade bei dem Kabinett des Photographen angelangt“ — Fräulein Lucca zeigte mit ihrem Schirmstock dahin — „der mein Bild aufnehmen wollte; wie wär' es, wenn Ew. Exzellenz sich mit mir photographieren ließen? Und das sogleich?“

„Warum nicht?“ erwiderte Bismarck, vielleicht mehr in einem Anfluge von heiterer Laune über den drolligen Einfall, als mit diplomatischer Vorsicht.

In demselben Augenblicke hatte auch schon der photographische Künstler das Glas gerichtet, welches das pikante Doppelporträt des vielgehaßten Staatsmanns und der gefeierten Sängerin spiegelte. Der geschäftskluger Photograph wußte demselben bald eine Verbreitung in Tausenden von Exemplaren zu geben, und die Sage umrankte in wunderbaren Ausschmückungen das unschuldige photographische Bildchen.

Je schwüler die politische Atmosphäre, desto größer war die Aufregung,

welche unter den Ministern der Mittelstaaten herrschte. Schon um Mitte Juli waren die Herren von Beust und von der Pfordten in Leipzig zusammengetroffen und hatten hier beschlossen, zunächst durch den Bundestag eine Anfrage an die Regierungen von Österreich und Preußen in bezug auf die von ihnen beabsichtigten Schritte zur Ordnung der Dinge in Holstein zu richten. Der darauf abzielende Antrag Sachsens und Bayerns am Bunde wurde jedoch auf dem nicht ungewöhnlichen Verschleppungswege, durch Verweisung an den holsteinischen Ausschuß, zur ewigen Ruhe bestattet (27. Juli).

Herr von der Pfordten hatte sich von Leipzig nach Salzburg begeben, wo er mit Bismarck bei dessen Durchreise von Regensburg nach Gastein (23. Juli) zusammentraf. Bismarck gab Herrn von der Pfordten zu verstehen, daß Bayern eine viel glänzendere Rolle spielen würde, wenn es als erster unter den süddeutschen Staaten für die Erhaltung des Bundes mit der norddeutschen Großmacht Sorge tragen wolle, als wenn es nur österreichischen Interessen diene. Seine Vorstellungen verfehlten nicht ihren Eindruck auf den bayrischen Minister. Derselbe schien zu einer Vermittelung bei dem Prinzen von Augustenburg bereit; letzterer ließ sich jedoch zu einem Entgegenkommen nicht geneigt finden, ein Beweis mehr, daß der Herzog sich den Feinden Preußens beigegeben hatte.

Nicht so friedfertig wie der bayrische zeigte sich der sächsische Premierminister, Freiherr von Beust. Er benutzte die Zeit der Ratlosigkeit, die in der Wiener Hofburg seit dem Scheitern der Sendung des Grafen Blome nach Gastein herrschte, um dem Grafen Mensdorff sowohl mündlich, bei seiner Anwesenheit im Wiener Hoflager, als in einer ausführlichen Denkschrift (7. August) seinen Rat zu erteilen. Beust erkannte die Verlegenheit, in welche der Kaiserstaat sich selbst gebracht hatte, und riet dem Grafen Mensdorff, wieder reumütig zum alten Bunde zurückzukehren und diesem die Lösung der schwebenden Frage getrost anheimzugeben. Österreich möge — so schlug er vor — sich bereit erklären, alles zur sofortigen Einsetzung des Augustenburger aufzubieten, und einen schleunigen Bundesbeschluß mit acht-tägiger Frist darüber einholen, ob der Bund zu diesem Zwecke mit Österreich gehen wolle oder nicht. Graf Mensdorff sah indessen wohl ein, daß die Annahme eines solchen Antrages durch den Bund nichts anderes bedeuten würde als den Krieg, daß die Ablehnung aber Österreich eine noch tiefere Demütigung bereiten würde, als eine unmittelbare Verständigung mit Preußen, und er ging deshalb auf die wohlgemeinten Ratschläge nicht ein.

Während die Diplomaten mit geschäftiger Eile hin und wieder reisten, wirkten auch hohe Frauen an dem holden Gewebe des Friedens. Die Königstöchter des Wittelsbacher Hauses am Dresdener Hofe spannen die Fäden hinüber und

herüber zu den Zwillingsschweftern am Hofe von Berlin und in der Wiener Hofburg und zogen die Herzen der Herrscher, des Königs Wilhelm und des Kaisers Franz Joseph, allmählich in ihr Friedensnetz. Noch einmal reiste Graf Blome mit Aufträgen von Wien nach Gastein, dieses Mal nicht um über eine endgültige Lösung der Frage, sondern über eine vorläufige Fortdauer der gemeinsamen Verwaltung in Schleswig = Holstein zu verhandeln. Schon am 16. August konnte Graf Blome seinem Kaiser, der sich unterdessen wieder nach Sischl begeben hatte, günstigen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen erstatten, und am 20. August — zwei Tage nach dem Geburtstage des Kaisers — fand zu Salzburg bei der Rückkehr des Königs von Gastein die Zusammenkunft der beiden Monarchen statt, welche als Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens gelten durfte.

Durch die Übereinkunft in Gastein (14. August) wurde die Verwaltung der Herzogtümer zwischen den beiden Besitzern derart geteilt, daß dieselbe für Holstein von Österreich, für Schleswig von Preußen geführt werden sollte. Seine Rechte auf das kleine Herzogtum Lauenburg überließ der Kaiser von Österreich für eine Abfindungssumme von  $2\frac{1}{2}$  Millionen dänischen Reichsthalern an den König von Preußen. Die beiden Fürsten wollten beim Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte beantragen und bestimmten die Kieler Bucht zum Bundeshafen; bis zur Ausführung sollte Preußen das Kommando und die Polizei des Hafens sowie die Berechtigung zur Anlage von Befestigungen daselbst haben. Rendsburg sollte zur Bundesfestung erhoben werden und bis auf weiteres eine gemischte Besatzung unter jährlich wechselndem Kommando erhalten. Mit dem 15. September sollte dieser Vertrag in Kraft treten.

Selten ist ein diplomatisches Erzeugnis von zünftigen wie von unzünftigen Politikern so scharf angefochten worden als die Gasteiner Konvention. Die Minister von Beust und von der Pfordten trafen in Stuttgart abermals zusammen (5. und 6. September) und schüttelten die Köpfe zu dieser ohne Mitwirkung des Bundes getroffenen Vereinbarung. In preußischen Abgeordnetenkreisen sahen die Gegner des Ministeriums in der Erwerbung des kleinen Ländchens Lauenburg eine Verletzung der Verfassung, welche bestimme, daß der König von Preußen nicht zugleich „Beherrscher fremder Reiche“ sein dürfe. Auch das Ausland war fast einstimmig in der Verurteilung der Konvention. Lord Russell bezeichnete dieselbe als einen „verwerflichen und unsrer Zeit unwürdigen Akt“ und Napoleon III. ließ seine Vertreter im Auslande durch ein vertrauliches Rundschreiben seines Ministers Drouyn de Lhuys anweisen, sich in scharfer Weise über das österreichisch-preußische Abkommen auszusprechen, in welchem weder die Wünsche und Rechte der deutschen Bundesmitglieder, noch diejenigen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung berücksichtigt wären.

Unleugbar lag in diesen Vorwürfen eine gewisse Berechtigung, denn schon der erste Artikel, die Teilung der Verwaltung zwischen Preußen und Österreich, verstieß gegen einen Hauptsatz der berechtigten nationalen Forderungen, für welche die beiden Mächte in den Kampf eingetreten waren, gegen das „Up ewig ungedeckt“ der Herzogtümer, und der Kauf des Ländchens Lauenburg durch Privatmittel der Krone erinnert an eine überwundene Kabinettspolitik, welche einst über das Schicksal von Ländern und Völkern nach dem Belieben der Fürsten verfügte. Es konnte jedoch in Bismarcks Absicht nicht liegen, mit der Gasteiner Konvention haltbare Zustände in Schleswig-Holstein zu schaffen, und daß hierdurch nur für eine Übergangszeit die Verwaltung geregelt werden solle. Erwies sich das Band der nationalen Zusammengehörigkeit Schlesiws und Holsteins in der That stark genug, dann konnte die gegenwärtige geteilte Verwaltung allerdings für die Dauer nicht bestehen, und es fragte sich, welche von beiden Mächten die größere Anziehungskraft auf den Besitz der andern ausüben würde. Diejenigen Bestimmungen der Konvention indessen, welche zu einer endgültigen staatlichen Ordnung hinüberleiten sollten, erfüllten auch diesen Zweck. Kein preußischer Minister, welcher Partei er auch angehören mochte, würde nach der Gasteiner Übereinkunft sich dazu haben verstehen dürfen, einige wirklich erlangte Vorteile, wie die Anlage des Kriegshafens in Kiel, die preußischen Militärstraßen, die Post- und Telegraphenverbindungen durch Holstein, zu gunsten des bestberechtigten Erbanprechers wieder preiszugeben. Bismarck vermochte damals noch nicht, gegen die am preußischen Hofe vorherrschende Strömung mit seinen eigentlichen Plänen durchzubringen. Die Gasteiner Konvention war ein letzter Versuch, mit den Mitteln der alten Kabinettspolitik „die Risse im Bau zu verkleben“; sie bildete den Übergang zur nationalen Politik, in deren Fahrwasser Bismarck das preußische Staatsschiff nun mit vollen Segeln einlenkte.

Von Gastein begleitete Bismarck den König über München und Frankfurt nach dem Rhein zur 50jährigen Jubelfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen, ging dann mit dem Könige nach Baden-Baden, sah in Homburg seine Gemahlin, wohnte im Gefolge des Königs den großen Truppenübungen bei Merseburg bei, weilte kurze Zeit im Herzogtum Lauenburg, zu dessen Spezialminister er ernannt war, und fand endlich wieder Erholung in seinem „geliebten Biarritz“. Die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers Napoleon daselbst gab ihm Gelegenheit, die unangenehmen Eindrücke zu verwischen, welche jener von der Gasteiner Konvention, beunruhigt durch die scheinbar wiederhergestellte Eintracht zwischen Preußen und Österreich, empfangen hatte, und gute Beziehungen mit ihm anzuknüpfen.

Drei Jahre waren seit der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsi-

dentem vergangen, und schon traten die Erfolge seiner Staatsleitung bemerkbar hervor. Unter der tapferen Führung Preußens war ein Krieg siegreich bis zu Ende durchgekämpft, die Einrede des Auslandes abgewandt und die Bahn zu neuen Erfolgen für die Zukunft frei gemacht worden. Der langjährige Kampf des deutschen und des skandinavischen Wesens in der Nordmark war siegreich beendet. Wo vor zwei Jahren der Danebrog flatterte, da wehte jetzt der preußische Adler auf den Kriegsschiffen. Schon regten sich die Spaten, um der werdenden deutschen Seemacht ein festes Bollwerk am Baltischen Meere zu schaffen. Auch die Hochschule Holsteins durfte unter Preußens Schutze jetzt auf eine bessere Zukunft hoffen. Preußens Ansehen unter den ersten Mächten Europas war neu begründet und befestigt.

König Wilhelm ehrte die Verdienste seines ersten Ratgebers um die Leitung der auswärtigen Politik durch Erhebung desselben in den Grafenstand (15. September 1865).

Noch war das Vertrauen auf die Führung Preußens nicht allgemein in Deutschland lebendig, aber schon vernahm man den Flügelschlag des Adlers, welcher die Dohlen vom Kyffhäuser verschrecken und den Barbarossa in seiner Felsengruft erwecken würde.

„Mächtig rauschen deine Schwingen!  
Hellen Auges, schwarzer Nar,  
Schaust du auf die blanken Klingen  
Deiner deutschen Heldenschar.

O wie oft, seit du entflohen  
Deiner schwäbischen Heimatburg,  
Bist du siegreich ausgezogen  
Zwei Jahrhunderte hindurch!

Herrsche, Nar, vom Fels zum Meere,  
Schütze Preußens, Deutschlands Ehre,  
Bring' uns längs versunkenes Glück  
Mit dem alten Reich zurück!“ —





Im Vorzimmer des Königs (Mai 1866).

## Fünfzehntes Kapitel.

### Von Gastein bis Nikolsburg.

Deutschland, die schön geschmückte Braut,  
 Schon schläft sie lei' und leiser —  
 Wann weckst du sie mit Trommeten laut,  
 Wann führst du sie heim, mein Kaiser? —  
 G e i b e l s Heroldsrufe.

Mit bewölktem Himmel brach das denkwürdige Jahr an, von dem sich die große geschichtliche Wendung in den Schicksalen Preußens und Deutschlands herschreibt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte konnte wohl bei keiner politischen Partei im Volke noch ein Zweifel darüber obwalten, daß die verschiedenen Schlingen, die sich zu dem Knoten der deutschen Frage zusammengeschürzt hatten, auf keine andre Weise mehr zu lösen seien, als mit dem Schwerte, und daß der entscheidende Schlag von keiner andern

Macht geführt werden könne, als von Preußen. Aber die lange Gewohnheit des Friedens hatte die Entschlossenheit und Thatkraft auch des preußischen Volksstammes gelähmt. Um sich zu dem Standpunkte zu erheben, daß es den Krieg als das letzte und einzige Mittel zur Verwirklichung seines nationalen Berufes anerkenne und aufnehme, bedurfte das Volk des energischen Antriebes einer groß und kühn angelegten staatsmännischen Natur, welche ihre Blicke über den engen Gesichtskreis und die Bedürfnisse der Gegenwart hinausrichtete auf das Gesetz und die Würde der Nation.

Der Mann, welcher an der Spitze der preußischen Staatsleitung stand, vereinigte damals auf sich den Haß aller liberalen Parteien im Lande. Der starre Widerstand, welchen Bismarck während der Konfliktzeit den Forderungen des Abgeordnetenhauses entgegensetzte, und der herbe Ton, in welchem er die Angriffe der Liberalen zurückwies, hatten eine allgemeine und tiefe Erbitterung gegen ihn hervorgerufen. Durch die heimgekehrten Abgeordneten war die Verstimmung über die innere Lage des Staates in immer weitere Kreise getragen worden. Der Hader über die verfassungsmäßigen Rechtsformen hatte den Sinn von den höchsten Interessen der Nation abgelenkt. Ein Krieg mit dem äußeren Feinde, so lange das Ministerium Bismarck am Ruder und der innere Konflikt ungelöst war, deutete den meisten ein schweres nationales Unglück.

Bismarck mußte wohl, daß der Krieg, welchen er für unvermeidlich hielt, nur dann mit Erfolg durchgekämpft werden konnte, wenn er einen mächtigen Bundesgenossen, den Geist der Nation, auf seiner Seite hatte. Er hatte diesen Bund von dem Augenblicke an, als er an das Staatsruder berufen ward, gesucht, aber statt seiner jenen unseligen Konflikt vorgefunden, der in der Zeit seiner Amtsführung von Tag zu Tag an Schärfe zugenommen hatte. Auch in diesem Kampfe durfte er nicht zurückweichen, denn nur mit einem ungeschwächten Königtum und einer wohlgerüsteten Armee konnte Preußen an die Lösung seiner deutschen Aufgabe herantreten. An beidem hatte es in den Bewegungsjahren 1848—50 gefehlt; der Fehler von damals durfte jetzt, 16 Jahre später, nicht wiederholt werden. Auch Bismarck horchte auf die Stimme des Volkes, welche die „Stimme Gottes“ ist, aber er erkannte sie nicht in dem Geräusche auf Markt und Straßen, nicht in der wechselnden Tagesmeinung, die in einem großen Teile der Presse sich kundgab, sondern er suchte die Seele des Volkes zu belauschen und er entnahm aus ihren geheimen Regungen und aus den geschichtlichen Überlieferungen der Vergangenheit die Richtschnur für die von ihm in der Staatsleitung einzuschlagenden Wege. Mochte er daher immerhin den Haß der zeitigen Volksvertretung auf sich laden — die Geschichte vergibt eher eine formelle Rechtsverletzung, als die Nichtbenutzung des günstigen Augenblicks, um das Volk

auf der ihm durch seinen Weltberuf vorgezeichneten Bahn der Macht und Größe zu fördern. Mochte die Tagesströmung sich noch so hoch gegen ihn aufbäumen — er wußte, daß das tapfere Volk, welches in den langen Kriegen des großen Friedrich ruhmvoll ausgeharrt, welches in den Befreiungskriegen das Banner der deutschen Freiheit und Macht allen andern Stämmen hochherzig vorangetragen hatte, auch jetzt nicht schwanken werde, wenn die Wahl: „ehrevoller Kampf oder schimpfliche Erniedrigung“ mit dem vollen Ernst des geschichtlichen Augenblickes an dasselbe herantreten würde. Darum fühlte er — trotz der durch ganz Deutschland betriebenen Agitation für den Frieden, trotz der Abneigung seines Königs sowie vieler seiner nächsten Freunde, den alten Waffenbruder Österreich zu bekämpfen, trotz der Zweifel, die auch seine eigne Seele mitunter beschleichen mochten — sich dennoch eins mit dem Geiste der deutschen Nation, und in diesem Bewußtsein fand er die Zaubertrute, vor deren Schlag die Felswand schwand, die sich ihm auf seinem Wege entgegen stellte.

Blicken wir zurück auf den Verlauf, welchen die Dinge in Schleswig-Holstein genommen hatten, so daß sie schon wenige Monate nach der Konvention von Gastein abermals auf die Spitze des Schwertes gestellt schienen.

Die genannte Konvention hatte die Verwaltung in Schleswig auf Preußen, in Holstein auf Österreich übertragen. Die auf Bismarcks Vorschlag erfolgte Wahl des Generals Edwin Freiherrn von Manteuffel zum Statthalter von Schleswig war ein politischer Kunstgriff. Manteuffel gehörte zu den ausgeprägtesten Charakteren der altkonservativen Partei, welche das Heil Preußens in dem engen Bündnis mit Österreich sah. Er war eine in der Wiener Hofburg beliebte Persönlichkeit, voll persönlichen Wohlwollens und wahrer Menschenfreundlichkeit; aber er war auch als treuer Diener des Königs und als bewährter preussischer Militär von echtem Männerstolze und von dem festen Willen beseelt, in der Ehre und den gerechten Ansprüchen Preußens nicht eine Linie breit nachzugeben. Wenn irgend einer, so war er geeignet, das gute Einvernehmen mit den alten Waffengenossen in Holstein zu fördern. Gelang ihm dies nicht — wie Bismarck wohl erwartete — dann konnte dieser sich davon eine bedeutende Wirkung nicht allein auf die Partei, der Manteuffel angehörte, sondern auch auf den König selbst, dessen besonderes Vertrauen er genoß, versprechen.

Auch der von der österreichischen Regierung mit der Übernahme der Statthalterschaft in Holstein beauftragte Feldmarschallleutnant Freiherr von Gablenz, der tapfere Führer des österreichischen Truppenkorps im Kriege gegen Dänemark, stand beim König Wilhelm in hoher Gunst. Soldat und Kavaliere, voll ritterlicher Liebenswürdigkeit, verstand er es leicht, sich die Herzen der Holsteiner zu gewinnen, indem er den sogenannten Volkswünschen

entgegen kam. Er konnte dies um so leichter, da die österreichische Regierung ihren Besitz nur als einen vorübergehenden betrachtete und nur so lange zu behaupten wünschte, bis eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der Herzogtümer getroffen und die Regierung in Schleswig-Holstein einem Prätendenten übertragen werden konnte, der ihr weniger unbequem war als Preußen.

Während General von Manteuffel in Schleswig mit militärischer Strenge gegen alle Bestrebungen einschritt, welche darauf hinausliefen, einer andern Obrigkeit, als derjenigen Preußens und Österreichs, Anerkennung zu verschaffen, wurde in Holstein unter den Augen des volksfreundlichen Gableutz ungescheut jene Art gemüthlichen Hochverrats betrieben, die man Augustenburgerische Agitation nannte. In einer von vielen Tausenden besuchten Volksversammlung zu Altona ergossen die Führer der Agitation ihren ganzen Zorn über das „preußische Sunkertum“, das „gebismarckte Preußen“ und die „Berliner Puzenmacher“, ohne daß der österreichische Statthalter diesem Treiben Einhalt that. Es war dies ein böses Zeichen von der österreichischen Auffassung der Gasteiner Konvention. Bismarck zögerte daher auch nicht, eine ernste Note nach Wien (26. Januar) ergehen zu lassen, in welcher er es als unbegreiflich bezeichnete, daß es nach den Tagen von Gastein und Salzburg bis zu diesem Punkte habe kommen können. „Durch den Gasteiner Vertrag“ — sagte er — „ist jedes der beiden Herzogtümer als ein unvertrautes Pfand der Treue und Gewissenhaftigkeit des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung von da aus, zu einer weiteren Verständigung zu gelangen, und wir haben das Recht, zu fordern, daß bis zum Eintritt dieser Verständigung jenes Pfand selber unverletzt erhalten werde. Eine Beschädigung desselben, wie sie durch diese Umtriebe bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen. —

Trotz dieser offenen Sprache, hielt sich die österreichische Antwort (7. Februar) ausweichend und sie sprach Preußen überhaupt das Recht ab, Rechenschaft über einen Akt der Verwaltung in Holstein zu fordern.

Eine unheimliche Stille folgte auf diesen Schriftwechsel. Preußen schwieg, und Österreich rüstete. Auf eine mündliche Anfrage des Grafen Karolyi beim Grafen Bismarck, wie er das Verhältnis der beiden Mächte zu einander nunmehr auffasse (17. März), antwortete dieser ziemlich kühl, daß er die vertrauten Beziehungen, wie sie sich nach dem gemeinsam geführten Kriege zu entwickeln begonnen, als gelöst betrachte. Denn seit Mitte März war es kein Geheimnis mehr, daß Truppenansammlungen aus dem Innern Österreichs, aus Ungarn und Galizien an der böhmisch-schlesischen Grenze stattfanden. Hoffte Österreich, bei der Friedensliebe des Königs

Wilhelm, Preußen einzuschüchtern, wie sechzehn Jahre früher, und es ohne Schwertstreich zum Rückzuge zu bewegen? —

Um sich freie Hand für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu schaffen, mußte Bismarck zunächst den hemmenden Einfluß des — seit dem 15. Januar wieder versammelten — Hauses der Abgeordneten beseitigen. Ein Beschluß des Obertribunals (29. Januar), daß Verleumdungen und Beleidigungen der Regierung nicht in das Gebiet der „freien Meinungsäußerung“ gehörten, welche den Abgeordneten durch die Verfassung gewährleistet worden und daß Abgeordnete wegen solcher Vergehungen ebenso straffällig seien, wie andre Staatsbürger, hatte die Stellung der Regierung zum Hause noch mehr erschwert. Um aber dem Lande einigen Aufschluß über die Stellung Preußens zur deutschen Frage zu bieten, benutzte er einen von dem Abgeordneten Zweiten der Regierung gemachten Vorhalt über ihre auswärtigen Politik zu der Aussprache: „Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen, und Sie, meine Herren, sollten auch so denken; denn Sie könnten ja, was Sie im Innern etwa an Terrain verlieren möchten, unter einem liberalen Ministerium, das vielleicht auch nicht ausbleiben wird, sehr rasch wiedergewinnen. Es ist das keine Einbuße auf ewig. In der auswärtigen Politik aber gibt es Momente, die nicht wiederkommen.“

Die Sitzung verlief noch fruchtloser als die früheren, und wurde nach kurzer Dauer (23. Februar) geschlossen, ohne daß ein Budget zur Vorlage und zur Beratung gekommen war.

Je mehr der Horizont sich verdunkelte, desto lebhafter war Bismarck bestrebt, neben der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, in welcher es sich vorwiegend um preußische Ansprüche handelte, auch die Lösung der deutschen Frage, nämlich die Einigung der deutschen Staaten, zunächst des nördlichen Deutschlands unter Preußens Führung, als das eigentliche nationale Ziel leuchten zu lassen. Er richtete (24. März) an die deutschen Regierungen eine Note, in welcher er auf die durch österreichische Rüstungen bedrohte Lage Preußens und auf die Notwendigkeit hinwies, auch preußischerseits Maßregeln zum Schutze der Grenze zu treffen. „Aber nicht die augenblickliche Sicherung“ — sagte er weiterhin — „ist das Einzige, was Preußen im Auge haben muß, es muß auch Bürgschaften für die Zukunft suchen. Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor allem zunächst darauf angewiesen, diese Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden. — Wenn wir Deutschlands nicht sicher

sind, ist unsre Stellung gerade wegen unsrer geographischen Lage gefährdeter, als die der meisten andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde.“ Hiernach richtete Bismarck an die deutschen Bundesregierungen die Frage, ob und in welchem Maße Preußen auf ihren guten Willen zu seiner Unterstützung gegenüber den drohenden Rüstungen Oesterreichs rechnen könne, da die Bundeseinrichtungen an sich keine ausreichende Gewähr böten.

Schon wenige Tage darauf hatte Bismarck die Antworten der Regierungen in Händen. Die meisten lauteten ausweichend und wiesen auf den Artikel der Bundesakte hin, welcher den Bundesgliedern verbietet, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen. Daß in der drohenden Kriegsgefahr Preußen nicht seine Zuflucht unter einen Paragraphen der Bundesakte nehmen konnte, war einleuchtend. Bismarck war jedoch durch seine Frankfurter Erfahrungen auf diese Antworten vorbereitet und hatte bereits seine weiteren Entschlüsse für diesen Fall gefaßt.

Er nahm nicht mehr Anstand, den Abschluß eines Bündnisses mit Italien zu betreiben, das er vor der Gasteiner Übereinkunft schon zwischen Preußen und Italien angebahnt hatte. Durch die gedachte Konvention war indes die Erwartung Italiens getäuscht und eine vorübergehende Verstimmung hervorgerufen worden. Nachdem durch den Abschluß des Handelsvertrages (31. Dezember 1865) die guten Beziehungen zwischen beiden Staaten wiederhergestellt waren, ließ Bismarck dem italienischen Kabinett Andeutungen machen, infolge deren der italienische General Govone nach Berlin gesandt wurde, um gemeinschaftlich mit dem Gesandten Grafen Barral Unterhandlungen mit der preussischen Regierung anzuknüpfen. Der persönliche Eindruck, den Bismarck auf Govone machte, war ein gewaltiger, aber von dem Fortgange der Unterhandlungen selbst war er weniger befriedigt. Die heißblütigen Italiener hatten gehofft, daß Bismarck ihnen sofort ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis zum Zwecke der Eroberung Venetiens antragen würde; er wünschte jedoch nur, sich mit Italien über ein gemeinschaftliches Vorgehen für den Fall zu verständigen, daß seine demnächst in der deutschen Frage beabsichtigten Schritte den Krieg zur Folge haben sollten. Bei dieser Sachlage bedurfte es der vollen staatsmännischen Energie Bismarcks, um die Italiener dennoch in seine Bahnen mit fortzuziehen. Andererseits hatte auch König Wilhelm Bedenken gegen ein Bündnis mit dem revolutionären Königreich, weil dadurch die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Oesterreich erschwert wurde. In dieser Beziehung kamen Bismarck die österreichischen Rüstungen und eine Note des Grafen Mensdorff an die

deutschen Regierungen außer Preußen (16. März) zu statten, in welcher sich die Absicht angedeutet fand, die schleswig-holsteinische Angelegenheit zur Entscheidung des Bundes zu bringen. Die Überzeugung, daß es österreichischerseits auf eine Demütigung Preußens abgesehen sei, ließ beim König alle früheren Bedenken gegen das Bündnis mit Italien zurücktreten, welches nunmehr (8. April) zum Abschluß kam. Italien sollte sich hiernach für den Fall, daß es binnen drei Monaten zum Kriege zwischen Preußen und Österreich käme, gleichfalls den Krieg an Österreich erklären und mit allen Kräften führen.

Österreich hatte unterdessen (seit Mitte März) das diplomatische Notenspiel wieder aufgenommen, um sich vor den Augen der Welt den Standpunkt des formellen Rechts zu wahren und die schwebenden Verhandlungen zwischen Preußen und Italien zu durchkreuzen. Wie wenig aufrichtig gemeint seine Friedensversicherungen und Abrüstungsvorschläge waren, ging auch aus der Thatsache hervor, daß es zu derselben Zeit, als die beiderseitigen Abrüstungen beginnen sollten, neue umfassende Rüstungen im Innern und an der italienischen Grenze bewirkte.

Bismarck dagegen verfolgte Zug um Zug seinen Plan in der deutschen Frage. Am Tage nach dem Abschlusse des Bündnisses mit Italien that er einen entscheidenden Schritt am Bundestage. Er ließ durch den preußischen Gesandten am Bunde den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments aus allgemeinen und direkten Wahlen einbringen, welchem die preußischen Vorschläge zur Reform der Bundesverfassung vorgelegt werden sollte.

Indem somit Bismarck die letzte Entscheidung über die Geschicke des deutschen Volkes einer Volksvertretung anvertraut sehen wollte, setzte er dem dynastischen Sondergeiste, dem Hauptfeinde der deutschen Einheitsbestrebungen und dem Hauptverbündeten Österreichs, den tödlichen Dolch in den Nacken. Den Wunsch, den das deutsche Volk seit einer Reihe von Jahren in seinem Herzen getragen, hatte die preußische Regierung zu ihrer Forderung erhoben und schien entschlossen, mit allen ihren Machtmitteln für dieselbe einzustehen.

Trotzdem war die Aufnahme beim Volke nur zurückhaltend und kühl; man mißachtete die dargebotene Gabe wegen der Person des Gebers. Denn wer bürgte dafür, daß nicht der ganze Antrag nur als eine diplomatische Karte gegen Österreich ausgespielt sei, daß nicht Bismarck, nachdem es ihm gelungen, die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten umzustimmen, das Volk täuschen und das Parlament einst ebenso geringschätzend behandeln würde wie das preußische Abgeordnetenhaus! Andererseits glich sein Antrag auch der Toga, aus deren Falten das Schwert rollen werde. Aber gerade in dem Augenblicke, als das Volk zum Richter in seiner wichtigsten Angelegenheit

aufgerufen wurde, war die Friedensströmung in Preußen am mächtigsten. Aus den größeren Städten der Monarchie gingen Adressen beim König ein, welche dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens, unter Entlassung des Ministeriums, Ausdruck gaben. In der gesamten liberalen Presse läutete man Sturm gegen den allgemeinen Friedensstörer: Bismarck.

Es gab noch zwei besondere Parteien im Lande, welche einem Kriege gegen Österreich aus gewissen Gründen abgeneigt waren. Die eine stellte das kirchliche über das Staatsinteresse und erkannten über dem Staatsoberhaupt den Heiligen Vater in Rom als ihre wahre Obrigkeit auch in weltlichen Dingen an. Die preußischen Ultramontanen konnten zwar den Sieg Österreichs über Preußen nicht unbedingt wünschen, sie fürchteten aber auch den Sieg Preußens und die daraus hervorgehende Kräftigung Deutschlands durch die protestantische Vormacht; sie arbeiteten daher mit allen Mitteln für den Frieden. Die andre Friedenspartei, welche sich von der überlieferten waffenbrüderlichen Zuneigung zu dem alten Alliierten aus den Freiheitskriegen nicht lössagen mochte, fand ihre mächtigsten Stützen am Berliner Hofe und in der Friedensliebe des Königs Wilhelm selbst.

Gegenüber diesen verschiedenen Kräften, welche im eignen Lande für die Erhaltung des Friedens wirkten, gehörte ein unerschütterlich fester Mut und das klare sittliche Bewußtsein von der Gerechtigkeit der Sache bei dem preußischen Staatsleiter dazu, um die schwere Verantwortung für den Krieg, als dessen Anstifter er angesehen wurde, auf seine Schultern zu nehmen. Überall sah er sich von Ränken umspinnen, die zu zerreißen außer seiner Macht lag; von vielen Seiten arbeitete man auf seinen Sturz und auf die Zerstörung seiner Pläne hin. Niemals hat Bismarck sich größer gezeigt, als in jener Epoche, wo er mit allen Mitteln staatsmännischer Kunst Preußen und sein Königshaus für den Entscheidungskampf vorbereitete. Was mögen es für Gespräche gewesen sein, in denen er einen Hohenzollern von der Festigkeit König Wilhelm dazu vermochte, mit den Traditionen der heiligen Alliance zu brechen, dem mächtigen Österreich den Krieg zu erklären und deutsche Fürsten als seine Feinde zu behandeln. Ränkevolle Italiener zu Bundesgenossen, den mißgünstigen Franzosenkaiser im Hintergrunde, das eigne Volk erbittert im vierjährigen Konfliktkampfe, der mächtige Gegner bis an die Zähne gerüstet, und alle deutsche Staaten bis auf wenige Ausnahme Feinde — das war die Lage Preußens vor Ausbruch des Krieges 1866. Und war nicht noch eine ehrenvolle Umkehr zum Frieden für Preußen möglich? War nicht er es allein, der dem Friedenswerke entgegenstand? War denn Bismarck wirklich von der Vorsehung berufen, um gegen den Willen des Volkes, gegen die persönliche Neigung des Königs den preußischen Staat in einen Krieg hineinzutreiben, durch den

das Schicksal von Tausenden auf das Spiel gesetzt wurde? — Solche Zweifel mochten sich in Bismarcks Seele regen, als er, kaum von einer Krankheit genesen, am 8. Mai nachmittags gegen 5 Uhr nach dem Vortrage beim König vom königlichen Palais durch eine Seitenallee der Straße „Unter den Linden“ nach seinem Hotel in der Wilhelmstraße allein zurückschritt. Da, in der Nähe der Schadowstraße angekommen, hörte er plötzlich hinter sich zwei Schüsse fallen. Er wendete sich um und erblickte einen jungen Menschen mit gehobenem Revolver, der soeben im Begriffe stand, den dritten Schuß auf ihn abzufeuern. Bismarck packte ihn mit kräftiger Faust im Handgelenke, konnte jedoch nicht verhindern, daß auch der dritte Schuß losging, der ihn an der rechten Schulter leicht verwundete. In demselben Augenblicke wechselte der Thäter die Waffe in den Händen, ergriff mit der Linken den Revolver und feuerte, ihn fest an Bismarcks Leib drückend, noch zwei Schüsse rasch aufeinander ab, von denen der eine den Rock verbrannte, der andre auf der Rippe aufschlug. Bismarck überwand das Gefühl der Schwäche infolge der Verwundung und hielt den Verbrecher gefaßt. Gleichzeitig eilten auch von den Vorübergehenden zwei Bürger herbei und halfen bei der Festnahme. Einige Offiziere und Mannschaften eines soeben die Straße herabmarschierenden Bataillons des zweiten Garderegiments sprangen aus dem Gliede und bewirkten die Abführung des Verbrechers nach dem Gefängnis. Während noch die Klänge des Preußenliedes von der Militärmusik schallten, setzte Bismarck den Weg nach seiner Wohnung fort.

Er hatte sich bald überzeugt, daß die Verletzungen nicht gefährlich waren und erreichte das Hotel, noch ehe die Kunde von der That zu den Seinigen gedrungen war. Auf seinem Arbeitszimmer erstattete er in einigen Zeilen dem Könige Bericht über den Vorfall und erschien dann ruhig und heiter in der kleinen Gesellschaft, die ihn im Empfangszimmer seiner Gemahlin bereits zum Mittagsmahl erwartete. Zudem er sich nach Begrüßung der Gäste zu dieser neigte, sagte er leise zu ihr: „Sie haben auf mich geschossen, mein Kind, aber Sorge nicht, es hat nichts zu bedeuten!“ Die Bestürzung der Gräfin sowie der Familie war natürlich groß, als sie von der Gefahr hörten, welcher sein Leben ausgesetzt gewesen. Der schnell herbeigerufene Arzt, den es wunder nahm, daß von fünf aus so großer Nähe abgefeuerten Kugeln keine eine ernste Verwundung bewirkt habe, sagte: „Hier gibt es nur eine Erklärung: Gott hat seine Hand dazwischen gehabt!“ —

Das Gefühl des Dankes über die glückliche Errettung war unter allen Anwesenden, ja unter allen Preußen mächtig, zu welchen die Kunde gelangte. Zu den ersten, welche ihre Glückwünsche darbrachten, gehörte der König selber. Bewegt ergriff der königliche Herr die Hand seines treuen Dieners, der jeden Augenblick bereit war, für den König sein Leben einzusetzen. Am Abend

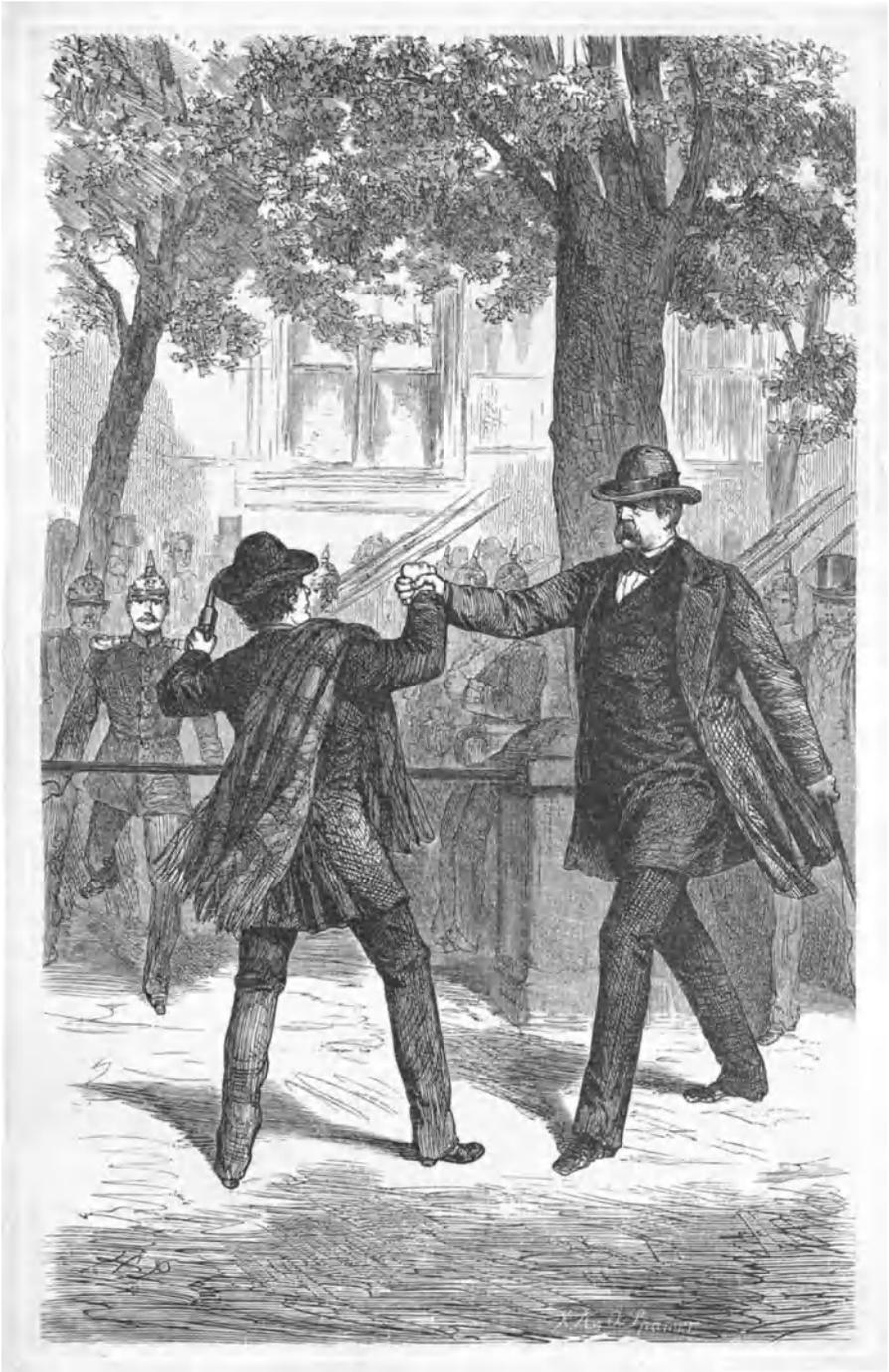
wogte die Menge auf der Straße und dem Wilhelmplatz und ließ ihre Begrüßungsrufe hinauffchallen, bis Bismarck sich am Fenster zeigte und Worte des Dankes an das Volk richtete.

Der Thäter, ein junger Mensch mit Namen Julius Cohen, war der Stiefsohn des in London lebenden politischen Flüchtlings Karl Blind. Er hatte bis vor kurzem auf der Ackerbauschule zu Hohenheim in Württemberg landwirtschaftliche Studien getrieben. In einem vor der That an seinen Stiefvater geschriebenen Briefe erklärte er, daß es sein fester Entschluß sei, den Grafen Bismarck zu töten, weil er in ihm den ärgsten Feind der deutschen Freiheit sähe. Einer weiteren Untersuchung entzog er sich durch Selbstmord, welchen er noch in derselben Nacht mit einem Taschenmesser an sich verübte.

Seit jenem Ereignis schwanden die letzten Zweifel aus Bismarcks Seele. Er fühlte, daß sein Leben unter dem Schutze eines Höheren stand, daß König und Vaterland jetzt mehr denn je seiner Dienste bedurften, und es erfüllte ihn feste Zuversicht und jenes freudige Gottvertrauen, aus denen der Mann Mut und Kraft zu dem Schwersten schöpft. Von solcher Entschlossenheit und Klarheit zeugten alle weiteren Schritte des preußischen Ministerpräsidenten, durch welche allmählich ein Umschwung in der Volkstimmung angebahnt wurde. Der Ausgang des Krieges stand freilich in der Hand des Lenkers der Völkergeschicke, aber der Strom der Geschichte hätte rückwärts fließen müssen, wenn Preußen in diesem durch seine Ehre und Deutschlands Gesamtinteresse gebotenen Kriege dauernd unterlegen wäre.

In diesen Tagen unterzeichnete König Wilhelm den Befehl zur Mobilmachung der gesamten preußischen Armee. Da wurde das große Geheimnis offenkundig, welches der König und die preußischen Heereschöpfer seit einer Reihe von Jahren gesponnen; da verwandelte sich wie mit einem Zauberschlag die arbeitsame, friedliebende Nation in ein streitbares, kampfesfreudiges Volk in Waffen, welches sich mit alter Treue um die alten Fahnen scharte. Vergessen war der innere Hader, es gab nur einen Feind, der an die Landesporten pochte, und ein gemeinsames Ziel für alle: „Kampf und Sieg fürs Vaterland!“ —

Um dieselbe Zeit erfolgte die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von neuen Wahlen (9. Mai). Während die Jugend des Volkes gehobenen Herzens zu den Waffen strömte, während alle Straßen und Eisenbahnen, Flüsse und Ströme von wehrhaften Jünglingen starren, trat der Bürger ruhig und ernst an die Wahlurne. Auch hier hörte man nicht mehr die Losungsworte der Parteien: „Regierung“ und „Parlament“, „konservativ“ und „fortschrittlich“, sondern die erste Frage war: „Wer hat ein tapferes Herz fürs Vaterland?“



Unter den Linden am 8. Mai 1866.

Anders stand es freilich damals noch um die Stimmung bei den Regierungen der einzelnen deutschen Mittelstaaten. Und es ist eine traurige Wahrnehmung, daß im Frühjahr 1866 keine von den Regierungen der deutschen Mittelstaaten ihre Aufgabe im deutschnationalen Sinne erfaßte, sondern daß dieselben ihren Beruf allein in der Wahrung ihrer Sonderinteressen erblickten. Derjenige Staat, welcher durch seine Lage am meisten geeignet war, den Krieg auf ein bestimmtes Gebiet zu begrenzen, Bayern, war in dem Bismarckschen Reformplane mit einer bevorzugten Stellung bedacht worden; insbesondere sollte ihm die militärische Leitung der sämtlichen süddeutschen außerösterreichischen Streitkräfte übertragen werden. Der bayrische Minister von der Pfordten, dessen patriotischer Ehrgeiz dadurch erregt war, schien zu schwanken, ob für Bayern nicht eine ehrliche Neutralität ratsamer sei als unbedingter Anschluß an Österreich. Dennoch ließ er sich nach einem Vermittlungsversuch mehr und mehr in das österreichische Lager hinüberziehen. Die leitenden Staatsmänner der übrigen Staaten Süddeutschlands waren von Preußenhaß erfüllt oder doch dem österreichischen Einfluß völlig ergeben. In Hannover schwankte der blinde König hin und her zwischen Neutralität und dem Bündnis mit Österreich, zwischen dem dynastischen Welfenstolz und der Besorgnis, bei einer fortgesetzt feindseligen Haltung Land und Krone an den mächtigen Nachbarn zu verlieren, bis er im letzten Augenblicke durch das Versprechen Österreichs, ihm Hoheitsrechte und Länderbesitz zu gewährleisten, ganz für Österreich gewonnen ward. Keiner aber gebärdete sich preußenfeindlicher und kriegslustiger als der sächsische Staatsleiter Freiherr von Beust, welcher seinen König bewogen hatte, den andern deutschen Fürsten mit den umfassendsten Rüstungen voranzugehen, um das volle Gewicht Sachsens gegen Preußen in die Waagschale zu werfen.

Auf seine Einladung begaben sich die Minister von neun deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu einer Zusammenkunft nach Augsburg (22. April), um über eine gemeinsame Behandlung des preußischen Reformantrags zu beraten. Was auf den Konferenzen dieser neun Staatsweisen zu Tage gefördert wurde, darüber berichtet kein Archiv und kein Blaubuch. Wenn sie aber nach den Mühen des Tages sich beim geselligen Mahle vereinigten und der vortreffliche Wein aus dem Keller des Gasthofs zu den „Drei Mohren“ ihre Gemüter erhitzt hatte, dann ergossen sie in feurigen Tafelreden ihren Zorn über das Bismarcksche Preußen und beschloffen willkürlich über dessen Schicksal.

So wie am Bundestage und an den Höfen der Kleinen Fürsten, so wurde auch in der Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten der Kampf gegen Preußen gehässig betrieben. Schon im März äußerte sich Bismarck mit Bezug auf das Gebaren von Beust und Genossen: „Wenn diese Menschen

uns einen Nagel ins Gehirn treiben könnten, sie würden es thun!“ Wohlgefällig sahen die kleinen Staatsmänner auf das Treiben der von ihnen begünstigten höfischen Partei der „Partikularisten“ und „Büreaukraten“, und zu ihnen gesellten sich die beiden andern preußenfeindlichen Parteien, die „Ultramontanen“ und „Radikalen“. Erstere predigten offen den Haß gegen das keiserliche Preußen, weil sie mit Recht besorgten, daß dieser Staat, wenn er die Leitung Deutschlands übernehme, auch den Hochmut der katholischen Kirche unter das gemeine Recht beugen würde. Die Radikalen, denen der Begriff „Vaterland“ überhaupt nur eine leere Redensart war, ließen sich die Ohnmacht der Kleinstaaten ebenfalls gefallen; sie sträubten sich aber gegen die Errichtung eines mächtigen deutschen Bundesstaats, weil derselbe ihren staatsvernichtenden Tendenzen einen unzerstörbaren Damm entgegenzusetzen vermochte.

Die Männer aber, welche damals in Süddeutschland der Mäßigung und Besonnenheit das Wort redeten, mußten hinter dem Getriebe der Parteien zurüdtreten. „Ich gehe zu den Volkern“, sagte der freisinnige Freiherr von Roggenbach beim Scheiden aus dem kleinen badischen Heimatlande zu seinem alten Freunde und Gefinnungsgenossen Karl Mathy, und dieser schrieb in sein Tagebuch: „Wir stehen auf der unrechten Seite, für das Faule, Habsburg und Welf, gegen das Frische; der Ausgang wird es lehren.“ Daß es auch solche Stimmen gab, mochte denen zum Troste gereichen, welche das Unheil des Krieges Deutscher gegen Deutsche aufrichtig beklagten.

Wie sehr es immerhin beklagt werden mag, daß dem deutschen Volke nur aus blutiger Saat die Ernte der Einheit aufgehen sollte, doch gereicht es der preußischen Staatsleitung zu hohem Ruhme, daß sie ein schweres Unheil, die Einmischung des Auslandes, von den deutschen Landen fern zu halten wußte. Es gehörte zu der herkömmlichen Politik Frankreichs, welche weniger durch die Grundsätze der Sittlichkeit und des Völkerrechts als durch Habgucht und Ländergier seiner Machthaber bestimmt wurde, daß es die inneren Zwistigkeiten in Deutschland zu seinem Vorteil auszunutzen suchte. Alle bedeutenden Staatsmänner Frankreichs, von den Tagen Mazarins und Richelieus bis auf die Gegenwart, haben durch Befolgung dieser Politik eine gewisse Volkstümmlichkeit in ihrem Lande angestrebt. Auch der Neffe des ersten Napoleon sah mit heimlicher Freude die aufgehende Zwietracht zwischen Preußen und Osterreich; er hoffte, daß der ausbrechende Krieg ihm Gelegenheit geben werde, die Rolle seines Oheims in Deutschland zu erneuern und seinen Namen, der den alten Zauber längst verloren hatte, in den Augen der französischen Nation mit neuem Glanze zu umgeben.

Die öffentliche Meinung in Frankreich war damals überhaupt mehr gegen Preußen als gegen Osterreich eingenommen. Letzteres hatte vor wenigen

Jahren das Übergewicht der französischen Waffen anerkennen müssen, Preußen hatte man den Tag von Waterloo noch nicht vergeben. Es war in Frankreich unvergessen, daß Blüchers tapferes „Vorwärts“ den verbündeten Heeren zweimal den Weg nach Paris gewiesen, und ein Krieg gegen Preußen mit dem ausgesprochenen Zwecke der Eroberung des linken Rheinufers war in Frankreich immer der Zustimmung eines großen Theils der Nation sicher. Dennoch hatte Napoleon Gründe, gegen Preußen nicht offen Partei zu ergreifen. Er sah es gern, daß Preußen auf Änderung der Verträge von 1815 hinarbeitete, von denen er öffentlich erklärt hatte, daß er sie verabscheue, weil sie ihn an die Niederlage seines Hauses erinnerten. Er wünschte deshalb, zuerst nur den Krieg entbrennen zu sehen, und zweifelte nicht, daß der Leiter der preußischen Politik sich um den Beistand Frankreichs werde bemühen müssen, den er auch unter gewissen Bedingungen zu gewähren nicht abgeneigt war. Inzwischen ließ er dem Grafen Bismarck bald durch Verwandte, bald durch vertrauliche Agenten Vorschläge machen, welche ein Bündnis zwischen Preußen und Frankreich zum Zwecke beiderseitiger Gebietserweiterung anbahnen sollte. Es handelte sich dabei „bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen bleiben.“ Bismarck ging über diese Anträge „dilatorisch“ hinweg. Dagegen erklärte Kaiser Franz Joseph sich in einem vertraulichen Handschreiben (4. Mai) bereit, Venetien an Napoleon abzutreten unter der Bedingung, daß Frankreich und Italien sich neutral verhielten und Österreich freie Hand ließen, sich durch Eroberung Schlesiens schadlos zu halten. Dieser Vorschlag kam dem Kabinett der Tuilerien hocherwünscht, welches hoffte, damit sowohl Italien befriedigen als auf Preußen einen moralischen Druck üben zu können.

Die Idee eines Kongresses, von den neutralen Mächten angeregt, wurde von Napoleon auf das lebhafteste unterstützt. Er hoffte, daß während der Vorbereitungen und diplomatischen Verhandlungen das für drei Monate geschlossene preußisch-italienische Bündnis ablaufen und Preußen in eine nachteilige Lage geraten möchte, in welcher es gezwungen sein würde, Frankreichs Beistand zu suchen. Die Gedanken, welche Napoleon auf dem Kongresse als Grundlage des Friedens empfehlen wollte, waren: Abtretung Venetiens an Italien, Schlesiens an Österreich, der Elbherzogtümer und einiger deutscher Fürstentümer an Preußen; am Rhein wünschte er einige kleine Herzogtümer zu errichten, welche zwar zum Deutschen Bunde gehören, aber unter Frankreichs Schutz gestellt werden sollten; die depostierten deutschen Fürsten sollten nach den Donaufürstentümern, der Moldau und Walachei, geschickt werden. Zu derselben Zeit, als Napoleon mit Italien heimlich unterhandelte,

ließ er auch dem Grafen Bismarck ein Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Preußen und Frankreich antragen, zu welchem der französische Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, im Auftrage seiner Regierung eigenhändig die Grundzüge entwarf. Danach sollte der König von Preußen zehn Tage nach Auflösung des Kongresses die Feindseligkeiten eröffnen, bald darauf wollte der Kaiser der Franzosen den Krieg an Osterreich erklären und mit 300 000 Mann an demselben teilnehmen. Der Friede sollte unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: für Italien Venetien, für Preußen eine Vergrößerung an deutschem Gebiete mit einer Seelenzahl von 7—8 Millionen, ferner die Bundesreform im preußischen Sinne, endlich für Frankreich das Gebiet zwischen Mosel und Rhein ohne Koblenz und Mainz, den bayrischen Teil des linken Rheinufers, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen.

Bismarck fühlte sich zu sehr als deutscher Staatsmann, um solche Vorschläge ernstlich in Betracht zu ziehen. Nicht durch die Hilfe des Fremden, nicht durch Preisgebung deutschen Bodens wollte er den Sieg der nationalen Idee erkauft sehen. Den Entwurf von Benedettis Hand bewahrte er als ein wertvolles Dokument für spätere Zeiten.

Auch die italienische Regierung nahm Anstand, Venetien als Danaergeschenk aus den Händen Napoleons anzunehmen. Zudem war die Gabe durch die Bedingung, an welche sie geknüpft war, die Eroberung Schlesiens durch österreichische Waffen, eine sehr zweifelhafte geworden. Daher entschloß man sich in Italien, der Verlockung zum Vertragsbruche zu widerstehen und das Anerbieten abzulehnen. Napoleon tröstete sich mit der zuversichtlichen Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkte dennoch das entscheidende Wort zu sprechen.

In einer späteren Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses (16. Jan. 1874) kam es vor, daß ein inzwischen verstorbener Führer der Ultramontanen, der Abgeordnete von Mallinckrodt, auf Grund der „Enthüllungen“ des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten la Marmora in Abwesenheit des Reichskanzlers Fürsten Bismarck schwere Anklagen gegen denselben erhob und ihm die Absicht unterschoob, vor dem Kriege von 1866 deutsches Gebiet an Frankreich haben verhandeln zu wollen. Bismarck, hiervon telegraphisch in Kenntnis gesetzt, eilte aus dem Hotel des Auswärtigen sogleich in die Sitzung und schlug mit Worten, die in jedem deutschen Herzen freudigen Widerhall fanden, die Verleumdungen seines Gegners nieder: „Ich habe Napoleon niemals die Abtretung eines Dorfes, auch nur eines Kleefeldes zugesagt. Diese Behauptung erkläre ich für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden ist.... Mit der Abtretung von wenig Dörfern, ja nur eines Dorfes, hätte ich bei dem Kaiser Napoleon die gewaltigsten Resultate erreicht, nur weil damit ein Schandfleck auf unsre Politik gekommen wäre.“

Vor einem solchen Schandfleck hat Bismarcks nationale Haltung in der Leitung der auswärtigen Politik unsre Geschichte zu wahren gewußt, ebenso wie die schnellen und entscheidenden Schläge des preußischen Schwertes Napoleons arglistiges Gewebe zerrissen.

Die — aufrichtigen oder scheinbaren — Bemühungen der Neutralen zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleich zwischen Preußen und Österreich blieben erfolglos. Frankreich, England und Rußland erließen gemeinschaftliche Einladungen an die beteiligten Großmächte zur Beschickung einer Friedenskonferenz in Paris (24. Mai). Preußen und Italien sagten alsbald ohne Vorbehalt zu (29. Mai), der Deutsche Bund wählte Herrn von der Pfordten zu seinem Bevollmächtigten, Österreich zögerte und knüpfte seine Zusage (1. Juni) an gewisse unerfüllbare Bedingungen. Da betrieben Frankreich und England ihre Vorschläge nicht weiter, der russische Bevollmächtigte Fürst Gortschakow ließ seine Erkrankung anzeigen und die Kongreß-idee wurde bestattet.

Zu derselben Zeit that Österreich einen weiteren Schritt, welcher die letzten Friedensausichten schwinden machte. Es übergab die schleswig-holsteinische Angelegenheit der Entscheidung des Bundes und beauftragte seinen Statthalter in Holstein, den Freiherrn von Gablenz, mit Einberufung der holsteinischen Stände (1. Juni). Hierdurch sagte sich Österreich von den früheren Vereinbarungen mit Preußen, insbesondere von der Gasteiner Konvention, los; auch bedeutete die Einberufung der holsteinischen Stände nur einen Eingriff in die preußischen Hoheitsrechte. Bismarck protestierte gegen dieses Vorgehen Österreichs und erwirkte für den preußischen Statthalter in Schleswig, Freiherrn von Manteuffel, den königlichen Befehl, daß er die Gasteiner Konvention für gebrochen erklären und seine Truppen zur Wahrung des preußischen Mitbesitzrechtes wieder in Holstein einrücken lassen solle.

Es war nahe daran, daß das erste Blut in dem preußisch-österreichischen Kriege auf dem Boden geflossen wäre, welchen zwei Jahre früher die verbündeten Waffen der beiden Mächte von der dänischen Herrschaft befreit hatten. Am 7. Juni bereits überschritten die preußischen Truppen von Norden her die Eider. Feldmarschallleutnant von Gablenz hatte jedoch den Auftrag, es hier zu keinen Feindseligkeiten kommen zu lassen, und räumte ohne Widerstand das Land, um sich mit der österreichischen Hauptmacht in Böhmen zu vereinigen.

Die Verwaltung der beiden Herzogtümer wurde hiernach dem Freiherrn Karl von Scheel-Mlessen mit dem Titel eines Oberpräsidenten übertragen (10. Juni), und kurz vor dem Einrücken der Preußen in Holstein (7. Juni) verließ auch der Erbprinz von Augustenburg für immer das Land seiner Träume.

Das diplomatische Vorspiel des Krieges ging zu Ende. Der österreichische Präsidialgesandte am Bundestage beraumte mit Bezug auf die Vorgänge in Holstein eine außerordentliche Sitzung an (11. Juni) und stellte in derselben den Antrag auf schleunige Mobilmachung des gesamten Bundesheeres, mit Ausnahme der preussischen Armeekorps, gegen Preußen — einen dem Grundgesetz der Bundesverträge widerstreitenden Antrag, dessen Annahme Preußen als eine Kriegserklärung erachten mußte. Gleichzeitig veröffentlichte Graf Bismarck sein erweitertes Programm für die Bundesreform (10. Juni), welches den Ausschluß Österreichs aus dem Bunde aussprach, und forderte die Regierungen auf, auf Grund dieses Programms einen neuen Bund mit Preußen zu schließen. Dasselbe enthielt bereits in seinen Hauptzügen die Grundlage für die spätere Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Kurz vor Ausbruch des Krieges machte Napoleon noch eine Anstrengung, sich das Schiedsrichteramt für ein späteres Stadium des Krieges zu sichern. Er überredete den Kaiser Franz Joseph zum Abschluß eines geheimen Vertrages (9. Juni), demzufolge Österreich nach seinen ersten Waffenerfolgen über Preußen Venetien an Frankreich zur freien Verfügung abtreten und dafür durch Schlessien entschädigt werden sollte. Was Napoleon für sich selbst und für Frankreich anstrebte, war die Aussicht, Österreichs Unterstützung für die Erwerbung des linken Rheinufers zu erlangen. Es war aber ein Rechenfehler in diesem Plane: die Voraussetzung der Niederlage Preußens, und diese blieb aus.

Schwer ruhte in jenen Tagen die Arbeitslast auf Bismarcks Schultern. Bis spät in die Nacht beantwortete und diktierte er Depeschen, worin das einzelne Wort schwer wog, und schon in den ersten Morgenstunden war er wieder beschäftigt, die über Nacht angekommenen Schriftstücke zu studieren. Dazu kamen noch die Besuche der fremden Gesandten, die Ministerberatungen, die Besprechungen mit den Heerführern, mit Roon und Moltke, die Vorträge beim Könige, was alles seine Zeit und Arbeitskraft voll in Anspruch nahm. Als er eines Tages beim Könige nicht sogleich zum Vortrage gelangen konnte, weil dieser soeben in einer Unterredung mit General Moltke begriffen war, schief der ermüdete Staatsmann auf dem Sofa im Vorzimmer des Königs sanft ein — die Staatskunst ruhte, der Meister der Kriegskunst arbeitete mit dem Könige. Erst als Moltke mit der inhaltsschweren Mappe aus dem Arbeitszimmer des Königs trat, erwachte Bismarck und löste ihn ab.

Am 14. Juni endlich fand die entscheidende Sitzung am Bundestage und die Abstimmung über den österreichischen Mobilmachungsantrag statt. Die Versammlung, welche bei Fragen von untergeordneter Bedeutung oft Monate zur Vorberatung gebrauchte, trieb zu dem folgenschwersten Entschlusse mit einer Hast, als könnte sie ihr eignes Ende nicht erwarten. Noch einmal

zeigte sich bei dieser letzten Abstimmung die volle Unfähigkeit des Bundes, in wichtigen Fragen überhaupt einen sachlich wohlbegründeten Beschluß zu fassen. Bei der Abstimmung hing die Entscheidung allein an Lippe-Schaumburg, dessen Vertreter zwar nicht instruiert war, aber auf eigne Verantwortung und gegen den Willen seiner Regierung die Stimme für Österreich abgab. Der Präsidialgesandte verkündigte die Annahme des Antrags, und der preußische Gesandte erklärte im Auftrage seiner Regierung damit den Bundesvertrag für gebrochen und seine Thätigkeit am Bundestage für beendet. Mit diesem kläglichen Possenspiel nahm der Deutsche Bund sein Ende.

Nach einem letzten vergeblichen Versuche Preußens, die Regierungen der benachbarten Staaten Hannover, Sachsen und Kurhessen unter dem Versprechen, ihnen ihre Hoheitsrechte und ihr Gebiet zu gewährleisten, binnen 24 Stunden zur Erklärung ihrer Neutralität und zum Bündnis auf Grund der preußischen Reformvorschläge (vom 10. Juni) zu veranlassen, übergaben die preußischen Gesandten zu Hannover, Dresden und Kassel die Kriegserklärungen (15. Juni). Schon in der folgenden Nacht wurden die Heersäulen in Bewegung gesetzt, welche am Morgen des 16. Juni die Grenzen der genannten drei Staaten überschritten. Drei Tage später waren die beiden Königreiche und das Kurfürstentum Hessen von den preußischen Truppen in Besitz genommen. Der blinde Welfenkönig irrte noch inmitten seiner Armee auf Hin- und Hermärschen, bald eine diplomatische Vermittlung, bald die Hilfe der Süddeutschen erhoffend, und schloß erst, nachdem die tapferen Hannoveraner bei Langensalza (27. Juni) ihr Blut für seine verlorene Sache vergossen hatten, die Kapitulation, derzufolge seine Armee aufgelöst und der königlichen Familie freier Abzug gestattet wurde. Auch von den Pässen des Riesens- und des Erzgebirges stiegen die preußischen Hauptarmeen unter ihren ritterlichen Führern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Friedrich Karl und General Herwarth von Bittenfeld, in den böhmischen Kessel hinab, in das Land, wo jeder Hügel, jedes Dorf Erinnerungen an eine um mehr denn 100 Jahre zurückliegende preußische Ruhmeszeit erweckten.

Ganz Preußen atmete auf, als an Stelle der Depeschen aus den Kabinetten die Depeschen vom Kriegsschauplatz einliefen. Am 29. Juni, dem Jahrestage des preußischen Sieges von Alsen, kamen von allen Armeen Nachrichten in der preußischen Hauptstadt an. Bei Nachod, Sorr und Skalitz, bei Podol und Münchengrätz, überall hatten die Armeen sich siegreich Bahn in das Innere Böhmens gebrochen und standen bereit, sich auf böhmischem Boden zu einer Hauptschlacht zu vereinigen. Mit gehobenem Herzen zog die Menge unter dem Gesange des Preußenliedes nach dem Palast des Königs und ließ weiterschallende Hochs emporsteigen. Der König dankte vom Balkon herab. „Großes ist geschehen, aber das Größere bleibt noch zu thun!“

sagte er. Weiter strömte die Menge nach dem Palast des Kronprinzen, des Prinzen Karl; dann ertönten viele Stimmen zugleich: „Zu Bismarck! Zu Bismarck!“ und in stillem Einverständnis zogen alle nach dem Hotel des Auswärtigen, um dem leitenden Minister jubelnden Dank zu zollen. Von dem Hotel herab wehte die schwarzweiße Fahne; der Himmel war düster bezogen, zuweilen fuhr ein Blitz durch das Gewölk. Jetzt rollte ein gewaltiger Donnerschlag. Bismarck lehnte weit aus dem geöffneten Fenster, wies mit der Hand nach oben und rief über die begeisterte Menge hinweg mit mächtiger Stimme: „Der Himmel schießt Salut zu unsern Siegen!“

Im Hotel des Auswärtigen waren bereits die Koffer gepackt. Bismarck stand im Begriffe, den König am folgenden Tage auf jene Felder zu begleiten, wo „das Größere noch zu thun“ blieb. Am 30. Juni früh brach der König von Berlin auf. Zu den ersten seines Gefolges gehörten die Generale von Roon, von Moltke und der Ministerpräsident Graf Bismarck, in der Begleitung des letzteren der Legationsrat von Reudell, der Geheime Legationsrat Abeken u. a. Die Reise des ersten Tages ging über Frankfurt, Görlitz und Zittau nach Reichenberg. Hier wurde das erste Hauptquartier in Feindes Land, im Schlosse des österreichischen Generals Grafen Clam-Gallas genommen, dessen Korps in den Kämpfen an der Pser beinahe aufgerieben war. Schon unterwegs trafen Nachrichten von dem neuen blutigen Treffen bei Gitschin (30. Juni) ein, durch welches die Verbindung der Zweiten und der Elbarmee (Friedrich Karl und Herwarth) mit der Ersten (Kronprinz Friedrich Wilhelm) erreicht war. Alles deutete auf eine nahe Entscheidungsschlacht.

Der Übermut der Gegner Preußens war durch die ersten Schläge noch nicht gebrochen und nicht geringer denn zu jener Zeit, als man in der Wiener Hofburg über die „Berliner Wachparade“ wickelte und den König von Preußen zum Markgrafen von Brandenburg abzusetzen drohte. Auch jetzt sprach man in der österreichischen Presse davon, das „Intermezzo Friedrichs des Großen“ müsse aufhören, „nicht ein Olmütz, sondern ein Jena“ solle Preußen bereitet werden, Preußen müsse erniedrigt und zerstückelt werden. Auch an Aufreizungen gegen den preußischen Ministerpräsidenten fehlte es nicht. Noch kurz vor der Abreise desselben auf den Kriegsschauplatz waren ihm Warnungsbriefe aus verschiedenen Städten Süddeutschlands zugegangen.

Die Reise des Königs und seines Gefolges sowie der Aufenthalt in Reichenberg, waren in That nicht ohne Gefahr. Von der feindlichen Armee war zwar dort nichts zu fürchten, doch befanden sich in den benachbarten Bergen noch versprengte Trupps, denen mit Hilfe der aufgeregten Einwohner ein Überfall des königlichen Hauptquartiers wohl hätte gelingen können. Bismarck zeigte sich weniger um seine Person besorgt, als um den greifen

königlichen Herrn, welcher gekommen war, um die Gefahren und Mühseligkeiten des Feldzugs mit seinen tapferen Kriegerern zu teilen.

Am 1. Juli mittags wurde das königliche Hauptquartier nach Schloß Sichrow, dem schönen Siege des Prinzen Rohan, den Bismarck von Gastein her kannte, verlegt, am 2. Juli nach Gitschin. Der Weg dahin führte mitten über den Schlachtengrund. Auf dem Schlachtfelde, das noch voll von Leichen, toten Pferden und Waffen lag, kam Prinz Friedrich Karl im offenen Jagdwagen von seinem Hauptquartier Horstitz her, seinem königlichen Oheim zur Begrüßung entgegen. Der König nahm ihn in seinen Wagen auf und hörte von ihm den Bericht über die Kämpfe der letzten Tage. Um 2 Uhr mittags traf der König in Gitschin ein und nahm im Gasthose zum Löwen Quartier. Hier fand in der Nacht die entscheidende Sitzung des Kriegsrats statt, in welcher der Angriff auf die hinter dem Bistritzbach mit dem Rücken gegen die obere Elbe und die Festung Königgrätz aufgestellte österreichische Hauptarmee beschloffen wurde.

Am 3. Juli morgens 5 Uhr brach das königliche Hauptquartier von Gitschin auf. Ein kalter Regen träufelte vom graudüsteren Himmel hernieder; über die Thalmulden und Wiesen zog ein niedriger Nebel hin. Der König fuhr mit Moltke in offenem Wagen, im nächstfolgenden Wagen saß Graf Bismarck mit dem Legationsrat Grafen Bismarck-Bohlen. Auf allen Straßen bewegten sich die Heersäulen vorwärts; sie brachen in laute Hurras aus, sobald sie an der vorausreitenden Stabswache gewahr wurden, daß ihr Kriegsherr in der Nähe sei. Bei dem Dorfe Dub, das gegen 9 Uhr erreicht war, verließen der König und sein Gefolge die Wagen und bestiegen die bereit gehaltenen Pferde, der König seine Rappstute, die seit diesem Tage den Namen „Sadowa“ führte, Graf Bismarck seine stattliche große Fuchsstute. Der König ritt bis an den Rand einer Anhöhe zwischen Dub und Sadowa. Vor ihm war die Bistritz, unten im Grunde an der Straße nach Königgrätz lag Sadowa mit der Brücke über den Bach, dahinter ein Wald und noch weiter gegen Osten, amphitheatralisch ansteigend, ein mit österreichischen Batterien gekrönter Höhenzug, über dem Sadowamalde die so berühmt gewordenen Höhen von Lipa und Chlum, der eigentliche Schlüssel der feindlichen Stellung.

Kurz vor dem Eintreffen des Königs hatte der preußische Angriff begonnen. Den ganzen jenseitigen Höhenzug entlang sah man das Aufsteigen weißer Rauchwölkchen, aus denen Blitze hervorzückten. Immer heißer entbrannte der Kampf. An der Hartnäckigkeit der österreichischen Verteidigung und der Heftigkeit der Gegenstöße erkannten die preußischen Heerführer, daß sie es mit der vereinigten österreichischen Nordarmee unter Benedek zu thun hatten. Von dem Kronprinzen, der den Befehl aus dem königlichen Hauptquartier um 4 Uhr morgens erhalten hatte, konnte man das Eingreifen mit

der Zweiten Armee im Laufe des Nachmittags erwarten, wenn er seinen Marsch ohne Störung zurückzulegen vermochte. Schon waren die Reihen des preußischen Fußvolks durch das überlegene österreichische Geschützfeuer stark gelichtet; schon hatte Franseck, der „Fanatiker für Pflicht und Ehre“, im Walde von Benatek (Swiepmald) den Seinigen sein historisches „Hier sterben wir!“ zugerufen, schon waren die Reserven der Ersten Armee, das brandenburgische Korps mit den „Düppelstürmern“, unter den Augen des Königs vorüber zur Unterstützung des stark bedrohten preußischen Zentrums vorgegangen, und wie einst Wellington auf dem Schlachtfelde von Waterloo die Hilfe Blüchers herbei sehnte, so richteten sich von der Höhe von Sadowa her immer wieder die Blicke nach der Gegend, aus der man den Anmarsch der kronprinzlichen Armee erwartete. Nun galt es die große Probe auf die strategischen Kombinationen Moltkes wie auf das staatsmännische Exempel Bismarcks. Bismarck hatte wohl gerechnet auf die Weisheit des Königs, auf die Einsicht der Heerführer, auf die Tapferkeit des preußischen Volkes in Waffen, aber auf weit mehr noch, und er fühlte wohl niemals lebendiger als in dieser Stunde, daß alles menschliche Rechnen Irrungen unterworfen sei ohne den Segen von oben.

Es war gegen 1 Uhr mittags. Die Schlacht war auf der ganzen Linie zum Stehen gekommen; hinüber, herüber rollte der Donner von 1200 Geschützen. Ernst und kaltblütig hielt Bismarck, der preußische Landwehrmajor, an der Seite des Königs das Glas mit der Rechten vor das Auge haltend, das scharf und spähend unter dem blanken Helmschirm hervorblickte. Da gewahrte er in der Ferne gegen Norden hin lange dunkle Streifen, die sich vom Erdreiche unterschieden.

„Es sind Ackerfurchen“, sagte man in seiner Umgebung.

„Es sind Truppenkolonnen“, sagte Bismarck, „denn sie bewegen sich vorwärts und ziehen sich näher und näher zusammen.“

Einige Zeit später entwickelten sich die Linien der kronprinzlichen Armee in breiter Schlachtordnung und rückten unter dem Donner der Kanonen gegen die rechte Flanke der österreichischen Stellung vor.

„Jetzt ist Euer Majestät der Sieg nicht mehr zu nehmen“, sagte Moltke mit leuchtendem Antlitz, und gleichsam zur Bestätigung seiner Worte traf die Meldung ein von der Erstürmung der Höhen von Chlum und Lipa, im Rücken des österreichischen rechten Flügels, durch die preußischen Garden. Da verließ der König seinen bisherigen Platz und sprengte mit seinem Gefolge nach den eroberten Höhen, empfangen von dem Siegesjubel der Krieger, die seine Hände mit Küffen bedeckten. Der König befahl das Vorrücken auf der ganzen Linie. Der Nebel, der bis dahin über dem Schlachtfelde gelagert hatte, zerriß, die Sonne warf einen goldenen Schein über das Feld,

und fast plötzlich sah man in weitem Bogen die ganze preußische Armee, Brigade neben Brigade, Bataillon neben Bataillon, unter klingendem Spiel in stetigem Vormarsch. Unaufhaltsam wich der Feind vor den gewaltfam andringenden Heerjähnen.



Bei Königgrätz.

Auf den Höhen von Lipa erteilte der König den Befehl: „Kavallerie vor!“ Über das Feld hin schmetterten die Fanfaren; eine gewaltige, glänzende Reiterlinie brach zwischen den Intervallen des Fußvolks vor, unter ihren Hufen dröhnte das Erdreich. An die Spitze der allgemeinen Vorwärtsbewegung setzte sich der König selbst. Siegesfreudig sprengte er bis in die vorderste Schlachtlinie vor, in das Feuer der österreichischen Granaten hinein. Wie den Großen Kurfürsten der treue Froben bei Fehrbellin, so begleitete

den König Wilhelm Graf Bismarck in das Feuer bei Königgrätz. Endlich vermochte er seine Besorgnis nicht zu unterdrücken, und rief mit bewegter Stimme: „Als Major habe ich Euer Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rat zu erteilen, als Ministerpräsident bin ich aber verpflichtet, Euer Majestät zu bitten, Sich nicht auf diese Weise der Gefahr auszusetzen.“

Lächelnd erwiderte der König: „Wo soll ich denn aber als Kriegsherr hinreiten, wenn meine Armee im Feuer steht!“ — Dabei blickte er in das besorgte Antlitz seines treuen Dieners, wandte das Pferd und ritt nach andern Punkten des Schlachtfeldes, um auch dort seine siegreichen Truppen zu begrüßen. —

Erst spät am Abend langte der König mit seinem Gefolge im Hauptquartier zu Horstz an. Bismarck traf daselbst erst viel später ein. Sein treues Pferd, die große Fuchsstute, welche den ganzen Tag ohne Futter sehr brav gegangen war, hatte sich in der Dunkelheit an einem auf dem Schlachtfelde liegenden Bajonett den Huf verletzt, so daß sie später getötet werden mußte. Bismarck bestieg eins von den königlichen Handpferden, die auf dem Schlachtfelde gehalten wurden. Es war das gewaltige Streitpferd „Onkel Tom“, das er auch während des übrigen Feldzuges beibehielt und welches auf der bekannten Photographie von Schnäbeli (Bismarck bei Königgrätz) abgebildet ist.

Stille ward's auf dem Kampfplatz. Drüben die wogende, wachsende Flucht des geschlagenen Heeres nach den Thoren der schützenden Feste, hier auf dem erkämpften Boden, wo noch mancher zum Tode verwundete Krieger sein letztes Amen hauchte, bei den aufgehenden Lagerfeuern die Preußen, noch ohne Kenntniß von der Größe und Bedeutung des errungenen Sieges, aber in dem erhebenden Bewußtsein erprobten Mutes und gethaner Pflicht.

Unter der Vorhalle eines ärmlichen Hauses in Horstz hatte Bismarck sein Nachtlager auf dem Straßenpflaster „ohne Stroh mit Hilfe eines Wagenkissens“ aufgeschlagen, bis der Großherzog von Mecklenburg ihn fand und ihn einlud, sein Zimmer mit ihm zu teilen.

Bereits in der nächstfolgenden Nacht (vom 4. zum 5. Juli) ging im preußischen Hauptquartier zu Horstz ein Telegramm des Kaisers Napoleon ein, in welchem dieser dem Könige die Mitteilung machte, daß der Kaiser Franz Joseph Venetien an ihn abgetreten habe, und in welchem er zugleich seine Dienste zur Vermittelung des Waffenstillstandes und Friedens anbot.

Der Schritt, zu welchem Oesterreich sich vielleicht entschlossen hatte, falls große Siege über Preußen seine Machtstellung in Deutschland neubegründet und ihm den Besitz von Schlesien gesichert haben würden, war nun unter dem Drange der Umstände sogleich gethan worden. Graf Mensdorff versprach sich viel von diesem Meisterzuge altösterreichischer Kabinettspolitik; hatte Napoleon doch selbst vor kurzem noch die „Erhaltung der großen

Stellung Österreichs in Deutschland“ als einen der Hauptpunkte seines Vermittlungsprogramms verkündigt. Glücklicherweise lag aber die Entscheidung des Krieges nicht in den Tuilerien, sondern in dem preußischen Hauptquartier, und hier herrschte von dem ersten Eingang der Nachricht an unter dem Könige und seinen Räten nur eine Stimme darüber, daß der siegreich geführte Kampf bis zu seinen letzten Folgen ausgekämpft werden müsse.

Schon am 5. Juli erfolgte auf das Telegramm Napoleons die Antwort des Königs Wilhelm, daß er die Vermittlung Napoleons zwar annähme, daß jedoch vor dem Abschluß des Waffenstillstandes das Einverständnis des verbündeten Italien einzuholen und die Grundlage für die Friedensbedingungen festzustellen sei. Der preußische Botschafter in Paris, Graf von der Goltz, wurde angewiesen, diese Grundlagen dem Kaiser näher zu bezeichnen und darunter den Ausschluß Österreichs aus dem neu zu gestaltenden Deutschland voranzustellen; auch wurde der ehemalige Gesandte am Münchener Hofe, Prinz Reuß, aus dem mittlerweile nach Pardubitz verlegten Hauptquartier mit einem königlichen Handschreiben an den Kaiser Napoleon gesandt (7. Juli).

Die Staats- und Kriegskunst gingen Hand in Hand. Während Graf Bismarck durch sein zugleich gemäßigtes und festes Auftreten alle Ränke des französischen Botschafters Benedetti vereitelte, der dem Könige aus einem Hauptquartier in das andre nachsichtlich und durch sein Drängen auf Abschluß des Waffenstillstandes den Siegesmarsch der preußischen Heere aufzuhalten suchte, rückten diese aus dem Innern Böhmens sowie aus Thüringen am Mainstrom herab, ihren Zielen mit sicheren Schritten täglich näher.

Erst nach der Kapitulation der Hannoveraner (29. Juni) hatte die preußische Mainarmee den Feldzug gegen die Bayern und die sogenannte Reichsarmee, die sich unter dem Prinzen Alexander von Hessen zum Schutze des Bundes bei Frankfurt und Hanau versammelt hatte, eröffnen können, aber in wenigen Tagen schon hatten sich auch hier die Verhältnisse vollständig geändert.

Denn als General Vogel von Falckenstein nach einem zehntägigen Siegeszuge mit der Mainarmee vor den Thoren der alten Reichsstadt stand, da packten die Diplomaten des Rumpfbundestages schleunigst ihre Akten und flüchteten unter den Schuß der „drei Mohren“ nach Augsburg, und die Frankfurter Mütter fangen:

„Schlaf, Bübchen, schlaf,  
 Bleib' immer fromm und brav,  
 Sonst kommt der Vogel von Falckenstein  
 Und steckt dich in den Sack hinein,  
 Der Bismarck kommt dahinter  
 Und frißt die großen Kinder.“

Verfchmunden war das bewegte Treiben an dem alten Sitze des Bundestags, die Pracht der Koffe und Wagen, der glänzenden Toiletten aus den heiteren Anlagen der lebensfrohen Mainstadt, als General von Falkenstein mit der Mainarmee unter kriegerischen Klängen seinen Einzug hielt (16. Juli), und das Vorgefühl, daß sie bald unter preußischem Zepher einer neuen Ära entgegen gehen werde, lag zunächst nur wie ein schwerer Druck auf den Herzen der freien Reichsbürger.

Auf dem österreichischen Kriegsschauplatz rückten die preußischen Armeen binnen 15 Tagen von dem Schlachtfelde von Königgrätz bis vor die Thore der Kaiserstadt. Zwar die leichtlebige Bevölkerung Wiens setzte sich über die Unglücksschläge des Krieges hinweg, und während man vom Stephansturme aus die Wachtfeuer der preußischen Vorposten überblickte, sangen die „Wiener Kinder“ auf den Gassen Spottlieder auf den „Water Benedek“. Aber der habsburgische Stolz mochte doch nicht zugeben, daß die Fahnen des Hohenzollernkönigs bis vor die Hofburg getragen würden. Der Krieg mit Italien war für Österreich seit der Verschöpfung Venetiens Nebenache geworden. Die Hauptmasse der Süddarmee hatte sich an der Donau in stark verschanzter Stellung mit einem Teile der Armee Benedeks vereinigt, und Erzherzog Albrecht hatte an Benedeks Stelle mit einem siegverheißenden Armeebefehl das Oberkommando übernommen. Dennoch war das Vertrauen in den glücklichen Ausgang einer neuen Entscheidungsschlacht nur gering und die Verständigen in der Umgebung des Kaisers rieten zum Frieden.

Auch Kaiser Napoleon mußte bei seiner Vermittlerrolle den kriegerischen Ereignissen Rechnung tragen. Körperlich leidend und geistig gebeugt durch die Eindrücke von Thatsachen, die sich seiner Berechnung vollständig entzogen hatten, entschloß er sich, ein Friedensprogramm aufzustellen, welches sich den Bismarckschen Forderungen bereits näherte. Es handelte sich darin um die Erhaltung des österreichischen Kaiserstaates in seinem alten Gebietsumfange (mit Ausschluß von Venetien), aber Ausscheiden desselben aus Deutschland, die Bildung eines Norddeutschen Bundes für alle Staaten nördlich des Main unter Preußens Führung, Berechtigung der süddeutschen Staaten zur Bildung eines völkerrechtlich unabhängigen Bundes unter sich, Vereinigung der Elbherzogtümer mit Preußen und Teilnahme Österreichs an den Kriegskosten.

Trotz der unverfänglichen Fassung dieser Friedensvorschläge bedurfte doch ihre Annahme seitens der preußischen Regierung einer reiflichen Erwägung. Durch die Teilungslinie des Main schien die völlige Erreichung des nationalen Zieles, die Einigung Gesamtdeutschlands, erschwert; aber die Annahme gewährte eine Aussicht auf schnelle Beendigung des Krieges, die Ablehnung konnte nicht nur die unbestimmte Fortdauer desselben, sondern auch andre sehr ernsthafte Verwickelungen zur Folge haben.

Es war am 16. Juli, als das Friedensprogramm Napoleons dem Könige Wilhelm und dem Grafen Bismarck zur amtlichen Kenntniss vorgelegt wurde, an demselben Tage, als im königlichen Hauptquartier zu Brünn die Telegramme von dem siegreichen Treffen bei Tobitschau, von der Besetzung der Eisenbahnverbindung bei Lundenburg durch Teile der Ersten Armee, wodurch sowohl Wien als Preßburg unmittelbar bedroht wurden, endlich von dem Einzuge der Mainarmee in Frankfurt einliefen — Gründe genug, um hochgespannte Forderungen des Siegers gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Dennoch ließ der preußische Staatsleiter alle Rücksichten der Mäßigung vorwalten und erklärte die Vorschläge genügend, um unter Voraussetzung der Zustimmung Italiens eine fünftägige Waffenruhe zum Zwecke der einzuleitenden Friedensverhandlungen zu schließen. An demselben Tage, wo diese Antwort nach Paris abging (18. Juli), wurde das preußische Hauptquartier von Brünn nach Nikolsburg, etwa neun Meilen von Wien, verlegt.

Auf einem kahlen Berge über dem Thajathale, aus Felsblöcken und starren Zacken gleichsam emportwachsend, erhebt sich das alte Schloß, welches einem der wichtigsten Friedensschlüsse der neueren Zeit seinen Namen gegeben hat. An den Hügel lehnt sich das Städtchen, durch welches die Kaiserstraße, die älteste Kunststraße Österreichs, von Brünn nach Wien führt. Die alte Burg zu seinen Häupten mit dem mächtigen Wartturm, den starren Mauern, den festungsartigen Thoren und Eingängen ist, wie ein Wahrzeichen für die ganze Umgegend, weithin sichtbar. Als Graf Bismarck beim Eintreten in den Schloßhof zu Nikolsburg dessen alten merkwürdigen Bau betrachtete, sagte er zu seinem Begleiter von Ruedell: „Mein altes Herrenhaus in Schönhausen ist gar unbedeutend gegen dieses Prachtgebäude; dennoch ist's mir lieber, daß wir hier bei Graf Mensdorff sind, als wenn er jetzt bei mir wäre.“

Raum war das königliche Hauptquartier zu Nikolsburg aufgeschlagen, so fand sich auch Graf Benedetti dort ein. Er war von Brünn nach Wien geeilt, hatte dort im Auftrage seines Kaisers die Annahme der französischen Vorschläge dringend befürwortet und brachte jetzt die Nachricht, daß Österreich einwillige, auf Grund derselben die Waffenruhe abzuschließen und in Friedensunterhandlungen mit Preußen zu treten. Sowohl Österreich als der französische Botschafter hatten dringende Gründe, den Abschluß der Waffenruhe zu beschleunigen, denn schon in den nächsten Tagen konnten unter den Mauern von Wien die Würfel fallen und die Kaiserstadt genötigt sein, ihre Thore dem Sieger zu öffnen. Der Eintritt der Waffenruhe (22. Juli mittags) unterbrach zur glücklichen Stunde für Österreich das siegreiche Gefecht, welches Bosc und Fransecky im Angesicht von Preßburg, bei Blumenau, dem österreichischen Heerteil des Grafen Thun lieferten.

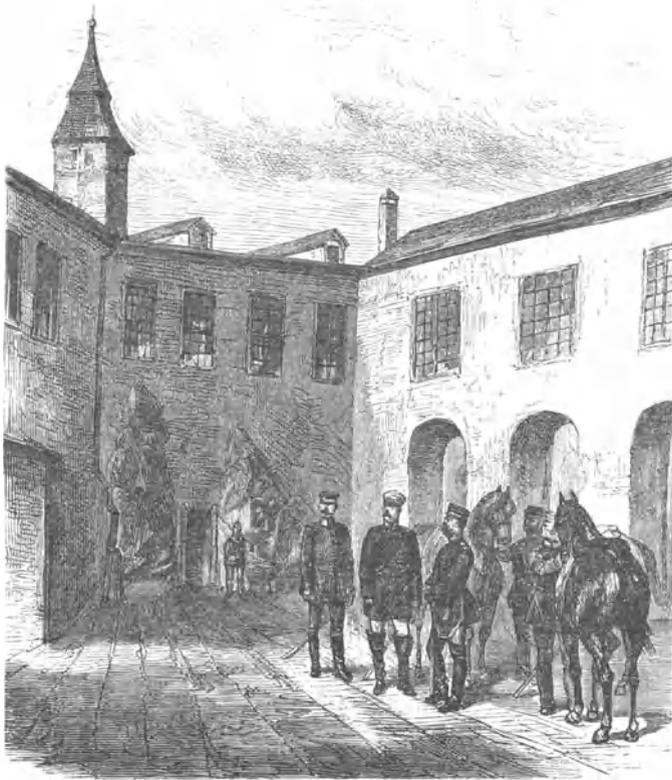
Binnen fünf Tagen sollten die Friedenspräliminarien zustande gekommen und zugleich über die Neugestaltung Deutschlands, über das Schicksal von Kronen und Staaten entschieden sein. Das war ein Treiben in den altertümlichen Räumen des Nikolsburger Schlosses. Minister, Gesandte, Räte führen zu den verwitterten Thoren des Schloßhofes hinein und hinaus und belagerten die Zimmer des preußischen Ministerpräsidenten. Nicht allein die Bevollmächtigten Oesterreichs fanden sich ein, sondern auch die Minister der deutschen Mittelstaaten, welche vor wenigen Wochen die Zerstückelung Preußens als eine ausgemachte Thatsache angesehen hatten, erschienen jetzt friedebittend vor Bismarcks Thüre. Graf Bismarck zog es vor, allein mit Oesterreich zu unterhandeln, und überließ es den übrigen Staaten jedem einzeln, ihren besonderen Frieden mit Preußen zu machen. Nur Herrn von der Pforden wurde später (28. Juli) ein Waffenstillstand für Bayern zugestanden, der mit dem 2. August seinen Anfang nehmen sollte; die übrigen Minister wurden mit ihren Anträgen auf Waffenruhe an den Befehlshaber der Mainarmee verwiesen.

Nachdem die österreichische Regierung ihre Zustimmung zu den französischen Friedensvorschlägen erklärt hatte, handelte es sich im wesentlichen nur noch darum, ihre Anerkennung zu den von Preußen beabsichtigten Gebietserweiterungen in Norddeutschland zu erlangen. Hierzu verpflichtete sich der Kaiser in einem besonderen Artikel; jedoch erklärte sich König Wilhelm auf des Kaisers Verwendung bereit, das Königreich Sachsen in seinem bisherigen Umfange fortbestehen zu lassen. Sogleich nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien sollten die Verhandlungen über den definitiven Frieden zu Prag eröffnet werden, zu welchem Zwecke ein vierwöchiger Waffenstillstand vereinbart wurde.

Bismarck hatte sich begnügt, nur solche Bedingungen zu stellen, durch deren Erfüllung die nationale Entwicklung Deutschlands unter Preußens Führung für die Zukunft gesichert ward. Es kam ihm nicht darauf an, den besiegten Gegner zu demütigen, sondern einen dauernden Frieden zu schaffen und durch den schnellen Abschluß desselben die Einmischung des Auslandes fern zu halten.

Bald nach Ratifikation der Friedenspräliminarien trat König Wilhelm mit seinem Gefolge die Rückreise nach Berlin an, wo der königliche Zug mit zwei bekränzten Lokomotiven unter dem unsäglichen Jubel des Volkes — am 4. August gegen 11 Uhr vormittags — auf dem festlich geschmückten Bahnhofe anlangte. „Wir sind rascher wieder gekommen, als wir dachten“, sagte Bismarck zu einem ihn begrüßenden General; „heute vor fünf Wochen reißten wir ab, eigentlich war schon vor drei Wochen alles fertig.“ — „Der einzige Rechenfehler, den Sie gemacht haben, Excellenz!“ versetzte der General.

Das gesamte deutsche Volk war zu neuer Lebenshätigkeit geweckt worden und Preußen auf den Höhepunkt seiner Geschichte gehoben. Preußen hatte sich mit glänzenden Waffenthaten das Recht erkämpft, das deutsche Volk auf dem Wege zur Einheit zu führen. Von ihm hing es jetzt ab, ob die neuen Grundlagen zum Einheitsbaue Festigkeit haben würden. Das stolze Gefühl von der Größe der vaterländischen Aufgabe, zu der die Nation nun berufen war, teilte sich allen Volksschichten und politischen Parteien mit. Selbst die



Hauptquartier Nikolsburg (18. Juli 1866).

für ihren Jugendtraum der deutschen Einheit lange Jahre in Festungsmauern gebüßt hatten — wie unser gemütvoller niederdeutscher Dichter Fritz Reuter — reichten jetzt versöhnt ihre Hände dem Manne, der so Großes geleistet hatte und nun im Begriffe stand, ihre alten Ideale zu verwirklichen.

Bismarck war erschöpft und körperlich angegriffen nach Berlin zurückgekehrt; ein neues Leiden, der Nervenrheumatismus, hatte sich im Frühjahr 1866 eingestellt, und dennoch erforderten die vielen schweren Aufgaben,

welche gerade jetzt an ihn herantraten, die volle Anspannung seiner Arbeitskraft. Zunächst waren die wichtigen Vorlagen für das — bereits zum 5. August zusammenberufene — Abgeordnetenhaus festzustellen; dann galt es, die Friedensverhandlungen mit den deutschen Staaten zu führen und gleichzeitig die im Verlaufe derselben immer zudringlicher hervortretenden französischen Ansprüche auf „Kompensationen“ zu bekämpfen. Auch machte ihm der Übermut der guten Freunde zu schaffen, welche, vom Siegesglanz geblendet, ihre Ansprüche ins Maßlose steigerten, so daß Bismarck schon von Prag aus (3. August) mit bezug auf dieselben schrieb: „Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen von der Welt nur einen Fleck“.... Und endlich kam das wichtigste Werk an die Reihe: die neue Ordnung der deutschen Verhältnisse und die Gründung des Norddeutschen Bundes.

Bereits am Tage nach seinem Eintreffen in Berlin empfing Bismarck (5. August) ein Schreiben Benedettis nebst dem Entwurfe zu einer geheimen Übereinkunft zwischen Frankreich und Preußen, in welcher die französische Regierung nichts weniger beanspruchte als die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 (mit Saarlouis und Saarbrücken), Luxemburg, die bayrische Pfalz und das linksrheinische Hessen (mit Einschluß von Mainz). Benedetti hatte es vorgezogen, diesen Entwurf nicht persönlich zu übergeben, weil er den Ausbruch des Unwillens über dieses Ansinnen bei Bismarck fürchtete. Erst am folgenden Tage (6. August) begab er sich in das Hotel des Auswärtigen und stellte im Auftrage seiner Regierung unumwunden das Ultimatum: „Mainz oder den Krieg!“

„Gut!“ versetzte Bismarck kaltblütig, „dann wählen wir den Krieg. Sie würden jedoch gut thun, wenn Sie Ihrem Kaiser in Paris persönlich von diesem festen Entschlusse des Königs, meines Herrn, und von der Stimmung des gesamten Volkes, auf welche sich derselbe stützt, Bericht erstatten und alles aufbieten wollten, um ihn zum Abstehen von Forderungen zu veranlassen, die einen so unheilvollen Krieg herauf beschwören.“

„Noch möchte ich zu bedenken geben“, fügte er warnend hinzu, „daß auch ein Krieg unter Umständen nur mit dem Wagnis einer Revolution geführt werden kann, und in solchem Falle würde sich zeigen, welcher Thron fester steht, derjenige Napoleons oder der Hohenzollern.“

Mit dieser Antwort reiste der französische Botschafter nach Paris ab.

Napoleon III. aber kam zu der Einsicht, wie sehr er sich in seiner Hoffnung auf unblutige Gebietserwerbungen für Frankreich und in seiner Beurteilung des leitenden Staatsmannes in Preußen getäuscht hatte, dessen stolzes preußisches und deutsches Nationalgefühl er nicht zu würdigen verstand, weil in ihm selber dynastischer Ehrgeiz an Stelle der Vaterlandsliebe

vorherrschte. Außer stande, seine ungerechten Forderungen im Augenblick mit einer kriegstüchtigen Armee zu unterstützen, entschloß er sich zum Rückzuge, indem er die Kompensationsforderungen für Einfälle seines Ministers Drouin de L'Huys ausgab, welcher darauf die „erbetene“ Entlassung erhielt.

Die süddeutschen Staatsmänner, von der Pfordten, von Wambüler und von Dalwigk hatten ihre Absicht, in den Frieden Preußens und Oesterreichs mit aufgenommen zu werden, bei dem preußischen Ministerpräsidenten in Nikolsburg nicht erreicht. Sie kamen deshalb nach Berlin, um jeder einzeln mit dem Grafen Bismarck über den Frieden zu unterhandeln. Weniger nützte ihnen dabei der angerufene Beistand Frankreichs als die Verwendung anderer verwandter Höfe und die deutsche Gefinnung Bismarcks, welcher auf die Erlangung mancher Vorteile verzichtete, um nicht alle Versöhnung für die Zukunft zu erschweren, und anstatt schwerer Friedensbedingungen die Hand zum Bruderbunde bot. So kamen die Friedensschlüsse mit Württemberg (13. August) und mit Baden (17. August) zustande. In letzterem Staate war (seit 28. Juli) an Stelle des Freiherrn von Edelsheim der national gefinnte Karl Mathy an die Spitze des Ministeriums getreten, welcher nach Kräften den Frieden und Anschluß an Preußen förderte; die Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause schützte Baden indessen nicht vor der Heranziehung zu den Kriegskosten. Schwieriger drohte die Verständigung mit Bayern zu werden, dessen Haltung die Erweiterung des Kriegsschauplatzes über Süddeutschland vorzugsweise verschuldet hatte. Der Wunsch, die geeigneten Landstriche in Franken, die alte Markgrafschaft Bai-reuth und Ansbach, die Jahrhunderte hindurch von einer Nebenlinie des Hohenzollernschen Königshauses beherrscht wurde und auch vorübergehend zum preußischen Staate gehört hatte, bei dieser Gelegenheit mit der Krone Preußen zu vereinigen, lag nahe. Während die Verhandlungen noch schwebten, deutete Bismarck den süddeutschen Bevollmächtigten an, daß die Verständigung leichter zu erzielen sein würde, wenn die Staaten in Zukunft eine nationale deutsche Politik im Anschluß an Preußen treiben, als wenn sie Krone und Land unter den Schutz fremder Mächte stellen wollten. Auf diese Gedanken eingehend, regte zuerst die württembergische Regierung den Abschluß von Schutz- und Trutzbündnissen an, welche in der That bereits das erste Brückenjoch zur Überschreitung der Mainlinie bildeten. Als Graf Bismarck dem Freiherrn von der Pfordten von seiner Zurückweisung der französischen Ansprüche auf die bayrische Pfalz Kenntniz gab und ihm zugleich eröffnete, daß er bereit sei, auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken zu verzichten unter der Bedingung, daß auch Bayern auf der bekannten Grundlage ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen schließen wolle, erklärte Pfordten unter lebhafter innerer Bewegung,

nun erst erkenne er, wie sehr Bismarck's deutsche Gefinnung verleumdet worden und wie ein deutsches Herz so gut in Bismarck's Busen schlage wie in dem eignen. Am demselben Tage (22. August) kam der Abschluß der Bündnisse und der Frieden mit Bayern zustande. Der Inhalt der Schutz- und Trutzbündnisse, wonach beide Teile sich ihre Staatsgebiete gegenseitig gewährleisteten und im Falle des Krieges die süddeutschen Streitkräfte unter preußischen Oberbefehl gestellt werden sollten, wurde mit Rücksicht auf Frankreich vorläufig noch geheim gehalten.

Am Tage darauf (23. August) wurde zu Prag der definitive Friede mit Osterreich auf Grund der Präliminarien geschlossen. In den nächstfolgenden Tagen kamen auch die Friedensschlüsse mit Hessen=Darmstadt, Neuß ä. L. und Sachsen=Meiningen zustande. Am meisten zogen sich die Verhandlungen mit Sachsen in die Länge. Freiherr von Beust, welcher in Wien und Paris am lebhaftesten den Krieg geschürt hatte, schickte sich an, als Friedensunterhändler nach Berlin zu gehen. Die Weigerung Bismarck's, ihn zu empfangen, veranlaßte ihn, seine Entlassung aus dem sächsischen Staatsdienste zu nehmen (16. August). Bald darauf fand er im Dienste des Kaiserstaates ein seinem Ehrgeize mehr zusagendes, aber nicht glücklicheres Feld staatsmännischer Thätigkeit. Die Behauptung, daß Bismarck nur durch Rücksicht auf Napoleon von der Einverleibung Sachsens zurückgehalten worden sei, ist unrichtig. Vielmehr äußerte Napoleon gegen den preußischen Botschafter in Paris, Grafen von der Goltz: Wenn nur der Name und ein kleiner Teil des Königreichs, Dresden mit einigen Quadratmeilen etwa als Umgebung, erhalten bliebe, so wäre er's zufrieden. Noch ehe die Unterhandlungen mit dem neu ernannten Minister von Friesen, dem der sächsische Gesandte Graf Hohenthal und der Kriegsminister von Fabrice zur Seite standen, im Gange waren, machte Kaiser Napoleon noch einen Versuch der Vermittelung, indem er Bismarck die Annexion Sachsens empfahl und die katholische Königsfamilie durch ein Land auf dem linken Rheinufer zu entschädigen vorschlug (26. August). Er hoffte sich auf diese Weise eine neue Pforte nach Deutschland hinein zu öffnen; denn er zweifelte nicht, daß er im Falle der Annahme seines Vorschlags die Schutzherrnrolle seines Oheims über die Wettiner Fürsten mit Leichtigkeit würde aufnehmen können; auch dachte er vielleicht, mit der sächsischen eine luxemburgische Frage zu verflechten und zu seinem Vorteil zu lösen. Der Abschluß des Friedens (21. Oktober), welchen Sachsen unter der Bedingung des Eintritts in den Norddeutschen Bund und einigen Zugeständnissen, insbesondere der Übertragung seiner diplomatischen Vertretung im Auslande, sowie der Leitung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen erlangte, erfolgte durch Herrn von Savigny, während Bismarck in Putbus krank danieder lag.

Mit Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. wurde kein Friede geschlossen, sondern diese Gebiete wurden auf Grund des Kriegs- und Eroberungsrechtes durch königliche Botschaft (17. August), um „die ererbten Staaten vor wiederkehrenden Gefahren zu schützen und der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben“, — ebenso wie Schleswig-Holstein, Hessen-Homburg und die abgetretenen Gebietsteile von Bayern und Oberhessen — für immer mit der preußischen Monarchie vereinigt.

Der schönste Friedensschluß aber, den Bismarck zu vollziehen hatte, war derjenige mit der Vertretung des eignen Volkes. Mit Dank und Freude vernahm das preußische Volk bei der Eröffnung des Landtags die friedensverheißenden Worte des Königs: „Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt werde.“

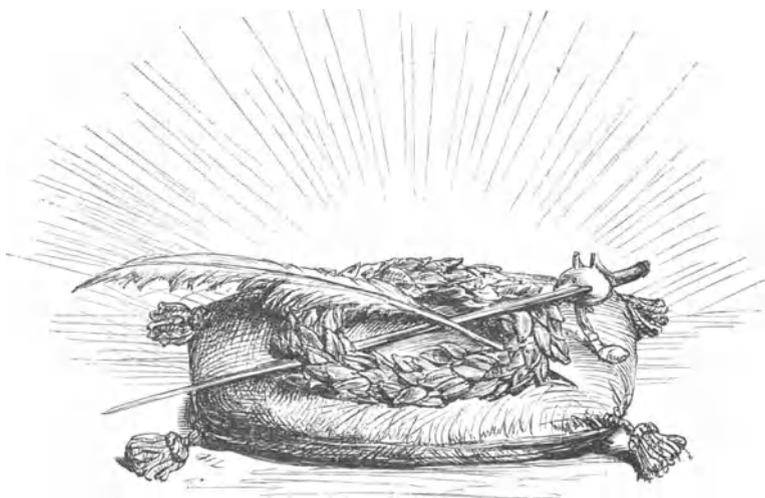
Indemnität — das war also die Friedensbotschaft, mit welcher der siegreiche König nach einem Kriege ohnegleichen vor sein Volk hintrat, das war das Zauberwort, mit welchem Bismarck die grossenden Herzen veröhnte. Wohl gab es auch jetzt unter den Abgeordneten noch solche, welche die hohe praktische Bedeutung des königlichen Schrittes und die wahre Stimmung des Volkes verkannten. Im Lande aber war man des Konflikts längst müde, und die Überzeugung, daß die Regierung, auch wenn sie nicht streng nach dem Buchstaben der Verfassung gehandelt, doch mit der Armeereform eine heilsame Einrichtung ins Leben gerufen, hatte durch den glücklich beendeten Krieg eine glänzende Bestätigung erhalten. Dankbar ergriff das Volk die an den frischen Gräbern der gefallenen Vaterlandshelden dargebotene Friedenshand seines ruhmreichen Heldenkönigs.

Bei der Beratung der Indemnitätsvorlage im Abgeordnetenhaus (1. September) nahm auch Graf Bismarck das Wort. „Wir wünschen den Frieden“, sagte er, „weil unsrer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher; wir wünschen und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden; wir glauben jetzt ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrheit erstreben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigten konnte.... Noch ist unsre Aufgabe nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der That nach und dem Eindrucke nach. Wenn man oft gesagt: „Was das

Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben!" — so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: „Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden!" —

Dieses Vertrauen wurde nicht getäuscht. Die Indemnität wurde vom Abgeordnetenhanse mit großer Mehrheit (230 gegen 75 Stimmen) angenommen (3. Sept.) und damit der langjährige innere Konflikt zum Abschluß gebracht.

In sich geeinigt, im Gefühle bewährter Kraft und voll zuversichtlichen Vertrauens in die Weisheit des Königs und seiner Räte, was auch die Zukunft bringen möge, schickte sich das preußische Volk an, die siegreich heimkehrenden Vaterlandsverteidiger würdig zu empfangen. Der Einzug der Krieger in die geschmückte Hauptstadt (20. und 21. September) ward zu einem Friedensfest im edelsten Sinne. Der König selbst begrüßte die Truppen vor dem Brandenburger Thore und stellte sich an die Spitze des Zuges. Ihm voraus ritten in erster Linie der Ministerpräsident Graf Bismarck, der kurz vorher von seinem dankbaren Könige zum Generalmajor und Chef des 7. Landwehrregiments ernannt worden war, in seiner Kürassieruniform, sowie die Generale Moltke, von Moos und die Generalstabschefs der Ersten und Zweiten Armee, von Voigts-Rheß und von Blumenthal. Vor ihnen öffnete sich die Siegesgasse zwischen den beiden Reihen der auf dem Schlachtfeld eroberten Kanonen, „österreichische Kanonen zweihundertundacht“, vom Anfang der Linden bis zum Denkmal des großen Friedrich. Glockenläuten und endloser Jubelruf, Tücherwallen und Blumenregen aus allen Fenstern begrüßte die einziehenden Krieger. — Bismarck ritt mit ernstem Blicke vor dem Könige, erwiderte dankend die Jubelgrüße des Volkes und dachte im stillen der Kämpfe, denen das Vaterland vielleicht in nächster Zeit vom neuem entgegengehen würde.





## Sechzehntes Kapitel. Der Norddeutsche Bund.

Das neue Haus ist eingericht't,  
Gedekt, gemauert ist es nicht,  
Noch können Regen und Sonnenschein  
Von oben und überall hinein;  
Drum rufen wir zum Meister der Welt,  
Er wolle von dem Himmelszelt  
Nur Heil und Segen gießen aus  
Hier über dieses offene Haus!

Zimmerspruch von L. Uhland.

erleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, welche die Rechtsmacht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern.“ — So schloß die Proklamation, mit welcher König Wilhelm beim Ausbruch des Krieges 1866 sein Volk aufrief, die Errungenschaften der Väter zu wahren und Gut und Blut im Kampfe für die Ehre und Existenz des Vaterlandes einzusetzen. Jetzt, nachdem der alte Bund in Trümmer geschlagen und ein unnatürliches Verhältnis für immer gelöst worden, erwartete das deutsche Volk von dem Sieger die Erfüllung jener am Vorabend des Krieges gegebenen Verheißung, die Neugestaltung Deutschlands auf nationaler Grundlage.

Es begann die friedliche Arbeit der Bauleute am Werke der deutschen Einheit. Nur in ungehemmter Entwicklung der ureigenen Volkskraft konnte das Deutsche Reich wieder zu einem mächtigen Staatsganzen empornwachsen. In diesem Sinne konnte freilich eine hemmende Bestimmung des Friedensvertrags den Vaterlandsfreund schmerzlich berühren, daß nämlich die von Preußen neu zu gründende staatliche Ordnung sich nur über die Länder nördlich des Main erstrecken, daß es dagegen den südlich dieser Flußlinie gelegenen deutschen Staaten überlassen bleiben sollte, in einem Vereine unter sich zusammenzutreten. Mochte nun auch diese Bedingung drückend erscheinen, so durfte doch Preußen sich dadurch nicht zurückschrecken lassen, dem gemeinsamen nationalen Ziele nachzustreben. Allerdings mußte hiernach bei Errichtung des neuen Staatsgebäudes die Mainlinie respektiert werden, aber man durfte doch das Material zum Brückenbau bereit halten, um im rechten Augenblicke die Brücke zu schlagen und den wackeren Männern Süddeutschlands die Bruderhand zu reichen. Gerade dieser Umstand erleichterte indessen nicht, sondern erschwerte vielmehr den Baumeistern ihre Arbeit. Sie hatten ihre Blicke über die Bedürfnisse der Zeit hinaus in die Zukunft zu richten und ein Gebäude zu begründen, welches nicht allein den Bewohnern Schutz gewähren, sondern auch den Außenbürgern zur rechten Stunde die weite Pforte aufthun konnte.

Und welch ein Löwenbund war es, welchen der Großstaat von 24 Millionen mit 21 Kleinstaaten schließen sollte, deren Gesamtgebiet noch nicht dem fünften, deren Einwohnerzahl kaum dem vierten Teile des preußischen Staates gleichkam! Es war dies ein Bundesstaat, wie er in der Geschichte nicht seines Gleichen hatte, denn in allen bisherigen Bundesstaaten — den Vereinigten Niederlanden, der Schweiz, der Nordamerikanischen Union — handelte es sich um die Vereinigung von Republiken ungefähr gleichen Umfangs, gleicher Bedeutung und mit gleichen Rechten unter einer gemeinschaftlichen Obrigkeit, in diesem norddeutschen Bundesstaate aber um den Abschluß mehrerer kleiner Monarchien und der drei Städterepubliken an eine leitende Großmacht. Um so mehr wies diese Eigentümlichkeit Preußen darauf hin, seine kräftigste Stütze innerhalb des Bundesstaats in dem einigenden nationalen Elemente zu suchen und seine größten Erfolge auf der Bahn des nationalen Fortschritts anzustreben. Die kleinen Staaten konnten aber in diesem Bundesstaate nur dann einen berechtigten Schutz finden und einen Beruf erfüllen, wenn sie die leitende Großmacht auf diesem Wege nach Kräften unterstützten und in dem Gemeinwohl der deutschen Nation zugleich das eigne suchten.

Schon vor Beginn des Krieges, an demselben Tage, als die Gesandten Preußens in Dresden, Hannover und Kassel die Kriegserklärung übergaben

(16. Juni), hatte die preußische Regierung auch an die übrigen Staaten Norddeutschlands die Aufforderung gerichtet, sich mit ihr zu einem Bündnisse zu vereinigen, dessen wichtigster Zweck die Gründung einer neuen Bundesverfassung sein sollte, und denjenigen Regierungen, welche dieses Bündnis annehmen würden, die Gewährleistung ihres Gebietes und ihrer Hoheitsrechte zugesagt. Hierauf erklärten zuerst Koburg-Gotha, dann Oldenburg, Bremen, Mecklenburg und Hamburg ihren Austritt aus dem alten Bunde und ihre Bereitwilligkeit zur Annahme des preußischen Bündnisses, andre Staaten schlossen sich bald an. Während dann die preußischen Heere ihre Siegesbahn verfolgten, arbeitete Bismarck bereits an dem Abschlusse eines Bündnisses, welches den Ausgang für die künftige Neugestaltung Deutschlands bilden sollte. Noch ehe der definitive Frieden vollzogen war, verbanden sich zu Berlin zwölf deutsche Fürsten (Koburg-Gotha, Oldenburg, Braunschweig, Weimar, Altenburg, Anhalt, Rudolstadt, Sondershausen, Waldeck, Reuß j. L., Schaumburg-Lippe und Lippe) und die drei Hansestädte mit Preußen zu einem Schutz- und Trugbündnis, dessen Zwecke durch eine gemeinsame Bundesverfassung unter Mitwirkung eines Parlaments sichergestellt werden sollten (18. August). Wenige Tage darauf (22. August) wurden die Schutz- und Trugbündnisse mit den süddeutschen Staaten abgeschlossen und somit bereits die Fäden zu einem Bande gewoben, welches die Bestimmung hatte, trotz der Mainlinie die nationale Gemeinschaft zwischen Nord- und Süddeutschland zu erhalten. Dem Bündnisse der norddeutschen Staaten traten bald darauf (21. August) auch die beiden Mecklenburg und nach den erfolgten Friedensschlüssen Hessen für seine nördlich des Main gelegenen Gebietsteile (3. September), Reuß ä. L. (26. September), Sachsen-Meiningen (8. Oktober), endlich das Königreich Sachsen (21. Oktober) bei. An die verbündeten Regierungen richtete Preußen (20. November) die Aufforderung, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, um in vertraulichen Beratungen über das dem Reichstage vorzulegende Staatsgrundgesetz des Norddeutschen Bundes Beschluß zu fassen. Die Eröffnung dieser Konferenzen wurde für den 15. Dezember in Aussicht genommen.

Bald nachdem die Verträge mit den meisten norddeutschen Staaten zustande gekommen, gegen Ende August 1866, hatte sich Bismarck mit Gemahlin und Tochter nach Putbus begeben, wo der Fürst ihm einen Teil des Schlosses zur Verfügung gestellt hatte. Nach den geistigen und körperlichen Anstrengungen der vergangenen Monate bedurfte Bismarck völliger Ruhe, um Kräfte für die parlamentarische Kampagne des Winters zu sammeln. Er hatte keinen Beamten bei sich und hielt sich von den laufenden Geschäften ganz fern. Aber in dieser Stille und Abgeschlossenheit reiften in ihm die Grundgedanken der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Gegen Mitte

Dezember kehrte er nach Berlin zurück, nahm von den dort gemachten Vorarbeiten für die Verfassung Kenntnis und verwarf dieselben. In einem Nachmittage (am 13. Dezember) diktierte er aus dem Kopfe einem Räte des Auswärtigen Amtes die Paragraphen, welche sich auf das Präsidium, den Bundesrat und den Reichstag, auf deren Funktionen und Befugnisse beziehen, und gab für die übrigen Paragraphen seine Disposition. Der danach ausgearbeitete Entwurf wurde am folgenden Morgen abgeliefert, während des Vormittags lithographiert und in der am Nachmittage unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Minister Sitzung beraten und festgestellt. Am 15. Dezember eröffnete Graf Bismarck im Ministerium des Auswärtigen die Konferenzen der 22 Regierungsbevollmächtigten, indem er ihnen den vollständig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vorlegte.

Es war natürlich, daß ein Verfassungsentwurf, der so vielen und so verschiedenartigen Ansprüchen zu genügen hatte, auch vielfach angefochten wurde. Die Doktrinäre hatten daran auszusetzen, daß das Staatswesen, welches er schaffen sollte, weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund sei. In einem der Regierung nahestehenden Blatte wurde darauf treffend erwidert: „Wenn die Naturwissenschaft ein Gebilde findet, welches in ihrer Klassifizierung und ihren Definitionen nicht unterzubringen ist, so wird sie diesem Gebilde nicht die Existenz oder die Lebensfähigkeit bestreiten, sondern ihre Klassifizierung und ihre Definitionen verbessern.“

Der Entwurf machte nicht den Eindruck eines Fertigen, Vollenbeten, aber er bahnte überall die Wege zu einer fortschreitenden, regelmäßigen Entwicklung. Die gesetzgeberische Thätigkeit des Bundes war so bemessen, daß Norddeutschland im wirtschaftlichen Leben und in wesentlichen, damit zusammenhängenden Teilen des Rechtslebens sich rasch zu einem einheitlichen Ganzen gestalten konnte. Der Verfassungsentwurf stellte die Entfesselung der produktiven Kräfte des Volkes durch Gewährung der vollsten wirtschaftlichen Freiheit, durch Niederreißen aller Zunftschranken, Monopole und veralteten Privilegien in zweifellose Aussicht. Alle nur theoretischen Rechte und Freiheiten, deren Erörterung in früherer Zeit zu langen parlamentarischen Kämpfen und Parteiungen geführt hatte, ohne dem Volke wesentlich praktischen Nutzen zu bringen, waren unberücksichtigt geblieben. Mit Recht konnte ein späteres Mitglied des konstituierenden Reichstags sagen: „Wo man sonst gewöhnt war, Grundrechte zu finden, da findet man hier Eisenbahnen und Telegraphen, und wo man sonst Menschenrechte suchte, da begegnet man hier dem billigen Transport von Kohlen und Hülsenfrüchten.“

Die klare und gemessene Weise, in welcher Graf Bismarck schon in der Eröffnungsrede diesen Verfassungsentwurf den Regierungsbevollmächtigten empfahl, verfehlte ihren Eindruck um so weniger, als die letzteren bei genauerer

Kenntnisnahme des Entwurfes sich überzeugten, daß die den Einzelstaaten zugemuteten Opfer und Lasten sich auf das geringste Maß dessen beschränkten, was das mächtige und siegreiche Preußen von seinen Bundesgenossen zu fordern berechtigt war. Bismarck hielt die Kernpunkte des Entwurfs, namentlich die Bestimmungen über das Heerwesen, die Zollangelegenheiten, die Post- und Telegraphenverwaltung, unerschütterlich fest, aber er ließ sich in Neben- sachen zu manchen Zugeständnissen an die Einzelstaaten herbei, um ihr Interesse für das nationale Einigungswerk zu beleben. Durch solche Gründe wußte er auch für den König von Sachsen (als ersten Fürsten des Norddeutschen Bundes nächst dem Bundesoberhaupte) im Vertrauen auf dessen Bundesstreue besondere militärische Hoheitsrechte vertragsmäßig (7. Februar 1867) durchzusetzen. Die Sitzungen der Bevollmächtigten führten schließlich zur endgültigen Feststellung des Verfassungsentwurfs (7. Februar). Es fehlte nun noch die Zustimmung des deutschen Volkes durch eine aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung. Die Wahlen wurden ausgeschrieben und der konstituierende Reichstag (für den 24. Februar) nach Berlin berufen.

Gemäß dem Grundgedanken des Entwurfes sollten die Schicksale Deutschlands in Zukunft geordnet werden durch die Gesamtheit seiner Fürsten, vertreten durch das Präsidium — d. h. die Krone Preußen — und den Bundesrat (das Kollegium der Bevollmächtigten sämtlicher Einzelregierungen) unter Beirat der aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung des Reichstages.

Die Gesetzgebung innerhalb des Bundesgebiets sollte ausgeübt werden durch die Übereinstimmung von Bundesrat und Reichstag. Nur in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten und das Bundeskriegswesen beanspruchte das Präsidium besondere Vorrechte, insbesondere das Recht, „den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit andern Staaten einzugehen u. dgl.“ Der Aufwand für das Bundesheer und die Marine sollten ein- für allemal festgestellt und nicht von der jährlichen Bewilligung des Bundesrats und Reichstags abhängig gemacht werden.

Der Gesetzgebung des Bundes unterlagen dagegen die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über Gewerbebetrieb, Kolonisation und Auswanderung, die Zoll- und Handelsangelegenheiten und die für Bundeszwecke zu verwendenden Steuern, die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze für die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde, die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen, die Erfindungspatente, der Schutz des geistigen Eigentums, die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und gemeinsamer kon-

sularischer Vertretung, das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs, der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie der Fluß- und sonstigen Wasserzölle, das Post- und Telegraphenwesen, Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen und Erledigung von Requisitionen überhaupt, sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden. Die gesetzgeberische Wirksamkeit der Einzelstaaten war auch auf diesen Gebieten nicht ausgeschlossen, sondern nur beschränkt durch die Bestimmung, daß die Bundesgesetze überall den Landesgesetzen vorangehen sollten. Diejenigen Gebiete dagegen, auf welchen die Vielgestaltigkeit Deutschlands sich als ein Förderungsmittel von Kultur, Gesittung und Charakter bewährt hatte, insbesondere die Gemeindeverwaltung, blieben von der Gesetzgebung des Bundes unberührt. Auch in religiöser und kirchlicher Beziehung ward nichts geändert.

Das Stimmenverhältnis im Bundesrate war dem Stimmenverhältnis im Plenum des ehemaligen Bundes nachgebildet, so daß Preußen, welches jetzt zu seinen früheren Stimmen noch die Stimmen der annectierten Staaten Hannover, Hessen-Nassau, Nassau, Holstein und Frankfurt übernahm, zusammen 17, Sachsen 4, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 Stimmen, die übrigen 22 Staaten je eine Stimme zu führen hatten. Preußen bedurfte daher immer noch des Zuwachses von 5 Stimmen, um die absolute Majorität im Bundesrat für sich zu haben; es hatte sich jedoch bei Beschlüssen über das Kriegs- sowie über das Zoll- und Handelswesen ein Veto vorbehalten. In den Fällen, wo Preußen sowohl im Bundesrate als im Reichstage in der Minderheit blieb, stand ihm immer noch das Recht zu, durch Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen an das Volk zu appellieren. Jeder Staat durfte soviel Bevollmächtigte zum Bundesrat schicken, als er Stimmen führte; doch hatten dieselben nur im Sinne ihrer Regierung zu stimmen, daher die Bevollmächtigten desselben Staates auch nur ihre Stimmen in gleicher Weise abgeben durften. Eine Eigentümlichkeit des Bundesrats war es, daß er nicht aus einem Kollegium von Diplomaten, wie der ehemalige Bundestag, sondern von Fachmännern, Militärs, Finanz- und Verwaltungsbeamten und Juristen bestand, welches aus seiner Mitte ständige Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen, für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, für Justiz- und für Rechnungswesen bildete. Diese Ausschüsse vertraten zugleich die sonst üblichen Ministerien für die verschiedenen Zweige der Verwaltung, und ihnen insgesamt sollte der vom Präsidium — d. h. von der Krone Preußen — zu ernennende Bundeskanzler vorstehen. Eine Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers war in dem Regierungs-

entwurfe nicht vorgesehen. Der Schwerpunkt der Thätigkeit des Bundesrats lag in der Vorbereitung der Gesetze; die vollziehende Gewalt war auf einigen Gebieten der Gesetzgebung, namentlich dem Militär-, Marine-, Post- und Telegraphenwesen, ausschließlich dem Präsidium, auf andern, z. B. der Gewerbegesetzgebung, den Einzelstaaten überlassen.

Dem Präsidium stand es zu, den Bundesrat und Reichstag zu berufen, um ihnen die erforderlichen Vorlagen zu machen. Die Ausschüsse des Bundesrats sollten dauernd in Thätigkeit bleiben. Die Legislaturperiode des Reichstags war auf drei Jahre festgesetzt; nach Ablauf dieser Zeit hatten neue Wahlen stattzufinden.

Die Stellung der verschiedenen politischen Parteien im Lande bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstage war infolge der neuen Ereignisse eine völlig andre, als bei früheren Veranlassungen. Diejenige große Partei, welche während der Konfliktzeit in Preußen alle liberalen Elemente in Opposition gegen die Regierung vereinigte, hatte den Zusammenhalt verloren, seitdem Bismarck durch die Indemnitätsvorlage die Hand zur Versöhnung geboten und die Ereignisse dargethan hatten, daß die Ziele seiner Politik — wenigstens in bezug auf die nationale Aufgabe Preußens — mit den von ihr selbst angestrebten Zielen im wesentlichen übereinstimmten. Nur der kleinere Teil der alten Fortschrittspartei zog auch jetzt noch großend die Hand zurück, weil Bismarck auf anderm Wege vorgegangen war, als sie gewollt hatten. Die große Mehrzahl indessen suchte, verstärkt durch die freisinnigen Elemente der annectierten Länder und der kleinen Staaten, unter dem Namen der Nationalliberalen, auf dem Boden der nationalen Entwicklung aufrichtig Verständigung mit dem leitenden Minister Preußens, ohne ein Opfer in ihrer Überzeugung zu bringen. Die konservative Partei, in welcher Bismarck während des Konflikts seine einzigen Stützen gefunden hatte, war dieses Vorzuges verlustig geworden. Die Aufgabe Bismarcks war über den Standpunkt des spezifischen Preußentums, welchen dieselbe vertrat, hinausgerückt worden. Ein Teil dieser alten Partei zeigte sich aber bereit, der Regierung auf der Bahn des nationalen Fortschritts zu folgen. Es waren dies die sogenannten Freikonservativen, denen zum großen Teil der höhere Adel des Landes angehörte. Zwei andre Parteien, die sich zu jedem Verfassungswerke, welches die staatliche Einigung Deutschlands unter preußischer Führung bezweckte, feindlich stellten, waren noch in der Bildung begriffen, nämlich die Partikularisten, welche in dem Dunstkreise der kleinen Staaten ein erwünschtes Wirkungsfeld gefunden hatten, und die Ultramontanen, welche von der Leitung des Bundesstaates durch das protestantische Preußen den Einfluß der römischen Kurie auf die Bevölkerung beeinträchtigt erachteten.

Über seine Stellung zu den verschiedenen Parteien im Lande sprach sich  
Fürst Bismarck.

Bismarck in der Erwiderung aus, welche er in einer Sitzung des preussischen Herrenhauses (15. Januar 1867) dem Baron von Senfft-Bilsack auf dessen Vorwurf erteilte, daß er seine bisherigen konservativen Bundesgenossen verlassen habe. „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteilansichten“, sagte er; „man muß die Gesamtheit der Parteien, die im Lande sind, in Erwägung bringen und aus dem Resultat dieser sich eine Linie ziehen, welcher eine Regierung als solche folgen kann. — Die Sachlage ist bei uns nicht so, daß eine königlich preussische Regierung sich lössagt von der Partei, sondern die Partei sagt sich unter Umständen von der Regierung los.“

Zum erstenmal seit den Bewegungsjahren 1848 und 1849 sollte wieder eine deutsche Volksvertretung aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehen, und die Aufregung, welche das Volk bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag in allen seinen Teilen ergriffen hatte, war nicht geringer als damals.

Hestige Wahlschlachten wurden durchgekämpft, und überall begleitete das Volk seine Vertreter mit dem dringenden Wunsche an ihre Arbeit, daß es ihnen gelingen möchte, endlich einen tüchtigen Grund zu einem Werke für die Dauer zu legen, welches in Sturm und Wetter Stand hielte.

Am 24. Februar 1867 wurde der konstituierende Reichstag zu Berlin eröffnet. Mit denkwürdigen Worten begrüßte König Wilhelm die Versammlung im Weißen Saale seines Schlosses: „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf jene Führung werden wir dieses Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsre Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblick auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich, nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern, in Zerissenheit und Ohnmacht. — Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unsrer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.“ Der König schloß mit den Worten: „Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegen geführt werden. Der Segen Gottes aber, an welchem alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!“ —

Die ersten Sitzungen des Reichstages waren mit Vorarbeiten ausgefüllt,

mit Regelung des Geschäftsganges, Wahlprüfungen und Wahl der Präsidenten. — Die meisten Plätze zur Linken des breiten Mittelganges waren von den Nationalliberalen eingenommen. In ihren Reihen vereinigte sich eine Fülle von Talenten, eine Anzahl bedeutender Namen. Neben den aus dem preußischen Abgeordnetenhaus bekannten Größen — Forckenbeck, Twisten, Lasker, Gneist, Unruh u. a. — saßen dort die Vertreter der neuen preußischen Landesteile, die mit frischem, frohen Mute rüstig Hand ans Werk legten, unter ihnen als die bedeutendsten Redner der ehemalige Heidelberger Student und badische Flüchtling Miquel mit den bleichen Zügen, als Abgeordneter für Osnabrück, und der allezeit streitbare Karl Braun. Beide waren geschworene Feinde des Partikularismus und der Vielstaaterei. Neben ihnen befanden sich Rudolf von Bennigsen, der Gründer des Deutschen Nationalvereins und Führer der liberalen Opposition in der ehemaligen hannoverschen Ständekammer, der Obergerichtsanwalt Planck aus Hannover, die alten Vorkämpfer gegen die kurhessische Mißregierung Detter, Nebelthau und Bernhardi, der Romandichter und Kulturhistoriker Gustav Freytag und andre hervorragende Männer unter den Nationalliberalen. Auch die Veteranen der preußischen Altliberalen, wie der redegewandte Freiherr Georg von Vinke, von Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin, fochten noch tapfer an ihrer Seite. Eine weniger bedeutende, in ihren Abstimmungen unberechenbare Fraktion von Liberalen war die sogenannte freie Vereinigung unter Leitung des ehemaligen Vizepräsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses Freiherrn von Bockum-Dolffs. Den Nationalliberalen am nächsten verwandt waren die Freikonservativen, deren wesentlichste Unterscheidung von jenen darin bestand, daß sie, wie ihr schlesischer Führer Graf Bethusy-Suc bemerkte, nicht deklinierten: „Freiheit, Einheit, Macht“, sondern „Macht, Einheit, Freiheit.“ Auch der erste Vizepräsident des Reichstags, Herzog von Ujest, hatte seinen Platz unter ihnen. Die meisten Plätze zwischen dem Mittelgange und dem rechten Seitengange waren von den Altkonservativen eingenommen. Hier saßen in vorderster Reihe, in ihren stattlichen Uniformen, die Heerführer von 1866, denen das Volk durch ihre Wahl zu Abgeordneten des konstituierenden Reichstags einen Zoll der Dankbarkeit hatte abtragen wollen, die Vertreter der ehemaligen Ersten und Elb- und Mainarmee, Prinz Friedrich Karl, Herwarth von Bittenfeld und Vogel von Falkenstein, ferner Steinmetz, der Löwe von Skaliß, und Moltke, der Denker der Kriegspläne. Den Eckplatz der zweiten Reihe am Mittelgange behauptete der Abgeordnete Kriegsminister von Roon, neben ihm saß Bismarcks Jugendfreund Moriz von Brandenburg. Auch Bismarck pflegte hier Platz zu nehmen, wenn er zur Stimmabgabe die Rolle des Ministers mit der des Abgeordneten vertauschte. Zu den hervorragendsten

Größen der Konservativen gehörten ferner der Gründer der Kreuzzeitung Wagener, die Abgeordneten von Gottberg, von Thadden u. a. — Die Sitzreihen auf der äußersten Linken behaupteten die Reste der alten Fortschrittspartei, die unverföhnlichen Gegner der Bismarckschen Politik, Schulze, Simon, Löwe (Kalbe), Hoverbeck, vor allen der ehemalige Führer der preussischen Demokratie von 1848 und der Berliner Volkstribun Waldeck mit dem weißen Haupte. Noch immer hatten diese Männer denselben Standpunkt wie 1848 inne; sie merkten nicht, daß die Zeit schon über sie fortgeschritten war. Aber schon meldeten sich die Apostel einer neuen Partei von „Volksgelückern“, welche unter dem Namen der Sozialdemokraten durch ihre Grundzüge als Gegner der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung noch viel gefährlicher zu werden drohten, zunächst vertreten durch den Leipziger Drechsler Bebel und den Dresdener Advokaten Schrapf. — Die Geister der Verneinung — abgesehen von den Sozialdemokraten — sonderten sich noch nach mehreren Parteigruppen, die von sehr verschiedenen Beweggründen geleitet wurden. Eine solche bildeten die Partikularisten, welche „stolz und unzufrieden“ dreinschaute, unter ihnen die Exminister der depostihierten Fürsten, von Münchhausen, von Hammerstein, von Gryleben, ferner die schleswig-holsteinischen Partikularpatrioten Jensen und Schleiden, der Göttinger Staatsrechtslehrer Zachariä u. a. — Die Ultramontanen begnügten sich vorläufig damit, das Einigungswerk mißtrauisch zu beobachten, und hatten nur ihre beiden Führern von Windthorst und von Mallinckrodt vorausgeschickt. — Endlich gewährte man auf den Sitzreihen des Deutschen Reichstags auch Polen, Dänen und Wilde. Von den Abgeordneten polnischer Nationalität waren gewöhnlich nur zwei bis drei Mitglieder anwesend, gleichsam als Vorposten, um ihre in der Heimat weilenden Kollegen mittels des Telegraphendrahtes schnell auf das Wahlfeld herbeizurufen, sobald die Gelegenheit günstig schien, um irgend eine Demonstration für ihr verlorenes Vaterland ins Werk zu setzen. Gleich feindselig war das Verhalten der Dänenfreunde aus Nordschleswig. Zu den „Wilden“ zählte man die verschiedenartigsten Elemente, welche ihre Unabhängigkeit von aller Parteidisziplin bewahren wollten. Hier fanden sich die Vertreter der mecklenburgischen Mitterschaft Graf Bassewitz, von Derken, der mächtige Frankfurter Börsenfürst Baron Rothschild, der Ultramontane Peter Reichensperger, die früheren Stützen der freiherrlich von Preussischen Politik und Mitglieder der sächsischen Kammer.

Auf dem erhöhten Stuhle gegenüber den Sitzen der Abgeordneten und dicht über der Rednertribüne thronte mit olympischer Ruhe als erwählter Präsident des Reichstags der milde Simson, welcher auch hier, wie früher, es mehr für seine Aufgabe erkannte, darüber zu wachen, daß im deutschen

Reichstage dem freien Wort eine freie Stätte gewahrt bleibe, als die Redefreiheit der Mitglieder zu beschränken.

Vor dem Präsidentenstuhle und den gleichfalls erhöhten Sitzen der Schriftführer zogen sich von der Rednertribüne nach den beiden Seitengängen des Saales in leichten Bogen die grünbezogenen Tische mit den Plätzen für die Vertreter der Bundesregierungen (später den Bundesrat). Zunächst der Rechten des Redners saß Graf Bismarck, neben ihm der sächsische Minister von Friesen, dann die Vertreter anderer Staaten, auf der andern Seite der Rednertribüne der weimarische Minister von Wagnorff, der hessische Regierungsbevollmächtigte und spätere Minister Hofmann u. j. j.

Auch Bismarck wohnte bereits den ersten Sitzungen des Reichstags bei, um die Männer kennen zu lernen, welche mit ihm gemeinsam an demselben Werke zu bauen berufen waren. Auch er fand dort Bekannte aus alter und neuer Zeit. Unter den Nationalliberalen begrüßte er einen Göttinger Genossen, mit dem er sich einst auf dem Fichtboden gemessen hatte, den Abgeordneten Bode. „Sind Sie Der?“ fragte er, mit der Hand auf eine Narbe im Gesichtweisend. „Aber der Fieb war doch nicht kommentmäßig“, fügte er auf die bejahende Antwort lachend hinzu — „das Kappier hat gesplittert.“

Während der Sitzungen pflegte Bismarck laufende Staatsgeschäfte zu erledigen; er öffnete und schloß mit eignem Schlüssel die geheimnisvollen Mappen, mit welchen die Diener hin und wieder gingen; dann wieder warf er mit flüchtiger Hand ein paar Stichworte auf einen Streifen Papier, vielleicht das Rezept zu einer langen Rede, mit welcher er einen lebhaft deklamierenden Redner nachher in ruhiger und nüchterner Darlegung bekämpfte.

Bismarcks Rede hat etwas Bröckelndes, Abgebrochenes; es ist die Fülle der Gedanken, mit der er zu ringen hat, was ihm die Wahl des Ausdrucks im Augenblick erschwert. Indessen herrscht bei ihm vor allem das Bestreben vor, klar, überzeugend und anschaulich zu sprechen. Daher ist auch seine Rede an treffenden Wendungen und an jenen „geflügelten Worten“, welche von der Eingebung des Augenblicks belebt, von seinen Lippen hüpfen, um bald in die weitesten Kreise getragen zu werden.

Wenn er hochaufgerichtet dasteht in dem knappen Kürassierüberrock, die Rechte halb geschlossen auf den Tisch gestützt, die hohe Stirn den Gegnern zugeteilt, dann empfangen wir den wohlthuenden Eindruck eines ganzen Mannes, der jedes seiner Worte mit seiner Person zu decken bereit ist. Die zusammengezogenen Brauen deuten auf hohe Energie, aus den klaren Augen blickt ein mächtiger, feuriger Geist. Die Haltung bleibt bis auf ein leichtes Wiegen des Oberkörpers während der Rede unverändert. Ein leichtes Zucken in den Gesichtszügen verrät zuweilen, daß er gern noch mehr sagen möchte, soweit nicht diplomatische oder parlamentarische Rücksichten ihm Schweigen auferlegen.

So stand Bismarck am 4. März 1867 vor dem konstituierenden Reichstage, um demselben sein großes staatsmännisches Werk, den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, zur Beratung vorzulegen. Die kurze Ansprache, mit welcher er die Vorlage begleitete, konnte nach der erhebenden Eröffnungsrede des Königs Wilhelm keine wesentlich neuen Gesichtspunkte bieten. Sowohl in dieser als in allen späteren Reden Bismarcks während der Sitzungen des konstituierenden Reichstags klang besonders nachdrücklich und dringend die Aufforderung hindurch, rasch zu arbeiten.

Mit treffenden Worten wies Bismarck auf die Eigentümlichkeiten im Nationalcharakter der Deutschen hin, welche diese bisher verhindert hätten, das ersehnte Ziel, die Einheit, zu erreichen. „Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist der Grund ein gewisser Überschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eignen Kräfte zu verlassen als auf die der Gesamtheit. — Liefern wir den Beweis, meine Herren, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir — und wir alle hier haben es selbst erlebt — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten. Das deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederverkehr einer Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts näher ans Herz zu legen haben, als die gerechten Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen.“

In den nächstfolgenden Tagen (9. bis 13. März) wurde die Generaldebatte über den Verfassungsentwurf geführt. Da fehlte es freilich nicht an Bedenken und Einwendungen von den verschiedensten Seiten her. Bismarck entgegnete den „Unitariern“ auf den Vorwurf, daß er die Macht Preußens nicht benutzt habe, um von den Fürsten der Einzelstaaten noch größere Opfer zu erzwingen, daß die Basis zu dem neuen Bundesverhältnis nicht die Gewalt, sondern das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein müsse, und dieses Vertrauen dürfe nicht erschüttert werden, solange Preußen von seinen Bundesgenossen die Treue gehalten würde. Den Partikularisten aber, welche mit dem Widerspruche der einzelnen Staaten drohten, hielt er die Frage vor: „Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaisertronen gespielt wurde — daß die Million deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen — daß die Tausende und aber Tausende von Geliebten und der Seuche Erlegenen, die durch

ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können? — Meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation.“ Nachdem er noch die Einwürfe anderer Redner widerlegt hatte, schloß er mit der Aufforderung: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!“



Bismarck im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes (4. März 1867).

Bismarck wußte, in welchem Lager er die Hauptgegner der Neugestaltung Deutschlands zu suchen hatte. Als der Führer der Ultramontanen von Mallinckrodt darauf hindeuten wollte (12. März), daß nach seiner Ansicht in dem Kriege von 1866 das Unrecht auf Seite Preußens gewesen sei, und als er, auf die Erwähnung Bismarcks von der „sechshundertjährigen Leidensgeschichte Deutschlands“ zurückgreifend, bemerkte, er könne unmöglich voraussetzen, daß bei Bismarck „die Hinneigung zu dem Faustrecht und die Abneigung gegen das Haus Habsburg so groß sein sollte, um die Leidensgeschichte Deutschlands von dem Zeitpunkte zu datieren, als Rudolf von Habs-

burg die Burgen der Raubritter brach, um Deutschland den inneren Frieden wiederzugeben“ — da erhob sich Bismarck und versetzte mit schneidender Schärfe: „Wenn ich neulich von der sechshundertjährigen Leidensgeschichte gesprochen habe, so ergibt eine genaue Rechnung, daß der Anfangspunkt dieses Zeitraums hinter Rudolf von Habsburg zurückreicht. Ich habe vom Sturz der Hohenstaufen an gerechnet und, wie ich glaube, richtig. Der Herr Borredner hat eine kleine Seitenwendung zu gunsten der Raubritter einfließen lassen. — Woher kamen die Raubritter? — Von der Zerrüttung des Deutschen Reichs während des Interregnums! Woher kam die Zerrüttung während des Interregnums? — Vom Abfall der Welfen und vom Siege der Ultramontanen!“ —

Allmählich brach sich unter der Mehrheit des Reichstags das Verständnis für die wirklichen Vorzüge des Verfassungsentwurfs Bahn. Eine große Anzahl freisinniger Männer zeigte sich bereit, auf die Erfüllung mancher Wünsche lieber zu verzichten, als das Einigungswerk abermals scheitern zu lassen. In diesem Sinne sprach der Abgeordnete Miquel im Namen seiner Freunde: „Wir sind entschlossen, jedes Opfer, selbst der Freiheit, für den Augenblick zu bringen, welches wahrhaft nötig und wirklich notwendig ist für die Gründung des Bundes.“ Tapferer noch klangen die Worte, mit denen Freiherr von Vincke unter dem Eindrucke des Wetterleuchtens am westlichen Horizont einem sächsischen Reichstagsmitgliede entgegenete: „Man hat gesagt, der Verfassungsentwurf mache den Eindruck, als ob er mit der Hand am Degen geschrieben wäre. Das Ausland mag wissen, daß wir ihn, wenn er zur Verfassung geworden, auch mit der Hand am Degen zu verteidigen bereit sind. Der allmächtige Gott, der unsre preußische Fahne auf unsern Schlachtfeldern nicht hat sinken lassen, wird auch das deutsche Banner hochhalten. Wir, meine Herren, wollen es mit beiden Händen tragen bis zum letzten Atemzuge unsres Lebens!“

Mit Männern von solcher Gesinnung konnte eine Verständigung nicht ausbleiben. Die Forderung eines verantwortlichen Ministeriums wurde auf Bismarcks Wunsch fallen gelassen und dafür die Bestimmung, daß der Bundeskanzler für die Anordnungen des Bundespräsidii die Verantwortlichkeit zu tragen habe, in die Verfassung aufgenommen. In dem Abschnitte über den Reichstag wurde eine Reihe von Verbesserungen nachgetragen; von der bei der Beratung geforderten Bewilligung von Diäten, welche Bismarck namens der Regierungen entschieden verweigerte, stand man schließlich ab. Schwieriger stellte sich eine Verständigung betreffend des Budgetrechts, weil der Reichstag in der Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres auf ein Prozent der Bevölkerung für die Dauer von zehn Jahren und in der dauernden Bewilligung eines Pauschquantums von 225 Thalern für jeden

Kopf des Bundesheeres eine Schmälerung jenes Rechtes erblickte und die in Frage gestellte Dauer der Friedensstärke sowie des Pauschquantums für den Kopf auf fünf Jahre beschränkt wissen wollte. Vergebens traten die Konservativen unter Führung der Generale, insbesondere Moons und Moltkes, für die Regierungsvorlage in die Schranken; sie vermochten den Nationalliberalen kein Terrain abzugewinnen. Das Gespenst des Konflikts stand wieder drohend im Hintergrunde.

In der Sitzung vom 15. April erklärte Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen die Beschlüsse des Reichstags in betreff des Bundesheeres für unannehmbar, und am folgenden Tage sollte in der dritten Lesung die letzte Abstimmung stattfinden. Da begaben sich am Nachmittage vor der entscheidenden Sitzung die Führer der Nationalliberalen und der Freikonservativen in Bismarcks Wohnung und verständigten sich endlich mit ihm über eine veränderte Fassung des Artikels. Am folgenden Tage (16. April) beschloß der Reichstag auf Antrag der Abgeordneten von Bennigsen und Herzog von Ujest, den Artikel über das Bundesheerwesen durch einen Zusatz zu ergänzen, demzufolge die Beiträge der einzelnen Staaten zur Bundeskasse (225 Thaler für den Kopf) auch nach Ablauf von fünf Jahren, also nach dem 31. Dezember 1871 fortgezahlt und die Friedensstärke von einem Prozent der Bevölkerung von 1867 so lange festgehalten werden solle, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert worden. Damit war die Besorgnis beseitigt, daß nach dem Ablauf der gesetzten Frist die Heereseinrichtungen gefährdet werden könnten. Schließlich wurde der ganze Verfassungsentwurf (mit 230 gegen 53 Stimmen) angenommen. Mit tiefer Bewegung verkündigte der Präsident Simson dieses Ergebnis der Versammlung.

Tags darauf erklärte Graf Bismarck auch im Namen der verbündeten Regierungen die Verfassung, wie sie mit den Abänderungen und Zusätzen des Reichstags jetzt vorlag, für angenommen und die Arbeit des konstituierenden Reichstags für beendet. Mit Genugthuung konnte der König, als er in der Schlußrede den Abgeordneten den Dank des Vaterlandes für ihre harte Arbeit aussprach, vor der Welt verkündigen: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist!“

Das Gefühl der Kraft und des Mutes durchströmte die Nation in allen ihren Teilen. Schon stimmte das Volk Norddeutschlands freudig ein in des Dichters „Ruf über den Main“:

„Nun steht das Haus gegründet  
Und prangt im Frührottschein,  
Nun ist das Wort verkündet:  
Kommt her und tretet ein!

Kein Fremdling soll Euch hindern,  
Kein Machtpruch fern und nah,  
Nach allen ihren Kindern  
Verlangt Germania.

Scheelsüchtig und mißgünstig blickte allein das westliche Nachbarvolk auf das Friedenswerk der Deutschen. Die „große Nation“ glaubte nicht zugeben zu dürfen, daß Deutschland sich durch eigne Kraft die Einheit wiedererringe, und die Abweisung der Kompensationsansprüche wurde von ihr als eine schwere Niederlage der Napoleonischen Politik angesehen. Um wenigstens etwas zur Beschwichtigung der erregten öffentlichen Meinung zu thun, faßte Napoleon III. den Plan, das zum ehemaligen Deutschen Bunde gehörige Großherzogtum Luxemburg für Frankreich zu gewinnen.

Dieses Ländchen mit seiner gemischten Bevölkerung, welches bekanntlich in Personalunion mit dem Königreich Holland stand, hatte mit der Auflösung des Bundes seine volle Selbständigkeit erlangt. Preußen hatte aber noch die Besatzung, welche es in der ehemaligen Bundesfestung Luxemburg vertragsmäßig unterhielt, bis auf weiteres daselbst belassen. Der König-Großherzog glaubte, die Selbständigkeit des kleinen Landes zwischen den beiden mächtigen Nachbarstaaten auf die Dauer nicht aufrecht erhalten zu können, und zeigte einem Vorschlag des Kaisers Napoleon, das Großherzogtum gegen eine Geldentschädigung an Frankreich abzutreten, geneigtes Ohr.

Luxemburg sollte für Napoleon gleichsam eine Etappe nach Deutschland hinein oder nach Belgien sein. Er hatte gehofft, daß Preußen durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes in Anspruch genommen und durch die — wie es schien — noch nicht geregelten Beziehungen zu den süddeutschen Regierungen verhindert sein würde, eine ernste Einsprache zu erheben. Nun sollte er zu seiner Verwunderung das Gegenteil erfahren; denn gerade um diese Zeit erklärte Graf Bismarck im Reichstage (18. März), daß die militärischen Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland bereits seit den Friedensschlüssen vertragsmäßig verbürgt seien, und der preußische Staatsanzeiger veröffentlichte den Inhalt der Schutz- und Trutzbündnisse. Im Reichstage aber wurde eine Interpellation eingebracht, in welcher die kräftigste Unterstützung aller Parteien zugesichert wurde, um den Verkauf des ehemaligen deutschen Reichslandes an Frankreich zu verhindern.

Napoleon, dessen Chassepotgewehre damals noch nicht fertig waren, schrak zurück und erbot sich, von dem Kaufe Abstand zu nehmen, wenn Preußen seine Besatzung aus Luxemburg zurückziehen wolle. Auch Bismarck wünschte den Krieg zu vermeiden und erklärte sich bereit, die Angelegenheit auf freien Konferenzen zu ordnen. Das Großherzogtum Luxemburg sollte danach im Besitze des Hauses Oranien bleiben, für einen neutralen Staat erklärt und seine Neutralität unter die gemeinschaftliche Bürgschaft der europäischen Mächte gestellt werden. Die Festung Luxemburg wurde von den preußischen Truppen geräumt und vom König-Großherzog schleifen gelassen.

Dieser Vertrag wurde von manchen als ein Zurückweichen Bismarcks

getadelt; thatsächlich bedeutete er das Gegenteil. Napoleons Absichten waren abermals vereitelt worden; für das hinfällig gewordene Besatzungsrecht fand Preußen in der von den Mächten übernommenen Gewährleistung der Neutralität Luxemburgs hinreichende Entschädigung. Aber auch abgesehen hiervon bewies Bismarcks Verhalten in der Luxemburger Streitfrage, daß er sich in der Politik nicht von Leidenschaften, sondern nur von höheren sittlichen Rücksichten leiten ließ. Wo es große nationale Ziele und Rechte galt, zögerte er nicht, sich auf das Schwert zu berufen; um ein zweifelhaftes preußisches Besatzungsrecht aufrecht zu erhalten, wollte er eine solche Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen. Er selbst äußerte sich später darüber: „Wir haben alle die ungeheuren Verluste, all den Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien erwogen. Denn Krieg bleibt immer Krieg, das Elend der vom Kriege ausgezogenen Länder, der Jammer der Witwen und Waisen — alles das ist so schrecklich, daß ich für meine Person nur im alleräußersten Notfalle zu diesem Mittel greife. Wir glaubten, es könne der Krieg, je länger er verschoben, vielleicht ganz vermieden werden, sei es durch gewisse Ereignisse in Frankreich, oder daß das französische Volk zu der Einsicht käme, daß die beiden großen Nationen wahrlich Besseres zu thun hätten, als sich um die Grenzen zu streiten. Wir wollten Herren im eignen Hause sein, aber die einmal gezogenen Grenzen nicht verrücken lassen. Wenn man freilich unsere Friedensliebe nicht anerkennen will und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, so werden wir ihn mit aller Kraft führen, und schon in der ersten großen Schlacht, die voraussichtlich unter den Mauern von Metz geschlagen wird, werden wir den Franzosen an Zahl und auch an andern Dingen bedeutend überlegen sein.“

Bald nachdem der Friede für die nächste Zeit gesichert schien, begleitete Graf Bismarck den König Wilhelm zur Weltausstellung nach Paris (Juni 1867). Noch einmal durfte sich die Hauptstadt Frankreichs des Vorzugs rühmen, fast sämtliche Fürsten Europas in ihren Mauern zu beherbergen. Wohl keinem aber wandte sich die Aufmerksamkeit der Pariser Bevölkerung in solchem Grade zu, als den hohen deutschen Gästen.

Kaiser Napoleon holte seinen königlichen Gast vom Bahnhofe ab und fuhr mit ihm in offenem Wagen, auf dessen Rücksitz der Kronprinz von Preußen und der Prinz Joachim Murat saßen, durch den Boulevard Magenta, wo französische Regimenter Spalier bildeten, nach den Tuileries. Im zweiten Wagen folgten Graf Bismarck und General von Moltke, ersterer in seiner weißen Kürassieruniform. Neugierig und wundernd musterte das zahlreich versammelte Pariser Volk die markigen deutschen Heldengestalten des königlichen Greises, des eisernen Grafen mit den trutzigen Brauen, dem festen, sichereren Blicke, und des sinnenden Feldhern mit den geschlossenen Lippen und

feinen Gesichtszügen. — Am 14. Juni verließen König Wilhelm und seine Begleiter die Stadt, welche sie drei Jahre später an der Spitze der deutschen Seeresmacht wiedersehen sollten.

Der Sommer (1867) brachte Bismarck keine Erholung von den Staatsgeschäften. Nur während die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über die Wiederherstellung des Zollvereins auf nationaler Grundlage von dem erfahrenen Geheimrat Delbrück bis zum glücklichen Abschluß (8. Juli) gefördert wurden, brachte Bismarck einige Tage auf seiner neu erworbenen Besitzung Varzin in Pommern zu und traf dort seine Einrichtungen, um sie später zu bewohnen. Mit dem 1. Juli trat die Verfassung des Norddeutschen Bundes, nachdem sie die Zustimmung der EinzelLandtage erlangt hatte, in Kraft; am 14. Juli wurde Graf Bismarck zum Bundeskanzler ernannt. Bald darauf (12. August) erfolgte die Errichtung des Bundeskanzleramtes und die Ernennung Delbrücks zum Präsidenten desselben. Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte standen dem Bundeskanzler zu. Die vielen Staatsgeschäfte des Grafen Bismarck brachten es indessen mit sich, daß dieser wiederholt von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machte, sich durch ein andres Mitglied des Bundesrats vermöge schriftlicher Substitution vertreten zu lassen. Er substituierte alsdann für den Vorsitz im Bundesrate den sächsischen Bevollmächtigten Minister von Friesen. In späterer Zeit, seit der Fürst regelmäßig eine längere Zeit von Berlin abwesend war, wurde für diesen Fall oder die sonstige Verhinderung des Kanzlers generell seine Vertretung in den inneren Angelegenheiten durch Herrn Delbrück angeordnet. Für die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes blieb das preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Namen „Auswärtiges Amt des Norddeutschen Bundes“ als eine besondere, von dem Bundeskanzleramt getrennte Behörde bestehen, welche von dem Kanzler unmittelbar mit Hilfe eines Staatssekretärs geleitet wird. Am 14. August trat der Bundesrat zusammen, um eine Reihe umfassender Gesetzesvorlagen für den Reichstag auszuarbeiten. Die Wahlen wurden ausgeschrieben (31. August) und der erste verfassungsmäßige Reichstag für den 10. September nach Berlin einberufen.

Auch die auswärtige Politik nahm dauernd Bismarcks volle Thätigkeit in Anspruch. Die neuen Machtverhältnisse waren noch nicht so befestigt, daß die Gegner der deutschen Einheit auf eine Störung des Friedens nicht Hoffnungen gesetzt und danach ihre Pläne gemacht hätten. Deutschland hatte vor allen zwei erbitterte Gegner: an der Seine und an der Donau. Napoleon konnte die durch ihn erlittenen politischen Niederlagen nicht verschmerzen; der in seiner Eitelkeit tief gekränkte Graf Deust suchte als österreichischer Reichskanzler dasselbe Ränkespiel gegen Preußen zu erneuern, an dem er als

sächsischer Minister gescheitert war. Beide waren bestrebt, die nationalen Pläne des Bundeskanzlers zu durchkreuzen.

Im August (1867) fand zu Salzburg eine Zusammenkunft Napoleons mit dem Kaiser von Oesterreich statt, den sein Kanzler Graf Beust begleitete. Den Gegenstand der damaligen Unterredungen hat unzweifelhaft die Auslegung gewisser Bestimmungen des Prager Friedens gebildet, namentlich aber die Frage, wie man der Machterweiterung Preußens, insbesondere der Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main hinaus, am wirksamsten entgegentreten könne. Der geschmeidige Minister hätte sich vielleicht in weit aussehende Pläne mit dem französischen Machthaber eingelassen, wenn nicht sein friedfertiger Kollege, der gleichfalls in Salzburg anwesende ungarische Minister Graf Andrássy, seine Kriegslust einigermaßen gedämpft und namentlich vor allen Abmachungen gewarnt hätte, durch welche auch Ungarn in Krieg mit dem Norddeutschen Bunde verwickelt werden könnte.

Die Gerüchte, welche über die Salzburger Zusammenkunft in der Presse Verbreitung fanden, wurden indessen für Napoleon unbequem und veranlaßten ihn, am Berliner Hofe beruhigende Erklärungen abzugeben. „Es ist dies um so erfreulicher“, sagte damals Bismarck in einem Rundschreiben an die Regierungen (9. September), „da die Aufnahme, welche jene Gerüchte in ganz Deutschland fanden, von neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken verträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einnischung gestellt oder nach andern Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen.“

So entschieden Bismarck der nationalen Entwicklung ihre volle Freiheit und Unabhängigkeit von allen fremden Einflüssen zu wahren verstand, so nahm er doch anderseits Bedacht, dem Auslande Beweise der friedfertigen Gesinnungen der preußischen Regierung zu geben und jeden Keim zu Zwistigkeiten im Innern zu entfernen. Aus solcher Absicht gingen die Verträge hervor, welche er namens der Regierung (September 1867) mit den entthronten Fürsten abschloß, um denselben aus preußischen Staatsmitteln eine Entschädigung für ihr früheres Einkommen zu gewähren. Bismarck versprach sich von diesen Verträgen nicht allein eine versöhnliche Wirkung auf die Gemüter und auf die fremden Höfe, sondern er betrachtete sie zugleich als eine mittelbare Verzichtleistung der Fürsten und wünschte, diese damit „an ihrer Ehre zu binden“, daß sie ihre Umtriebe gegen die neue Staatsordnung einstellten. Diese Voraussetzung sollte sich jedoch nicht erfüllen. Die Bildung der „Welfischen Legion“, welche in Holland und der Schweiz gesammelt, in verschiedenen Orten Frankreichs einquartiert und für den Kriegsdienst geschult wurde, die Demonstrationen aus Veranlassung der silbernen Hochzeitfeier des

hannoverschen Königspaares in Hiezig und manche andre Zeichen deuteten darauf hin, wie eifrig die Entthronten für die Wiederherstellung der alten Verhältnisse thätig waren und wie sie ihre ganzen Hoffnungen auf einen Krieg Preußens mit Frankreich setzten, dessen Ausbruch man mit Bestimmtheit für das Frühjahr 1868 erwartete. In der That war der Frieden Europas (nach Bismarcks eignen späteren Mittheilungen) so wenig gesichert, daß eine Störung schon in Folge von Mißverständnissen und Gerüchten hätte eintreten können. Napoleon zögerte indessen, den Kriegsvorwand vom Zaune zu brechen, weil seine Rüstungen noch nicht vollendet waren. Durch den Ausbruch der Revolution in Spanien (September 1868) wurde die Aufmerksamkeit später nach einer andern Richtung abgelenkt und der Plan, Napoleon an die Spitze einer Liga der katholischen Mächte zu stellen, vereitelt. Bei aller Sorgfalt, mit welcher die preußische Regierung auf eine versöhnliche Stimmung der Gemüther in Deutschland hinwirkte, durfte ihre Großmuth doch nicht so weit gehen, ihren Feinden selbst die Mittel zur Betreibung des Aufstandes zu gewähren. Graf Bismarck bewog daher den König zum Erlaß einer Verordnung (2. März 1868), durch welche die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover sowie des Kurfürsten von Hessen verfügt wurde.

Bismarcks große Schöpfung, der Norddeutsche Bund, hatte unterdessen durch das vereinte Zusammenwirken der Hauptträger der Regierungsgewalt an innerer Festigkeit gewonnen. Es ist nicht unsre Aufgabe, die große Anzahl gesetzgeberischer Arbeiten näher zu besprechen, welche der verfassungsmäßige Reichstag bei dem weiteren Ausbau der norddeutschen Bundesverfassung bereits in seiner ersten Session (10. September bis 26. Oktober 1867) erledigte, z. B. die Gesetze über das Postwesen, über die Bundeskonsulate, über die Freizügigkeit, das Paßwesen und die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Die letzte und wichtigste Verhandlung dieser Session betraf die Genehmigung der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Zollverträge, wodurch der Bundesrat für Zollangelegenheiten durch die Vertreter der süddeutschen Staaten ergänzt und in einem Zollparlament eine Volksvertretung Gesamtdeutschlands zur Gesetzgebung in Zollangelegenheiten geschaffen wurde.

Diese Zollverträge in Verbindung mit den früher abgeschlossenen Schutz- und Trugbündnissen verbürgten bereits das einmütige Zusammengehen des Südens mit dem Norden in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung. Die Rationalen hegten die Hoffnung, daß auf diesem Wege die politische Einigung des gesamten Deutschland herbeigeführt werden würde.

In der That war die Grundlage für ein gedeihliches Zusammengehen der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde gelegt und die

Entwicklung in eine Bahn geleitet, auf welcher der Sieg der deutschnationalen Sache über die Sonderbestrebungen auch in Süddeutschland mit Bestimmtheit vorauszu sehen war. In dem größten Staate Süddeutschlands, in Bayern, stand in dem Fürsten Hohenlohe ein Mann von klarem staatsmännischen Um blick und echt vaterländischer Gesinnung dem jugendlichen Könige bei der Staatsleitung zur Seite. In Württemberg war der Freiherr von Varnbüler in den Kammern mit solcher Energie für die Verträge gegen die Ultra- montanen eingetreten, daß man auch von ihm ein Eingehen auf die Bahn der



Karl Mathy überreicht dem Großherzog von Baden die ablehnende Antwort Bismarcks  
(im November 1867).

nationalen Politik erwarten durfte. In dem glücklichen Badener Ländchen, das in seiner Einigkeit zwischen Regierung und Bevölkerung den übrigen Staaten als Musterbild vorging, waren durch den trefflichen Mathy unter Zustimmung des Großherzogs bereits alle Vorbereitungen zum Eintritt in den Norddeutschen Bund getroffen. Mathy übergab dem preußischen Gesandten in Karlsruhe eine Denkschrift (18. November 1867), in welcher er den Antrag auf Badens Aufnahme in den Norddeutschen Bund stellte; aber er

täufchte sich über Bismarcks Pläne und hat das Bittere dieser Täuschung niemals ganz überwinden können.

Mathy und Bismarck, beide mit warmen Herzen für die Macht und Einigung des Gesamt Vaterlandes, waren zwei völlig verschieden angelegte Naturen; sie erstrebten dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen. Der eine, ein schlichter Mann aus dem Volke, der ehemals verfolgte Flüchtling und arme Journalist, später in geachteten Stellungen als Abgeordneter und Regierungsmitglied an allen Schicksalen seines Heimatlandes handelnd beteiligt und jetzt der vertraute Ratgeber des Landesherrn, hielt mit dem vorwiegenden Gemütszuge des Süddeutschen an manchen idealen Anschauungen fest und würdigte nicht genug die Schwierigkeiten auf dem Wege nach einem großen Ziele. Der andre, der kühne, gewaltige Staatsmann, welcher aus engen Lebenskreisen in immer weitere hinausgetreten, in der praktischen Schule gereift war und nach jedem erreichten Erfolge sich die Ziele höher steckte, richtete die Blicke über das, was dem einzelnen Gliede frommt, hinaus auf die Bedürfnisse des großen Ganzen. Er war gewohnt, Opfer voranzusetzen und zu fordern, wo es eine große nationale Idee zu verwirklichen galt.

Es war eine schwere Stunde für Mathy, als er mit der ablehnenden Antwort Bismarcks vor seinen Großherzog trat. Das Blatt sank aus seiner zitternden Hand, aber er kämpfte seine innere Bewegung nieder und sagte gefaßt: „Und wir thun doch unsre Pflicht.“

Und er hat sie gethan bis zum letzten Augenblicke seines Lebens; er hat alle Mittel daran gesetzt, um zu erreichen, was er im Interesse seines engeren Heimatlandes und zugleich im Interesse Deutschlands für das Richtige hielt. Die Ausführung hatte der andre auf „Leben und Haupt“ genommen.

Der alte Veteran aus den deutschen Einheitskämpfen war gebeugt und gebrochen. Am 3. Februar (1868) verschied er an einem Herzleiden und überließ es andern, auf dem Grunde fortzubauen, welchen er gelegt hatte.

Über die Gründe, welche Bismarck bewogen, den Antrag des wackeren Mathy abzulehnen, erhielten wir zum Teil erst durch die Rede Aufschluß, mit welcher er etwa zwei Jahre später (24. Februar 1870) im Reichstage auf einen bezüglichen Antrag des Abgeordneten Lasfer entgegnete. Bismarck wünschte nicht, gerade denjenigen Staat, welcher als Träger des nationalen Gedankens unter den Südstaaten der deutschen Entwicklung am günstigsten war, aus Süddeutschland auszuscheiden, nicht — wie er sich mit einem Vergleich aus dem landwirtschaftlichen Gebiete ausdrückte — „den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.“ Er glaubte auch, daß Bayern und Württemberg noch viel weniger geneigt sein würden, die durch die Schutz- und Trutzbündnisse auferlegten Militärlasten zu tragen, wenn schon ein Streifen norddeutschen Bundesgebietes sich zwischen diesen Staaten und

Frankreich vorschob, so daß der Norddeutsche Bund in bezug auf den Westen ohnehin zu ihnen zu sagen schien: „Mit meinem Mantel vor dem Winde schütz' ich dich!“ Auch in bezug auf den Zollverein würde die vereinzelte Aufnahme Badens dem Norddeutschen Bunde beschränkende Rücksichten auferlegt haben. Wenn der Bund in die Lage gekommen wäre, den andern süddeutschen Staaten die Zollverträge zu kündigen, dann würde Baden bei seiner vorgeschobenen, langgestreckten Lage seine Grenzen mit Schlagbäumen haben absperrern müssen. Eine solche Zumutung konnte der Bund an einen bundestreuen Staat kaum stellen; er würde daher von der Freiheit, Südhessen, Bayern oder Württemberg aus dem Zollverbände auszuschließen, keinen Gebrauch haben machen können.

Außer diesen Gründen, die Bismarck nannte, hatte er noch dringendere, die er verschwieg. So fest er auch überzeugt war, daß die nationale Einheitsbewegung nicht mehr aufgehalten werden könne, so wollte er sich doch jeden Druckes auf die Südstaaten enthalten. Es war zu erwarten, daß, wenn das lauernde Frankreich aus der Aufnahme Badens einen casus belli machen sollte, die Regierungen von Bayern und Württemberg den casus foederis nicht unbedingt anerkennen würden; sprach man doch davon, daß die Schutz- und Trugbündnisse nur durch das Schwert errungen seien, und gab doch selbst im Norddeutschen Reichstage ein Abgeordneter die Erklärung, daß kein Vertrag zu einer Handlung verpflichte, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Sittlichkeit widerspreche. Bismarck aber wollte die Südstaaten nicht zur Heeresfolge zwingen, sondern er wünschte, durch das freiwillige und einmütige Zusammengehen aller deutschen Stämme die Einheit Deutschlands errungen zu sehen. Um die Schutz- und Trugbündnisse in der That wirksam zu machen, mußte die Kriegsveranlassung in noch viel handgreiflicherer Weise von Frankreich gesucht werden. Bismarck sah den Krieg kommen mit derselben Sicherheit, wie der Seemann den nahenden Sturm; er wollte aber alles vermeiden, was den Gegnern auch nur einen Scheinvorwand zum Kriege hätte geben können, um das unbestreitbare Recht auf deutscher Seite zu behalten.

Im Frühjahr 1868 sah man mit Spannung der Eröffnung des deutschen Zollparlaments entgegen, dessen Sitzungen in die zweite Session des verfassungsmäßigen Reichstags eingeschoben wurden (27. April bis 23. Mai). Es war weniger das Interesse für die zur Verhandlung kommenden Gegenstände, durch welches die Aufmerksamkeit dorthin gelenkt wurde, als vielmehr die Erwartung, daß eine Gesamtvertretung des deutschen Volkes nicht würde tagen können, ohne zugleich dem nationalen Gedanken Förderung und Gewinn zu bringen.

So machte auch das Zollparlament, welches (27. April) durch den König in Person eröffnet, sogleich darauf in den Räumen des preussischen Abgeordnetenhauses zusammentrat, keineswegs den Eindruck einer Versammlung, welcher

allein die materielle Wohlfahrt zu beraten obliegt. Es gab da keine Gruppierung nach Freihändlern und Schutzzöllnern, sondern dieselben Parteien wie auf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes traten auch hier hervor. Die Ultramontanen hatten eine Verstärkung durch die sieben Schwaben erhalten, deren Namen aus den Wahlurnen Württembergs hervorgegangen waren, auffallende Gestalten, in feierliches Schwarz gekleidet, deren glatte und fromme Mienen gerade nicht den Stempel der Sachverständigkeit für die Fragen der Volkswirtschaft trugen. Dennoch hielten sie es für ihre Aufgabe, vor jeder Überschreitung dieses Gebietes dringend zu warnen, und ließen jedes Mal, wenn ein Nationalliberaler sich einen kurzen Streifzug auf das politische Gebiet hinüber erlaubte, den Ruf: „Zur Sache!“ ertönen. Auch die Nationalliberalen hatten sich manches tüchtigen Zuwachses aus Süddeutschland zu freuen, so aus Baden Bluntschli und Roggenbach, aus Hessen Wamberger und Mez, aus Bayern Bölk.

Die sachlichen Verhandlungen selbst, z. B. über die gleichmäßige Besteuerung des Tabaks, die Einführung einer Petroleumsteuer, die Herabsetzung der Eingangszölle auf Wein, Roheisen und Lumpen, führten zu keiner besonderen Erhitzung der Gemüter, selbst wenn die Gegenstände der Verhandlung den Abgeordneten vor die Augen geführt wurden, wie die trefflichen Zigarren, welche Meier aus Bremen vorzeigte, und die verschiedenen Sorten Zucker, Kandis und Farina, welche Sombart auf der Tribüne ausbreitete. Die Abgeordneten zeigten im allgemeinen ein größeres Interesse für Wein, Kaviar und Lachs in den Erfrischungszimmern hinter den braunen Vorhängen des Sitzungsjaales, als für die Verhandlungen darüber im Parlament. Es war eine beruhigende Wahrnehmung, daß dieselben Männer, welche in der nationalen Frage kampferfürtet einander gegenüberstanden, hier im Interesse des gemeinen Besten gewissenhaft und friedlich prüften, ob der Morgen Tabaksland fünf Groschen Steuer mehr oder weniger vertrage.

Eine erregte Debatte knüpfte sich an den Antrag des Abgeordneten Wamberger auf die Beseitigung der indirekten Weinsteuern im Großherzogtum Hessen (Octrois, Trank- und Zapfsteuern) hinzuwirken, welche mit den herabgesetzten Weinzöllen sich nicht mehr vertrügen (18. Mai 1868). Einige mißbergnügte Süddeutsche sahen darin wieder einen Eingriff in die Gesetzgebung der Einzelstaaten, und der hessische Regierungsbevollmächtigte, Ministerialrat Hofmann, sprach dem Zollverein seine Verechtigung ab, sich in die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten einzumischen. Da erhob sich Bismarck, der bis dahin im Zollparlamente noch nicht das Wort ergriffen hatte, und gab die bündige Erklärung, daß nach seiner Überzeugung der Bundesrat sehr wohl berechtigt sei, wenn die Art der Besteuerung im Einzelstaat die durch den Zollverein verbürgte Verkehrsfreiheit gefährden könnte, eine Abhilfe eintreten zu lassen. Hofmanns

Verteidigung hiergegen wurde zu einer vollständigen Niederlage, als der sanftmütige Advokat der Sozialdemokraten, Probst aus Stuttgart, das Parlament ermahnte, die Streitigkeiten zwischen Süden und Norden nicht so offen zu Tage treten zu lassen — aus Bartgefühl für einen andern, den er nicht nennen wollte. Da richtete sich noch einmal der Mann im Kürassierrock am Tische des Bundesrates auf; er erinnerte daran, wie er bisher alles vermieden habe, was auch nur den Schein einer Pression auf die süddeutschen Staaten haben könnte, um die Kompetenzen des Zollparlamentes zu erweitern, verwahrte sich aber ebenso entschieden gegen jedes Bestreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, und schloß mit gehobener Stimme: „Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich noch dies zu bedenken: Ein Appell an die Furcht findet im deutschen Herzen niemals ein Echo!“

Lauter Beifall von allen Seiten des Hauses bekräftigte das mannhafte Wort, und mehrere Redner aller Parteien traten nacheinander auf, um die Sonderbestrebungen einer vereinzeltten Fraktion zu bekämpfen. Entscheidenden Eindruck erzielte der Nationalliberale Dr. Bölk aus Bayern. Schon die Erscheinung des kraftvollen Mannes mit dem mächtigen Kopf und markigen Bügen stach auffallend gegen seine Landsleute ab, welche sich mit der bescheidenen Redefigur: „Wir Schwaben“ oder „Wir Süddeutsche“ auf der Rednertribüne einzuführen pflegten. „Sehen Sie, meine Herren“, sagte Bölk nach einem wohlwollenden Rückblick auf die Rede des konservativen Abgeordneten Wagener (Neu-Stettin), „so ist es überall und immer, wenn redliche und ehrliche Männer ernst über die deutsche Zukunft zu Rate gehen. Die größten Vorurteile werden schwinden, und wenn eine Debatte nur dazu beiträgt, die Vorurteile zu zerstören, so hat sie einen Baustein zum Dome der deutschen Einheit geliefert . . . Nicht einmal die anwesenden Schwaben können sagen, daß bei ihnen alle dem Anschluß an den deutschen Staat widerstreben; nicht einmal sie können hier im Namen „Wir Schwaben“ reden — wir Schwaben in Bayern sind auch noch da!“ — Er schloß mit den erquickenden Worten: „Ich bin der Überzeugung, daß die deutsche Nation, und zwar in allen ihren Bestandteilen, eine so entwicklungsfähige, so edle, so zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe unzweifelhaft entgegengeht. Es hat mich daher das Wort eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses, das er leztlich zu mir sprach, außerordentlich gefreut. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch noch einzelne sich mit Schneebällen werfen, das wird nicht lange mehr dauern, und der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneebällen bald das Material ausgeht!“ — Auch ich will schließen, meine Herren, mit den Worten: Es ist Frühling geworden in Deutschland!“ —

Der Eindruck dieser Debatte in der ersten Session des Zollparlamentes, bei welcher außer den Regierungsmitgliedern Graf Bismarck und Geheimrat Hofmann, die Führer aller Parteien, die Nationalen aus Nord und Süd, der Ultraliberale Camphausen, der Konservative Wagner gegen die Antinationalen Mohl, Windthorst und die Sozialdemokraten Probst und Bebel das Wort ergriffen, war ein so bedeutender, daß das besondere Ergebnis, die Annahme des Bambergerischen Antrags, mit überwiegender Mehrheit, dahinter vollständig zurücktrat.

Ein glänzendes Bankett, welches die Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft in der neuen Börse veranstaltet hatten, folgte den Sitzungen des am 23. Mai geschlossenen Zollparlamentes. Bei der Tafel richtete Graf Bismarck an die Süddeutschen die Worte: „Mögen Sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens; möge jedes erneuerte Zusammensein dieses Verhältnis stärken!“ Fürst Hohenlohe toastete auf die Vereinigung aller deutschen Stämme, und Böck erwiderte auf die Rede Bismarcks: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke diesen Mann in dem Grafen Bismarck!“

Eine Festfahrt der Mitglieder des Bundesrats und des Zollparlamentes nach Kiel, wo sie die Flaggen der jungen norddeutschen Kriegsflotte lustig flattern sahen, und nach Hamburg, dem norddeutschen Handelsemporium, gaben den süddeutschen Abgeordneten die letzten Eindrücke in die Heimat mit. Der deutsche Einheitsgedanke war trotz aller widerstrebenden Elemente durch diese erste Session des Zollparlamentes mächtig gefördert worden; es hatte sich gezeigt, daß das deutsche Volk im Süden wie im Norden noch lebhafter nach dem Gemeingut der deutschen Macht und Einheit verlangte, als nach den Gütern des materiellen Lebens, und daß die Worte Böcks kein leerer Schall waren, sondern daß man in Wahrheit sagen konnte: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!“

Aber auch der Frühling hat seine Stürme und Regenschauer. Schon kurz vor der Session des Zollparlamentes hatten sich leichte Wölkchen gezeigt. Die Schulden, welche der junge norddeutsche Bund gemacht, gaben die Veranlassung dazu. Bereitwillig hatte der Reichstag in seiner ersten Session die Beihmilionen-Anleihe zur Ausbildung der norddeutschen Marine bewilligt. Als nunmehr der Bundeskanzler dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Bundesschuldenverwaltung vorlegte, da verlangte man, daß sowohl der Bundesrat als der Reichstag berechtigt sein sollten, die Beamten der Bundesschuldenverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Der Bundeskanzler sah hierin ein

unbegründetes Streben nach Machterweiterung seitens des Reichstags und zog lieber den ganzen Gesetzentwurf zurück. Gleichzeitig ließ er die auf Grund jener Anleihe begonnenen Arbeiten für die Marine einstellen. Nun betraten die Reichsboten den Boden des Kompromisses, welches die Regierung ihnen bei der Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen nach dem Schlusse des Zollparlamentes vorschlug, indem sie in einer neuen Gesetzesvorlage (10. Juni) die Übertragung der Oberaufsicht über das Bundesschuldenwesen an die bewährte Hauptverwaltung der preußischen Staatsschulden beantragte. Das Gesetz wurde (mit 151 gegen 42 Stimmen) angenommen und die Entwicklung der jungen Marine nahm wieder ihren ungehemmten Fortgang.

Graf Bismarck hatte an diesem erwünschten Ausgange nur einen mittelbaren Anteil. Wer ihn in der letzten Zeit näher beobachtet hatte, dem war nicht entgangen, daß die gewaltige Anstrengung, welche die Überbürdung mit Staatsgeschäften ihm auferlegte, auch seine Kräfte angegriffen und eine nervöse Reizbarkeit in ihm erzeugt hatte. Am Sonnabend vor Pfingsten (29. Mai) erschien der Kanzler zu Pferde bei der großen Parade auf dem Tempelhofer Felde, obwohl er in den letzten Tagen mehr als zuvor an Nervenkrämpfen gelitten hatte. Hier überfiel ihn ein plötzliches Unwohlsein, so daß er sich zu Wagen nach seiner Wohnung zurückbegeben mußte. Eine schmerzliche Krankheit nötigte ihn darauf, sich für mehrere Wochen von allen Staatsgeschäften fern zu halten. Erst gegen Ende Juni war er soweit hergestellt, um in Warzin Erholung suchen zu können. Kaum auf dem Wege zur Besserung hatte er das Unglück, bei einem Spazierritte auf einer Wiese bei Buddiger, einem zu Warzin gehörigen Gute, gefährlich zu stürzen. Das Pferd trat in ein Loch, überschlug sich und fiel mit seiner ganzen Last auf ihn. Mehrere Wochen vergingen, ehe Bismarck auch von diesem Unfall genesen war und in körperlicher Rüstigkeit seine Arbeiten wieder aufnehmen konnte.

Es schien in dieser Zeit, welche den weltererschütternden Ereignissen von 1870 vorausging, als ob ein Stocken in der nationalen Bewegung eingetreten wäre. Die Abneigung der süddeutschen Regierungen, sich an den Nordbund anzuschließen, und die Unfähigkeit der süddeutschen Volkselemente, sich zu einem Südbunde zusammenzuschließen, hatten in Süddeutschland eine Reaktion gegen die nationale Strömung zur Folge, welche sich zunächst in der fortgesetzten Opposition gegen die Schutz- und Trugbündnisse kundgab. In Württemberg arbeitete die demokratische „Volkspartei“ immer bestimmter auf den Sturz der Militärverfassung und die Einführung eines Milizsystems hin. Von ähnlichem Einfluß war in Bayern die Partei der „Alexikalen“ oder „Patrioten“, welche in den nationalen Bestrebungen des Ministeriums Hohenlohe eine Gefahr für die Kirche und die Selbständigkeit Bayerns erblickte. Schon damals trugen sich die Ultramontanen mit dem Plane, auf dem römischen Konzil den Glaubenssatz

von der Unfehlbarkeit des Papstes zu verkündigen und damit die Erhebung der päpstlichen Macht über diejenige aller Staatsobrigkeit auch in weltlichen Dingen auszusprechen. Fürst Hohenlohe hielt es für angezeigt, diesem Streben entgegenzutreten, fand aber hierzu nicht bei dem Bundeskanzler angemessene Unterstützung. Denn Bismarcks volle Thätigkeit war damals nach einer andern Richtung hin in Anspruch genommen, woher für Deutschland unmittelbare Gefahr drohte. Er wollte erst diesen Kampf entschieden und das Deutsche Reich in sich begründet wissen, ehe er einen neuen Kampf von so unabsehbarer Tragweite aufnahm. In Bayern aber war die Stellung des Ministers gegenüber der klerikalen Kammermehrheit unhaltbar geworden. Der junge König fühlte sich bewogen, das Abschiedsgesuch des Fürsten zu genehmigen (15 Februar 1870), und übertrug dem Grafen Bray-Steinburg die Bildung des neuen Ministeriums.

Während die Hoffnungen der Nation auf eine baldige Einigung des gesamt Deutschland durch jene Vorgänge in Süddeutschland herabgedrückt wurden, trat in den Bestrebungen des Reichstags mehr und mehr die Neigung zum Einheitsstaate hervor. Auch hierin lag eine Gefahr, denn je mehr der Nordbund sich als einheitliches Staatswesen in sich zusammenschloß, desto weniger Neigung konnten die Süddeutschen empfinden, sich an eine Staats-schöpfung anzuschließen, in welcher die Eigentümlichkeiten der Bayern, Franken, Schwaben nicht genügend berücksichtigt waren. Der Bundeskanzler hatte daher im Reichstage den Eifer der Nationalliberalen vielfach zu zügeln, um den Süddeutschen die Pforte zum Eintritt offen zu halten. Die Anträge auf verantwortliche Bundesministerien und Ausdehnung der Gesetzgebung des Bundes über das gesamt bürgerliche Recht wurden im Reichstage mit großer Mehrheit angenommen, vom Bundesrate jedoch nach längerer Prüfung abgelehnt. Dagegen wurde die Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichts mit dem Sitze zu Leipzig beschlossen (4. Mai).

Auch in Preußen hatte die nationale Politik des Bundeskanzlers manche Gegner. Dieselben waren vorzüglich im preußischen Herrenhause vertreten. Hier beantragte der frühere Justizminister Graf zur Lippe, das Haus möge erklären, daß die Errichtung eines obersten Bundesgerichtshofes nach der preußischen Verfassung nicht zulässig sei. Der Antrag gab Bismarck Veranlassung zu einem sehr bezeichnenden Schreiben über seine Stellung zur Sache, unter dem 17. November 1869 an Fürst Putbus: „Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Kommission irgendwelche Zustimmung, geschweige denn die Majorität finden könne, und nun schreibt man mir, derselbe werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so gibt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesamt-

entwicklung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik sind aber der Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Österreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hiesing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärkter Maße thun!“

Der Brief wurde unter den Mitgliedern des Herrenhauses bekannt und hatte die Wirkung, daß der Lippesche Antrag abgelehnt wurde.

Die Frühjahrssession des Reichstags für das Jahr 1870 (14. Februar bis 26. Mai), die erste in der neuen Legislaturperiode, begann. Graf Bismarck hatte das sichere Vorgefühl, daß die Stunde nahe sei, wann seine Schöpfung, der Norddeutsche Bund, eine ernste Probe zu bestehen haben würde. Im Hinblick auf die Ereignisse, welche sich vorbereiteten, dachte es ihn unbegreiflich, wie der Reichstag sich mitunter bei Fragen aufhalten konnte, in welchen der Regierung unerrückbar feste Ziele vorgezeichnet waren. Eine der wichtigsten Vorlagen war damals das gemeinschaftliche Strafgesetzbuch, und lebhaftere Debatten knüpften sich an die Frage von der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe (1. März). Bismarcks Rede über die Todesstrafe war von einer sittlichen Würde getragen, welche nur Männern von unbeugsamer Charakterstärke und tiefem religiösen Gefühl eigen ist. Er sah in den Gründen, welche von den Gegnern der Todesstrafe angeführt wurden, einerseits eine „Überschätzung des Wertes, welchen sie dem Leben in dieser Welt, und der Bedeutung, welche sie dem Tode beilegen“, anderseits „die Scheu vor der Verantwortung, welche die Richter mit dem Todesurteil oder die Geschworenen mit einem Wahrspruche übernehmen.“ — „Ich kann mir denken“, sagte er, „daß jemand, der an eine Fortsetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint als demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt, aber wenn ich der Frage näher ins Auge sehe, so kann ich auch das kaum annehmen. Für jemand, der des Glaubens nicht ist — zu dem ich mich von Herzen bekenne — der Tod sei ein Übergang von einem Leben in das andre und wir seien im stande, auch dem schwersten Verbrecher an seinem Grabe die trostreiche Verheißung zu geben: mors janua vitae! — für jemand, der diese Überzeugung nicht teilt, müssen die Freuden dieses Lebens einen solchen

Wert haben, daß ich ihn fast um die Empfindungen, die sie ihm bereiten, beneide.“ An die Richter aber wandte er sich mit der Aufforderung: „Schrecken Sie angesichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht vor Erfüllung derselben in ihrem höchsten Stadium zurück! Werfen Sie das Richtschwert nicht von sich. Sie können sich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in seiner Handhabung lediglich menschliche Kraft zutrauen! — Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwertes nicht stark genug!“ Und in gewisser Vorahnung der gewaltigen kriegerischen Aufgabe, welche an das deutsche Volk in nächster Zeit herantreten würde, erinnerte er an das „halb in Vergessenheit geratene oder in einen Wust von falscher Sentimentalität begrabene“ Wort des Dichters: „Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!“

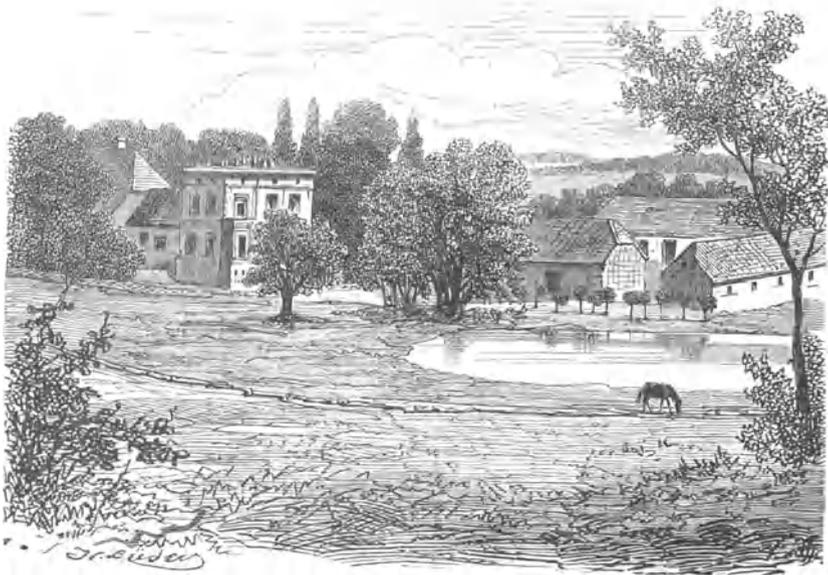
Nachdem der Reichstag trotzdem auch in zweiter Lesung für die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt hatte, wurde noch in letzter Stunde von liberaler Seite ein Ausgleich versucht und der Antrag eingebracht, die Todesstrafe für gewisse Verbrechen zwar beizubehalten, dieselbe jedoch in denjenigen Bundesstaaten, wo sie vor Einführung des gemeinschaftlichen Strafgesetzbuches bereits (z. B. im Königreiche Sachsen) aufgehoben gewesen, nicht wieder einzuführen. Dieser Antrag schien bereits Aussicht auf Annahme seitens der Regierungen zu haben. Da kehrte Bismarck, der sich inzwischen nach Varzin begeben hatte, allen unerwartet am späten Nachmittag (Sonnabend den 21. Mai) nach Berlin zurück, setzte für den folgenden Tag (Sonntag) eine Sitzung des Bundesrats an und sprach sich entschieden für die Ablehnung aus, welche dann auch durch den Bundesrat erfolgte. In der am Montag (23. Mai) stattfindenden Sitzung des Reichstags ermahnte Bismarck denselben mit denkwürdigen Worten, er möge „aus der Quelle des einheitlichen Bundesrechts nicht zweierlei Wasser fließen lassen“, nicht für Oldenburg und Sachsen eine Strafe abgeschafft sein lassen, welche für die übrigen Bundesstaaten noch fortbestände. „Ich kann von diesem Standpunkte aus“ — sagte er — „hier kein Oldenburg und kein Preußen kennen; ich kenne nur Norddeutsche. Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetze für alle norddeutschen Bürger zu schaffen, nicht die Ungleichheit da, wo sie ist, gut zu heißen.“ Bismarck blickte zurück auf die Motive, die ihn in seiner deutschen Politik seit der Gründung des Norddeutschen Bundes geleitet und die ihm mitunter die Notwendigkeit auferlegt hätten, im Bewußtsein der Größe seiner Ziele mit Härte zu verfahren, und damit niemand im Reichstage und außerhalb desselben sich darüber täuschen möge, daß er aus derselben Quelle des nationalen Geistes auch in Zukunft die Berechtigung schöpfen werde, hart zu sein, wo es die Ehre und das gemein-

same Recht des deutschen Gesamt Vaterlandes erfordere, sprach er unter dem stürmischen Beifall des Hauses, in den nur die Fraktion der Sozialdemokraten ein mißtöniges „Dho!“ hineinwarf, mit Nachdruck die prophetisch klingenden Worte: „Wir werden mit eisernem Tritte zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegensteht!“

Das Ergebnis der Schlußberatung war, daß das neue Strafgesetzbuch unter Beibehaltung der Todesstrafe mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Ein wichtiger Vertrag, welcher dem Reichstag noch am Ende dieser Session zur Genehmigung vorgelegt ward, den Interessen der Volkswirtschaft und der Kultur gewidmet, betraf den Bau der Sankt Gotthard-Bahn und die Ermächtigung des Bundespräsidiums, das Unternehmen durch einen Beitrag von zehn Millionen Frank zu fördern. „Die Rücksichten müssen von besonderer Wichtigkeit gewesen sein“, sagte Graf Bismarck (25. Mai), „welche uns zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe, nie vorgekommenen Vorgehen einer Regierung führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutschlands liegende Eisenbahn zuzumuten. Diese Rücksichten sind aber, wie ich glaube, so oft erwogen und zum Teil auch so delikater Natur, daß ich Sie bitte, mich davon zu dispensieren, sie hier nochmals darzulegen.“ In der That waren alle Parteien des Hauses einstimmig rücksichtlich der hohen Wichtigkeit, welche diese zwei Kulturvölker verbindende Bahnlinie, die nur durch das neutrale Zwischenland der Schweiz, nicht durch das Gebiet einer der großen europäischen Mächte, Frankreichs oder Österreichs, führen sollte, für die gemeinsamen Kulturzwecke noch in später Zukunft haben werde. Mit Annahme des Vertrages (25. Mai) schloß der Reichstag die Friedensarbeiten seiner ersten Legislaturperiode, nicht ahnend, daß er nach kurzer Zeit noch einmal sich vereinigen werde, um die Mittel zu einem großen Kriege zu bewilligen.

Wohl waren noch nicht vier Friedensjahre vergangen, seitdem das deutsche Volk auf neuen Bahnen schon seiner staatlichen Einigung nachstrebte; wohl war erst ein Teil der deutschen Stämme in engeren Staatsformen geeinigt; — aber überall regte sich kraftvoll der nationale Geist, der sich nicht mehr von fremder Hand die Wege vorzeichnen lassen wollte. Überall im Volksleben sah man Freiheit und Fortschritt, Wachstum und Kraft.



Varzin vom Rißtberg aus gesehen.

## Siebzehntes Kapitel.

### Varzin.



Mit dem Schwerte sei dem Feind gewehrt,  
Mit dem Pflug der Erde Frucht gemehrt;  
Frei im Walde grüne seine Luft,  
Schlichte Ehre wohn' in treuer Brust —  
Das ist Adels Sitt' und altes Recht,  
So gedeiht sein wachsendes Geschlecht.

Aus den Papieren des Feldmarschalls  
von dem Knesefeld.

Aus der preußischen Hauptstadt führt die Eisenbahn in acht bis neun Stunden in jenes flache Hügelland rechts der Oder zwischen dem pommerischen Landrücken und der Ostseeküste, die eigentliche Heimat der „pommerischen Junker“. Man hört oft mit Geringschätzung von diesen „abgelegenen, reizlosen Gegenden“ sprechen, aber mit Unrecht. In dem höheren Teile des Landrückens finden sich anmutige Hügellandschaften, durch welche in tief eingeschnittenen Thälern die kleinen Flüsse, wie die Wipper und Stolpe, von den Seen her im schnellen Laufe der Küste zueilen. Da wechseln bewaldete Hügel mit grünen Wiesen,

sonnige Hänge mit steilwändigen Schluchten. Die Hügel gewähren Fernsichten über blaue Seespiegel und dunkle Waldstreifen, über Äcker und Wiesen. Aus dem Schilf und den Ufergebüschchen schallt das Geschwätz der Wasservögel. Hier und da steht eine einsame Fischerhütte; an den Uferweiden angebunden liegt der schwankende Kahn. Aus dunklem Forste blickt der weiße Giebel eines Herrenhauses; aus einem Kranze von Buchen und Linden schaut der hölzerne Turm der Dorfkirche hervor.

Im ganzen liegen Ernst und Ruhe über diesen pommerischen Landschaften. Sie laden zu friedlichem Verweilen in Weltabgeschiedenheit ein. Es herrscht auch hier eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Natur des Landes und dem Charakter seiner Bewohner. Schlicht und tüchtig, zuverlässig und treu, hält der Pommer zäh an alter Sitte und altem Rechte. „Es ist kein Bauer so schlecht, daß er sein Landrecht nicht wüßte“, heißt ein pommerisches Sprichwort. In dem Volkscharakter des Pommern liegt jenes starke Gott- und Selbstvertrauen, welches Männer kennzeichnet, die lieber handeln als reden.

So ungefähr sind Land und Leute in den Gegenden beschaffen, wo die alten Adelsgeschlechter der Zigewitz, Puttkamer, Kleist, Blumenthal, Bonin, Senden ihren besetzten Grundbesitz haben. Dort war es, wohin Bismarck seine Blicke richtete, als er die vom König Wilhelm als Nationalbelohnung für seine Verdienste um den Staat ihm zuerkannte Dotation in einem neuen Stammsitze für seine Familie anlegen wollte.

Im Frühjahr 1867 kaufte Graf Bismarck von Herrn Adalbert von Blumenthal, dem jüngeren Bruder des Grafen Werner von Blumenthal auf Suckow, den ausgedehnten Grundbesitz, welcher die Güter Varzin, Wuffow, Puddiger, Misdow, Chomitz und das Vorwerk Charlottenthal umfaßt. Er erweiterte den Besitz noch durch Ankauf des Gutes Seelig auf dem rechten Ufer der Wipper (1868) und des Rittergutes Alt-Chorow (1874). Auch das vier Meilen von Varzin im Rummelsburger Kreise belegene, früher Puttkamersche Reinfeld ging nach dem Tode der Schwiegereltern an Bismarck über.

Die an Varzin nächstgelegene Bahnstation der Berlin=Danziger Eisenbahn ist Schlawe, von wo eine wohlgepflegte Landstraße in südlicher Richtung nach Duagow und Wusterwitz führt; sie teilt sich bald hinter letzterem Orte in zwei Arme, deren einer südlich nach Pollnow geht, während der andre mehr südöstlich nach Wuffow — und weiter nach Rummelsburg — führt. Wuffow ist das Kirchdorf der Bismarckschen Begüterung und von Schlawe etwa drei Meilen entfernt. Von hier erreicht man in einer halben Stunde bequem den Wohnort des Gutsherrn, das in unsern Tagen so vielgenannte Varzin.

Wer unterwegs mit dem Kennerblicke des Landmanns auf den Fruchtboden achtet, der wird Besonderes nicht zu rühmen finden. Schwerer Lehmboden wechselt mit sandigen Strecken; „guten Mittelboden“ nennt das der Landmann. Was aber jedem wohlthuend ins Auge fällt, das sind die stattlichen Forsten, welche sich bis an die Wipper erstrecken. Herrliche Buchen, uralte Eichen finden sich dort, jede dem Gutsherrn einzeln bekannt. In den grünenden Laubwald hinein drängen sich dunkle Streifen von Nadelholz, hochgewachsene Tannen und knorrige Kiefern. Der erquickende Waldesduft ist hier um so stärkender, weil schon etwas mit Seelust von der nahen Küste gemischt. Zuweilen lichtet sich der Wald, ein schmaler, saftiger Wiesenteppich, von einem Bächlein durchrieselt, breitet sich am Fuße der bewaldeten Hügel entlang.

Wer Glück hat, erblickt wohl auch ein Rudel Rehe, welche flüchtigen Fußes vom Wiesenbach wieder dem Walde zueilen. Sie waren, ehe Bismarck den Besitz von Barzin antrat, fast ganz verschwunden. Da gründete Bismarck mit den Besitzern von neun angrenzenden Rittergütern einen Rehschonverein auf mehrere Jahre, und seitdem hat der Wildstand auf den Bismarckschen Gütern wieder sehr zugenommen; doch kommt Rotwild nur als Wechselwild vor, aber an Schwarzwild fehlt es nicht; Hasen und Füchse gibt es dort in großer Anzahl.

Von Wuffow geht eine etwas höckerige Landstraße links in das Dorf hinein; ein Privatweg biegt rechts ab und führt durch den Park nach dem Schlosse von Barzin. Die Dorfstraße führt zwischen den letzten Häusern des Dorfes und den von einer hohen Mauer umgebenen Küchengärten nach dem Wirtschaftshofe und weiter nach den nächsten Dörfern (Püstow, Plözig). Das Schloß sowie das Försterhaus, die Stallungen und Remisen liegen zur Rechten der Straße. Der vorhin erwähnte Privatweg durch den Park trennt die letzteren von den herrschaftlichen Gebäuden und mündet hier in die Dorfstraße.

Das Hauptgebäude des Schlosses war bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts gebaut, ein massiver, einstöckiger Bau, welcher zu jeder Seite der Thüre zwei Fenster zeigt. In dem Giebelstücke über dem Eingang sieht man das Wappen des früheren Besitzers (von Blumenthal). Die südliche Fassade ist mit einer Veranda dem jenseit der Gartenanlagen an sanften Hügelwellen ansteigenden Parke zugewandt. Rechts und links sind zwei Seitenflügel angebaut; der Hofraum zwischen beiden und dem Hauptgebäude ist nach der Dorfseite geöffnet.

Eine breite Freitreppe, zu beiden Seiten mit Palmbäumen besetzt, führt vom Schloßhofe nach der Vorhalle hinauf. Hier empfängt der Fürst als schlichter Landadelmann seine Gäste und nimmt sie in die Gastfreundschaft seines Hauses auf.

Aus der Empfangshalle tritt man links in das Arbeitszimmer des Fürsten, rechts in den Speisesaal, geradeaus in einen geräumigen, mit Jagdtrophäen geschmückten Treppenflur, aus welchem eine mächtige Eihentreppe nach den Logierzimmern im oberen Stockwerk hinaufführt. Zu beiden Seiten des Treppenflurs liegen links das Empfangszimmer der Fürstin, rechts der Gesellschaftssalon. Geradeaus führt die Thüre nach der Veranda.



Am Kaminfeuer.

Die Fenster im Arbeitszimmer des Fürsten schauen nach dem Hofe hinaus. An dem ersten Fenster steht der Arbeitstisch, davor ein sogenannter Lutherstuhl mit drehbarem Sitze; alle Möbel sind aus Eichenholz, im alten Renaissancestil gearbeitet. Die lange Wand der Thüre gegenüber wird durch ein Sofa eingenommen, davor steht ein großer Tisch, mit Büchern, Landkarten u. s. w. bedeckt, von Lehnstühlen umgeben.

In allen Zimmern befinden sich Kamine. Der Fürst ist ein Liebhaber des prasselnden Kaminfeuers. Einmal im Herbst kehrte er mit einem Gaste durchnäht vom Spazierritt zurück. Während er sich in seinem Zimmer vor

dem Kaminfeuer umkleiden konnte, fand der Gast noch eine kalte Stube mit urväterlich pommerschem Ofen vor. Das ging dem Fürsten zu Herzen, und er ließ seitdem auch in allen Logierzimmern Kaminöfen setzen.

Den Schmuck der Wände im Arbeitszimmer des Fürsten bilden größtenteils Erinnerungen aus dem Kriege von 1866, photographische Darstellungen von Szenen aus der Schlacht bei Königgrätz, das große photographische Bild der sämtlichen Heerführer und Generale, endlich eine große Photographie, den König in der Umgebung seiner Generale am Morgen der Schlacht bei Königgrätz vorstellend, ein Geschenk des Königs.

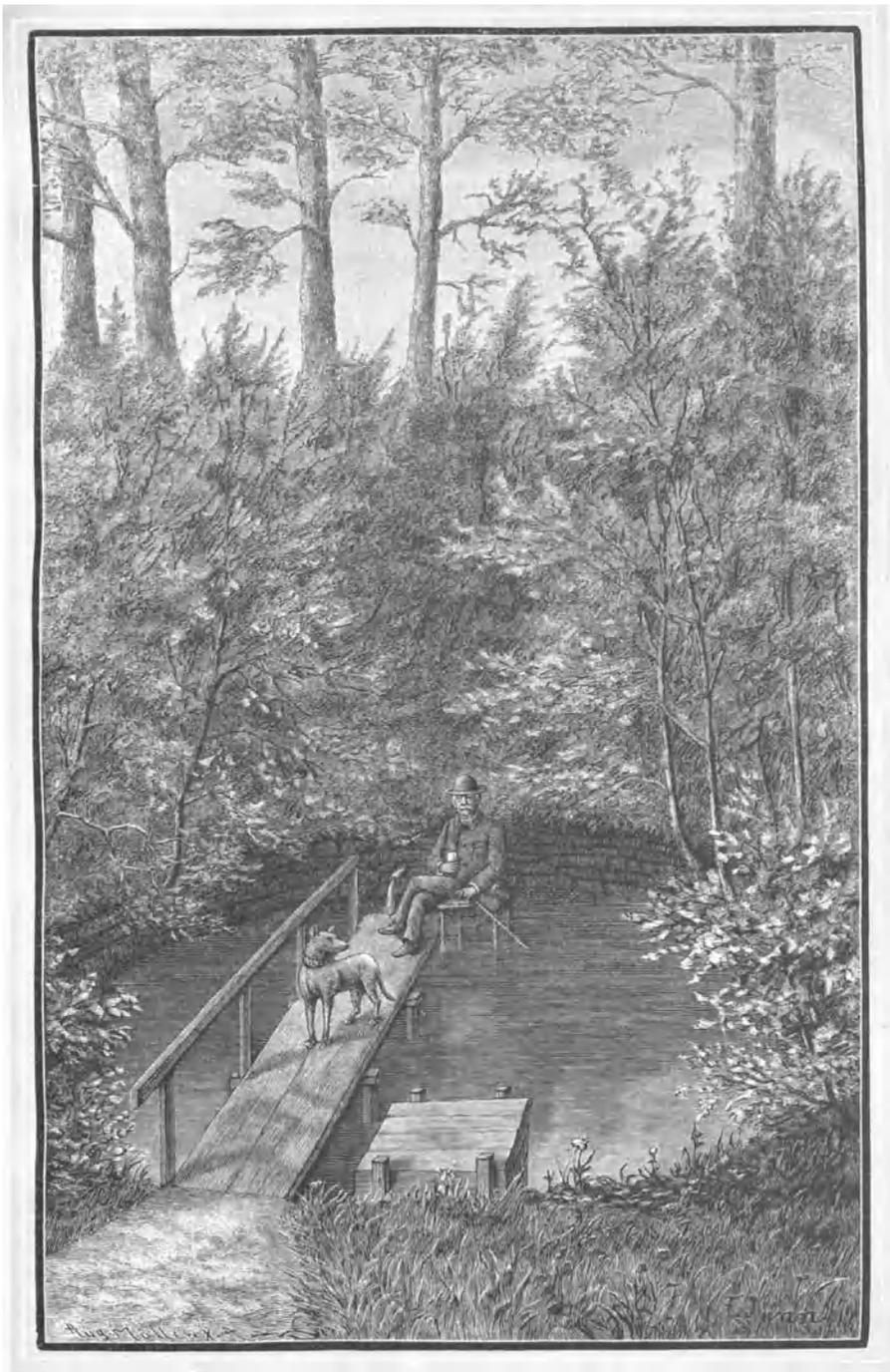
Als ein Geschenk aus neuerer Zeit erwähnen wir vorgreifend eine prachtvolle Gobelinportiere über der Eingangsthüre aus der Vorhalle, die Buße König Heinrichs IV. in Canossa vorstellend.

Aus dem Arbeitszimmer des Fürsten treten wir rechts in den Empfangssaal der Fürstin, dessen Fenster nach dem Park hinaus schauen. An den Gesellschaftsalon schließt sich rechts ein großes Billardzimmer mit vier Fenstern und hohen Glasthüren nach dem Parke und dem Gewächshause. Durch eine Glasthüre tritt man auf die Veranda hinaus und genießt von hier die Aussicht über das mit Rosenstöcken besetzte Rasenparterre des Gartens nach dem jenseit desselben terrassenförmig ansteigenden Park. Ein kleiner Teich, über den eine zierliche Brücke sich schwingt, trennt Garten und Park.

Die beiden Seitenflügel, welche nach der entgegengesetzten Seite sich öffnen, enthalten einige Gastzimmer, außerdem Küche und Dienstkammern.

In neuerer Zeit ist das Schloß durch einen viereckigen Anbau nach Osten hin erweitert worden. Die unteren Räume desselben enthalten ein Vorzimmer, die Bibliothek, das Wohn- und das Schlafzimmer des Fürsten; in dem oberen Geschoße befinden sich die Zimmer der Söhne des Fürsten sowie einige Fremdenzimmer und ein gemeinschaftlicher Gesellschaftsalon für die Gäste des Hauses.

Die architektonische Ausstattung des ganzen Neubaus ist bürgerlich einfach zu nennen. In allen fraglichen Fällen ist der Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit der Vorrang vor dem Luxus, zuweilen sogar vor der Ästhetik gegeben. Nur im Arbeitszimmer des Fürsten ist einiger architektonischer Luxus entfaltet, insofern die Wände desselben bis zur halben Höhe mit Eichenholzgetäfel bekleidet sind und auch die Decke in Täfelung ausgeführt ist. In der abgestumpften Ecke desselben steht ein mächtiger Kamin aus grün glasierten Kacheln, in welchem ganzes Stammholz unzerkleinert verbrannt werden kann; obenan in einer Nische steht eine Büste des großen Kaisers Wilhelm und rechts wie links davon sieht man die Büsten des Kaisers Friedrich (als Kronprinz) und des Prinzen Friedrich Karl. Zu seinem Arbeitsplatze hat der Kanzler den nach der Südostecke vorspringenden Erker bestimmt, dessen



Am hohen Brunnen im Park zu Warzin.

hohe Fenster eine erfrischende Aussicht über Wiesen und wogende Waldwipfel hinweg gewähren.

Vor dem neuen Anbau des Schlosses erhebt sich im Süden ein bewaldeter Hügel, einst die Nichtstätte, und daher noch jetzt der „Nichtberg“ geheißten. Von hier aus überfieht man nach Osten auf eine Meile Länge das Thal der Wipper, auf deren jenseitigem Ufer das Gut Seelitz auf dieser Seite die Grenze der Bismarckschen Besitzungen bildet. Das Ufer erscheint wie eine lange Berglehne, aus der einzelne Kluppen hervorragen, bei gewissen Beleuchtungen täuschend wie eine Gebirgslandschaft.

Fern von den wirren Gestaltungen des Lebens findet Bismarck in seinem schönen Heim die wohlthuende Landeinsamkeit und atmet erquickenden Waldfrieden. Hier braucht er keine Gesandten zu empfangen, keine Büreau-gesichter zu sehen, keine Kammerreden zu hören. „Eine Wruke (Feldrube) interessiert ihn mehr als die ganze Politik“, sagte die Fürstin einmal von ihrem Gemahl. „Freilich jedes zu seiner Zeit und an seinem Plage“ möchten wir beschränkend hinzusetzen. Varzin ist für ihn das „Reich im kleinen“. Sein Ministerium ist gebildet aus Förstern und Pächtern, Baumeistern und Fabrikanten, Gärtnern und Schäfern. Aber er selbst ist die leitende Seele, die treibende Kraft und überwacht mit Strenge alle Zweige der landwirtschaftlichen und industriellen Verwaltung seines Reiches.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Bismarck dem Forstwesen und sagt wohl selbst scherzend, er habe seinen Beruf verfehlt, hätte eigentlich Förster werden sollen. Alle kahlen Kluppen hat er bewaldet und die Forsten wieder in Ordnung und Stand gebracht; jeder einzelne Baum ist ihm bekannt. Die große Wasserkraft der Wipper wurde früher nur zum Treiben einer ärmlichen Mühle verwandt. Nachdem diese abgebrannt, kaufte Bismarck das Grundstück und legte eine Pappen- und eine Papierfabrik an, beide mit mächtigen Turbinen. Dem Pächter, der nichts als Kiefernholz zu seinen Fabrikaten verwendet, liefert er das Holz aus seinen Forsten und bezieht dadurch eine Einnahme aus denselben, von welcher die früheren Besitzer und die Nachbarn keine Ahnung hatten.

Im Jagdhut und grünen Rocke, das Brunnenglas in der Hand, so bricht Bismarck oft schon am frühen Morgen auf. Dann geht's

— „auf taubperltem Pfad  
Durch schlankes Gras, durch duftiges Moos,  
Durch frischer Lüfte stärkend Bad  
Dem grünen Dickicht in den Schoß.“

Grüßend umfängt ihn der Wald mit seinem alten Liede, das bald sanft anhebt, wie lieblicher Stimmen Chorgesang, bald gewaltig aufbraust in Laub und Kronen, wie der Schlachtenbardengefang deutscher Krieger.

Zum Frühstück, das gegen 10 Uhr, und zwar nach englischer Art — Thee, Eier und kaltes Fleisch — eingenommen wird, liebt Bismarck alle Hausgenossen versammelt zu sehen. Dann liest er oder läßt sich vortragen, was die Morgenpost gebracht hat, und gibt in einer Viertelstunde soviel Dispositionen, daß zuweilen der Tag nicht ausreicht, sie zu verarbeiten. Um ein Uhr folgt ein Spazierritt, und um fünf Uhr wird zu Mittag gespeist. Wer von den Hausgenossen mit dem Fürsten in nähere Berührung kommt, wird zur Tafel gezogen. Die Mahlzeit ist einfach, aus vier Gängen bestehend. Bismarcks Getränk ist ein leichter Rotwein, oft auch Bier; wenn Gäste zu bewirten sind, auch wohl Champagner. Weiter fließt die Rede und die gute Laune des Wirts gibt die Würze dazu.

Sogleich nach der Mahlzeit wird der Kaffee eingenommen, im Sommer auf der Veranda. Die Zigarre, welche Bismarck sonst zum Kaffee rauchte, war neuerdings durch die patriarchalische Pfeife verdrängt. Im Winter steht Bismarcks Kaffeetasse auf dem Kaminsims im Billardzimmer; dann macht es ihm Vergnügen, das Feuer im Kamin mit hineingeworfenen Tannenzapfen zu unterhalten und die schlummernden Funken zur lodernen Flamme zu wecken. Zu seinen Füßen sitzt eine gewaltige Dogge, die kein Auge von ihrem Herrn wendet und sein steter Begleiter auf allen Spaziergängen ist.

Um neun Uhr wird die Abendpost besorgt. Die Briefe, welche abgehen sollen, werden vorgelegt, die Unterschriften vollzogen. Gegen zehn Uhr versammelt sich die Familie im Salon am Theetisch. Eine Stunde später ist Postschluß und im allgemeinen die Zeit der Nachtruhe. Bei lebhaftem Geschäftsverkehr muß jedoch häufig ein Teil der Nacht für Arbeiten zu Hilfe genommen werden. Denn ganz „procul negotiis“ kann der Kanzler auch in Warzin nicht bleiben; dafür sorgt der geschäftige Telegraphendraht zwischen Berlin und Warzin, der die Kunde von allen wichtigen Begebenheiten sogleich ihm zuträgt.

„Politische Gespräche zwischen Berlin und Warzin“ — so erzählt ein Korrespondent der Wiener Presse — „gehen vor sich, während etwa auf des Kanzlers Tische der Gärtner verschiedene Zwiebelknollen ausgebreitet hat, von denen diejenigen Sorten ausgesucht werden, die sich für den Gemüsegarten am besten eignen. Oder der Baumeister Böckmann von Berlin entwickelt gerade seinen Plan, wie am besten der Anbau nach der Parkseite auszuführen ist, da unterbricht ihn Bismarck mit den Worten: „Einen Augenblick, ich will nur in der spanischen Sache Bescheid geben.““

Zu den lieben Genossen des Warziner Kreises gehörte früher der Geheime Legationsrat von Keudell, ein Jugendfreund der musikalischen Fürstin, deren elterliches Haus er einst häufig besucht hatte. Ein anderer Genosse des Warziner Kreises war der Geheime Legationsrat Lothar

Bucher, dessen Lebensgang als ehemaliger Abgeordneter der Berliner Nationalversammlung von 1848 und als politischer Flüchtling in London für den deutschen Kanzler kein Hindernis bot, jenen erfahrungsreichen Mann, welcher in England gründliche Studien über den Parlamentarismus gemacht und sich zu einem Publizisten ersten Ranges emporgearbeitet hatte, in seine unmittelbare Nähe zu ziehen. Denn es gehört zu den großen Verdiensten



Lothar Bucher beim Fürsten Bismarck im Arbeitszimmer.

des Kanzlers, daß er bei der Anstellung hoher Beamten im Staatsdienste sich niemals an Vorurteile bindet, daß er den Menschen nach seinem wahren Werte zu schätzen und für den rechten Mann den rechten Platz zu finden weiß. Er fragt nicht: „Welcher Partei gehörst du an?“ — sondern: „Wie dienst du am besten dem Vaterlande?“ Dieser Eigenschaft verdankt das Land das Wirken einer großen Anzahl von tüchtigen und ausgezeichneten Kräften in den hervorragendsten Staatsämtern.

Auf eine Bewerbung Buchers um eine Rechtsanwaltsstelle, nachdem er infolge der Amnestie aus England nach Deutschland zurückgekehrt war, machte Bismarck ihm den Vorschlag, versuchsweise in dem Ministerium des Auswärtigen zu arbeiten (Dezember 1864). Nach einem Jahre wurde Bucher definitiv angestellt und ist seitdem zum Geheimen Legationsrat aufgestiegen. Er war es, der dem Kanzler gewöhnlich in sein ländliches Stillleben nach Barzin folgte, zuweilen sein einziger Begleiter.

Auch aus der Ferne sah Barzin schon hohe Gäste, wie (im Sommer 1869) den württembergischen Staatsminister Freiherrn von Varnbüler und in späterer Zeit den deutschen Botschafter aus Paris, Fürsten Hohenlohe.

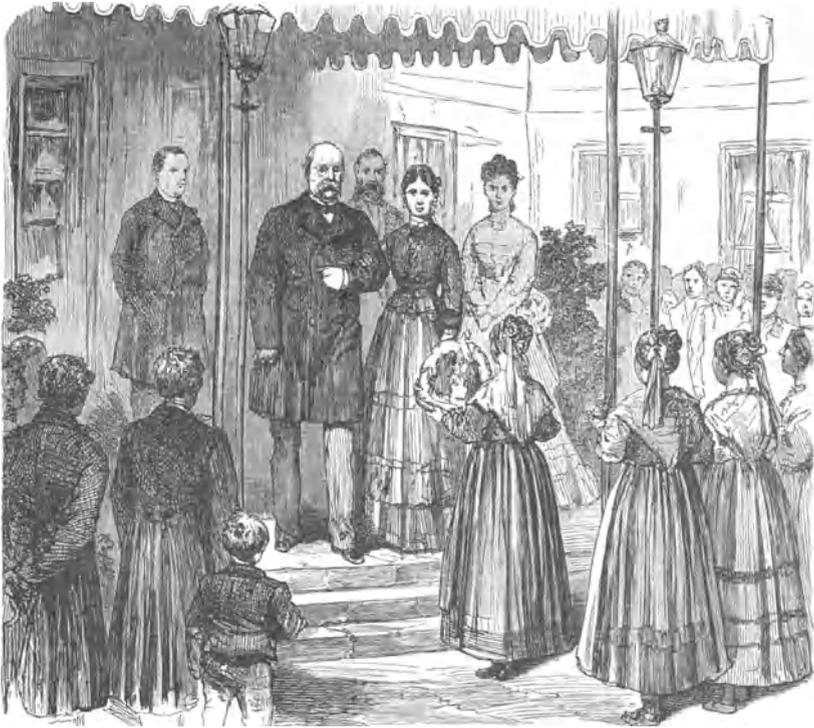
Wie in Schönhausen, so genießt Bismarck auch in Barzin die Verehrung der Dorfbewohner, und ihm selbst ist der Anblick der treuen, ehrlichen Gesichter wohlthuend, ihr schlichter Gruß wird von ihm herzlich erwidert. Er unterhält sich freundlich mit den Leuten über ihre häuslichen Verhältnisse, gibt ihnen Ratschläge und hat manchem schon aus der Not geholfen.

Wohl bei keiner Veranlassung tritt aber das Verhältnis der Herrschaft zu den Dorfleuten anmutender hervor, als bei Gelegenheit des Erntefestes, der sogenannten „Aust“. Während noch unter den regsamten Händen der Schnitter die Garben sich türmen und Wagen auf Wagen, schwer beladen mit den Früchten des ländlichen Fleißes, zum breiten Thore der Scheune hineinschwankt, halten bereits die Mägde auf dem Felde Zwiesprache, welche von ihnen heuer zu der Ehre kommen wird, der Herrschaft die Erntekrone zu überreichen. Der Hofmeister hat im stillen Erkundigungen eingezogen und wählt ein ordentliches, fleißiges Mädchen zur Ehrenjungfrau. Sie stellt gleichsam die Ehre des Dorfes dar, die in der treuen Arbeit beruht. Vor den Hausthüren treffen sich abends die Mägde und überlegen die Verse, welche die Jungfer bei Überreichung des Kranzes zu sprechen hat.

Endlich ist der Festtag herangekommen. Unter den fröhlichen Klängen der Dorfmusik, die von einem ehemaligen Trompeter der Blücherschen Husaren dirigiert wird, setzt sich der Zug die Dorfstraße hinab nach dem Gutshofe in Bewegung. Auf einer hohen Stange trägt die Ehrenjungfrau die aus Ähren geflochtene, mit bunten Bändern und Schleifen verzierte Erntekrone wie eine Standarte voran. Dann folgen paarweise die Mägde und Burschen in ihrem Sonntagsstaat. Die ersteren führen mit bunten Bändern gepuzte Rechen auf der Schulter und Kränze von Feldblumen im Haar. Die Burschen schwingen im Vorgefühl der Festfreude schon unterwegs jauchzend ihre behänderten Hüte.

Auf dem Gutshofe wird im Halbkreise, die offene Seite nach dem Schlosse, Aufstellung genommen. Der Fürst, die Fürstin, Gräfin Marie, gewöhnlich auch einer der Söhne, erscheinen auf der Freitreppe, von einem dreifachen Tische der Dorfmusik und mit fröhlichem Schwingen der Hüte begrüßt.

Darauf tritt die Sprecherin mit der Erntekrone vor; sie weiß nichts von dem mächtigen Kanzler, sie kennt nur den gnädigen Herrn, dem jedermann im Dorfe die größte Verehrung zollt. Deshalb spricht sie zwar mit pochendem Herzen, aber dreister und freier als irgend ein Abgeordneter auf der Reichstagstribüne, ihre Verse her, in welchen sie jedem Familiengliede ihre besonderen Wünsche darbringt.



Erntefest in Varzin.

„Ich wünsche Seiner Durchlaucht ein schwarzbraunes Pferd,  
Damit er kann reiten durch Feuer und Schwert,  
Und einen Degen in seine Hand,  
Damit er kann kämpfen fürs Vaterland;  
Ich wünsche Seiner Durchlaucht einen grünen Tannenwald,  
Darin er kann spazieren fahren sein lebenslang. —  
Ich wünsche Ihrer Durchlaucht ein hohes Haus,  
Auf allen Fünfen bauen die Vögel sich Nester darauf,  
Von Rosen das Dach, von Myrten die Thür,  
Von Gold und Silber ein Riegel dafür;  
Ich wünsche Ihrer Durchlaucht einen Rosengarten,  
Damit sie kann viele Freude von ihren Kindern erwarten; u. s. w.

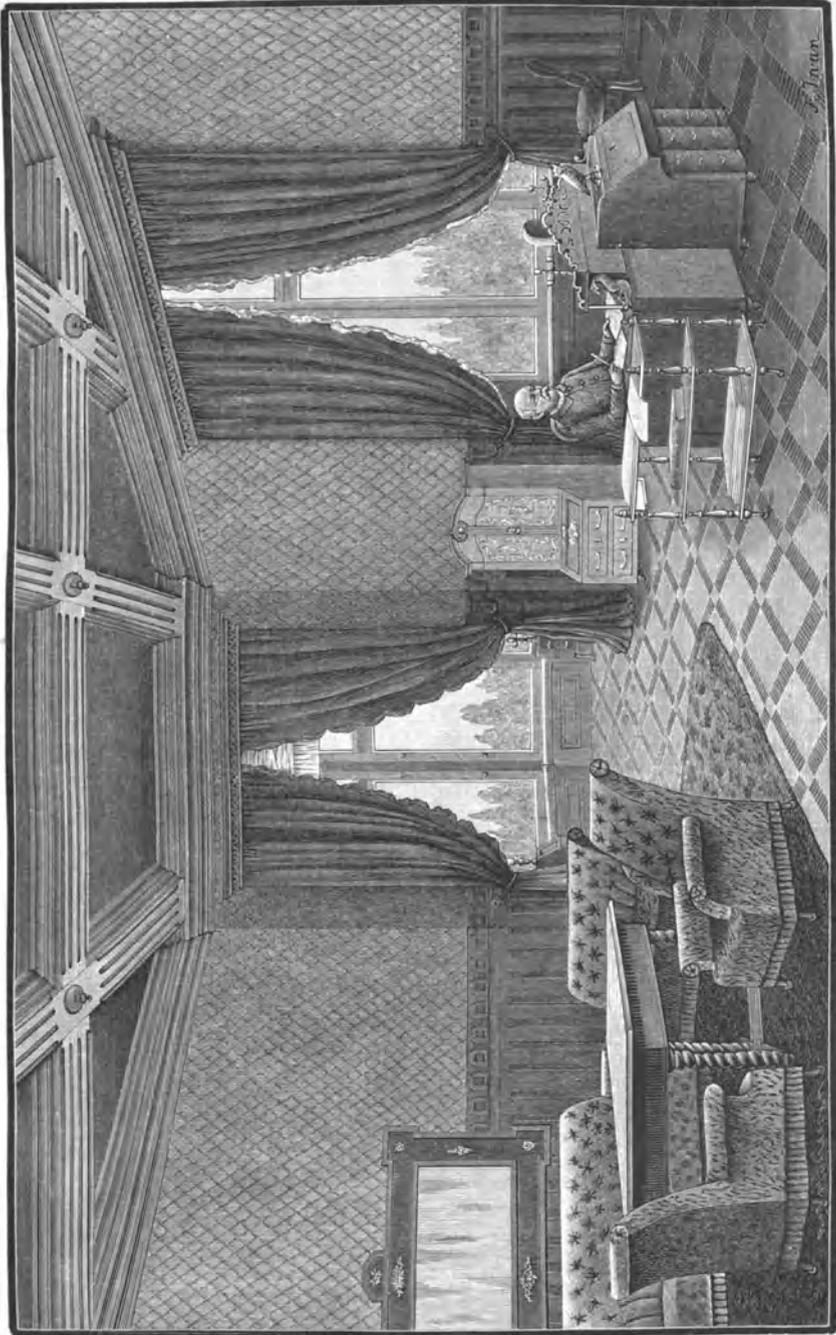
Der Fürst hat mit aufrichtigem Ernste freundlich zugehört und nimmt dankend die Krone an. Dabei weist er mit einigen ermunternden Worten auf den Segen der Arbeit hin. Dann eröffnet er mit der Ehrenjungfrau sogleich auf dem Schloßhofe den Tanz, wozu die Musik aufspielt. Der Hofmeister nähert sich mit ehrfurchtsvoller Verbeugung der Fürstin und bittet gleichfalls um die Ehre des Tanzes, welche ihm auch in Form eines Rundganges um den Schloßhof bewilligt wird. Auch die Gräfin Marie und der junge Graf Bill beteiligen sich am Tanze. Im bunten Reigen schwingen sich die Paare. Für die Bewirtung mit einem guten Bier und kräftigen Imbiß ist reichlich Sorge getragen. Noch lange dauert das ländliche Fest in ungebundener Fröhlichkeit fort.

Am frühen Morgen des andern Tages aber sind wieder alle Hände in Thätigkeit. Hier wird noch ein Wagen entladen, dort hört man die Schläge der Dreschmaschine und das Klappern der FlachsSchwingen, dort sieht man schon den Rauch der Kartoffelfeuer aufsteigen. Bismarck reitet über die kahlen Stoppelfelder.

Auch trübe Tage hat Bismarck in Barzin gesehen. Als er im Sommer 1868 am Nervenleiden daniederlag und seine schlaflosen Nächte hatte, da brachte seine Gemahlin manche sorgenvolle Stunde an seinem Lager zu. Dann kam jener unglückliche Sturz mit dem Pferde, der den kaum Genesenen von neuem auf das Krankenlager warf. Wie richteten sich da besorgt die Blicke nach Barzin, und welche Freude war allerorten, als die Nachrichten von dort endlich besser lauteten! Von vielen Seiten wurden dem Genesenden in Barzin Erfrischungen und Mittel gegen die Schlaflosigkeit, an der er noch litt, zugesandt oder doch wohlgemeinte Ratsschläge erteilt. So riet ihm ein alter Soldat, täglich ein Pfund Portoriko zu rauchen, dann würde sich die Schlaflosigkeit verlieren. Bismarck lachte herzlich und sandte dem wackeren Krieger eine Pfeife und eine Quantität Tabak mit dem Ersuchen, für ihn zu rauchen.

Ein „alter Bursche“ aus Posen sandte ihm einen fetten Putzhahn als Sonntagsbraten, und ein anderer „alter Bursche“, der gemüthliche Demagog Friß Reuter, damals in Eisenach, begleitete die Gabe mit einem originellen Gedicht.

Eine schwere und gefährliche Nervenkrankheit befiel Bismarck im Juni 1870, als er nach den anstrengenden Sitzungen im Reichstag und Landtag in Barzin Erholung suchte. Seine Wiedergenesung fiel gerade in die Zeit, als Deutschland dringender als je seines Rates und Beistandes gegen den äußeren Feind bedurfte. Als er wieder einmal durch das Dorf ging, begegnete er einem alten Tagelöhner, der auch krank gewesen war. „Nu seid Ihr wohl wieder ganz auf dem Tüge?“ fragte Bismarck. — „I ja“,



Arbeitszimmer des Fürsten Bismarck zu Varzin.

erwiderte der Alte, „Sie sollten man oft hier bleiben, dann würden Sie noch mal so frisch!“ — „Ja, wer's so haben könnte, wie Ihr“, lachte Bismarck, „und immer in Barzin sein! — Das glaube ich wohl.“ —

So oft Bismarck nach Barzin geht, verlautet in den Zeitungen von großen Staatsaktionen, die sich vorbereiten, und die Sage dichtet ihm eine geheimnisvolle, wunderbare Thätigkeit daselbst an — nicht mit Unrecht;



Ritt in Barzin: Bismarck mit seiner Tochter

denn die Ruhe in Barzin ist für ihn das Atemschöpfen zu neuer Kraftanstrengung. Der Geist, dessen Spannkraft unter der fortwährenden Last der Staatsgeschäfte nachlassen müßte, findet hier in der Ruhe zugleich neue Gesichtspunkte, große Ziele. In Bismarcks Natur liegt jenes treibende Vorwärts, jener rastlose Schöpfungsdrang, der ihn selbst auf dem Krankenlager ausrufen läßt: „Schickt mir nur keinen Sekretär, sonst arbeite ich doch!“ — Auch wenn er, vom Schläfe gemieden, von seinem Lager aufbricht und, achtlos auf den Pfad, in die stille Waldnacht hinausstreitet, dann ist es der Genius des deutschen Volkes, den seine Gedanken suchen.

Ungern scheidet Bismarck von dem Stillleben in Varzin, wo jedes Plätzchen ihm heimatlich lieb geworden, doch ihn rufen andre Stimmen, denen er folgen muß; er folgt dem Ruf der Pflicht für das Vaterland.

Still ist es um das alte Herrenhaus, zwischen Wolken und Wipfeln wandelt der Mond, die weißen Statuen im Park leuchten in seinem Schimmer. In den Waldeskronen rauscht es leise wie wehende Runensprüche, und die alten Eichen stehen wie träumende Helden. Über den Wiesen brauen die Nebel, aus dem schwankenden feuchten Meere heben sich geisterhafte Gebilde. Ist's nicht ein wallender Mantel dort um eine reckenhafte Gestalt mit Zepher und Kaiserkrone? — Ist's nicht ein Weib mit langem, wehendem Haar, weit vorgebeugten Leibes, das immer höher, immer mächtiger sich emporrichtet, die Linke gestützt auf den Schild, in der Rechten das flammende Schwert? — — Traumbilder sind's, Gebilde der Phantasie, sie erhalten aber Leben und Bedeutung durch den, der sie blickt.





Bismarck auf dem Schlachtfelde von Mars la Tour (17. August 1870).

## Achtzehntes Kapitel. Von Warzin bis Sedan.

Entzwei und gebiete, —  
Tüchtig Wort!  
Berein und leite, —  
Bess'rer Hort.

Goethe.

So weit die deutsche Geschichte zurückreicht, so alt ist das Streben des französischen Nachbarreiches, die Macht Deutschlands zu schwächen und sich selbst auf Kosten derselben zu erheben. Die Regierungsformen haben in Frankreich oft gewechselt, aber zu allen Zeiten hat das Letztere gegenüber Deutschland dieselbe habgierige und ränkevolle Politik befolgt. Immer streckten seine Machthaber begierig die Hände nach den gesegneten Uferlanden des Rheines aus.

Auch Napoleon III. sah in einem glücklichen Kriege gegen Deutschland, dessen Preis in der Erwerbung der Rheingrenze für Frankreich bestünde, das

letzte Mittel, um sein gesunkenes Ansehen vor den Augen der französischen Nation wieder zu heben und seine Dynastie zu befestigen. Er hatte keine fittlichen Bedenken gegen die Anwendung dieses Mittels; aber in der düsteren Vorahnung, daß ein Krieg gegen Deutschland im unglücklichen Falle ihm den Thron kosten könne, verschob er den verhängnisvollen Entschluß von Jahr zu Jahr und versuchte immer noch auf andre Weise, den leitenden Minister Preußens in seine Pläne hineinzuziehen. Hätte er auch nur über die Abtretung eines Dorfes, eines schmalen Landstreifens mit diesem zähen Kanzler sich verständigen können, um die öffentliche Meinung zu befriedigen, wär' es ihm auch nur möglich gewesen, den moralischen Beistand Preußens zur Besitzergreifung Belgiens zu erlangen; — er würde vom Kriege Abstand genommen und Preußen lieber als Verbündeten denn als Gegner gesehen haben. Daher das Zögern und Schwanken in seiner Politik und der wachsende Einfluß der Kaiserin Eugenie, welche ihrerseits im Vereine mit gewissen ultramontanen Bestrebungen verderbende Pläne gegen das protestantische Preußen zu verwirklichen sich bemühte. Mit dem Glaubenssaße der Unfehlbarkeit des Papstes sollte der Sieg der großen Nation über Preußen Hand in Hand gehen; Rom und Paris sollten die Metropolen der Welt werden, um welche die Menschheit wie um ihre Achsen sich zu drehen hätte. Zur Erreichung des Zweckes, den leitenden deutschen Staatsmann wegen seiner vaterländischen Gesinnung zu verdächtigen und den Haß gegen die deutsche Vormacht zu schüren, wurde sogar die Verbreitung von Unwahrheiten nicht gescheut. Auch fanden die Umtriebe der Welfen und ihres Anhangs durch Frankreich kräftige Unterstützung; auf französischem Boden sammelte sich die welfische Legion, eine Art Avantgarde gegen Preußen. Die Presse stimmte das Kriegsgeschrei „Rache für Sadowa!“ an, und der schwache Kaiser that nichts, um dasselbe zu dämpfen.

Inzwischen machte gegen Ende des Jahres 1869 Napoleon noch einen Versuch, seine Dynastie zu stützen, indem er ein Ministerium aus den Reihen der Opposition berief und eine neue, liberale Ära des Kaisertums einzuleiten suchte. Dem eiteln, schlangenglatten Ollivier wurde der rücksichtslose, prahlerische Herzog von Gramont beigelegt, um die Geschicke Frankreichs zu leiten. Die Nation wurde aufgefordert, die neuen Regierungsformen des Kaiserreichs durch ein Volksvotum zu billigen. Die alte Maschinerie der Volksabstimmung, durch die Präfekten noch einmal in Bewegung gesetzt, that ihre Schuldigkeit; aber die anderthalb Millionen Nein fielen ebenso schwer in die Waage, als die sieben Millionen Ja.

Während die französische Nation, unzufrieden mit ihrem erwählten Oberhaupte, unzufrieden mit sich selbst, voll Unklarheit über ihre politischen Aufgaben, in einem auswärtigen Kriege allein noch eine Ablenkung von den

kläglichen inneren Zuständen erblickte, war das deutsche Volk in stiller, friedlicher Entwicklung begriffen. Genügsam und friedfertig, froh der erprobten Wehrkraft und des redlich erworbenen Wohlstandes, hatte das Volk Norddeutschlands seit vier Jahren seine neue politische Arbeit aufgenommen, und schon boten auch die freisinnigen Männer Süddeutschlands ihre Hand zum Bruderbunde.

Als das oberste Haupt in deutschen Landen, und an der Spitze des mächtigsten deutschen Staates stand ein Fürst, beliebt und verehrt von allen, die ihn kannten. Gerecht und milde, gemäßigt und bescheiden, voll markiger Kraft und angeborener Hoheit, führte König Wilhelm die Regierung, allein beherrscht von dem Gedanken seiner königlichen Pflichten gegen sein Volk und gegen sein Vaterland und von dem Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor Gott. Nur widerstrebend hatte er zu zwei Malen, als ihm kein anderes Mittel mehr blieb, das Schwert für des Landes Recht und Ehre gezogen. Sein Sinn stand nicht nach Vergrößerung seines Landes, noch nach Erhöhung seines Hauses; er hatte „an alten Ehren und neuen Siegen genug“. Und auf allem, was er unternahm, ruhte offenbar der Segen Gottes.

Auch Graf Bismarck, der Ministerpräsident und Bundeskanzler, konnte zufrieden auf die Erfolge seines staatsmännischen Wirkens zurückblicken und begehrte nicht nach neuen Vorbeeren. War auch mit der Gründung des Norddeutschen Bundes erst eine Vorstufe zur Einigung Gesamtdeutschlands beschritten, so hatte er doch hierdurch die Einheitsbewegung in eine Bahn gelenkt, in welcher ein Zurücktreten nicht mehr denkbar war. Bismarck hatte die Gegensätze der verschiedenen politischen Parteien im Lande einander zu nähern verstanden und das Interesse für die großen gemeinsamen Aufgaben der Nation geweckt. Aber er wußte zugleich, von welcher Seite dem deutschen Einigungswerke Gefahr und Schaden drohte, und er fühlte sich berufen, mit scharfem Auge die Pläne der Gegner Deutschlands zu überwachen und rechtzeitig zu vereiteln.

Napoleon hat den wahren Charakter Bismarcks niemals erkannt. Es ist richtig, daß er, als dieser ihm (1862) seine Abberufung von dem Pariser Gesandtschaftsposten angezeigt hatte, die Äußerung that: „Ce n'est pas un homme sérieux!“ („Das ist kein aufrichtiger Mann!“) — Nur so läßt es sich erklären, daß er sich bis zum letzten Augenblicke noch mit der Hoffnung täuschte, den preussischen Staatsleiter für seine Pläne in betreff des linken Rheinufers und Belgiens gewinnen zu können.

Es war im Sommer 1870. Dieser Friede herrschte allenthalben in der Welt. In Berlin waren Land- und Reichstag geschlossen. Roon und Moltke weilten auf ihren Landsitzen; Bismarck, seit dem Mai in Warzin, trank Karlsbader und freute sich der Stille der Wälder. König Wilhelm befand sich zum Besuch der Heilquellen in Ems.

Am 30. Juni gab der Minister Ollivier im Gesetzgebenden Körper zu Paris die Erklärung ab: „Wohin man blickt, kann man nirgends eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte; überall haben die Kabinette begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich jedermann aufdrängt, namentlich aber vor den beiden Verträgen, auf welchen der Friede Europas ruht: vor dem Pariser Vertrage von 1856, der für den Orient, und vor dem Prager Vertrage von 1866, der für Deutschland den Frieden sichert.“

Drei Tage darauf zeigte sich am heiteren Sommerhimmel ein Wölkchen, kaum groß genug, um einen Schatten zu werfen, aber noch einige Tage später hatte es die Ausdehnung einer drohenden Kriegswetterwolke angenommen.

Es war bekannt geworden, daß der spanische Ministerpräsident Marschall Prim im Auftrage der provisorischen Regierung Spaniens an den Prinzen Leopold von Hohenzollern die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, die spanische Königskrone anzunehmen, wenn dieselbe ihm durch die gesetzliche Vertretung der Nation, die Cortes, angetragen würde, und daß der Prinz zugesagt hatte. Ein „preußischer Prinz“ als Bewerber um die spanische Königskrone, — das war ein neuer Beweis von dem unerfülllichen Ehrgeiz Preußens; es war eine Beleidigung für Frankreich, welches unter dem ersten Napoleon allein über die Throne Europas verfügt hatte. Ein Krieg, zu dem Zwecke unternommen, um die ehrgeizigen dynastischen Ansprüche Preußens zu bekämpfen, welcher außerdem Frankreich die Aussicht auf Gewinnung der Rheingrenze eröffnete, mußte die Stimme der Nation für sich haben und den Thron des Napoleoniden mit neuem Glanze umgeben. Es galt schnell zu handeln, um die günstige Gelegenheit nicht entschlüpfen zu lassen.

Der Telegraph trug die Instruktionen der kaiserlichen Regierung an die französischen Geschäftsträger bei den deutschen Höfen. Die Minister, Herzog von Gramont und Ollivier, ersuchten den Norddeutschen Botschafter, Freiherrn von Werther, der sich soeben auf Urlaub nach Ems begeben wollte, seinem Könige Kunde von der Aufregung zu geben, welche die Nachricht in Frankreich hervorgerufen habe. Im Gesetzgebenden Körper wurde eine Interpellation über denselben Gegenstand angekündigt. Alle beeinflussten Organe der Pariser Presse schilderten die Hohenzollernsche Thronkandidatur als aus einer Intrigue hervorgegangen, die Graf Bismarck seit langer Zeit mit dem Marschall Prim gesponnen habe, und als eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit Frankreichs durch Preußen.

In der That stand die preußische Regierung der Hohenzollernschen Kandidatur nicht näher als irgend eine andere. Sie konnte den Prinzen zur Annahme der spanischen Königskrone weder ermächtigen, noch ihm dieselbe verbieten. War ihm die Krone durch die spanische Nationalvertretung

angetragen und von ihm angenommen, dann würde ihm die Aufgabe erwachsen sein, sich die Anerkennung der Mächte selbst zu verschaffen.

Der Prinz war dem preußischen Königshause verwandt — allerdings weitläufig, denn die schwäbische Linie, aus welcher er stammte, und die brandenburgisch-preußische Linie der Hohenzollern gingen bereits seit dem Jahre 1226 auseinander — es war daher natürlich, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit den Rat des mächtigen Oberhauptes der Familie, des Königs Wilhelm von Preußen, hörte; von der preußischen Regierung hatte er jedoch keine Vorschriften für sein Verhalten zu gewärtigen.

In diesem Sinne konnte der Staatssekretär von Chile, als Stellvertreter des Grafen Bismarck im Auswärtigen Amte, dem französischen Geschäftsträger Le Sourd auf seine Vorstellungen auch nur antworten (5. Juli); indessen in Frankreich hatte man für ruhige Erörterungen kein Gehör mehr.

Im Gesetzgebenden Körper erwiderte der Herzog von Gramont auf die Interpellation des Abgeordneten von Cochery, die französische Regierung werde sich zwar nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen, sie werde aber auch nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze und dadurch das Gleichgewicht Europas zu ihren gunsten störe (6. Juli). Der französische Botschafter, Graf Benedetti, wurde nach Ems gesandt, um im Auftrage seiner Regierung an den König von Preußen direkt die Forderung zu stellen, er möge die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern mißbilligen (7. Juli).

König Wilhelm antwortete freimütig, daß er keinen Befehl zur Annahme gegeben habe und ebensowenig die Ablehnung befehlen könne, daß die Entschließung vielmehr in dem freien Willen des großjährigen Prinzen liege (9. Juli). Übrigens wahrte der König der ganzen Besprechung mit dem Botschafter den Charakter einer Privatunterhaltung, wie dies hier am Badeorte ohne die Gegenwart seiner Minister in der Natur der Sache lag. Der König dachte zu ritterlich, um glauben zu können, daß es eben nur darauf angelegt sei, ihn herauszufordern, und behandelte den französischen Botschafter mit unverändertem Wohlwollen.

Während Graf Benedetti noch in Ems weilte, vom Könige als Gast angesehen und zur Tafel geladen, überströmte die französische Presse bereits von rohen Ausfällen gegen Preußen. Die „Liberté“ forderte den Rhein und das „Pays“ wollte die Preußen durch das Caudinische Joch schicken: „Sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist.“

Vergebens ließ die spanische Regierung in einem Rundschreiben (7. Juli) erklären, daß sie in dieser Sache nur ihren eignen Regungen gefolgt sei,

daß sie nur von dem Interesse ihrer Nation sich habe leiten lassen. Vergebens bestätigte der spanische Gesandte in Paris (8. Juli), daß die Verhandlungen ausschließlich mit dem Prinzen Leopold geführt worden seien, ohne jede Einwirkung einer fremden Macht, und daß keinerlei Verabredungen zwischen Marschall Prim und dem Grafen Bismarck vorausgegangen seien. Alle diese amtlichen Kundgebungen wurden dem Gesetzgebenden Körper von der französischen Regierung vorenthalten, um nicht den Kriegsmut der Nation zu dämpfen.

Am 11. Juli erneuerte Graf Benedetti in einer Audienz bei dem Könige das Ansuchen seiner Regierung und wurde auf die früher erteilte Antwort verwiesen. In Frankreich gingen lärmende Kriegsrüstungen und Truppenbewegungen nach der Ostgrenze vor sich. In Berlin fand ein Kriegsrat unter dem Vorsitz des zurückgekehrten Kriegsministers statt.

Graf Bismarck hatte von Barzin aus die Entwicklung beobachtet. Er hatte täglich so zahlreiche Depeschen aus Ems, Berlin, Paris und andern Hauptstädten erhalten, daß er selbst und endlich auch seine Tochter, die Gräfin Marie, beim Deciffrieren helfen mußten. In der Nacht zum 12. Juli empfing er eine Depesche, welche ihn nach Ems berief; am 12. Nachmittags war er in Berlin. Hier fand er aber Depeschen vor, welche ihn bestimmten, seine Reise zu unterbrechen.

Prinz Leopold hatte aus freien Stücken beschlossen, seine Kandidatur nicht aufrecht zu erhalten, um „die Angelegenheit nicht zu einem Kriegsvorwande reifen zu lassen“, und somit war die Aussicht geboten, daß mit dem Wegfall jeden Anlasses zum Kriege auch der Friede erhalten bleiben könne.

Frieden? — Wer wagt's, von Frieden zu träumen, wenn Frankreich den Krieg will! Auf eine Demütigung Preußens war es ja abgesehen, die Kaiserin Eugenie mußte ja „ihren Krieg“ haben, um ihren Sohn einst auf dem Throne Napoleons erblicken zu können, und nun sollte der ganze Plan auf einmal in nichts zerrinnen? — Die Staatsweisen in Frankreich gerieten für einige Augenblicke in Schwanken und Zögern. In St. Cloud aber waren schon neue Instruktionen für den Botschafter Grafen Benedetti entworfen und nach Ems telegraphiert worden.

Als König Wilhelm bei seinem gewohnten Morgenspaziergange in Ems (13. Juli) dem französischen Botschafter begegnete, erwiderte er freundlich dessen Gruß und zeigte ihm ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung, welches das betreffende Telegramm über des Prinzen Rücktritt enthielt. Graf Benedetti rückte aber nun mit der Forderung heraus, der König möge die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die Frage der spanischen Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern nochmals aufleben sollte.

Der König hatte dem Botschafter schon wiederholt erklärt, daß er dem Prinzen in dieser Angelegenheit nichts vorschreiben könne. Ungern vernahm er das neue Ansuchen; er brach die Unterhaltung ab und begab sich in sein Hotel zurück. Als Graf Benedetti einige Stunden später abermals eine Audienz nachsuchte, wurde er abschläglich beschieden und auf den geschäftsmäßigen Gang durch das auswärtige Ministerium verwiesen. Am folgenden Tage (14. Juli) reiste Benedetti nach Paris zurück, nachdem ihm zuvor bei einer Reise des Königs nach Koblenz noch Gelegenheit gegeben worden, sich auf dem Bahnhofe vom Könige zu verabschieden.

Graf Bismarck empfing in Berlin die Nachricht von den neuen Forderungen Frankreichs fast gleichzeitig mit einem Bericht des Norddeutschen Botschafters, Freiherrn von Werther, über eine Unterredung, in welcher letzterer am 12. Juli von den Ministern Gramont und Ollivier aufgefordert worden, seinem Könige den Vorschlag eines Entschuldigungsbriefes an den Kaiser Napoleon zu machen. Graf Bismarck ließ dem Freiherrn von Werther bedeuten, daß dieser die mündlichen Eröffnungen der französischen Minister mißverstanden haben müsse, da ihm Eröffnungen solcher Art absolut unmöglich schienen. Freiherr von Werther erhielt die Erlaubnis, den früher erbetenen Urlaub anzutreten.

Über die neuesten Vorgänge in Ems veranlaßte Bismarck zur Orientierung der Vertreter des Norddeutschen Bundes über die Sachlage eine Zeitungsnotiz folgenden Inhalts: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und ihm darauf durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts mitzuteilen habe.“

Bei dieser Sachlage hatten nun die Herren Ollivier und Herzog von Gramont sich den Kriegsvorwand zurecht zu legen. Die Weigerung des Königs, den französischen Botschafter noch einmal zu bescheiden; die Weurlaubung des Norddeutschen Botschafters, welche als eine Abberufung dargestellt wurde; die aus der Luft gegriffene Behauptung, daß Preußen Kriegsrüstungen treffe, endlich die Bismarcksche Zeitungsnotiz über die Vorgänge in Ems, dessen Inhalt als beleidigende Note ausgegeben ward — dies waren die Punkte, aus welchen Ollivier in einer ausführlichen Darlegung vor dem Gesetzgebenden

Körper den Kriegsfall herleitete und auf Grund deren er einen Kredit von vielen Millionen für Heer und Flotte zur Kriegsführung forderte (15. Juli).

So irgeleitet auch die öffentliche Meinung in Frankreich bereits war, so erhoben sich doch im Gesetzgebenden Körper vereinzelt Stimmen, welche von dem Krieg abrieten. Der greise Thiers, der niemals Sympathie für Preußen gezeigt hatte, nannte diesen Krieg ungerecht und unklug; aber tobende Stimmen unterbrachen ihn: „Verräter des Vaterlands! Gehen Sie nach Koblenz zu den Preußen!“ — Auch Jules Favre, Gambetta, Arago u. a. forderten die Vorlegung der Berliner Depesche, welche die Minister als eine Beleidigung der Ehre Frankreichs bezeichnet und als Kriegsgrund hervorgehoben hatten, aber die Minister konnten diese Forderung nicht erfüllen, weil eben eine derartige Depesche nicht existierte und das bekannte Zeitungstelegramm unmöglich für eine Note angesehen werden konnte. Sie mochten sich winden, so viel sie wollten, und eine Unwahrheit durch die andre zu decken suchen, sie konnten das Brandmal der Lüge nicht von ihrer Stirn waschen.

Trotzdem wurden die Vorlagen der Regierung im Gesetzgebenden Körper beinahe einstimmig angenommen. Die ganze Nation beteiligte sich durch dieses Votum ihrer Vertreter an dem Verbrechen ihrer Regierung, indem sie die Mittel zur Kriegsführung bewilligte. Die Stimmen der Besonnenen verhallten jetzt in dem Böbelgeschrei auf den Straßen: „Nach Berlin, nach Berlin! Nieder mit Bismarck, nieder mit Preußen!“

Auf Lüge und Treubruch hatte Napoleon III. sein Kaisertum gegründet. Alle Kriege, die er bisher unter der Maske der Zivilisation, in Wahrheit aber zur Befestigung seiner Dynastie geführt hatte, waren Lügenwerke. Bei dem Kriege, in den er jetzt — selbst fast willenlos — hineintrieb, war die Lüge des Vorwandes so durchleuchtend, daß die glatten Phrasen der Minister sie nicht verhüllen konnten. So mußte denn auch alle Blutschuld des freventlich heraufbeschworenen Krieges auf die Urheber zurückfallen.

Es ist der eigentümliche Gang der Geschichte, an dem sich das Walten der Vorsehung sichtbar erkennen läßt, daß sie überall, wo sie zerstört, auch neues Leben schafft und selbst aus dem Staube der Verwesung die Keime neuen Werdens weckt. Auch das Blut der Franzosen, welches in diesem Kriege in Strömen vergossen werden sollte, mußte dazu dienen, um die höheren Zwecke der Weltgeschichte zu fördern.

Mit stillem Unwillen hatte das Volk Norddeutschlands von den neuen Anmaßungen des Nachbarvolkes gehört; es schwieg, weil es ein unbedingtes Vertrauen auf König Wilhelm und seinen Kanzler hatte. Als es aber nun offenkundig ward, daß es nur auf eine Demütigung Preußens und Deutschlands abgesehen war, da erhob sich das Volk in heiligem Zorne und in siegesfreudiger Begeisterung, um gegen die Anmaßung des fremden Volkes seine Unabhängigkeit zu verteidigen.

An demselben Tage, als in Paris im Gesetzgebenden Körper der Krieg als eine beschlossene Thatsache verkündet ward (15. Juli), brach König Wilhelm von Ems nach Berlin auf, und schon auf der Reise gewährte er die gehobene Stimmung, welche das Volk erfüllte. Überall an den Bahnhöfen waren sie zusammengeströmt, Bürger und Bauern, Offiziere und Beamte, Behörden und Geistliche, und empfingen den durchreisenden Landesherrn mit begeisterter Teilnahme.

Auf dem Bahnhofe zu Berlin empfing der König die Depesche von der im Gesetzgebenden Körper zu Paris erfolgten Ankündigung des Krieges.



Auf dem Bahnhofe in Berlin.

In der Hauptstadt selbst stand an beiden Seiten der Straße, welche der König vom Bahnhofe nach seinem Palais durchfuhr, entblößten Hauptes die harrende Menge, Kopf an Kopf. Von allen Fenstern und Balkonen wehten Tücher und Schleier. Unter dem Gesange alter Vaterlandslieder zog das Volk dem königlichen Wagen nach.

Lange noch währten Gesang und Gewoge unter den Fenstern des Königspalastes und freudiger Zuruf schallte den Ministern und Generalen entgegen, die sich hin und wieder in das Palais begaben. Da erschien ein Adjutant auf der Rampe und sprach im Auftrage des Königs den Wunsch nach Ruhe aus. Im Augenblicke war es still; lautlos ging die Menge auseinander.

In derselben Nacht aber noch trug der Telegraph den Befehl zur Mobilmachung der gesamten Armee des Norddeutschen Bundes an alle Garnisonorte.

Die Tage, welche nun folgten, sind solche, wie sie im Leben der Völker selten wiederkehren, Tage voll leuchtender Begeisterung, aufopfernder Hingebung, gottvertrauender Zuversicht, vergleichbar vielleicht jenen weihevollen Tagen, die den Befreiungskriegen 1813 vorausgingen, und doch anders, denn das Volk war reifer geworden, in sich geeinigter und klarer.

Wieder leerten sich Schulbänke und Lehrstühle, verlassen stand Pflugschar und Kaufladen, von hoher Ahnen Ritterstiz und aus niederer Hütte eilte alles zu den Fahnen. Der Sohn des Ministers und der ärmste Tagelöhner, der mutige Kadett, welchen die Begeisterung plötzlich zum Jünglinge gereift, und der greise Veteran, der aus dem Ruhestande noch einmal in die Dienste des Vaterlandes zurücktrat — sie alle kamen, um für dasselbe Ziel zu kämpfen.

Auf allen Plätzen und Straßen hörte man Waffengebümmel und kriegerische Klänge, in stiller Kammer hoben sich gefaltete Hände zum Gebet und erhebende Lieder strömten aus der Tiefe des deutschen Herzens hervor.

Da „braust ein Ruf wie Donnerhall“ vom Fels zum Meer, und überall, so weit er schallt im deutschen Land, da stimmen deutsche Männer ein:

„Fest steht und treu die Wacht am Rhein! —  
 Der Schwur erschallt, die Woge rinnt,  
 Die Fahnen flattern hoch im Wind  
 Am Rhein, am Rhein, am deutschen Rhein, —  
 Wir alle wollen Hüter sein!“ —

Eine gleiche Begeisterung hatte sich auch der Bevölkerung Süddeutschlands bemächtigt. Da war kein Deuteln an den geschlossenen Verträgen zu Schutz und Trutz, kein Schwanken und Zweifeln bei den Regierungen oder in den Volksvertretungen, keine Eifersucht zwischen Nord und Süd. Vor den Schlöffern der Fürsten sammelte sich das Volk und gab durch seine Haltung zu erkennen, daß es die Sache Preußens und Norddeutschlands zu der seinigen mache und daß es von den Fürsten nur einen, hochherzigen Entschluß erwarte.

Bereitwillig wurden von den süddeutschen Landtagen die Forderungen der Regierungen genehmigt. Die süddeutschen Fürsten telegraphierten dem Könige von Preußen, daß sie, treu den geschlossenen Verträgen, für den bevorstehenden Krieg ihre Truppen unter seinen Oberbefehl stellten, und der König dankte ihnen, indem er sie benachrichtigte, daß er seinen Sohn, den Kronprinzen, zum Oberbefehlshaber der Dritten Armee ernannt habe, in welcher die bayrischen, württembergischen und badischen Truppen an der Seite ihrer preußischen Waffenbrüder den Kampf für die deutsche Ehre aufnehmen sollten.

Am 19. Juli — dem Todestage der unvergeßlichen Königin Luise, deren Herz im Gram über die tiefe Erniedrigung des Vaterlandes unter dem ersten Napoleon gebrochen war — fand die Eröffnung des außerordentlichen

Reichstags zu Berlin statt. Vorher vereinigte ein gemeinsamer Gottesdienst in der Domkirche den königlichen Hof, die Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und der preussischen Ministerien. Das Textwort der Predigt lautete: „Mit Gott wollen wir Thaten thun!“ Von der Kirche begaben sich die Abgeordneten nach dem Weißen Saale des königlichen Schlosses. Mit bewegter Stimme verlas der König die Thronrede, oft unterbrochen von dem begeisterten Beifall der Versammlung, in welchen die Zuhörer auf den Tribünen einstimmten. Sie war vielleicht das Beste, was jemals aus Bismarcks Feder geflossen; in ihr leuchtete der vaterländische Zorn und Schlachtenmut, das Gott- und Rechtsvertrauen vor, welche das deutsche Volk beseelten. Mit freudiger Genugthuung vernahmten die Vertreter des Volkes aus königlichem Munde die Worte:

— „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Es ist keine Überhebung, welche mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen, wie ich selbst, wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheerenden Kriegen treibt. Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen als zu dem blutigen der Waffen. Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unsers großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaft auszubeuten. Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volks mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unsrer Väter für unsre Freiheit und für

unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen und in diesem Kampfe, in dem wir kein andres Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war.“

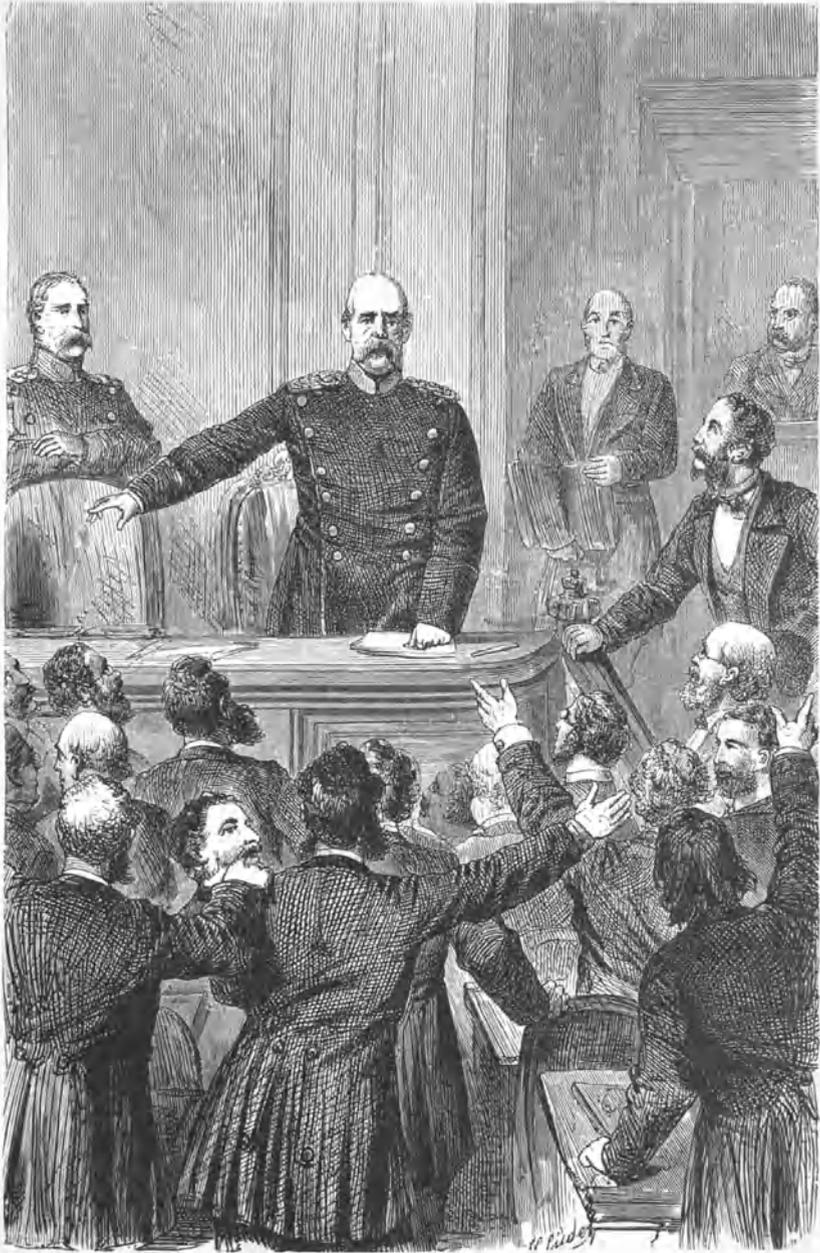
Unmittelbar nach der Eröffnung (um 2 Uhr) folgte die erste Sitzung des Reichstags. Aber in den wenigen Minuten bis dahin hatte sich ein wichtiges Ereignis vollzogen. Um 1½ Uhr hatte der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Bundeskanzler die amtliche Kriegserklärung übergeben. Jede Brücke zum Frieden war abgebrochen.

Mit leuchtenden Blicken erschien der Kanzler im Sitzungssaal, allen auffallend durch seine entschlossene, zuversichtliche Haltung, durch die fast jugendliche Raschheit seiner Bewegungen. Unter lautloser Stille ergriff er das Wort. Kaum aber hatte die Versammlung verstanden, daß es die Mitteilung von der erfolgten Kriegserklärung war, die er dem Hause zu machen hatte, so erhob sich von allen Seiten des Saales, von der Zuhörertribüne, den Logen der Presse, den Plätzen des Bundesrats, selbst der Diplomaten, ein unermesslicher Jubel; es war der Ausdruck desselben freudigen Schlachtenmutes, der bald in dem Hurraruf der deutschen Krieger von Würth bis Paris und Orleans, von den Festungen im französischen Flandern bis Bel-fort und zur Bisaine klang.

In derselben Stunde betete König Wilhelm am Grabe seiner Eltern in Charlottenburg: „Vielleicht läßt sich Preußens Schutzgeist auf Euch nieder!“ — Diese Worte seiner heimgegangenen Mutter, der Königin Luise, vor 60 Jahren zu ihm und seinem älteren Bruder segnend gesprochen, klangen im Herzen des greisen Königs wider, als er heimkehrend von ihrer Ruhestätte denselben Orden, welchen sein königlicher Vater dereinst an ihrem Geburtstage gestiftet hatte (10. März 1813), heute an ihrem Todestage erneuerte. Die eiserne Zeit war wiedergekommen; für den Verteidiger des Vaterlandes gab es keinen höheren Schmuck mehr als das „Eiserne Kreuz“.

Die Arbeiten des Reichstags waren kurz und von der gehobenen Stimmung der Zeit getragen. Die Antwort des Hauses auf die Thronrede befundete die Einheiligkeit des Gedankens und Willens, welcher in diesem Augenblicke die deutschen Herzen bewegte, und den unerlöschlichen Entschluß des einigen Volkes, „alle Güter der Erde daranzusetzen, um nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer des deutschen Mannes Nacken beuge“.

In einer denkwürdigen Rede (20. Juli) gab der Bundeskanzler eine klare, sachliche Darlegung von der Entwicklung des vorliegenden Kriegsfalls, aus welcher hervorging, daß die preussische Regierung von der französischen in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten hatte — nämlich die Kriegserklärung. Nachdem alle Mittel zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes zu Lande und zu Wasser ohne Debatte



Nach Verlesung der französischen Kriegserklärung im Reichstage des norddeutschen Bundes  
am 19. Juli 1870.

bewilligt und auch alle übrigen auf den Krieg bezüglichen Vorlagen schnell erledigt waren, wurde die Arbeit der Volksvertreter für geschlossen erklärt (21. Juli).

Der größte Krieg unfres Jahrhunderts kam zum Ausbruch, ohne daß von seiten der Mächte erhebliche Anstrengungen zur Verhütung gemacht worden wären. Vielleicht hätte ein gemeinsamer Protest der Hauptmächte das Unglück des Krieges verhüten können, aber dazu kam es nicht. Die Gründe für diese Zurückhaltung lagen einerseits in der Eifersucht auf die so schnell emporgekommene Macht Preußens und in der Besorgnis vor preußischen Vergrößerungsplänen, anderseits in den nachwirkenden Machteinflüssen Frankreichs, dessen Rache man fürchtete, wenn sich das Kriegsglück ihm zuwenden sollte.

Der einzige Großstaat, welcher Deutschland gegenüber von Anfang bis zuletzt eine wohlwollende Neutralität beobachtete, war Rußland. Kaiser Alexander stand mit ganzem Herzen auf der Seite seines Oheims, des Königs Wilhelm; die russische Regierung war bestrebt, die Grenzen des Kriegsschauplatzes zu beschränken und die Einmischung jeder fremden Macht zu gunsten Frankreichs zu verhindern. In dieser Beziehung war ihre Haltung von wesentlichem Einfluß auf diejenige Osterreichs.

In Wien hielt der alte Gegner Bismarcks, Graf Beust, die Gelegenheit für günstig, um Osterreich seine frühere Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen. Er hoffte vielleicht jetzt ebenso sehr, wie vor vier Jahren Napoleon, auf eine Niederlage der preußischen Waffen, um dann mit österreichischen Ansprüchen und Forderungen hervorzutreten. Aber die Verhältnisse im eignen Lande, die Teilnahme der deutschen Bevölkerung Osterreichs für die deutsche Sache, die Abneigung Ungarns gegen eine Beteiligung am Kriege, endlich die Rücksicht auf Rußland veranlaßten ihn, wenigstens für die nächste Zeit eine zuwartende Haltung zu beobachten.

Den König Viktor Emanuel von Italien zogen die alten Sympathien auf Seite Frankreichs, aber auch er war vorsichtig genug, den Gang des Krieges erst abwarten und sein Handeln nach den Umständen einrichten zu wollen. Er durfte zugleich hoffen, durch eine zögernde Politik den Preis des Bündnisses mit ihm, um welches sich sowohl Frankreich als Osterreich bewarben, zu steigern.

Die kleineren Staaten, welche dem Kriegsschauplatze zunächst lagen — Belgien, Holland und die Schweiz — suchten durch schleunige Neutralitätserklärungen ihr Gebiet sicher zu stellen; jedoch kam ihre Neutralität mehr Frankreich als Deutschland zu statten.

Zwei Tage vor der Übergabe der französischen Kriegserklärung ließ die großbritannische Regierung durch ihren Botschafter Lord Loftus der

preußischen ihre Vermittelung zur Beilegung des Konfliktes anbieten. Die Antwort des Grafen Bismarck (18. Juli) zeigte von der Mäßigung, welche in der Politik des Norddeutschen Bundes bis zum letzten Augenblicke vorwaltete. Er erklärte, daß die Regierung des Königs sich keiner Verhandlung entziehen werde, welche auf einer „für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis“ den Frieden zu sichern den Zweck hätte, machte aber die vorherige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs zur Voraussetzung der Verhandlungen. „Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen“, sagte er, „es hat an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation auch nach Englands Meinung beseitigt war. Eine von unsrer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eignen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.“

Schon am folgenden Tage ward es bekannt, daß Frankreich die englische Vermittelung abgelehnt hatte.

Nachdem die letzte Friedensausicht geschwunden war und das Werk der Waffen unvermeidlich seinen Lauf nehmen mußte, brach Bismarck das Schweigen, welches er bisher über gewisse diplomatische Vorgänge beobachtet hatte, um die ehrgeizigen und habgütigen Pläne der friedensstörenden Macht vor aller Welt offen darzulegen. Am 25. Juli veröffentlichte die Times den Entwurf des Offensiv- und Defensivvertrages, welchen der Kaiser Napoleon ihm bereits aus Veranlassung der Luxemburger Verwicklung durch seinen Botschafter Benedetti heimlich hatte antragen lassen. Danach wollte sich Frankreich bereit erklären, den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde anzuerkennen, für die Gegenleistung, daß Preußen ihm die Erwerbung Luxemburgs gestatten und zur Eroberung Belgiens beistehen solle.

Die Veröffentlichung dieses Vertragsentwurfs in dem verbreiteten Weltblatt zu einer Zeit, als die englische Regierung über die von ihr zu nehmende Stellung noch unschlüssig schien, war ein Meisterzug der Bismarckschen Politik. Die französischen Eroberungspläne auf Belgien waren eine Bedrohung für England selbst, welches nie zugeben konnte, daß die Macht Frankreichs sich über Belgien ausdehnte und daß Antwerpen zu einem französischen Waffenplatz würde. Die Aufregung, welche diese Nachricht in England hervorrief, war daher eine gewaltige. Aber noch weitere Enthüllungen folgten in einem Mundschreiben des Bundeskanzlers an die Vertreter der neutralen Staaten (29. Juli), welches mit unwiderleglicher Klarheit die von dem französischen

Gouvernement seit einem Jahrzehnt ausgegangenen Bestrebungen, Preußens Weistand für seine begehrlichen Absichten auf Belgien und auf die Rheingrenzen zu gewinnen, darlegte.

Vergeblich bemühten sich die französischen Regierungsmänner die Wirkung dieser Veröffentlichungen abzuschwächen. Benedetti machte mit seiner kläglichsten Verteidigung den Eindruck eines überführten Schulknaben, der sich mit feinen Vorwänden und Ausflüchten immer tiefer hineinredet.

Der Vertragsskizze, welchen die Times gebracht, war — so wollte Graf Benedetti glauben machen — aus Bismarcks eignen Ideen und Inspirationen hervorgegangen; er war so zu sagen unter seinem Diktat aufgezeichnet worden, und Bismarck hatte ihn behalten, weil er ihn seinem Könige unterbreiten wollte. Warum aber der norddeutsche Bundeskanzler sich der Hand des französischen Botschafters bediente, um seine eignen Ideen zu Papier zu bringen; warum Benedetti sich zu dieser Dienstleistung hergegeben und sogar das Papier der französischen Botschaft dazu mitgebracht; warum er dieses Bismarcksche „Diktat“, das doch auch für seinen Kaiser hohes Interesse haben mußte, jahrelang in Bismarcks Händen gelassen und nicht zurückgefordert — darüber schweigt der Bericht.

Dem Aufsehen, welches die Bismarckschen Enthüllungen in der englischen Presse erregten, entsprach die Wirkung auf die Haltung des englischen Ministeriums nicht. England begnügte sich mit dem Abschluß eines Vertrages mit Deutschland einerseits und mit Frankreich andererseits (9. August), in welchem die Neutralität Belgiens gemäß des früheren Vertrages (19. April 1839) von neuem gewährleistet wurde. Derselbe brachte für Deutschland wenigstens den Vorreil, daß seine rechte Flanke bei den Kriegsoperationen gedeckt war.

Eine ganz andre Wirkung hatte die Veröffentlichung der napoleonischen Anträge in Deutschland. Durch keinen Staatsakt ist Bismarck bei der Bevölkerung Süddeutschlands so populär geworden, als durch die Abfertigung der französischen Ansprüche auf deutsches Gebiet, auf Mainz und die bayrische Pfalz. Daran erkannte man, daß Bismarck nicht allein ein preußischer, daß er ein deutscher Staatsmann war, der seine größte Kraft aus der Übereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl schöpfte.

So sehr verrecknet hatte sich Napoleon in seiner Beurteilung des Bundeskanzlers und des deutschen Volkscharakters. Weil er selbst in seiner Staatskunst die Treue nicht kannte, so übersah er es, daß in Deutschland die alte mannhafteste Treue noch eine Grundlage für alle Verträge und Staatsordnungen sowie für das Verhältnis zwischen Fürsten und Volk bildete. Er hatte noch gehofft auf die alte Eifersucht zwischen Süden und Norden und auf den Vertragsbruch der süddeutschen Fürsten, und nun stand ihm das

ganze Volk wie ein zorniger Mann gegenüber zur Abwehr des frevelhaften Angriffs auf seine Unabhängigkeit und seine Ehre, ein einiges deutsches Volk in Waffen.

Am Sonntag den 31. Juli verließ König Wilhelm seine Hauptstadt, um sich zur Armee zu begeben, nachdem er in seinen Abschiedsworten an das Volk eine Amnestie für alle politischen Vergehen verkündigt hatte. Auch das Auswärtige Amt war mobil gemacht worden und reiste mit dem Zuge des Königs. Es war ein zahlreicher Generalstab, mit welchem sich Graf Bismarck ins Feldlager begab. Zu demselben gehörten die Legationsräte Abeken, von Keubell, Graf Bismarck-Wohlen, Graf Hatzfeld, welchen im September der Legationsrat Bucher folgte. Hierzu kamen die Sekretäre und Chiffreure sowie die große Anzahl von Feldjägern, Telegraphisten, Ordnonanzen und Trainoldaten. Die Beamten, soweit sie nicht Militärs waren, trugen eine bei dieser Veranlassung vorgeschriebene Felduniform.

Am 2. August morgens traf der Zug in Mainz ein, wo das erste königliche Hauptquartier genommen ward. Wenige Tage darauf (6. August) eröffneten die Schlachten bei Spichern und Wörth den Krieg und zugleich die Pforten einer neuen Zeit. Es folgte das gewaltige Ringen bei Metz (14., 16. und 18. August).

Am Nachmittage des zweiten Schlachttages (16. August) kam das königliche Hauptquartier nach Pont à Mousson an der Mosel. Während der Bundeskanzler hier Briefe und Depeschen abfertigte, schallte noch in dumpfen Schlägen der Kanonendonner von Mars la Tour und Bionville herüber, wo seine beiden Söhne, der ältere als Fähnrich, der jüngere als Gefreiter, in demselben Zuge der 3. Schwadron 1. Garde- Dragonerregiments ihre ersten, blutigen Lorbeeren brachen.

Bald nach Mitternacht traf vom Prinzen Friedrich Karl die Meldung von den durch die Schlacht erreichten Erfolgen ein. Die feindliche Hauptarmee war bei ihrem Abmarsch nach Westen auf der Straße Metz-Verdun von der kaum halb so starken Armee des Prinzen Friedrich Karl angegriffen und festgehalten, und es war somit die Möglichkeit gewonnen, durch eine Hauptschlacht jeden weiteren Versuch des Feindes, sich von Metz westwärts auf Chalons zu wenden, zu vereiteln und ihm die Verbindung mit Paris abzuschneiden.

Am 17. August morgens 4 Uhr brach der König mit seinem Gefolge, darunter wie gewöhnlich Moltke, Bismarck und Roon, von Pont à Mousson nach dem Schlachtfelde des vorigen Tages auf. Während der königliche Feldherr mit seinen Generalen den Plan für den dritten großen Schlachttag entwarf, ritt Bismarck allein forschenden Auges über das noch von Toten bedeckte Schlachtfeld. Er suchte nach seinen Söhnen, die am Tage vorher

im wilden Reitergewoge bei Mars la Tour gekämpft hatten, und erfuhr im Lager des 1. Garde-Dragonerregiments, daß sein älterer Sohn, Herbert, bei einer Attacke auf französische Infanterie von einer Chassepotkugel am Oberschenkel verwundet und bereits in das Lazarett Mariaville —  $\frac{1}{4}$  Meile von Mars la Tour — gebracht war. Hier fand ihn Bismarck in einem großen Saale mit vielen andern Verwundeten liegend. Dem zweiten Sohne, Wilhelm, war bei derselben Attacke, die auch dem tapferen Führer ihrer Schwadron, Grafen Westarp, das Leben kostete, das Pferd verwundet worden; er traf hier im Lazarett zu Mariaville mit seinem Vater und dem verwundeten Bruder zusammen und begab sich nach kurzer Begrüßung wieder zu seinem Regiment. Graf Herbert blieb bis zum 19. August im Lazarett zu Mariaville, wurde dann nach Pont à Mousson und einige Tage später nach Nauheim transportiert, wo damals seine Mutter weilte. Den Grafen Wilhelm sah Bismarck am 2. Sept. im Bivak vor Sedan wieder.



Bismarck trifft seine Söhne im Lazarett zu Mariaville.

Beide Söhne wurden noch während des Feldzugs zu Offizieren ernannt (der ältere am 2., der jüngere am 27. Sept.), und beide erhielten den Ehrenschmuck des Eisernen Kreuzes, jener für die Attacke bei Mars la Tour, dieser für seine Teilnahme an der Schlacht an der Hallue) 25. Dez.), in welcher er als Ordonnanzoffizier des Generals von Manteuffel thätig war. — In der Frühe des 18. August erschien der König mit seinem Gefolge auf der Höhe von Flavigny und beobachtete, wie sich in Vorrücken von Süden her die Heersäulen der Zweiten Armee (Prinz Friedrich Karl) westlich von Metz staffelweise gegen die Straßen bewegten, welche dem Feinde von Metz nach dem Innern des Landes noch offen standen. Sicher gelenkt von einem un-

sichtbaren Willen, schwenkte die ganze Armee staffelweise rechts ein und rückte, Front gegen Meß, Rücken gegen Paris, in breiter Schlachordnung gegen die feindlichen Stellungen vor. Auf dem äußersten linken Flügel setzten die Heereskörper ihre Bewegungen gegen Norden fort, um über St. Marie aux Chênes und St. Privat des Feindes rechten Flügel zu umklammern.

Um Mittag verkündete der Kanonendonner von Verneville, daß die Schlacht im Zentrum begonnen. Der König begab sich mit seinem Stabe weiter vorwärts nach den Höhen von Rezonville. Auf meilenweitem Boden entbrannte die donnernde Feldschlacht.

Nun beginnt auch auf dem rechten Flügel Steinmeß mit der Ersten Armee den Angriff. Eine lange Geschützreihe auf den Höhen bei Gravelotte eröffnet ihr Feuer auf die gegenüberliegenden Stellungen. Bataillon auf Bataillon, mit breiten Schützenketten vor der Front, tauchen in die dunkle Waldschlucht des Mancebachs hinab, vertreiben den Feind aus den Waldungen und gewinnen festen Fuß am jenseitigen Abhange. Der Wachtthof von St. Hubert, der festeste Außenposten der feindlichen Stellung, wird erstürmt. Noch aber ist der Höhenrücken in seiner ganzen Ausdehnung von den feindlichen Hauptkräften besetzt. Aus den etageförmig übereinander angelegten Schützengraben bestreicht ein mörderisches Chassepotfeuer den unbewaldeten flachen Abhang. Die Wachtthöfe Leipzig, Moskau und le Point du jour sind durch die Mittel der Kriegskunst in feste Bollwerke umgewandelt. Hier kommt die Schlacht zum Stehen.

König Wilhelm ist unterdessen, der fortschreitenden Bewegung des gesamten Heeres folgend, mit seinem Hauptquartier nach den Höhen zwischen Gravelotte und Malmaison vorgegangen. Aus dem Zentrum treffen Meldungen ein über den günstigen Fortgang der Schlacht. Über die Fortschritte des linken Flügels gegen St. Marie aux Chênes und St. Privat ist bei dem weiten Marsche der Truppen und der großen Entfernung jener Ortschaften noch nichts bekannt.

Der Tag beginnt sich zu neigen.

Auf dem rechten Flügel will General von Steinmeß den Höhenrücken von le Point du jour und Moskau nicht die Nacht über in Feindes Händen lassen und befiehlt den allgemeinen Angriff. Um dieselbe Zeit (7 Uhr abends) geht auch der Feind unter Heranziehung seiner Hauptreserven, die er den Tag über in der Erwartung, daß der Hauptstoß gegen seinen linken Flügel erfolgen würde, hier nutzlos zurückgehalten hat, zum Angriff über. Unter heftigem Chassepot- und Mitrailleusenfeuer brechen aus den bergenden Gräben plötzlich die Tirailleurs in breiten Linien, mehrere Reihen hintereinander, vor, dahinter starke Kolonnen, und drängen die früheren Sieger, welche durch den sechsstündigen Kampf erschöpft sind, bis in die Waldschlucht der Mance zurück.

Indessen das Feuer der tapfer ausharrenden Artillerie, welche über die Köpfe des eignen Fußvolks hin in die feindlichen Kolonnen hineinfuert, und die krachenden Salven der längs dem Thalrande der Mance ausgebreiteten Infanterielinien hemmen den stürmischen Andrang des Feindes. Schon aber schlagen feindliche Granaten in das Dorf Gravelotte, wo jedes Haus ein Hospital ist, und auf die Verbandplätze, wo die Ärzte in Erfüllung ihres Berufs begriffen sind. Auch der Standpunkt des Königs wird von den Granaten erreicht. Auf die dringenden Bitten des Kriegsministers von Moos verläßt der König den gefährdeten Platz und begibt sich nach Rezonville zurück.

Um dieselbe Zeit erhält General von Fransecky, dessen Korps soeben nach zwölfstündigem Marsch sich zwischen Buzières und Rezonville gesammelt hat, den Befehl zum Einrücken in die Schlachtlinie. General von Moltke selbst begleitet das Vorgehen des Korps und zeigt ihm als Richtungspunkt die am Abendhimmel sich abhebenden hohen Pappeln bei den Ruinen des niedergebrannten Pachtbofs le Point du jour. Unter den Augen ihrer Führer, Moltke, Steinmetz, Fransecky, durchschreiten die pommerischen Bataillone bei Trommelschlag und Hörnerschall die dunkle Waldschlucht und stürmen mit lautem Hurra und gefälltem Bajonett vorwärts gegen den Feind. Abenddämmerung und Pulvernebel verhüllten die Aussicht über das Schlachtfeld.

Am westlichen Ausgang von Rezonville war der König vom Pferde gestiegen und hatte sich vor einer Gartenmauer niedergelassen, um ihn die Führer seines Gefolges schweigend in gespannter Erwartung. Graf Bismarck blätterte in Briefen, die er aus der Satteltasche hervorzog.

Auf dieser Stelle traf in der neunten Stunde der General von Moltke ein und brachte dem Könige die Meldung, daß der Vorstoß der Franzosen auf Gravelotte an dem tapferen Eingreifen des pommerischen Korps gescheitert und daß der Sieg des deutschen Heeres gesichert sei.

Später erhielt der König auch von andern Punkten des Schlachtfeldes die Siegesberichte — jeder ein frisches Blatt in dem Lorbeerkränze auf seinem weißen Haupte.

Bei dem Schein eines künstlich genährten Feuers diktierte Graf Bismarck einem Telegraphenbeamten, der soeben die Herstellung des Drahtes gemeldet hatte, im Auftrage des Königs die Siegesdepeche an die Königin.

„Es war Nacht. Der König äußerte, daß er Hunger habe und etwas essen möchte“, so erzählte Graf Bismarck selbst einige Tage später auf der Fahrt von Grand Pré nach Busancy seinem Begleiter. „Da gab es wohl zu trinken — Wein und schlechten Rum von einem Marktender — aber nichts zu beißen als trocken Brot. Endlich trieben sie im Dorfe ein paar Koteletten auf, gerade genug für den König, aber nichts für seine Umgebung, und so mußte ich mich nach etwas andern umsehen. Majestät wollte im

Wagen schlafen zwischen toten Pferden und Schwerverwundeten. Er fand später ein Unterkommen in einer Kabache. Der Bundeskanzler mußte sich wo anders unter Dach zu bringen suchen. Der Erbe eines der mächtigsten deutschen Potentaten (Graf Bismarck meint den jungen Erbgroßherzog von Mecklenburg) hielt bei dem gemeinsamen Wagen Wache, daß nichts gestohlen würde, und ich machte mich mit Sheridan auf, um nach einer Schlafstelle zu rekognoszieren. Wir kamen an ein Haus, das noch brannte, und da war es zu heiß. Ich fragte in einem andern nach — voll von Verwundeten. In einem dritten — auch voll von Verwundeten. Ebenso hieß es in einem vierten; ich ließ mich aber hier nicht abweisen. Ich sah oben ein Fenster, wo es dunkel war. „Was ist denn da oben?“ erkundigte ich mich. — „Lauter Verwundete.“ — „Das wollen wir doch untersuchen“, und ich ging hinauf, und siehe da: drei leere Bettstellen mit guten und, wie es schien, ziemlich reinlichen Strohmattzen. Wir machten also hier Nachtquartier, und ich schlief ganz gut . . .

„Unterdessen hatten sie entdeckt, daß nahe dabei ein elegantes Landhaus für Bazaine in Stand gesetzt worden war — mit guten Betten, Sekt im Keller und was weiß ich alles — höchst fein, und da hatte einer von unsern Generalen sich einlogiert und hatte ein opulentes Abendmahl mit feiner Gesellschaft gefunden . . . . Ich hatte den ganzen Tag nichts als Kommißbrot und Speck gehabt. Jetzt kriegten wir ein paar Eier — fünf oder sechs. Die andern wollten sie gekocht, ich aber esse sie gern roh, und so unterschlug ich ein paar und zerschlug sie an meinem Degenknopf, was mich sehr erfrischte. Als es dann wieder Tag geworden war, genoß ich das erste Warme seit 36 Stunden — es war eine Erbsenwurstsuppe, die mir General Goeben gab, sie schmeckte ganz vortrefflich.“ —

Eng um die Festung Metz schlossen die Erste und Zweite Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl den eisernen Ring. Eine neue, die Vierte oder Maasarmee, ward unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen von dem siegreichen Heere abgezweigt, um der Dritten Armee (Kronprinz von Preußen) auf dem Marsche gegen das feindliche Lager bei Chalons zu folgen. Das königliche Hauptquartier durchmaß die Etappen von Rezonville über Pont à Mousson, Commercy bis Bar le Duc (24. August). Da verbreitete sich das Gerücht, daß Marschall Mac Mahon mit seiner Armee Chalons verlassen und sich über Reims nach dem Nordosten gewandt habe, um durch einen Flankenmarsch an den Argonnen und der belgischen Grenze entlang der bei Metz eingeschlossenen Rheinarmee Bazaines Hilfe zu bringen. Kaum wollte man im deutschen Hauptquartier dem tüchtigen französischen Heerführer ein so gewagtes Unternehmen zutrauen. Aber nicht Mac Mahon leitete die Bewegungen der Armee, auch nicht Napoleon, welcher seit dem Tage von

Wörth und Spichern den Oberbefehl niedergelegt hatte und die Armee nur noch begleitete, sondern die Regierungsmänner in Paris, der unfähige Prahler Cousin von Montauban, Graf von Palikao, und seine Genossen, welche den Schwächlingen Olivier und Gramont gefolgt waren. Die Meldungen der weit vorausstreichenden deutschen Reiterei ließen indessen keinen Zweifel mehr über jenes Vorgehen der Franzosen aufkommen, und alsbald wurden neue Pläne im deutschen Hauptquartier entworfen. Die Spitzen der im Vormarsch gegen Chalons begriffenen Heersäulen schwenkten gegen Norden, und die beiden Armeen des Kronprinzen von Preußen und Kronprinzen von Sachsen rückten in Gewaltmärschen auf den schmalen Gebirgswegen des Argonnerwaldes der Armee Mac Mahons entgegen, um ihr gleichzeitig den Vormarsch auf Metz und den Rückzug auf Paris zu verlegen.

Das große Hauptquartier geht von Bar le Duc nach Clermont, dem Gebirgsstädtchen in den Argonnen (26. August nachmittags). Die Arbeitsstube des Schulmeisters daselbst wird das Quartier des Bundeskanzlers, ein Notepult sein Arbeitstisch. Der niedrige Schulsaal der Knaben wird Bureau und Nachtquartier für die Mitglieder des Auswärtigen Amts. Hier speist der Minister mit den Geheimräten und Sekretären. Ein Sägebock und eine Tonne, darüber eine ausgehobene Thüre, bilden die Tafel, auf welcher das Mahl angerichtet wird; Koffer und Kisten liefern die Sitze. Die Kerzen sind in leere Weinflaschen gepflanzt; ihr matter Schein fällt auf die an den Wänden ausgebreitete Streu, ein wahrhaft fürstliches Lager für die Müden. Ringsum herrscht eine malerische Unordnung. Offene Reisefäcke, Kanzleimappen, Papierstreifen, Strohhalme geben ein buntes Bild. Auch unter diesen Umständen bleibt der Geist gesammelt und auf die Arbeit gerichtet. Man schreibt Depeschen, Instruktionen, Telegramme, Zeitungsberichte; man kopiert, chiffriert, dechiffriert, kollationiert, während nebenan von den Offizieren des Generalstabs eine lebhafte Unterhaltung geführt wird. Feldjäger, Kabinettskuriere, Briefträger, Ordonnanzen, Stabswachen gehen aus und ein. „Dabei haben wir den Trost“, schreibt der Sekretär, dem wir diese Schilderung in einer Zeitung vom September 1870 entnehmen, „daß unsre Erzellenz, die doch noch ganz andre Dinge im Kopfe und in die Welt zu senden hat, genau unter denselben Umständen arbeitet und uns allen als Muster der Thätigkeit und Einfachheit voranleuchtet.“ Unten aber durch die engen Gassen marschieren bei Sturm und Hagelwetter Bataillon auf Bataillon mit Sang und Klang vorüber und lassen freudige Hurras nach den Fenstern gegenüber dem Schulhause aufsteigen, wo der König wohnt und sich den Truppen zeigt. Während dieses kriegerischen Getümmels nimmt das Tagewerk im Hauptquartier seinen ruhigen Fortgang: Bismarck schreibt, Moltke plant, der König wacht und sorgt für alle.

Stetig und sicher bewegten sich die Heersäulen von den Pfaffen der Argonnen hinab nach der Maas. Das Reitertreffen bei Busancy (27. August), die Schlacht bei Beaumont (30. August) waren das Vorspiel der großen Entscheidungsschlacht bei Sedan, welche strategisch bereits gewonnen war, ehe die Waffen gesprochen hatten. Auf das rechte Ufer der Maas zurückgeworfen, hatte sich die ganze Armee Mac Mahons in und bei der kleinen Festung Sedan versammelt. Im Südosten von Sedan sperrte der Kronprinz von Sachsen mit der Maasarmee, dem französischen rechten Flügel gegenüber, den schmalen Raum zwischen dem rechten Ufer der Maas und der belgischen Grenze. Im Süden stand der Kronprinz von Preußen mit der Dritten Armee und schickte sich an, die Maas bei Donchery unterhalb Sedan zu überschreiten, um von Norden her den Rücken und die linke Flanke der feindlichen Stellung bei Sedan anzugreifen. Im Norden von Sedan sollte der linke Flügel der Dritten mit dem rechten der Maasarmee zusammentreffen und die Umschließung vollenden. Nur die beiden bayrischen Korps blieben vor der Südseite der Festung, das erste (v. d. Tann), um bei Bazeilles oberhalb Metz über die Maas zu gehen und die Straßen auf Metz (Mouzon und Carignan) zu sperren, das zweite (v. Hartmann), um etwaige Ausfälle des Feindes auf das linke Maasufer zurückzuwerfen.

Unter Voraussetzung der Möglichkeit, daß ein Teil der französischen Armee nach Norden über die belgische Grenze ausweichen oder gedrängt werden könnte, hatte Graf Bismarck schon von Busancy aus (30. August) dem norddeutschen Gesandten in Brüssel telegraphisch den Auftrag erteilt, der belgischen Regierung für diesen Fall die Erwartung der sofortigen Entwaffnung auszusprechen. Falls dieser Erwartung nicht entsprochen würde, hatten die Truppen Befehl vom Oberkommando, den Feind ohne weiteres auf belgisches Gebiet zu verfolgen.

Mit Tagesanbruch (1. September) verließ der König sein Hauptquartier Vendresse und wählte zur Aufstellung für sich und sein Gefolge eine Hügelkuppe südwestlich Sedan, unweit von Frénois und dem Städtchen Donchery an der Maas. Ein dichter, bleicher Nebel verbarg noch die Geheimnisse des Schlachtfeldes; nur das Rauseln der Geschütze auf den Heerstraßen, die Kommandos der Truppenführer verrieten die Vorbereitungen zur Schlacht. Gegen 7 Uhr fiel der Nebel, und von der Höhe bei Frénois überblickte man weit hin die Gegend im Westen und Norden von Sedan. Jenseit der Stadt erhoben sich im Halbkreise langgestreckte, kahle Höhenrücken, welche dem französischen Heere als Verteidigungswälle dienten; in den Thalschluchten der Givonne und des Floingbaches lagen, halb in Busch und Thal verborgen, die Dörfer, um welche die ersten heißen Kämpfe sich entspannen, im Osten an der Givonne Bazeilles, la Moncelle, Daigny und Givonne,

im Nordwesten am Floingsbach Sully und Floing, noch weiter gegen Nordwesten St. Menges.

Mit dem Aufmarsche der Maasarmee am Thalrande der Givonne nahm der Kampf im Südosten der Festung, welchen die Bayern schon früh bei Bazeilles begonnen hatten, weitere Ausdehnung an. Von der andern Seite rückten die Heeresteile der Dritten Armee gegen Sully und Floing vor. Um Mittag verkündete der von Sully herüberschallende Kanonendonner, daß beide Armeen die Umschließung vollendet hatten. Der Höhenrücken bei Sully ward erstürmt. Schon gewahrte man von der Höhe von Frénois, wie die kecken preußischen Schützenchwärme von den Steinbrüchen am rechten Maasufer her die Höhe Floing Stufe für Stufe erstiegen und sich auf der Hochfläche gegen Sully ausbreiteten. Bald darauf brachen hinter dem Wäldchen von Garenne, das sie bisher vor den Blicken ihrer Gegner verdeckt hatte, die besten französischen Kavallerieregimenter, Husaren, Kürassiere und Chasseurs d'Afrique, im stürmischen Anlauf hügelabwärts vor und warfen sich mit Ungeflüm auf die preußischen Kolonnen. Es war ein kurzes Aufflackern der französischen gloire. Kaltblütig, mit unerschütterlicher Ruhe erwartete das preußische Fußvolk die anstürmenden Reitergeschwader und überschüttete sie mit verheerendem Kugelhagel. Tote und verwundete Reiter bedeckten haufenweise die Hochfläche von Floing; viele stürzten in die Steinbrüche an der Maas und fanden dort ihr Grab. Flügelahm und gebrochenen Mutes kehrten die Trümmer der stolzen französischen Reitereschwadronen aus ruhmvollem, aber vergeblichem Kampfe zurück.

Dies alles überjah der König von seiner Höhe, voll Bewunderung für die Tapferkeit seiner Truppen. In seiner Nähe hielten die vielgenannten Drei:

„Noon, Bismarck, Moltke — wie ein Erzgefüge,  
Dem festen Fels des Preußentums entsprossen“,

als Zeugen des Waffenruhms, den die Söhne hier unter den Augen der Väter erkämpften. Auch der alte Noon hatte einen Sohn unter den Reihen der Kämpfer von Sedan. Während der Vater hier treu an der Seite seines Königs hielt, trugen sie an einer andern Stelle des Schlachtfeldes den tapferen jungen Führer einer preußischen Gardebatterie still von dannen, der seine Treue für König und Vaterland durch den Tod besiegelt hatte.

Immer enger schloß sich der eiserne Gürtel um Sedan. Im Nordwesten und Norden stürmte der Kronprinz von Preußen mit der Dritten Armee, im Nordosten und Osten der Prinz August von Württemberg mit den preußischen Garden, im Südosten der Kronprinz Albert mit seinen Sachsen, im Süden v. d. Tann mit den Bayern — Alldeutschland im Sturme gegen das letzte Bollwerk des französischen Kaisers. Ringsum schlossen die Batterien den Feuerring um die Festung; rund um Sedan rollte der Donner der siegreich

fortschreitenden Feldschlacht, ein unaufhörlich tobendes Gewitter, das den Erdboden dröhnen und die Luft erzittern machte.

Und der Kaiser ließ schweigend das Gewitter über sich ergehen. Er hatte auf dem Schlachtfelde gehalten und gleichmütig mit mattem Antlitz drein geschaut, wie seine prächtigen Reiterregimenter in ohnmächtigen Attacken Mut und Blut vergeudeten; er hatte auch Granaten in seiner Nähe einschlagen sehen; möglich, daß ihm selbst eine Kugel nicht ganz unerwünscht gekommen wäre! Aber es sollte ihm nicht vergönnt sein, das Los derer zu teilen, für die der Tod auf dem Schlachtfelde nur der Abschluß eines ehrenvollen, pflichtgetreuen Lebens und das Siegel ihrer Treue für das Vaterland ist.

Den Oberbefehl an Stelle des bereits in der Morgenfrühe schwerverwundeten Marschalls Mac Mahon hatte der General Wimpffen übernommen. Derselbe hielt es noch für möglich, durch einen kräftigen Vorstoß nach Süden freie Bahn zu schaffen. Das Gerücht, Bazaine sei von Metz ausgebrochen und im Rücken der Deutschen eingetroffen, sollte den Mut der Armee wieder beleben. Dem Kaiser Napoleon, welcher jetzt auf dem Turenneplatze in der Stadt Sedan hielt, sandte Wimpffen ein Billet mit der Aufforderung, sich in Person in die Mitte der Truppen zu begeben, welche eine Ehre darin suchen würden, ihm einen Ausweg zu öffnen. Der Kaiser las es, ohne eine Miene zu verziehen. In dem kranken Cäsar regte sich nichts mehr von jenem todesmutigen Römertum, nichts von dem stolzen Selbstgefühl, mit dem die alte Garde ihre Adler trotzig auf den Boden von Waterloo stampfte, rufend: „Die Garde stirbt, sie ergibt sich nicht!“

Mit einigen Tausenden, denen es gleichgültig war, wo sie ihren Tod fanden, stürmte der General zum Thor von Balan hinaus, um noch einen verzweifelten Angriffsstoß über Balan und Bazeilles gegen die Bayern zu führen, aber auch dieser scheiterte. Überall im französischen Heere herrschte Flucht und Verwirrung. Die letzte Zuflucht, welche den Franzosen außerhalb der Festungsmauern noch geblieben war, das Wäldchen von Garenne, ward von den preußischen Garden erobert. Unaufhaltsam flohen die feindlichen Haufen über die niedergelassenen Zugbrücken den Festungsthoren zu. Erschöpft warfen die Soldaten ihre Waffen von sich und ihre Adler in die Maas. Die Adler sahen nicht die ihnen angethane Schmach, aber der Kaiser sah die Auflösung seines letzten Heeres, er sah die für ein Nichts gefallenem Opfer, und wo seine Blicke auf einen Sterbenden fielen, da ließ er ein Fluchwort auf dessen Lippen.

Es ward Abend. Ringsum am Horizonte schlugen die Flammen der Dörfer auf, und es erging nun an die bayrischen und württembergischen Batterien vor der Südfront der Festung der Befehl, die Stadt zu bombardieren.

Eine Weile hatte das Feuer der Batterien gedauert, da zeigte sich über der Stadt eine dichte schwarze Rauchsäule und an mehreren Stellen der Stadt zuckten lichte Flammen empor. Eine bayrische Jägerkompanie näherte sich dem südlichen Festungsthore (von Torcy) und schickte sich an, die Palissaden zu übersteigen. In diesem Augenblick gewahrte man die weiße Fahne auf der vordersten Bastion der Festung — es war die Kapitulationsflagge des Kaisertums der Bonaparte.

Der Kanonendonner verstummte.

Der König schickte einen Offizier des Generalstabes nach Sedan, welcher mit der Meldung zurückkehrte, daß der Kaiser Napoleon den General Reille als Parlamentär abgesandt habe und daß dieser ihm auf dem Fuße folge. Der König trat einige Schritte vor; der Kronprinz, Moltke, Bismarck, Roon blieben in seiner nächsten Umgebung. General Graf Reille, Generaladjutant des Kaisers Napoleon und dem König Wilhelm persönlich bekannt, überreichte höflich grüßend und sein Köppi abnehmend, ein Schreiben, indem er sagte: „Dies ist der einzige Auftrag, den mein Kaiser mir übergeben hat.“

Der König nahm den Brief mit den Worten: „Aber ich verlange als erste Bedingung, daß die Armee die Waffen strecke.“ Dann öffnete er das Schreiben und teilte den Inhalt voll tiefer Bewegung seiner Umgebung mit. Als bald darauf schrieb er die Antwort und verabschiedete mit freundlichem Wort den Parlamentär.

Der Brief des Kaisers und die Antwort des Königs sind bekannt.

Die Kunde, daß Napoleon dem Könige von Preußen seinen Degen zur Übergabe angeboten habe und daß Verhandlungen bezüglich der Kapitulation eingeleitet seien, verbreitete sich mit Blitzesschnelle von Schar zu Schar des siegreichen Heeres rund um Sedan. Wo der greise Heerführer auf seiner Rückfahrt in das Hauptquartier Vendresse sich zeigte, überall begrüßte ihn der begeisterte, stürmische Jubel seiner Truppen, der von Fahne zu Fahne immer mächtiger auf dem ganzen Schlachtfelde sich erhob, wie das Wogengebraus der erregten Meerflut.

Aber es war nicht allein Jubel, was die Herzen der deutschen Krieger bewegte und schlagen ließ. Sie alle standen unter dem frischen Eindruck des weltgeschichtlichen Ereignisses, und in stillem Dank schlugen die Herzen zu dem, dessen Hilfe mächtiger war als aller Sieg. Über den Gefilden, die heute unter dem Donner von nahe an tausend Geschützen und unter dem ehernen Tritt von dreimalhunderttausend streitenden Männern erbebt waren, lag wieder die ernste Stille einer friedlichen, sternklaren Nacht. Da stimmte ein Soldat den alten frommen Feldgesang an: „Nun danket alle Gott!“ — und ein zweiter, ein dritter fiel ein, ganze Bataillone nahmen ihn auf, dann scholl es weithin über das Schlachtfeld himmelan in vollem Männerchor:

„Nun danket alle Gott  
Mit Herzen, Mund und Händen,  
Der große Dinge thut  
An uns und aller Enden!“ —

Und die verwundet lagen und nicht sterben konnten, vergaßen Schmerzen und Todespein und stimmten mit ein:

„Nun danket alle Gott!“ —

In dem Städtchen Donchery an der Maas, dreiviertel Meilen westlich von Sedan wurden in derselben Nacht die Kapitulationsverhandlungen aufgenommen. Als deutscher Bevollmächtigter hatte sich General von Moltke in Begleitung des Generalquartiermeisters von Podbielski, des Generals von Blumenthal und mehrerer Generalstabsoffiziere dorthin begeben; auf Befehl des Königs wohnte auch der Bundeskanzler Graf Bismarck der Besprechung bei. Von französischer Seite war infolge nochmals ergangener Aufforderung General Wimpffen mit mehreren Offizieren erschienen.

Schon auf dem Wege nach Donchery hatten Graf Bismarck und General von Moltke sorgfältig erwogen, inwieweit es möglich sein würde, den nach tapferem Widerstande überwundenen Gegner zu schonen. Sie blieben sich jedoch hierbei dessen bewußt, „daß die Franzosen, welche sogar von andern gegen andre errungene Erfolge zum Gegenstande einer Anklage gemacht hatten, eine selbst erlittene Niederlage nicht verschmerzen würden, noch weniger aber eine gegen sie geübte Großmut.“ General von Moltke erklärte daher, an einer bedingungslosen Kapitulation unabänderlich festhalten und dieselbe im Weigerungsfalle am nächsten Morgen mit den Waffen erzwingen zu müssen. Der Bundeskanzler Graf Bismarck trat den Ausführungen des Generalstabschefs bei.

Die Forderung Moltkes war kurz: Kriegsgefangenschaft der ganzen französischen Armee. General Wimpffen, welcher diese Bedingungen als zu hart nicht verantworten wollte, machte den Vorschlag, man möge die Truppen gegen das Versprechen, in diesem Kriege nicht mehr gegen Deutschland zu dienen, in ihre Heimat zu entlassen. Bei aller Geneigtheit des deutschen Bevollmächtigten, dem militärischen Gefühle des Gegners Rechnung zu tragen, stand aber doch die Überzeugung fest, daß moralische Verpflichtungen hier nicht ausreichten, um das Ergebnis des Waffenerfolges zu gunsten Deutschlands dauernd zu sichern. General von Moltke hielt deshalb an der bedingungslosen Kapitulation fest und erklärte sich bereit, die deutschen Stellungen durch einen französischen Offizier besichtigen zu lassen, um den General von der Unmöglichkeit eines Durchbruchs zu überzeugen. Wimpffen gab hierauf vom politischen Standpunkte aus zu bedenken, daß eine Schonung der fran-

französischen Armee diese und das ganze Land zur Dankbarkeit verpflichten und freundschaftliche Gefühle erwecken müsse, während das Gegenteil der Anfang endloser Kriege sein würde. Da entgegnete Bismarck, man könne wohl auf die Erkennlichkeit eines Fürsten, aber nicht auf die eines Volkes bauen, am wenigsten auf die des französischen Volkes. Hier gebe es keine dauerhaften Verhältnisse und Einrichtungen; unaufhörlich wechselten die Regierungen und Dynastien, von denen die eine nicht zu halten brauche, wozu die andre sich verpflichtet fühle. Im Laufe des weiteren Gespräches nahm General Castelnau das Wort und erklärte im Auftrage des Kaisers, derselbe habe am Tage vorher dem König seinen Degen nur in der Hoffnung auf eine ehrenvolle Kapitulation übergeben. „Wessen Degen war das?“ fragte Bismarck, „war es der Degen Frankreichs oder des Kaisers?“ — „Nur des Kaisers“, erwiderte Castelnau. „Nun, dann kann von andern Bedingungen nicht die Rede sein“, sagte Moltke rasch, indem über sein Gesicht ein Zug vergnügter Befriedigung ging. — „Wohlan, dann werden wir uns morgen noch einmal schlagen“, erklärte Wimpffen. „Um 4 Uhr werde ich das Feuer eröffnen lassen“, versetzte Moltke. General Wimpffen bat um Bewilligung eines vierundzwanzigstündigen Waffenstillstandes, damit er innerhalb dieser Frist einen Kriegsrat berufen könne. General Moltke lehnte aber auch dieses Ansinnen ab und kündigte schließlich für den Fall, daß die von ihm gestellten Bedingungen bis 9 Uhr morgens nicht angenommen wären, den Wiederbeginn der Feindseligkeiten an.

Um 1 Uhr nachts wurden die Verhandlungen abgebrochen und die französischen Bevollmächtigten kehrten nach Sedan zurück. Da es indessen keinem Zweifel unterlag, daß die fest umschlossene Armee sich den Bedingungen werde fügen müssen, so wurde deren Wortlaut noch im Laufe der Nacht vom Generalstab aufgesetzt.

Graf Bismarck nahm bei der vorgerückten Nachtzeit sein Quartier zu Donchery. Nur wenige Stunden des Schlafes waren ihm vergönnt. Es war gegen sechs Uhr morgens, als ihn die Stimme seines Dieners Engel weckte. „Erzellenz, Erzellenz, 's ist ein französischer General da unten vor der Thür; ich verstehe nicht, was er will.“ Der Kanzler lehnte zum Fenster heraus. Draußen stand der General Reille, welcher mitteilte, daß der Kaiser Napoleon den Kanzler zu sprechen wünschte und sich bereits auf dem Wege befände. Der ruheloze Kaiser war bereits vor Morgengrauen aufgebrochen, um sich in die Gefangenschaft des Königs von Preußen zu begeben, welche ihm weniger lästig dünkte, als ein längeres Verweilen im Lager seiner eignen Truppen. Graf Bismarck ließ zurückmelden, daß er sich beeile, dem Kaiser entgegenzukommen. Er bestieg sein Pferd und traf den Kaiser schon bei Trénois, etwa halben Weges zwischen Donchery und Sedan.

Der Kaiser saß in einer offenen Kutsche mit drei höheren Offizieren, während ebensoviele zu Pferde daneben ritten. Einige unter ihnen waren Bismarck persönlich bekannt. Dieser grüßte militärisch, der Kaiser nahm die Mütze ab und seine Offiziere desgleichen, worauf auch Bismarck sein Haupt entblößte. Napoleon äußerte den Wunsch, den König persönlich zu sprechen. Durch Bismarck auf die zwei Meilen starke Entfernung bis zum königlichen Hauptquartier (in Vendresse) aufmerksam gemacht, erkundigte er sich, ob darüber bestimmt wäre, wohin er sich begeben solle und welches Bismarcks Meinung darüber sei.

Graf Bismarck erwog, daß Napoleon in Sedan Unannehmlichkeiten von den eignen Soldaten besorgte, und stellte sein eignes Quartier in Donchery, das er sogleich räumen werde, zur Verfügung, was der Kaiser annahm. Dieser fuhr dann langsam weiter auf Donchery zu, und Graf Bismarck ritt daneben. Unterwegs mochten dem Kaiser Bedenken aufsteigen, sich als Gefangener in Donchery zu zeigen. Einige hundert Schritte von der Maasbrücke bei Donchery stand an der mit Pappeln bepflanzten Landstraße ein einzelnes, gelb angestrichenes Haus, das von einer armen Weberfamilie (Tifferand aus Belgien) bewohnt wurde. Das ärmliche Aussehen hatte es vor Einquartierung und Belegung mit Verwundeten bewahrt. Der Kaiser ließ halten und fragte, ob er nicht dort absteigen dürfe. Graf Bismarck ließ das Haus durch den Legationsrat, Grafen Bismarck-Böhlen, der ihm inzwischen gefolgt war, näher in Augenschein nehmen. Auf die Meldung, daß zwar die inneren Räume eng und dürrtig, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser aus und ersuchte Bismarck, ihm hinein zu folgen.

In dem sehr kleinen Zimmer des oberen Stocks, welches nur einen Tisch und zwei Binsenstühle enthielt, hatte Bismarck eine Unterredung von etwa drei Viertelstunden mit dem Kaiser. Letzterer brachte das Gespräch auf die Kapitulation; Bismarck aber lehnte jedes Eingehen hierauf ab, weil die Verhandlungen darüber nur militärischer Art und zwischen den Generalen v. Moltke und v. Wimpfen zu erledigen seien. Dagegen fragte er den Kaiser, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt sei. Der Kaiser erwiderte, daß er Gefangener sei, und auf weiteres Befragen, durch wen die Staatsgewalt Frankreichs vertreten werde, verwies er auf die in Paris bestehende Regentschaft. Da unter diesen Umständen die Sachlage ihren rein militärischen Charakter behielt, so wurde General v. Moltke zu einer Besprechung mit dem Kaiser eingeladen. Der deutsche Generalstabschef erklärte sich zwar bereit, den Wunsch Napoleons, daß die eingeschlossene französische Armee auf belgisches Gebiet geführt werden möchte, dem Könige vorzutragen, verhehlte aber nicht, daß er den Wunsch kaum befürworten könne.

Nachdem Moltke sich verabschiedet hatte, trat der Kaiser ins Freie und lud Graf Bismarck ein, sich vor der Thüre des Hauses neben ihn zu setzen. Jede Unterhaltung über die Lage konnte nach den stattgehabten Erklärungen eine praktische Wirkung nicht mehr haben. Der Kaiser beklagte das Unglück des Krieges; aber er klagte sich selbst vor der Weltgeschichte an, indem er erklärte, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genötigt worden sei.



Bismarck und Napoleon bei Sedan.

Graf Bismarck hatte unterdessen ein Gebäude ermitteln lassen, welches zur Aufnahme des Kaisers und zur Zusammenkunft desselben mit dem Könige geeignet schien. Es war das Schloß Bellevue, unweit Trénois in einem Park gelegen. Er gab dem Kaiser dorthin das Geleit, während eine Ehrengarde vom Leib-Kürassierregiment dem kaiserlichen Wagen voranritt.

General von Moltke war auf dem Wege nach Vendresse dem Könige begegnet und von ihm zum Abschluß der Kapitulation auf Grund der ent-

worfenen Bedingungen ermächtigt worden. Zugleich erklärte der König, daß er erst nach erfolgter Unterzeichnung seitens des französischen Oberbefehlshabers zu einer Unterredung mit dem Kaiser Napoleon bereit sei. Diese bestimmte Willensäußerung des Königs nahm dem Kaiser die letzte Hoffnung, durch seine persönliche Befürwortung und durch die Güte des Königs noch günstigere Bedingungen für die Armee erreichen zu können. Um elf Uhr vormittags erfolgte dann auch ohne ferneren Widerspruch der französischen Unterhändler die Unterzeichnung.

Inzwischen war der König mit den deutschen Fürsten und einem zahlreichen Gefolge wieder auf der Höhe von Trénois eingetroffen, wohin ihm Graf Bismarck entgegengeritten war. Hier erhielt er durch Moltke die Meldung von dem erfolgten Abschluß der Kapitulation und richtete unter dem Eindrucke dieses weltgeschichtlichen Ereignisses an die Versammelten Worte tiefgefühlten Dankes für alle Teile des deutschen Heeres und zuversichtlicher Hoffnung auf eine Festigung des Bandes zwischen ihm und seinen Verbündeten in Nord- und Süddeutschland und auf eine glückliche Gestaltung der Zukunft.

Dann begab sich König Wilhelm zur Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon nach Schloß Bellevue.

Am folgenden Tage (3. September) waren alle höheren Offiziere des Hauptquartiers in Vendresse zur königlichen Tafel geladen. Ausnahmsweise wurde Champagner serviert. Der König erhob sich und brachte folgenden Trinkspruch aus: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Standpunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat.“

Am demselben Tage schrieb Graf Bismarck von Vendresse den Brief an seine Gemahlin, welcher mit einer ganzen deutschen Post von Franc tireurs abgefangen und zwei Jahre später vom Pariser „Figaro“ mit roten Lettern nach der Originalhandschrift gedruckt, veröffentlicht wurde. Der Brief machte so großes Aufsehen in Frankreich, daß von der betreffenden Nummer des Figaro bereits am Tage des Erscheinens 200 000 Exemplare verkauft wurden. Das Original, welches dem „Figaro“ auf einen Monat anvertraut war, wurde von dem Administrator desselben in seiner Kasse aufgehoben und alle Tage eine Stunde zur Einsicht des Publikums aufgelegt. Der einfache Inhalt lautete:

Vindische 3 Briefe

Winn lobend 4. 1793

Winn lobend 4. 1793  
Winn lobend 4. 1793  
auf einen feingedruckten Brief, dessen Inhalt  
versteht, es geht in der Folgezeit über  
große Verluste von Seiten des 1. 1793.  
kelt. in der Zeit gegen 3000 Personen  
ausgestan, deren Verlust das französische  
Brennen des Wein seit Frankreich auf  
regte, in der Folgezeit worden, wobei  
sich mit dem Kaiserliche Kriegsgeldern  
ausgeben mussten. Auf dem Brief 5. 1793.

worüber ich bei 1 Uhr sprach und Mitternacht  
den französischen Gesandten über die  
abgeschlossenen Constitutionen vorlesen  
ließ, nach dem die General  
Rechte von der Union, um mich zu zeigen  
dass ich darüber nicht zu sprechen vermöge.  
Ich will nicht sagen, dass ich nicht ge-  
gen die Union, sondern den Kaiser in off-  
nem Abzuge mit 3 Regimenten in 3  
Stunden von dem Lande fort  
war, das ist wahr. Ich habe abgelesen  
ist allemal möglich, wie in dem Tullianer  
es steht, und immer derselbe. Es  
müßte der König zu sich, als ich ihn

das Maß für gewöhnlich durch P. M. 3  
Müller davon an dem Ort wo es  
steht. Das Gewächse ist - Auf d. 1  
Länge nach in die Länge der Pflanze, das  
ist es, da es Ordnung enthält, wenn  
Gewächse in Ordnung sind, wenn die  
Pflanze an dem Ort der Pflanze, was  
wird es an, es ist ein gewöhnliches  
Gewächse, was ein, es ist ein, was ein  
gewöhnliches Gewächse ist, gewöhnlich,  
dies ist ein gewöhnliches Gewächse, was ein  
Gewächse ist. Was die Pflanze an dem Ort,  
wenn die gewöhnlichen Gewächse, es  
es ist ein gewöhnliches Gewächse,

berühmtesten in Europa abstrahieren  
Sinn; es läßt sich beschreiben, daß  
das zuletzt als ein unvollständiges  
et 'importe unum N.'; es ist  
mit ihm ein gebräuchliches  
Sinn. In einem Dokument von 10  
Jahren, mit einem festem Kiste  
2 Einheitsstellen, ist ein  
in einem anderen. In einem  
aus London mit einem  
unvollständigen, es ist  
Vollständigkeit, wenn  
es ist ein gebräuchliches  
von Gottes unvollständigen

seine furchtbare Qualen aus dem  
Licht der Welt und dem  
Himmel zu nehmen, er wollte  
den Menschen zu helfen.  
Er schickte dann einen  
seiner Schüler auf die Insel  
zu bringen. Er wurde von  
den Menschen in Fesseln  
genommen. Er wurde  
mit einem eigenen  
Kreuz gezeichnet. Er  
wurde dort gefoltert und  
dann  
freigelassen. Original  
Abbildung der  
Kapitulation, um etwa  
1600 bis  
1605. Original  
Abbildung, um etwa  
1600 bis  
1605. Original  
Abbildung, um etwa  
1600 bis  
1605.





Vendresse, 3. Sept.

Mein liebes Herz!

Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehre heut zurück und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan am 1. erlebt, in der wir gegen 30 000 Gefangene machten und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar le Duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußte. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generalen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend: Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuileries und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß S. M. 3 Meilen davon an dem Orte, wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf N.s Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich der Gegend unkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinen Orte an der Maas dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen 6 Franzosen, von mir und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unsrer Seite zu. Vor dem Orte wurde es ihm leid wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es befehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein. „N'importe!“ meinte N. und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gebierte mit einem fichtenen Tische und 2 Binsenhühlen saßen wir eine Stunde, die andern waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuileries. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen zu kommen. Wir schickten dann einen der ersteren auf Refognoszierung und entdeckten  $\frac{1}{2}$  Meile davon in Frénois ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Eskorte vom Leib-Kür.-Regt., und dort schlossen wir mit dem französischen Obergeneral Wimpffen die Kapitulation, vermöge deren 40= bis 60 000 Franzosen, genauer weiß ich es noch nicht — mit allem, was sie haben, unsere Gefangenen wurden. Der vor= und gestrige Tag kosten Frankreich 100 000 Mann und einen Kaiser. Heut früh ging letzterer mit allen seinen Hofleuten nach Wilhelms=höhe bei Rassel ab.

Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott in Demut danken wollen und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich noch weiter fortführen müssen.

Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heut aus Deinen und Mariens Briefen Herberts Eintreffen bei Euch. Will sprach ich gestern, wie schon telegraphiert, und umarmte ihn angesichts Sr. Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Hans und Fritz Karl sah ich, beide Bülow bei 2. G. Dr., wohl und munter.

Leb wohl, mein Herz; grüße die Kinder.

Dein

v. B."



Abfahrt Napoleons nach Kassel.



Vorposten vor Paris.

## Neunzehntes Kapitel.

### Von Sedan bis Versailles.



Es ist nicht Fabel, nur Vergessenheit,  
Und was geschah, kann wiederum geschehn.  
C. F. Scherenberg.

Is unter Glockengeläute und Viktoria=donner die Nachricht von dem großen Siege bei Sedan in Deutschland verbreitet ward, da fühlte das deutsche Volk sich auf die Höhe seines Welt=

berufes gehoben. Es fühlte, daß keine Gewalt und Arglist ihm den Siegespreis würde entreißen können und daß der politische Erfolg nicht hinter den Leistungen der Waffen zurückbleiben dürfe.

Durch den allgemeinen Jubel klang schon damals die Hoffnung, daß mit Vernichtung der feindlichen Heere und mit der Gefangennehmung des Kaisers Napoleon auch der Friede nahe gerückt sei. Als Bürgschaft dieses

Friedens aber verlangte schon damals das deutsche Volk die Rücknahme des alten Reichslandes Elsaß und eines Teiles von Lothringen, um mit dem Gebirgswall der Vogesen und den alten Festungen Straßburg und Metz gesicherte Grenzen gegen den Nachbar zu gewinnen. Diese Forderung wurde um so dringlicher erhoben, je mehr die neutralen Mächte Miene machten, mit Vermittelungsversuchen zu gunsten Frankreichs einzutreten.

Betäubend wirkten die Eindrücke der Entscheidung bei Sedan auf die Gemüter in Paris. Das französische Volk schloß absichtlich die Augen für seine Niederlage und suchte mit Selbsttäuschung darüber hinwegzukommen. Nicht die Nation war erlegen, sondern das Kaisertum — das Kaisertum hatte Frankreich an den Rand des Abgrundes gebracht, die Republik sollte es retten. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik ging mit einer Geschwindigkeit vor sich, wie ein Kulissenwechsel auf der Bühne. Einige Mitglieder der Opposition, Jules Favre, Keratry, Ferry u. a., begaben sich, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, vom Sitzungssaale nach dem Stadthause (4. September). Dort wurde unter lautem Jubel der Menge die Absetzung des Kaisers und die Errichtung der Republik verkündigt. Die Urheber dieser Bewegung vollzogen zugleich die Einsetzung der neuen Regierung, welche sich „Regierung der Nationalverteidigung“ nannte. General Trochu, Gouverneur von Paris, übernahm den Vorsitz, Jules Favre das Auswärtige, Leon Gambetta das Innere, Adolphe Crémieux die Justiz, Lesclapart das Kriegsministerium. Noch andre wurden zu Mitgliedern der Regierung ernannt, ohne jedoch ein bestimmtes Fach zu übernehmen.

Sechs Mitglieder der neuen Regierung waren Advokaten, alle gehörten zu den erklärten Gegnern der Napoleonischen Politik. Sie waren von dem Wunsch und Willen beseelt, ihrem Lande in seiner gegenwärtigen Lage zu dienen, aber ohne praktische Erfahrung in den Staatsgeschäften und ohne den klaren, unbefangenen Blick für die wahren Bedürfnisse des Landes. Sie gaben Deutschland die Schuld an der Fortdauer des Krieges, weil es nicht sogleich von dem Boden der Republik die Heere zurückzog, welche die Armeen des Kaiserreichs vernichtet hatten, und glaubten, den Frieden erlangen zu müssen, ohne irgend welche andre Opfer, als etwa das einer Geldentschädigung an Deutschland. Der Minister Favre gab an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande (6. September) die Losung: „Keinen Zoll unsres Gebietes, keinen Stein unsrer Festungen!“ — und der berühmteste Mann Frankreichs, der greise Thiers, begab sich auf die Reise (12. September), um für dieses Programm in London, Petersburg, Wien und Florenz die Hilfe der neutralen Mächte anzurufen.

Unterdessen nahmen auch die Rüstungen ihren Fortgang. Eingedenk der Massenerhebung von 1792, glaubte die Republik von 1870 Armeen

aus dem Boden stampfen zu können, welche den deutschen Heeren gewachsen wären. Alle unverheirateten wehrfähigen Männer wurden zur Mobilgarde einberufen, ungeheure Waffeneinkäufe gemacht. Im Rücken der deutschen Heere sollten die Franc-tireurs ihr unheimliches Wesen treiben. Den Mittelpunkt der Landesverteidigung aber bildete die mit dem Gürtel von Forts gerüstete, unnahbare Hauptstadt. „Ihr Deutschen, Paris ist fürchterlich!“ so deklamierte der Dichter der französischen Republik, Viktor Hugo. „Ihr werdet die Forts nehmen und dahinter den Ringwall finden; ihr werdet den Ringwall nehmen und die Barrikaden finden; ihr werdet die Barrikaden nehmen und ihr findet die zur Mine gewordene Kloake. Ihr werdet Paris Stein um Stein zu nehmen, Frankreich Mann um Mann zu töten haben in jeder Straße, in jedem Hause! — — Paris ist die Stadt der Städte, Paris ist die Stadt der Menschen, der Mord von Paris — welches Verbrechen!“ —

Unbekümmert um diese Warnungsrufe setzten die deutschen Heere ihren Marsch gegen die „Heilige Stadt“ fort. „Nach Paris!“ — so lautete die Losung für alt und jung, für General, wie Soldaten. Bismarck aber gab dem gehobenen Nationalgefühl, welches seit dem Tage von Sedan die deutschen Herzen erfüllte, schon während des Vormarsches der deutschen Armeen gegen Paris lebendigen Ausdruck. Über die Gesichtspunkte, welche er für die etwaigen Friedensverhandlungen ins Auge faßte, sprach er sich in zwei Erlassen an die Vertreter des norddeutschen Bundes bei den neutralen Mächten aus. In dem ersten, der aus dem Hauptquartier Reims (13. Sept.) datiert war, hob Bismarck die Notwendigkeit hervor, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben: „Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat.“ Diese Bürgschaften wurden in einem zweiten Erlaß aus Meaux (16. Sept.), welcher durch das Rundschreiben Jules Favres und die von Thiers angetretene Reise zu den Höfen der neutralen Staaten veranlaßt war, des Näheren erläutert. Bismarck sagte darin:

„Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. Solange Frankreich im Besitze von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensiv bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter;

wir sind in mehr als 20 Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsre von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eignen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre, wiederum angreifen, sobald es sich durch eigne Kraft oder fremde Bündnisse stark genug fühlt. — Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen ist, das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten. Nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Überwindung unsres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unsrer Friedensliebe aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unsrer Verteidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten.“

So wenig Hoffnungen sich hiernach auch zu einer Verständigung über die Friedensgrundlagen mit der Regierung der Nationalverteidigung in Paris boten, so entschloß sich der französische Minister, Jules Favre, dennoch, eine Unterredung mit dem norddeutschen Bundeskanzler nachzusuchen. Einerseits wünschte er die friedfertige Gesinnung der neuen Regierung darzutun, anderseits empfand die aus einer Volksbewegung hervorgegangene neue Regierung das Bedürfnis, sich vor der eignen Nation und dem Auslande eine gewisse Legitimation zu schaffen. Sie hatte deshalb Wahlen zu einer Nationalversammlung ausgeschrieben, ohne jedoch danach zu fragen, ob unter den obwaltenden Verhältnissen die Ausführung der Wahlen und der Zusammentritt der Versammlung zu ermöglichen sein würde. Die Lage der Dinge nötigte den Minister jetzt, sich hierüber mit dem norddeutschen Bundeskanzler in Einvernehmen zu setzen. Die Zusammenkunft war durch englische Vermittelung vorbereitet worden, und in denselben Tagen, als die deutschen Heersäulen sich auf verschiedenen Straßen gegen Paris vorwärts bewegten, befand sich Jules Favre auf dem Wege nach dem deutschen Hauptquartier (18. September).

Die Begegnung von Jules Favre und dem Grafen Bismarck ist von mehrfachem Interesse. Der 61jährige Advokat, welcher durch eine Volksbewegung plötzlich an das Staatsruder gekommen war und seine Volksgunst fortgesetzten Angriffen im Gesetzgebenden Körper gegen die kaiserliche Regierung verdankte, hoffte auch hier, durch die Macht der Phrase Eindruck auf den

„eisernen Grafen“ zu machen. Dieser aber, der seit 20 Jahren im praktischen Dienste gereifte Staatsmann stand auf dem Boden der Thatfachen, deren unerbittliche Logik jener anzuerkennen sich weigerte. Jules Favre hatte auch als Minister etwas von dem deklamatorischen Pathos an sich, den er sich als Redner vor den Gerichtsschranken und auf der Tribüne angeeignet hatte; er hob und senkte die Stimme je nach den Gemütsbewegungen, denen er sich bei seiner lyrisch angelegten Natur überließ, und begleitete seine Rede mit lebhaften Gebärden. Graf Bismarck dagegen blieb ruhig bei der Sache; er hielt sich nicht damit auf, den Gegner von der Unhaltbarkeit gewisser Theorien überzeugen zu wollen, sondern ging geradeswegs auf das zu erreichende Ziel los. Bei alledem lag in dem Wesen von Favre etwas, wodurch er Bismarcks Teilnahme erregte. Der weit überlegene Staatsmann hatte Mitleid mit dem Patrioten, der, obgleich er von dem Kriege dringend abgeraten hatte, nun doch als Franzose seine unvermeidlichen Folgen hinnehmen mußte; er würdigte seinen vaterländischen Schmerz, der sich bei ihm zwar auf eine dem Deutschen ungewohnte Art kundgab, aber doch achtungswürdig schien.

Jules Favre hat bald nach der Unterredung einen Bericht darüber an die Regierung zu Paris eingereicht (21. September) und denselben später der sehr ausführlich und dramatisch gehaltenen Darstellung in seinem Werke „Gouvernement de la défense nationale“ einverleibt. Graf Bismarck zollt in einem Rundschreiben aus Ferrières (27. September) Herrn Favre mit Bezug auf den ersteren die Anerkennung, daß „er bemüht gewesen, den Hergang im ganzen richtig wiederzugeben.“

„Die Hitze war erdrückend“, so erzählt Jules Favre, „wir kamen nur langsam vorwärts. Es war 3 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags. Durch Graf Hatzfeld, den damaligen ersten Sekretär Bismarcks, über des letzteren Aufenthalt unterrichtet, gelangten wir bis zum halb zerstörten Dorfe Montry, wo wir, nach etwa einer halben Stunde, drei Reiter mit zahlreicher Bedeckung heransprengen sahen. Einer derselben, von hohem Wuchse, trug eine weiße Mütze mit gelbem Rande; es war Graf Bismarck. Er stieg am Eingange des Hofes ab, wo ich stand.

„Ich bedaure“, hob ich an, „Ew. Excellenz nicht an einem Ihrer würdigeren Orte empfangen zu können. Jedoch stehen diese Trümmer vielleicht nicht außerhalb jeder Beziehung zu der von mir erbetenen Unterredung. Sie sind die beredten Zeugen der Übel, denen ich eine Grenze zu setzen wünschte. Beliebt es Ew. Excellenz, so wollen wir hier unsre Unterhaltung beginnen.“

„Nein“, antwortete der Graf; „es findet sich wohl in der Nähe ein für unsre Beratung mehr geeignetes Haus.“

Einer der Landleute wies uns das zehn Minuten entfernte Schloß La Haute Maison. Wir gingen durch ein Wäldchen dorthin. Es ist ein altes Gebäude, auf einer bewaldeten Anhöhe gelegen.

„Diese Örtlichkeit“, bemerkte der Graf, „scheint wie gemacht für die Franc tireurs, von denen die Gegend hier voll ist. Wir machen auf sie schonungslose Jagd, denn es sind keine Soldaten, wir behandeln sie als Raubgefindel.“

„Aber es sind doch Franzosen, welche ihren Herd und ihr Haus verteidigen; sie leisten Widerstand gegen Ihre Invasion und sind in ihrem Rechte. Sie aber verkennen das Kriegsgesetz, indem sie es nicht auf diese Leute anwenden.“

„Wir kennen nur Soldaten, welche einer regelmäßigen Disziplin unterworfen sind“, versetzte der Graf; „die andern sind außerhalb des Gesetzes.“

Ich erinnerte ihn an die preußischen Erlasse von 1813 und an den Kreuzzug, welcher damals gegen die Franzosen gepredigt wurde.

„Richtig!“ sagte Graf Bismarck. „Aber unsre Bäume zeigen noch die Spuren derjenigen Landeseinwohner, welche Ihre Generale hängen ließen.“

Wir traten in einen niedrigen Saal, der von dem allmählich ansteigenden Hofe aus gesehen werden konnte. Im Begriffe, sich zu setzen, bemerkte der Graf: „Wir sind hier übel daran; Ihre Franc tireurs können durch die Fenster auf mich zielen.“ Als ich Verwunderung und Zweifel ausdrückte, setzte er hinzu: „Ich bitte, sagen Sie den Leuten in diesem Hause, daß Sie Mitglied der Regierung sind und daß sie mit ihrem Kopfe für jeden verbrecherischen Versuch haften.“

Ich that nach seinem Wunsche, gleichwohl überzeugt, daß er keine andre Absicht hatte, als mich an die Möglichkeit von Attentaten glauben zu machen, welche das barbarische Auftreten deutscher Befehlshaber rechtfertigen könnten. Ich war mehr als beruhigt für Herrn von Bismarck, als ich das Haus von preußischen Wachtposten umstellt sah, welche nicht zufällig dort standen.

Das erste, was ich dem Grafen Bismarck sagte, war: „Ich glaubte, daß, bevor der entscheidende Kampf unter den Mauern von Paris beginnt, es nicht unmöglich wäre, einen ehrenvollen Vergleich zu versuchen, um unberechenbares Unglück zu verhüten, und ich wünschte Ew. Excellenz Absichten in dieser Beziehung kennen zu lernen. Unsre Lage ist zwar unregelmäßig, aber durchaus klar. Wir haben die Regierung des Kaisers nicht gestürzt, sie ist von selbst gefallen, und indem wir die Gewalt in die Hände nahmen, gehorchten wir nur der äußersten Notwendigkeit. Der Nation kommt es zu, sich über die Regierungsformen, die sie sich zu geben gedenkt, und über die Friedensbedingungen auszusprechen. Deshalb haben wir die Wahlen ausgeschrieben. Ich richte an Sie die Frage, ob Sie geneigt sind, die Stimme

der Nation zu hören, oder ob Sie mit ihr einen Vernichtungskrieg führen und ihr eine Regierung aufzwingen wollen. In diesem Falle gebe ich Ev. Erzellenz zu erwägen, daß wir entschlossen sind, uns bis auf den Tod zu verteidigen. Paris und seine Forts können drei Monate lang widerstehen. Anderseits leidet Ihr Land durch die Anwesenheit Ihrer Heere auf unserm Gebiet. Ein Kampf, welcher den Charakter eines Ausrottungskrieges annehmen würde, wäre verhängnisvoll für beide Länder, und ich glaube, daß wir mit einigem guten Willen demselben durch einen ehrenvollen Frieden zuborkommen können.“

Der Graf antwortete: „Ich verlange nur den Frieden. Nicht Deutschland hat denselben gestört. Sie haben uns ohne Grund den Krieg erklärt in der einzigen Absicht, uns einen Teil unsres Gebietes zu nehmen. Sie sind darin Ihrer Vergangenheit treu gewesen. Seit Ludwig XIV. haben Sie nicht aufgehört, sich auf unsre Kosten zu vergrößern. Wir wissen, daß Sie auf diese Politik niemals verzichten werden, daß sie nur Kraft schöpfen werden, um uns einen neuen Krieg zu erklären. Deutschland hat diese Veranlassung nicht gesucht; es hat sie ergriffen um seiner Sicherheit willen, und diese kann nur durch eine Gebietsabtretung verbürgt werden. Straßburg ist eine immerwährende Drohung gegen uns, es ist der Schlüssel unsres Hauses und wir fordern ihn.“

„Dann also Elsaß und Lothringen?“ fragte ich.

„Ich habe von Lothringen nicht geredet“, antwortete der Graf; „was aber Elsaß betrifft, so sage ich offen, daß wir es als durchaus unerlässlich für unsre Verteidigung ansehen.“

Ich gab dem Grafen zu bedenken, daß dieses Opfer Frankreich Gefühle der Rache und des Hasses einflößen würde, welche unseligerweise wieder zum Kriege führen müßten, daß das Elsaß französisch bleiben wolle, daß es bewältigt, aber nicht deutsch gemacht werden könne, daß es deshalb eine ernste Verlegenheit, vielleicht eine Ursache der Schwächung für Deutschland sein würde.

Der Graf stellte dies nicht in Abrede, aber er wiederholte, daß Frankreich in jedem Falle, auch wenn der Sieger Großmut üben wolle, auf Krieg gegen Deutschland fassen werde, es würde die Kapitulation von Sedan ebensowenig hinnehmen, als Waterloo und Sadowa. „Alle unsre Familien sind in Trauer; wir haben ungeheure Opfer gebracht und sind nicht willens, morgen wieder von vorne anzufangen.“

Ich bemerkte dem Grafen, daß er zwei wesentliche Elemente außer acht lasse, die in den Sitten vorgegangene Veränderung und die Erwägungen der europäischen Kabinette. Was erstere betreffe, so würde er so gut wie ich anerkennen, daß die Fortschritte der Industrie, die Schöpfung der Eisenbahnen,

die Verbindung und Verschmelzung der Interessen immer mehr dahin strebten, die Kriege unmöglich zu machen, daß dieser Krieg eine grausame Lehre für Frankreich sei, aus der es um so mehr Nutzen ziehen werde, da es in dieses Abenteuer leichtsinnig und gegen seinen Willen gestürzt worden sei.

Hier unterbrach mich der Graf und hob hervor, daß im Gegenteil Frankreich den Krieg gegen Deutschland gewollt habe. Er sprach von dem alten Groll Frankreichs, von der Haltung der Presse, der Zustimmung des Gesetzgebenden Körpers und der kriegerischen Begeisterung, mit welcher die Kriegserklärung angenommen worden sei.

Ich bestritt jede dieser Behauptungen, da der Krieg das ausschließliche Werk der kaiserlichen Partei gewesen, und fuhr dann fort: „Nachdem der Krieg einmal erklärt worden, war die Nation mit ihrer Ehre verpflichtet, ihn fortzuführen, aber sie hat ihn beständig mit Unwillen gesehen. Jetzt gibt es nur ein Mittel, den Frieden herzustellen und die beiden Länder zu versöhnen, nämlich Verzicht zu leisten auf die alte Politik der Eroberungen und des kriegerischen Ruhmes und offen einzulenken in die Politik der Völkervereinigung und der Völkerfreiheit. Führt Preußen eine entgegengesetzte Sprache, so setzt es sich dem Verdachte aus, daß es nicht allein eine Gebietsberaubung, sondern eine Wiedereinsetzung der Bonapartes bezweckt.“

Der Graf verwahrte sich lebhaft dagegen. „Was liegt uns an Eurer Regierungsform?“ sagte er. „Wenn wir die Ansicht hätten, daß Napoleon unserm Interesse förderlich wäre, dann würden wir ihn zurückführen. Aber wir überlassen Euch die Wahl Eurer Regierung. Was wir wollen, das ist unsre Sicherheit, und wir finden dieselbe nur, wenn wir den Schlüssel unsres Hauses selbst in Händen haben. Diese Bedingung ist unerläßlich, und ich bedauere, nichts daran ändern zu können.“

Als die Unterredung diese Wendung nahm, hob ich die schwere Verantwortung hervor, welche ein so wichtiger Beschluß sowohl der einen wie der andern Regierung auferlege. Ich sprach von dem erbitterten Widerstande der Hauptstadt und der Provinzen, daß die deutschen Heere sechs Monate außerhalb ihres Landes bleiben würden und daß man alle Erwägungen militärischen Ruhmes der Pflicht opfern müsse, so große Katastrophen zu verhüten.

„Wir waren darauf vorbereitet“, versetzte der Graf, „und wir wollen diese Opfer lieber selbst bringen, als sie unsern Kindern aufsparen. Übrigens ist unsre Stellung nicht so schwierig. Wir begnügen uns mit der Wegnahme eines Forts, und keines der übrigen kann dann länger als vier Tage widerstehen. Von dem eroberten Fort aus werden wir Paris das Gesetz diktieren.“

Ich verwahrte mich gegen die Grausamkeit eines Bombardements.

„Die Notwendigkeit kann sie rechtfertigen“, erwiderte Graf Bismarck. „Übrigens sage ich nicht, daß wir Paris mit Sturm nehmen wollen. Es

könnte uns bequemer sein, es durch Hunger zu bezwingen, indem wir uns in den Provinzen ausbreiten, wo keine Armee uns aufhalten kann. Straßburg wird nächsten Freitag fallen, Toul vielleicht noch früher. Die Armee Bazaines hat ihre Maultiere verzehrt, nun sind die Pferde an der Reihe, und bald wird sie genötigt sein zu kapitulieren. Ohne Paris einzuschließen, werden wir ihm mit 80 000 Mann Kavallerie seine Zufuhren abschneiden, und wir sind darauf gefaßt, in Frankreich so lange zu verbleiben, als es nötig ist.“

„Dann“, wendete ich ein, „ist es also unsre Vernichtung, die Sie beabsichtigen; denn um den Frieden zu erlangen, werden Sie uns eine Regierung aufnötigen müssen. Sie machen sich dadurch verantwortlich vor Europa, welches das wahrscheinlich nicht dulden wird, und Sie eröffnen damit einen Zeitraum voll Aufregung und Kämpfe, deren Ende niemand absehen kann. Ich schlage Ihnen ein andres Mittel vor. Lassen Sie uns eine Nationalversammlung berufen! Wenn Sie wahrhaft staatsmännisch handeln wollen, so legen Sie ihr annehmbare Friedensbedingungen vor, und Sie werden einen dauerhaften Frieden erreichen.“

„Dazu“, erwiderte er, „wäre ein Waffenstillstand notwendig, und diesen will ich um keinen Preis.“

„Wenn Sie diese Lösung nicht wünschen, so folgere ich daraus, daß Sie Ihre Überlegenheit nur dazu benutzen wollen, um uns das zu entreißen, was wir Ihnen, wenn wir uns in einer regelmäßigen Lage befänden, nicht bewilligen würden. Es ist für uns unmöglich, so harte Bedingungen anzunehmen. Wir erbieten uns dagegen, Ihnen eine Kriegsentschädigung zu zahlen.“

Der Tag neigte sich. Wir hatten weiter als drei Stunden zu gehen, um inmitten eines verwüsteten Landes ein Nachtquartier zu erreichen. Ich fragte den Grafen, ob er mich noch einmal am Abend in Ferrières empfangen wolle.

Er willigte ein und sagte beim Abschiede: „Ich erkenne an, daß Sie die Politik, welche Sie jetzt vertreten, immer unterstützt haben, und wenn ich dessen sicher wäre, daß dies auch die Politik Frankreichs ist, so würde ich dem Könige vorschlagen, sich zurückzuziehen, ohne Ihr Gebiet anzutasten und ohne einen Heller von Ihnen zu fordern. Aber Sie sind Vertreter einer verschwinnenden Minderheit und aus einer Volksbewegung hervorgegangen, welche Sie morgen wieder stürzen kann. Das Übel liegt in der Unbeständigkeit, welche einen Charakterzug Ihres Landes bildet, das Heilmittel in dem materiellen Pfande, welches zu nehmen wir berechtigt sind. Sie würden keine Bedenken getragen haben, uns das Rheinufer wegzunehmen, obgleich der Rhein keineswegs Ihre natürliche Grenze ist. Wir nehmen die unsre wieder und glauben dadurch den Frieden sicher zu stellen.“

Bei diesen Erklärungen beharrte der Graf. Wir schieden voneinander, nachdem wir eine Zusammenkunft für den Abend verabredet hatten.

Indem ich dies erzähle, habe ich noch alle Einzelheiten des Vorganges vor Augen. Obgleich in vorgerückten Lebensjahren, erschien mir Graf Bismarck in der ganzen Fülle seiner Kraft. Seine hohe Gestalt, seine ausgeprägten Gesichtszüge verliehen ihm ein gebietendes und hartes Aussehen, welches indessen durch eine natürliche Einfachheit gemildert ward. Sein Empfang war höflich und ernst, ohne alle Affectation und Steifheit. Sobald die Unterredung begonnen hatte, nahm er eine mittheilsame Haltung an, welche er während ihrer ganzen Dauer bewahrte. Er sah mich wahrscheinlich als einen seiner sehr unwürdigen Unterhändler an, aber er war so höflich, es mich nicht merken zu lassen; auch schien ihm meine Aufrichtigkeit Theilnahme einzuflößen. Ich selbst war erstaunt über die Klarheit seiner Ideen, die Schärfe seines Urtheils, die Originalität seines Geistes. Nicht weniger bemerkenswert war seine völlige Anspruchslosigkeit. Ich erkannte in ihm einen weit über alle Vorstellung bedeutenden Staatsmann, der nur mit wirklichen Dingen rechnet, allein auf praktische Lösungen dringt und gegen alles gleichgiltig ist, was nicht zu einem nützlichen Ziele führt. Ich habe ihn seitdem oft gesehen, wir haben zahlreiche Einzelfragen unterhandelt, und immer fand ich ihn gleich. Die große Gewalt, die er ausübt, flößt ihm weder Hochmut noch Täuschungen ein, aber er hält daran fest. Überzeugt von seinem persönlichen Gewichte, setzt er daselbe ganz ein, um das Werk zu vollenden, welches ihm bisher so wunderbar gelungen ist. Übrigens ist er bei seiner erregbaren Nervenstimmung nicht immer im Stande, heftige Ausbrüche zu unterdrücken. Ich habe ihn von einer Schonungslosigkeit und von einer Nachsicht kennen gelernt, die mir unerklärlich sind. Ich hatte viel von seiner außerordentlichen Geschicklichkeit reden hören, aber er hat mich niemals hintergangen. Er hat mich durch seine Forderungen und Härten oft verletzt, sogar empört, aber ich habe ihn in den großen wie in den kleinen Dingen stets gerade und pünktlich gefunden.

Als ich ihn in Haute Maison verließ, hatte ich wenig Hoffnung, indessen wollte ich die Unterhandlungen nicht abbrechen, ohne alles erschöpft zu haben. Ich wußte, daß ich rücksichtsvoll angehört werden würde, und hoffte sogar, den Grafen Bismarck bei einer zweiten Unterredung weniger unbeugsam zu finden.“

Das königliche Hauptquartier war am Nachmittage desselben Tages in Ferrières, zwei Meilen östlich von Paris, angelangt und hatte daselbst das Lustschloß des früheren preussischen Generalkonsuls Baron Rothschild bezogen. Die prunkvolle Einrichtung, der meilenweite Park mit Seen, Fasanerie und Jagdschloßchen zeugten von dem großen Reichthum des Besitzers. Das königliche Hoflager benutzte nichts als die Räume des Schloßes, es lebte aus der

eigenen Küche und dem mitgebrachten Weinkeller. Am Abend des 19. September fand hier die zweite Unterredung Bismarcks mit Favre statt.

— „Man empfing uns“, so fährt Jules Favre fort, „in einem großen Saale des unteren Stockwerks, „la salle des Chasseurs“ geheißen. Die preußische Post war daselbst bereits eingerichtet. Die Register, Stempel, Fächer waren mit derselben Pünktlichkeit in Betrieb gesetzt wie in Berlin.



Die Unterredung in Ferrières

Alles ging geräuschlos, ohne Verwirrung vor sich, jeder war bei seiner Arbeit. Der Graf war noch bei der Tafel; er kam herunter und lud mich ein, an seinem Mahle teilzunehmen, was ich ablehnte. Eine halbe Stunde später nahmen wir die Unterhaltung von Haute Maison wieder auf.

„Ich bin zu Ihnen gekommen“, sagte ich, „als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten der Regierung der Nationalverteidigung und folglich als der einzige amtliche Vertreter der auswärtigen Politik Frankreichs. Daher bin ich verpflichtet, meiner Regierung Bericht zu erstatten. Ich werde

Sie deshalb um die Erlaubnis bitten, nach dem Schlusse unsrer Unterredung ein Resümee derselben aufsetzen zu dürfen, über dessen Inhalt wir uns verständigen wollen, damit kein Mißverständnis Platz greife.“

„Nehmen Sie sich nicht diese Mühe“, antwortete er; „ich gebe Ihnen meinen Anteil an der Unterhaltung vollständig preis. Ich habe nichts zu verheimlichen und verlasse mich, was die genaue Wiedergabe der Einzelheiten betrifft, auf Sie.“

„Wenn dem so ist“, versetzte ich, „bleibt mir nur übrig, auf das, was wir vorher gesprochen haben, zurückzukommen. Wir stimmen in einem wichtigen Punkte überein, nämlich in demjenigen der Notwendigkeit und Wohlthat des Friedens. Ich halte dafür, daß er dauerhaft sein soll; Sie wenden mir ein, daß er nur ungewiß sein kann. Ihre Meinung beruht allein auf der Idee, welche Sie von dem französischen Charakter und von unserm Entschlusse, Sie fortwährend zu beunruhigen, sich gebildet haben. Dieser Charakter ist gleichzeitig empfindlich und großmütig. Unsrer Nation ist leicht erregt, aber auch schnell wieder zu besänftigen, wenn man ihr artig begegnet. Welche schönere Gelegenheit könnten Sie finden, sie Ihnen dauernd zu verbinden, als indem Sie sie nicht als eine besiegte, sondern als eine natürlich verbündete betrachten, die nur augenblicklich auf falsche Bahnen geraten war! Was wollen Sie mehr? Sie haben Ihr Übergewicht auf Kosten des unsrigen begründet; Sie haben in den Augen der Welt einen Kriegsrühm erworben, welcher dem Ehrgeizigsten genügen kann.“

„Sprechen Sie mir nicht davon“, unterbrach mich der Graf; „das ist ein Papier, welches bei uns keinen Wert hat, welches man nicht“ . . . Er hielt inne, als suchte er nach einem Worte. „Ein Börsenausdruck“, sagte er — „Notiert“, ergänzte ich.

„Wichtig; es ist ein Wertpapier, welches nicht notiert wird und auf welches unser Volk wenig gibt. Wir verlangen nur, in Frieden an unserm Herde zu leben. Wir haben Sie niemals angegriffen und werden es niemals thun. Sie aber werden nur auf Wiedervergeltung sinnen, und wir werden gezwungen sein, sie anzunehmen. Wir ziehen allein unser Interesse zu Rate, und das Bedürfnis, uns sicher zu stellen, ist so augenfällig, daß wir strafbar wären, wenn wir uns einer trügerischen Hoffnung überlassen wollten.“

„Ich erlaube mir“, entgegnete ich, „diese Ansicht zu bekämpfen, welche in meinen Augen ganz irrig ist. Sie scheinen das offizielle und militärische Frankreich mit demjenigen zu verwechseln, welches aus der geistigen und wissenschaftlichen Bewegung unsrer letzten Jahre hervorgegangen ist. Es hat sich in ihm eine tiefgreifende Veränderung vollzogen, welche Sie anerkennen. Die Mehrheit der Nation wird notwendigerweise durch diese unwiderstehliche

Strömung fortgerissen werden, welche sie einer neuen Politik und besseren Schicksalen entgegenführt. Sie wird begreifen, daß die Unterstützung aller Völker und vorzugsweise Deutschlands ihr unentbehrlich ist, und sie wird dieselbe suchen, nicht durch unfruchtbare Eroberungen, sondern durch die Güter der Arbeit und des wechselseitigen Austausches, und diese Bewegung, durch weise Staatsmänner begünstigt, wird bald jeden Krieg unmöglich machen.“

„Die Frage ist, wo diese weisen Staatsmänner finden?“ sagte der Graf. „Ich bin überzeugt, daß sie in Frankreich nicht vorhanden sind. Sie sprechen edle Gedanken aus, und wenn Sie Gebieter wären, würde ich nicht zögern, mich Ihrer Ansicht anzuschließen; aber Sie befinden sich im Widerspruch mit den wahren Gefinnungen Ihres Landes, welches seine Streiftucht bewahrt. Um nur von der Gegenwart zu sprechen, so sind Sie selbst aus einem Aufstande hervorgegangen und können morgen durch den Pariser Pöbel gestürzt werden.“

Ich unterbrach ihn lebhaft. „Es gibt keinen Pöbel in Paris, Herr Graf, sondern eine einsichtsvolle, hingebende Bevölkerung. Ich weiß, daß sie sich den Eindrücken überläßt und schwankend ist; aber glauben Sie mir sicherlich, daß sie unter ihrer anscheinenden Leichtfertigkeit wahren Mut und Edelsinn verbirgt. Diese Bevölkerung hat das Kaisertum ertragen und sich erst erhoben, als dasselbe nicht mehr möglich war. Sie hat durch ihre Berufung uns die Aufgabe auferlegt, unsern Boden zu verteidigen, und sie unterstützt uns bei Aufrechthaltung der Ordnung, welche nicht ernsthaft gestört werden wird. Was ihre versöhnliche Gefinnung betrifft, so bürgte ich Ihnen dafür, und wenn ganz Frankreich ihr gleiche, so würde es mir nicht schwer werden, die Ideen, welche Sie für diejenigen einer Minderheit ansehen, als angenommen zu betrachten.“

„Sie reden wie ein Franzose“, antwortete der Graf; „erlauben Sie mir, Deutscher zu bleiben. Was bedeuten die heftigen Ausfälle Ihrer Presse, die beleidigenden Zerrbilder, alle diese gegen uns gerichteten Verhöhnungen und Prahlereien? Es sind Huldigungen, welche der öffentlichen Meinung dargebracht werden, und bezeichnen gerade dadurch die Gefinnung, welche mit Ihrer Schätzung derselben nicht übereinstimmt.“

„Aber“, warf ich ein, „das Nämliche geht ja auf der andern Seite des Rheins vor, und dennoch sagen Sie mir — und ich glaube es — daß Sie uns nicht angreifen wollen. Erblicken Sie doch in diesen Rundgebungen nur den Ausbruch allzu lebhafter Empfindungen, welche durch einige Hitzköpfe erregt werden und vielleicht zu schnell aufwallen, aber nur die Oberfläche berühren. Kommen wir übrigens auf unsre gegenwärtige Lage zurück, welche uns allein beschäftigen soll! Sie haben die Armeen des Kaiserreichs besiegt, das Kaiserreich besteht nicht mehr und die Nation fordert die

Einstellung eines Krieges, der gegenstandslos geworden. Wenn Sie dies ablehnen, so muß die Nation annehmen, daß sie es ist, der Sie übelwollen, und Sie machen sich in diesem Sinne zu einem Werkzeuge der kaiserlichen Politik, welche Sie uns aufzuzwingen beabsichtigen.“

„Sie täuschen sich vollständig“, versetzte Herr von Bismarck. „Ich habe keinen ernsthaften Grund, Napoleon III. zu lieben. Ich leugne aber nicht, daß es mir bequemer gewesen wäre, ihn erhalten zu sehen, und Sie selber haben Ihrem Lande einen sehr schlechten Dienst erwiesen, indem Sie ihn stürzten. Es wäre uns gewiß möglich gewesen, mit ihm zu unterhandeln. Aber persönlich habe ich keine Ursache gehabt, mich seiner Gunst zu rühmen. Wenn er gewollt hätte, wären wir zwei aufrichtige Verbündete geworden und wir hätten zusammen die Schicksale Europas bestimmt, aber er hat alle Welt zu hintergehen gesucht, und ich habe ihm niemals getraut. Daß ich ihn nicht bekämpfen wollte, habe ich 1867 in der Luxemburger Angelegenheit bewiesen. Die gesamte Umgebung des Königs war für den Krieg, ich allein war dagegen. Ich habe sogar meine Entlassung angeboten und meinem Ansehen geschadet. Ich sage Ihnen dies nur zum Beweise, daß der Krieg nicht nach meinem Sinne war. Ich würde keinesfalls dazu geraten haben, wenn er uns nicht erklärt worden wäre. Und noch immer konnte ich nicht daran glauben; Frankreich hat wie nach einem vorbedachten Plane gehandelt. Als ich von dem Streitfall hörte, den man aus Anlaß der Hohenzollernschen Kandidatur herbeigeführt, beunruhigte ich mich über die Hartnäckigkeit Ihres Botschafters, nur mit dem Könige zu unterhandeln. Dieser Botschafter hat den König ermüdet, und dies wissend, habe ich zu einer Politik geraten, welche Ihnen Genugthuung gewährte. Als ich erfuhr, daß der König meinem Räte gemäß die Verzichtleistung seines Verwandten auf die Kandidatur erlangt hatte, schrieb ich meiner Frau, daß alles vorüber sei und daß ich zum Landaufenthalte zu ihr zurückkehren würde. Um so größer war meine Verwunderung, als ich erfuhr, daß im Gegenteile alles anfangen sollte. Von unsrer Seite fand also keine systematische Feindseligkeit statt. Die französische Regierung ist es, welche den Krieg wollte. Zum Vorwande wählte sie die dem Könige zuge dachte Demütigung, welche dieser nicht hinnehmen konnte. Selbst jetzt in der Stunde, in welcher ich mit Ihnen spreche, kann ich eine solche Verirrung nicht begreifen. Ein solcher Entschluß, gefaßt von Männern, wie Herr von Gramont und Herr Ollivier! Der erstere war nie etwas anderes als der mittelmäßigste Diplomat; Napoleon III. hielt ihn selbst dafür. Was Herrn Ollivier betrifft, so ist er Redner und nicht Staatsmann. Ich sagte Ihnen vorhin, daß, wenn wir ein Interesse daran hätten, die Dynastie Napoleons aufrecht zu erhalten, wir sieiedereinsetzen würden. Das Gleiche gilt von den Orleans und von Herrn von Chambord, welcher

weit mehr nach unserm, namentlich nach des Königs Geschmack wäre, da dieser natürlich an seinen alten Überlieferungen hängt. Was mich betrifft, so bin ich ohne jede Voreingenommenheit; ich bin sogar Republikaner und ich halte dafür, daß es keine gute Regierung gibt, wenn sie nicht vom Volke kommt; nur muß jede sich in das, was Notwendigkeit und Gebrauch ist, schicken. Wir sollen uns daher mit demjenigen beschäftigen, was den Völkern heilsam ist, und da ist es das Interesse meines Volkes, das ich zu Rate ziehe."

Jules Favre betonte nun die Notwendigkeit, eine Nationalversammlung zu berufen, und suchte die Ansichten des Grafen Bismarck bezüglich der Bedingungen zu einem Waffenstillstande zu erforschen.

— „Ich habe keine Vollmacht“, sagte Graf Bismarck, „in ernstliche Verhandlungen über diesen Gegenstand einzutreten, da ich nicht die Zustimmung des Königs habe, welche ich vollständig vorbehalte. Indessen kann ich Ihnen jetzt sagen, daß ein Waffenstillstand die Besetzung Straßburgs und der Vogesenfestungen bedingen würde. Metz würde in dem gegenwärtigen Stande bleiben. Hierbei will ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Bazaine Ihnen nicht gehört. Ich habe guten Grund, anzunehmen, daß Bazaine dem Kaiser treu bleibt und es ablehnen wird, Ihnen zu gehorchen.“

Ich unterbrach den Grafen lebhaft: „Ich glaube bessere Gründe zu haben, um das Gegenteil anzunehmen. Ich kann über die Ihrigen, als mir unbekannt, nicht streiten; die meinigen können leicht geahnt werden, wenn man über den Charakter des tapferen Führers, der darin eine Rolle gespielt hat, wohlunterrichtet ist. Darf ich mir erlauben, Sie zu fragen, ob Herr Bazaine von der Kapitulation von Sedan und der Gefangenschaft des Kaisers in Kenntniß gesetzt ist?“

„Vollkommen!“ versicherte der Graf.

„Das genügt mir“, fuhr ich fort. „Wenn wir einen Waffenstillstand schließen, so ist es einleuchtend, daß ich die Freigebung Bazaines nicht von Ihnen verlangen kann, wie lebhaft ich sie auch wünsche; aber es würde mir billig scheinen, daß man ihm erlaubte, sich für eine der Dauer des Waffenstillstandes entsprechende Anzahl von Tagen mit Lebensmitteln zu versorgen.“

„Ich kann dies nicht zugeben“, entgegnete der Graf; „ja, nicht einmal in eine Unterbrechung der militärischen Operationen daselbst willigen. Jeder Teil würde seine Freiheit zu handeln behalten. Bazaine würde uns angreifen und wir ihn zurückschlagen dürfen. Was Ihre Nationalversammlung betrifft, so sagen Sie mir Ihre Ideen, damit ich sie dem Könige vortragen kann.“

„Nach meinem Dafürhalten“, erklärte ich, „müßte Paris neutralisiert werden. Sie würden auf unsre Anzeige allen Kandidaten, welche sich in den Departements vorzustellen haben, und allen Abgeordneten, welche gewählt werden, Geleitscheine mitgeben. Ich würde für Paris die gleichen Bedingungen

zur Verproviantierung fordern, deren ich in bezug auf Metz erwähnte. Der Waffenstillstand würde auf 14 Tage abzuschließen sein, und ich glaube, daß wir nach Ablauf dieser Frist, indem wir vor der Nationalversammlung zurücktreten, uns in der Lage befinden würden, Sie mit einer von dieser ernannten Kommission in Verbindung zu setzen.“

„Die Neutralität von Paris unter solchen Bedingungen“, sagte der Graf, „scheint mir nicht unmöglich. Ich werde nur ein Unterpfand gegen Paris von Ihnen verlangen. Aber das sind Punkte, über die wir besser morgen verhandeln, da es doch nötig ist, daß wir noch eine Zusammenkunft haben. Ich bedauere, Sie aufzuhalten, und werde es mir angelegen sein lassen, daß dies für so kurze Zeit als möglich der Fall sei. Wenn der König nicht schon zur Ruhe gegangen wäre, so würde ich ihn über diese Schwierigkeiten sogleich befragt haben. Wenn Sie morgen um 11 Uhr vormittags hier sein wollen, so werden wir diese Auseinandersetzungen zu Ende bringen.“

Ich dankte ihm und wir schieden voneinander gegen 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr nachts.

Am folgenden Tage, Dienstag den 20. September, um 11 Uhr vormittags, war ich im Schlosse. Der Graf war noch beim Könige; um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ließ er mich wissen, daß er frei sei. Ich ging in einen Saal des ersten Stockwerks, wo er vor einem Schreibtische saß. Bei meiner Ankunft stand er auf und zeigte mir ein „Journal pour rire“, sowie ein andres Blatt, welche nicht ohne Grund zur Stelle waren.

„Sehen Sie“, sagte er zu mir, „das ist ein Beweis für Ihre friedfertigen und gemäßigten Absichten.“

Er reichte mir eine Karikatur, welche Preußen als einen siechen, sterbenden Greis vorstellte, der von einem Quaden verhöhnt wird.

„Wenn mich etwas wunder nimmt“, erwiderte ich, „so ist es, daß Sie sich einen Augenblick mit einer solchen Kleinigkeit beschäftigen können. Wir Politiker sind die ersten Opfer der Bosheit des Zeichenstifts, kümmern uns aber nicht darum. Das sind Freiheiten, die man hinnimmt, ohne sie in die Waagschale der Staatsmänner zu legen.“

„Das ist ein großer Irrtum“, behauptete der Graf. „Mit solcher Schwachmütigkeit läßt man zu, daß der öffentliche Geist verdorben wird. Wir werden zu nichts Gutem kommen, wenn wir nicht ein ernsthafteres System befolgen. Aber was sagen Sie hierzu?“ fragte er, indem er mir eine große Photographie zeigte, das Ufer des Meeres mit einem Seebad-etablissement vorstellend. Darunter las ich geschrieben: „Ceci est la vue d'Hastings, que j'ai choisie pour mon bon Louis. Eugénie.“

„Ich sehe nicht“, sagte ich, „was dieses Familienandenken bedeutet.“

„Es war der Geleitschein für eine Person“, antwortete er, „welche heute morgen eine Unterhaltung mit mir angeknüpft hat.“

„Ich hatte recht“, versetzte ich. „Es ist klar, daß man Sie für die Familie Bonaparte zu gewinnen sucht und daß Sie es geschehen lassen. Man ist hierher gekommen in der Absicht, Ihre Unterstützung zu erlangen, und diese Konferenz, von welcher Sie mir eine Andeutung machen, beweist, daß Sie sich alle möglichen Fälle offen halten.“

„Ich kann weder Ja noch Nein sagen“, antwortete er; „ich habe mich darüber mit hinlänglicher Offenheit ausgesprochen. Die fragliche Person hat mich zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser eingeladen. Ich sagte ihr, wenn der Kaiser es wünsche, so sei nichts leichter als dies. Offen gesprochen: er ist nicht unser Gefangener, er ist unser Gast. Wir müssen ihn gegen Belästigungen sichern, damit er thun kann, was er für angemessen hält.“

„Erlauben Sie mir“, sagte ich, „Ihnen meinerseits zu bemerken, daß Ihre Sprache vollkommen deutlich ist und daß ich ihre Tragweite begreife. Wenn das, was der Kaiser für angemessen hält, die Rückkehr auf den Thron ist und Ihre Zustimmung erhält, so werden Sie ihn zu uns zurückführen.“

„Ich habe es Ihnen gesagt“, bestätigte er; „aber wir haben keine Partei ergriffen, und da die betreffende Persönlichkeit mir nicht ganz zuverlässig vorkam, so habe ich sie abgewiesen.“

„Lassen wir denn diesen Gegenstand fallen“, bat ich, „welcher uns von meiner Aufgabe entfernt. Sie haben mit dem Könige gesprochen, ich möchte das Ergebnis dieser Unterredung kennen.“

„Der König“, antwortete der Graf, „willigt in den Waffenstillstand verlangt aber die Besetzung aller belagerten Festungen in den Vogesen, und für Straßburg die Kriegsgefangenschaft der Besatzung.“

Ich hatte Mühe mich zu halten und rief: „Herr Graf! ich wollte unsre Unterhaltung an meine Regierung berichten, aber ich weiß nicht, ob ich das, was Sie soeben erklärten, zu ihrer Kenntniß bringen darf. Die Besatzung von Straßburg hat durch ihren Heroismus die Bewunderung der Welt erregt; sie aus freien Stücken in Kriegsgefangenschaft auszuliefern wäre eine Feigheit.“

„Ich kann mich Ihrer Ansicht nicht anschließen“, erwiderte der Graf, „und der Grund meines Anspruchs ist sehr einfach. Straßburg ist erschöpft; wir haben nur noch einen letzten Sturm zu versuchen. Ich würde ihn gern verhütet sehen, aber wenn wir uns nicht verständigen, wird die Festung Freitag sicherlich in unsern Händen sein und die Besatzung uns gehören.“

„„Sicherlich“, Herr Graf“, entgegnete ich, „ist ein Wort, welches man im Kriege nicht aussprechen sollte.“

„Fügen Sie meinetwegen hinzu, so weit es in menschlicher Berechnung liegt“, ergänzte er. „Dies ist eine Ingenieurberechnung, und unter diesem Vorbehalt bin ich dessen sicher, mich nicht zu irren.“

„Dann“, erklärte ich, „wird die Besatzung der Gewalt erliegen. Ich für mein Teil werde sie niemals ausliefern. Aber was verstehen Eure Excellenz unter dem Pfande für Paris, von dem sie gestern sprachen?“

„Nichts ist einfacher, ein Fort, welches die Stadt beherrscht.“

„Ihnen die ganze Stadt zu übergeben“, versetzte ich, „das wäre klarer. Wie können Sie voraussetzen, daß eine französische Nationalversammlung unter den preussischen Kanonen beraten kann. Dies ist abermals eine Bedingung, welche ich nicht meiner Regierung vorlegen könnte.“

„Suchen wir denn eine Kombination!“ sagte der Graf.

Ich schlug ihm vor, daß, wenn man darauf verzichten müsse, Paris zu neutralisieren, die Nationalversammlung in Tours zusammentreten könne, wo schon die Delegation der Regierung ihren Sitz habe.

„Ich nehme es an“, stimmte er zu, „und wir würden Ihnen mit vollster Unparteilichkeit die Wahlen erleichtern, auch in den von uns besetzten Departements, mit Ausnahme des Elsaß und desjenigen Theiles von Lothringen, den wir behalten.“

„Man kann nicht besser eingestehen, daß man die Stimme der Bevölkerung gegen sich hat. Sie geben zu, daß, wenn Sie dieselbe befragen wollten, sie sich für die Zurückweisung Ihrer Ansprüche erklären würde.“

„Ich weiß das vollkommen“, bestätigte Graf Bismarck; „wir werden ihnen kein Vergnügen damit machen und noch weniger sie uns. Es wird eine harte Arbeit für uns sein. Sie ist nichtsdestoweniger notwendig zur Sicherung des deutschen Landes und zu einem glücklichen Ausgange des Krieges, den Sie jedenfalls gegen uns planen werden. Wir begreifen sie deshalb nicht unter die Wähler ein, die Sie befragen werden, weil wir sie ausschließlich zu regieren beabsichtigen. Aber ich will dem Könige diese ihm noch nicht bekannte Idee unterbreiten; ich werde ihm zugleich von dem Widerspruch berichten, den Sie gegen die Auslieferung der Besatzung von Straßburg einlegen.“

Der Graf ging hinaus, und, allein bleibend, hätte ich den ungestümen Empfindungen, die in mir wogten, gern freien Lauf gelassen. Meine Geduld war fast zu Ende, und ich fühlte, daß ich sie noch bedurfte. Um meine Unruhe besser zu bemeistern, zog ich aus meiner Rocktasche einen Brief und schrieb auf dessen Leere Rückseite den wesentlichen Inhalt der Vorschläge, welche mir die Zornröthe auf die Stirn trieben. Ich wartete ungefähr 20 Minuten, erregt, aber nicht verwirrt, wohl wissend, welches der Ausgang sein würde.

Nach einer Viertelstunde hierauf kehrte Graf Bismarck mit einem Papier in der Hand zurück und las mir dessen Inhalt vor. Es war von der Übergabe eines Fort die Rede, welches die Umwallung von Paris beherrschte.

Ich blieb still und ließ den Grafen fortfahren: „Der König ist mit der Berufung der Nationalversammlung nach Tours einverstanden, aber er besteht darauf, daß die Besatzung von Straßburg kriegsgefangen werde.“

Bei dieser Forderung stand ich lebhaft bewegt auf; eine Wolke, die aus meinem Innern aufstieg, trübte meine Blicke. Ich wandte mich einem Fensterfries zu und suchte eine Stütze für meinen Kopf, der springen wollte. Doch bald wandte ich mich wieder um und suchte den mich überkommenen Anfall von Schwäche zu entschuldigen. Danu verabschiedete ich mich mit Worten des Dankes für meine Aufnahme und fügte noch hinzu: „Wenn meine Regierung erachtet, daß unter den von Ihnen gestellten Bedingungen etwas im Interesse des Friedens geschehen könnte, so werde ich morgen wieder hier sein. Im entgegengesetzten Falle werde ich Ihnen schreiben. Ich bin sehr unglücklich, aber nicht ohne Hoffnung.“

Der Graf schien mir einigermaßen erregt. Er reichte mir die Hand und sagte mir freundliche Worte. Das Herz übertoll von Schmerz und Zorn, stieg ich die große Treppe des Schlosses hinab.“

Der Bericht, welchen Favre über diese Besprechungen seinen Kollegen erstattete, wurde durch ein Kunds schreiben Bismarcks an die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande (27. Sept.) berichtet. Graf Bismarck hebt darin hervor, daß nicht der Friede, sondern ein Waffenstillstand den Hauptgegenstand der Unterredung gebildet habe, und sagt mit Bezug auf den ersteren: „Es gelang mir nicht, Herrn Favre zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtcs Land an sich nichts Entehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei als diejenige aller andern Länder. Ebenjowenig fand ich bei Herrn Favre dafür ein Verständnis, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andre Bedeutung als die von Landau oder Saarbrücken haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwigs XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs.“

Hinsichtlich der Waffenstillstandsverhandlungen gibt Bismarck die persönliche Berichtigung: „Die Art, in welcher Herr Favre mir die Ehre erzeigt, mich mit Bezug auf diese und andre Fragen selbstredend einzuführen („il faudrait un armistice et je n'en veux à aucun prix“ und ähnliches) nötigt mich zu der Berichtigung, daß ich in dergleichen Unterredungen mich niemals der Wendung bediene habe oder bediene, daß ich persönlich etwas versagte

oder bewilligte, sondern stets nur von den Absichten und Forderungen der Regierung spreche, deren Geschäfte ich zu führen habe.“

Endlich faßt Bismarck das Programm für die Bedingungen eines Waffenstillstandes, welches Jules Favre als Ergebnis der Unterredungen nach Paris mitnahm, in drei Hauptpunkte zusammen, nämlich in und vor Paris die Aufrechterhaltung des militärischen status quo, ferner in und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten, endlich Übergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, von Toul und Bitsch mit freiem Abzug derselben. Diese Bedingungen wurden von der französischen Regierung verworfen (23. Sept.), und der Krieg nahm seinen Fortgang.

Schon mehrere Tage zuvor (19. Sept.) war die französische Riesengrafschaft von zweimalhunderttausend deutschen Kriegern umschlossen worden, und bald darauf fielen die Festungen Toul (23. Sept.) und Straßburg (27. Sept.), deren Übergabe Favre mit Entrüstung abgelehnt hatte. Eine neue stolze Hoffnung hatte sich damit für Deutschland erfüllt. Straßburg, die alte deutsche Reichsstadt und Hochwarte am Oberrhein, mit ihren Erinnerungen an die Zeit deutscher Größe und bürgerlicher Freiheit, an zwei Meister deutscher Kunst und Bildung, freilich auch mit den Erinnerungen an die alte Raub- und Ränkesucht der Feinde — Straßburg war wiedergewonnen und das deutsche Volk war entschlossen, diesen „Schlüssel seines Hauses“ nicht mehr aus den Händen zu geben.

Das große Hauptquartier rückte am 5. Oktober von Ferrières nach Versailles vor. König Wilhelm bewohnte die Präfektur. Die schwarzweißrote Fahne von dem Balkon des Hauses Nr. 14 in der Rue de Provence, dessen Besitzerin, Madame de Joffé, die Witwe eines wohlhabenden Tuchfabrikanten, vor Ankunft der Deutschen geflüchtet war, bezeichnete das Quartier des norddeutschen Bundeskanzlers. Bismarck hatte dasselbe wegen des großen, wohlgepflegten Gartens gewählt, in welchem er zuweilen frische Luft zu schöpfen liebte. Zu seinem persönlichen Gebrauche hatte er ein einziges Zimmer genommen, in dem er arbeitete und schlief.

Der Salon im Erdgeschoß, welcher als Empfangsalon für Fremde diente, enthielt als Mobiliar ein Pianino, ein Sofa, Polsterstühle und zwei Spiegel. Auf dem Tische vor dem einen stand eine altmodische Stuhluhr, auf der ein dämonartiges Bronzgebildchen mit großen Flügeln, welches sich in den Daumen biß — vielleicht der Schutzgeist der Madame Joffé, bemerkt spöttisch Herr Busch, dem wir diese Details entnehmen — grinsend den Verhandlungen zusah, die zu den Verträgen mit den süddeutschen Staaten, zur Proklamierung des deutschen Kaisers und Reichs, und später zur Übergabe von Paris und zur Feststellung der Friedenspräliminarien führten — Verträgen, die sämtlich in diesem Salon unterzeichnet wurden.

Das ausgeräumte Billardzimmer diente als Bureau. Ein unter den Trainsoldaten entdeckter Gehilfe des bekannten Berliner Traiteur Guster besorgte die Küche.

Dieses kleine Haus war bald umschwärmt von den Agenten der Republik und des Kaiserreichs, der Orleans und Chambords; — sie alle kamen, um den Beistand des mächtigen Gegners für ihre Pläne zu suchen. Hier empfing Bismarck den Besuch der nordamerikanischen Vermittler, General Burnside, Sheridan u. a. (5. bis 8. Okt.), sowie des Abgesandten Bazaines, General Boyer (14. Okt.), der durch politische Unterhandlungen günstige Kapitulationsbedingungen für die hungernde Armee in Metz zu erlangen hoffte. Hier beriet er mit Moltke über die Mittel, um den hartnäckigen Widerstand der Machthaber in Paris zu brechen. Von hier erließ er seine berühmt gewordenen Depeschen über die Folgen, welche die längere Belagerung von Paris für die eingeschlossene Bevölkerung haben könne, sowie über die Möglichkeit eines Bombardements, und wechselte die Schriftstücke mit dem neutralen Lord Granville, welcher aus Rücksichten der Menschlichkeit von jedem Angriff auf die Völkerstadt abriet, aber die Ausfuhr von Waffen und Kriegsbedarf nach Frankreich in weitem Umfange duldete. Zu den Gästen des Kanzlers in Versailles gehörten ferner der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück, der während der Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten mehrmals wochenlang in Versailles war, der Herzog von Ratibor, der Fürst Putbus, von Bennigsen, Simson, Bamberger, Friedenthal, von Blankenburg, die bayrischen Minister Graf Bray und von Luz, die württembergischen von Wächter und von Mittnacht, der badische von Roggenbach, der Fürst Radziwill, der jetzige großbritannische Botschafter Odo Russell. Auch die Prinzen, Prinz Albrecht und der Kronprinz nahmen einigemal an der Tafel des Kanzlers teil.

Hier erhielt er auch die Grüße aus der Heimat; denn selten kam eine Botschaft mit Liebesgaben in das Hauptquartier, die nicht einen besonderen Auftrag an den Kanzler hatte.

Einer besonders freundlichen Aufnahme hatte sich unter andern eine Deputation aus Magdeburg zu erfreuen, welcher die dortigen Brauereibesitzer G. Faber und Gebrüder Werneke eine Sendung ihres trefflichen Bieres für den „Landsmann von der Elbe“ mitgegeben hatten. Zu den nicht eßbaren, aber rührenden Liebesgaben eigener Art gehörte ein Strauß Rosen, welchen preußische Soldaten im feindlichen Feuer für den Kanzler gepflückt hatten. Bismarck verband aber mit der Freude des Empfangens auch jene des Gebens; er begleitete den König in das große Lazarett der verwundeten deutschen Krieger, teilte ihnen von den für ihn bestimmten Gaben und Erfrischungen mit und erquickte sie mit seiner herzlichsten Teilnahme.

Sin und wieder spielte während der Mittagsmahlzeit eine Militärkapelle in dem Garten am Bismarckschen Hause und wurde dann mit Wein und Zigarren reichlich bewirtet, oder er trat auch selbst in den Kreis der Musiker, ergriff ein Glas und sprach: „Profit! Wir wollen darauf trinken, daß wir bald wieder bei Muttern sind!“ — Auf die zutrauliche Frage, wie lange dies wohl noch dauern könne, gab er einmal die diplomatische Antwort: „So lange, bis wir die Schulden eincaffiert haben, die jene drüben bei uns gemacht!“ —

Bismarck war in Versailles gekannt von jedermann. Es gehörte ja und gehört noch zum guten Ton der Franzosen, Bismarck zu hassen, den die öffentliche Meinung als den Urheber des Unglücks und größten Feind Frankreichs bezeichnet; im stillen vermochte sich aber niemand dem Eindruck seiner mächtigen Persönlichkeit zu entziehen. Die Stadt Versailles hatte zu ihrer Zeit die gepuderten Staatsmänner und Kardinäle des französischen Königshofes, die Höflinge in Samtröcken und Seidenstrümpfen in goldenen Karossen durch ihre Straßen fahren gesehen — hier hatte sie zum erstenmal das Bild eines deutschen Staatsmannes, der mit seinem König ins Feldlager gezogen war, bei welchem die entschlossene Haltung, das militärische Gepräge der Gesichtszüge anzeigten, daß er jeden Augenblick bereit war, die Feder mit dem Schwerte zu vertauschen. Wenn die Flügelhörner und Trommeln die in Versailles liegenden deutschen Truppen auf die Plätze, unter die Waffen riefen und der Kanonendonner vom Mont Valerien einen Ausfall der Pariser Mobilgarden ankündigte, dann bestieg der General von Bismarck, in seiner Kürassieruniform mit hohen Reiterstiefeln, sein mächtiges Streitroß, die hellbraune Stute, begleitete den König hinaus und blickte an seiner Seite, ruhig und unbewegt, in das wilde Gewoge der Feldschlacht.

Es fehlte dem deutschen Bundeskanzler mitten unter den Feinden nicht an einer gewissen Popularität. Aus seinem Verkehr mit dem Maire von Versailles, Herrn Rameau, erzählt dessen vertrauter Freund Delerot — zu derselben Zeit Gemeinderat daselbst — in seiner Schrift: „Versailles während der Okkupation“ eine Episode, welche zeigt, wie Bismarck den Franzosen Achtung für den deutschen Namen und sogar Zuneigung für seine Person einzufloßen verstand.

— Es war am 21. Oktober — so schreibt Delerot — als Graf Bismarck des Abends unmittelbar nach dem Gefecht bei Malmaison den Maire zu sich bescheiden ließ. Bismarck, in Uniform, reichte dem Maire die Hand, dankte ihm, daß er seiner Einladung sogleich Folge geleistet habe, und erwähnte dann eine Geldstrafe von 100 Frank, welche von deutscher Seite über die Stadt wegen unterlassener Stellung eines Fuhrwerks verhängt war. „Ich bitte Sie“, sagte er, „zahlen Sie diese kleine Summe,

Sie können es mir zu Gefallen thun, der ich darauf hingewirkt habe, daß Ihnen eine Kriegskontribution von 400 000 Frank erlassen wurde."

Der Maire entgegnete, er dürfe keine Strafe für einen Vorfall zahlen, bei welchem die Gemeindeverwaltung sich weder bösen Willen noch eine Nachlässigkeit habe zu schulden kommen lassen.



Marm in Versailles

„Sie hätten nötigenfalls den Wagen stellen sollen“, erwiderte Graf Bismarck, „den ich sonst für meinen Privatgebrauch zu mieten pflege; aber einen Kurier des Königs, der dringende Aufträge hatte, durften Sie nicht warten lassen. Man war genötigt, Relais zu nehmen; das hat 800 Frank gekostet und der Zweck wurde nicht erreicht. Dafür muß Genugthuung genommen werden.“

Im weiteren Laufe des Gespräches berührte Bismarck auch die Aussichten auf den möglichen Frieden, und der Maire erbot sich, wenn er einen Passierschein nach Paris erhielt, zunächst bei der Nationalregierung einen

Waffenstillstand zu befürworten. Bismarck erzählte hierauf von vier amerikanischen Generalen, die sich bereits für den Frieden verwendet hätten, aber ohne Erfolg, und mit der Erklärung zurückgekommen seien, daß nichts zu machen sei. Keiner will von Frieden sprechen hören — mit Ausnahme von Trochu, und dieser sagt: „Wir sind noch nicht genug geschlagen, um unterhandeln zu können.“

Dieser Mitteilung gegenüber verzichtete der Maire nach Paris zu gehen, führte dann aber für die erfreuliche Thatsache, daß die Heftigkeit des Kampfes doch auf beiden Seiten die Humanität noch nicht erstickt habe, mehrere Beispiele hinzu. So habe erst kürzlich der Gemeinderat einem preußischen Unteroffizier 50 Frank als Belohnung zuerkannt, weil er beim Löschen eines Brandes in Versailles sich eifrig beteiligt habe. Ebenso habe aber ein französischer Bürger Poidevin einen preußischen Soldaten, der das Wein gebrochen, aufgehoben und verbunden.

„Nun“, sagte Bismarck, „wenn dieser Poidevin es brauchen kann, so geben Sie ihm die 100 Frank, welche Sie uns als Entschädigung schuldig sind, und die Sache mag damit erledigt sein.“

Zugleich reichte er dem Maire die Hand, welche derselbe indes nur mit dem Vorbehalt ergriff: „Aber nur Ihre Person, Herr Graf!“

Bismarck erwiderte lachend: „An den Vorposten reichen sich die feindlichen Soldaten öfters die Hand.“

Poidevin erhielt in der That die 100 Frank, und die kleine Entschädigungsfrage war somit auf eine ebenso feine wie verbindliche Art von Bismarck gelöst.

Dagegen waren alle bisherigen Versuche, einen Waffenstillstand herbeizuführen, an der Hartnäckigkeit gescheitert, mit welcher die Regierung der Nationalverteidigung jedes Entgegenkommen für die von Deutschland mit Recht geforderten Friedensbürgschaften zurückwies. Der außerordentliche Gesandte der Republik, Thiers, hatte seine Rundreise an den Höfen beendet und war am Sitz des Regierungsausschusses zu Tours eingetroffen. Trotz seiner eifrigsten Bemühungen im Interesse seines Vaterlandes hatte er in der That nichts erreicht, als von Lord Granville und Mr. Gladstone die wohlwollenden Versprechungen moralischen Beistandes, von Kaiser Alexander und Fürsten Gortschakow die ernstesten Ermahnungen zum Abschluß des Friedens, von Graf Beust die aufrichtigen Wünsche für eine glücklichere Wendung des Krieges, von Viktor Emanuel und seinem Minister Visconti-Venosta die lebhaften Versicherungen herzlicher Theilnahme.

Thiers begab sich mit einem deutschen Geleitschein von Tours nach Versailles (28. Oktober) und weiter nach Paris (29. Oktober), um sich von der dortigen Regierung Vollmachten zu den Waffenstillstandsunterhandlungen

abzuholen. Es war eine schmerzliche Erfahrung für den greisen Patrioten, auf dessen Anregung und Betrieb vor 30 Jahren die Befestigung von Paris ins Werk gesetzt worden, daß er nun selbst Zeuge der Leiden sein mußte, welche durch die Belagerung über seine zweite Vaterstadt kamen — Leiden, deren Abwendung nicht in seiner Hand lag, denn die wirkliche Macht in Paris war nicht bei seinen Vollmachtgebern, der Regierung der Nationalverteidigung, sie war bereits bei den Männern der Commune, welche jenen ihren Willen aufzwangen und mit dem Plane umgingen, in Paris ein unabhängiges sozialistisches Gemeinwesen zu begründen. Es bedurfte nur noch eines äußeren Anlasses, um die vorhandene Aufregung zum Ausbruch zu



Thiers passiert die deutschen Vorposten bei Versailles.

bringen, und gerade in den Tagen, als Thiers zwischen Versailles und Paris hin- und herreiste, trafen hier die Nachrichten ein von der Übergabe der Armee Bazaines und der Festung Metz (27. Okt.) und von der Erstürmung des Dorfes Le Bourget durch die preußischen Garden (30. Okt.). Die hierdurch gesteigerte Erregung führte zu drohenden Volksaufläufen und zu heftigem Anstürmen gegen die Mitglieder der Nationalregierung, welche fortan unter dem Banne der kommunistischen Bestrebungen blieben.

Am 1. November begannen im deutschen Hauptquartier die mit Thiers gepflogenen Unterhandlungen, welche in der Hauptsache auf einen Waffenstillstand und auf die Sicherung neuer Volkswahlen in Frankreich abzielten. Der Waffenstillstand sollte das französische Volk in die Lage versetzen, sich

eine seinem Willen entsprechende Nationalvertretung und Regierung zu beschaffen, und zugleich das Verhalten der kriegführenden Armeen sowie die Verproviantierung der belagerten Plätze namentlich der Hauptstadt regeln. Alle den künftigen Friedensschluß betreffenden Fragen sollten, der einzuberufenden Nationalvertretung vorbehalten bleiben.

Während noch die Frage der Verproviantierung besprochen wurde, empfing Graf Bismarck durch Meldung der Vorposten die Nachricht, daß in Paris eine Revolution ausgebrochen sein müsse. Thiers schickte darauf einen der beiden von Paris mitgenommenen Legationssekretäre unter Geleit eines deutschen Parlamentärs nach der Stadt, um Erkundigungen über die dortige Sachlage einzuziehen. Die Nachrichten, welche diese mitbrachten, bestätigten zwar, daß die Ruhe augenblicklich hergestellt sei, doch ging aus ihnen die dringende Notwendigkeit hervor, auf deutscher Seite ein Pfand für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu besitzen.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen, am Abend des 3. November, beantragte Thiers die ungehinderte freie Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris für die Dauer der Waffenruhe. Bismarck glaubte dagegen als entsprechendes Äquivalent die Übergabe eines oder mehrerer Forts fordern zu müssen. Hier stockten die Unterhandlungen.

„Unwillkürlich fragte ich mich“, sagt Thiers ein Jahr später vor der Kommission zur Untersuchung der Vorfälle des 4. September, „ob nicht der Moment gekommen war, sich mit Mut zu waffnen und alsbald den grausamen, aber durch Verzögerung noch viel grausameren Frieden zu schließen. Ich sah Herrn von Bismarck an, er sah mich an, und fast gleichzeitig fragten wir uns, ob der Friede nicht sofort möglich sei. Wir blieben den größten Teil der Nacht zusammen, und ich erhielt die Gewißheit, daß der Frieden zwar ein schmerzlicher, aber ein weniger schmerzlicher gewesen wäre, als derjenige, den man später annehmen mußte. Ich entschloß mich sogleich zu der Aufgabe, seine Annahme in Paris durchzusetzen. Herr von Bismarck warnte mich, ich würde nicht wieder aus den Händen der Rasenden, welche die Stadt beherrschten, loskommen. Ich wählte den Ausweg, den Mitgliedern der Regierung ein Rendezvous zu geben, um mich mit ihnen über die Frage von höchster Wichtigkeit für das Heil des Vaterlandes zu beraten.

„An dem verabredeten Orte, einem verlassenen und halb zerstörten Hause des Boulogner Wäldchens, traf ich Herrn Jules Favre, begleitet vom General Ducrot (5. Nov.). Die Verhältnisse in Paris waren derart, daß allein er von allen Ministern hatte kommen können. Er zeigte mir die Unmöglichkeit, die Bevölkerung von Paris augenblicklich zu einer vernünftigen Haltung zu bringen. Augenblicklich beherrschte schon die Commune die Situation, wenn sie auch nicht die Regierung der Hauptstadt bildete. Übrigens

muß gesagt werden, daß selbst gebildete Leute, über unsre Widerstandsmittel getäuscht, die Irrtümer der Umsturzpartei teilten, ohne die verwerflichen Gesinnungen mit ihnen gemein zu haben. — Am folgenden Tage, Sonntag dem 6. November, erhielt ich die definitive Aufforderung aus Paris, die Unterhandlungen abzubrechen und mich nach Tours zu begeben. In tiefer Betrübniß verabschiedete ich mich von Herrn von Bismarck.



Weihnachten im deutschen Hauptquartier.

Auch der Vorschlag Bismarcks, die Wahlen ohne Waffenstillstand auszusprechen, für welchen Fall er alle irgend zulässigen Erleichterungen im Verkehr versprochen hatte, war von der französischen Regierung abgelehnt worden.

So waren die Friedensausichten wieder einmal geschwunden. Die französischen Machthaber trösteten das Volk mit dem Wahn von der Unbesiegbarkeit der Nation; sie schilderten die deutschen Forderungen als unerhört und predigten den Widerstand aufs äußerste.

Der Krieg nahm eine neue, furchtbare Gestalt an. Abenteurer aller Nationen erschienen auf dem Boden Frankreichs, um „für die heilige Sache der Republik“ zu kämpfen. Die sogenannten Volksheere traten auf den Schauplatz. Ohne kriegerische Ausbildung und ohne sittlichen Halt waren diese rohen Massen allein getrieben von der Furcht vor dem Bösen des „souveränen Volkswillens“, den der Diktator Gambetta vorstellte. Überall, wo sie sich zeigten, von den deutschen Armeen in die Flucht geschlagen, wurden sie immer von neuem zum Entsatz der Hauptstadt in Bewegung gesetzt. Aus den Mauern der umlagerten Riesenfestung brachen an Zahl gewaltige Heersäulen hervor, um sich Bahn ins Freie zu öffnen und sich mit jenen zu vereinigen. Aber alle Versuche scheiterten an dem ehernen Umschließungswall der deutschen Armeen. Schon machte unter der Bevölkerung von Paris sich der Hunger fühlbar, und die täglich beim Belagerungsheere eintreffenden langen Wagenzüge mit schwerem Geschütz ließen erkennen, daß das ernsteste Wort in diesem Kriege noch nicht gesprochen war. Von der Seine bis hinunter zur Loire und hinauf nach Französisch-Flandern, von den Küsten der Normandie bis zu den Vogesen hörte man nur von den Siegen der deutschen Truppen.

Die Weihnachtszeit nahte heran. Im Hauptquartiere König Wilhelms und seiner Räte zu Versailles, wie in dem von Kugeln durchlöchernten Bau, wo die Feldwacht lagerte, strahlte der liebliche Christbaum. Darunter ausgebreitet lagen die Liebesgaben der Heimat vor dem deutschen Krieger und weckten im Herzen die Sehnsucht nach dem Väterherde. Durch alle Siegesbotschaften, welche die deutschen Heere in das ferne Vaterland sandten, klang ein Wunsch und eine Hoffnung — Friede!



Bismarck's Wohnung in Versailles.



## Zwanzigstes Kapitel.

### Versailles und der Friede.

Das Vaterland, das große, freie, eine,  
 Wie's Sehnsucht träumte, unsre Lieder sangen,  
 Wie's glühend flammte auf der Väter Wangen,  
 Wie's endlich mit den Schwertern wir erzwingen,  
 Ein deutsches Reich vom Rienen bis zum Rheine, —  
 Wer nennt's wie du mit gleichem Recht das Seine?

Gans Koester.

dem Leiter der gemeinschaftlichen Angelegenheiten Deutschlands war am Schlusse des Jahres 1870 die doppelte Aufgabe erwachsen, den Frieden nach außen herzustellen und die einheitlichen Bande im Innern zu schaffen, durch welche ein Zusammengehen der deutschen Stämme auch nach dem Frieden verbürgt werden konnte. Die großen Erfolge des Krieges hatten im deutschen Volke das Bewußtsein der Kraft, die aus der Einheit stammt, von neuem geweckt. Oft genug hatte man in der Eifersucht der fremden Mächte einen Grund für das Scheitern der deutschen Einheitsbestrebungen erblickt. Jetzt war der Hauptgegner besiegt; die andern Staaten, geschreckt durch die ungeahnte

Machtentfaltung Deutschlands, wagten keine Einsprache in seine inneren Angelegenheiten.

Schon bald nach der Schlacht bei Sedan hatten die Führer der National-liberalen im Norddeutschen Reichstag, von Bennigsen, von Jordanbeck, Wambberger, Lasfer, durch persönliche Besprechungen mit ihren Gesinnungsgenossen in Süddeutschland eine Verständigung über die gemeinsame nationale Aufgabe herbeizuführen gesucht. Die Bevölkerung Süddeutschlands hatte durch Beschlüsse und Adressen an die Fürsten ihr Verlangen nach einer staatlichen Verbindung mit dem Norden kundgegeben. Der Bundeskanzler wünschte indessen die Schritte der süddeutschen Regierungen abzuwarten, damit die neue Vereinigung aus dem freien Antriebe der Regierungen und Bevölkerungen hervorgehen möchte.

Auf den von der bayerischen Regierung ausgesprochenen Wunsch, mit einem Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes über die künftigen Beziehungen zwischen Bayern und Norddeutschland zu unterhandeln (10. Sept.), nahm der Präsident des Bundeskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, bei seiner Rückreise von Versailles nach Berlin seinen Aufenthalt in München (21. bis 28. September). Die Bevölkerung der bayerischen Hauptstadt begrüßte ihn bei seiner Rückkehr vom Schlosse Berg nach der ersten Unterredung mit dem Könige laut jubelnd und ließ im voraus Lebehochs auf den „Deutschen Kaiser“ erschallen.

Unterdessen hatten bereits Baden (2. Oktober) und Hessen (15. Oktober) — dieses für den südmainischen Teil seines Gebiets — ihre Aufnahme in den Norddeutschen Bund beantragt. In der zweiten Hälfte des Oktober begaben sich die Abgesandten der süddeutschen Staaten nach Versailles, nämlich die Minister Graf Bray, Luz und von Frankh für Bayern, von Mittnacht und von Suckow für Württemberg, Jolly und von Freydorf für Baden, endlich von Dalwigk und Hofmann für Hessen.

Das Präsidium des Norddeutschen Bundes kam den Bevollmächtigten aus Süddeutschland mit dem Zugeständnis entgegen, daß ihren Staaten in der neuen Vereinigung der Charakter bundesgenössischer Selbständigkeit be-lassen und alle Ausnahmen gewährt werden sollten, welche durch die beson-deren Landesverhältnisse gerechtfertigt schienen. Dagegen sollte der feste Kern des Norddeutschen Bundes unter allen Umständen erhalten werden.

Die Aufnahme Badens und Hessens in den Norddeutschen Bund schien keine Schwierigkeiten zu bereiten. Dagegen gingen die Ansprüche Bayerns für seine Sonderstellung unerwartet weit, und die Bevollmächtigten beider süddeutschen Königreiche zogen sich sogar eine Zeitlang von den Verhandlungen zurück, um sie erst später in Berlin wieder aufzunehmen.

Das Eintreten dieser Verzögerung im deutschen Einigungswerke rief in

nationalen Kreisen bereits die Besorgnis hervor, daß auch dieses Mal dem Volke die Früchte seiner blutigen Anstrengungen entgehen könnten. Im Felde kämpften Preußen, Bayern, Sachsen und Schwaben nebeneinander, deutsches Blut für die deutsche Sache vergießend; daheim aber schien der alte Sondergeist noch nicht völlig besiegt. Da mußte sich Preußen selbst, welches als Führermacht die volle Freiheit des Handelns besaß, manche Beschränkung zu gunsten der neuen Bundesgenossen auferlegen, die seines Waffenschutzes bedurften. Die weise Zurückhaltung des Kanzlers aber, der sich jeden Druckes auf die Südstaaten und sogar der unmittelbaren Einwirkung auf die Unterhandlungen enthielt, trug insbesondere dazu bei, die Entschließungen der Regierungen im nationalen Sinne zu fördern.

Am demselben Tage, als die württembergischen Bevollmächtigten Verfaillés verließen (15. Nov.); wurden mit Baden und Hessen die Verträge abgeschlossen, in deren Folge diese Staaten die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit einigen unwesentlichen Ausnahmestimmungen annahmen. Darauf wurden auch die Verhandlungen mit Bayern wieder aufgenommen und schnell zu Ende geführt. Nachdem Bayern viele seiner früheren Ansprüche fallen gelassen, in manchen Punkten aber das Zugeständnis einer bevorzugten Stellung unter den Bundesgenossen erlangt hatte, wurde der Vertrag über seinen Eintritt in den Bund unterzeichnet (23. November). Zwei Tage später kam in Berlin der Vertrag auch mit Württemberg zum Abschluß (25. November). Die sämtlichen Verträge sollten bis zum Schlusse des Jahres ratifiziert werden und bedurften daher vorher der Genehmigung des Bundestags und Reichstags sowie der süddeutschen Kammern.

Eine der wesentlichsten Abweichungen der Verträge von der Verfassung des Norddeutschen Bundes bestand in den Sonderrechten, welche Bayern sich für das Heerwesen vorbehalten hatte, nämlich der selbständigen Militärhoheit des Königs von Bayern über seine Truppen während des Friedens. Der Bundestag wurde durch die Stimmen der süddeutschen Staaten in demselben Verhältnis, wie dies bereits im Zollparlament bestanden hatte (vergl. S. 286), ergänzt. Alle Anträge auf Verfassungsänderungen sollten für abgelehnt gelten, wenn sie 14 Stimmen gegen sich hatten. Es genügten also die Stimmen von Bayern, Sachsen und Württemberg, um eine Verfassungsänderung zu verhindern. Aus den Bevollmächtigten dieser drei Königreiche und zwei vom Bundestage alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten sollte ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten unter dem Voritze Bayerns gebildet werden. Das Recht der Kriegserklärung, welches nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes dem Könige von Preußen unumschränkt zugestanden hatte, wurde eingeschränkt durch die Bestimmung des Artikels 11: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des

Bundes ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

„Die Würde und Weisheit dieser Bestimmung“, sagte der Minister Delbrück im Norddeutschen Reichstage (5. Dezember), „liegt besonders in der Bedeutung, die sie für das Ausland, für ganz Europa hat. Je mehr die Staaten, die sich zu einigen entschlossen sind, eine wirklich große Macht darstellen, umso mehr lag es im Interesse aller Einzelnen, wie des Ganzen, dem Auslande gegenüber den Charakter der Einigung klar zu legen. Daß aber der Deutsche Bund nach außen hin ein Staatswesen nur zu gemeinschaftlicher Verteidigung sei, konnte in einer zutreffenderen Weise nicht zum Ausdruck gebracht werden.“

Einige Ausnahmebestimmungen bezogen sich fernerhin auf die selbstständige Verwaltung der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens in Bayern und Württemberg, die Besteuerung des Biers und Branntweins durch die Landesgesetzgebung in Bayern und andre minder wesentliche Punkte.

Trotz aller Bedenken, welche derartige Bestimmungen erregten, mußten doch die Vorzüge des Einigungswerkes anerkannt werden. Ein solcher lag vor allem in der Art, wie dasselbe zustande gekommen war. Aus freier Entschließung hatten die Regierungen die Hand zu den Verträgen geboten; sie waren daher durch Ehre und Interesse gebunden, die Festigung dieses Bundes auch in Zukunft anzustreben. Den künftigen Reichstagen aber fiel die Aufgabe zu, in Gemeinschaft mit ihnen das Einigungswerk weiter auszubauen, und alles Geflügel über die Verträge mußte endlich schweigen vor der Versicherung des Bundeskanzleramts, daß, was zur Zeit eben möglich, in Versailles auch wirklich erreicht war, und von der Notwendigkeit, vorerst eine staatliche Einigung zwischen Süd und Nord zu schaffen.

Im Bundesrat wurden die Verträge am 1. Dezember angenommen. Die Überzeugung, daß das erreichte Gut nicht dem wünschenswerten Besseren geopfert werden dürfe, war auch unter den Abgeordneten des Reichstags vorwaltend, der in denselben Tagen in Berlin zusammentrat (24. November). Welche Fülle von gewaltigen Ereignissen lag in der kurzen Zeit zwischen dem Schluß in den Hochsommertagen und der Wiedereröffnung des Reichstags des Norddeutschen Bundes zu seiner jetzigen letzten Sitzung! Der damals noch drohende Krieg war durch die Großthaten der deutschen Heere in eine Wendung getreten, welche den Ausgang nicht mehr zweifelhaft erscheinen ließ, und mitten im Kriege war in der alten Residenzstadt der französischen Könige jene mühevollte Arbeit der Verfassungseinigung ausgeführt worden, welche kommenden Geschlechtern Frieden und Segen verhieß. Bei der Beratung über die Verträge konnte der Minister Delbrück auf eine Frage des Abgeordneten Friedenthal dem Reichstage bereits Mitteilung von einem neuen

Schritte machen, der zur Befestigung der Macht und Einheit Deutschlands gethan war. König Ludwig II. von Bayern hatte an König Wilhelm das Ansuchen gerichtet, die deutsche Kaiserwürde anzunehmen und dem neuen Bunde den Namen „Reich“ zu geben (30. November). Er hatte sich gleichzeitig an seine deutschen Mitfürsten und an die Senate der Freien Städte mit der Aufforderung gewandt, diesem Antrage beizutreten.

Es war nicht der lockende Klang der Namen „Kaiser“ und „Reich“, was diesen Schritt so bedeutungsvoll machte. Mit der Benennung „Reich“ war indessen ausgesprochen, daß der neue Bund ein einheitliches Staatsganze vorstellen sollte, und mit der Übertragung der erblichen Kaiserwürde an das Haus Hohenzollern bekundeten die deutschen Fürsten ihre freiwillige Unterordnung unter das mächtigste Haupt.

Nach Bewilligung der Mittel für die Fortführung des Krieges und nach Annahme der Versailler Verträge mit dem neuesten Zusätze (9. Dezember) beschloß der Reichstag die Absendung einer Deputation in das königliche Hauptquartier, um auch seinerseits den König zu bitten, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Wieder nahte eine Kaiserdeputation dem preußischen Throne, geführt von demselben Präsidenten, Simson, der vor 21 Jahren die Kaiserbotschaft des Frankfurter Parlaments nach Berlin getragen hatte. Anders aber lagen die Verhältnisse zu jener Zeit und jetzt. Das damals von König Friedrich Wilhelm IV. gesprochene Wort: „Die deutsche Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfeld errungen werden“ hatte sich jetzt an seinem Nachfolger ohne dessen Verlangen erfüllt. König Wilhelm empfing die Deputation nach dem Gottesdienst im großen Saale der Präfektur im Beisein der Prinzen seines Hauses und der im Hauptquartier anwesenden deutschen Fürsten sowie des Bundeskanzlers Grafen Bismarck und seiner hohen Generale am 18. Dezember. In der Erwiderung auf die vom Präsidenten vorgelesene und überreichte Adresse sagte der König: „Mit tiefer Bewegung hat mich die durch E. Majestät den König von Bayern an mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten Deutschen Reichs erfüllt. Sie, meine Herren, bringen wir im Namen des Norddeutschen Reichstags die Bitte, daß ich mich dem an mich ergehenden Anfe nicht entziehen möge. Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht mein eignes Gefühl, auch nicht mein eignes Urtheil meinen Entschluß bestimmen kann. Nur in der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und Freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf.“

Es wird Ihnen wie mir zur Genugthuung gereichen, daß ich durch E. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständnis aller deutschen Fürsten und Freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht.“

Je mehr gesichert die Grundlagen waren, auf welchen Deutschland seiner staatlichen Neugestaltung entgegenhing, desto versöhnlicher und friedfertiger konnte dasselbe den übrigen Mächten gegenüber, insbesondere auch gegen Oesterreich auftreten. In einer von Versailles aus, am 4. Dezember, an den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien, Herrn von Schleinitz, gerichteten und zur Kenntnisaufnahme der österreichischen Regierung bestimmten Depesche legte Bismarck dar, wie es „nicht der Beruf Norddeutschlands habe sein können, die unter der Einwirkung der großen Ereignisse aus der Geschichte und dem Geiste des deutschen Volkes hervorgegangene Entwicklung zu hemmen oder abzuweisen, wie aber alle Genossen des neuen Deutschen Bundes von dem Verlangen befeelt seien, die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarreiche zu erhalten, auf welche beide durch gemeinsame Interessen ihres Verkehrslebens angewiesen seien.“

In Antwort auf diese verbindliche Sprache mußte die österreichische Regierung die Macht der Thatfachen anerkennen, ja, sie erwiderte, daß sie in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen „Akt von historischer Bedeutung, eine Thatfache ersten Ranges in der modernen Entwicklung Europas erblicke, und daß „in allen maßgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns der aufrichtige Wunsch vorherrsche, mit dem mächtigen Staatewesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen werde, die besten Beziehungen zu pflegen.“

Noch vor Schluß des Jahres 1870 hatten die Kammern von Württemberg, Baden und Hessen sämtlich der Verfassung des neuen Deutschen Reiches zugestimmt, und im Jahre 1871 folgte ihnen auch die bayrische Landesvertretung.

Den Jahrestag der Krönung Kurfürst Friedrichs III. von Brandenburg in Königsberg mit der preußischen Königskrone (18. Januar) wählte 170 Jahre später König Wilhelm in Versailles zur Verkündigung des Deutschen Kaisertums.

Welche Wandlung der Völkergeschicke hatte die französische Königsstadt durchlebt von dem strahlenden Sonnenkönigtum Ludwigs XIV. bis zu dem Schreckenszuge der Pariser Weiber und Pöbelhaufen nach dem Schlosse während der Revolution (5. Oktober 1789) und bis auf den heutigen Tag! Nun wehte die preußische Königsflagge von demselben Schlosse, in dem „mehr als ein verderblicher Heereszug gegen Deutschland erfunden“ ward. Nahe bei dieser Stadt waren „unter dem Drucke fremder Gewalt die Verträge

geschlossen worden, in deren unmittelbarer Folge das alte Reich zusammenbrach“; — heute sollte sie Zeugin der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs in verjüngter Herrlichkeit unter dem Kaisertum der Hohenzollern sein.

In dem prunkvollen Spiegelsaale des Schlosses, dessen Deckengemälde die Vergötterung Ludwigs XIV. und die Erniedrigung der Nachbarmächte Frankreichs vor seinem Throne vorstellen, versammelten sich die Zeugen des weltgeschichtlichen Aktes, der hier begangen werden sollte. Vor dem Mittelpfeiler der langen Gartenseite des Saales war der Altar errichtet; zu beiden Seiten desselben standen die Mannschaften, an der gegenüberliegenden Spiegelwand die Offiziere der verschiedenen Heeresabteilungen. Auf der erhöhten Estrade vor der schmalen Ostseite waren die Fahnen aufgepflanzt, von Unteroffizieren gehalten. Der Raum vor dem Altar war frei.

Um Mittag verkündeten zunehmender brausender Jubelruf von der Straße herauf und die Klänge der Volkshymne die Ankunft des Königs, welcher vom Kronprinzen unten empfangen und nach dem inneren Schlosse geleitet wurde.

Der König trat in den freien Raum vor dem Altar. Um ihn gruppierten sich die Prinzen des königlichen Hauses und die im Hauptquartier anwesenden deutschen Fürsten, weiter rückwärts die Minister und Generale. Auf ihrem äußersten linken Flügel stand Graf Bismarck. Aus seinen Augen leuchtete noch etwas andres als die männliche Begeisterung, die alle Anwesenden beselte; — es war das Gefühl der Dankbarkeit gegen Gott und der hellen Freude darüber, daß es ihm vergönnt gewesen, an hervorragender Stelle dahin zu wirken, daß dieser große weltgeschichtliche Augenblick für seinen König und sein Vaterland gekommen war.

Es folgten die Liturgie und die Predigt, welcher der Hofprediger Rogge den 21. Psalm untergelegt hatte: „Herr, der König freuet sich in deiner Kraft, denn du überschüttest ihn mit gutem Segen, du setzest eine goldene Krone auf sein Haupt“ u. s. w. Die Predigt schloß mit den Worten: „Was unsre Väter in der Erhebung gewaltiger Kriege gegen denselben Feind vergebens ersehnt hatten, wofür die Jugend in edler Begeisterung geschwärmt, was die Sänger jener Tage in hellen Tönen gesungen, was die Lieder und Sagen unsres Volkes nur als einen fernen Traum uns verkündet haben — wir sehen es heute zur Wirklichkeit geworden. Der Herr segne das Reich, seine Fürsten und Stämme, er befestige sie in dem Bunde der Eintracht und Treue!“

Mit dem Gesange des Liedes „Nun danket alle Gott!“ schloß die kirchliche Feier. Der König durchschritt die Versammlung, bestieg die Fahnenbühne und trat an den Rand der obersten Stufe vor, zu seiner Rechten der Kronprinz, zu seiner Linken der Bundeskanzler, weiter zurück die Fürsten

und Prinzen. Dann verkündete er, unter Vorlesung der Urkunde, die Neubegründung des Deutschen Kaiserreichs und übergab dem Kanzler die Proklamation an das deutsche Volk, welche dieser mit lauter Stimme vorlas:

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen — nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reichs die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Norddeutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußens fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reichs führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrtte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit!“

Der Kanzler trat zurück. Der Großherzog von Baden nahte dem Rande der Estrade, hob den Helm und rief mit lauter Stimme: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!“ Mit Begeisterung stimmte die Versammlung ein und die Musik spielte die Volkshymne: „Heil dir im Siegerkranz!“

Gleichsam zur Beglückwünschung des auferstandenen Kaiserreichs trafen in denselben Tagen von allen Teilen des ausgedehnten Kriegstheaters Siegesbotschaften ein. Im Westen hatte Feldmarschall Prinz Friedrich Karl den hartnäckigen Chanzy in einer Reihe von Gefechten zurückgeworfen und endlich in der Hauptschlacht bei Le Mans (12. Januar) völlig aus dem Felde geschlagen. Im Osten, an dem großen Völkertore, wo einst Ariovist mit Cäsar um den Besitz des linken Rheinufers kämpfte, hatte Werder, der tapfere Degen,

in den dreitägigen Kämpfen an der Szel oder Visaine (15. bis 17. Januar) den Heeresmassen Bourbaki's das Eindringen in das Elsaß gewehrt und sich das erste Lob aus Kaisers Munde verdient. Schon rückte Manteuffel mit Gewaltmärschen über das beschneite Bergland von Cöte d'or heran, um die Trümmer der Bourbaki'schen Armee zum Waffenstrecken auf Schweizer Gebiet zu zwingen. Im Norden bei St. Quentin schlug der schweigsame Göben den Prahler Faidherbe in klägliche Flucht (19. Januar). Vor Paris endlich rollte der Donner des deutschen Belagerungsgeschützes und machte ein Fort nach dem andern vor der Südfrent verstummen; schon fielen die Granaten auf die Plätze und Dächer der Vorstädte, Verwüstung und Schrecken bringend.

Als Antwort auf die Kaiserproklamation in Versailles beschloß Trochu, der Gouverneur von Paris, für den 19. Januar einen Massenausfall mit seinen besten Kräften, Linientruppen, Mobilien und Nationalgarden, und übernahm selbst die Führung für diesen Tag. Zum Schlachtfelde war die Halbinsel von Nanterre, auf welcher der Mont Valérien sich erhebt, ersehen worden, und das Ziel des Ausfalls war das kaiserliche Hauptquartier selbst. Nach einigen anfänglichen Vorteilen mußten aber die Feinde unter furchtbaren Verlusten das Schlachtfeld räumen. Der Kaiser sowie Bismarck hatten auf einer Höhe beim Aquädukt von Marly diesem letzten verzweifelten Ringen unter den Mauern von Paris, welches die Franzosen die Schlacht am Mont Valérien nennen, beigewohnt.

Von ihren Waffen hatte die französische Republik nichts mehr zu erwarten, ebensowenig von der diplomatischen Vermittlung fremder Mächte. Es war aber das Unglück der französischen Nation und ihrer Führer, daß sie sich bis zuletzt noch Täuschungen hingaben und in jedem politischen Zwischenfall einen Rettungsanker zu erblicken glaubten.

Am 31. Oktober (1870) hatte der russische Kanzler Fürst Gortschakow an die europäischen Kabinette die Erklärung abgegeben, daß Rußland sich durch diejenigen Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 30. März 1856, welche seine Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere beschränkten, fernerhin nicht gebunden erachte. Der Kanzler entlehnte das Recht, den Vertrag eigenmächtig zu kündigen, aus der Thatsache, daß derselbe auch schon von andern Staaten willkürlich übertreten war. England nicht minder als Oesterreich zeigten sich als Mitunterzeichner des Vertrages unangenehm berührt von dem Tone des russischen Rundschreibens, obgleich man die Berechtigung der darin angeführten Gründe kaum in Abrede stellen konnte. Die Gefahr eines neuen europäischen Konflikts lag nahe. Um derselben vorzubeugen, schlug Graf Bismarck den beteiligten Mächten (26. November) vor, ihre Vertreter in einer Konferenz zu London gemeinschaftlich die bezüglichen Fragen erörtern zu lassen. In diesem Vorschlage, der von den beteiligten Mächten angenommen

ward, glaubte nun die Regierung der Nationalverteidigung zu Paris ein Mittel für die Wandlung ihre Lage zu erblicken, da nach ihrer Ansicht dem Beginn der fraglichen Konferenzen der Abschluß eines Waffenstillstandes und die Aufhebung der Einschließung von Paris vorausgehen müsse. „Mein Gemüt empört sich“, schrieb damals Jules Favre, „bei dem Gedanken einer diplomatischen Unterredung, in welcher ein französischer Bevollmächtigter ernsthaft über die Donaumündungen mitsprechen sollte, während sein Nachbar, der Preuße, eine Depesche öffnet, welche ihm anzeigt, daß Paris in Flammen steht, weil es beschossen wird von den Philosophen, die ihm das Messer an die Kehle setzen, um es auszuplündern und zu zerstören.“ Als die Hoffnung auf einen Waffenstillstand sich nicht erfüllte, hielt indessen Herr Favre dafür, daß Frankreich auch ohne einen solchen auf der Konferenz vertreten sein müsse, und erbot sich, selbst als Bevollmächtigter nach London zu gehen, in der Hoffnung, dort die Vermittelung der Mächte für den Frieden auf Grundlage der Unverletzbarkeit des französischen Gebiets anzurufen. Die großbritannische Regierung unterstützte die Beteiligung Frankreichs an dem beabsichtigten Kongresse und Graf Bismarck hatte an sich kein Interesse daran, sich diesem Wunsche zu widersetzen. Insofern aber zu besorgen stand, daß die Anwesenheit eines französischen Abgesandten bei der Konferenz unvorhergesehene Schwierigkeiten bereiten könnte, mochte Bismarck die Vertretung Frankreichs im Kongresse nicht gerade als wünschenswert erachten. Als daher Jules Favre, beim Herannahen des auf den 17. Januar 1871 angesetzten Beginnes der Londoner Konferenz, in einem Schreiben vom 13. Januar den Grafen Bismarck um einen Geleitschein ersuchte, mußte er abermals eine unangenehme Täuschung erfahren.

Graf Bismarck antwortete ihm (16. Januar), daß die Voraussetzung des Herrn Favre, es läge für ihn als „Bevollmächtigten Frankreichs“ ein Geleitschein zur Teilnahme an der Londoner Konferenz beim deutschen Kanzler bereit, auf ein Mißverständnis beruhe. Er vermute, schrieb Graf Bismarck, daß zwar die Befehlshaber der deutschen Vorposten die Erlaubnis zum Passieren der Linien erteilt haben würden, wenn Favre dieselbe „beim Oberkommando der Belagerungsarmee“ nachgesucht hätte, da dieses nicht den Beruf habe, seine politische Stellung und den Zweck seiner Reise in Berücksichtigung zu ziehen. Ein von Herrn Favre an den deutschen Kanzler gerichtetes amtliches Gesuch um einen Geleitschein zur Vertretung Frankreichs als Bevollmächtigter auf der Konferenz müsse Bismarck jedoch aus politischen Gründen ablehnen. „Indem ich Ihnen dies mitteile“, schließt Graf Bismarck, „kann ich Ihnen nur überlassen, für Sie und Ihre Regierung zu erwägen, ob sich ein anderer Weg finden läßt, auf welchem die angeführten Bedenken beseitigt und jedes aus Ihrer Anwesenheit in London fließende

Präjudiz vermieden werden kann. Aber auch wenn ein solcher Weg gefunden werden sollte, erlaube ich mir doch die Frage, ob es ratsam ist, daß Sie Ihren Posten als Mitglied der Pariser Regierung jetzt verlassen, um an einer Konferenz über das Schwarze Meer teil zu nehmen in einem Augenblick, wo in Paris Interessen auf dem Spiele stehen, welche für Frankreich und Deutschland wichtiger sind als Artikel XI des Vertrags von 1856. Auch würden Sie in Paris die diplomatischen Agenten und die Angehörigen der neutralen Staaten dort zurücklassen, welche dort geblieben oder vielleicht zurückgehalten sind, nachdem sie längst die Erlaubnis zum Passieren der deutschen Linien erhalten hatten, und welche daher um so mehr auf Ihre persönliche Fürsorge, als des Ministers der faktischen Regierung für die auswärtigen Angelegenheiten, angewiesen sind. Ich kann daher kaum annehmen, daß Sie in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie Anteil hatten, Sich die Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, wofür die Verantwortlichkeit auch Sie trifft."

Die Lehre war bitter, aber Jules Favre selbst mußte Ihre Wahrheit anerkennen. „Herr von Bismarck hat recht, mich darauf aufmerksam zu machen“, schreibt er; „er sprach mir gerade zum Herzen, wenn er die von mir übernommene Verantwortlichkeit und die mir auferlegte Pflicht anrief, mit meinem Leibe Paris zu decken in der verhängnisvollen Stunde, wo seine letzte Hoffnung schwinden würde. In einer andern Lage würden diese Ratschläge eines Feindes mich beleidigt haben; mein Unglück war zu groß, um der Empfindlichkeit Raum zu geben, und ich konnte nicht in Born aufwallen, weil die Sprache unsers unerbittlichen Siegers mit derjenigen meines Gewissens übereinstimmte.“

Die Lage des Herrn Favre und der übrigen Regierungsmitglieder in der Zeit, als die Katastrophe näher rückte, war in der That eine qualvolle. Sie hatten das Volk stets über seine Hilfsmittel in Täuschung gehalten, sie hatten ihm nur von dem „Widerstande bis aufs äußerste“ gesprochen; jetzt, da dieses Äußerste gekommen war, fehlte es ihnen an Mut, um dem eignen Volke die Niederlage einzugestehen. Jules Favre versammelte die Maires von Paris und forderte sie auf, mit dem deutschen Hauptquartier wegen der Übergabe von Paris in Unterhandlungen zu treten, aber keiner von allen wollte diese Verantwortung auf sich nehmen.

Die Gärung im Volke der Hauptstadt steigerte sich von Stunde zu Stunde. Vor dem Stadthause kam es zu blutigen Szenen (22. Januar). Trochu sah sich genötigt, seine Stellung als Gouverneur niederzulegen, und blieb allein Präsident der Regierung; General Vinoy übernahm den Oberbefehl der Armee. Die Regierung erkannte die Unmöglichkeit, den Widerstand fortzusetzen; aber noch immer zögerte sie, angesichts der herrschenden

Aufregung in Unterhandlungen einzutreten. Endlich entschloß sich Jules Favre zu dem entscheidenden Schritte. Er ließ sich von seiner Regierung mit Vollmachten versehen und sandte mit Tagesanbruch, am 23. Januar, einen Offizier, Kapitän d'Hériffon, zu den deutschen Vorposten an der Sèvresbrücke mit einem Handbillet an den Grafen Bismarck, worin er um eine Unterredung bat. Nach langem Harren, um fünf Uhr nachmittags, erhielt er die Nachricht, daß ihn Graf Bismarck am nächsten Morgen oder auch noch denselben Abend erwarte.

Für den letzteren Fall hatte d'Hériffon von dem Kommandeur der Vorposten eine Einstellung des Feuers bis 6 Uhr erbeten. Wenige Minuten darauf bestieg Favre mit seinem Schwiegersohn, Martinez del Rio, und mit d'Hériffon den Wagen; sie erreichten um 6 Uhr die Sèvresbrücke, und nach einigem Warten unter einem von Kugeln durchlöchernten Schuppen bestiegen sie ein kleines Fahrzeug, welches sich mühsam zwischen den treibenden Eisschollen des Flusses hindurcharbeitete.

Bei Sèvres, dem durch seine Porzellanmanufaktur berühmten Orte, stiegen die Reisenden aus und wurden dann von einem Reiterpikett weiter geleitet. Sie wurden auf dem nächsten Wege in das Hotel der Frau von Joffé, Rue de Provence, gefahren, welches Graf Bismarck bewohnte. Es war 8 Uhr abends, als sie ankamen, um alsbald von Graf Bismarck empfangen zu werden. Favre knüpfte die Unterredung an die früheren Verhandlungen an, betonte aber, daß er für ganz Frankreich weder Verpflichtungen eingehen könne noch wolle, und daß er allein im Interesse der Stadt Paris, welche zum äußersten Widerstande entschlossen sei, gekommen wäre. Da aber bei solchem verzweifelten Widerstande noch manche wertvolle Existenzen auf beiden Seiten geopfert werden müßten, so wünschte er die Bedingungen zu erfahren, für den Fall, daß Paris die Waffen niederlegen würde; denn die Kenntnis dieser Bedingungen, wenn sie annehmbar wären, könne eine weniger blutige Lösung herbeiführen.

„Sie kommen zu spät“, antwortete, nach Favres eignen späteren Berichte, Graf Bismarck; „wir haben mit Ihrem Kaiser unterhandelt. Da Sie sich für Frankreich weder verpflichten können noch wollen, so werden Sie leicht begreifen, daß wir das wirksamste Mittel suchen, um den Krieg schnell zu beendigen.“ Er fügte hinzu: „Sie haben durch Ihre Handlungsweise einen Zustand der Dinge herbeigeführt, den zu verhüten ebenso klug als einfach gewesen wäre. Ihr Irrtum war es zu glauben, daß Sie nach der Kapitulation von Sedan noch Armeen aufzustellen vermöchten; die Ihrigen sind vollständig vernichtet. Wie groß auch der Patriotismus einer Nation sein mag, sie kann nicht Armeen aus dem Nichts hervorzaubern. Beim Beginn des Feldzuges fanden wir den französischen Troupier in seinem ganzen Werte; er war nur

von unfähigen Führern befehligt, und dies ist der Grund, weshalb wir euch geschlagen haben. Den Leuten, die Sie uns jetzt gegenüberstellen, fehlt es weder an Mut noch an Selbstverleugnung, aber es sind Bauern und nicht Soldaten; sie können gegen unsre seit langer Zeit kriegsgewohnten Truppen nicht standhalten. Wenn es genügte, dem Bürger die Flinte in die Hand zu geben, um einen Soldaten aus ihm zu machen, so wäre es eine große Thorheit, den besten Teil des Nationalreichtums daran zu wenden, um stehende Heere zu unterhalten. Darin eben liegt die wahre Überlegenheit, und weil Sie dieselbe verkannt haben, so befinden Sie sich in Ihrer gegenwärtigen Lage. Sie haben viel Ehre eingelegt durch einen Widerstand, den ich im voraus für nutzlos erkannte und der nur ein Akt nationaler Eigenliebe war. Jetzt sind wir entschlossen, dem Kriege ein Ende zu machen, und wir wählen das nächste Mittel zum Zwecke. Da wir bei Ihnen eine regelmäßige Regierung nicht finden, so suchen wir sie anderweitig, und wir stehen in Unterhandlungen mit demjenigen, der die Autorität für sich hat. Wir haben in dieser Hinsicht keine vorgefaßte Meinung und befinden uns drei Kombinationen gegenüber: der Kaiser, der kaiserliche Prinz mit einer Regentschaft oder der Prinz Napoleon, welcher sich ebenfalls darbietet. Wir haben in gleicher Weise den Gedanken, den Gesetzgebenden Körper zurückzuführen, welcher die parlamentarische Regierung vorstellt. Dieses Kollegium würde über die Frage direkt zu verhandeln oder eine Versammlung mit dieser Aufgabe zu berufen haben. Diese möge alsdann ihre Regierung wählen, und wir werden eine bevollmächtigte Gewalt haben, mit der wir abschließen können.“

Favre drückte sein Erstaunen darüber aus, daß man noch daran denken könne, mit der kaiserlichen Familie, die bei dem französischen Volke durchaus unbeliebt geworden, wieder anzuknüpfen; ihre Rückkehr würde unfehlbar innere Zerrüttungen herbeiführen. Gegenüber dem Einwande, daß eine Regierung, welche in Frankreich den Bürgerkrieg hervorriefe, eher vorteilhaft als schädlich für Deutschland sein würde, betonte dann Favre die höheren wechselseitigen Verpflichtungen der europäischen Nationen, die Ordnung, die Arbeit und den Wohlstand aufrecht zu halten, und er kam danach auf seinen Wunsch zurück, daß Graf Bismarck das seinige thun möchte, damit in Frankreich eine freigewählte Versammlung über das Schicksal des Landes entscheiden könne. Bismarck sprach seine Zweifel aus, daß unter Gambettas Gewalt Herrschaft überhaupt eine derartige Versammlung zustande komme, und er wiederholte dann, nachdem Favre die patriotische Gesinnung Gambettas hervorgehoben, nochmals seine Idee, eine Berufung des Gesetzgebenden Körpers zu veranlassen. Favre hielt jedoch an der Wahl einer Nationalversammlung fest und bat dann um Angabe der Bedingungen für den Fall, daß Paris das Unglück habe, sich ergeben zu müssen, insbesondere mit Rück-

sicht auf das Schicksal der Besatzung und der Nationalgarde sowie auf einen etwa noch beabsichtigten Einmarsch der preussischen Armee in Paris.

„Das sind gerade Punkte“, erwiderte Bismarck, „in betreff deren der König, Graf Moltke und ich uns noch nicht völlig schlüssig gemacht haben. Die Besatzung von Paris muß nach dem Kriegsgesetz als gefangen gelten, die Nationalgarde entwaffnet werden. Erst nach Erfüllung dieser Bedingung werden wir Paris die Möglichkeit geben, sich zu verproviantieren. Bezüglich des Einmarsches der deutschen Truppen in Paris erkenne ich an, daß er mit Übelständen verbunden ist, und wenn ich allein darüber zu bestimmen hätte, so würde ich mich vielleicht mit dem Besitze der Forts begnügen. Für diese Forts werden wir Geiseln nehmen; die Maires, die Zeitungsredakteure, die Regierungsmitglieder werden uns in die Forts vorangehen, damit wir Sicherheit gewinnen, daß sie nicht unterminiert sind.“

Favre unterbrach den Grafen mit der Bemerkung, daß die Pariser eine solche Demütigung nicht verdienten und daß, wenn man das Wort gäbe, die Deutschen überall ohne Besorgnis eintreten könnten. „Zum Überfluß“, fügte er hinzu, „bin ich für meine Person bereit, allerorten voranzugehen. Ich erbiete mich — und ich bin dessen gewiß, daß meine Kollegen ebenso denken werden wie ich — als Geisel für alle Beschlüsse, welche man gemeinsam fassen wird.“

Graf Bismarck antwortete: „Ich würde Ihnen den Nichteinmarsch in Paris zugestehen, aber der König und die Militärs bestehen darauf. Es ist die Belohnung für unsre Armee. Wenn ich nach der Rückkehr in die Heimat einem armen Teufel mit dem Stelzfuß begegnen werde, dann wird er sagen: „Das Bein, das ich vor den Mauern von Paris gelassen habe, gab mir das Recht, meine Eroberung zu vervollständigen; dieser Diplomat, der im Besitze seiner gesunden Gliedmaßen ist, hat mich daran verhindert.“ Wir können uns dem nicht aussetzen, in diesem Punkte das öffentliche Gefühl zu verletzen. Wir werden in Paris einziehen, aber nicht über die Champs Elysées hinausgehen, und dort die Ereignisse abwarten. Wir werden den 60 Bataillonen der Nationalgarde, welche zuerst gebildet wurden und Sinn für Ordnung haben, die Waffen lassen.“

Favre machte geltend, daß diese Frage keinen Mittelweg zuließe: Paris müsse entweder ganz besetzt werden oder ganz verschont bleiben. Preußen würde nicht eine Zivilgewalt finden, die bereit wäre, an der Verwaltung teil zu nehmen, wenn die feindlichen Kanonen in den Champs Elysées stünden. Auch müßte die Berührung der deutschen Soldaten mit der Pariser Bevölkerung zur ernstlichen Besorgnis wegen schrecklicher Zwischenfälle Anlaß geben, für die er seinerseits keine Verantwortung übernehme. Es gäbe daher nur eine der beiden Möglichkeiten: entweder Paris ganz zu besetzen

und es wie eine eroberte Stadt zu verwalten oder mit den Truppen überhaupt nicht einzuziehen. Im ersteren Falle würde die jetzige Regierung ganz zurücktreten, der Sieger hätte dann die Entwaffnung zu bewerkstelligen, Besitz von der Stadt zu nehmen und den Polizei- und Sicherheitsdienst zu übernehmen. Im zweiten Falle sollte er die Forts allein besetzen: eine für Paris ernannte Regierung würde die Verwaltung der Stadt antreten. Letzterer möchte man alsdann alle Erleichterungen für die Verproviantierung gewähren und der Nationalgarde ihre Waffen belassen. Die Stadt werde eine Kriegsteuer entrichten, ein Waffenstillstand sei zu schließen und eine Wahlversammlung nach Bordeaux zu berufen, welche die Frage über Krieg und Frieden sowie über die Regierungsform zu entscheiden habe.

Bismarck hat um eine kurze schriftliche Aufzeichnung dieser Vorschläge, was jedoch Favre als nutzlos anfänglich ablehnte. Nachdem aber der Graf zugesichert hatte, daß die Aufzeichnung nur für ihn allein bestimmt sein solle, willfahrte Favre dem Wunsche, und beide gingen dann, da es inzwischen 11 Uhr geworden, auseinander.

Als Bismarck nach dieser Unterredung in das gemeinschaftliche Speisezimmer trat, wo seine Räte beim Thee saßen, piff er eine Melodie vor sich hin, welche die des Weidwerkes Kundigen als das Halali erkannten.

Die Unterredung mit Favre am folgenden Tage, Dienstag 24. Januar, leitete Bismarck mit der Erklärung ein, daß er ermächtigt wäre, in Unterhandlungen zu treten. Auf Ansuchen Favres sprach er sich zunächst über den Gedanken einer möglichen Verständigung mit der Familie Bonaparte näher aus.

„Ich habe Ihnen bereits in Ferrières aufrichtig meine Ansicht über Ihren Kaiser mitgeteilt. Ich habe keine Veranlassung, ihm günstig gestimmt zu sein; aber wenn ich mich seiner bedienen kann, um einen für Deutschland vorteilhaften Frieden zu schließen, so werde ich nicht zögern. Wir hofften, daß er sich bei Sedan zu Unterhandlungen verstehen würde. Das war seine Pflicht; aber er zog es vor, sein persönliches Interesse als Souverän zu sichern. Frankreich büßt grausam für diesen Egoismus. Auch wir haben darunter sehr gelitten. Wenn er aber die verhängnisvollen Folgen so weit als möglich wieder gut machen will, so sind wir bereit, uns mit ihm zu vergleichen. Sie haben mir den Widerwillen Ihrer Landsleute entgegengehalten. Derselbe ist nicht so entschieden, wie Sie voraussetzen. Übrigens würde er vor unsern Waffen nachgeben, und die Gefangenen von Metz würden uns nahe an hunderttausend Mann ausgezeichneter Truppen liefern, welche der kaiserlichen Sache völlig ergeben sind.“

Favre widersprach lebhaft und bestritt die Möglichkeit einer derartigen Kombination gegenüber der allgemeinen Stimmung in ganz Frankreich. Dann

aber brach er schnell dieses Thema ab und kam auf seine Vorschläge vom vorigen Abend zurück.

Bismarck seinerseits erhob noch einmal Zweifel an Gambettas Zustimmung, worauf Favre erklärte: „Sie fragen mich, ob wir Gehorsam finden werden; ich antworte Ihnen ehrlich, daß ich die moralische Gewißheit davon habe, aber daß die Unterbrechung unsrer Verbindungen mit Bordeaux mir nicht erlaubt, eine bestimmtere Zusicherung zu geben. Ich habe Gambetta stets für hochherzig gehalten. Sein feuriger Patriotismus kann ihn zu weit treiben, er wird ihn niemals in den Bürgerkrieg stürzen, am wenigsten angefichts des Feindes. Wenn ein Vertrag geschlossen wird, so ist die Regierung der Nationalversammlung fest entschlossen, ihn auszuführen; sie hat die Überzeugung, daß die Delegation in Bordeaux ihr kein Hindernis bereiten werde.“

Nach diesen vorläufigen Auseinandersetzungen kamen die beiden Staatsmänner zur Sache. Der Kanzler machte keinen Einwurf in betreff der Berufung einer Nationalversammlung und des hierzu nötigen Waffenstillstandes, dessen Dauer auf drei Wochen mit vorbehaltener Verlängerung angesetzt wurde. Schwieriger stellten sich aber die Fragen, welche den Einmarsch in Paris, die Entwaffnung der Nationalgarde, das Schicksal der französischen Gefangenen betrafen. Man brauchte nicht weniger als drei Tage mit Reden und Gegenreden, mit Hin- und Herfahrten des Grafen Bismarck zum Könige, zu Moltke und zurück, um zu einer Lösung zu kommen. Nach Favres eigener Aussage fand er den deutschen Kanzler stets bestrebt, die grausame Härte seiner Forderungen durch die Form zu mildern. Bismarck ließ es sich soviel wie möglich angelegen sein, die militärische Strenge des Generalstabs, der über die geringsten Einzelheiten gehört werden wollte, zu mäßigen. In betreff mehrerer Punkte war er so gefällig, sich der französischen Wünsche anzunehmen, und einige auch mit Erfolg geltend zu machen.

Der Einzug der Deutschen in Paris gehörte zu denjenigen Fragen, welche die meisten Schwierigkeiten erregten.

„Wie wollen Sie“, fragte Bismarck, „daß wir unsern Truppen eine Klausel annehmbar machen, welche sie einer der kostbarsten Früchte ihres Sieges berauben würde? Sie belagern Ihre Stadt seit beinahe fünf Monaten. Wir haben sie ermuntert, indem wir ihnen den Einzug in Paris als Belohnung für ihre Mühen und Entbehrungen zeigten; jetzt, dem Ziele so nahe, sollten wir sie hintergehen? Was würde Deutschland dazu sagen, wenn wir darauf verzichteten, von unsrer Eroberung Besitz zu nehmen? Woll der Ehrfurcht gegen seinen erhabenen Souverän, würde es seine Minister der

Schwäche und Empfindsamkeit anklagen. Es hat uns schon unsre Laune vorgeworfen; es rechnet uns zum Verbrechen an, Sie geschoht zu haben. Es würde uns nicht hart genug verurteilen können, wenn wir sein Heer nicht der Ehre teilhaftig werden ließen, Ihre Umfassungsmauern zu überschreiten. Nehmen Sie an, daß Ihre Soldaten vor den Thoren von Berlin angekommen wären — sie würden sich durch keine Macht abhalten lassen, dort einen Triumphzug zu halten. Glauben Sie mir, wir haben die Vergangenheit nicht vergessen!“

Favre seinerseits wiederholte, daß er in diesem Punkte nicht nachgeben könne; daß wenn er verworfen würde, man noch einmal das Waffenglück versuchen würde; daß dann vielleicht die deutsche Armee ohne Bedingung in Paris einziehen, daselbst Besatzung halten und sich der Aufrechthaltung der Ordnung unterziehen könne.

Bismarck nahm diese bestimmte Erklärung zum Vortrage beim Könige und im Kriegsrat entgegen.

Endlich am Donnerstag (26. Januar abends), nach einer langen Unterredung bei Graf Moltke, war man über alle Hauptpunkte einig geworden. Es blieb nur noch übrig, einige militärische Einzelheiten und Polizeimaßnahmen zu regeln und den formellen Vertrag aufzusetzen. Über alle diese Dinge hatte sich Favre ausführlich mit Graf Bismarck ausgesprochen, als dieser, während er jenen zum Wagen begleitete, eindringlich sagte: „Ich glaube nicht, daß, nachdem wir so weit gekommen sind, ein Abbruch noch möglich wäre; wenn Sie derselben Ansicht sind, wollen wir heute abend das Feuer einstellen.“

„Ich würde Sie schon gestern darum gebeten haben“, erwiderte Favre tiefbewegt; „da ich aber das Unglück habe, das besiegte Paris zu vertreten, so wollte ich nicht um eine Gunst bitten. Ich nehme gern Ihr Anerbieten an; es ist der erste Trost, den ich in unserm Unglück empfinde. Es ist ja fast ein unerträglicher Gedanke, daß unnützes Blut vergossen wird, während wir über die Bedingungen einer Waffenruhe beschließen.“

„Gut denn!“ erwiderte der Kanzler; „es ist abgemacht, daß wir beiderseits Befehl ergehen lassen, damit das Feuer um Mitternacht schweige. Sorgen Sie dafür, daß Ihre Befehle streng ausgeführt werden.“

Favre versprach es, bat jedoch um die Erlaubnis, daß von französischer Seite der letzte Schuß fallen dürfe.

Es war 9 Uhr abends, als Favre bei der Sevrèsbrücke über die Seine setzte, und gegen dreiviertel auf 12 Uhr stand er auf dem steinernen Balkon des Hotels der auswärtigen Angelegenheiten, welches die Seine überragt. Die Artillerie der Pariser Forts und die Geschütze der deutschen Armee

ließen noch ihre furchtbaren Donnerschläge vernehmen. Mitternacht schlug. Ein letzter Schuß krachte, weithin wiederholt von einem Echo, welches schwächer ward und verstummte; dann herrschte ringsum Schweigen. Es war seit langen Wochen die erste Ruhe.

In den folgenden Tagen wurden die Unterhandlungen im Hauptquartier mit Jules Favre unter Hinzuziehung französischer Militärs — zuerst Marquis de Beaufort d'Hautpoul, später General Baldan, Chef des Generalstabs bei Vinoy — fortgesetzt. Sie führten am 28. Januar abends zum Abschluß der Konvention von Versailles, derzufolge die sämtlichen Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris übergeben wurden, die Besatzung für kriegsgefangen erklärt wurde und ein Waffenstillstand von 21 tägiger Dauer eintrat (bis 19. Februar mitternachts).

Die Zeit der Waffenruhe mußte auf französischer Seite benutzt werden, um zum Abschluß des Friedens zu gelangen. Für den 8. Februar wurden von der Regierung in Paris die Wahlen ausgeschrieben; am 12. sollte die Nationalversammlung in Bordeaux eröffnet werden. Die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes wurde jedoch nicht allseits beifällig aufgenommen. Gambetta in Bordeaux zeigte sich bei ihrem Empfange leidenschaftlich erregt; er ordnete neue Rüstungen an und erließ das bekannte Dekret (31. Januar), demzufolge ganze Klassen der Bevölkerung, insbesondere alle, welche unter dem Kaiserreich ein Amt bekleidet hatten, von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden sollten. Graf Bismarck protestierte sogleich in einem Telegramm an Gambetta (2. Februar), sowie in einem Schreiben an Favre (3. Februar) gegen diese Verletzung der Konvention, in welcher eine „freigewählte“ Versammlung ausdrücklich bedingt war, und Jules Favre war ehrlich genug, die Berechtigung dieses Protestes anzuerkennen; er erklärte in einem Regierungserlaß (5. Februar) das Dekret Gambettas für null und nichtig. Die letzten Anstrengungen der Anhänger Gambettas, um diesen zum „Diktator der französischen Republik“ auszurufen und von Bordeaux aus noch einmal den Kriegsbrand über ganz Frankreich zu verbreiten, blieben erfolglos. Gambetta sah sich genötigt, seine Entlassung einzureichen (6. Februar).

In dieser Zeit, als die Wahlen zur Nationalversammlung vor sich gingen, richteten sich die Blicke der besonnenen Franzosen mehr und mehr auf den Staatsmann, welcher dazu bestimmt war, in seinem hohen Alter noch einmal eine Rolle in der Geschichte Frankreichs zu spielen, auf Adolphe Thiers. Am 12. Februar wurde die Nationalversammlung eröffnet, und wenige Tage darauf (17. Februar) Thiers von ihr mit großer Mehrheit zum „Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik“ ernannt, welcher sein Amt unter

der Souveränität der Nationalversammlung verwalten und selbständig die Minister für die einzelnen Zweige wählen sollte.

Dem einsichtigen Staatsmann konnte es nicht zweifelhaft sein, daß Frankreich völlig außer stande war, den Krieg wieder aufzunehmen, und daß die Bedingungen des Friedens allein von der Großmut des Siegers abhingen. Aber seit den Verhandlungen im November hatte Bismarck kein



Thiers vor dem deutschen Kaiser in Verfaillès (21. Februar 1871).

Wort mehr über den Frieden verlauten lassen, und Thiers mußte fürchten, daß jetzt unter den veränderten Verhältnissen seine Bedingungen bedeutend schärfer ausfallen würden.

Am Sonntag den 19. Februar reisten Thiers und Favre, welcher das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unter Thiers behalten hatte, von Bordeaux nach Verfaillès ab. Eine Kommission von 15 Mitgliedern war aus dem Schoße der Nationalversammlung erwählt worden,

um von ihnen Mittheilungen über den Verlauf der Unterhandlungen entgegenzunehmen und die Versammlung darüber in Kenntniß zu halten.

In derselben befanden sich Pouyer-Quertier, der General Aurelles de Paladines, der Admiral de la Roncière u. a. Am 21. Februar traf Thiers in Versailles ein; es war derselbe Tag, an welchem der Waffenstillstand, der nach der Übergabe von Belfort (12. Februar) noch um zwei Tage verlängert worden war, zu Ende ging. Thiers machte seinen ersten Besuch im deutschen Hauptquartier allein und wurde mit großer Zuborkommenheit von Graf Bismarck empfangen, welcher ohne Umstände in eine weitere Verlängerung des Waffenstillstands um fünf Tage, d. h. bis zum 26. Februar mitternachts, willigte.

Durch Bismarcks Vermittelung hatte Thiers auch die Ehre, vom Kaiser in einer Audienz empfangen zu werden, nachdem dieser ihm den Wunsch hatte ausdrücken lassen, daß er sich aller politischen Erörterungen bei derselben enthalten möge, da es die Gewohnheit des Kaisers sei, von der er nicht abgehen wolle, alle politischen Angelegenheiten nur durch Vermittelung des Kanzlers an sich gelangen zu lassen. Dessenungeachtet konnte Thiers die schwebende Frage nicht ganz unberührt lassen und schilderte mit seiner bekannten Beredsamkeit die Gefahren, welche die beiden Nationen, ja ganz Europa, laufen würden, wenn der Friede den Keim eines neuen Krieges enthalten sollte. Der Kaiser entgegnete ihm, daß er es nicht gewesen sei, der diesen Krieg gewollt habe, daß er die Lage Frankreichs bedauere, aber jetzt beim Friedensschlusse das Interesse Deutschlands vor jedem andern zu Rate ziehen müsse.

Über die Friedensbedingungen sprach sich Bismarck gegen Thiers sehr bestimmt und bündig aus. Er forderte ganz Elsaß mit Einschluß von Belfort, die Stadt und Festung Metz, einen Teil von Lothringen und eine Kriegssentschädigung von sechs Milliarden Frank.

Diese Forderungen, durch die Verhältnisse begründet, blieben noch zurück hinter den Bedingungen, welche Frankreich nach allen früheren Friedensschlüssen dem besiegten Gegner auferlegt hatte. Es war nicht die Rede von auszuliefernden Kriegsschiffen, von einer Zurückführung der Armee auf einen bestimmten Stand, von einer Schleichung der Pariser Festungswerke — einer Bedingung, deren materieller Wert wohl die Milliarden der Kriegssentschädigung aufgewogen haben würde. Kurz, Bismarck hatte sich begnügt, nur dasjenige zu verlangen, was er zur Sicherung und Schadloshaltung Deutschlands für unbedingt erachtete. Er war deshalb auch nicht willens, über den Hauptinhalt dieser Forderungen, deren Berechtigung er seit Beginn des Krieges oft genug vor aller Welt dargethan hatte, hier noch einen Streit

Additional material from *Fürst Bismarck, der deutsche Reichskanzler*,  
ISBN 978-3-662-33587-1, is available at <http://extras.springer.com>



zuzulassen, sondern er stellte dieselben gewissermaßen als ein Ultimatum auf, von welchem der Kaiser und seine Verbündeten nicht abgehen würden. Die französischen Unterhändler suchten jedoch in jedem einzelnen Punkte eine Ermäßigung zu erlangen und im kleinen wiederzugewinnen, was sie im großen aufgeben mußten; sie stellten dadurch die Geduld des Kanzlers auf eine harte Probe.

Am 22. Februar kam Thiers zum zweitenmal, und zwar nochmals allein, nach Verfaillés. Er legte sein Fürwort insbesondere für Metz ein, dessen Verlust ihn tief schmerzte, aber er fand den Kanzler unbeugsam. Derselbe erklärte ihm, daß jede weitere Erörterung hierüber nutzlos sei, und daß es im Interesse Frankreichs liege, die Friedenspräliminarien sobald wie möglich anzunehmen, da der Kaiser den ausdrücklichen Wunsch kundgegeben habe, einer abermaligen Verlängerung des Waffenstillstandes überhoben zu sein. Dann bezeichnete Thiers die geforderte Kriegsschädigung von sechs Milliarden als unerschwinglich, da ihre Zahlung alle Kapitalisten Frankreichs ruinieren und vollständige Verwirrung auf allen Geldmärkten Europas hervorrufen würde. Da stellte Graf Bismarck ihm zwei Finanzmänner aus Deutschland, die Herren von Bleichröder und Graf Hensel, vor, welche bereit waren, den französischen Unterhändlern Vorschläge für die Erledigung der Kriegsschuld in einer für Frankreich wenig empfindlichen Weise zu machen.

Beide Herren erschienen auf besonderen Wunsch des Herrn Thiers am folgenden Tage (23. Februar) im Hotel der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris, um das von ihnen erfundene System vor der Fünfzehnerkommission in längerem Vortrage darzulegen. Sie scheinen jedoch hier nach den Mitteilungen des Herrn Favre nicht vielen Beifall gefunden zu haben, und man gab ihnen, wie Favre berichtet, schließlich zu verstehen, daß, ungeachtet seines Unglücks, Frankreich sich selbst genügen würde.

Nach der Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Finanzmännern begaben sich die Herren Thiers und Jules Favre nach Verfaillés (23. Febr.). Graf Bismarck empfing sie mit der Nachricht, daß der König ihm die Genehmigung erteilt habe, die geforderten Kriegsgelder auf fünf Milliarden zu ermäßigen, indem er zugleich erklärte, daß die Kriegskosten allein zwei Milliarden überstiegen. Er rechnete noch hinzu die Pensionen für die Verwundeten, die Unterstützungen an Witwen und Waisen, die Unkosten aller Art, welche der Regierung zur Last fielen, Belohnungen an die Armee, Wiederherstellung des zerstörten Materials, Entschädigungen an die beim Ausbruch des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen sowie an die Reeder und Mannschaften der von Frankreich gekaperten Schiffe, Unter-

haltung und Besoldung der französischen Gefangenen, und sagte, daß Deutschland auf der Forderung von fünf Milliarden bestehen müsse, ohne gegen die unter den Völkern herkömmlichen Grundsätze der Billigkeit zu verstoßen.

Ermüdet durch die uner schöp fliche Redeflut des Herrn Thiers faßte Graf Bismarck am Schlusse der Sitzung in klarer Darlegung die Bedingungen noch einmal zusammen, welche das Mindeste der deutschen Forderungen enthielten. Als er dabei wieder der Kriegsent schädigung in der Höhe von fünf Milliarden erwähnte, fuhr der kleine, leidenschaftliche Greis empört vom Stuhle auf und rief: „Ah, c'est une spoliation véritable, c'est une vileté!“ („Das ist eine wahre Verraubung, eine Schlechtigkeit!“)

„Ich bedauere“, entgegnete Graf Bismarck gelassen, „aus dieser mir unverständlichen Äußerung ersehen zu müssen, daß ich des Französischen doch nicht so mächtig bin, als es wünschenswert wäre, um unsre Unterhandlungen in französischer Sprache fortsetzen zu können. Wir werden uns deshalb der deutschen Sprache bedienen müssen, umsomehr, als ich keinen Grund erkennen kann, warum wir dies nicht von Anfang an gethan haben.“

Graf Bismarck sprach von dem Augenblicke an deutsch, und Herr Thiers sah sich veranlaßt, daselbe zu thun, jedoch machte der Gebrauch der fremden Sprache ihm so viele Schwierigkeiten, daß darüber sein Zorn sich abkühlte. Er wurde ruhiger und machte schließlich so erhebliche Zugeständnisse, daß Bismarck lächelnd sagte: „Auf dieser Basis bin ich bereit, die Verhandlungen in französischer Sprache wieder aufzunehmen.“ —

Die Verhandlungen bezüglich der von deutscher Seite geforderten Gebietsabtretungen stießen auf nicht geringere Schwierigkeiten. Jules Favre berichtet darüber:

— Der Kanzler schien nicht berührt von dem Beweisgrunde, welchen wir aus der Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges zogen, den der Verlust unsrer Provinzen zur Folge haben würde. „Das ist unsre Sache“, antwortete er uns; „wir sind auf einen Angriff vorbereitet und hoffen nicht überrascht zu werden.“

Wir machten mit aller Energie, deren wir fähig waren, die Erwägungen geltend, welche die Stadt Metz dem Unglück einer preußischen Annexion entziehen sollten. Unsre Anstrengungen blieben fruchtlos. Sie wären es auch in bezug auf Belfort gewesen, wenn Herr Thiers in seinem Mute, seinem Patriotismus, seinem Schmerz nicht eine so überzeugende Sprache gefunden hätte, daß Herr von Bismarck sich bewegen ließ. Nachdem Thiers mit seiner unnachahmbaren Verebfsamkeit auf die ungeheure Größe unsrer Opfer, auf die unerhörte Härte hingewiesen hatte, welche uns außer der Verstümmelung unsres Gebiets ein erdrückendes Lösegeld auferlegte, auf die

alten Bande, welche uns an eine Stadt fesselten, die niemals zu Deutschland gehört und nichts von deutschem Wesen an sich hatte, und als er auch dann noch die Unbeugsamkeit seines Mitsprechers erkannte, rief er: „Nun denn, sei es, wie Sie wollen, Herr Graf! Diese Unterhandlungen sind also nur ein Vorgeben. Wir haben den Schein, mit Ihnen zu beraten, sollen aber durch Ihr Joch gehen. Wir verlangen eine rein französische Stadt, Sie verweigern Sie uns; das heißt eingestehen, daß Sie einen Vernichtungskrieg gegen uns beschlossen haben. Führen Sie denselben! Rauben Sie uns unsre Provinzen, brennen Sie unsre Häuser nieder, erwürgen Sie die friedlichen Einwohner, mit einem Worte: vollenden Sie Ihr Werk! Wir werden Sie bis zum letzten Atemzuge bekämpfen; wir werden vielleicht erliegen, aber nicht entehrt sein!“

Dies war der Sinn, wenn auch nicht der Wortlaut der eindringlichen Ansprache. Herr von Bismarck schien davon ergriffen und antwortete, daß er verstehe, wie Thiers leiden müsse, und daß er sich glücklich schätzen würde, ihm ein Zugeständnis machen zu können. „Aber“, fügte er hinzu, „es würde mir schlecht anstehen, Ihnen etwas zu versprechen, was ich Ihnen nicht zugestehen darf. Der König hat mir befohlen, seine Bedingungen aufrecht zu erhalten; er allein hat das Recht, sie zu mildern. Ich habe seine Befehle zu empfangen. Dennoch ist es wichtig, daß ich mit dem Grafen Moltke mich berate. Wenn ich seine Zustimmung habe, werde ich stärker sein.“ Er ging hinaus.

Nach Verlauf einer Viertelstunde kehrte er zurück. Der König war auf der Spazierfahrt und wurde erst zur Tafel zurückerwartet. Graf Moltke war gleichfalls abwesend. Man kann sich unsre Bekommenheit vorstellen. Sie steigerte sich, als nach ungefähr einer halben Stunde Graf Moltke angemeldet wurde. Wir sahen ihn nicht, Graf Bismarck schloß sich mit ihm ein.

Ich glaube nicht, daß jemals ein Angeklagter sein Verdikt mit einer mehr fieberhaften Angst erwartet hat. Unbeweglich und stumm folgten wir mit befüzten Blicken dem vorrückenden Zeiger der Uhr, welcher die Stunde unsers Urteilspruchs angeben würde. Die Thüre öffnete sich, und auf der Schwelle stehend, sagte Herr von Bismarck zu uns: „Ich habe dem Willen des Kaisers gemäß den Einmarsch unsrer Truppen in Paris fordern sollen. Sie haben mir Ihr Widerstreben und Ihre Befürchtungen vorgehalten und mit Nachdruck das Aufgeben dieser Klausel gefordert. Wir verzichten darauf, wenn Sie Ihrerseits uns Belfort lassen.“

Es war eine Minute voll unaussprechlicher Qual; aber wir waren einig, ohne uns beraten zu haben. Ein Blickwechsel genügte. Herr Thiers übersetzte den Sinn desselben in patriotische Worte: „Nichts“, sagte er,

„wird dem Schmerz von Paris gleichen, wenn es die Thore seiner unentweiheten Mauern dem Feinde öffnet, welchen sie zu bewältigen nicht vermochte. Deshalb haben wir Sie beschworen, wir beschwören Sie noch, ihm diese unverdiente Demütigung nicht aufzuerlegen. Nichtsdestoweniger ist Paris bereit, den Kelch bis auf die Gese zu leeren, um dem Vaterlande ein Fleckchen seines Bodens und eine heroische Stadt zu erhalten. Wir danken Ihnen, Herr Graf, daß Sie uns Gelegenheit geben, unser Opfer zu veredeln. Die Trauer von Paris wird das Lösegeld für Belfort sein, welches wir jetzt beharrlicher als jemals für uns in Anspruch nehmen.“

„Überlegen Sie es wohl!“ sagte der Graf. „Vielleicht werden Sie es bereuen, diesen Vorschlag zurückgewiesen zu haben.“

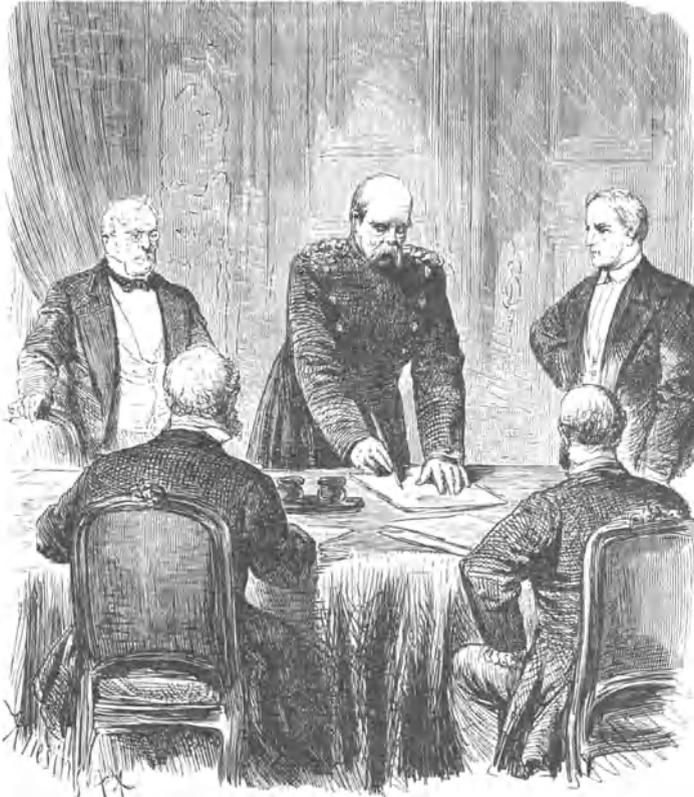
„Wir würden unsre Pflicht verletzen, wenn wir ihn annähmen“, versetzte Herr Thiers.

Die Thüre schloß sich und die beiden Preußen nahmen ihre Beratung wieder auf.

Sie schien uns ein Jahrhundert zu dauern. Nach dem Ausbruch des Grafen Moltke gab Graf Bismarck uns zu verstehen, daß er nur noch nötig habe, den König zu gewinnen. Ungeachtet dieser Ungeduld wartete er, bis der König sein Wahl beendigt hatte. Gegen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr begab er sich zu ihm. Um 8 Uhr erntete Herr Thiers die Frucht seiner heldenmütigen Anstrengung. Er hatte Belfort für Frankreich gerettet.“ Soweit der Bericht von Jules Favre. —

Bis zum 25. Februar abends waren sämtliche Artikel der Friedenspräliminarien besprochen und formuliert. Am Sonntag, 26. Februar, versammelten sich in der Wohnung des Grafen Bismarck außer den Herren Thiers und Favre noch die Bevollmächtigten für Bayern, Württemberg und Baden, Graf Bray=Steinburg, Freiherr von Wächter und Jolly. Der Friedensvertrag wurde vorgelesen und von allen Seiten genehmigt. Graf Bismarck ergriff eine kostbare goldene Feder, welche ihm vor ungefähr drei Monaten aus dem kunstreichen Pforzheim für diesen Zweck übersandt worden war. „Ich darf unter Gottes Beistand versprechen“, hatte er damals in seinem Dankschreiben dem Geber geantwortet, „daß sie in meiner Hand nichts unterzeichnen soll, was deutscher Gefinnung und des deutschen Schwertes nicht würdig wäre.“ Eingedenk dieses Versprechens setzte er seinen Namen unter den Friedensvertrag. Es folgten die andern Bevollmächtigten. Als Thiers die Feder niederlegte und Bismarck ihm die tiefe innere Bewegung anmerkte, reichte er ihm die Hand und sagte: „Sie sind der Letzte, welchem Frankreich diesen Schmerz hätte auferlegen sollen; denn von allen Franzosen haben Sie ihn am wenigsten verdient.“

Die Hauptbedingungen der Friedenspräliminarien bestanden in der Abtretung des Elsaß, mit Ausnahme von Belfort, und des deutschen Lothringens mit Zurechnung von Metz sowie in der Zahlung von fünf Milliarden Frank Kriegskosten binnen drei Jahren. Die Räumung Frankreichs durch die deutschen Truppen sollte in gleichem Schritte mit der Zahlung der Kriegskosten durch Frankreich stattfinden.



Die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Versailles den 26. Februar 1871.

Um der Nationalversammlung Zeit zur Ratifikation zu geben, war außerdem noch eine Konvention zur Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 12. März abgeschlossen worden. Die Klausel in betreff des Nichteinmarsches der deutschen Armee in Paris war in derselben durch eine Bestimmung ersetzt worden, nach welcher die deutschen Truppen in einer Stärke von 30 000 Mann in Paris einmarschieren und einen näher begrenzten Stadtteil besetzen würden.

Am 1. März mittags erfolgte bei hellem Frühlingswetter unter den Klängen alter Siegesmärsche der Einzug der deutschen Heeresabteilungen durch das Bois de Boulogne, die breite Siegesstraße, den Triumphbogen und die Champs Élysées bis zu den Tuileries. Es bedurfte dieses Schlußaktes des großen Krieges, um den Wahn zu zerstören, daß die Mauern von Paris für die „deutschen Barbaren“ heilig und unnahbar bleiben müßten, oder daß die Sieger von Metz und Sedan aus Furcht vor den Pariser Volkshaufen der Stadt den Rücken gekehrt hätten.

Am Nachmittag desselben Tages machte auch Graf Bismarck der französischen Hauptstadt einen Besuch. Er ritt in seinem bekannten Kürassierrock im Schritt durch die Straße bis zum Triumphbogen hinab, blieb hier einige Minuten halten, wandte sein Pferd und ritt auf Neuilly zurück. Aus den Volkshaufen, die zu beiden Seiten der Avenue standen, drängte sich plötzlich ein schlecht gekleideter Mensch mit verwildertem Antlitz nahe an sein Pferd, rief ihn mit Namen und stieß ein grobes französisches Schimpfswort aus. Bismarck that dem Menschen nicht den Gefallen, ihn verhaften zu lassen und dadurch dessen Namen der Geschichte zu überliefern, sondern er ritt, fast ohne ihn eines Blickes zu würdigen und gelassen seine Zigarre rauchend, weiter die Avenue hinauf.

In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März hatte bereits die Versammlung in Bordeaux sich für die Annahme der Friedenspräliminarien (mit 546 gegen 107 Stimmen) ausgesprochen. Der Wunsch, der Hauptstadt „einen großen Schmerz“ — den Einmarsch oder doch das längere Verweilen der deutschen Truppen in ihren Mauern — zu ersparen, mochte wohl das Meiste zu einer solchen Beschleunigung ihrer Arbeiten beigetragen haben. Am 2. März nachmittags überbrachte Jules Favre dem Grafen Bismarck den Beschluß der Nationalversammlung; an demselben Tage vollzog Kaiser Wilhelm die Ratifikation der Friedenspräliminarien. Schon am folgenden Tage verließen die deutschen Truppen die unwirtliche fremde Hauptstadt. Im deutschen Hauptquartier wurden die Vorbereitungen zur Heimkehr getroffen.

Friedensglocken klangen im Vaterlande, Friedensbotschaft zog in die Herzen. Wer einen der Lieben im Felde stehen hatte, der hörte auf zu fürchten und zu sorgen und freute sich in der Hoffnung frühlichen Wiedersehens, und wer einen betrauerte, der da auf ferner, fremder Aue gefallen war, der getröstete sich dessen, daß der errungene Kampfspreis des vergossenen Blutes würdig sei.

Der deutsche Kanzler hatte sich beim Friedensschlusse allein von praktischen Gesichtspunkten leiten lassen. Er wollte dem deutschen Vaterlande

solche Grenzen schaffen, innerhalb derer die Enkel, geschützt vor der Habsger des Nachbarvolkes, den Aufgaben des Friedens und Fortschritts ungestört sich widmen könnten. Sein Streben in der Politik war frei von jeder Romantik, aber es war hier an demselben Ziele angekommen, welches die Edlen des Volkes seit Jahrhunderten geträumt und ersehnt hatten. Das neuerstandene, einige Deutsche Reich empfing als Morgengabe im ehrenvollen Frieden seine oft betrauertten alten Reichslande zurück. Möchten diese selbst



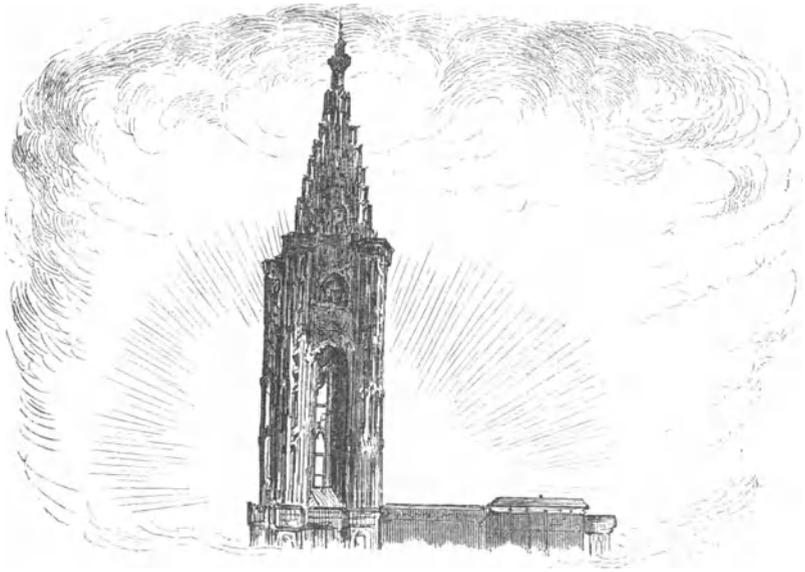
Am Triumphbogen in Paris.

sich auch noch sträuben, dem treuen Mutterlande wieder anzugehören, dem sie seit zwei Jahrhunderten entfremdet gewesen; noch hatten jene Bande ihre Zauber nicht verloren, welche fester als staatliche Formen, als Waffenbrüderschaft und als materielle Interessen die Herzen untereinander verbinden und auf welchen die Hoffnung beruht, daß das wiedererrungene Elsaß und Deutsch-Lothringen in Zukunft, wie in alter Zeit, treue und tüchtige Glieder des großen Vaterlandes werden möchten.

Nachdem die Arbeit im Felde gethan war, schickte sich Bismarck an, mit den gesegneten Früchten derselben die Heimfahrt anzutreten, wo andre

Arbeit seiner wartete. Am 6. März verließ er Versailles und nahm mit seinen sämtlichen Begleitern das erste Nachtquartier in Lagny-Thorigny bei „Mutter Simon“, der treuen Pflegerin der deutschen Krieger, welche auch ihr Bestes für seine Pflege that, der ja aus einem doppelten Feldzuge heimkehrte. Zwei Tage später kam er durch Frankfurt a. M., wo alles in später Abendstunde nach dem Bahnhofe strömte, um den berühmten Mann, der einst so lange in Frankfurts Mauern geweilt hatte, zu begrüßen. Wie hatte sich doch so manches in wenig mehr als einem Jahrzehnt der Weltgeschichte geändert! Was war aus der freien deutschen Reichsstadt und Residenz des Bundestags, was aus dem preußischen Bundestagsgesandten geworden! — Viele der ehemaligen Bekannten wurden von ihm auf dem Bahnhof erkannt und begrüßt. Selbst der Fleischer, von dem Frau von Bismarck ehemals die beliebten Würste bezog, hatte sich mit einem Kistchen voll dieses löblichen Fabrikats eingefunden, und Bismarck überzeugte sich an Ort und Stelle durch einen kräftigen Imbiß, daß sie noch ebenso gut schmeckten wie ehemals. An allen Stationen, die Bismarck auf der Weiterreise berührte, begrüßten ihn seine deutschen Landsleute. Am 11. März um 6 Uhr morgens kam er auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin an, und als er mit dem ersten Blicke aus dem Wagenfenster seine Gemahlin und Tochter auf dem Perron erkannte, da vermochte er seine freudige Bewegung kaum zurückzuhalten. Frohgemutet sprang er aus dem Wagen, breitete ihnen seine Arme entgegen und rief: „Da habt Ihr Euern „Ollen“ wieder!“





## Einundzwanzigstes Kapitel.

### Im neuen Reich.

1871—1878.



Er, einst ein Auserwählter der Rechten,  
 Er ist von allgewalt'gen Mächten  
 Jetzt zu der Linken hingetrieben:  
 Ja, so hat in der Urwelt Lagen  
 Weit hin den Fels das Meer getragen,  
 Der Fels jedoch ist Fels geblieben.  
 Hermann von Bismarck.

Auf den Schlachtfeldern in Frankreich war die Einheit Gesamtdeutschlands, war das neue Deutsche Reich geboren, in dem stolzen Königsschlosse zu Versailles das Kaisertum der Hohenzollern feierlich verkündigt worden. Aufgabe der Lebenden war es nun, dieses Deutsche Reich im Innern zu befestigen und auszubauen, und der Leiter des Volkes bei der Erfüllung dieser großen Aufgabe war der bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstages, am 21. März 1871, in den Fürstenstand erhobene Staatsmann Otto von Bismarck.

Hier gab es noch manche harte Arbeit für den Baumeister, der als Reichskanzler bald auf politischem, bald auf geistigem, bald auf wirtschaftlichem Gebiete für das Wohl und Gedeihen des Reiches Sorge zu tragen

hatte, immer mit der gleichen Hingebung, Thatkraft und Liebe zum Werke. Wohl trat während der zwei Jahrzehnte dieser rastlosen Thätigkeit in Augenblicken der Ermüdung die Sehnsucht nach dauernder Ruhe an den Werkmeister heran; aber immer wieder führten ihn das starke Pflichtgefühl und die Liebe zu seiner eignen Schöpfung sowie der Wunsch und das Beispiel seines Kaisers und Herrn zu der ihm liebgewordenen Berufsthätigkeit zurück, und wie jener Niese immer neue Kraft schöpfte aus der Berührung mit seiner Mutter, der Erde, so Bismarck aus der nationalen Idee.

Wohl auf keinen ist mit größerem Rechte, als auf Bismarck, das Wort des Dichters anwendbar: „Es wächst der Mensch mit seinen größeren Zwecken.“ Es ist oft von einem Wechsel seiner Gesinnung gesprochen worden. Man hat ihm vorgeworfen, daß er seine Partei verlassen und das Programm einer andern Partei aufgenommen habe. Eine solche Auffassung entspricht der Wirklichkeit nicht. Bismarck ist viel zu sehr Realpolitiker, um sich an das Programm einer politischen Partei zu binden. Für ihn gilt „das Wohl des Staates“ als „das oberste Gesetz“ und er nimmt die Unterstützung jeder Partei an, welche ihm auf dem Wege, der ihm zur Zeit als der richtigste und sicherste nach diesem Ziele, dem Wohle des Vaterlandes, scheint, zu folgen bereit ist, ohne sich etwa damit zur Durchführung ihres sonstigen politischen Programms zu verpflichten. Bismarck hat durch die praktische Erfahrung mit der Zeit über manches anders denken gelernt, als er früher dachte; er hat eine Sache nie deshalb, weil er sie früher einmal für unzutraglich und unausführbar gehalten, auch später von der Hand gewiesen, wenn sie ihm bei veränderter Lage zweckdienlich und nutzbringend für den Staat erschien; er hat den Ideen der Zeit, den Bedürfnissen des Volkes Rechnung getragen, aber er ist in seinem Kern und Wesen unverändert geblieben. Der trotzig Mut, mit dem der brandenburgische Junker gegen die gefeierten Redner der Liberalen auf dem ersten Vereinigten Landtag in die Schranken ritt, gab sich auch in den Schriftzügen der geharnischten Kriegsnoten des Ministerpräsidenten und Kanzlers des Norddeutschen Bundes kund; dieselbe revolutionäre Energie, mit welcher er in der Konfliktzeit dem geldverweigernden preußischen Abgeordnetenhaufe ein „Flectere si nequeo Superos, Acheronta movebo“ entgegenrief, zeigte der Reichskanzler in der Bekämpfung jeder unberechtigten Anmaßung, wo er sie auch traf — sei es auf den Bänken einer Reichstagsfraktion, sei es auf dem Heiligen Stuhle zu Rom; dieselbe deutsche Mannestreu, mit welcher er im stürmischen Jahre 1848 vor den bedrohten Königsthron Friedrich Wilhelms IV. trat, bewahrte er seinem Könige und Kaiser Wilhelm I. in allen inneren und auswärtigen Kämpfen. In jedem Kampfe für König und Vaterland, für Kaiser und Reich setzt er seine volle und ganze Kraft ein. Seine Aufgaben sind immer größere

geworden, und er ist mit ihnen gewachsen; er hat seiner Zeit als Meister zurückgegeben, was er lernend von ihr empfangen.

Auf dem einträchtigen Zusammengehen von Reichsregierung und Volksvertretung beruhten die Wohlfahrt und der Friede des neuen Reiches. Es galt im Innern, durch eine freisinnige Reichsgesetzgebung das Gute und Ersprießliche aus den Einrichtungen der Einzelstaaten zum Gemeingute aller Deutschen zu machen, durch die gemeinsame politische Arbeit die fremden und widerstrebenden Elemente mehr und mehr den nationalen zu nähern und mit ihnen zu verschmelzen, die Volksbildung zu heben, den Verkehr zu erleichtern, das wirtschaftliche und gewerbliche Leben zu fördern. Es galt nach außen, gestützt auf die geeinte Wehrkraft des ganzen Volkes, die Macht des Reiches zu erhalten und den Frieden der Welt zu schützen.

Am 21. März 1871 wurde im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin der erste deutsche Reichstag durch den Kaiser in Person eröffnet. Die bedeutendsten Stellen der Thronrede lauteten: „Der Geist, welcher im deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gefittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtung, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jedem Mißbrauche seiner durch die Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigne Selbstständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller andern Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eignen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Ertheil zu bewahren . . . Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein; möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu bewähren. Das waltete Gott!“

Schon die Zusammensetzung des ersten Deutschen Reichstages ließ den Geist erkennen, in welchem die Regierung auf seine Mitwirkung rechnen konnte. Hier, wo es die Gesamtinteressen der großen deutschen Nation zu fördern galt, war nicht der Platz für eine politische Parteigliederung im früheren Sinne und für den Streit um Doktrinen. Die Ultrakonservativen, obgleich an Zahl noch nicht erheblich geschwächt, traten doch an Einfluß immer mehr zurück hinter ihren früheren Parteigenossen, den Freikonservativen oder der deutschen Reichspartei, aus deren Mitte der Reichsregierung nicht allein kräftige Unterstützung, sondern auch Zuwachs an

hervorragenden Verwaltungstalenten zu teil wurde. Auch die Partikularisten fanden nach der vollendeten und unwiderruflich gewordenen Thatsache, der Einigung Gesamtdeutschlands unter Preußens Führung, als geschlossene Partei im Reichstage kein Wirkungsfeld mehr; sie gaben mit wenigen Ausnahmen ihren bloß verneinenden Standpunkt auf und suchten, im Anschluß an andre Parteien, die Interessen ihrer Länder mit dem deutschen Gesamtinteresse in Einklang zu bringen. Die verschiedenen, in ihren Schattierungen nur wenig voneinander abweichenden liberalen Fraktionen, die auf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes vertreten waren, gingen hier größtenteils in den beiden großen, der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei, auf. Die Nationalliberalen machten sich, nachdem sie in den deutschen Angelegenheiten ihre Ziele — wenn auch auf andern Wegen, als sie empfohlen hatten — so glorreich erreicht sahen, die Unterstützung der auswärtigen Politik des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zur Aufgabe, behielten sich jedoch in der inneren Politik ihre eignen Wege, zum Teil im Anschluß an die Fortschrittspartei vor. Einige frühere Mitglieder derselben, insbesondere von den preussischen Altliberalen und von der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung, bildeten in Gemeinschaft mit freisinnigen Abgeordneten aus Süddeutschland — darunter mehrere von bedeutendem staatsmännischen Rufe, wie Fürst Hohenlohe und Freiherr von Roggenbach, — die sogenannte liberale Reichspartei. Bei der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung überlebte jedoch diese Partei, die in den meisten Fragen mit den Freikonservativen oder mit den Nationalliberalen stimmte, nur die erste Sitzungsperiode des Reichstages. Die beiden sächsischen Sozialdemokraten endlich, Bebel und Schrapz, hatten durch ihren Gesinnungsgenossen, den Frankfurter Sonnemann, im ersten Reichstage zwar eine Verstärkung, aber keine größere Bedeutung erlangt, erhielten jedoch bei den Neuwahlen zu den späteren Sitzungsperioden progressiven Zuwachs.

Die auffallendste Erscheinung in diesem Reichstage war die Bildung einer geschlossenen Partei, welche den Staat nur dem Interesse der römisch-katholischen Kirche dienstbar zu machen und das Oberhaupt des Reiches dem kirchlichen Oberhaupt zu Rom unterzuordnen trachtete. Solange diese — nach ihren Plätzen im Reichstage so genannte — Zentrumskraftion noch die Reichsregierung zu beeinflussen hoffte, trat sie vorsichtig und zurückhaltend auf. Als sie aber mehr und mehr erkannte, daß das Vertrauen des Kaisers in den Reichskanzler nicht zu erschüttern war und daß der letztere ihren Bestrebungen einen nicht zu durchbrechenden Damm entgegenbaute, richtete sich ihr ganzer Haß und ihre Agitation gegen diesen. Sie sah in dem Reiche, wie es sich unter Bismarcks Staatsleitung auf nationaler Grundlage immer mächtiger aufbaute, ein Haupthindernis für das Gelingen ihrer Pläne, welche



Eröffnung des Reichstages.

darauf hinausliefen, der katholischen Kirche die Herrschaft über den Staat zu verschaffen und die Regierung und Gesetzgebung der Staaten mit ihrem Geiste zu durchdringen. Kühnrig und geschickt im Gebrauche aller Waffen des parlamentarischen Kampfes, zum Angriff wie zur Verteidigung, wußten die allezeit schlagfertigen Vorkämpen der streitbaren Kirche in der Centrumsfraktion des Reichstages Waffen und Fectweise je nach Umständen zu wechseln; sie trieben jede Politik, welche ihnen für die ktrchlichen Zwecke augenblicklich die beste deuchte, nur keine deutsche; sie waren bald liberal bald konservativ und suchten ihre Bundesgenossen ebensowohl auf der äußersten Rechten als auf der äußersten Linken, je nachdem sie von der Verbindung eine mehr oder weniger kräftige Förderung ihrer Pläne erwarten konnten. Die Opposition dieser Fraktion des Reichstages gegen die Reichsregierung war um so bedenklicher, als es sich hier nicht um eine häusliche Fehde mit dem Kanzler handelte. Die Fraktion hatte ihren Schwerpunkt nicht im Vaterlande, sondern in Rom. Von Rom erhielt sie die Losung, von Rom Aufmunterung und Lob. Von Rom aber spannen sich auch mit Hilfe der Jesuiten die Fäden weiter zu den offenen und heimlichen Feinden des Reichs im Auslande. Im deutschen Reichstage plagten die Geister aufeinander, der Kampf selbst aber berührte alle Völker und Staaten.

Die Arbeiten des ersten Reichstages schlossen sich teils in unmittelbarer Folge an die großen Ereignisse des Krieges an, teils bildeten sie die Einleitung zu einer neuen, friedlichen und freisinnigen Gesetzgebungsperiode und ebneten die Bahn für die folgenden Reichstage. Mit Genugthuung begrüßte der Reichstag in einer seiner ersten Sitzungen eine Vorlage, der zufolge auf Antrag der bayrischen Regierung eine Reihe der tiefeingreifendsten Gesetze des Norddeutschen Bundes auf Bayern ausgedehnt werden sollten. Bayern verzichtete damit freiwillig — wenigstens zum großen Teile — auf die Ausnahmestellung im Reiche, die es sich im Vertrage von Versailles vorbehalten hatte. Die Revision der Reichsverfassung stieß demnächst auf keine Schwierigkeiten. Die Parteien ließen zur Zeit ihre Bedenken schweigen und standen davon ab, ihre Lieblingswünsche in Form von Anträgen zu kleiden, um nicht an den erst vor kurzem geschlossenen Verträgen zu rütteln. Nur die Centrumsfraktion versuchte zuweilen, durch einen überraschend hineingeworfenen Antrag die Thätigkeit des Reichstages in fremde Bahnen abzulenken.

Eine wichtige Vorlage betraf die Ordnung des Verhältnisses, in welches die neuerworbenen Lande Elsaß und Deutsch-Lothringen zu Deutschland treten sollten. Im Bundesrate war bei diesem Gesetzentwurfe allein in Frage gekommen, ob Elsaß-Lothringen zu Preußen gelegt oder unmittelbares Reichsland werden solle. Fürst Bismarck hatte sich von Anfang an für die letztere

Alternative entschieden, einerseits, um dynastische Fragen nicht ohne Not in die politischen zu mischen, andererseits aber auch, weil er dafür hielt, daß die Elsasser sich leichter in den Namen der Deutschen als in den der Preußen finden würden. Die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Deutschland beleuchtete der Kanzler vor dem Reichstage (2. Mai) als eine Maßregel der Notwendigkeit für die nationale Sicherheit und für die Einigung des Südens mit dem Norden Deutschlands. „Jedermann“, sagte er, „erinnert sich, daß unter unsern Vätern seit 300 Jahren wohl schwerlich eine Generation gewesen, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und daß, wenn bei früheren Gelegenheiten versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen nicht die unsrigen waren. Jedermann war also entschlossen, dahin zu wirken, daß unsern Kindern eine gesicherte Zukunft hinterlassen werde. Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisieren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän, dem hochseligen König Wilhelm von Württemberg, geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im Orientalischen Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen. Er sagte mir: „Ich gebe zu, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen; aber wir dürfen uns mit den Westmächten nicht überwerfen. Solange Straßburg ein Ausfallsthor ist für eine stets bewaffnete Macht, wird mein Land überschwemmt von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in Ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden von Kontributionen erdrückt werden, um auf eine Änderung meines Entschlusses zu wirken. Solange Straßburg nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben.“ Ich glaube, dieser Fall sagt alles. Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unsern süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet der naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzugs von seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung der Versuchung zu erliegen jeder-

zeit bereit war, das haben wir Jahrhunderte hindurch beobachtet . . . . Es blieb daher nichts übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen.“

Der Gesetzentwurf der Regierung, wie er in etwas veränderter Fassung im Reichstage zur Annahme gelangte, setzte den 1. Januar 1874 als den Zeitpunkt für die Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen fest. In der Zwischenzeit sollten die Regierung und Gesetzgebung durch den Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats ausgeübt werden.

Die letzten Vorlagen für den Reichstag betrafen die Verwendung eines Teiles der französischen Kriegsschädigungsgelder zur Unterstützung aller, die durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar gelitten hatten, sowie zur Verleihung von Dotationen an diejenigen Heerführer und Staatsmänner, welche sich während des Krieges besondere Verdienste um das Vaterland erworben hatten. Wie es dem Kaiser Wilhelm Herzensbedürfnis war, auf diese Weise einen Akt der Dankbarkeit gegen die verdientesten Männer des Staates zu begehen, so glaubte auch der Reichstag, mit Gewährung dieser Nationalbelohnung eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Die Vorlage der Regierung wurde nicht allein angenommen, sondern auch in mancher Beziehung erweitert. Fürst Bismarck befand sich dieses Mal nicht unter den zu Dotierenden; ihm hatte der Kaiser eine besondere Anerkennung zugebracht, indem er ihm seine Domänen im Herzogtum Lauenburg als erblichen Grundbesitz verlieh.

Während die Verhandlungen über Elsaß-Lothringen im Reichstage noch schwebten, fand zu Frankfurt a. M. die Zusammenkunft Bismarcks mit Jules Favre statt, aus welcher der definitive Friede hervorging. Seit dem Abschluß der Friedenspräliminarien von Versailles hatte sich die Lage in Frankreich völlig geändert. Angesichts des Aufstandes der Pariser Commune hatte sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, ihre Truppen in voller Kriegsstärke in den Departements zu belassen, deren Räumung in den Präliminarien vorgesehen war. Andererseits hatten — im Widerspruch mit den Friedensbedingungen, welche festsetzten, daß die französische Armee sich hinter die Loire zurückziehen und nur 40000 Mann als Besatzung von Paris zurücklassen sollte — bedeutende Truppenansammlungen bei Paris zur Bekämpfung des Aufstandes stattgefunden. Wenn die deutsche Regierung letzteres geduldet hatte, so war es in der Hoffnung geschehen, daß der Aufstand in kurzer Zeit unterdrückt werden würde. Die Lage wurde jedoch bedenklicher, je mehr sich der Krieg mit der Commune in die Länge zog. Da in Frankreich der regelmäßige Gang der Politik oft durch unvorhergesehene Ereignisse unterbrochen wird, so lag die Möglichkeit nicht fern, daß durch irgend eine Kombination eine neue Regierung ans Ruder kam,

ihren Frieden mit der Commune machte und, gestützt auf die vereinigte Truppenmacht, die Spitze wieder gegen Deutschland kehrte. Dazu kam, daß die Verhandlungen über den definitiven Frieden in Brüssel mehr und mehr ins Stocken gerieten. Es schien, als ob die französischen Unterhändler den Abschluß absichtlich verzögerten, sei es, weil sie andern Mächten Zeit zu einer diplomatischen Aktion schaffen wollten, sei es, weil sie nach Besiegung der Commune günstigere Bedingungen zu erlangen hofften. Auch mochte Fürst Bismarck bei dem Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, Grafen Arnim, den gehörigen Nachdruck auf den Fortgang der Verhandlungen vermiffen. Bismarck forderte von Frankreich verstärkte Bürgschaften für die Durchführung der Friedenspräliminarien, und als Jules Favre darauf um eine persönliche Unterredung bat, um die Schwierigkeiten möglichst zu beseitigen, ging der Kanzler bereitwillig darauf ein und nahm die Zusammenkunft für den 6. Mai in Frankfurt a. M. an.

In Begleitung des Reichskanzlers befanden sich die Legationsräte Graf Hagfeld und Lothar Bucher; auch Graf Arnim traf von Brüssel zur Teilnahme an den Verhandlungen ein. Mit Jules Favre kam der französische Finanzminister Pouyer-Quertier. Die deutschen Bevollmächtigten nahmen ihre Wohnung im Gasthose Zum Schwan, die französischen im Hotel de Russie.

Am 6. Mai mittags machte Jules Favre mit seinem Begleiter dem deutschen Reichskanzler, der erst während der Nacht angekommen war, seinen ersten Besuch. Dieser eröffnete ihm, daß er vom Kaiser beauftragt sei, neue Bürgschaften für die Ausführung der Friedenspräliminarien zu fordern und im Falle der Weigerung auf strenger Ausführung des Vertrags zu bestehen, wonach die französische Armee, mit Ausnahme von 40 000 Mann, sich hinter die Loire zurückziehen habe; in letzterem Falle würden die deutschen Truppen Paris besetzen, sei es infolge eines Abkommens mit der Commune, sei es nach gewaltsamer Einnahme, und die deutsche Regierung werde dann den Ort bestimmen, wo die Verhandlungen über den definitiven Frieden wieder aufzunehmen seien.

Jules Favre verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß der Abschluß durch die Schuld und den bösen Willen seiner Regierung verzögert worden sei, und erklärte sich bereit, sofort in Verhandlungen über den definitiven Frieden einzutreten.

„Gut!“ versetzte der Kanzler; „aber der politische Kredit Ihrer Regierung hat durch die gegenwärtige Krisis stark gelitten und unser Vertrauen geschwächt. Wir verlangen daher ein wirksameres Pfand, als in den Präliminarien enthalten ist. Wir können uns an die darin festgesetzten Fristen zur Räumung des französischen Gebietes nicht mehr binden, sondern wir behalten uns vor, nach unserm Urtheil den Zeitpunkt zu bestimmen, wann die Verhältnisse in Frankreich uns eine ausreichende Sicherheit bieten werden, um ohne Nachtheil unsre Truppen zurückziehen zu können. Wir verlangen ferner, daß unsern Truppen die Wachen

an den Thoren von Paris übergeben werden und die Berechtigung zugestanden wird, ihre Patrouillen in die bisher neutrale Zone zwischen ihren Linien und der Stadtumwallung vorzuschicken."

Jules Favre zeigte sich nicht abgeneigt, diese Forderungen zuzugestehen, und erreichte dadurch von Bismarck, daß auch dieser sich bereit erklärte, sogleich die Verhandlungen über den definitiven Frieden aufzunehmen. „Ich kann Ihnen jedoch nicht verschweigen“, setzte letzterer hinzu, „daß ich zugleich Träger eines Ultimatus bin. Ich habe den Befehl, es Ihnen zu übergeben. Dank der Offenheit Ihrer Erklärungen erachte ich es jetzt für überflüssig, indessen kann ich mich der Verpflichtung nicht entziehen, Ihnen dasselbe mitzuteilen.“

Dieses Ultimatum verfehlte seine Wirkung nicht, und da Jules Favre die unbeugsame Festigkeit Bismarcks kannte und einen ernsthaften Widerspruch gegen seine Forderungen nicht wagte, andererseits auch Fürst Bismarck den französischen Unterhändlern innerhalb gewisser Grenzen alle möglichen Erleichterungen gewährte, so nahmen die Verhandlungen über den definitiven Frieden einen schnelleren Fortgang, als man gedacht.

Bei der Erörterung desjenigen Artikels der Präliminarien, nach welchem die Stadt und Festung Belfort mit einem näher zu begrenzenden Rayon bei Frankreich verbleiben sollte, beantragten die französischen Bevollmächtigten eine Erweiterung dieses Rayons über einige Grenzgemeinden des Elsaß mit überwiegend französischer Bevölkerung. Bismarck erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die französische Regierung dafür einige Dörfer bei Diedenhofen an Deutschland abträte. Die Frage wurde französischerseits der Entscheidung der Nationalversammlung anheimgegeben, welche später ihre Zustimmung zu dem Gebietstausch gab. Dem Anscheine nach war Frankreich dabei begünstigt, da die zurückgegebenen Distrikte bei Belfort an Flächenraum und Seelenzahl größer waren als die dafür eingetauschten bei Diedenhofen. Jules Favre bezeichnet als Gründe, welche Bismarck bewogen, seine Einwilligung zu dieser Grenzberichtigung zu geben, an erster Stelle den Wunsch desselben, die reichen Erzlager dieser Gegenden für Deutschland zu erwerben, sodann den Vorteil, daß die französische Grenze gegen Luxemburg dadurch um ein Drittel ihrer Ausdehnung verringert wurde. Mehr als letzterer Umstand mochte für Bismarcks Entscheidung in die Wagtschale fallen, daß die eingetauschten Bezirke größtenteils von einer deutsch redenden Bevölkerung bewohnt waren. Auch führte er bei den Unterredungen mit Favre als Grund den Wunsch des Kaisers an, einen Landstrich zu besitzen, welcher der Schauplatz mancher erbitterten Gefechte gewesen und wo die Gräber vieler tapferer deutschen Offiziere und Soldaten lagen.

Für die Bezahlung der Kriegsschuld wurden bestimmte Termine fest-

gesetzt, mit deren Einhaltung zugleich die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete allmählich erfolgen sollte. Andre Bestimmungen betrafen die Auslieferung der Gefangenen, die Ordnung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die Übernahme der Eisenbahnen in Elsaß und Deutsch-Lothringen durch die deutsche Regierung.

Bereits am 10. Mai wurde der definitive Friede unterzeichnet; alle Häuser in Frankfurt prangten im Flaggen Schmuck, und bei dem vom Oberbürgermeister Mumm für denselben Abend veranstalteten Festbankett toastete Fürst Bismarck auf das Wohl der Stadt, welche dem Frieden ihren Namen gegeben hatte.

Unter den glänzendsten Ausichten für die Zukunft hatte das neue Reich seine Aufgaben angetreten. In den Beziehungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, der Reichsregierung und dem Reichstage waltete überall der Geist der Eintracht und des gegenseitigen Entgegenkommens. Durch den schnellen Abschluß des Frankfurter Friedens waren nun auch die letzten Kriegswolken zerstreut worden, und die Hauptstadt des Reiches schickte sich an, die aus Frankreich heimkehrenden Krieger festlich zu empfangen.

Am Tage nach dem Schlusse der Reichstagsitzungen (16. Juni) fand der feierliche Einzug statt, glänzender, großartiger, als Berlin jemals seinesgleichen erlebt hat. Die Front des königlichen Akademiegebäudes zeigte neben den Bildnissen der deutschen Heerführer auch dasjenige des Fürsten Bismarck, welches von Adolf Menzel gemalt und von wunderbarer Ähnlichkeit und Wirkung war. Darunter las man die Inschrift:

„Eisengeschmiedet erwuchs, mit Blut gekittet, die Einheit,  
Trotzend den Stürmen der Zeit. Meister, Du lösest Dein Wort!“

Unmittelbar dem Kaiser voraus ritten beim Einzuge wieder die Drei, seine treuen Begleiter in Krieg und Frieden, mit dem Kriegsminister Grafen Roon und dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck, unter den rauschenden Flaggen, den wehenden Schleiern, dem unermesslichen Jubel des Volkes die breite Siegesstraße „Unter den Linden“ hinauf, an dem bekränzten Standbilde des großen Friedrich und den ehernen Helden der Befreiungskriege vorüber bis nach dem Lustgarten, wo die Einzugsfeier mit der Enthüllung des Denkmals König Friedrich Wilhelms III. ihren Abschluß fand. Am Abend strahlte die Stadt im Lichtglanz. Jedes Haus war erleuchtet vom Schlosse des Kaisers bis zu dem Dachstübchen jenes Berliner Poeten, der seine reichstreue Gesinnung in den Versen leuchten ließ:

„Lichter, welche heut' nicht brennen,  
Der kann sich kein Deutsche nennen!“

Von dem Hotel des Auswärtigen Ministeriums wehte eine mächtige weiße Fahne mit der Inschrift:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen und Gefahr!“

Unter den vielen, die hier vorüberströmten und ihre Grüße zu den erleuchteten Fenstern hinauffschallen ließen, ahnte wohl keiner, daß an demselben Tage der Telegraphendraht aus diesem Hotel eine kleine Warnungsnote an das auswärtige Amt nach Paris trug, deren Inhalt nach Jules Favre wie folgt lautete:

„Aus den Berichten unsrer Generale erfahre ich, daß Ihre Truppen das Terrain besetzen, welches für die unsrigen vorbehalten ist, in der Zone von Vilas, Raincy und Romainville. Ich habe die Ehre, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß, wenn sie sich nicht unverzüglich hinter ihre Linien zurückziehen, unsre Truppen die Ihrigen heute um Mitternacht angreifen werden.“

Daß diese Note ihren Zweck vollständig erreichte, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die große Anzahl von Gesetzen zu besprechen, welche in den folgenden Sitzungsperioden des Reichstags bis zum Jahre 1878 aus dem Zusammenwirken desselben mit der Reichsregierung hervorgingen und dazu beitrugen, das Deutsche Reich immer einiger und fester in sich auszubauen und das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit zu stärken. Es gehören dahin das Gesetz über die Münzreform, über die Errichtung der Reichsbank, die Einsetzung des Reichsisenbahnamtes, die Ergänzungen zum Strafgesetzbuche und endlich die — seit dem 1. Oktober 1879 in Kraft getretenen Justizgesetze, letztere vielleicht die wichtigsten in dieser Reihe, weil sie eine der Lebensbedingungen unsrer Nation, ihre Rechtseinheit, zu fördern bestimmt sind und dadurch „der politischen Einheit Deutschlands einen inneren Halt geben, wie ihn keine frühere Periode unsrer Geschichte aufweist.“ \*)

Die Thätigkeit des Fürsten Bismarck war indessen nicht allein der Entwicklung der neuen Reichseinrichtungen zugewandt, sondern er hatte als preußischer Ministerpräsident auch dafür zu sorgen, daß der größte und mächtigste Staat des Reiches, Preußen, in seinen inneren Einrichtungen den Bundesgenossen als Musterstaat vorleuchtete. Mit dem bloßen Verharren auf konservativen Prinzipien konnte Preußen seine neuen Aufgaben in Deutschland nicht lösen; es kam vielmehr für Preußen darauf an, durch eine freisinnige Gesetzgebung seine schöpferische, staatsbildende Kraft zu bewähren. Das Ministerium hatte mit der Zeit eine vollständige Umgestaltung erfahren. Nur wenige von den Ministern, in deren Gemeinschaft Bismarck seine Amtsthätigkeit begonnen hatte, sollten in derselben Stellung die neue Wandlung der

\*) Worte aus der Thronrede Kaiser Wilhelms beim Schlusse des Reichstags am 22. Dezember 1876.

Dinge durchleben, und unter diesen entwickelte gerade derjenige, welcher bisher als der konservativste gegolten hatte, der Minister des Innern, Graf Eulenburg, eine unerwartete Energie bei der Durchführung liberaler Gesetze.

Se freiere Gesichtspunkte Bismarck in der Staatsleitung befolgte und je mehr er sich bemühte, die Reste des Feudalismus aus der preußischen Kreis- und Gemeindeordnung zu entfernen, desto offener trat ihm der Groll seiner früheren Verbündeten, der Altkonservativen im preußischen Landtage, insbesondere im Herrenhause, entgegen. Die Führer dieser Partei — von Kleist-Regow, von Gerlach u. a. — beschuldigten ihn des Abfalls von den konservativen Grundsätzen. Es machte sich eine ähnliche Strömung geltend, wie diejenige, welche nach den Befreiungskriegen die freie Entwicklung des preußischen Staatswesens, wie sie durch Stein, Hardenberg und Humboldt angebahnt worden, zum Stillstand brachte. Fürst Bismarck war jedoch nicht der Mann, sich durch solchen Widerspruch von der Verfolgung seiner Ziele zurückhalten zu lassen.

Eine der wichtigsten Stellen unter den neuen preußischen Gesetzen nahm die neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen des Staates ein, durch welche das Prinzip der Selbstverwaltung, wie es durch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung für die Städte bereits eingeführt worden, auch auf die Landgemeinden in Anwendung gebracht werden sollte. Bismarck überließ es dem Grafen Eulenburg, dieses Gesetz vor dem Landtage zu vertreten, und weilte während der Beratungen darüber größtenteils in Varzin. Man wollte aus dieser Zurückhaltung schließen, daß er im Prinzip gegen die neue Kreisordnung wäre und ein Scheitern dieses Gesetzes nicht ungern gesehen hätte. Es war dies indessen einer von denjenigen Fällen, in welchen Bismarck seine persönlichen Neigungen den höheren Zwecken des Staates unterordnete. Fest entschlossen, die neue Kreisordnung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen, empfahl er, als dieselbe an dem Widerspruche des Herrenhauses zu scheitern drohte, selber dem Könige die nicht ganz unbedenkliche Maßregel des „Pairsschubs“, um dem neuen Gesetze eine Mehrheit im Herrenhause zu gewinnen. Gegen die Bedenken der Konservativen, welche aus der Annahme der Kreisordnung eine tiefe Erschütterung der sozialen Zustände vorher sagten, sprach sich Graf Eulenburg (9. Dezember 1872) in einer treffenden Rede aus, welche mit den bedeutungsvollen Worten schloß: „Der große Baum, zu dem Preußen erwachsen ist, sproßt aus liberalen, aus freisinnigen Wurzeln; Gott hat ihn wachsen lassen, Gott wird auch über diese reife Frucht seine schützende Hand halten!“ —

Neben den großen politischen Aufgaben, welche nach dem deutsch-französischen Kriege an die deutsche Nation herantraten, war es noch ein

Kampf eignen Art, dessen Durchführung dem neuen Reiche unter Preußens Führung oblag. Wir haben diesen sogenannten „Kulturkampf“ bisher nur in flüchtigen Andeutungen gestreift und wollen ihn hier, insofern er in der politischen Wirksamkeit des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bismarck eine bedeutende Stelle einnimmt, nach seinen Hauptstadien im Zusammenhange an uns vorübergehen lassen.

Schon durch das päpstliche Rundschreiben, die Enchiklika vom 8. Dezember 1864, war die weite Kluft offenbar geworden, welche die moderne Weltanschauung von den Lehren der römisch-katholischen Kirche trennt. Ein derselben beigegebener Syllabus erklärte in 84 Thesen eine Reihe der wesentlichsten Grundsätze, auf denen der Staat und die Gesellschaft der Gegenwart beruhen, für kezerische Irrlehren. Der von Jesuiten geleitete Papst hoffte gegenüber den fortschreitenden Ideen der Zeit auf den Beistand der katholischen Mächte zur Erhaltung seiner weltlichen und zur Wiedererhebung der kirchlichen Macht. Durch die Niederlage Oesterreichs und die gleichzeitig mit derselben erfolgende Erhebung des protestantischen Preußen und des revolutionären Königreichs Italien sah er seine Hoffnungen zum Teil getäuscht, seine Pläne gekreuzt. Es entsprach der damals im Vatikan herrschenden Stimmung, wenn dem päpstlichen Nuntius in München, Meglia, gelegentlich von Verhandlungen mit dem württembergischen Geschäftsträger über gewisse Einrichtungen in diesem Staate das Wort entchlüpfte, die katholische Kirche käme zu ihrem Rechte nur in Amerika, in England und etwa in Belgien; sie könne sich auf Vergleiche nicht mehr einlassen, sondern es könne ihr nur noch die Revolution helfen.

Auf das lebhafteste wurde seit dieser Zeit vom Papste und seinen jesuitischen Ratgebern der Plan betrieben, durch ein allgemeines Kirchenkonzil, d. h. eine Versammlung der kirchlichen Würdenträger aller Nationen, die Macht des Papsttums und der Kirche von neuem befestigen zu lassen. Ein Konzil ward ehemals berufen, wenn es Spaltungen innerhalb der Kirche zu heilen, Streitfragen über kirchliche Lehrsätze zu entscheiden oder kezerische Irrlehren zu verdammen galt. Von alledem war jetzt nicht die Rede, wenn man nicht den fortschreitenden Zeitgeist überhaupt als Kezerei ansah. Seit länger als drei Jahrhunderten hatte kein Konzil getagt. In den meisten Kulturstaaten genossen die verschiedenen Konfessionen volle Gleichberechtigung und wohnten in Frieden nebeneinander. Man hörte in der Welt wohl von politischen und sozialen, aber nirgends von religiösen Kämpfen. Als die Absicht des Papstes bekannt wurde, wirkte sie daher Staunen und erregte die Vermutung, daß es sich bei diesem Konzile noch um etwas andres handeln würde, als allein um eine Beratung der Kirchenväter darüber, wie die Kirche nach den Gesetzen Gottes zu regieren sei. Die Berufung des Konzils durch die

päpstliche Bulle „Aeterni patris“ (29. Juni 1868) erfolgte um dieselbe Zeit, als man am Hofe der Tuilerien noch eine Liga der katholischen Mächte plante. Am 8. Dezember 1869 sollte zu Rom die Eröffnung stattfinden.

Als Aufgabe des Konzils wurde eine Beratung über die Hauptsätze des Syllabus bezeichnet; sein wirklicher Zweck war indessen, die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes zu einem Glaubenssatz der katholischen Kirche zu erheben. Durch diesen Lehrsatz wurde dem kirchlichen Oberhaupte eine unumschränkte Macht zugesprochen, und da die katholische Kirche in ihrem Sinne die Weltkirche bedeutet, welcher jeder angehört, der durch die Taufe in die christliche Gemeinschaft aufgenommen ist, so erstreckt sich in diesem Sinne die Macht des Papstes über alle Gläubigen der katholischen Christenheit. Nach dem Dogma der Unfehlbarkeit ist der Papst in Glaubenssachen keinem Irrtum unterworfen. Was der Papst glaubt, lehrt oder zu glauben befiehlt, ist also Glaubensvorschrift für jedermann, der die Taufe empfangen hat und auf die Seligkeit hofft. Wer sich mit seinem Gewissen im Widerspruch mit den Aussprüchen des unfehlbaren Papstes befindet, der ist ein Ketzer und verdammt.

Der Staat als eine menschliche Einrichtung erhält nach der Auffassung der römisch-katholischen Kirche nur dadurch Bedeutung, daß er ihren Zwecken dient und ihr seinen weltlichen Arm leiht. Er ist daher der Kirche untergeordnet. Wenn die Gesetze des Staates zu den Geboten des unfehlbaren Kirchenhauptes in Widerspruch treten, so ist jenen der Gehorsam zu versagen. „Ihr sollt Gott mehr gehorchen, als den Menschen“, sagt die heilige Schrift; was aber Gottes Wille ist, das sagt der unfehlbare Papst.

Das Staatsgefährliche dieser Lehren, für deren Verbreitung die frommen Wanderprediger und Sendlinge Roms, die Jesuiten, schon lange vor dem Zusammentritt des Konzils in allen Ländern wirkten, ist einleuchtend. An die Regierungen trat nunmehr die Frage heran, ob und wie weit sie es für zweckmäßig erachteten, solchen Beschlüssen durch gemeinschaftliche Vorstellungen bei der Kurie vorzubeugen. Es wurde bereits früher erwähnt, daß Graf Bismarck als Kanzler des Norddeutschen Bundes auf eine Anregung des bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe in dieser Richtung ablehnend antwortete (9. April 1869). Er betrachtete das Konzil als eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche und hielt es von dem Standpunkte der Regierungen, insbesondere von demjenigen einer protestantischen Regierung, für geraten, gegen die Beschlüsse des Konzils erst dann Maßregeln zu treffen, wenn dieselben aus dem Gebiete der theoretischen Erörterung heraustreten und ihre Wirkungen auf politischem Gebiete äußern würden. Auch den Vorschlag des norddeutschen Bundesgesandten, sich durch Absendung von Regierungsbevollmächtigten an dem Konzil zu beteiligen, wies

Bismarck zurück, weil dieselben des von der Würde der Regierung geforderten Einflusses entbehren würden. „Die Hauptsache“, schrieb Graf Bismarck an den norddeutschen Gesandten in Rom (in einer Depesche vom 26. Mai 1869), „bleibt immer, daß die ganze Teilnahme der Staatsgewalten an einem Konzil auf einem ganz fremden, für uns nicht mehr vorhandenen Boden, auf einem der Vergangenheit angehörigen Verhältnis des Staates zur Kirche beruht und nur so lange einen Sinn hatte, als der Staat der katholischen Kirche, als der Kirche, der einzigen, allumfassenden Kirche, gegenüberstand . . . Für Preußen gibt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jeden Übergriffs auf das staatliche Gebiet.“

Unterdessen hatten die Ansprüche der römischen Kurie auch innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland die altkatholische Gegenbewegung hervorgerufen. Die deutschen Bischöfe trugen Bedenken, sich ohne weiteres dem Willen des Papstes zu unterwerfen und ihm ihre Rechte zu opfern. Von ihrer Haltung auf dem Konzil hoffte Bismarck eine günstige Wirkung auf die Beschlüsse ausgehen zu sehen, und war bereit, ihnen in diesem Falle den kräftigen Schutz des Staates angedeihen zu lassen.

Am 8. Dezember 1869 fand mit mittelalterlichem Pomp, unter Glockengeläute und Kanonendonner, die feierliche Eröffnung des Konzils in der St. Peterskirche zu Rom statt. Da die Mehrzahl der versammelten Väter schon vorher für das Unfehlbarkeitsdogma gewonnen war und es nur noch darauf ankam, die auf den früheren Konzilien für erforderlich erachtete Stimmeneinheit durch eine möglichst geschlossene Stimmenmehrheit zu ersetzen, so war der Tätigkeit der Jesuiten freier Spielraum gegeben, und ihrem Einfluß gelang es, allmählich mehr Seelen in das Lager der „Unfehlbaren“ hinüberzuführen.

Vergebens ließ Graf Bismarck durch den norddeutschen Gesandten in Rom seine abmahrende Stimme vernehmen. Er ließ die deutschen Bischöfe darauf hinweisen, daß tief eingreifende Änderungen im Organismus der Kirche, wie sie durch die absolutistischen Tendenzen der Kirchenpartei angestrebt würden, nicht ohne Einfluß auf die Beziehungen der Kirche zum Staate und damit auf ihre eigne Stellung der Regierung gegenüber sein würden. „Werden diese alteriert“, schrieb er dem Norddeutschen Gesandten (in der Depesche vom 9. Januar 1870), „so werden auch die Pflichten der Regierung andre, nicht nur in moralischer, sondern auch in juristischer Hinsicht, und letztere muß sich fragen, ob die veränderte Stellung der Bischöfe, welche ihr gegenüber die nächsten Vertreter und Organe der Kirche sind, nicht eine veränderte Behandlung in legislatorischer und administrativer Hinsicht erforderlich mache.“

Den Vorschlag des Gesandten zu einer ständigen Konferenz der Vertreter der Regierungen in Rom, einer Art Antikonzil, lehnte Bismarck aus gleichen Gründen ab, wie früher denjenigen zur Vertretung der Regierungen auf dem Konzil. „Ich habe Em. Erzellenz“, schreibt er in der erwähnten Depesche, „schon früher bemerkt gemacht, daß wir vom Standpunkte der Regierungen aus keinerlei Befürchtungen Raum geben, weil wir die Gewißheit haben, auf dem Felde der Gesetzgebung, unterstützt von der Macht der öffentlichen Meinung und dem ausgebildeten staatlichen Bewußtsein der Nation, die Mittel zu finden, um jede Krisis zu überwinden und die gegnerischen Ansprüche auf das Maß zurückzuführen, welches sich mit unserm Staatsleben verträgt . . . Wir, d. h. die Regierungen des Norddeutschen Bundes, sind nicht berufen, einen Kampf gegen das Konzil und die Kurie zu beginnen, solange die Fragen formell innerhalb des kirchlichen Gebietes diskutiert werden . . . Für uns ist die katholische Kirche Deutschlands in ihrem Episkopat vertreten, und wir sind bereit, das letztere kräftig zu schützen, sobald und soweit es diesen Schutz verlangt. Aber die eigentliche Aktion auf dem kirchlichen Gebiete müssen wir ihm selbst überlassen; unsre Aktion kann erst dann eintreten, wenn Folgen auf dem äußerlichen Gebiete in Aussicht stehen.“

Endlich sprach Graf Bismarck auch in einer vertraulichen Note, die er durch den Norddeutschen Gesandten dem Kardinal Antonelli überreichen ließ (23. April), letzterem die Befürchtung aus, „daß die neuen Prinzipien, welche man in Rom zu verkündigen drohe, Verwirrung in die Gesamtheit der Beziehungen der Kirche mit dem Staate werfen und Krisen herbeiführen würden, von welchen die päpstliche Regierung trotz ihrer traditionellen Weisheit sich vielleicht keine Rechenschaft gäbe.“

Weiter zu gehen beabsichtigte Bismarck damals nicht. Ihm schien eine gewisse Zurückhaltung um so mehr geboten, da er voraussah, daß Deutschland in naher Zeit einem Kampfe entgegenging, für welchen es seiner vollen und geeinten Kräfte bedurfte.

Die Arbeiten des Konzils nahmen unterdessen ihren verhängnisvollen Fortgang. Nur wenige von den versammelten Kirchenvätern hatten den Mut, dem ausgeprochenen Willen des Papstes auf die Dauer ihr „Non placet“ entgegenzusetzen. Die Beschlußfassung selbst fiel endlich in eine Zeit, als die Augen der Welt bereits auf einen andern Schauplatz gerichtet waren. Am 13. Juli wurde das Unfehlbarkeitsdogma mit 450 gegen 88 Stimmen zum Beschluß erhoben (62 gaben ihre Zustimmung mit Vorbehalt, 81 enthielten sich der Abstimmung) und am 18. Juli, dem Tage vor Übergabe der formellen Kriegserklärung Frankreichs an Preußen, vor den versammelten Bischöfen in St. Peter öffentlich verkündigt.

Die Ereignisse des Krieges 1870/71, welcher von Frankreich in vollem Einverständnis mit der Politik der römischen Kurie begonnen wurde, übten ihre Rückwirkung auf das Konzil. Während des Sommers und des Krieges schmolz das Konzil auf eine geringe Anzahl von Teilnehmern zusammen und wurde endlich (durch die Bulle vom 20. Oktober) auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die römische Kurie hatte mit Bestimmtheit auf den Sieg der Franzosen gerechnet. Der ihren Erwartungen völlig entgegengesetzte Verlauf des Krieges verwirrte ihren ganzen Operationsplan. Von den beiden katholischen Großmächten, welche die Hauptstützen des Papsttums gewesen waren, hatte die eine, Oesterreich, bereits 1866 ihren Einfluß auf die Angelegenheiten der deutschen Nation an Preußen eingebüßt; die andre, Frankreich, ward 1871 niedergeworfen. Eine neue Demütigung erlitt der Papst durch den Verlust des Kirchenstaates, welchen die italienische Regierung bald nach dem Sturze des napoleonischen Kaiserreichs durch ihre Truppen besetzen ließ (20. September) und mit dem Königreich Italien vereinigte (9. Oktober). Aus der Feuerprobe des Krieges ging das geeinigte Deutsche Reich unter der Vormacht des protestantischen Preußens hervor.

Schon vor dem Abschluß des Friedens mit Frankreich wurde von ultramontaner Seite der Versuch gemacht, das unter Preußens Ägide sich erhebende Deutsche Reich für die Ziele der römischen Politik zu gewinnen. Während noch das Hauptquartier des Königs sich in Versailles befand, der Kanzler des Norddeutschen Bundes mit seinen Büreaus in der Villa der Madame Jeffé in der Rue de Provence unterbracht war, liefen dafelbst verschiedene Schreiben — von Bischof Ketteler aus Mainz u. a. — ein, welche zunächst nur den Zweck zu haben schienen, die Ansichten in maßgebenden Kreisen in bezug auf die Stellung des künftigen deutschen Reiches zur römischen Kurie zu erforschen. Dann erschien (8. November) in Versailles beim Fürsten Bismarck (zur Frühstückszeit) ein „ältlicher Herr, der ein seidenes Gewand und ein scharlachrotes Käppchen, sowie eine Schärpe von gleicher Farbe trug. Es war der Erzbischof Ledochowski aus Posen, und man wollte wissen, es handle sich um das Anerbieten des Papstes, bei der französischen Regierung für den Frieden zu intervenieren. Vermutlich hoffte man damit eine Intervention der deutschen Regierung zu gunsten des Papstes zu erkaufen.“

Später (17. Februar 1871) traf in Versailles eine Deputation von 56 katholischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses ein mit einer Adresse an den Kaiser, in welcher er gebeten wurde, mit der ganzen Macht des geeinigten Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes einzutreten: „Für das Papsttum gibt es keine andre Unabhängigkeit,

als die Souveränität“, so hieß es in der Adresse; „nur in ihr ist seine Würde vollkommen gesichert. Ein entthronter Papst ist immer ein gefangener oder verbannter Papst. Was keiner Macht gleichgültig sein kann, müßte folgen. Die Gewissensfreiheit der Katholiken, von der souveränen Freiheit des Papstes zuletzt getragen, wäre geknechtet mit der tödlichen Verletzung ihres Rechtes.... Möge es Allerhöchstdenselben gefallen, als eine der ersten Thaten kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit, den großen Akt der Wiederherstellung ihres Rechtes und ihrer Freiheit zu vollziehen. Möge der neue Friedensvertrag die notwendige Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles bringen, zu welcher auf dem Kongreß zu Wien Ew. Majestät hochseliger Vater König Friedrich Wilhelm III. glorreichen Andenkens so hervorragend mitgewirkt.“

Diese Adresse war zugleich das Ultimatum der Ultramontanen. Nachdem die Antwort, wie sich voraussehen ließ, ablehnend ausgefallen war, rüstete man sich im Lager der Ultramontanen auf der ganzen Linie zum Kampfe gegen das neugeborne Reich, in welchem man jetzt den „gebornen Gegner des heiligen Stuhles“ sah. Sie verlegten den Schauplatz des Kampfes in den nächsten deutschen Reichstag und bedienten sich der kirchlichen Frage, indem sie die Gründung des Deutschen Reichs unter der Vormacht des protestantischen Preußen als eine Bedrohung der katholischen Religion darstellten, als eines Agitationsmittels bei den Reichstagswahlen, um auf dem Reichstage eine möglichst starke und geschlossene Fraktion für die Ziele der katholischen Kirche und der römischen Kurie — d. i. die Alleinherrschaft der Kirche und die Erhebung der kirchlichen über die staatliche Gewalt — ins Feuer zu senden. Durch die Wahlreden und Wahlmanifeste der Ultramontanen zog sich als roter Faden die Losung: „Zurückeroberung Roms und Freiheit der Kirche!“

Die Bildung einer starken Fraktion innerhalb des Reichstages, welche die Richtschnur für ihr Verhalten nicht aus ihrem Interesse für die Wohlfahrt und das Gedeihen der deutschen Nation entnahm, sondern von „jenseit der Alpen“ angewiesen erhielt, war um so bedenklicher für das in der Entwicklung begriffene neue Reich, weil dieselbe mehr und mehr alle unzufriedenen und reichsfeindlichen Elemente; wie die Polen an der Ostgrenze, die annektierten Elsaßer an der Westgrenze, die Welfen in Hannover, an sich zog und unter ihrem äußerst gewandten und verschlagenen Führer, dem ehemaligen Minister des Königs Georg von Hannover, jetzigen Abgeordneten zum Reichstage und welfischen Agitator Windthorst, eine sehr straffe Organisation erhielt.

Bei der Adressdebatte im deutschen Reichstag (im März 1871) führten die Redner der Zentrumsfraktion eine Sprache, welche erkennen ließ, daß sie

zum offenen Kampfe gegen die Einrichtungen des Reichs entschlossen waren und daß sie in demselben auf einen mächtigen Rückhalt außerhalb des Hauses zu rechnen hatten. Es lag ein Adressentwurf vor, welcher von den Führern sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme der klerikalen oder der Zentrumsfraktion, unterstützt war und welcher die bedeutungsvollen Sätze enthielt: „Die schweren Drangsale, welche über die Not des Krieges hinaus Frankreich heute erduldet, bekräftigen die oft, doch niemals straflos verkannte Wahrheit, daß in dem Verbande der zivilisierten Völker selbst die mächtigste Nation nur in der weisen Beschränkung auf die volle Entfaltung ihres innersten Wesens vor schweren Verirrungen gesichert bleibt. Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Überlieferungen eines fremdländischen Ursprungs folgten, durch Einmischung in das Leben anderer Nationen die Keime des Verfalls empfangen. Das neue Reich ist dem selbsteignen Geiste des Volkes entsprungen, welches, nur zur Abwehr gerüstet, unwandelbar den Werken des Friedens ergeben ist. In dem Verkehr mit fremden Völkern fordert Deutschland für seine Bürger nicht mehr als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten, und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation, die Wege zur Einheit, jedem Staate, die beste Form seiner Gestaltung nach eigener Weise zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“

Gegen diesen Adressentwurf brachte die klerikale Partei unter Weglassung des oben angeführten Passus einen Gegenentwurf ein. Die Reden ihrer Wortführer lieferten den Kommentar dazu. Einige drückten sich noch vorsichtig aus, wie der Abgeordnete Reichensperger; sie wollten „dem Heereszuge über die Alpen zwar nicht das Wort reden, aber ihm doch nicht absolut den Niegel vorschieben.“ Andre, wie der Bischof Ketteler, hätten, wenn es von ihnen abhing, sogleich marschieren lassen, um die revolutionäre italienische Nation zu bekriegen und den Papst in seine weltliche Macht zurückzuführen. Der Abgeordnete Windthorst verhielt sich als echter Diplomat; er bezeichnete es als „ein Lebensinteresse, ein Recht, auf das die katholischen Deutschen Anspruch haben, daß ihr geistliches Oberhaupt selbständig und unabhängig sei“; zu dieser Unabhängigkeit gehöre eine festfundierte Souveränität: „Die alten Gründer Ihres Reiches haben sie dem Papste gegeben, Karl der Große und seine Nachfolger. Wenn wir jetzt bei ihrer Vernichtung nicht mitsprechen wollen, wozu haben wir dann unser Ansehen?“ — Er forderte nur eine kleine diplomatische Intervention, aber er behielt sich im stillen die Entscheidung darüber vor, wann die Ehre der Nation den Nachdruck der Waffen fordern würde.

Der Adressentwurf wurde trotz des Widerspruchs der Zentrumsfraktion in seiner ursprünglichen Form angenommen.

Das Publikum auf den Tribünen folgte mit großer Spannung den Verhandlungen des Reichstages (30. März 1871). Fürst Bismarck erschien, während der erste Redner noch sprach. Er verhielt sich ziemlich unstät, verschwand oft hinter der Kulisse der Bundesratskathedrale, hörte bald zu, bald arbeitete er, ließ das schallende Gelächter bei Windthorst Späßen sich links von Herrn von Friesen oder rechts vom Präsidenten Delbrück erklären, lorgnierte die Tribünen und die Damen auf derselben und dann den Bischof Ketteler. Wenn jemand durch das Zentrum sich nicht aufregen ließ, sondern mit souveräner Gleichgültigkeit auf die Sitze unmittelbar unter sich zu schauen schien, war es Fürst Bismarck\*).

Fürst Bismarck betrachtete zunächst nur mit Verwunderung das Ungeheuerliche der Erscheinung der Bildung einer konfessionellen Fraktion in einer politischen Versammlung. „Ich habe“, sagte er später, „als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion sehr bald nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. Ich habe zuerst auch gefragt: Wird dieses streitbare Korps, welches zweifellose Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine solche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreisen niemals gesehen waren, bei der Wahl durch einfachen Befehl von hier durchsetzt — wird dieses streitbare Korps der Regierung verbündet sein, wird es ihr helfen oder entgegenstreben wollen? Ich bin etwas zweifelhaft geworden, als ich die Wahl des Führers sah, als ich sah, daß ein so kampfbereites Mitglied, wie Herr Windthorst sofort an die Sitze trat, ein Mitglied, das aus Gründen, die ich achte und ehre, ungerne und mit Widerstreben der preussischen Gemeinschaft beigetreten ist, ein Mitglied, das bisher niemals durch seine Haltung und durch die Färbung seiner Rede bekundet hat, daß es diesen Widerwillen überwunden habe.“ — — Über denselben redege wandten und wortreichen Führer der Zentrumsfraktion äußerte sich Fürst Bismarck später zu seiner Charakteristik treffend: „Er beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Öl seiner Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt, Flammen des Zorns.“ — —

Die Niederlage der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages bei der Adreßdebatte ließ den frommen Eifer der Ultramontanen für die Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft nicht erkalten. Vielmehr entbrannte jetzt, nachdem sie die Überzeugung gewonnen, daß Preußen und das Reich sich nicht zur Erreichung ihrer Zwecke hergeben wollten, der Kampf mit um so größerer Heftigkeit.

In dem preussischen Staate mit seinen festgegründeten Formen, seiner

\*) Bismarck nach dem Kriege, ein Charakter- und Zeitbild von XXX.

strengen Rechtsordnung sah die katholische Kirche den Hauptgegner ihrer herrschsüchtigen Bestrebungen; die Macht dieses keiserlichen Staates mußte gebrochen werden, wenn die katholische Kirche triumphieren und ihre Herrschaft über den Erdkreis ausbreiten wollte. Was aber dann, wenn Preußen in diesem Kampfe zurückwich oder unterlag? wenn Rom mit dem Zwange seiner Dogmen von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria, der Unfehlbarkeit und unumschränkten Gerichtsbarkeit des Papstes, mit Enchlyka und Syllabus, mit Bannstrahl und Interdikt, mit Inquisition und Scheiterhaufen die Welt regierte? wenn die Wissenschaft in Fesseln gelegt und jede freie Regung des Geistes als Ketzerei in den Bann gethan wurde? — Ein Rückblick in die Geschichte vergangener Jahrhunderte lehrt uns, was die Welt von dem Siege Roms zu erwarten hätte. Der Kampf, welchen der Reichskanzler im Vertrauen auf den Beistand der Nation für den preußischen und deutschen Staat gegen Rom aufnahm, berührte daher aufs nächste die Kulturinteressen der gesamten gebildeten Welt.

Über materielle Waffen hatten Papsttum und Kirche nicht zu verfügen; sie mußten zu andern greifen. Preußen sollte von dem übrigen Deutschland getrennt, die Saat des Mißtrauens im neuen Reiche ausgestreut, Treue und Glauben des deutschen Volkes untergraben werden. Dazu halfen als willfährige Werkzeuge die Jesuiten, welche die unbedingte Alleinherrschaft der Kirche über alle Mächte und Interessen des Erdkreises als ihr letztes Ziel mit rücksichtsloser Hingebung verfolgen und in ihrer Verfassung und weiten Verzweigung die Mittel finden, um sich die Wege zu Thronen und Hütten zu öffnen. Die Kanzel war der Platz, von welchem die Diener der Kirche auf die ungebildete Volksmenge wirken und sie zum Widerstande gegen die Staatsgesetze aufreizen konnten. In den Unterrichtsanstalten sollte der geistliche Nachwuchs dem Einflusse des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft entzogen und allein für die Interessen der Kirche herangebildet werden. Der Beichtstuhl bot das Mittel, um in das Heiligtum des Herdes, die Geheimnisse der Familie einzudringen und die Gebote der Sitte in jesuitischem Sinne auszulegen. Jeder Widerstand gegen die Staatsobrigkeit in Preußen wurde ermutigt, jede Maßregel der Reichsregierung als auf die Unterdrückung des katholischen Glaubens abzielend dargestellt und lebhaft angefochten, um die Regierung vor dem eignen Volke zu verdächtigen, vor dem Auslande herabzuziehen. Jede Auflehnung katholischer Unterthanen gegen die Gesetze des Landes wurde dagegen bestärkt und belobt, insbesondere unter der katholischen Bevölkerung derjenigen Landesteile, deren Einverleibung in das Reich als ein Akt der Gewalt und des Unrechts dargestellt wurde, in Posen und Elsaß. Die letzte Hoffnung der Merikalen endlich war der von Frankreich drohende Revanchekrieg.

Widerstrebend nahm der deutsche Reichskanzler einen Kampf auf, von dem vorherzusehen war, daß er die Leidenschaften tief erregen und daß er nicht überall die rechte Würdigung finden würde. Zur Zeit der Reformation war die Hauptströmung die religiöse gewesen; die politische und nationale Bewegung wurde damals von jener überholt. In dem gegenwärtigen Kampfe war es umgekehrt; es handelte sich um die Verteidigung der Rechte des Staates gegen die Eingriffe der römisch-katholischen Kirche und um die Befreiung der Nation von allen fremden, den Fortschritt hemmenden Einflüssen. Dennoch war es nicht zu vermeiden, daß auch dieser Kampf von einem Teile des Volkes als ein religiöser aufgefaßt und daß infolgedessen die Eintracht, welche lange Zeit hindurch zwischen den Konfessionen in Preußen gewaltet hatte, gestört werden würde. Eine andre Gefahr drohte von seiten der materialistischen Freigeister, welche im Besitze eines gewissen Wohlstandes und einer nüchternen Verstandesaufklärung die fromme Demut des Glaubens verlernt hatten und der Kirche als einer idealen Macht die Achtung versagten. Die Gesetze, welche Fürst Bismarck als eine Schutzwehr des Staates für notwendig erachtete, wurden von ihnen als die Begünstigung einer flachen, religionslosen Moral aufgefaßt, welche die Losfagung von konfessionellen Pflichten erleichtern sollte. Bismarck selbst sah sich durch die Kirchenpolitik in eine Richtung gedrängt, die vielleicht seinen persönlichen Neigungen wenig zusagte; aber in der Überzeugung, daß das Wohl des Staates diese Politik notwendig mache, und im Vertrauen auf den gesunden Kern des deutschen Volkes entwickelte er bei ihrer Durchführung eine Energie, gegen welche die Ultramontanen trotz aller Anstrengung nicht aufzukommen vermochten.

Die ersten Schritte der Regierung waren vorsichtig, aber nicht herausfordernd, mehr auf Abwehr als auf Angriff berechnet. Als eine einleitende Maßregel war die Aufhebung der katholischen Abteilung im preussischen Kultusministerium anzusehen (8. Juli 1871). Bismarck erklärte diese bis dahin bestandene Einrichtung als unverträglich mit dem Grundbegriffe der preussischen Verfassung, weil die Zugänglichkeit zu politischen Ratsstellen nicht von der Konfession abhängig gemacht werden dürfe. „Wenn das geschehen muß“, sagte er im Abgeordnetenhaus (30. Januar 1872), „dann ist die ministerielle Verantwortlichkeit damit überhaupt nicht mehr verträglich. Entweder hat der Kultusminister die Verpflichtung, den Ansichten seiner katholischen Räte zu folgen, und dann kann er für diesen Teil seiner amtlichen Thätigkeit verfassungsmäßig nicht mehr verantwortlich sein, oder er hat diese Verpflichtung nicht, dann ist es auch nicht erforderlich, daß diese Räte in eine besondere Abteilung formiert werden, welche statutenmäßig einem besonderen Bekenntnis angehören muß. Es ist entweder eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit oder ein ganz nutzloses Institut, wenn der

Minister schließlich sagt: Ich würde euch gern gefällig sein, aber meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Mehrheit der Volksvertretung gegenüber läßt es nicht zu.“

Daß mit dem während der letzten Jahrzehnte in Preußen befolgten System einer Begünstigung der extremen Richtungen auf kirchlichem Gebiete und einer bis zur Schwäche gehenden Duldsamkeit gegen die Ansprüche der katholischen Kirche nicht fortgefahren werden sollte, darauf ließ auch die Entlassung des bisherigen Kultusministers v. Mähler und die Ernennung des Geheimen Oberjustizrats Dr. Falk an seiner Statt schließen (22. Januar 1872). Ihm fiel die Aufgabe zu, die Beziehungen des Staates zur Kirche wieder klar und fest zu regeln. Preußen, die politische Vormacht Deutschlands, mußte auch zu seiner geistigen Vormacht erhoben werden, um auf die gemeinsamen geistigen Interessen der Nation den ihm zukommenden Einfluß üben zu können. In diesem Streben stand jetzt Falk dem Fürsten Bismarck zur Seite, wie einst Koon in jenem andern Kampfe während der Konfliktzeit. Unermüdlieh schärfte er die geistigen Waffen Preußens, damit der Staat in seinem Gesetz und Recht eine feste Rüstung gegen die Ränke und Ausfälle Roms fände.

Eine Reihe von Gesetzen, welche diesem Zwecke dienen sollten, wurde dem preußischen Landtage und dem deutschen Reichstage vorgelegt. Das schon unter dem Ministerium Mähler vorbereitete Gesetz, durch welches dem Staate das Recht der Aufsicht über die Volksschulen zurückgegeben wurde, fand nach lebhaften Kämpfen in beiden Häusern des Landtags Annahme und wurde (11. März 1872) verkündigt. Aus den Beratungen des Bundesrats und Reichstags ging auf den Antrag der bayrischen Regierung ein andres Gesetz hervor, welches den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Aufreizungen mit Gefängnisstrafe bedrohte (November 1871). Noch größere Aufregung rief die Vorlage eines Gesetzes im Reichstage hervor, demzufolge der Jesuitenorden und die ihm verwandten Verbindungen vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen wurden (Juli 1872). Noch ehe die Verkündigung desselben erfolgte, richtete Fürst Bismarck eine Depesche an die Regierungen der Großmächte, in welcher er dieselben zu gemeinschaftlichen Vorkehrungen aufforderte, um die künftige Papstwahl dem Einflusse der Jesuiten zu entziehen (14. Mai 1872). Die Antworten der Regierungen sind nicht bekannt geworden. Die römische Kurie sah in derselben eine Herausforderung, um den Kampf bis aufs Äußerste fortzusetzen. — Die Agitation der Kirche gegen den Staat nahm an Heftigkeit zu. In den katholischen Gesellen- und Piusvereinen wurde dem ungebildeten Volke vorgeredet, daß die katholische Religion bedroht sei. Die in Fulda versammelten preußischen Bischöfe erklärten öffentlich, daß der Staat nicht die Befugnis habe, auf kirchlichem Gebiete Vor-

schriften zu geben, und daß die Staatsgesetzgebung auf kirchlichem Gebiete nicht verbindlich sei (September 1872). Hatte ein Redner der Ultramontanen im Abgeordnetenhaus vor dem „modernen Bombal“ gewarnt, zu dessen Gehilfen die liberale Mehrheit sich hingäbe, so vernahm man aus dem Munde des Heiligen Vaters noch heftigere Ausbrüche des Zorns. Bei der Beantwortung einer Adresse des Deutschen Lesevereins sprach er die Hoffnung aus, „es werde sich bald das Steinchen von der Höhe loslösen, das den Fuß des Kolosses (d. i. des Deutschen Reiches) zerschmetterte“ (29. Juni 1872), und in der Weihnachtssprache an die Kardinäle ergoß er seinen ganzen Zorn über das neue Reich und seinen Kanzler. Bitter beklagte er sich über die Verfolgungen, welche die Kirche in Deutschland zu erdulden habe, wo man nicht nur mit verborgenen Machinationen, sondern auch mit offener Gewalt darauf hinarbeite, sie vom Grunde aus zu vernichten. „Denn Männer“, so sagte der Papst, „die nicht nur unsre heilige Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen, maßen sich die Macht an, die Dogmen und die Rechte der katholischen Kirche zu definieren. Und während sie dieselbe hartnäckig drücken, stehen sie unverschämterweise nicht an, zu behaupten, daß ihr von ihrer Seite kein Schaden angethan werde.“

Schon vorher hatte der Papst den Unwillen der deutschen Reichsregierung durch eine unerhörte Anmaßung herausgefordert. Als es sich (im April 1872) um Besetzung des deutschen Gesandtschaftspostens beim römischen Stuhle handelte, hatte Fürst Bismarck für diesen Posten den Kardinal Fürsten Hohenlohe in Vorschlag gebracht, weil er denselben für die geeignetste Persönlichkeit hielt, um den Einklüsterungen der Jesuiten entgegenzuwirken und der römischen Kurie die Unterhaltung guter Beziehungen mit dem Deutschen Reiche zu erleichtern. Der Papst hatte es jedoch hochmütig abgelehnt, den Kardinal als Gesandten zu empfangen, weil ein Würdenträger der Kirche nicht Vertreter einer weltlichen Macht bei ihm sein könne. Diese unerhörte Anmaßung des kirchlichen Oberhauptes gegenüber dem Oberhaupte des Deutschen Reichs hatte unter der Bevölkerung Deutschlands allgemeine Entzündung hervorgerufen. Es schien, als ob Pius IX. und seine Jesuiten es darauf abgesehen hätten, daß noch einmal, wie in Gregors VII. Tagen, die kaiserliche Macht vor der päpstlichen sich beugen solle. Diesen Wahn nahm ihnen der deutsche Reichskanzler durch seine Erklärung vor dem deutschen Reichstage (am 14. Mai 1872) und durch jenes mannhafte Wort, welchem bald die Schwingen wuchsen, daß es in den deutschen Gauen, in Nord und Süd, einen stolzfrendigen Widerhall fand, das Wort: „Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich, noch geistig!“ —

Er fügte hinzu: „Die Regierungen des Deutschen Reiches suchen emsig, suchen mit der ganzen Sorgfalt, die sie ihren katholischen, wie ihren evange-

lischen Unterthanen schulden, nach den Wegen, um in einer möglichst friedlichen, in einer die konfessionellen Verhältnisse des Reichs möglichst wenig erschütternden Weise aus diesem jetzigen Zustande in einen annehmliehen zu gelangen. — — — Das aber kann ich versichern, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Mehrheit beider Konfessionen sicher sind. Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die der Gesetzgebung, und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich von ihnen los.“

Die Folgen der Konzilsbeschlüsse machten sich allmählich auch auf politischem Gebiete fühlbar. Zwar hatten viele unter den deutschen Bischöfen sich anfangs gegen das Unfehlbarkeitsdogma erklärt; nachdem jedoch der Papst — ungeachtet des historischen Fußfalls des Bischofs von Mainz — mit Hilfe der Jesuiten die Verkündigung des Dogmas durchgesetzt hatte, ließen die Bischöfe ihre Gewissensbedenken fallen und zeigten dem Papste nicht nur für ihre Person ihre Unterwerfung an, sondern sie verlangten dieselbe Unterwürfigkeit von ihren Untergebenen, viele sogar in Form einer schriftlichen Erklärung, und verhängten über diejenigen, welche dem Dogma ihre Anerkennung versagten, Kirchenstrafen und Bann. Die Staatsregierung aber fühlte die Verpflichtung, die so verfolgten Altkatholiken gegen die Bischöfe in den Schutz der Gesetze zu nehmen.

Während die seitherigen Gesetze nur den dringendsten Übelständen Abhilfe schaffen sollten, erachtete die Regierung es für ihre Aufgabe, die Grenze zwischen den Rechten des Staates und denen der Kirche für die Dauer festzustellen und bei der jüngeren Geistlichkeit auf ein Verständnis für die nationalen Ziele hinzuwirken. Zu diesem Zwecke waren im preussischen Kultusministerium nach reiflicher Erwägung der früheren Erfahrungen unter Voraussicht möglicher künftiger Verwickelungen zunächst vier Gesetze ausgearbeitet worden, welche im Anfange des Jahres 1873 den beiden Häusern des Landtags vorgelegt wurden und nach der Zeit ihrer Verkündigung (15. Mai 1873) gewöhnlich die Maigesetze genannt werden. Da sie mit den in Artikel 15 und 18 der preussischen Verfassung in betreff der Religionsgesellschaften enthaltenen Bestimmungen nicht übereinstimmten, so wurden diese vorher durch eine behufs dessen im Landtage eingebrachte und von dessen beiden Häusern angenommene Vorlage abgeändert. Die Maigesetze betrafen die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, die kirchliche

Disziplinalgewalt und die Errichtung eines neuen königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten, die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel und den Austritt aus der Kirche. Alle vier Gesetze gingen von dem Grundgedanken aus, das kirchliche mit dem bürgerlichen Leben mehr in Einklang zu bringen. Die Geistlichen, von denen ein so wichtiger Einfluß auf die Erziehung und sittliche Bildung des Volkes ausgeht, sollten auch in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen der Nation entsprechen und der staatsfeindlichen Einwirkung von „außerhalb der Nation stehenden Mächten“ entzogen werden; zugleich nahm der Staat damit die niedrigen Geistlichen gegen die Willkür ihrer Oberen in Schutz. Die Klerikalen schlugen jetzt einen Ton an, als ob der Untergang der Kirche beschlossen sei, und boten alles auf, um die Gesetze zum Falle zu bringen. Niemals, auch nicht in der Zeit des brennendsten Verfassungskonflikts, sah sich Fürst Bismarck mit so maßloser Heftigkeit angegriffen, als jetzt von den Rednern der Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhause, unter denen v. Mallinckrodt und Windthorst — jener durch seine aus religiösem Eifer hervorströmende Beredsamkeit, dieser durch Schlagfertigkeit und dialektische Gewandtheit — den übrigen voranzogen. Im Herrenhause aber machten mit Bismarcks ultramontanen Gegnern seine früheren Parteigenossen, v. Kleist-Rekow, Freiherr v. Manteuffel u. a., gemeinschaftliche Sache. Während die ersteren den Klageruf von der „unterdrückten Kirche“ hören ließen und an die Christenverfolgungen unter Nero und Diokletian erinnerten, warfen die letzteren dem Kanzler vor, daß er seine Überzeugungen gewechselt und die Idee vom „christlichen Staate“ geopfert habe.

Dagegen legte der Kultusminister Falk vom Standpunkte des Staatsrechts die Notwendigkeit der Maigesetze dar; Fürst Bismarck aber hob in wirkungsvoller Rede mit dem Hinweis auf große geschichtliche Perspektiven die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes hervor, den er als einen Machtkampf bezeichnete, der so alt sei wie das Menschengeschlecht. „Es handelt sich um den Machtkampf zwischen Königtum und Priestertum“, sagte er im preussischen Herrenhause (12. März 1873), „einen Machtkampf, der viel älter ist als die Erscheinung unsres Erlösers, einen Machtkampf, in welchem Agamemnon in Aulis mit seinem Seher verflochten wurde, der ihm seine Tochter kostete und die Griechen an der Abfahrt verhinderte, der in der deutschen Geschichte des Mittelalters unter dem Namen des Kampfes der Päpste mit den Kaisern bekannt ist, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers, der mit dem Papste verbündet war, auf dem Schafott starb. Wir sind einer analogen Situation, überseht in die

Sitten unsrer Zeit, sehr nahe gewesen. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Publikation der vatikanischen Beschlüsse zusammenfiel, einen Erfolg gehabt hätte, so weiß ich nicht, ob man nicht auch auf dem Gebiete der katholischen Kirche ähnliche Erscheinungen gesehen hätte."

Wiederholentlich wies Bismarck im weiteren Verlaufe dieser Verhandlungen auf den Zusammenhang zwischen der katholischen Zentrumsfraktion und den äußeren Feinden des Staates hin; er verglich die Bildung dieser Fraktion mit dem „Vorschieben einer Breschebatterie — die dahinter stünden, wüßten sehr gut, um was es sich handelte.“ In dem Vorwurfe des Herrn von Kleist-Regow, daß er sich von seiner Partei losgerissen habe, sah Bismarck eine bedenkliche Überschätzung der einzelnen Persönlichkeit, denn das Kleine reiße sich vom Größeren, das Bewegliche von der Basis, das Schaltier vom Schiffe los; der Redner betrachte danach sich und seine Fraktion als die Basis, von welcher der König und seine Regierung sich losgerissen haben, und diese schwämmen nun steuerlos auf dem Meere.

Der Annahme der Maigesetze durch den preußischen Landtag und ihrer Verkündung durch die Regierung (15. Mai 1873) folgte seitens der preußischen Bischöfe, die wiederum in Fulda, am Grabe des heiligen Bonifacius, versammelt waren, die offene Aufkündigung des Gehorsams, weil diese Gesetze „mit der von Gott geordneten Verfassung und Freiheit der Kirche in wesentlichen Punkten im Widerspruche stünden“ und weil sie dem Staate, insbesondere dem protestantischen Preußen, das Recht bestritten, ihnen Gesetze vorzuschreiben.

Unbekümmert um die Maigesetze fuhren die Bischöfe fort, Geistliche anzustellen, ohne der Staatsbehörde die geforderte Anzeige zu machen; andre Pfarrstellen wurden von ihnen unbesezt gelassen. Über die altkatholischen Geistlichen und Lehrer verfügten sie Bann und Kirchenstrafen, die mit Folgen für ihre gesellschaftliche Lebensstellung verbunden waren. Auch der Beaufsichtigung der Schulen durch den Staat suchten sie überall hinderlich entgegenzutreten. Die Staatsregierung aber schritt mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die widerspenstigen Geistlichen ohne Ansehen der Person ein, ließ sie durch richterliches Verfahren in hohe Geldstrafen nehmen und bei fortgesetztem Widerstande zu schweren Gefängnisstrafen verurteilen, welche letzteren sich auch auf mehrere der höchsten kirchlichen Würdenträger erstreckten. Einige derselben entzogen sich ihr durch die Flucht ins Ausland, von wo sie aus geheim gehaltenen Aufenthaltsorten die Leitung ihrer geistlichen Herden fortzuführen sich bemühten. Der Aufenthalt in Deutschland war ihnen auch außerhalb der preußischen Grenzen durch ein von der preußischen Regierung beantragtes und am 25. April mit großer Mehrheit vom Reichstage beschlossenes Reichsgesetz — das sogenannte Verbannungsgesetz — untersagt,

nach welchem die aus dem Amte entlassenen oder wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen bestrafte Geistlichen — die Strafe konnte bis zum Verlust der Staatsangehörigkeit ausgedehnt werden — auch in allen übrigen Bundesstaaten weder Schutz noch Aufnahme finden sollten.

Am römischen Stuhle sah man längere Zeit mit stillem Wohlgefallen die Auflehnung der preußischen Bischöfe gegen die Staatsobrigkeit; man versprach sich davon eine Trennung Preußens von dem übrigen Reiche. Als jedoch der kirchliche Streit seinen Höhepunkt erreicht zu haben schien, glaubte das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche selbst zu gunsten der Bischöfe einschreiten zu sollen und richtete ein Schreiben an den deutschen Kaiser (7. August 1873). Aber es schien, als ob der Geist der Gregor und Innocenz auch Pius dem Neunten die Hand geführt habe. So wenigstens klang es, wenn er die Behauptung aussprach, daß jeder, welcher die Taufe empfangen habe — also auch der Kaiser — in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise ihm, dem Papste, angehöre. Ihm entgegnete der Kaiser voll Milde und Würde (3. September), daß er nach der Überlieferung seiner Vorfahren zum evangelischen Glauben sich bekenne, und daß dieser ihm nicht gestatte, in seinem Verhältnis zu Gott einen andern Vermittler anzunehmen als Jesum Christum. Auf die seltsame Unterstellung des Papstes, daß der Kaiser das Verfahren seiner Regierung nicht billige, erwiderte dieser, daß die Gesetze und Regierungsmaßregeln nach der Verfassung seiner landesherrlichen Zustimmung bedürften, daß ein solcher Fall daher nicht eintreten könne. Endlich sprach der Kaiser die Hoffnung aus, der Papst werde seine Autorität anwenden, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen.

Um die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens möglichst außerhalb der Folgen des kirchlichen Streites zu stellen, legte die preußische Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Zivilehe und die Beurkundung des Personenstandes vor (Dezember 1873), ein Gesetz, welches wieder auf den hartnäckigen Widerstand nicht allein der Ultramontanen, sondern auch der orthodoxen Protestanten stieß. Fürst Bismarck hatte sich selbst nur mit schwerem Herzen zu dieser Vorlage entschlossen, weil eine alte christliche Sitte dadurch berührt wurde. Auf den erneuerten Vorwurf seiner früheren Parteigenossen, insbesondere v. Gerlachs, daß er jetzt anders denke als vor 25 Jahren, erwiderte Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus (17. Dezember): „Von mir eine Konfistenz des Urteils in einem Vierteljahrhundert zu verlangen, wäre ungerecht. Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister mehr, sondern habe gelernt, meine persönlichen Überzeugungen den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen. Meine

persönliche Überzeugung heute ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Seiner Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen. Ich glaube, daß der Staat ein Bedürfnis der Notwehr an diesem Gesetze hat, und bin entschlossen, dafür einzustehen, wie für so manches, was meinen persönlichen Überzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht mehr entspricht. Aber ich bin ein dem Gesamtbedürfnis und den Forderungen des Friedens und Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich disziplinierender und unterordnender Staatsmann.“

Das Gesetz wurde nach heftigen Debatten in beiden Häusern angenommen und in der nächstfolgenden Reichstagsession über das ganze Reich ausgedehnt.

Die fortwährenden Aufreizungen der ungebildeten Menge durch die Merkmalen konnten nicht ohne Folgen bleiben. Die Spitze der ultramontanen Agitation blieb gegen den deutschen Reichskanzler gerichtet, welcher als die Verkörperung des bösen Prinzips geschildert wurde, von dem der allein seligmachenden Kirche Unheil und Schaden drohe. Wenn die bedeutendsten Presseorgane der Ultramontanen, die sich, wie *lucus a non lucendo*, „Germania“ und „Vaterland“ nannten, wiederholentlich darauf hinwiesen, daß auch „Bismarck ja nur ein sterblicher Mensch“ sei, und die Hoffnung durchleuchten ließen, daß ihn recht bald das „Gottesgericht“ ereilen möchte, so erzeugten solche Andeutungen bei Menschen von unklarem Geiste und roher Gemütsart eine unheilvolle Verwirrung der Begriffe: Verbrechen und verdienstvolle Handlung.

Im Frühjahr 1874 war Bismarck wieder längere Zeit krank. Früher als gewöhnlich hatte er dieses Jahr sein Varzin aufgesucht und begab sich zu Anfang des Juli auf den Rat der Ärzte zum Gebrauche der Badekur nach Rissingen. Seine Gemahlin und Tochter befanden sich in seiner Begleitung. Die Fernhaltung von den Staatsgeschäften und das friedliche Leben an dem freundlichen Badeorte schienen bereits günstig auf Bismarcks Gesundheit zu wirken. Wohlthuend empfand er auch die herzliche Aufnahme, die ihm von Einwohnern und Badegästen bereitet wurde, sowie das Wohlwollen des Königs von Bayern, das sich in zahlreichen Aufmerksamkeiten für ihn äußerte. Manche scherzhafte Züge von ihm gingen von Mund zu Mund und vermehrten die Teilnahme der gutmütigen bayrischen Bevölkerung für den berühmten Gast.

Der Fürst fuhr täglich nach 1 Uhr mittags in einer königlich bayrischen Hofequipage von seiner auf dem rechten Ufer der Saale gelegenen Wohnung im Hause des Doktor Diruff nach den Salinenbädern. In der Nähe des genannten Hauses versammelten sich um diese Zeit gewöhnlich viele Einwohner

und Badegäste aus Rissingen, um dem Fürsten beim Vorüberfahren ihre Grüße darzubringen. Auch an dem Tage, als zu München bei der Durchreise des deutschen Kaisers die Begrüßung desselben mit dem Könige von Bayern stattfand (13. Juli), wartete wieder ein zahlreiches Publikum auf beiden Seiten der Straße, die zur Saalebrücke hinabführt, und begrüßte den Fürsten bei seiner Ausfahrt mit lebhaften Zurufen. Als der Wagen sogleich darauf aus der Gartenstraße in die Hauptstraße einlenkte, entstand ganz zufällig eine kurze Verzögerung dadurch, daß ein Herr in der üblichen Kleidung der Geistlichen unmittelbar an den Pferden vorüber von der einen Seite der Straße auf die andre hinübereilte, wohl um von dieser aus den Fürsten besser sehen zu können. In demselben Augenblicke sprang ein nichtswürdiger Bursche von gemeinem Aussehen plötzlich aus der Menge bis dicht an den Wagenschlag vor und feuerte aus großer Nähe ein Pistol auf den Fürsten ab. Dieser hatte soeben zur Erwidrerung der Grüße die rechte Hand nach der Kopfbedeckung erhoben, als die Kugel gerade zwischen der Hand und der Schläfe hindurchflog und ihn am Handgelenke streifte. Voll Unwillens, jedoch ohne für einen Augenblick seine ruhige Haltung zu verlieren, verließ Fürst Bismarck den Wagen und begab sich zu Fuße mitten durch die erregte Menge in seine Wohnung zurück, wo seine Gemahlin und Tochter voll banger Besorgnis, aber voll Dankes für seine Errettung, ihn empfingen. Der Thäter wurde von mehreren Zeugen des Vorgangs gleichzeitig ergriffen und nach dem Gefängnis abgeführt. Nur mit Mühe gelang es, ihn vor einem Akte der Volksjustiz zu schützen.

Bald nachdem die Wunde verbunden war, fuhr der Fürst im offenen Wagen an der Seite des Badeinspektors Grafen Pappenheim nach dem Landgerichte, wohin der Verbrecher unterdessen gebracht worden war. Auf der Fahrt wurde er überall enthusiastisch begrüßt. Allgemein verbreitet war die Ansicht, daß es sich hier nicht um das Verbrechen eines Einzelnen handle, sondern daß dieses im Zusammenhange mit den geheimen Umtrieben einer Partei stünde. Diese Ansicht wurde bekräftigt, als man erfuhr, daß der Thäter, ein Böttchergeselle, Namens Kullmann aus Neustadt-Magdeburg, in seiner Heimat dem sogenannten „katholischen Männervereine“ angehört und unter dem Einflusse eines fanatischen katholischen Pfarrers, Namens Störmann, in Salzwedel gestanden habe. Auch die Antworten, welche er dem Fürsten bei dieser einzigen Unterredung gab, wiesen auf solche Beziehungen hin. Auf die Frage: „Warum haben Sie mich denn umbringen wollen?“ erwiderte jener: „Wegen der Kirchengesetze in Deutschland“, und auf die weitere Frage, ob er denn glaube, damit die Sache zu verbessern, antwortete er mit der Redensart: „Bei uns ist es schon so schlimm, daß es schlimmer nicht werden kann.“ Weiter sagte er noch dem Fürsten, er habe „seine

Fraktion“ beleidigt, und bezeichnete als diese „die Zentrumsfraktion des Reichstags“. Wenn auch die spätere Untersuchung auf keinen persönlichen Anstifter des Attentats hinwies, zumal da infolge des inzwischen erfolgenden Todes des Pfarrers Störmann in Salzwedel manche Dinge unaufgeklärt bleiben mußten, so trat doch ein gewisser Zusammenhang zwischen den Wühlereien der jesuitischen Kirchenpartei und dem Verbrechen zu Tage. Auch die nach dem Attentate bei dem Reichskanzler eingehenden Drohbriefe, der Umstand, daß sich einem französischen Bischofe Mörderhände zur Vollstreckung des schändlichen Verbrechens anboten, endlich die Spuren von Mordversuchen, welche von der Polizeibehörde entdeckt wurden — dies alles bewies, daß der Entschluß zu dem Verbrechen nicht bloß in einem einzelnen verworrenen Kopfe entsprungen war, sondern daß die Saat des Hasses und der religiösen Erbitterung in rohen und zornigen Gemüthern ihre argen Früchte zu tragen begann. So fand der Reichskanzler zahlreiche Zustimmung, als er einige Monate später im Laufe einer Debatte im Reichstage, die auch jenes Attentat berührte, der Zentrumspartei die schwerwiegenden Worte hinwarf: „Mögen Sie sich lössagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest.“

Die Aufregung in dem sonst so friedlichen Badeorte nach dem Attentate war eine gewaltige. Von allen Seiten beeilte man sich, dem Fürsten den Abscheu vor der That und die freudige Teilnahme an seiner Errettung auszudrücken. In der protestantischen Kirche fand am Abend ein Dankgottesdienst statt, welchem auch die Familie des Fürsten beiwohnte. Nach Beendigung desselben versammelte sich eine unabsehbare Volksmenge vor dem Hause des Fürsten, wo ihm seitens der Stadt und der Kurgäste eine Sere-nade nebst Fackelzug dargebracht wurde. Der Fürst trat auf den Balkon und dankte mit Worten, denen seine innere Bewegung noch anzuhören war.

„Es geziemt mir nicht“, sagte er, „weiteres über die Sache zu reden; sie ist dem Urtheile des Richters übergeben. Das aber darf ich wohl sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben gewidmet habe: der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für die große Sache hätte sterben müssen, was wäre es weiter gewesen, als was Tausenden unsrer Landsleute passiert ist, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfelde ließen! Das große Werk aber, das ich mit meinen schwachen Kräften habe mit beginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zu Grunde gerichtet werden, wie das ist, wovor Gott mich gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten Volkes. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, mit mir ein Hoch zu bringen auf das geeinte deutsche Volk und seine verbündeten Fürsten!“

Die Zahl der Glückwunschtelegramme, welche dem Kanzler aus Anlaß der abgewandten Gefahr zuzingen, belief sich schon in den nächsten Tagen auf mehr als tausend. Außer den Glückwünschen des deutschen Kaisers und des Königs von Bayern befanden sich darunter diejenigen von den meisten regierenden Fürsten Europas, sogar vom türkischen Sultan und vom Chedive von Ägypten.



„Wieder ein Attentat.“

Die Wunde hatte glücklicherweise nur eine kurze Unterbrechung der Badekur zur Folge. Als Fürst Bismarck einige Tage nach dem Ereignis (17. Juli), den rechten Arm noch in der Binde tragend, das erste Mal wieder zum Gebrauche der Bäder ausfuhr, wurde ihm eine Überraschung eigener Art bereitet. Eine Flora von Damen, sämtlich mit Rosensträußen bewaffnet, bildete Spalier zu beiden Seiten der Straße, durch welche sein Weg ihn führte, und an derselben Stelle, wo wenige Tage zuvor das Geschloß des Mörders auf ihn gerichtet war, wurde er jetzt von einer Flut von

Rosensträußen überschüttet. „Wieder ein Attentat!“ rief er lachend und verneigte sich freundlich dankend vor den liebenswürdigen Spenderinnen so holder Gaben.

Die Hoffnung, daß nach dem Rißfingcr Attentate eine friedliche Wendung in dem kirchenpolitischen Kampfe eintreten möchte, ging nicht in Erfüllung. Durch den hartnäckigen Widerstand, welchen die preußischen Bischöfe fort-dauernd den Maigesetzen leisteten, kam es bald dahin, daß es in Preußen nur noch einen Bischof gab, der nicht mit den Strafgesetzen in Berührung gekommen war. Der Papst sprach in seiner Enchiklika vom 5. Febr. 1875 das Verdammungsurteil über die Maigesetze. Er erklärte darin „Allen, welche es angeht und dem ganzen katholischen Erdrreise“, daß jene Gesetze ungültig seien, da sie „im Widerstreit zu der göttlichen Einrichtung der Kirche“ stünden, und bedrohte diejenigen, welche zu ihrer Durchführung mitwirken würden, mit dem großen Kirchenbann. Dagegen belobte er in einem Breve vom 2. März den „Starkmut“ der widerspenstigen Bischöfe und ermunterte sie zu tapferem Aussharren.

Gegenüber diesen herausfordernden Kundgebungen sah sich auch die Staatsregierung zu neuen Maßregeln veranlaßt. Dahin gehörten das Gesetz über die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen, sofern diese nicht die förmliche Erklärung abgaben, daß sie den Gesetzen des Staats den schuldigen Gehorsam erweisen würden (22. April), und das Gesetz über die Aufhebung der Klöster und katholischen Orden (31. Mai). Nach Aufhebung derjenigen Artikel der preußischen Verfassung, welche der Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugestanden, erfolgte darauf das Gesetz, welches die Vertretung der katholischen Gemeinde bei der Verwaltung des ihren kirchlichen Bedürfnissen gewidmeten Vermögens durch den Kirchenvorstand festsetzte (20. Juni).

Fürst Bismarck betrachtete diese Gesetze als aus einem Gebote der Notwendigkeit hervorgehend, um dem Staate die für den allgemeinen Frieden erforderliche Festigkeit wiederzugeben, da in diese durch manche Bestimmungen und Einrichtungen einer abgelaufenen Periode Breche gelegt sei. „Sobald diese Breche ausgefüllt ist“, sagte er im preußischen Abgeordnetenhaus (6. April), „werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden mit dem Zentrum, namentlich aber mit dem viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle zu suchen. Ich hoffe, ihn denn auch mit Gottes Hilfe zu finden, und werde, soviel mir zu leben noch vergönnt ist, dazu beitragen, den Kampf, den ich eine Weile aggressiv zu führen genötigt war, demnächst defensiv, aber in gesicherten Verhältnissen, fortzusetzen und die Aggression immer mehr der Schulbildung als der Politik überlassen.“

Unter der Geistlichkeit reifte allmählich die Einsicht, daß das fortgesetzte Verharren im passiven Widerstande nicht das geeignete Mittel sei, um die Autorität der Kirche zu befestigen, vielmehr den Bestrebungen der Kirchenpartei innerhalb des Staates schade. Insbesondere wurde durch das Gesetz über die Verwaltung des Kirchenvermögens (vom 20. Juni 1875) unter den Bischöfen die Besorgnis erregt, daß ihre Weigerung, die Majestätsgesetze anzuerkennen, dahin führen könnte, die bischöflichen Rechte in genannter Beziehung auf die Staatsbehörden übergehen zu lassen und den Altkatholiken einen größeren Einfluß einzuräumen. Trotz ihres früheren schroffen Einspruchs gegen die Berechtigung des Staates zu einer die Kirche berührenden Gesetzgebung zeigten sich die Bischöfe jetzt zum erstenmal schwankend und gaben endlich nach eingeholter Erlaubnis von Rom, einer nach dem andern, die geforderte Erklärung ab, die Gesetze befolgen zu wollen.

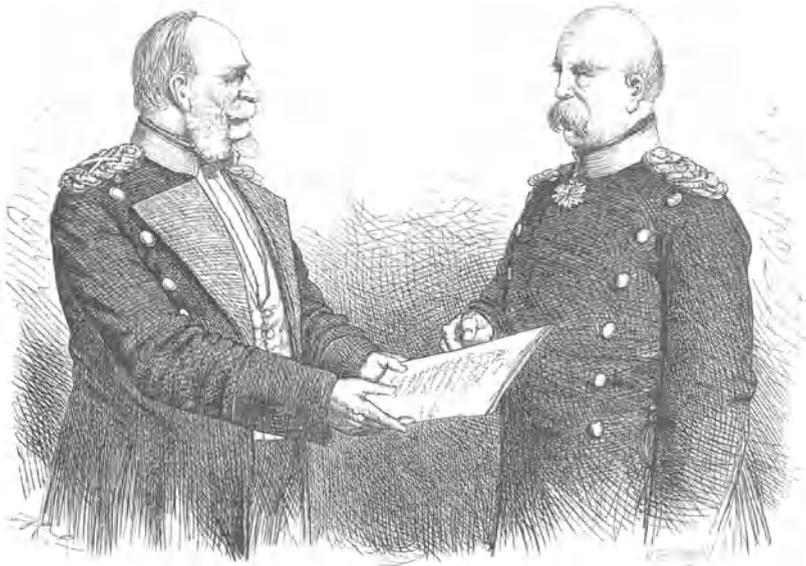
Anderseits machten sich auch die üblen Folgen des „Kulturkampfes“, auf welche bereits oben hingewiesen wurde, während seiner längeren Dauer im Volke immer mehr fühlbar, indem durch die klerikale Agitation die Masse des Volkes über die wahre Bedeutung des „Kulturkampfes“ irre geführt, der Glaube an die Gerechtigkeit und Duldsamkeit der Hohenzollernschen Herrscher in derselben erschüttert und durch die Gesetze, welche der Staat im Stande der Notwehr zum Schutze gegen die Übergriffe der Kirche auf staatliches Gebiet erlassen hatte, die materialistische Zeitrichtung und jene flache Moral, welche anstatt wahrer Religiosität sich breit macht, scheinbar begünstigt wurde. Besonders die Altkonservativen waren eines Kampfes überdrüssig, durch welchen ihre Interessen geschädigt wurden. Die Nationalliberalen aber, welche dem Reichskanzler bei der Führung des Kulturkampfes ihre Unterstützung geliehen, hatten dafür einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung gewonnen, als dem Reichskanzler selbst bequem war, und begannen bereits um den Preis für ihre Unterstützung zu handeln.

Es gab aber auch noch andre Fragen, als allein die kirchenpolitische, noch schlimmere Gegner, als die Ultramontanen. Der Fürst Reichskanzler trug sich mit großartigen Plänen, die wirtschaftliche Reform und die sozialpolitische Gesetzgebung betreffend, für deren Durchführung er auf den Beistand der Nationalliberalen nicht rechnen konnte. Gegen den Schluß des Jahres 1877 stand ein Wechsel im Ministerium des Innern bevor, indem der Minister Graf Eulenburg krankheits halber durch einen Urlaubsgesuch seinen Rücktritt einleitete. Auf den Vorschlag des Fürsten Bismarck war der Führer der Nationalliberalen im Reichstage, von Bennigsen, als Nachfolger des Grafen Eulenburg in Aussicht genommen. Dieser begab sich im Dezember 1877 auf eine Einladung des Fürsten nach Barzin. Er machte seinen Eintritt in das Ministerium im Einverständnis mit seiner Partei von

der Gewährung größerer parlamentarischer Rechte an den Reichstag abhängig, stieß aber mit seiner Forderung auf den entschiedenen Widerstand Bismarcks, welcher in diesem Punkte noch ebenso dachte wie früher und in der Erhaltung der ungeschwächten Machtstellung der Krone das Palladium Preußens und des Reiches sah. Die Kombination wurde fallen gelassen. Gleichzeitig trat aber eine Abkühlung in den Beziehungen des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu der nationalliberalen Partei und eine Annäherung der Altkonservativen und der Zentrumsfraktion an die Reichsregierung statt, welche dem Fürsten Bismarck die Durchführung seiner Pläne in betreff der Wirtschaftsreform und der sozialpolitischen Gesetzgebung im Reiche erleichterte.

Der Minister Dr. Falk zog sich bei der eingetretenen friedlichen Wendung aus dem Ministerium zurück, um nicht die Ausöhnung zu erschweren.

Fürst Bismarck aber sah jetzt den Augenblick gekommen, auf welchen er schon vor Jahren im Reichstage hingewiesen hatte, den Augenblick, wann er sich in der Lage befinden würde, sich auf die Defensiv zu beschränken und die Aggression mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen. Wenn er in einer andern Sitzung des Reichstages die Worte hingeworfen hatte, „man dürfe doch hoffen, daß auf einen kriegerischen Papst auch wiederum ein friedlich gesinnter Papst folgen werde“, so trat diese Wendung mit dem Tode des Papstes Pius IX. (7. Februar 1878) und der Wahl des Kardinals Pecci durch das Konklave zu seinem Nachfolger — als Papst Leo XIII. (20. Februar 1878) — ein. War auch ein Kampf, welcher durch beinahe ein Jahrzehnt die Geister und Gemüter in Aufregung erhalten hatte, welcher nach seinem Ursprunge „viel älter ist, als die Erscheinung unsres Erlösers auf der Erde“, nicht durch einen aktuellen Friedensschluß zu beendigen, so war doch für mildere Anschauungen der Weg gebahnt und der Kampf wieder auf dasjenige geistige Gebiet übertragen, auf welchem allein dereinst — sei's auch nach langer Zeit — ein endlicher Austrag desselben zu erhoffen ist.



Zweiundzwanzigstes Kapitel.

**Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck**

während des letzten Jahrzehnts der Regierung Kaiser Wilhelms I.

1878—1888.

Doch als vollbracht dein stolzes Thun,  
 Du Schiedsher der Nationen,  
 Du wolltest nicht auf Vorbeer'n ruh'n,  
 Mit besserem Lohn dir lohnen.  
 Die Not des Volks, du Mann von Erz,  
 Tief schnitt sie dir ins weiche Herz:  
 Froh soll fortan  
 Der niedre Mann  
 Am warmen Herde wohnen.

Paul Heyse.

Die Hohenzollernschen Herrscher haben es stets als ihre Pflicht anerkannt, ihre besondere Fürsorge dem Wohle der ärmeren Volksklassen zu widmen, getreu dem Ausspruche König Friedrichs des Großen, daß er „ein König der Armen“ sein wolle. Auch Kaiser Wilhelm unterzog sich noch in seinem hohen Greifenalter mit der ihm eignen Gewissenhaftigkeit dieser schönen Pflicht und prüfte mit seinem Reichskanzler, dem Fürsten Bismarck, sorgsam die Mittel und Wege, um das Los der armen, insbesondere der sogenannten arbeitenden Klassen zu erleichtern und die seit langer Zeit schwebende soziale Frage ihrer Lösung näher zu führen.

Allerdings war infolge des großen Aufschwunges der Industrie der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern immer schroffer zu Tage getreten und hatte zu Anfang der sechziger Jahre eine Bewegung erzeugt, welcher sich namentlich der Agitator Ferdinand Lassalle bemächtigte, um ihr Richtung und Ziele anzuweisen. Der damalige Ministerpräsident von Bismarck verhielt sich nicht lediglich absprechend gegen diese Bewegung; vielmehr suchte er, das Berechtigte in derselben herauszuerkennen, in der Hoffnung, sie noch in gesunde Bahnen zu leiten. Über Lassalle urteilte Bismarck später: Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft. Aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Diesen kümmerlichen Epigonen, die sich mit ihm brüsten, hätte er ein „Quos ego“ zugeschleudert und mit Hohn sie in ihr Nichts zurückgewiesen, und er würde sie wohl außer Stand gesetzt haben, seinen Namen zu gebrauchen.“

Bedenklicher wurde der Charakter, welchen diese Bewegung seit den Kriegen von 1866 und 1870/71 annahm, als an ihre Spitze Männer von entschieden demokratischer, ja kommunistischer Gesinnung traten, welche die Arbeiterbewegung benutzen wollten, um mit ihrer Hilfe die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Was sie an deren Stelle zu setzen dachten, darüber waren diese Leute sich selbst nicht klar oder sie sprachen sich wenigstens nicht darüber aus; aber auf ihre Ziele ließ doch die Rede des Apostels der Sozialdemokratie, Bebel, Drechslermeisters aus Leipzig, in der Reichstagsitzung am 25. Mai 1871 schließen. Als der Reichskanzler darauf hingewiesen hatte, daß selbst in dem Aufstande der Pariser Commune ein Funke von Berechtigung gewesen wäre, nämlich das Streben nach kommunaler Selbstverwaltung, protestierte der Abgeordnete Bebel gegen diese Behauptung als arge Verleumdung: Die Pariser Communards dächten gar nicht an Städteordnung und ähnlichen Ballast. Ihr Feldgeschrei sei: Krieg den Palästen und Friede den Hütten! und ehe zehn Jahre abließen, werde dieses Feldgeschrei die Lösung des Proletariats der ganzen Welt sein. Der Aufstand in Paris möge für den Augenblick unterdrückt werden, das entscheide nichts; der Aufstand war nur ein Vorpostengefecht.

Während solche Worte von der Tribüne erklangen, wurden die Arbeiter in ihren Versammlungen oder an ihren Erholungsorten, Wirtshäusern zc. durch die Wortführer der Demokratie bearbeitet, und sie folgten gewöhnlich mit blindem Vertrauen den unverständigen Ratschlägen solcher Leute, welche ihnen eine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht stellten, ohne zu prüfen, durch welche Mittel dieselbe erreicht werden sollte; sie traten massenhaft in

Vereine, welche groben wirtschaftlichen Irrtümern huldigten und trügerischen Idealen nachjagten. Die sozialdemokratischen Zeitschriften und Flugblätter fanden immer größere Verbreitung, ihre Sprache wurde leidenschaftlicher, die Arbeitseinstellungen in Masse mehrten sich.

Die Reichsregierung suchte zunächst weniger durch Repressivmaßregeln die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, als durch Maßregeln zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen das Übel an der Wurzel anzufassen. Da wurde Deutschland durch die Kunde in Schrecken versetzt, daß (am 11. Mai 1878) ein verkommener Mensch, Namens Hödel, auf den deutschen Kaiser Wilhelm die Mordwaffe abgefeuert habe. Die Vorsehung hatte das teure Leben vor der mörderischen Kugel, die deutsche Nation vor der Schande bewahrt, einen der größten Herrscher, die sie je gehabt, durch die Meuchelmordwaffe eines Deutschen fallen zu sehen. Die in ganz Deutschland hervorgerufene Entrüstung erhielt aber eine bestimmte Richtung durch die bald danach festgestellte Thatsache, daß der Verbrecher der sozialdemokratischen Partei angehörte. Man fragte, wohin wir mit unsrer liberalen Gesetzgebung im Reiche geraten seien, wenn diese nicht einmal ausreichte, uns gegen das verbrecherische Treiben einer Partei zu schützen, welche ihre Ziele mit den verabscheuungswürdigsten Mitteln verfolgte. Schon bald nach jenem Ereignis legte Fürst Bismarck dem Reichstage einen Gesetzentwurf „zur Abwehr demokratischer Ausschweifungen“ vor. Aber die Partei, welche die Mehrheit im Reichstage bildete und an welcher die Regierung in dem „Kulturkampfe“ ihre Hauptstütze fand, zeigte sich aus theoretischen Gründen ebenso wenig wie die Zentrumsfraktion geneigt, einem Ausnahmegefesze gegen die Sozialdemokratie zuzustimmen. Nur die Konservativen erklärten sich rückhaltlos für den Gesetzentwurf, welcher darauf mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt wurde. Am 23. Mai fand dieses ablehnende Votum statt, am Tage darauf wurde die Session des Reichstags geschlossen. Acht Tage darauf, am 2. Juni, durchlief die deutschen Lande die Schreckenskunde, daß abermals ein Attentat auf den Kaiser verübt und daß dieser schwer verwundet worden sei. Vergebens suchte die Sozialdemokratie den Zusammenhang zwischen ihr und dem Thäter hinwegzuleugnen. Letzterer, Namens Nobiling, war wohl aus den gebildeten Ständen hervorgegangen, gehörte aber zu derjenigen Sorte von Menschen, welche, ohne sittlichen Halt, aller Ehre bankerott, mit dem Staate, der Gesellschaft und sich selbst zerfallen sind, die aber, wenn ihr unklares, schwammiges Gehirn das Gift gewisser Ideen eingesogen hat, gefügige oder willenlose Werkzeuge andrer ihnen im guten oder üblen Sinne geistig überlegener Menschen oder politischer Parteien werden können. War auch eine direkte Verbindung zwischen dem Verbrecher und den sozialdemokratischen Parteiführern nicht nachzuweisen, so

waren doch die intellektuellen Anstifter des Verbrechens auch dieses Mal in der Sozialdemokratie zu suchen.

Fürst Bismarck, der auf seinem Landsitz Friedrichsruh verweilte, wo ihn eine Erkrankung an der Gürtelrose von der Teilnahme an der Beratung des Sozialistengesetzes fern gehalten hatte, eilte, tief erschüttert, an das Krankenlager seines kaiserlichen Herrn. Er sah den Abgrund, vor welchen die Gesellschaft durch die Bestrebungen der Sozialdemokratie gestellt war, und er empfand die Notwendigkeit, ungesäumt Maßregeln gegen die Ausschreitungen derselben zu ergreifen. Daß er auf die Unterstützung des Reichstags in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bei seinem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht unbedingt rechnen könne, hatte er soeben erfahren. Er zögerte deshalb nicht, dem Kaiser zur Auflösung des Reichstags zu raten. Nachdem dieselbe am 11. Juni erfolgt war, fanden am 30. Juli die Neuwahlen statt, welche der konservativen Fraktion einen nicht unerheblichen Zuwachs brachten. Da auch der größere Teil der Nationalliberalen in dem neuen Reichstage, welcher am 9. September eröffnet wurde, zur Unterstützung der Regierung bereit war, so fand sich jetzt in demselben eine Mehrheit für das dem Reichstage von der Regierung vorgelegte Ausnahmegesetz gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie, welches darauf (18. Oktober) mit 221 gegen 149 Stimmen für eine bestimmte Zeitdauer (vorläufig bis 31. März 1881) angenommen wurde.

Fürst Bismarck gab sich indessen nicht der Täuschung hin, durch jene Maßregeln staatlicher Einschränkung die sozialistischen Verirrungen durchgreifend heilen zu können; vielmehr nahm er sogleich nach der Annahme des Sozialistengesetzes seinen positiven Plan zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen wieder auf.

Als Mittel dazu betrachtete Bismarck eine Reform auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Handelspolitik, zu deren Durchführung er allerdings auf die Unterstützung der Nationalliberalen, die sich von den bisher befolgten Grundsätzen der Freihandelspolitik nicht entfernen mochten, nicht rechnen konnte. Dagegen durfte er hoffen, die gewünschte Unterstützung von Seiten der Zentrumsfraktion, deren Wähler hauptsächlich die Bevölkerung der industriellen und überwiegend katholischen Bezirke der Rheinprovinz, Westfalens und Oberschlesiens bildeten, zu finden. Auch dieser Umstand wirkte günstig auf die Beilegung des „Kulturkampfes“, dessen nach und nach alle Parteien überdrüssig geworden waren.

Der Reichskanzler, welchem jetzt die wirtschaftliche Reform und sein handelspolitisches Programm am meisten am Herzen lag, äußerte bei einem parlamentarischen Diner (15. Februar), daß er zur Durchführung jener seine Bundesgenossen nehmen würde, wo er sie fände. Einige Zeit darauf

(am 3. Mai 1879) erblicken wir den Mann, in dessen Hand seit Jahren die Fäden jeder Opposition gegen Preußen und das Reich, deren Einrichtungen und Staatsmänner zusammenliefen, bei welchem Welfen und Polen, Dänen und Protest=Essaffer ihre schützende Zuflucht fanden, erblicken wir „das geschäftsführende Mitglied der ultramontanen Partei“ — wie der Reichskanzler einmal den Abgeordneten Windthorst im Reichstage bezeichnete — wieder in einer parlamentarischen Soiree bei dem Fürsten, nachdem er dessen Schwelle zehn Jahre lang nicht überschritten hatte. Daß mit diesem einen Besuche des kleinen Abgeordneten für Meppen in den Salons des Reichskanzlers der „Kulturkampf“ nicht abgeschlossen sei, stand ebenso fest, wie daß der Reichskanzler fortan auch in seiner Wirtschaftspolitik nicht immer und namentlich nicht ohne Gegenkonzessionen die Zustimmung der Zentrumsfraktion finden würde, aber der letztere hatte doch nicht mehr zu besorgen, daß das Wohl des Staats durch die Bestrebungen der Parteien in ihrem einseitigen Interesse beeinträchtigt werden würde, und Fürst Bismarck hatte, indem er seinem vornehmsten Grundsatz „Salus publica suprema lex“ manche seiner Neigungen zum Opfer brachte, einen schöneren Sieg errungen, als er von der Fortsetzung des Kulturkampfes jemals hätte erwarten können.

Mit ganzer Hingebung widmete sich der Reichskanzler Fürst Bismarck jetzt seiner neuen Aufgabe, der wirtschaftlichen Reform und der neuen Handelspolitik. Der hochbedeutende Minister Delbrück hatte bereits 1876 seinen Abschied gefordert, der Handelsminister Achenbach trat im Frühjahr 1878 zurück. Nunmehr übernahm Fürst Bismarck das Handelsministerium. Seine neue Handelspolitik war nur ein Ring in der Kette der wirtschaftlichen Reformen. Er erkannte ein Recht des Arbeiters auf Arbeit an, die „Schlöte sollten wieder rauchen“. Dazu mußte die Konkurrenz, die das Ausland der heimischen Industrie machte, gebrochen oder doch eingeschränkt werden. Durch einen veränderten hohen Zolltarif sollte die gesamte nationale Produktion, sowohl der industriellen Fabrikate, wie der Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft unter den Schutz des Reichs und auf eine wahrhaft nationale Grundlage gestellt werden. Dieser neue Zolltarif wurde nach manchen Verhandlungen mit den Parteien, welche darin verschiedene Gesichtspunkte vertraten, am 12. Juni 1879 im Reichstage angenommen.

In seinen Plänen für die Steuerreform befolgte Fürst Bismarck den Grundsatz einer Erleichterung der ärmeren Volksklassen. Er hoffte namentlich durch eine Erhöhung der indirekten und der Luxussteuern den Druck der Steuerlast für die ärmeren Klassen weniger empfindlich zu machen.

Manche Projekte des Fürsten Bismarck, welche eine Hebung der Macht und des Ansehens des Reiches durch seine finanzielle Kräftigung bezweckten,

finden noch nicht die allgemeine Würdigung und mußten zur Zeit noch zurückgelegt werden. Somit ist die Reform auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Steuerpolitik noch nicht als abgeschlossen zu betrachten. Auf einem andern Gebiete aber, welches mit jenem nahe verwandt ist, nämlich desjenigen Zweiges der Gesetzgebung, in welchem sich die aufrichtige und treue Fürsorge des greisen Kaisers und seines unermüdlischen Kanzlers für das Wohl der notleidenden Klassen ausdrückt, hat bei der Neuheit und großen Schwierigkeit des Gegenstandes erst der Anfang gemacht werden können.

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie sollte zunächst nur die Bahn frei machen für eine sozialpolitische Gesetzgebung im großen Stile, mit welcher eine materielle und moralische Hebung der arbeitenden Klassen, sowie eine Versöhnung der die Grundlagen der staatlichen Ordnung bedrohenden gesellschaftlichen Gegensätze angestrebt wird. Als ein erster Schritt in dieser Richtung war die Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Arbeiter-Unfallversicherung (im April 1881), zu betrachten.

„Es war ein Riesenwerk“, sagte der ungenannte Verfasser des Buches: „Bismarck nach dem Kriege“, „dieses umfassende System, dem sich Fürst Bismarck unterzog, würdig, der großen Aufgabe, die er durch die Wiedererrichtung des Deutschen Reichs gelöst hatte, an die Seite gesetzt zu werden, und dazu bestimmt, dieser Wiedererrichtung die Vollendung zu geben.“

Seine höchste Meisterschaft entfaltete Fürst Bismarck auch nach dem Kriege von 1870/71 auf dem Gebiete der auswärtigen, der großen europäischen Politik. Die Politik des Deutschen Reichs, wie sie nach dem Wunsch und Willen des Kaisers Wilhelm von seinem Kanzler geleitet ward, war durchaus uneigennützig, jeder Herrsch- und Eroberungssucht fremd, allein nach den Interessen des Friedens und den Grundsätzen der Gerechtigkeit sich richtend. Daher verdiente und fand sie auch Vertrauen bei den übrigen Mächten.

Während in dem Auftreten des großen Strategen Grafen Moltke im Reichstage beständig die Mahnung lag, gerüstet zu bleiben — denn: „was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben“, sagte Moltke, „das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen!“ — sorgte der Reichskanzler dafür, durch die Beziehungen des Reiches zu den ersten Mächten Europas Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens zu schaffen. Sowie Fürst Bismarck schon 1866 bei dem Friedensschlusse mit Österreich darauf Bedacht genommen hatte, dieser Macht keine solchen Bedingungen aufzuerlegen, durch welche er sich dieselbe zu einem unveröhnlichen Gegner gemacht hätte, so hielt er nach dem Jahre 1871 eine Annäherung an Österreich sowohl durch die geschichtliche Tradition als durch die nationalen Beziehungen für eine der nächsten und natürlichsten Aufgaben der Politik des

Reichs. Ihm kam bei diesem Streben ein Wechsel in der österreichischen Staatsleitung zu statten, indem an Stelle des alten, erbitterten Gegners Preußens, des Grafen Beust, der als Botschafter nach London ging, der bisherige ungarische Ministerpräsident Graf Gyula Andrássy an die Spitze der Regierung trat. Im Sommer des Jahres 1871, am 11. August, begegneten sich die Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl; einige Zeit darauf begaben sich die beiden Monarchen in Begleitung ihrer ersten Minister zu einer neuen Zusammenkunft nach Salzburg (6. September). Wenn durch diese Zusammenkünfte die Ausöhnung zwischen Preußen und Österreich besiegelt wurde, so steckte Fürst Bismarck seiner Politik im Interesse der Erhaltung des Friedens sogleich das weitere Ziel, die noch von der Staatsleitung des Fürsten Schwarzenberg herrührende Spannung zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg auszugleichen. Diesem Zwecke sollte die für das folgende Jahr angebahnte Zusammenkunft der drei Kaiser Wilhelm, Franz Joseph und Alexander in Begleitung ihrer Reichskanzler und ersten Minister Fürst Bismarck, Graf Andrássy und Fürst Gortschakow dienen, welche am 6. bis 11. September 1872 in Berlin stattfand. Das Volk sah in diesem Ereignis eine Anerkennung des neugegründeten Deutschen Reichs durch seine beiden mächtigsten Nachbarreiche und einen stillschweigenden Protest gegen die französischen Revanchegedülste. Diese Ansicht wurde bestätigt durch die Worte, welche Fürst Bismarck um diese Zeit an die Deputation der Stadt Berlin bei dem Empfange ihres Ehrenbürgerbriefes richtete. Er sagte:

„Nach allem Großen, was wir erlebt haben, würde ich nichts dagegen haben, wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben schiene. Die hohen Herren, die hier zusammengekommen sind, werden mit keiner getäuschten Erwartung scheiden. Keine aggressive Absicht gegen irgend eine Macht hat die Zusammenkunft hervorgerufen. Die freundschaftliche persönliche Begegnung der drei Kaiser wird bei unsern Freunden die Zuversicht in Erhaltung des Friedens stärken, unsern Feinden aber die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen.“

Zu einem Prüfstein für die Dauerbarkeit des Dreikaiserbundes wurde sehr bald diejenige Frage, welche, unter dem Namen der orientalischen in gewissen Zeitläuften immer wiederkehrend, die Welt in Brand zu stecken droht. Das Reich der Osmanen ist unwiderrüflich dem Untergange verfallen. Keine Reformen im Innern, keine Hilfe von außen vermögen diesen letzten Resten eines asiatischen Despotentums unter den europäischen Kulturvölkern frisches Leben einzuhauchen, aber das hinsterbende Reich kann noch in seinen letzten Zuckungen schwere Gefahren für den Frieden Europas herbeiführen. Rußland betrachtete sich als den von der Geschichte eingesetzten Erben des

„kranken Mannes“, aber die Eifersucht der andern, an dieser Frage nächstbeteiligten Mächte gönnte ihm dieses Erbteil nicht. Es ist nicht denkbar, daß die Kanzler der drei Reiche in dieser verwickelten Frage, welche noch so verschiedene Stadien zu durchlaufen hatte und in welcher so entgegengesetzte Interessen sich kreuzten, schon in den Septembertagen 1872 bestimmte Abmachungen getroffen hätten. Nur dieses wurde schon während der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin unter ihnen verabredet, daß die drei Mächte auch in dieser Frage Fühlung behalten und im gegenseitigen Einvernehmen handeln wollten.

Die Interessen Rußlands und Österreichs im Orient sind ihrer Natur nach verschieden. Während der Zar sich nach alter Überlieferung zum Schutzherrn der slawischen Christen gegen die mohammedanische Bevölkerung der Türkei berufen fühlt, erblickt Österreich-Ungarn in der Stärkung des slawischen Elements eine Gefahr für den Frieden der unter seinem Zepher vereinigten Völkerschaften.

Dem Deutschen Reiche, welches durch die Vorgänge im Orient weniger unmittelbar berührt ward, fiel die natürliche Aufgabe zu, zwischen den widerstreitenden Interessen der beiden andern Kaisermächte die Vermittelung zu übernehmen, und der offenen und uneigennütigen Politik des deutschen Reichskanzlers war es zu danken, daß trotz der Wirren im Orient der Friede noch ungestört blieb.

Der Funke des Aufstandes, welcher im Juni 1875 in der Herzegowina aufglimmte, griff, von russischen Agenten angefaßt, allmählich nach Bosnien und Bulgarien, nach Serbien und Montenegro über. Die slawischen Christen auf der Balkanhalbinsel standen in offener Empörung gegen die türkische Herrschaft. Das Reformprojekt des österreichischen Kanzlers Grafen Andrassy (vom 29. Dezember 1875), welches, im Einverständnis mit Deutschland und Rußland entworfen, von Frankreich und England unterstützt wurde und eine Gleichstellung der christlichen mit der mohammedanischen Bevölkerung der Türkei zum Ziele nahm, blieb ohne Wirkung. Abermals trafen die drei Kanzler in Berlin zusammen, um gegenüber der Lage im Orient gemeinschaftliche Beschlüsse zu fassen (Mai 1876); aber die Vermittelungsversuche der drei Mächte wurden teils durch die Palastrevolutionen und Thronwechsel, die Mord- und Selbstmordszenen im Serail, teils durch das diplomatische Trug- und Gaukelspiel der Pforte vereitelt. Die gemeinschaftlichen Forderungen, welche die Mächte auf den Konferenzen zu Konstantinopel aufstellten, wurden von der Pforte, welche an England heimlich einen Rückhalt fand, verworfen. Die starke panslawistische Partei in Rußland, welcher sich auch der russische Reichskanzler Fürst Gortschakow zuneigte, forderte laut die Unterstützung der unterdrückten Glaubens- und Stammesgenossen in der Türkei. Der Zar ließ

seine Heere vom Pruth an die Donau vorrücken und die eisernen Würfel kamen ins Rollen. Um sich dessen zu versichern, daß von seiten Österreichs kein Einspruch gegen die russischen Pläne im Orient erfolgen würde, waren schon bei einer Zusammenkunft der beiden Kaiser Franz Joseph und Alexander in Reichstadt (8. Juli), welcher auch die Kanzler Graf Andrássy und Fürst Gortschatow beiwohnten, Verabredungen getroffen worden, denen gemäß Österreich für seine Neutralität in dem zwischen Rußland und der Türkei vorausgesehenen Kriege die dauernde Besetzung Bosniens und der Herzegowina eingeräumt wurde.

Die Zeiten sind vorüber, da der deutsche Pfahlbürger mit einer Art von Behagen davon reden hörte, wie „hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen“. Der Kanonendonner von den Ufern der Donau und den Küsten des Schwarzen Meeres fand seinen Widerhall in allen Ländern Europas. Das Zusammentreffen der entgegengesetzten Interessen Rußlands und Englands auf der einen, Rußlands und Österreichs auf der andern Seite schuf für Europa eine höchst bedrohliche Lage. Die Ultramontanen hofften von einem allgemeinen europäischen Kriege einen Zusammenbruch der durch den Krieg von 1870/71 geschaffenen politischen Verhältnisse. Ein einflußreicher Ratgeber des Papstes, Cardinal Manning, erklärte offen, daß der orientalische Krieg dazu dienen müsse, dem Papste die Herrschaft über den Kirchenstaat wieder zu verschaffen. Auch der ebenso unverföhlische als ideenreiche Gegner Preußens, der österreichische Botschafter in London, Graf Beust, spann bereits im stillen den Plan, unter der Ägide des protestantischen Englands ein Bündnis dieser Macht mit den katholischen Mächten Österreich und Frankreich zur Bekämpfung Rußlands und des Deutschen Reichs zustande zu bringen, hatte damit aber kein Glück bei den Großstaaten. Es schien, als ob an dem „bißchen Herzegowina“, wie man den ersten aufgehenden Funken des orientalischen Krieges nannte, sich der Weltbrand entzünden solle.

Schon hatten die Diplomaten an der Nawa und an der Themse, an der Donau und am Bosporus öfters ihre Stimmen erhoben, nur von dem großen Staatsmann in Berlin wartete man noch auf das entscheidende Wort, obgleich der berühmte britische Geschichtschreiber, der alte Carlyle, in einem Briefe an die Times den seltsamen Vorschlag machte, die ganze Orientfrage dem Schiedspruche des Fürsten Bismarck zu überantworten. Da sprach sich der Fürst bei einem Diner, zu welchem der Vorstand und mehrere Mitglieder des Reichstags bei ihm eingeladen waren, über die Stellung Deutschlands zur Orientfrage aus: „Die Aufgabe Deutschlands“, sagte er, „sei eine Friedensaufgabe, aber er könne andern Nationen keinen akademischen Rat geben, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebens-

interesse fänden. Bedenklich würde es sein, wenn Österreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. In diesem Falle sei es Deutschlands Beruf, für den Bestand Österreichs und überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzutreten. Indessen habe Österreich eine größere Lebenskraft, als manche meinten. Das würde sich zeigen, wenn unter Umständen der Kaiser die Honvéduniform anlegen und sich an seine Völker wenden würde.“ Den Lord Salisbury, meinte Bismarck, habe er wohl einigermaßen für den deutschen Standpunkt gewonnen, d. h. dafür, daß England vorläufig Rußland gewähren lasse, so daß der russisch-türkische Krieg lokalisiert bleibe. Jedenfalls hoffe er, daß es zu keinem offenen Kriege zwischen Rußland und England kommen werde. Doch selbst einen solchen sehe er nicht für sehr gefährlich an. Es sei, als wenn zwei voneinander entfernt stehende Menschen sich mit langen Stangen bekämpften. Habe der Krieg eine Zeitlang gedauert und Opfer gekostet, so würden Rußland, dem einen Rat zu geben die Nation jetzt verstimmen würde, und die Türkei des Krieges müde werden, und Deutschland werde dann mit mehr Erfolg vermitteln können als jetzt.

Der Eindruck dieser Rede war um so bedeutender, da dieselbe keinen offiziellen Charakter mit wohlberechneter Wirkung auf das Ausland trug, sondern unmittelbar an die laufende Unterhaltung anknüpfte, gleichsam wie Privatäußerungen des Fürsten, deren Gewicht gleichwohl niemand zu unterschätzen wagte. Im Inlande verscheuchte die Erklärung des Fürsten die Beforgnis, daß er aus überlieferter Hinneigung zu Rußland oder aus Dankbarkeit für dessen wohlwollende Neutralität in den letzten Kriegen sich über das Interesse Deutschlands hinaus zu einer Unterstützung der russischen Pläne im Orient verpflichtet habe. Von einem solchen Idealismus ist die Politik des deutschen Reichskanzlers allerdings frei, wie auch die etwa um dieselbe Zeit im Reichstage von ihm gesprochenen Worte bezeugten: „Die Regierung werde, solange sie nicht irgend ein Interesse Deutschlands in der orientalischen Frage gefährdet sehe, welches mindestens die gesunden Knochen eines pommerischen Musketiers wert sei, diese auch nicht dafür einsetzen.“

Sowohl an der Donau, als an der Themse wurden die Auslassungen des deutschen Reichskanzlers über die politische Lage, welche er einige Tage darauf (5. Dez.) bei der Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Richter im Reichstage durch eine ausführliche Rede ergänzte, mit hoher Befriedigung aufgenommen. Die Times forderte ihre Landsleute auf, den Wink, daß in dem Ausbruche des russisch-türkischen Krieges noch kein Grund liege, um an dem Kampfe teilzunehmen, so lange der Streit sich innerhalb gewisser Grenzen hielte, mit der Verehrung zu beherzigen, die man einem solchen Meister der Staatskunst schulde.

Sei es, weil man in den leitenden Kreisen Englands den Winken des deutschen Reichskanzlers die gebührende Berücksichtigung schenkte, sei es, weil man noch keine der englischen Interessen für unmittelbar gefährdet hielt, solange die Türkei noch die Kraft zeigte, sich des furchtbaren Gegners so zu erwehren, wie dies im Jahre 1877 wider Erwarten geschah, kurz, England sah der Entwicklung der Begebenheiten auf der Balkanhalbinsel einzuweichen ruhig zu.

Da kam das Jahr 1878 und mit ihm die entscheidende Wendung im Kriegsglücke. Die russischen Heere stiegen nach den blutigen Kämpfen an den Schipkapässen und bei Plewna von dem Balkangebirge herab, drangen bis Adrianopel vor und bedrohten Konstantinopel. Die Türkei war in Europa und Asien vollständig niedergeworfen und Kaiser Alexander befand sich in der Lage, der Pforte den Frieden diktieren zu können. Jetzt glaubte England den Augenblick gekommen, zu gunsten seines Schützlings einschreiten und den Russen ein Halt gebieten zu sollen. Die englische Flotte lief durch die Dardanellen in das Marmarameer ein und warf vor Konstantinopel Anker (13. Febr.). Die Blicke waren jetzt nach jener ehemaligen Hauptstadt der Alten Welt gerichtet in erwartungsvoller Spannung, ob die beiden Weltmächte, Rußland und England, dieselbe in gemeinsamen Besitz nehmen oder welche von beiden daselbst an Stelle des sinkenden Halbmonds ihre Siegeszeichen aufpflanzen würde.

Um diese Zeit (15. Febr.) äußerte sich der Reichskanzler auf eine Interpellation im Reichstage über die politische Lage; er glaube noch nicht an einen europäischen Krieg, teils weil es im Interesse Rußlands liege, eine Abmachung zu treffen, durch welche es vor der baldigen Wiederkehr eines Krieges geschützt würde, teils weil keine der andern Mächte wohl Lust haben möchte, Rußland zu bekriegen, Rußland aus seinen günstigen militärischen Stellungen hinauszudrängen und die Regelung der orientalischen Frage mit voller Verantwortung in die eigne Hand zu nehmen. Die deutsche Regierung sei bereitwillig auf den von der österreichisch-ungarischen Regierung in Anregung gebrachten Gedanken eines Kongresses der Mächte eingegangen. Für den Fall, daß derselbe an einem deutschen Orte zusammenträte, habe er seine Meinung dahin geäußert, daß auf deutschem Boden auch deutsches Präsidium stattzufinden habe, welcher Auffassung von keiner Seite widersprochen worden sei. Davon, daß die Reichsregierung auf dem Kongresse mit einem bestimmten Programm auftrete und dieses den andern Mächten in irgend einer Form aufzudrängen suche, könne keine Rede sein; dies wäre Preßpolitik nicht Staatspolitik. Dadurch würde sich die Regierung die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die er den größten Wert lege, fast unmöglich machen. Die Vermittelung des Friedens denke er sich nicht so, daß bei divergierenden Ansichten Deutsch-

land den Schiedsrichter spiele und sage, so solle es sein und dahinter steh die Macht des Reiches, sondern bescheidener, als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen wolle.“ — —

Der Zar Alexander war unterdessen, im Besitze der Macht, geeilt, die Pforte zum Abschluß des Friedens zu zwingen, und stand jetzt dem überraschten Europa mit der vollendeten Thatfache gegenüber. Der Vertrag von San Stefano (3. März 1878) war eine Verletzung alles dessen, was Rußland bei Beginn des Krieges dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn versprochen hatte. Seine Ausführung bedeutete nichts anders, als die Vernichtung der Türkenherrschaft in Europa. Dem Sultan verblieben auf der Balkanhalbinsel nur einige schlecht zusammenhängende Gebietssteile, welchen sich das neu zu schaffende Fürstentum Bulgarien als ein Vasallenstaat Rußlands von beträchtlichem Umfange (30700 engl. Quadratmeilen) vorlagerte. England und Österreich erhoben sogleich Einspruch gegen die Durchführung. England sammelte seine indischen Streitkräfte auf Malta. Die Pforte machte sich bereit, die Fahne des Propheten zu entrollen. Rußland schien den Vertrag von San Stefano nur durch einen Krieg gegen England, Österreich-Ungarn und die mohammedanische Welt durchsetzen zu können und war aus der mächtigen Stellung des Siegers plötzlich in eine sehr bedrängte Lage versetzt worden. Es setzte seine Hoffnung, sich ehrenvoll aus derselben zu ziehen, allein auf einen Kongreß. Aber wer sollte die Einladungen zu einem solchen erlassen? wer die Rolle des Vermittlers auf demselben übernehmen? —

Fürst Bismarck lag damals krank in Friedrichsruh, die Ärzte hatten ihm auf das dringendste die Enthaltung von den Staatsgeschäften empfohlen. Als er jedoch erkannte, welchen Dienst es Europa und der Sache des Friedens zu leisten galt, band er sich nicht mehr an die Vorschrift der Ärzte.

In der zweiten Hälfte des Mai traf Graf Schumalow bei seiner Rückreise von St. Petersburg auf seinen Botschafterposten in London zum Besuch in Friedrichsruh ein. Daß dieser Besuch und die Unterredungen des Grafen Schumalow mit dem Fürsten Bismarck von hoher Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der Orientfrage war, scheint außer Zweifel zu stehen; denn Graf Schumalow entwickelte seitdem eine außerordentliche Thätigkeit im Interesse des Friedens. Rußland aber erklärte sich bereit, die Stipulationen des Vertrages von San Stefano der freien Diskussion der Mächte anheim zugeben. Darauf erließ die deutsche Reichsregierung (am 2. Juni) an die Hauptmächte Europas die Einladungen zur Beschickung eines Kongresses in Berlin.

Es war eine glänzende Versammlung von Diplomaten und Staatsmännern, wie sie Europa seit jenem Kongresse in Wien (1815) nicht gesehen hatte, welche am 13. Juni 1878 in Berlin eröffnet wurde. Großbritannien hatte seinen Premier Lord Beaconsfield und den Minister des Äußeren Lord Salisbury

gesandt, Oesterreich den Grafen Andrássy und Baron Haymerle, Frankreich und Italien ihre auswärtigen Minister Waddington und Graf Conti, Rußland den Fürsten Gortschakow und Grafen Schuwalow. Den Vorsitz hatte auf den allgemeinen Wunsch der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck übernommen, welchem der frühere bayrische Ministerpräsident und nunmehrige deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, zur Seite stand. Aber wie ganz verschieden war doch die Physiognomie dieses Kongresses von jenem andern in Wien vor 65 Jahren! Dort zierliche Gestalten mit bartlosen Gesichtern, in Schuhen und seidenen Strümpfen daher trippelnd, hier stattliche Männer mit zuversichtlicher Haltung, in der Kleidung die Uniform vorherrschend; dort vergingen erst einige Wochen mit Luftbarkeiten, Praterfahrten, Hoffesten und allerlei Mummenschanz, womit die Diplomaten der alten Schule sich die Zeit vertrieben, bevor sie an ihre eigentliche Arbeit herantraten, hier widmeten sich die Staatsmänner unter dem stillen Antriebe ihres rastlosen Vorsitzenden und in dem Bewußtsein ihrer schweren Verantwortlichkeit, da die Völker von ihrer Arbeit die Entscheidung über Krieg und Frieden erwarteten, von vornherein dem Ernste ihrer Aufgabe, welche sie Tag für Tag in Anspruch nahm, denn neben den offiziellen Sitzungen ging der direkte Verkehr der Diplomaten untereinander, oder mit ihren Regierungen, da arbeitete der Telegraph zwischen Berlin und allen Hauptstädten der Welt, am lebhaftesten wohl mit Petersburg und London, denn es war schon nach den ersten Sitzungen des Kongresses kein Geheimnis mehr, daß zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und St. James durch die Vermittlung des deutschen Reichskanzlers ein Abkommen erzielt worden war, welches für die ferneren Beratungen des Kongresses einen günstigen Fortgang im Sinne des Friedens zu erleichtern schien. Dort, auf jenem Wiener Kongresse, der in Bismarcks Geburtsjahr fiel, bestand die Kunst der Diplomaten noch in einem Spiel von Mänken und Intrigen, von Listen und Überlistungen, dort galt noch der Talleyrandsche Grundsatz, daß die Sprache dem Diplomaten nur gegeben sei, um seine Gedanken zu verbergen, nicht um sie auszusprechen; hier wurden — und dies war vielleicht das Hauptverdienst der von Bismarck begründeten, auf Wahrhaftigkeit beruhenden Staatskunst — der Mann und das Wort nach ihrem wahren Werte gewogen; dort drängten sich die kleinen diplomatischen Gerngroße geschäftig bis in die vorderste Linie, hier begnügte sich der gewaltigste Staatsmann mit der bescheidenen Rolle eines „ehrlichen Maklers“, indem er die widerstreitenden Ansprüche und Interessen der Mächte auszugleichen bestrebt war, die übermütigen Forderungen des Siegers mäßigte, aber auch sein berechtigtes Selbstgefühl schonte, gerechte Ansprüche unterstützte und zur Geltung brachte. Dem entsprechend war auch das Ergebnis auf jenem Wiener und auf dem Berliner Kongreß ein vollständig verschiedenartiges. Während auf dem Wiener Kon-

groß, der beinahe durch ein Jahr versammelt war, das Wort Anwendung fand: „parturiunt montes, nascetur ridiculus mus“ (es kreisen die Berge, eine lächerliche Maus wird geboren), ging aus den vierwöchigen Beratungen des Berliner Kongresses ein Friedenswerk hervor, welches sich bis jetzt durch ein Jahrzehnt bewährt hat; denn der Berliner Vertrag ist seitdem die Grundlage geblieben, auf welche die Staatsmänner bei allen Irrungen im Orient, an denen es ja bis in die neueste Zeit nicht gefehlt hat, zurückgingen. Allerdings erhielt der Vertrag von San Stefano, welchen Rußland in seinem Siegesübermute der Pforte diktiert hatte, durch denselben eine sehr veränderte Gestalt. Das beinahe um die Hälfte des ihm ursprünglich eingeräumten Gebietes verkleinerte Fürstentum Bulgarien blieb ein Vasallenstaat der Pforte. Seine verfassungsmäßige Ordnung wurde Rußland durch einen von ihm zu bestellenden Kommissar unter Beirat eines türkischen übertragen. Die bisherigen Vasallenstaaten der Pforte, Serbien, Rumänien und Montenegro, wurden zu souveränen Staaten erklärt. Österreich schritt zu der ihm bereits vor dem Kriege zugestandenen Besetzung Bosniens und der Herzegowina, welche übrigens nominell — aber auch nur nominell — unter der Oberhoheit des Sultans blieben. Rußland erhielt eine ansehnliche Gebietserweiterung in Asien mit der wichtigen Grenzfestung Karas und der gleich wichtigen Hafenstadt Batum.

Am wenigsten zufrieden mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages war Rußland, und man gab dort dem deutschen Reichskanzler Schuld, daß er es gewesen sei, welcher durch sein Dazwischentreten auf dem Kongresse Rußland an der Ausnutzung seiner Waffensiege über die Pforte verhindert habe; aber man vergaß, daß der Kongreß gerade Rußland zu statten gekommen und von diesem lebhaft gewünscht war, um sich aus der üblen Lage, die es durch sein eigenmächtiges Vorgehen selbst geschaffen hatte, herauszuziehen, und daß Bismarck die Forderungen Rußlands, so weit er es mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit vereinigen konnte, aus traditioneller Freundschaft nach Möglichkeit unterstützt hatte. Ein Führer der Panlawisten, Askafow, nannte den Kongreß „eine freche Beschimpfung dessen, was Rußland gewollt habe, eine kolossale Absurdität, ein verblüffendes Un Ding, eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Betrügen und Irreführen des eignen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung von dessen eignen Vertretern, eine Ohrfeige für Rußland“ u. Diese Ansichten brachen sich allmählich in der ganzen Panlawistenpartei zugleich mit der Empfindung Bahn, daß die erhaltene Ohrfeige am Deutschen Reiche gerächt werden müsse. Die Aufregung wurde unter den russischen Panlawisten noch gesteigert, als Österreich zufolge des Abkommens von Reichstadt, das vor der russischen Nation als diplomatisches Geheimnis



„Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“  
(Im Reichstage am 6. Februar 1888.)

sorgfältig gehütet worden war, zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina schritt. Nach der Sprache, welche die russische Presse, zum Teil die Organe der Regierung, führten und nach den Redeausbrüchen gewisser kriegslustiger Generale schien der Krieg gegen Deutschland beschlossene Thatsache. Diese Annahme wurde bestätigt durch die russischen Rüstungen und Truppenansammlungen an der Grenze. Im Sommer 1879 standen 300 000 Russen bereit, binnen drei Tagen die deutsche Grenze in der Richtung auf Breslau zu überschreiten. Die russischen Machegelüste begegneten sich mit den französischen. Rußland stellte an Frankreich den Antrag eines Offensivbündnisses gegen Deutschland.

Fürst Bismarck erkannte die Gefahr und traf sofort Verabredungen mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Grafen Andrássy, für eine Zusammenkunft in Gastein (26. August 1879). Nach mehreren längeren Unterredungen einigten sich die beiden Staatsmänner über den Abschluß eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn zu gegenseitigem Schutze und zur Aufrechthaltung des europäischen Friedens. Noch schwerer als die Einigung mit Österreich ward es dem Fürsten Bismarck, die Einwilligung des ehrwürdigen deutschen Kaisers, welcher sich nicht allein durch nahe Verwandtschaft und Freundschaft, sondern auch durch die Überlieferung fast hundertjähriger naher Beziehungen dem russischen Monarchen verbunden fühlte, zu dem Bündnisse mit Österreich zu erlangen, aber vor dem Bewußtsein seiner Pflicht gegen das deutsche Vaterland schwanden alle andern Rücksichten. Kaiser Wilhelm ratifizierte den Bündnisvertrag, so wie er ihm von dem deutschen Reichskanzler Fürsten Bismarck vorgelegt wurde, ohne damit der Hoffnung auf Erhaltung des friedlichen Einvernehmens mit seinem bisherigen Bundesgenossen, dem Kaiser Alexander, zu entsagen, wie er durch eine persönliche Zusammenkunft mit demselben in Alexandrowo, einer russischen Grenzstation an der Thorn-Warschauer Linie (3. September), bekundete.

Allmählich brach sich die Überzeugung, daß das deutsch-österreichische Bündnis nicht nur den beiden Verbündeten, welche Rücken an Rücken nach Ost und West sich gegenseitig Schutz boten, sondern überhaupt dem europäischen Frieden wichtige Dienste leistete, sich auch unter andern Staaten Bahn, und so erweiterte sich dieses Bündnis durch den Beitritt andrer Staaten, wie Italien, Serbien, Rumänien, zu einem großen mitteleuropäischen Friedensbunde, dessen segensreiche Wirkungen bereits der ganze Weltverkehr wohlthuend empfindet.

Um aber seine hohe Bestimmung als Schutzmacht für den Völkerfrieden voll und ganz erfüllen zu können, wollte Bismarck das Reich nicht auf Bündnisse, sondern vor allem auf seine eigne Kraft angewiesen sehen. Des-

halb trat er mit voller Energie für alle Vorlagen ein, welche die Wehrkraft des deutschen Volkes stärken und das Deutsche Reich auf eigne Füße stellen sollten. Diesen Zweck sollte namentlich ein Reichsgesetz erfüllen, welches dem Reichstage im Dezember 1887 vorgelegt wurde, dessen Annahme aber an dem Widerspruche des Zentrums und der Fortschrittspartei, welche zusammen die Mehrheit des Reichstags darstellten, scheiterte. Unter diesen Umständen hielt es die Regierung für angemessen, den Reichstag aufzulösen und durch Ausschreibung von neuen Wahlen an das Volk zu appellieren. Als das Gesetz darauf in dem neuen Reichstage abermals zur Beratung kam (6. Februar 1888), bezeichnete Fürst Bismarck dasselbe in einer der glänzendsten und denkwürdigsten Reden, die er jemals gehalten, als eine „volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat, für den Fall, daß wir sie brauchen“ und sah in dieser Verstärkung der Heeresmacht des Deutschen Reichs die sicherste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens, den Deutschland niemals brechen würde. Über Deutschland wolle sich auch durch keine Drohungen schrecken lassen.

„Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“, so schloß der Reichskanzler, „und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgezogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!“ —

Unter dem gewaltigen Eindruck dieser Rede wurde die Gesetzesvorlage ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Es war die letzte hohe Freude und Genugthuung, welche Kaiser Wilhelm I. in seinem Leben hatte, daß er den Bestand des Deutschen Reiches und die Einrichtungen, die er ins Leben gerufen hatte, durch die Einmütigkeit der ganzen Nation, befundet durch das Votum ihrer Vertreter, sowie durch die Übereinstimmung der verbündeten Regierungen mit dem Volke für lange Zeit hinaus sicher gestellt sah. Einen Monat nach jener denkwürdigen Abstimmung im Reichstage, am 9. März 1888, beschloß der große und siegreiche Kaiser, der Gründer der deutschen Reichseinheit, sein glorreiches Leben. „Ich will Meinem Volke Treue um Treue bringen“, so hatte Kaiser Wilhelm I. dereinst seinem Volke zugerufen, und so hat er's gehalten unter allen Wandlungen seines Lebens, als Kriegsheld und als Friedenshort bis zu seiner letzten Namensunterschrift, die er mit zitternder Hand vollzogen

und durch die er den Reichskanzler ermächtigte, den Reichstag nach Beendigung seiner Arbeiten zu schließen.

Am 9. März 1888 hatten sich die Mitglieder des Reichstages etwas später, als zur gewohnten Stunde im Sitzungssaale versammelt. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr erschienen die Mitglieder des Bundesrates, zuletzt der Reichskanzler



Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck.

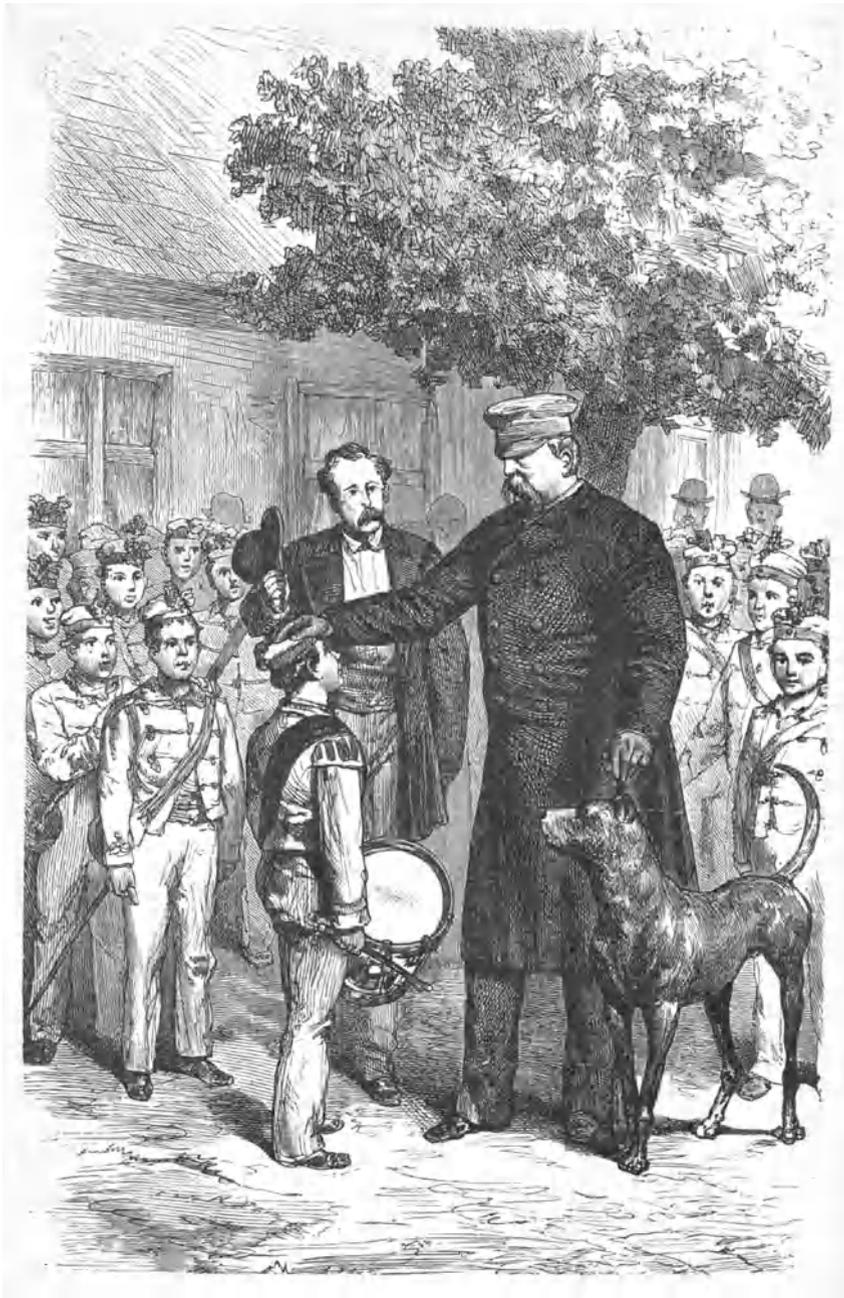
Fürst Bismarck. Der gewaltige Mann schien heute nach Fassung und Festigkeit zu ringen, als er das Wort ergriff, um dem Reichstage die pflichtmäßige Anzeige von dem Hinscheiden des allverehrten und geliebten Kaisers Wilhelm I. zu machen. Er schloß mit den Worten: „Die heldenmütige Ausdauer, der nationale Hochgedanke und vor allen Dingen die treue allbekannte Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeshiedenen Herrn verkörpert war, möge sie ein unzerstörbares Erbteil unsrer Nation sein, das uns unser dahingeshiedener Kaiser

hinterlassen hat. Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unsres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt wird.“ — —

Deutschlands Trauerzeit dauerte lange. Kaiser Friedrich III. kam trotz schwerer Leiden von San Remo herbei, um den erledigten Thron seines heimgegangenen Vaters zu besteigen, aber er trug den Todeskeim bereits in seiner Brust, und 99 Tage nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. (15. Juni 1889) stand das deutsche Volk abermals an der Bahre eines deutschen Kaisers; aber der Geist Kaiser Wilhelms I. ging auch auf seinen Sohn und seinen Enkel über, und ihnen zur Seite stand der Mitbegründer und Kanzler des deutschen Reichs Fürst Bismarck und hielt des Reiches Banner in fester Hand hoch empor.

Jede politische und geschichtliche Schöpfung trägt für so lange die Bürgschaft der Dauer in sich, als die ihr innewohnende Idee ihr Lebenskraft verleiht. Es war der große Gedanke Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers, das neugegründete Deutsche Reich zu einer Schutzmacht des Weltfriedens, zu einem Hort der Freiheit und Gerechtigkeit für alle Nationen zu erheben. Auf diesem Gedanken beruht die Macht des deutschen Kaisertums und des Deutschen Reichs, und so lange Deutschland von diesem nationalen Hochgedanken erfüllt und sich selber treu bleibt, für so lange ist die Zukunft des Deutschen Reiches gesichert und verbürgt.

So daure glorreich fort und fort  
 Der Bau, den er gegründet,  
 Des Rechtes Schirm, des Friedens Hort,  
 Dem freien Geist verbündet,  
 Ihr Brüder, schwört's mit Mund und Hand,  
 Wie er zu steh'n zum Vaterland,  
 Er leucht' uns vor  
 Zum Gipfel empor,  
 Ein Stern, der nie entschwindet!



Die Pölkower Turnjugend in Warzin, am 19. August 1871.



Wieder in Schönhausen.

### Dreiundzwanzigstes Kapitel. Bismarck in seiner Familie und im deutschen Volke.



Der Ruhm des Vaters ist den Söhnen Leuchte.

Zu Haus' und in dem Kriege herrscht der Mann  
Und in der Fremde weiß er sich zu helfen.  
Ihn freuet der Besitz, ihn krönt der Sieg.

Goethe.

eben der bewundernswerten Thatkraft, welche Bismarck unter den Kämpfen und Stürmen seines vielbewegten Lebens entwickelte, bildet die Liebe zu seinem ländlichen Daheim, zu dem stillen Frieden des Herdes, einen durchgehenden Zug seines Wesens. Seltener als früher lenkt der Kanzler jetzt seine Schritte nach der alten Heimat seiner Vorfahren zurück; Barzin und das lauenburgische Friedrichsruh mit seinen weiten Waldungen haben dem altmärkischen Schönhausen den Rang abgemommen. Wir haben die Herrschaft Barzin schon in einem früheren Kapitel

ausführlich geschildert\*) und wollen nun auch der neuesten Besizung des deutschen Reichskanzlers, Friedrichsruh, einen Besuch abstatten.

Unter dem Namen „Friedrichsruh“ begreift man jetzt den gesamten zu dem früheren Domanium des Herzogtums Lauenburg gehörigen Grundbesitz im Amte Schwarzenbeck, welcher von dem deutschen Kaiser Wilhelm I. nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 (durch Erlaß vom 24. Juni 1871) dem deutschen Reichskanzler Fürsten Bismarck in Anerkennung seiner Verdienste als eine Dotation übereignet und von dem Fürsten zu einem Familienfideikommiß unter dem Namen Fideikommißherrschaft Schwarzenbeck erhoben wurde.

Zu der Zeit, als Fürst Bismarck den Besitz dieser Herrschaft antrat, gab es daselbst noch kein herrschaftliches Wohnhaus. An der Stelle eines ehemaligen Jagdhauses, welches nach seinem Erbauer, dem Grafen Friedrich zur Lippe, Sternberg und Schmalenberg, den Namen „Friedrichsruh“ trug, stand ein einfaches Wirkshaus, welches der Fürst käuflich erwarb und zu einem anmutigen Wohnhause umbauen und erweitern ließ.

Das gegenwärtige herrschaftliche Wohngebäude zu Friedrichsruh ist sowohl in seinem Äußeren, als in seiner inneren Einrichtung weniger fürstlich und stattlich, als behaglich und freundlich. Durch die hohen Baumkronen und Sträucher in seiner unmittelbaren Umgebung und durch die hohe rote Mauer, welche den Park gegen die Landstraße und Eisenbahn abgrenzt, wird das fürstliche Wohnhaus von dieser Seite den Blicken der Fremden verdeckt, wogegen an der dritten Seite des Parks ein Flüsschen, die Aue, in ziemlich tief eingeschnittenem Thale sich windet und an der vierten Seite eine Reihe von dichten Hecken die Grenzen des Parks bilden.

Das Herrenhaus hat zwei Stockwerke. In dem Erdgeschoß befinden sich die Wohnräume für die Familie: das Arbeits- und das Empfangszimmer des Kanzlers, die Arbeitskabinette des Grafen Herbert und des Grafen Kanizau, der Speisesaal mit einer Veranda nach dem Parke, die Bibliothek, ferner das Schlafzimmer des Fürsten, das Schlafgemach und das Toilettenzimmer der Frau Fürstin; das obere Stockwerk enthält die Gast- und Logierzimmer.

In den Wohnräumen erregen manche Gegenstände als wertvolle Geburtstagsgaben und historische Reliquien unser besonderes Interesse. Da finden wir auf einem schönen eichenen Schranke eine bronzene Nachbildung des Germania=Denkmals im Niederwalde, welche Kaiser Wilhelm I. dem Kanzler zu Weihnachten 1883 übersandt und mit den von ihm eigenhändig geschriebenen Worten begleitet hat: „Der Schlußstein Ihrer Politik, zur Erinnerung an eine Feier, welche vorzugsweise Ihnen galt, welcher beizuwohnen Sie aber leider verhindert waren. W. —“

\*) Siehe Seite 298.

In dem Arbeitszimmer des Kanzlers steht ein einfacher Spiel Tisch von Mahagoniholz, welcher in der neueren preußisch-deutschen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt hat. Klappt man ihn nämlich zusammen, so findet man auf einem Metallschild in der zugeklappten Tischplatte die Worte eingraviert: „Auf diesem Tische ist der Präliminarfrieden zwischen Deutschland und Frankreich am 26. Februar 1871 zu Versailles, Rue de Provence Nr. 14, unterzeichnet worden.“ Ist der Tisch aufgeschlagen, so erblickt man auf dem mittleren Rund von grünem Tuche noch einige Stearinflecken von den Kerzen, welche den Unterzeichnern des Friedens leuchteten. Man erzählt, daß die frühere Besitzerin dieses Tisches, Madame de Joffé, sich lange gesträubt habe, ihn dem Kanzler zu verkaufen; erst nachdem dieser einen ganz gleichen Tisch von einem Tischler herstellen gelassen, soll die Dame zu bewegen gewesen sein, den eigentlichen Friedentisch dafür in Tausch zu geben.

Was dem Fürsten Bismarck sein Friedrichsruh besonders lieb macht, das ist aber nicht das Schloß — wenn der schlichte, etwas winkelige Bau diesen Namen überhaupt verdient — sondern es ist der herrliche Sachsenwald, welcher dasselbe von allen Seiten unmittelbar umgibt und in früherer Zeit einen großen Flächenraum des niederdeutschen Tieflandes an der unteren Elbe bedeckte (jetzt ca. 8000 Hektare = 30000 Morgen). Es ist ein schönes Stück altdeutscher Erde, die Wohnstätte der altfächsischen und wendischen Stämme, welche ehemals das Land zwischen Elbe und Ostsee bevölkerten. Hunderte von Hünengräbern, die sich im Walde und am Rande desselben befinden, geben Zeugnis von den gewaltigen Kämpfen, die zwischen den hier sesshaften Slaven und den germanischen Einwanderern fächsischen Stammes geführt wurden. Die Erinnerung an die alte Heidenzeit spukt auch noch heute in den Sagen des Sachsenwaldes nach. Der Heljäger fegt in stürmischen Nächten noch mit Rossen und Rüdten über die Wipfel des Sachsenwaldes hin. Einer von seinen Hunden trägt im Volksmunde den Namen: „Waul“. Tagelöhner Müller in Dassendorf hat ihn in seiner Jugend selbst einmal gesehen; er hatte die Gestalt eines Jagdhundes und war schwarz und weiß getigert. Er hatte sich in einer Hütte unter einer Bettstelle niedergelegt und ließ niemand an sich heran, kein Mensch durfte ihn stören; kam ihm jemand nahe, dann „knurr he; he wul nich weg; wo he leg, do leg he; er frät nichts.“ „So leg he“ ein ganzes Jahr lang, bis einst in einer der Zwölfnächte der „Heljäger“ durch den Sachsenwald fuhr und den „Waul“ wieder mit sich nahm. — Es gibt auch ein gespenstisches „weißes Roß“, das im Sachsenwalde in der Freiheit umherläuft; es duldet keinen Reiter auf seinem Rücken und noch niemand hat es gebändigt. Wenn jemand es besteigen will, dann wächst es beständig, bis es über die höchsten Baumwipfel emporragt. Zwei Leute aus Wihhave sind einmal beim

Holzholen mitten im Walde mit ihm zusammengetroffen. Als Hack es sah, lief Hirsch davon und brach das Wein. — Ferner meldet die Sage von einem Schmiede Meland oder Ammeland, der im Sachsenwalde in der Stangenmühle wohnte, deren Mühlendamm noch heute steht. Der Schmiedete die besten Waffen von seltenem Wert und von wunderbarer Wirkung. Noch vor kurzem fand man dort in der Erde ein dreikantiges, armdickes, zehn Fuß langes, an beiden Enden zugespitztes Stück Eisen, das auf Melands Schmiedekunst zurückgeführt werden muß, denn kein anderer hätte ein solches Eisen zu schmieden vermocht. Heute wohnt in derselben Gegend wieder ein schneidiger Schmied, von dem die deutschen Lieder melden:

„Es kommt kein Schmied dem Schmiede gleich,  
Er schmiedet zusammen das Deutsche Reich“ zc.

oder:

„Er schmiedet Germania, dem fürstlichen Weib,  
Das Panzergeschmeid um den blühenden Leib,  
Zu Schuße und Truße geschaffen“ zc. — —

Im Sachsenwalde finden sich die verschiedensten Baumarten; mit Kiefern und Fichten wechseln Buchen, Eichen, Eschen und Birken. Wie in Barzin, so verwendet der Fürst auch hier eine besondere Sorgfalt auf die Forstkultur. Oft wandert der Fürst, nachdem er von Berlin angekommen, noch ehe er die Schwelle seines Hauses betreten hat, schon hinaus in den Wald.

Trotz der Weltabgeschiedenheit und Waldeinsamkeit, die Fürst Bismarck in Friedrichsruh sucht, folgt ihm doch die Welt auf Dampfes Flügeln und auf Telegraphendrähten auch hierher nach. Depeschen, Briefe in großer Zahl, ja ganze Aktenbündel kommen jeden Tag für ihn an. Dazu kommen zahlreiche Besuche von Staatssekretären, Räten, Bottschaftern und Ministern. Hier weilten Fürst Gortschakow und sein Nachfolger von Giers; hier waren der österreichische Minister Graf Kalnoky und der italienische Ministerpräsident Crispi bei dem dritten der Vertreter des europäischen Friedensbundes, dem Fürsten Bismarck, zum Besuch. Es wird erzählt, daß der russische Reichskanzler Fürst Gortschakow bei seinem Besuche 1878 in Friedrichsruh auf einem Spaziergange eine fatale Begegnung mit dem „Reichshund Tiras“ gehabt habe, welcher ihm den Eintritt in den Park verwehren wollte. Sollte in der That Tiras ein so feines Gefühl für die Reichspolitik gehabt haben? — Mit dem Jahre 1878, dem Jahre des Berliner Kongresses, trat bekanntlich jene politische Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland ein.

Im Jahre 1888, bald nach seinem Regierungsantritt, bezeugte der deutsche Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Fürsten Bismarck seine besondere Achtung und sein Wohlwollen, indem er bei der Rückkehr von seiner Besuchsreise an den nordischen Höfen dem Fürsten Bismarck in Friedrichs-

ruh einen Besuch abstattete (31. Juli und 1. August) und diesen Besuch im Herbst (29. und 30. Oktober 1888) wiederholte. Der Kaiser bewohnte beide Male die über dem Speisesaal für ihn eingerichteten Zimmer, zu welchem man in dem mit Jagdtrophäen geschmückten Treppenhause aufsteigt. Von seinen Fenstern aus genoß der Kaiser die erquickende Aussicht über grüne Wiesen und waldumfränzte, blinkende Wasserflächen. Fürst Bismarck



Schloß Friedrichsruh.

begleitete seinen kaiserlichen Herrn auf Spaziergängen im Sachsenwalde und freute sich, ihm seine schönen alten Buchen zeigen zu können. Der Kaiser interessierte sich lebhaft für die Pflanzungen aus eingeführten, besonders schönen Koniferen, welche der Fürst mit günstigstem Erfolge in der Nähe seines Wohnsitzes zum Schutze desselben gegen die Weststürme hat ausführen lassen. Man trifft darin Gruppen von der schönsten aller Tannen, nämlich von der aus dem Kaukasus herrührenden Edeltanne (*abies nordmanniana*), von Douglas- und Sittkafichten und von einer gegen den Wind unempfindlichen Chypresse (*cypressus lawsoniana*), zwischen welchen langnadelige, fremde Kiefern und japanische Lärchen eingesprengt sind.

Der Kaiser steigt bei seinen Besuchen in Friedrichsruh unmittelbar vor

dem Portale des herrschaftlichen Wohnsitzes mittelst einer zierlichen Treppe, die an die Thüre seines Salonwagens gebracht wird, aus und ein, während die Minister Crispi und Graf Kalnochy von dem Kanzler auf dem Bahnhofe abgeholt und nach demselben zum Abschiede begleitet wurden.

Als der Kaiser bei seinem zweiten Besuche (29. Okt.) von Hamburg her in Friedrichsrub erwartet wurde, war es bereits tiefdunkle Mitternacht. Die Jäger des Fürsten und die uniformierte Feuerwehr, in welche sich Leute aus allen Ständen gedrängt hatten, bildeten mit qualmenden Pechfackeln Spalier von dem Ausstieg auf dem Bahnhof bis zum Eingange des fürstlichen Wohnhauses. Der Fürst selbst in Uniform, mit der langen Peise in der Hand, war bei Fackelbeleuchtung thätig, das Spalier aufzustellen und zu ordnen, und seine hohe Gestalt warf ihren langen Schatten über die sich sammelnden Gruppen und sich ordnenden Reihen. Dem Kaiser, welcher soeben von den glänzenden Feierlichkeiten in Hamburg kam, schien dieser einfache und originelle Empfang im Sachsenwalde gar wohl zu gefallen, denn er schritt mit lachender Miene, freundlich grüßend durch die Reihen.

Manche Worte der Weisheit und des freudigen Thatenmutes mögen wohl in diesen Tagen in den Laubtronen der alten Eichen und Buchen verauscht sein, wenn der jugendliche Hohenzollernkaiser mit seinem greisen Kanzler unter den Wipfeln des Sachsenwaldes daher schritt. Das Volk aber freute sich des Vertrauens, welches der Kaiser in seinen unter seinem Vater und Großvater erprobten treuen Ratgeber setzte, den er durch seine Besuche so hoch ehrte; denn es hoffte, daß aus dieser Vereinigung der besonnenen Weisheit mit der jugendlich frischcn Thatkraft Segen für das Vaterland ersprießen würde.

Im Oktober 1889 hatte Friedrichsrub den Besuch von braunen Männern in langen weißen Mänteln, mit goldenen Armspangen und Halsketten, die weit herkamen. Es waren Mitglieder der Gesandtschaft des Sultans von Sansibar, welche gekommen war, um freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reiche anzubahnen und um dem Fürsten Geschenke aus ihrer Heimat darzubringen, welche der Fürst mit einem prachtvollen silbernen Krüge als Geschenk für den Sultan von Sansibar erwiderte. Die braunen Männer waren hoch erfreut über die Aufnahme, welche sie bei dem Fürsten in Friedrichsrub fanden. Der Fürst kehrte gerade von einem Spazierritte im Sachsenwalde zurück, als die Gesandten unter Führung des deutschen Generalkonsuls in Sansibar, Dr. Michahelles, und in Begleitung des Dolmetschers Michala das Schloß betraten. Als sie die hohe Gestalt des Reichskanzlers auf seinem großen Fuchs unter den Baumwipfeln auftauchen sahen, erstaunten sie über seine imposante Erscheinung und einer der Sansibariten gab seinem Erstaunen Ausdruck in der bildreichen Sprache seines Volkes mit den Worten:

„Er ist gleich wie ein Turm.“ — Und so ist es auch: er ist gleich wie ein Turm so fest und standhaft, so hoch und mächtig, und das Fundament, das ihn trägt, ist das deutsche Volk in seiner Kraft und Einheit.

Denn heutzutage gehört Fürst Bismarck zu den geachteten und gefeiertsten Männern Deutschlands.

Unter dem Namen „Bismarck“ fahren stolze Schiffe über den Ocean, jagen Dampfrösse von Ort zu Ort, nach ihm nennen sich neue Hallen, Plätze und Straßen; ja, in Amerika sind ganze neue Städte auf denselben getauft worden. Die „Kouleur Bismarck“ spielt in allen Schattierungen, der flotte Studio raucht aus der „Bismarckpfeife“ und Frauen schmücken mit „Bismarckrosen“ den Busen. Auch auf die Umgebung des Fürsten ist seine Popularität mit übergegangen, und der „Reichshund“, die große schwarze Dogge, welche Kaiser Wilhelm II. dem Kanzler zum Geschenk machte, nachdem seine beiden Vorgänger „Sultan“ und „Tiras“ eingegangen waren, hat eine Berühmtheit erlangt, um welche der noch viel schwärzere Lieblingskater des Papstes ihn mit Recht beneiden mag.

Alle Stände und Gewerke, Korporationen und Genossenschaften möchten Bismarck zu den Ihrigen zählen. Seine Anlagen zu den verschiedensten Erwerbszweigen werden uns in einem Gedichte von Karl Stieler in oberbayrischer Mundart sehr anmutig geschildert. Da heißt es:

„Im Wirtshaus hocken's bei einand,  
Da hängt der Bismarck an der Wand;  
Na, dem sei Bildl kennt man glei,  
Um den geht heunt die Streiterci.

Der Jackel ist a Zimmermann —  
„Der hat schon noch was mehrers than,  
Der hat a drum baut noch a Zaun,  
Daß d' Spigbuo'n sich net eintraun.“

Der Fuhrknecht sagt: „Zum Teufelholen,  
Dös hätt ä Fuhrmann werden sollen,  
Der wirft nit um und schmeißt nit a,  
Und eh'ft dich umschaußt, is er da.“

Der Jagerhans hodt aa dabei;  
„Gehlt“, sagt er, „mit der Lumperei  
Von eurem G'schäft, da kommt's mir  
g'frohlen,  
A Jager hätt' er werden sollen,  
Weil er allweil an Punkten trifft.“  
So schreit der Hansel, weil's ihn gift.

„Na“, schreit der Maurersepp daneben,  
„Dös hätt a guten Maurer geben,  
Der hat wurzweg — dös werd's schon  
wissen —

Die alten Hütten niederg'riffen  
Und hat uns hing'stellt a schön's Haus.“ —  
„Mein“, schreit der Jackel, „laßt mich aus“ —

Da ruft der Hausknecht drein in d' Stub'n:  
„Thut's nit so aufbegehren, Buben,  
Was besser is, — das Best' is g'wiß,  
Daß er der Bismarck wor'n is.“ —

An den Familienfesten im Bismarckschen Hause nimmt das ganze Volk Anteil. Es geht kein Geburtstag des Kanzlers vorüber, an dem ihm nicht aus den verschiedensten Gegenden des Reichs und aus dem Auslande eine Fülle von telegraphischen und brieflichen Glückwünschen zufließt. Ein Geburtstag (1877) brachte unter andern sogar ein Glückwunschtelegramm aus

dem Monde, — nämlich von den Gästen im „Galben Monde“ zu Weisenschels.  
Es lautete:

„Durchlaucht, wir gratulieren,  
Sie sind das zwar gewohnt,  
Doch selten mag's passieren  
Von Gästen aus dem Mond.“

Darauf Bismarck's Antwort:

„Daß mir Gratulationen  
Vom Monde zugebracht,  
Wo selten Gäste wohnen,  
Das hätt' ich nie gedacht.“

Wenn das Leben des Kanzlers voll Mühe und Arbeit war, so ist doch sein Lebensabend jetzt auch reich an wohlthuenden und erquickenden Eindrücken. Freudigen Herzens sieht er sein Wirken zum Besten des Vaterlandes in immer weiteren Kreisen verstanden, freudigen Herzens auch die Früchte seiner langjährigen, mühevollen Thätigkeit reifen.

Eine besondere Gelegenheit, dem Kanzler ihre ehrerbietige Teilnahme zu bezeugen, gab seinen zahlreichen Anhängern und Verehrern der 70. Geburtstag, welchen er am 1. April 1885 in erwünschtem Wohlfsein zu Berlin feierte. Die Wohnräume seines Palais schienen an diesem Tage in eine Ausstellung von wertvollen und Kunstgegenständen verwandelt, welche dem Fürsten an diesem Tage von Privatpersonen und von Genossenschaften dargebracht wurden. Viele von diesen Geburtstagsgeschenken bilden gegenwärtig einen Zimmerschmuck in den Wohnräumen der Bismarck'schen Familie auf den fürstlichen Gütern.

Da sehen wir in Friedrichsruh einen mächtigen Schrank von Eichenholz mit zwei Flügelthüren, welcher dem Kanzler von deutschen Papierfabrikanten verehrt wurde. Derselbe enthält in zahlreichen Fächern und Schubladen alle Sorten Papiere, Briefumschläge, Einladungskarten, Tischkarten, Stahlfedern, Bleistifte von den kleinsten, zierlichen Notizbuchstiften bis zu den bekannten langen Parlamentsbleistiften, mit denen man den Kanzler im Reichstag öfters handtieren sieht, kurz alles, was ein schreibender Mensch in seinem Leben irgend gebraucht oder doch gebrauchen könnte.

In demselben Zimmer steht ein großer Tisch von 3 Meter Durchmesser aus einem einzigen Eichenstamme, ein Geschenk des Tischlers Sander in Wankeleben bei Magdeburg. Er zeigt in der Mitte das Bismarck'sche Wappen mit den Jahreszahlen 1815 und 1885, außerdem auf jeder der beiden Hälften ein paar Widmungserse:

„Mit Gunst! Du hast mit fester Hand  
Zusammengeleimt das deutsche Land.

Sold' Obermeister lob' ich mir,  
Gott grüß' das Handwerk für und für! —

Wenn einer gern uns Ränke spannt,  
Dann setzest Du den Hobel an.

Dann flogen auch die Späne gleich,  
Gott schütz' den Kaiser und das Reich!

Kaiser Wilhelm I. über sandte dem Kanzler zu seinem 70. Geburtstag das großartige Gemälde von A. von Werner, die Verkündung des deutschen Kaiserreichs im Schlosse zu Versailles (am 18. Januar 1871) darstellend, dazu das nachfolgende allerhöchste Handschreiben:



Der Kaiser beglückwünscht den Fürsten Bismarck zum 70. Geburtstage.

„Berlin, den 1. April 1885.

Mein lieber Fürst!

Wenn sich in dem deutschen Lande und Volke das warme Verlangen zeigt, Ihnen bei der Feier Ihres 70. Geburtstages zu bethätigen, daß die Erinnerung an alles, was Sie für die Größe des Vaterlandes gethan haben, in so vielen Dankbaren lebt, so ist es Mir ein tief gefühltes Bedürfnis, Ihnen heute auszusprechen, wie hoch es mich erfreut, daß solcher Zug des

Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht. Es freut Mich das für Sie als wahrlich in höchstem Maße verdiente Anerkennung, und es erwärmt Mir das Herz, daß solche Gefinnungen sich in so großer Verbreitung kundthun, denn es ziert die Nation in der Gegenwart und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie ihre Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An solcher Feier teilzunehmen ist Mir und Meinem Hause eine besondere Freude, und wünschen Wir Ihnen durch beifolgendes Bild auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung Wir dies thun; denn daselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohenzollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern! Sie, Mein lieber Fürst, wissen, wie in Mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird. Ihnen sage Ich daher mit diesem nichts, was Ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und Ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was Wir Ihnen zu danken haben.

Mit diesen Gefinnungen und Gefühlen endige Ich diese Zeilen, als über das Grab hinaus dauernd

Ihr dankbar treu ergebener Kaiser und König  
Wilhelm."

Auch der gesamten Nation war es Bedürfnis, dem Kanzler an seinem 70. Geburtstage ihre dankbare Verehrung durch einen äußeren Beweis zu bethätigen. Durch eine Sammlung in der Nation wurden die Mittel aufgebracht, um auch das zweite früher Bismarcksche, seit 1835 in die Hände der Gärtnerschen Familie übergegangene Gut zu Schönhausen zu erwerben, welches nun am 1. April 1885 dem Fürsten Bismarck als Nationalgeschenk dargebracht wurde, so daß nun die alten Stammgüter der Familie Bismarck wieder in einer Hand vereinigt wurden.

Die Schönhausener knüpften an diese Schenkung zugleich die Hoffnung, den Fürsten nun wieder häufiger in ihrer Mitte zu haben; denn in den Herzen der biedereren Altmärker hat der Kanzler doch noch immer seine Heimat behalten. Die Schönhausener haben an dem steigenden Ruhme ihres großen Landsmannes lebhaften Anteil genommen. Sie haben es mit Stolz vernommen, wie ihr Junker Otto in seiner staatsmännischen Laufbahn zu den höchsten Stufen emporstieg; sie verehren und bewundern den mächtigen Reichskanzler, aber sie lieben ihn, weil er der Bismarck ist.

Schon bald nach dem Friedensschlusse (1871) ging Bismarck für einige



*Patriae inserviente consumor.*  
*Heidenreich*

Aufnahme des Hof-Photographen Pilatz zu Kissingen im Sommer 1892.

Tage nach Schönhausen, von jung und alt im Dorfe mit schlichter Treuherzigkeit freudig willkommen geheißen. Die alten Linden, unter denen er als Kind gespielt hatte, rauschten ihren Segensgruß auf sein fürstliches Haupt herab. Bei seiner Rückkehr nach Berlin — es war am dritten Pfingstfeiertage (30. Mai) — ward ihm ein überraschender Empfang in dem altmärkischen Städtchen Rathenow bereitet, welches dereinst durch seine Wahl zum Abgeordneten für die preußische Zweite Kammer — wie der Bürgermeister Groffe mit gerechtem Stolge sich ausdrückte — „die Pforte geöffnet hatte, durch die er zu seiner großartigen politischen Thätigkeit einging“. Die offiziellen Vertreter des Kreises und der Stadt, der Landrat und der Bürgermeister nebst den Mitgliedern des Magistrats und den Vorstehern der Stadtverordneten sowie die Geistlichen und zahlreiche andre Personen hatten sich auf dem Bahnhofe zur Begrüßung eingefunden. Die Schützengilde stand unter Führung ihres Schützenleiters und Königs auf dem Perron aufgestellt. Gegen 3 1/2 Uhr lief der Zug im Bahnhofe ein, von jubelnden Willkommenrufen und dem Tusch der Schützenmusik empfangen. Nach der Begrüßung des Fürsten durch den Landrat im Namen des Westhavelländischen Kreises nahm der Bürgermeister Groffe das Wort und schloß mit einem Lebehoch auf den Fürsten, „den berühmtesten Sohn der Mark“. Sodann näherte sich auch der Schützenkönig und reichte dem Fürsten den mit edlem Weine gefüllten „Kaiserpokal“, worauf dieser mit lauter Stimme ein Hoch auf die Stadt Rathenow ausbrachte. Auch die im Wagen verweilenden Damen, die Gemahlin und die Tochter des Fürsten, nahmen den dargebotenen Trunk freundlich an. Unter den auf dem Perron versammelten Personen begrüßte der Fürst noch manchen Bekannten aus alter Zeit. Der Superintendent gab ihm die Versicherung, daß auch aus seiner Gemeinde viele Gebete für ihn zum Himmel aufstiegen, und der Fürst erwiderte: „Ich danke Ihnen herzlich; denn ich weiß, daß das Gebet hilft.“ Nach einem etwa viertelstündigen Aufenthalt ertönte das Signal zur Abfahrt. Begleitet von den lauten Zurufen der Versammlung und von den Klängen der Musik, setzte der Fürst seine Reise fort.

Mit Genugthuung empfanden es die Schönhausener, als im Dezember 1872 in ihrem Dorfe fünf französische Geschütze eintrafen, welche Kaiser Wilhelm aus der Kriegsbeute dem Fürsten zum Geschenke gemacht hatte. Der Fürst hatte den Deichhauptmann Gärtner ersucht, das Ausladen der Geschütze auf dem Bahnhofe und das Abfahren derselben nach dem Schlosse zu bewerkstelligen, und dieser hatte bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen. Damit waren aber die wackeren Schönhausener nicht zufrieden; sie wollten vielmehr aus der Ankunft und Einfahrt dieser Kriegstrophäen ein Fest für das ganze Dorf machen. Kaum war die Nachricht von dem Eintreffen der

Geschütze auf dem Bahnhofe in Schönhausen bekannt geworden, so berief der (seitdem verstorbene) Schulze Pütsch die Gemeinde zusammen, um zu beschließen, in welcher Weise die Abholung am feierlichsten zu bewirken sei. Die drei Vereine, der Krieger-, Handwerker- und Gesangverein, wurden zur Beteiligung eingeladen und die Jungfrauen Schönhausens flochten Gewinde aus Tannenreisern, um die Trophäen damit zu schmücken. Die Geschütze selbst ließ der Deichhauptmann nach erfolgter Ausladung auf die Bitten der Dorfvältesten die Nacht über unter Bewachung auf dem Bahnhofe stehen.

Am folgenden Tage (12. Dezember) frühmorgens war das ganze Dorf in Bewegung. Die Vereine zogen mit Musik und fliegenden Fahnen nach dem Bahnhofe hinaus, begleitet von der Schuljugend und dem größten Teil der Dorfbewohner. Die jüngeren Burschen hatten sich teilweise beritten gemacht und bildeten die Eskorte oder sie traten als Geschützführer ein. Die älteren Ackerbürger und die Metzger gaben zu Fuß das Geleit. Auf dem Bahnhofe wurden Lebehochs auf den Kaiser und seinen Kanzler gebracht und dazu aus dem leichtesten Geschütze fünf Schuß abgefeuert, nämlich nach jeder Windrichtung einer und der letzte auf das Dorf. Dann setzte sich der Zug unter Führung des Zeugserganten Müller, welcher die Überführung der Geschütze von Berlin nach Schönhausen geleitet hatte, in Bewegung: voran das Musikcorps, die drei Vereine mit ihren Fahnen und die alte Garde Schönhausens, dann die bekränzten Geschütze — und zwar die beiden schweren je mit sechs kräftigen Braunen, von den beiden leichten das eine mit vier Füchsen, das andre mit vier Rappen, endlich die Mitrailleuse mit vier Schimmeln bespannt — den Schluß bildete die Kavallerie. So ging es mit klingendem Spiele die zur via triumphalis umgewandelte Dorfstraße hinab bis zur Windmühle an der Chaussee nach Fischbeck; hier wurde umgekehrt und nach dem Schlosse zurückgefahren, wo die Geschütze auf einer halbmondförmigen Rampe neben dem Schlosse ihre Aufstellung fanden.

Im Frühjahr 1886 kam der Fürst auf einige Tage nach Schönhausen, um den Besitz des zweiten (früher Gärtnerschen) Gutes daselbst anzutreten; im Mai 1889 verweilte er über eine Woche dort, und er fühlte sich wohl unter den einfachen, ehrlichen Menschen. Er ging als Gutsherr durch das Dorf, allein oder mit seiner Gemahlin am Arme; wen er von den früheren Bekannten traf, den redete er in dem altmärkischen Platt an, fragte nach seinen häuslichen Verhältnissen, nach dem Ertrage seines Acker u. s. w. Die jüngeren Leute kannte er doch dem Namen nach und freute sich, wenn er hörte, daß sie ihres Vaters Namen Ehre machten. Jedes Wort, das der Fürst gesprochen, machte die Kunde im Dorfe, und alle freuten sich, daß der große Reichskanzler doch ganz der Bismarck geblieben war.

In der Hauptstadt des Reiches gestaltet sich das Leben des Kanzlers

schon durch die Staatsgeschäfte, welche ihn in Anspruch nehmen, freilich anders, doch gilt sein Haus auch hier als ein außerordentlich gastfreies. Die großen Soireen bei den Ministern und Botschaftern haben wohl alle einen gewiß offiziellen Charakter, doch sagt man von den Bismarckschen Soireen, daß sie ihre besonderen und eigentümlichen Reize hätten. Überraschend ist die Fülle von Glanz und Schönheit, welche dann aus den erleuchteten Salons in dem Palais des Reichskanzlers (Wilhelmsstraße 76) den Gästen entgegenstrahlt. „Welch reicher Himmel, Stern bei Stern! Wer kennet ihre Namen?“ — Die berühmtesten Männer Deutschlands und die ihnen nachstrebende Jugend, Minister und Attachés, Generale und Leutnants, Gönner und Jünger der Kunst finden sich hier zusammen, und die diplomatischen Würdenträger aller Staaten begrüßen sich in diesen gastlichen Räumen. Aus dem lichten Gewoge anmutiger Frauenerscheinungen in rauschenden Gewändern, mit dem Schmucke von Blumen und Edelgestein, tauchen die markvollen Gestalten der Männer, die ihre Namen mit dem Schwerte in die Geschichte eingeschrieben haben.

Aus dem Nebensaale klingen die lockenden Töne der Ballmusik; von den älteren Herren läßt mancher seine Blicke durch die geöffnete Thüre schweifen — „schwankende Beugung schwebet vorüber“. Mancher, der es weniger liebt, Terpsichoren zu huldigen, als dem Gambrinus, findet unter Krokus und Palmen ein lauschiges Eckchen, wo das gute deutsche Gebräu, das durch Bismarck salonsfähig wurde, aus silbernen Kannen den Durstenden labt. Der Wirt selber zeigt sich anregend und an der Unterhaltung teilnehmend, bald bei dieser, bald bei jener Gruppe. Er versteht es, durch ein hingeworfenes Scherzwort selbst kleinen Anfällen eine humoristische Wendung zu geben.

So kam es bei einer parlamentarischen Soiree vor, daß einer der Gäste bei der Besichtigung des auf dem Schreibtische des Kanzlers liegenden kleinen Revolvers, mit welchem seinerzeit jener Julius Cohen das Attentat auf den Fürsten verübte, unvorsichtigerweise eine Entladung dieses Mordinstrumentes herbeiführte. Es hatte an jeder Vermutung gefehlt, daß die Waffe geladen sein könne. Das plötzliche Fallen des Schusses, dessen Veranlassung man nicht ahnte, erregte einige Unruhe, namentlich unter den anwesenden Damen. Fürst Bismarck beschwichtigte dieselben indessen alsbald, indem er einen launigen Toast auf den Abgeordneten Jordan ausbrachte, welcher der Schußlinie am nächsten gestanden hatte und dem „Attentate des Zufalls glücklich entgangen“ war.

Die größte Aufmerksamkeit erregt Bismarck auch als Privatmann gerade unter den Angehörigen derjenigen Nation, welche ihn am meisten zu hassen vorgibt — wir sagen „vorgibt“, denn wir glauben nicht, daß dieser Haß in der That so ernst gemeint ist. Eben so wenig, wie die französische Nation den Preußen ihr „Sadoma“ verzeihen konnte, kann sie es verschmerzen, daß

der größte Staatsmann unsres Jahrhunderts nicht ein geborner Franzose ist. Wäre dies der Fall, so würde sie leidenschaftlich für ihn begeistert sein und ihm längst den Platz auf dem Präsidentenstuhle der französischen Republik angeboten haben.

Fast unmöglich ist es, auch nur eine Blumenlese aus der großen Anzahl von Bismarckaneddoten und geflügelten Worten zu geben, welche in Umlauf gesetzt sind und dazu beigetragen haben, seine Popularität weit über die Grenzen Deutschlands hinaus und sogar in Frankreich zu verbreiten. Wir erzählen hier französischen Blättern eine Anekdote nach, welche sich als humoristisches Nachspiel zu den Frankfurter Friedensverhandlungen im Oktober 1871 zugetragen haben soll.

Der französische Finanzminister Pouyer-Duertier hatte soeben in Berlin den Vertrag unterzeichnet, demgemäß die ersten sechs Departements um Paris geräumt werden sollten, und war den Tag darauf bei dem Fürsten Bismarck zum Diner geladen. Bei der Tafel kam unter anderm die Rede auf die deutschen Eisenbahnen. Herr Pouyer-Duertier räumte die vortrefflichen Eigenschaften derselben ein, indessen da er auf Rechnung der französischen Regierung gereist war, konnte er es sich nicht versagen, zu bemerken, die Fahrpreise seien sehr hoch; er sei in einem französischen Wagen gekommen und habe für die Fahrt von Aachen nach Berlin 1000 Frank zahlen müssen. Der Fürst wandte sich sogleich telegraphisch an die Generaldirektion der Eisenbahn und erhielt die Antwort, es sei dies die richtige Taxe. Am folgenden Tage trat Herr Pouyer-Duertier die Rückreise an. Der Sekretär, welchem die Zahlung der Reisekosten oblag, ging an die Kasse und bot eine Note von 1000 Frank. „Ich bitte um Entschuldigung“, sagte der Kassierer, „der französische Minister hat nichts zu bezahlen; die in Aachen erlegten 1000 Frank decken auch die Rückfahrt. Pouyer-Duertier lachte, stieg in den Wagen und fuhr ab. An der Station Brandenburg öffnete ein galonierter Bediente die Thüre des Koupees und meldete, das Frühstück sei bereit. Die Gesellschaft trat in einen Salon, in welchem ein lockendes Mahl ihrer wartete, und stärkte sich. Wieder fragte der Sekretär nach der Rechnung, in der Erwartung, daß ein ansehnlicher Betrag zu entrichten sein werde, und wieder lautete die Antwort: „Das Frühstück war mit inbegriffen bei den in Aachen gezahlten 1000 Frank.“ In Hannover wiederholte sich derselbe Vorfall, und nach einem vortrefflichen Diner sprach Herr Pouyer-Duertier in einer telegraphischen Depesche dem Fürsten Bismarck seinen Dank für die sinnreiche Art aus, in welcher er als deutscher grand seigneur auf die Klage eines französischen Staatsmannes geantwortet habe, der ängstlich darauf bedacht gewesen, mit dem Gelde seines Vaterlandes zu sparen.

Wir haben in diesen Blättern öfters der Beziehungen gedacht, welche

zwischen Bismarck und dem verstorbenen Professor Bonnell bestanden haben. Das Vertrauen, welches Bismarck seinem früheren Lehrer bewahrte, zeigte sich auch darin, daß er seine beiden Söhne dem unter Bonnells Leitung stehenden Friedrichswerderschen Gymnasium übergab. Er hielt streng darauf, daß die Ministerjöhne in der Behandlung vor ihren Schulgefährten in keiner Weise bevorzugt wurden, und als der preußische Verfassungskonflikt einmal in einem kleinen Konflikte zwischen den jungen Grafen und ihren fortschrittlichen Kollegen nachklang, war Bismarck weit davon entfernt, von vornherein Partei für seine Söhne zu ergreifen.



„Ob ich Ihnen noch einen Enkel werde übergeben können, weiß ich nicht.“ (3. S. 469.)

Direktor Bonnell ist öfters mit dem Fürsten in Berührung gekommen, und die Schilderungen, die er von solchen Zusammenkünften entwirft, tragen so sehr zur Ergänzung des Bildes bei, welches wir hier von Bismarcks Walten für Haus und Herd geben möchten, daß wir uns nicht versagen können, einiges davon mitzuteilen.

„Am 23. August 1867“ — erzählt Bonnell — „war ich mit den Lehrern der Prima bei Bismarck zu Tische und saß wieder zwischen dem Grafen und der Gräfin. Die Unterhaltung war freimütig wie immer, nichts von diplomatischer Befangenheit. Dieß gab dem links neben Bismarck sitzen-

den Professor den Mut zu behaupten, Preußen hätte in der leidigen Luxemburger Angelegenheit es doch darauf sollen ankommen lassen, einen Krieg mit Frankreich zu führen. „Mein lieber Professor“, antwortete Bismarck, „ein solcher Krieg hätte uns wenigstens 30 000 brave Soldaten gekostet und auch im besten Falle keinen Gewinn gebracht. Wer aber einmal in das brechende Auge eines Kriegers auf dem Schlachtfelde geblickt hat, besinnt sich ernstlich, ehe er wieder einen Krieg anfängt.“ Nach Tisch ging die ganze Gesellschaft in den Garten, unterhielt sich wohl noch eine Stunde auf das Interessanteste, und als die Zeit zum Ausbruche gekommen war, holten seine munteren und freundlichen Söhne die Überzieher für ihre Lehrer herunter und halfen sie ihnen anziehen. Bismarck selbst begleitete uns bis auf den Hausflur und nahm mit freundlichem Händeschütteln von uns Abschied. Selbst die fortschrittlichsten unsrer Lehrer verließen mit großer Befriedigung das Haus des bedeutenden Mannes, dessen erbitterte Gegner einige von ihnen früher gewesen.“

Weiter erzählt Bonnell: „Im Winter von 1867 auf 68 (25. Januar) fand, wie alljährlich, die musikalisch=dramatische Abendunterhaltung in der Aula unsers Gymnasiums statt, bei welcher die beiden Söhne des Bundeskanzlers, Herbert und Wilhelm, mitwirkten. Die Familie Bismarck hatte die Einladung der Festordner angenommen und, obgleich an demselben Abend der erste Subskriptionsball im Opernhause war, so sah doch die gräfliche Familie fast von Anfang an bis gegen 10 Uhr auf das Freundlichste dem jugendlichen Spiele zu. Der Graf saß neben mir so treuherzig, als wäre er noch mein Schüler, Beifall spendend, wo es eine Leistung nur irgend verdiente, an dem Spiele seiner Söhne nach Väterart gaudierend und wie ein wohlwollender Freund, nicht wie der erste Mann der Zeit, die harmlose Freude der Spieler und Zuschauer teilend. Bei seinem ersten Erscheinen hatte er mich gleich nach meiner Frau, seiner alten Pflegerin, gefragt und machte ihr nach der freundlichsten Begrüßung das Kompliment, daß sie noch so jung wie sonst aussähe; er ließ sich auch meine jüngere Tochter vorstellen, die zu der Zeit, als Otto von Bismarck in meinem Hause wohnte, noch nicht geboren war. Nach dem Schlusse ging Bismarck auf den Subskriptionsball und erzählte mit großer Heiterkeit dem Könige, wo er gewesen sei. Einige Tage darauf lud er die beiden ältesten Festordner zu Tisch, brachte mir ein Hoch und beauftragte diese, es mir zu erzählen.“

„Am 3. März 1869“ — fährt Bonnell fort — „bestanden die beiden Grafen Herbert und Willy ihre Abiturientenprüfung glänzend. Die Mutter schickte voller Spannung mittags einen Diener an mich, um sich nach dem Gange der Prüfung zu erkundigen; ich konnte ihr schon um diese Zeit die günstigsten Nachrichten über den Ausfall in der Religion, dem Lateinischen

und der Mathematik geben. Am glanzvollsten zeigte sich aber Herbert nachmittags in der Geschichte. Zum Danke für die erfreuliche Vollendung der Schulbildung seiner Söhne lud der Bundeskanzler am 9. März die Prüfungskommission des Gymnasiums und den im vorigen Jahre ausgeschiedenen Professor Vertram zu Tische. Außerdem waren noch der Konsistorialrat Souchon, welcher beide Söhne konfirmiert hat, und Pastor Braune aus Straußberg eingeladen, letzterer derselbe, welcher in Petersburg als Hauslehrer den Unterricht der Knaben leitete. Mein Platz bei Tische war wieder zwischen den beiden Eltern.

Die Unterhaltung bewegte sich ungezwungen wie gewöhnlich, da erhob sich der Kanzler mit dem Glase und sprach etwa Folgendes: „Vor 38 Jahren um dieselbe Zeit habe ich das Abiturientenexamen bestanden und zwar vor demselben und unter Leitung desselben Mannes, der jetzt meine beiden Söhne zu gleichem Ziele geleitet hat. Ich weiß, was ich ihm verdanke. Mögen auch meine Söhne ihm ein dankbares Andenken bewahren. Indem ich Sie, verehrte Anwesende, auffordere, auf das Wohl meines alten lieben Lehrers, des Direktors Bonnell, anzustoßen, verbinde ich damit zugleich den Dank an die übrigen Lehrer meiner beiden Söhne.“

In meiner Erwiderung konnte ich nicht unterlassen hervorzuheben, wie viel zur Erreichung des Zieles für die Söhne des Bundeskanzlers mitgewirkt habe „die richtige Pflege, die sie im elterlichen Hause erhalten, und die ihnen unter den mannigfachsten Eindrücken und Zerstreuungen doch den unbefangenen Sinn und die strengste Pünktlichkeit im Eintreffen nach jeder Ferienzeit bewahrt hätte. Unter der vielfachen welthistorischen Thätigkeit des Vaters sei das einflußreiche Wirken der Mutter dabei unverkennbar gewesen.“

Die Mutter dankte für diese Worte, wies aber alles Verdienst bei der Kindererziehung dem Manne zu, der das pünktliche Eintreffen nach den Ferien sich allerdings zuschrieb, indem er seine Kinder immer militärisch hierin gewöhnt habe. Die Söhne kamen nach meinem Toast auf das hohe Haus des Bundeskanzlers an mich heran, um mit mir anzustoßen, was der muntere Wilhelm mit den Horazischen Worten that: „Fortes creantur fortibus“ (Die Starken werden durch Starke erzeugt), worauf ich hinzufügte: „Doctrina sed vim promovet insitam“ (Aber Gelehrsamkeit fördert die angeborene Kraft). Hierauf äußerte der Vater: „Mit der doctrina wird es bei dem Wilhelm wohl nicht viel werden, obgleich ich wünschte, daß er studierte; wenigstens sollen beide ein Jahr die Universität besuchen, und dann können sie sehen, was sie aus sich machen.“

Bei meinem Nachhausegehen begleitete der Kanzler mich bis an die Thüre des Vorzimmers und sagte zum Abschiede: „Ob ich Ihnen auch noch einen Enkel werde übergeben können, weiß ich nicht.“ —

Die „*vis insita, doctrina promota*“ (die durch die Wissenschaft geförderte angeborene Kraft) hat sich bei dem Grafen Herbert bewährt, welchen der Vater ganz in seine eignen Fußstapfen als Staatsmann treten zu sehen, die Freude erlebt hat; denn Graf Herbert wurde, nachdem er sich in verschiedenen diplomatischen Stellungen und außerordentlichen Missionen an fremden Höfen bewährt, 1885 zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt zu Berlin, 1886 (15. Mai) zum Staatssekretär, im September desselben Jahres zum Stellvertreter seines Vaters und endlich (im Mai 1888) zum Staatsminister ernannt, in welcher Stellung er bis März 1890 verblieb, um dann gleichzeitig mit seinem Vater ins Privatleben zurückzutreten. Die Hoffnung ist aber nicht aufgegeben, daß es ihm gegönnt sein wird, dem Vaterlande noch fernerhin wertvolle Dienste zu leisten. Graf Herbert hat sich am 21. Juni 1892 mit Margarete Gräfin Hohenzollern vermählt, welche Ehe zur Freude des Fürsten mit einem Töchterchen gesegnet ist.

Graf Wilhelm Bismarck, 1885 mit seiner Nousine Sibylla von Arnim-Kröchlendorf vermählt, ist seit 1889 Regierungspräsident in Hannover.

Die Tochter des Fürsten, Gräfin Marie, lebt in glücklicher Ehe mit dem Grafen Runo Rangau, der zur Zeit Gesandter im Haag ist. Durch sie ist der Wunsch des Fürsten Bismarck, auch noch Enkel zu haben, in Erfüllung gegangen, im Sommer kann man öfters, wenn der Fürst in seinem Sachsenwalde bei Friedrichsruh spazieren wandert, drei muntere blonde Knaben den Großvater begleiten sehen.

So war denn bis vor kurzem das Familienleben des Fürsten ein durchaus glückliches und wohl geeignet, ihm reichen Ersatz zu geben für so manche bittere Enttäuschung, die ihm das öffentliche Leben zufügte. Aber der unerbittliche Tod hat auch da zerstörend eingegriffen: am 27. November 1894 ist seine Frau Marie, die ihm in 47-jähriger Ehe stets eine treue und fürsorgliche Gefährtin gewesen, gestorben. Sie hatte schon lange gekränkelt. Es war ein harter Schlag für den alten Herrn, den er nur schwer verwindet. Möge das rührende Mitgefühl, das überall beim Eintreffen der Trauerbotschaft sich kundgab, mit ein Balsam auf die Wunde sein. Die ganze Nation trauerte mit dem Fürsten an der Waise seiner Lieben. Die Liebe eines dankbaren Volkes verbleibt dem „eisernen Kanzler“ bis an sein hoffentlich noch fernes Lebensende.

